







Politische Correspondenz
Karl Friedrichs von Baden.
1783—1806.

Herausgegeben

von der

Badischen Historischen Commission.

Erster Band.



Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1888.

Politische Correspondenz

Karl Friedrichs von Baden.

1783—1806.

Bearbeitet

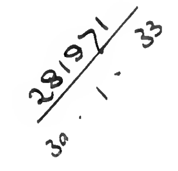
von

B. Erdmannsdörffer.

Erster Band.

(1783—1792.)





Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1888.

Vorwort.

Einer der ersten Beschlüsse der badischen historischen Commission bei ihrem Zusammentritt im April 1883 galt der Sammlung und Herausgabe der „Politischen Correspondenz“ des Markgrafen, späteren Großherzogs Karl Friedrich von Baden für die Jahre 1783 bis 1806.

Die hierbei in Aussicht genommene zeitliche Begrenzung ergab sich aus der Natur der gestellten Aufgabe.

Die Regierungsgeschichte Karl Friedrichs von Baden, über ein halbes Jahrhundert umfassend, hat das Interesse sowohl der Zeitgenossen, als auch der späteren historischen Forschung besonders durch die eigenartigen Bestrebungen und Leistungen dieses Fürsten auf dem Gebiete der inneren Politik auf sich gezogen. Man nennt, man verehrt Karl Friedrich vorzugsweise als einen hervorragenden Vertreter der aufgeklärten, humanitären Regierungsprincipien des achtzehnten Jahrhunderts; alle Urtheile der Mitlebenden und ebenso jeder Blick in die biographischen Werke von Drais, Nebenius u. A. zeigen, wie vorwiegend dieser Seite seiner politischen Thätigkeit von je her die Aufmerksamkeit zugewandt wurde.

Die Beziehungen des Markgrafen und seiner Regierung zum Reich, zu anderen deutschen Fürsten, zu auswärtigen Mächten fanden weit geringere Beachtung, und in der That bot während der vier ersten Jahrzehnte die Politik des kleinen Staates in dieser Hinsicht nur wenige Momente von erheblicherem Interesse dar. Erst in den späteren Jahren Karl Friedrichs gewinnen seine auswärtigen und Reichsbeziehungen eine erhöhte Bedeutung. Die Bewegungen auf dem Gebiete der deutschen Reichspolitik in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die zu der Gründung des deutschen Fürstenbundes führten, zogen auch den badischen Staat, der kurz zuvor alle bisher getrennten Stammlande des regierenden Hauses zu einem einheitlichen Territorium unter der Herrschaft

der protestantischen Durlacher Linie vereinigt hatte, in ihre Kreise. Noch mehr wurde er von den Erschütterungen der Revolutionszeit und der Napoleonischen Kriege ergriffen. Er ging aus ihnen hervor mit ansehnlich vergrößertem Gebiete, ein neuer süddeutscher Mittelstaat, dessen Umfang und dessen geographische Lage ihm eine gesteigerte Wichtigkeit für das Ganze verliehen. Allein auch dieser Periode der deutschen und auswärtigen Politik des badischen Staates ist ein eingehenderes, auf die originalen Quellen gegründetes Studium bis jetzt nicht zu Theil geworden; die Geschichte der Bildung des neuen badischen Staates wurde wesentlich nur im Zusammenhang mit den großen allgemeinen Welthändeln des Zeitalters und auf Grund der für diese vorliegenden Quellen behandelt.

Hier stand somit eine Aufgabe vor Augen, deren Lösung recht eigentlich in das Arbeitsgebiet der badischen historischen Commission zu gehören schien. Es war zugleich ersichtlich, daß für eine in Angriff zu nehmende Bearbeitung und Herausgabe der bezüglichen diplomatischen Materialien der Zeitabschnitt in Betracht zu nehmen war, welcher mit den erwähnten deutschen Bewegungen der achtziger Jahre beginnt und bis zum Jahre 1806 reicht, in welchem der Bildungsproceß des neuen badischen Staatsgebietes im Wesentlichen abgeschlossen war.

Die Ausführung dieses Unternehmens würde nicht möglich gewesen sein ohne die specielle Zustimmung des erhabenen Fürsten, welchem die historische Commission ihre Berufung verdankt. Seine Königliche Hoheit der Großherzog Friedrich von Baden hat dieselbe nicht nur auf das bereitwilligste gewährt, sondern auch Seine hohe Genehmigung dazu ertheilt, daß die reichen historischen Schätze des badischen Generallandesarchivs mit Einschluß des großherzoglichen Familienarchivs in freiester und umfassendster Weise für die vorliegende Arbeit benutzt werden durften. Die historische Commission und die vaterländische Geschichtsforschung sind dem hochgesinnten Fürsten für diese Förderung ihrer Aufgaben und Ziele zu ehrfurchtsvollstem Danke verpflichtet.

Dem jetzt erscheinenden ersten Bande dieser Publication habe ich nur einige kurze Bemerkungen über die hier veröffentlichten Materialien, über ihre Herkunft und über die Art ihrer Bearbeitung voranzuschicken.

Es ist vorerst festzustellen, daß es sich hier nicht, wie vielleicht der gewählte Titel vermuthen lassen könnte, wesentlich um die von dem Markgrafen Karl Friedrich persönlich geführten politischen Correspondenzen handelt: es sind solche überhaupt nur in ziemlich geringem Umfang vorhanden. Die vorliegende Publication, sowie sie auf der Durcharbeitung des gesammten zugänglichen diplomatischen Materials beruht, will vielmehr ein urkundliches Gesammtbild der deutschen und auswärtigen Politik Karl Friedrichs und seiner Regierung

in dem bestimmten Zeitraum zu geben versuchen, und sie stellt zu diesem Zwecke in entsprechender Auswahl und Bearbeitung alle wichtigeren amtlichen und privaten, einheimischen und auswärtigen Actenstücke zusammen, aus denen der Verlauf dieser politischen Thätigkeit im Einzelnen erkenntlich wird.

Die Geschichte jenes inhaltreichen Zeitalters pflegt gewöhnlich — und mit gutem Recht — in der Projection auf die großen entscheidenden Weltmächte angeschaut zu werden. Hier sollen die Materialien vorgelegt werden, aus denen zu ersehen ist, wie jene mächtigen Vorgänge, mit den Wirkungen, die sie üben, und mit den Gegenwirkungen, die sie hervorrufen, sich darstellen in der Atmosphäre der Interessen und Bestrebungen eines deutschen Kleinstaates, eines Staates, dessen Führung damals in der Hand eines der edelsten Fürsten seiner Zeit und einer Anzahl hervorragender staatsmännischer Persönlichkeiten lag. Es wird einer Ausführung darüber nicht bedürfen, ein wie vielseitiges historisches Interesse auch die von solchem Standpunkt aus genommene Ueberschau über diesen Abschnitt der deutschen und allgemeinen Geschichte zu gewähren vermag.

In der Natur der so gestellten Aufgabe liegt es, daß die dafür verwendeten Materialien vielfältig auch in andere Interessenkreise übergreifen und bemerkenswerthe Mittheilungen auch über außerbadische Personen und Verhältnisse enthalten. Man wird es nicht mißbilligen, wenn ich bei der getroffenen Auswahl des Mitzutheilenden die Linie der specialgeschichtlichen Begrenzung nicht allzu eng gezogen habe, so daß diese Publication auch über die Sphäre der eigentlichen badischen Geschichte hinaus vielleicht einige nicht unwillkommene Belehrung zu bieten im Stande ist.

Neben der allgemeinen chronologischen Anordnung ließ die Art des Stoffes und das Bedürfniß der Uebersichtlichkeit die Eintheilung in gewisse Abschnitte räthlich erscheinen. Jeder dieser Abtheilungen habe ich eine orientirende Einleitung vorausgeschickt; die Texte selbst sind mit kurzen Anmerkungen versehen, in welchen neben erläuternden sachlichen und Personalnotizen namentlich auch der Hinweis auf die wichtigsten einschläglichen literarischen Quellen und Bearbeitungen gegeben wird.

Bei weitem der größte Theil der hier veröffentlichten Actenstücke stammt aus dem Karlsruher Archiv, dessen Benutzung durch die bereitwillige Liberalität seiner Verwaltung in jeder Weise erleichtert wurde. Diese Stücke sind mit einer ausdrücklichen Herkunftsbezeichnung nicht versehen worden; bei allen anderen werden die Archive, aus denen sie entnommen sind, am unteren Rande namhaft gemacht.

Bei aller Reichhaltigkeit dieser Hauptquelle stellte sich indeß doch bald heraus, daß für die Lösung der vorgesetzten Aufgabe die Benutzung auch anderer Archive unerläßlich war; ein nicht unerheblicher Theil der vorliegenden Mate-

rialien stammt aus außerbadischen Archiven. Willkommene Ausbeute gewährten vor allem die preußischen Staatsarchive in Berlin, Hannover und Marburg. Von anderen deutschen Archiven wurde neben dem herzoglich anhaltischen in Zerbst besonders das weimarische benutzt und ergab, namentlich für den ersten Abschnitt dieses Bandes, sehr werthvolle Bereicherung unserer Sammlung. Einige erwünschte Ergänzungen wurden in dem königlich bayerischen Kreisarchiv zu Würzburg gefunden. Vielfältige Aufklärung würde allem Vermuthen nach eine Durchforschung der bayerischen diplomatischen Correspondenzen aus dieser Zeit ergeben haben; leider war vermöge der für das geheime Staatsarchiv in München geltenden Benutzungsordnung eine Einsicht in dieselben für die Zwecke unserer Publication nicht zu erlangen; nur von einigen bezüglichen Schriftstücken wurden uns — wofür hier der gebührende Dank ausgesprochen wird — Abschriften zur Verfügung gestellt. Mannigfaltigen Gewinn dagegen bot das mit allbekannter Liberalität jeder wissenschaftlichen Forschung geöffnete österreichische Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien. Und nicht minder endlich ist es unserer Publication zu Statten gekommen, daß die reichen und wohlgeordneten Schätze des Archivs des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Paris in unbeschränkter Weise und mit dem bereitwilligsten Entgegenkommen zur Benutzung gestattet wurden. Für alle unserem Unternehmen gewährte freundliche Unterstützung habe ich insbesondere den Directoren der genannten Anstalten, Herrn Wirklichem Geh. Ober-Regierungsrath von Sybel in Berlin, Herrn Geh. Hof- und Ministerialrath Ritter von Arneth Exc. in Wien, Herrn Archivrath Burkhardt in Weimar, Herrn Girard de Rialle in Paris, sowie allen Beamten der erwähnten Archive, welche uns ihre werthvolle Unterstützung geliehen haben, den verbindlichsten Dank der historischen Commission auszusprechen. Auch Seiner Excellenz dem Herrn Oberst-Hofmeister Freiherrn von Edelsheim zu Karlsruhe wird der gleiche Dank dargebracht für die in freundlichster Weise gestattete Benutzung der Acten des Edelsheim'schen Familienarchivs.

Was die äußerliche Textgestaltung betrifft, so ist im Ganzen das Verfahren eingehalten worden, welches jetzt bei Publicationen dieser Art das übliche ist; bei den deutschen sowohl als bei den französischen Texten ist eine gewisse der jetzigen Schreibweise entsprechende orthographische Conformität durchgeführt oder wenigstens angestrebt worden, welche die gleichgiltigen und zufälligen Variationen der Rechtschreibung bei Seite läßt, alle eigentlich sprachlichen und stilistischen Eigenthümlichkeiten dagegen unberührt beibehält. Eine Ausnahme ist nur bei den nicht sehr zahlreichen Schriftstücken gemacht worden, welche in der eigenen Handschrift Karl Friedrichs vorlagen; dieselben sind unverändert in der Schreibweise der Originalien abgedruckt worden.

Nicht alle Actenstücke sind in dem vollen Umfang ihres Wortlautes wiedergegeben; die Stellen, bei denen es genügend schien, nur den Hauptinhalt excerptweise zu skizziren, sind durch kleineren Druck kenntlich gemacht. Chiffrirte Briefe oder Briefstellen sind an dem dieselben einschließenden Klammerzeichen |: — — :| zu erkennen.

Ich kann diese Vorbemerkungen nicht schließen, ohne rühmend und dankend der trefflichen Unterstützung zu gedenken, welche in dem ganzen Verlaufe der Arbeit Herr Dr. Karl Obser (jetzt Assessor am Generallandesarchiv zu Karlsruhe) als von der historischen Commission bestellter Hilfsarbeiter mir geleistet hat. Mit unermüdlichem Eifer und verständnißvoller Hingabe ist derselbe namentlich für die Sammlung des Materials thätig gewesen, sowohl in dem Karlsruher als in einer Anzahl der oben genannten auswärtigen Archive, und auch bei der Ausarbeitung des vorliegenden Bandes habe ich ihm für vielfältige werthvolle Beihilfe zu danken.

Heidelberg, Juli 1888.

B. Erdmannsdörffer.



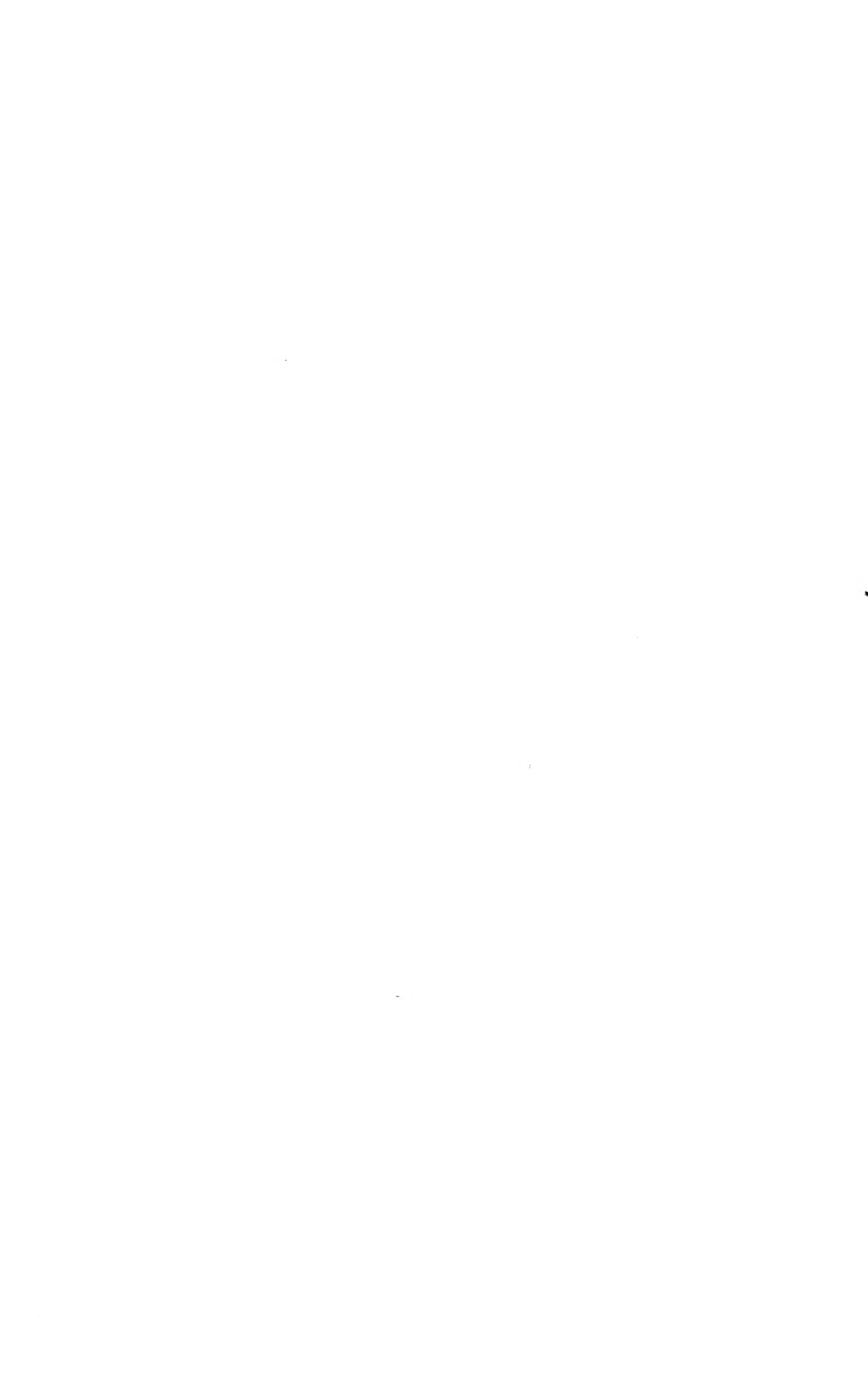
Inhalt.



I.

Baden und der Fürstenbund.

1782—1789.



Einleitung.

Die Gründung des Fürstenbundes von 1785 stellt sich, in dem Zusammenhang der neueren deutschen Geschichte betrachtet, als ein Ereigniß dar, dessen vornehmlichste Bedeutung darin liegt, daß der preußische Staat als führende Macht an die Spitze eines großen Theils der deutschen Reichsstände trat, zum Schutz der bestehenden Reichsverfassung gegen die Uebergriffe des österreichischen Kaiserhauses. Es war eine Episode in dem langwierigen Kampf zwischen Oesterreich und Preußen um die deutsche Hegemonie, ein Glied in der Kette der preußischen Bestrebungen zur Lösung der deutschen Frage. Der Gedanke einer freien Union weltlicher und geistlicher, protestantischer und katholischer Fürsten zur Erhaltung ihrer Unabhängigkeit wurde zum ersten Male in einer thatsächlich ins Leben getretenen Institution verwirklicht, als Friedrich der Große seinen Willen und die Macht seines Staates darauf richtete. Der Fürstenbund war das letzte Werk seines Lebens. Und indem nun der Plan einer solchen politischen Vereinigung in dem Verlaufe der preußisch-deutschen Geschichte nicht eine vereinzelte Erscheinung, indem derselbe vielmehr in wechselnder Gestalt immer von neuem aufgetreten ist von den Tagen des großen Kurfürsten an bis zu den entscheidenden Begebenheiten des gegenwärtigen Zeitalters, so ist damit unzweifelhaft die Betrachtungsweise gerechtfertigt, welche das Ereigniß von 1785 vor allem als ein in dem Zusammenhang der deutschen Politik Preußens stehendes auffaßt und darstellt.

Der Natur unserer politischen Entwickelung entspricht es indeß, daß, hier wie in anderen Fällen, von hohem und für das Verständniß der allgemeinen Vorgänge kaum minder werthvollen Interesse auch eine Betrachtungsweise sein muß, welche ihren Standpunkt nicht im Centrum, sondern bei den in der Peripherie wirkenden Kräften nimmt.

Die Gründung des Fürstenbundes ist, von dieser Seite angesehen, in noch höherem Grade eine Angelegenheit aller der vereinigten kleineren deutschen Staaten gewesen, als der preußischen Monarchie. Das Bedürfniß einer solchen Institution war für jene, nach ihrer politischen Lage, ein viel größeres und unmittelbareres, als für den auf sich selbst gestellten deutschen Großstaat. Denn nicht von allgemeinen Gesichtspunkten und theoretischen Erwägungen ging man dabei aus, sondern von den Erfordernissen der Gegenwart und von den Sorgen für die Zukunft. Wie aber die Verhältnisse des deutschen Reiches in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sich gestalteten, schienen von den dringendsten Gefahren vor allen die kleineren und mittleren Reichsstände bedroht zu sein. In ihrem Kreise zuerst wurde der alte Gedanke einer schützenden Bundeseinigung von neuem angeregt; er ist von ihnen zum Theil eifriger gepflegt und länger festgehalten worden als von der auch von Erwägungen anderer Ordnung bestimmten preußischen Politik.

Daß vor allem die Regierung des Markgrafen Karl Friedrich von Baden an diesen Bestrebungen den lebhaftesten Antheil nahm, daß die erste Initiative zu denselben in gewissem Sinne von ihr ausging, ist im allgemeinen schon seit längerer Zeit bekannt. Die geographische Lage des kleinen Staates, das hohe persönliche Ansehen seines Fürsten, die gewandte Vielseitigkeit seines leitenden Staatsmannes haben die Wirkung gehabt, daß die Mehrzahl der Fäden, aus denen das Gewebe dieser politischen Actionen besteht, auch durch das Cabinet von Karlsruhe ihren Durchgang nahmen: mit allen betheiligten Höfen, mit allen maßgebenden Persönlichkeiten berührt sich die Politik des badischen Hofes; sie entfaltet eine erstaunlich vielseitige Thätigkeit, welche auch über die Grenzen des deutschen Reiches hinaus auf der einen Seite bis zu dem französischen, auf der anderen bis zu dem russischen Hofe sich erstreckt. So daß die Acten, welche diese Thätigkeit bezeugen, nicht allein für den Antheil Badens an der Geschichte des Fürstenbundes das urkundliche Material darstellen, sondern auch für die allgemeine Geschichte dieser Institution und der deutschen Verhältnisse in den Jahren vor dem Ausbruch der französischen Revolution beachtenswerthe Beiträge liefern.

Es ist die Aufgabe des ersten Abschnittes der vorliegenden Publication, diese Acten in geeigneter Form und Auswahl zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Einige einleitende über Verhältnisse und Personen kurz orientierende Bemerkungen mögen vorher eine Stelle finden[1].

---

[1] Literatur: [Hertzberg] Recueil des Déductions, Manifestes etc. Berlin 1789 ff. Bd. II. Dohm, Denkwürdigkeiten meiner Zeit. Bd. III (1817). Gödeke, Hannovers Antheil an der Stiftung des deutschen Fürstenbundes (Archiv d. hist. Ver. f. Niedersachsen,

Die politische Lage der deutschen Staaten im Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gewährte, äußerlich betrachtet, den Anblick eines ziemlich gesicherten Friedensstandes. Nach den drei großen Waffengängen der zwei schlesischen und des siebenjährigen Krieges war der Streit der beiden deutschen Großmächte vorläufig zum Stillstand gekommen. Der durch die Erhebung Preußens neu geschaffene Zustand im Reich mußte von der kaiserlichen Gewalt anerkannt werden, wenn gleich unwillig und nicht ohne hoffende Gedanken an eine anders gestaltete Zukunft, und der Verlauf des bairischen Erbfolgekriegs, mit welchem Friedrich der Große die von Joseph II. versuchte Erwerbung Baierns vereitelte, hatte gezeigt, daß jeder von Oesterreich unternommenen Verschiebung der jetzigen Machtverhältnisse im Reich der entschlossene Wille des preußischen Herrschers Einhalt zu thun gesonnen war und vermochte. Friede im Reich, Erhaltung des Bestehenden, Abwehr jeder das Gleichgewicht bedrohenden Neuerung, das war das festgehaltene Programm Friedrichs für seine Reichspolitik, dem er seit dem Hubertusburger Frieden folgte und dem er in dem Teschener Frieden (1779) von neuem Geltung verschaffte. Einer friedlichen Entwickelung der öffentlichen Zustände in den einzelnen deutschen Staaten, der Arbeit im Dienste aller der administrativen und sozialen Reformgedanken, an denen das Zeitalter so reich war, schien unter dem Schutz dieses conservativen Systems der günstigste Boden bereitet zu sein.

In Wirklichkeit jedoch war dieser Anschein gesicherter friedlicher Zustände und Aussichten ein trüglicher; mochten kriegerische Verwickelungen für das Reich zunächst nicht bevorstehen, in aller Stille bereitete sich eine der merkwürdigsten Krisen des neueren deutschen Staatslebens vor. Deutschland erlebte das Außerordentliche, daß der Träger der kaiserlichen Krone Joseph II. dem Reich mit einer Reihe von Maßregeln und Versuchen gegenübertrat, welche, den Schein der Gewalt und des offenen Bruches der bestehenden Rechtsformen klug vermeidend, den Zeitgenossen dennoch als augenscheinliche Bedrohung der Reichsverfassung und als der gefährlichste Plan umfassender österreichischer

---

Jahrg. 1847. S. 65 ff.). Adolf Schmidt, Preußens deutsche Politik. Die Dreifürstenbünde 1785. 1806. 1849 (Berlin 1850. 3. Aufl. 1867). Adolf Schmidt, Gesch. der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen (Berlin 1851). Droysen, Karl August und die deutsche Politik (Jena 1857). v. Ranke, Die deutschen Mächte und der Fürstenbund. 2 Bde. (Leipz. 1871). Bailleu, Der Ursprung des deutschen Fürstenbundes (v. Sybels Histor. Zeitschr. Bd. 41. 1879. S. 410 ff.). Heidenheimer, Hessen-Darmstadts Stellung zum Fürstenbunde v. J. 1785 (Forsch. z. deutsch. Gesch. Bd. 22. 1882. S. 21 ff.). Erdmannsdörffer, Aus den Zeiten des deutschen Fürstenbundes (Akad. Rede. Heidelberg 1885). Über die Beziehungen Würtenbergs zum Fürstenbunde s. die leider nur kurzen Mittheilungen aus den Memoiren Konradin Abel's in den Preuß. Jahrbüchern. Bd. 56. 1885. S. 326 f.

Machterweiterung im Reich erschienen, der seit den Tagen Karls V. entworfen worden war.

Fassen wir die Hauptmomente dieser Bestrebungen kurz zusammen, so tritt uns zunächst die Thatsache entgegen, daß vom Februar 1780 an das constitutionelle Organ der ständischen Mitregierung im Reich, der Reichstag zu Regensburg, den wichtigsten Theil seiner Functionen einstellte und daß dieser „Stillstand" des Reichstags von da ab mehrere Jahre hindurch (bis zum Januar 1785) andauerte. Die äußere Veranlassung dazu war eine Streitigkeit, die sich in dem einen der drei Reichscollegien, in dem Fürstenrath, über die Führung der Stimmen des westfälischen und des fränkischen Grafencollegiums erhob. Die Differenz stammte schon aus den Zeiten der großen von Joseph II. veranstalteten Reichskammergerichts-Visitation in Wetzlar (1767—1776). Hier zuerst war von katholischer Seite der Anspruch erhoben worden, daß die beiden Collegiat-Stimmen der westfälischen und der fränkischen Grafen der katholischen Seite des Fürstenrathes zustünden und in ihrem Sinne geführt werden müßten. Die evangelischen Stände widersprachen, und der unentwirrbare Streit wurde nicht nur eine von den Ursachen der resultatlosen Auflösung jenes Visitationswerkes, sondern er übertrug sich dann auch auf den Reichstag selbst. Eine scheinbar geringfügige Angelegenheit, diese „Grafensache", welche über ein Jahrzehnt lang das officielle Reich und die deutsche Reichspublicistik aufs lebhafteste beschäftigte. Aber da es sich dabei doch um ein Mehr oder Minder der katholischen Stimmen im Fürstenrath handelte, so gewann der Streit eine gewisse allgemeine Wichtigkeit und wurde von beiden Seiten mit dem vollen Nachdruck des alten confessionellen Parteigegensatzes geführt. Besonders aber machte sich der kaiserliche Hof denselben zu Nutz; da in letzterer Zeit der protestantisch-preußische Einfluß im Fürstenrath ziemlich überwiegend und nicht selten unbequem geworden war, so ergriff man in Wien gern die sich darbietende Gelegenheit, um dieses unfügsame Collegium einstweilen ganz außer Thätigkeit zu setzen; der österreichische Directorialgesandte von Borié, welcher den Vorsitz im Fürstenrath führte, nahm die ungeschlichtete Streitsache zum Anlaß, um überhaupt die Sitzungen desselben zu suspendiren. Die beiden anderen Collegien des Reichstags, das kurfürstliche und das städtische, wurden durch diese Maßregel nicht direct berührt; aber da zur Fassung eines Reichstagsbeschlusses das Zusammenwirken der drei Collegien erforderlich war, so war mit der Lahmlegung des einen von ihnen thatsächlich jede verfassungsmäßige Erledigung von Reichsgeschäften unmöglich gemacht. Die mitregierende und controlirende Gewalt des Reichstags war bis auf weiteres außer Kraft gesetzt.[1]

---

[1] Pütter, Histor. Entwickel. d. heut. Staatsverfassung III. 140 ff. v. Ranke, I. 44 ff.

Weithin im Reich empfand man dieses Verhältniß als ein unerträgliches. Seit mehr als einem Jahrhundert war der Reichstag eine ständig versammelte, von der Berufung und Auflösung durch den Kaiser unabhängige Behörde. Der kaiserliche Hof hatte es fast immer verstanden, den Reichstag zu beherrschen; aber wenn er es jetzt unternahm, die Thätigkeit desselben völlig zum Stillstand zu bringen, so mußte dies, in Verbindung mit anderen Erfahrungen gebracht, nothwendig die Besorgniß erregen, daß der Kaiser sich für die Führung der Reichsgeschäfte dieser Institution überhaupt zu entschlagen den Versuch machen wolle. Ein Unterfangen, welches, wenn es gelang, die Grundlagen der Reichsverfassung erschüttert und die Reichsstände in ein völlig neues Verhältniß der Abhängigkeit versetzt haben würde.

Denn wie geringfügig auch der Einfluß des Reichstages in der Sphäre der großen politischen Entscheidungen sein mochte, wie schwerfällig sein Geschäftsgang, wie langwierig und unersprießlich seine Verhandlungen: seine Thätigkeit war doch für gewisse Fragen des inneren Reichslebens und besonders für die kleineren und mittleren Reichsstände nicht ohne schwere Schädigung ihrer Rechte und ihrer Selbständigkeit zu entbehren. Zahllose Streitfragen hatten hier ihre oberste Instanz. Kein Reichsstand, der in jenen proceßlustigen Zeiten nicht bei dem Reichskammergericht in Wetzlar oder bei dem Reichshofrath in Wien eine Anzahl Processe anhängig gehabt hätte über streitige Rechte aller Art, über Besitz- und Lehensverhältnisse, über Erbschaftsordnungen, Familienzwiste u. s. f. — der Reichstag aber war, vermöge einer allmählich zum Rechtsherkommen gewordenen Praxis, die letzte Berufungsinstanz für alle, welche sich durch einen Spruch der Reichsgerichte in ihrem Rechte geschädigt erachteten. Es entbehrte jeder das letzte Mittel des gesetzlichen Rechtsschutzes, wenn der Reichstag außer Thätigkeit gesetzt war, und wurde für die Behauptung seiner Interessen lediglich an den Kaiser und an seinen Einfluß auf den Gang der Reichsjustiz gewiesen.

Ein Zustand, dessen Wirkungen die großen, von den Reichsgerichten überdies zumeist eximirten Reichsstände in geringerem Maße betraf, die kleineren dagegen in Bezug auf ihre Existenz, ihren Wohlstand und ihre reichsständische Unabhängigkeit aufs empfindlichste berührte. Die Reichskammergerichts- und Reichshofrathsprocesse waren von jeher eines von den wichtigsten Mitteln der kaiserlichen Politik gewesen, womit dieselbe einen Theil der Reichsstände ihrem Willen fügsam zu machen wußte; das Mittel wurde unwiderstehlich, wenn durch den Stillstand des Reichstags die Zuflucht zu diesem abgeschnitten war. Man wird in den nachfolgenden Acten den nicht unerheblichen Einfluß bemerken, welchen auch auf die badische Regierung die Rücksicht auf ihre bei den Reichs-

gerichten schwebenden Processe bei der Frage des Beitrittes zum Fürstenbund übte.

An den Verhandlungen über jene „Grafensache" und über ihre Consequenzen nahm auch Baden seinen lebhaften Antheil, im Sinne entschlossener Wahrung der protestantischen und reichsfürstlichen Interessen gegen die Eigenmächtigkeiten der kaiserlichen Reichsregierung; die Führung der badischen Stimme auf dem Reichstag war dem preußischen Gesandten von Schwartzenau[1] übertragen, dem natürlichen Vorkämpfer der antiösterreichischen Partei. Als im Herbst 1782 die hannöverische Regierung, um einen Ausweg aus diesen Wirren zu finden und vielleicht auch um sich dem kaiserlichen Hof gefällig zu erweisen, den Vermittelungsvorschlag aufbrachte und auch in Karlsruhe dringend empfahl, daß die protestantischen Stände zwar an der Behauptung der fränkischen Grafenstimme unbedingt festhalten, für die westfälische dagegen sich zur Alternirung mit den Katholiken bereit erklären sollten: so lehnte Baden damals die Mitwirkung für diesen Antrag entschieden ab, als „etwas zu bedenklich für die evangelische Sache"[2]. Schließlich lag in ihm doch der einzige Weg zur Verständigung und zur Wiederherstellung der Thätigkeit des Reichstags. Nachdem die katholische Seite des Fürstenraths sich bereit erklärt hatte, auf die Alternirung der westfälischen Grafenstimme eingehen zu wollen, wiederholte anderthalb Jahr später Hannover seinen Antrag bei den Evangelischen und auch in Karlsruhe[3], und nun gelangte er zur Annahme. Der Reichstagsgesandte von Schwartzenau erklärte jetzt selbst dem Markgrafen, daß die Mehrzahl der protestantischen Stimmen für jenes Auskunftsmittel gewonnen sei, und daß daher „in dieser verdorbenen Sache keine Ehre mehr aufzuheben stehe"; er erhielt die Weisung, nun auch die badische Stimme für den

[1] Genauer gesagt, war das Verhältniß umgekehrt. Joachim Ludwig v. Schwartzenau war ein Veteran des Regensburger Reichstags; schon 1744 erscheint er dort als hessen-darmstädtischer Comitialgesandter und wurde in diesem Jahre auch mit der Führung der badischen Stimmen betraut (Decret vom 23. Sept. 1744); später verließ er den hessischen Dienst und wurde zum eigenen badischen Comitialgesandten ernannt (27. Sept. 1756), 1762 zum Geh. Rath. Die Führung der preußischen Reichstagsstimmen wurde ihm erst 1766, nach dem Rücktritt des bekannten Freiherrn Erich Christoph v. Plotho, übertragen. Er starb im December 1787. Sein ältester Sohn, Karl Ludwig v. Schwartzenau, seit 1773 in badischen Diensten, war zweiter Gesandter beim schwäbischen Kreis, neben G. L. v. Edelsheim.

[2] Schreiben der kurf. braunschweigischen geh. Räthe an das badische Ministerium, dat. Hannover 9. Oct. 1782; die badische Antwort dat. Karlsruhe 6. Dec. 1782. Der Gesandte v. Schwartzenau erklärt in einem Gutachten vom 31. Oct., daß ihm bei dem hannöverischen Vorschlag „alle Begriffe stille stehen", es sei ein völliger Abfall von der bisher von Hannover in dieser Frage eingenommenen Stellung (Karlsr. Arch.).

[3] Dat. Hannover 5. Febr. 1784 (ebendas.).

hannöverischen Antrag abzugeben[1]. Auf Grund dieser Vereinbarung ist es dann im Anfang des Jahres 1785 möglich geworden, nach fünfjähriger Pause den Reichstag wieder in Thätigkeit zu setzen[2].

Neben der „Inactivität" des Reichstags gaben vornehmlich die kaiserlichen „Debit-Commissionen" zu Beschwerden und Besorgnissen Anlaß. Die zerrütteten Finanzverhältnisse, in denen sich viele der kleineren und kleinsten Reichsstände befanden, die ungeheuren Schuldenmassen, welche sie contrahirt hatten und oft nicht einmal verzinsen konnten, hatten zu der Praxis geführt, daß auf geschehene Klage bei dem kaiserlichen Reichshofrath in Wien von diesem Commissionen eingesetzt wurden, mit der Vollmacht das Schuldenwesen des betreffenden Reichsstandes zu reguliren und den Gläubigern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Es trat eine Art von Concursverfahren ein, bei welchem natürlich der reichsständische Landbesitz des Verschuldeten unberührt blieb, die gesammten Landeseinkünfte desselben aber von der kaiserlichen Debit-Commission, bis auf eine gewisse für den Unterhalt des Schuldners ausgesetzte Summe, in Verwaltung genommen und zur Befriedigung der Gläubiger verwendet werden sollten[3]. Ein Verfahren also, welches, in geregelten Proceßformen sich bewegend, einen von der Reichsregierung geleisteten Rechtsschutz für die Gläubiger zahlungsunfähiger oder zahlungsunwilliger Reichsunmittelbarer darstellte und ein wirksames Correctiv gegen (wie J. J. Moser sagte) „der teutschen großen Herren reichsherkömmliches Schuldenmachen" bilden konnte. Anderseits aber ist begreiflich, wie das Recht zur Einsetzung solcher Schuldenregulirungs-Commissionen auch ein überaus wirksames Mittel zur Ausübung politischen Einflusses in der Hand des Kaisers war. Der Reichsstand, dessen Einkünfte unter der Verwaltung einer solchen kaiserlichen Behörde standen, war seiner Unabhängigkeit dem kaiserlichen Hofe gegenüber verlustig; und derjenige, dem die Einsetzung einer Debit-Commission über dem Haupte schwebte, war natürlich darauf angewiesen, die Gunst des Kaisers um jeden Preis zu erlangen oder zu erhalten, um damit die drohende Gefahr abzuwenden. So übte der Kaiser durch die reichshofräthliche Competenz über das Schuldenwesen der Reichsstände einen sehr erheblichen Druck auf die große Zahl unter ihnen aus, welche sich in

---

[1] Schwartzenau an Karl Friedrich, dat. Regensburg 25. Febr. 1784. Rescript an Schwartzenau, dat. 12. März 1784 (ebendas.).

[2] Vergl. Reuß, Staatscanzley. IX. 387 ff.

[3] Das eingehendste Material zur Kenntniß dieser Verhältnisse bietet J. J. Moser, Von dem Reichs-Ständischen Schuldenwesen (Frankf. u. Leipzig. 1774. 2 Bde.). Die Markgrafschaft Baden hat nie mit einer Debitcommission zu thun gehabt; über die schnell geregelten Schuldenverhältnisse, die sich aus dem Anfall von Baden-Baden 1771 ergaben, vgl. Moser I. 29, II. 9. Nebenius-Weech, Karl Friedrich S. 116.

zerrütteten ökonomischen Verhältnissen befanden. Man findet nicht, daß in früheren Zeiten erhebliche Klagen über mißbräuchliche Benutzung dieses Machtmittels von Seiten des kaiserlichen Hofes geführt worden sind; jetzt unter Joseph II. war der Glaube ein weitverbreiteter, daß die Debit-Commissionen ein gefährliches, die Freiheit der Reichsstände ernstlich bedrohendes Werkzeug in der Hand des Kaisers seinen[1]. Der schärfere Ton, den die Regierung dieses Herrschers in allen Reichsgeschäften anschlug, in Verbindung mit den in der Verwaltung seiner österreichischen Erblande zu Tage tretenden centralisirenden und absolutistischen Tendenzen, weckte die lebhaftesten Besorgnisse; man glaubte von ihm der weitgehendsten Absichten sich versehen zu dürfen. Auch das brüske dictatorische Verfahren, mit welchem Joseph den vereinigten Niederlanden gegenüber die Beseitigung des Barriere-Tractates erzwang, sein ebenso gewaltsamer, aber mißlingender Versuch, zu Gunsten seiner belgischen Handelsstädte die vertragsmäßige Schließung der Schelde thatsächlich zu durchbrechen, wurde in Deutschland als ein hochbedenkliches Symptom empfunden: wenn der Kaiser mit so „gefährlichen Grundsätzen" sich über Verträge und Friedensschlüsse hinwegsetze, welche Sicherheit hätten dann noch die deutschen Reichsstände, die so viel weniger widerstandsfähig seien, als die Holländer?[2] Selbst ziemlich harmlose und ungefährliche Maßregeln, wie das barocke Experiment der Wiedereinführung der sogenannten „Panisbriefe", riefen unter solchen Umständen eine ihre wirkliche Wichtigkeit weit überbietende Aufregung hervor[3]. Immerhin war es wohl begreiflich, daß Maßregeln und Zumuthungen des kaiserlichen Hofes, deren man sich in Berlin, in Hannover, in Dresden mit Leichtigkeit erwehren oder sie einfach ignoriren konnte, in dem Kreise der kleineren reichsunmittelbaren Existenzen schwerer empfunden wurden und hier ein immer sich steigerndes Gefühl der Unsicherheit aufkommen ließen.

---

[1] Dohm, Denkwürdigkeiten III. 102 giebt an, daß Hessen-Darmstadt dem Fürstenbunde nicht beigetreten sei, weil es von schweren Schulden gedrückt befürchtet habe, von einer kaiserlichen Debitcommission heimgesucht zu werden. Daß in diesem Falle allerdings andere Motive — besonders die Rücksicht auf Frankreich und Rußland — den Hauptausschlag gaben, hat auf Grund der Acten des Darmstädter Archivs Heidenheimer a. a. O. überzeugend nachgewiesen. Ganz grundlos indeß wird die Angabe des in solchen Dingen meist wolunterrichteten Dohm nicht sein; Landgraf Ludwig befand sich in der That in drückenden Schuldenverhältnissen, und daß in die Ordnung derselben schon einmal vor mehreren Jahren der Kaiser eingegriffen, zeigen die von Moser a. a. O. S. 32 ff., 886 ff. mitgetheilten Acten.

[2] Hessen-Darmstädtisches Ministerialschreiben an den Landgrafen Ludwig, Nov. 1785 bei Heidenheimer a. a. O. S. 34.

[3] Vergl. Dohm, Denkwürdigkeiten III. 19 ff. Besonders wurden natürlich die geistlichen Gebiete mit diesen Auflagen heimgesucht. Der französische Gesandte in Mainz, Graf O'Kelly, schildert in seinen Berichten die Aufregung, die am Mainzer Hof entstand,

Andere Schritte des Kaisers waren von der Art, um auch weitere Kreise zu beunruhigen.

Im Zusammenhang mit den einschneidenden kirchlichen Reformen Josephs II. in seinen österreichischen Erblanden stand das Bestreben desselben, aller Diöcesangewalt auswärtiger Bisthümer in diesen Landen ein Ende zu machen und damit auch die kirchlich-administrative Schließung seines Staatsgebiets zu vollenden. Indem er in der Ausführung dieses Planes nach allen Seiten hin rücksichtslos und entschlossen vorging, indem er namentlich von den Diöcesen der Bisthümer Salzburg und Passau die in Oesterreich gelegenen Theile eigenmächtig losriß und sie den einheimischen Bisthümern Wien und Linz unterstellte, so gerieth er auch an dieser Stelle mit der Autonomie des deutschen Reichsfürstenthums, hier des geistlichen, in Conflict. Denn wenn im Interesse der jetzt so scharf betonten österreichischen Staatseinheit jene beiden ansehnlichen reichsunmittelbaren Stifter von Salzburg und Passau eines Theils ihrer Sprengel durch kaiserlichen Machtspruch beraubt werden durften, wenn gegen das mit seinem kirchlichen Gebiet weit nach Böhmen hineinragende Bisthum Regensburg ein ähnliches Verfahren in Aussicht genommen wurde, wenn der Bischof von Constanz in fortwährendem Zerwürfniß mit der vorderösterreichischen Regierung lag wegen ihrer Eingriffe in die bischöflichen Rechte und in das Gebiet seiner Jurisdiction[1], so waren dies alles Uebergriffe auf ein Gebiet, welches nicht weniger als andere unter dem Schutze der bestehenden Reichsverfassung stand und welchem bis dahin immer die schützende Fürsorge des kaiserlichen Hofes ganz besonders zu Theil geworden war.

Ein Gefühl der Unsicherheit gegenüber den Plänen Josephs II. bemächtigte sich im Anfang der 80er Jahre auch der geistlichen Höfe im Reich; man sprach von Säcularisationsplänen des Kaisers; man wollte wissen, daß dieser auch den Kurfürsten Karl Theodor in München bereits dafür gewonnen habe, für Baiern und die Pfalz ebenfalls große Umgestaltungen auf dem Gebiete der kirchlichen Organisation vorzunehmen und seinen Landen, ebenso wie Joseph II. es in Oesterreich that, eine nur sie umfassende und alle auswärtige

als der Kaiser an fünf dortige Klöster Panisbriefe richtete zu Gunsten mehrerer «anciens serviteurs de feue l'Impératrice sa mère»; die Klöster von ganz Deutschland seien mit solchen Briefen überschwemmt, in das Bisthum Lüttich seien deren allein 150 erlassen worden; der Kurfürst von Mainz ließ genaue archivalische Untersuchungen anstellen über das Recht des Kaisers. (O'Kelly, dat. Mainz 13. Mai 1783. Paris. Arch.) In Baden scheint der Versuch nicht gemacht worden zu sein.

[1] Über diese Conflicte sehr ausführliche Nachrichten in den Berichten des österreichischen Gesandten beim schwäbischen Kreis v. Lehrbach aus dem Jahr 1784 (Wien. Arch. Schwäb. Kreisacten).

Diöcesangewalt zu Gunsten der einheimischen Bisthümer und des Landesherrn ausschließende Kirchenverfassung zu ertheilen[1]; für alle benachbarten Bischöfe ein ähnlicher Schlag, wie ihn der Kaiser gegen Salzburg und Passau geführt hatte. Mochte immerhin das Gerücht manches übertreiben oder erfinden, man war in der Stimmung, das Gefährlichste für wahrscheinlich zu halten; die geistlichen Herren begannen unter einander in Berathung zu treten, sich mit ihrem natürlichen Führer, dem Kurfürsten von Mainz, in Verbindung zu setzen, wol auch bereits nach Berlin oder auch nach Paris hilfesuchende Blicke zu richten.

Von noch größerem Belang aber war es, daß derselbe Kaiser, welcher so mit eigenmächtigen Neuerungen in die Bereiche der hohen deutschen Prälatur eingriff, anderseits sich auf das nachdrücklichste bemüht zeigte, für sein eigenes Haus auf dem Gebiete des geistlichen Reichsfürstenthums die umfassendsten Erwerbungen zu machen.

Es war ein großer Erfolg der österreichischen Politik im Reich, als im August 1780, vielen Gegenstrebungen zu Trotz, für den jüngsten Bruder des Kaisers, den Erzherzog Maximilian, der eben damals nach dem Tode seines Oheims Karl von Lothringen dessen Nachfolger als Hochmeister des Deutschordens wurde, die Wahl zum Coadjutor des Erzbisthums Cöln und des Bisthums Münster durchgesetzt wurde. Wenige Jahre darauf, im April 1784, gelangte der Erzherzog durch den Tod seines Vorgängers in den Besitz der beiden Bisthümer. Eine Stimme im Kurfürstencolleg und die Herrschaft über die beiden wichtigen geistlichen Territorien in Rheinland und Westfalen, die seit dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts fast beständig in den Händen bairischer Fürsten gewesen, war der Preis dieses Sieges. Aber es schien nicht die Absicht Josephs II., sich damit zu begnügen. Zu Cöln und Münster erstrebte, wie die Meinung verbreitet war, der kaiserliche Hof auch noch die Bisthümer Hildesheim und Paderborn für den Erzherzog; man glaubte, daß auch Salzburg für denselben in Aussicht genommen sei; in Augsburg, in Constanz, in Freising gedenke der Kaiser durch Coadjutorwahlen bei erster Gelegenheit Prinzen von der toskanischen Linie seines Hauses die Herrschaft zu sichern[2]. Es erregte nicht geringes Aufsehen, als gewisse Andeutungen erkennen

---

[1] Vgl. die unten mitgetheilten Berichte O'Kelly's aus Mainz, besonders den vom 19. Febr. 1784 (Parif. Arch.). In den Berichten des österreichischen Geschäftsträgers in Mainz, Graf Metternich-Winneburg, ist in derselben Zeit mehrfach die Rede von der angeblichen Absicht der preußischen Regierung, für ihre rheinisch-westfälischen Lande ein eigenes Bisthum in Cleve zu errichten (Wien. Arch.).

[2] Etwas später ist auch die Rede davon, daß man in Wien die Absicht hege, „mit Beihilfe des Herrn Kurfürsten von Trier einen Toscanischen Erzherzog zum Coadjutor zu

ließen, daß selbst der Stuhl von Mainz nicht außerhalb der Sphäre der Speculationen der Wiener Hofburg liege[1]. Auch wenn nur ein Theil dieser Projecte verwirklicht wurde und wenn die gleichfalls jetzt hie und da wieder auftauchenden Gerüchte von Plänen des Kaisers auf die Erwerbung Würtembergs für's erste kaum eine ernstliche Gefahr anzeigen mochten, so war das Ganze jener Erfolge und jener Entwürfe doch im höchsten Grade dazu angethan, den einmal geweckten Argwohn zu steigern und eine mögliche Machtentwickelung des Kaisers im Reich vor Augen zu stellen, mit welcher die bisherige Verfassung desselben und die hergebrachte Freiheit seiner Stände nicht bestehen könne. Der Gedanke lag am Wege, sich durch geeignete Maßregeln gegen diese Gefahren zur Wehr zu stellen.

Was aber bedeuteten alle jene bedrohlichen Entwürfe Josephs II. im Vergleich mit dem von ihm am beharrlichsten verfolgten Lieblingsplan, der Einverleibung Baierns in das österreichische Staatsgebiet. Einen ersten Versuch hatte, im Einverständniß mit den übrigen europäischen Großmächten, Friedrich der Große durch den bairischen Erbfolgekrieg vereitelt. Aber Joseph ließ den Gedanken nicht fallen. In den Jahren nach dem Frieden von Teschen, der jenen Krieg beendigte (1779), gelang es ihm, seine diplomatische Lage wesentlich günstiger zu gestalten. Durch klug berechnetes Eingehen auf die Wünsche der Kaiserin Katharina II. in den orientalischen Angelegenheiten wurde ein enges Freundschaftsverhältniß mit Rußland angebahnt, dessen Folge zugleich war, daß

Trier, Augsburg und Ellwangen zu befördern" (Bericht des Grafen Lehrbach an F. Kaunitz, dat. München 7. Oct. 1788). In Augsburg (damals mit Trier in einer Hand verbunden), fügt L. hinzu, gebe es aber eine Partei im Domcapitel, welche „aus Abneigung gegen den Kais. Hof eher auf einen Prinzen von Preußen gehen zu wollen sich in ihrem kühnen Eifer äußere". (Wien. Arch. Schwäb. Kreisacten.)

[1] Graf Metternich-Winneburg, der österreichische Geschäftsträger in Mainz, übersendet am 24. März 1784 dem F. Kaunitz einen Zeitungsartikel aus dem «Courier de l'Europe» vom 9. März: «Vienne le 17 Fevrier. On écrit de Maience, que la santé de l'Electeur tient toujours ouverte les yeux des prétendans à ce siège. Le parti de notre Cour pour cette élection parait *préponderant* et la dirigera selon les apparences sur un Archiduc de Toscane.» (Wien. Arch. Reichskanzlei.) Ueber den nämlichen Artikel berichtet an demselben Tage auch der französische Gesandte O'Kelly in Mainz an seine Regierung; er fügt hinzu, daß der «Courier de l'Europe» denselben der «Gazette d'Erlang» entnommen habe — «dont on se sert souvent pour préparer les esprits aux évenemens qu'on a le desir d'effectuer»; übrigens komme der Fühler des Wiener Hofes gerade jetzt etwas ungeschickt; denn die oft wankende Gesundheit des Kurfürsten sei in letzter Zeit gerade vortrefflich gewesen. (O'Kelly, dat. Mainz 24. März 1784. Paris. Arch.) In der That war in dem Mainzer Domcapitel eine für einen Erzherzog gestimmte Partei damals gar nicht vorhanden, und jene Zeitungsnotiz wurde wol mit Recht als eine verblümte Versuchsanfrage betrachtet.

das seit langen Jahren bestehende Bündniß des preußischen Gegners mit dieser Macht zuerst ins Schwanken kam, dann thatsächlich sich auflöste (Sommer 1783)[1]. Friedrich dem Großen war damit der wichtigste Rückhalt in dem System seiner auswärtigen Politik entzogen, und Joseph glaubte hoffen zu dürfen, daß bei einem erneuten Vorstoß gegen Baiern das Veto des jetzt politisch fast isolirten preußischen Königs diesmal machtlos sein werde. Auch der Zustimmung des französischen Hofes vermeinte er gewiß zu sein oder, wenn nöthig, sie etwa durch die Abtretung von Luxemburg und Namur erkaufen zu können; er rechnete darauf, daß Frankreich es übernehmen werde, die Zustimmung des nächsten Agnaten, des Herzogs Karl von Zweibrücken, für das beabsichtigte Arrangement zu erwirken.

So kam unter anscheinend günstigen diplomatischen Aussichten das neue Project des Kaisers zu Stande, die Erwerbung Baierns in der Weise zu bewerkstelligen, daß der Kurfürst Karl Theodor von Baiern und der Pfalz dasselbe freiwillig an Oesterreich abtreten und ihm dafür der größere Theil der österreichischen Niederlande, etwa mit dem Titel und Rang eines Königreichs Burgund, überlassen werden sollte. Die Unterstützung der Kaiserin Katharina bei der Durchführung des Tauschgeschäftes war zugesagt; der Kurfürst Karl Theodor, mit dem der österreichische Gesandte von Lehrbach im August 1784 die Unterhandlungen begann, zeigte sich nicht abgeneigt auf dasselbe einzugehen und sein von ihm wenig geliebtes bairisches Erbland mit dem niederländischen Königreich zu vertauschen; im tiefsten Geheimniß wurde die Angelegenheit betrieben.

Begreiflich daß, als sie dennoch zur Kunde der deutschen Höfe kam, das neue Vorhaben des Kaisers die lebhafteste Aufregung hervorrief. Es ist zur Genüge bekannt, wie ernst Friedrich der Große die Sache nahm. Allenthalben aber im Reich und ganz besonders in Oberdeutschland wiederholt sich der gleiche Eindruck; man erblickte in diesem bairischen Tauschproject den Schlußstein aller der verderblichen Unternehmungen Josephs II.; wenn auch diese ihm gelinge, so gebe es keinen Widerstand mehr. „Baiern — so wird in einer eindringlichen Denkschrift des darmstädtischen Ministeriums an den Landgrafen Ludwig ausgeführt — ist die einzige bisherige Barrière und Vormauer für die Sicherheit der angrenzenden mindermächtigen Stände gegen die österreichische Uebermacht, und wenn diese Schutzwehr zertrümmert ist, so müssen die Angrenzenden, die keinen Widerstand thun können, sich dem Willen des übermächtigen Nachbarn fügen, von ihm Rath und Vorschriften annehmen und sich solche gefallen lassen"; die

[1] S. Bailleu a. a. O. S. 425.

vorderen Reichskreise kämen damit völlig in die Hand des Kaisers; die kurpfälzischen Lande würde er auch zu den bairischen hinzu zu erwerben wissen, die ganze Verfassung des schwäbischen und fränkischen, des oberrheinischen, kurrheinischen und niederrheinischen Kreises werde er „umreißen und destruiren"[1]. Man konnte nicht schärfer das Beginnen Josephs II. als ein revolutionäres im Sinne der bestehenden Reichsverfassung charakterisiren.

Wie so viele andere Pläne dieses Kaisers ist auch das bairische Tauschproject gescheitert. Trotz russischer Begünstigung und französischer Zulassung zeigte es sich für's erste doch unausführbar, als der nächstbetheiligte wittelsbachische Agnat, Herzog Karl von Zweibrücken, die ihm von dem russischen Gesandten Romanzow in sehr peremtorischer Weise gemachten Eröffnungen über den beabsichtigten Tausch mit der entschlossensten Verweigerung seiner Zustimmung beantwortete und zugleich den erprobten Schutz Friedrichs des Großen gegen den neuen Anlauf der österreichischen Annexionspolitik anrief, und als dieser ihm sofort mit voller Entschiedenheit gewährt wurde (Januar 1785)[2]. Joseph II. sah sich gegenüber der mächtigen Aufregung, die allenthalben im Reich, und nicht am wenigsten in Baiern selbst, sich kundgab, veranlaßt, zunächst einen Schritt zurück zu thun; das Project wurde abgeleugnet. In der That bestand nicht die Absicht es aufzugeben, sondern nur es für den Augenblick zu vertagen. Indem aber die hochaufgeregte öffentliche Meinung dies ebenso verstand, blieb das bairische Tauschproject noch lange ein Moment allgemeiner Beunruhigung im Reich und ein Antrieb zur Ergreifung ernstlicher Schutzmaßregeln; der Entschluß Friedrichs des Großen, eine Union der deutschen Fürsten ins Leben zu rufen, nahm von hier seinen Ausgang.

Wir haben in dem Vorstehenden kurz die äußeren Anlässe und die durch sie erweckten Stimmungen bezeichnet, aus denen die durch die nachfolgenden Acten illustrirten politischen Bewegungen im Reich während der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts entsprangen. Es ist nicht zu verkennen, daß die Mehrzahl dieser Anlässe am ersten und am stärksten ihre Wirkung übte in den Kreisen der Mittleren und Kleinen im Reich. Hier empfand man den bedrohlichen Charakter der Josephinischen Politik am unmittelbarsten; hier war das Reich und seine Verfassung die einzige schützende Garantie des politischen Daseins und seiner Dauer; hier faßte man zuerst den Gedanken organisirten Widerstandes.

---

[1] Heidenheimer S. 35f.

[2] Die betreffenden Acten s. bei Adolf Schmidt, Unionsbestrebungen S. 128ff.

Die hervorragende Theilnahme des Markgrafen Karl Friedrich von Baden und seiner Regierung an jenen Bewegungen stand natürlich nicht außer Zusammenhang mit den oben aufgeführten Veranlassungen zum Mißtrauen gegen den kaiserlichen Hof. Auch Baden wurde von denselben in mannigfacher Weise betroffen. Wie die meisten anderen Reichsstände hatte es seine schwebenden Processe beim Reichshofrath. Ein besonderer juristischer Agent, der Dr. Jacob Friedrich Stockmayer, war mit der Betreibung derselben in Wien beauftragt[1]. Endlose Verschleppung, Behandlung der Sachen nach Gunst und Ungunst ist auch hier die stete Klage; selbst mächtige diplomatische Verwendung, wie wenn gelegentlich der russische Gesandte in Wien, Fürst Gallizin, sich der badischen Beschwerden annimmt, bringt wenig Vortheil. In besonders peinliche Berührungen mit dem Reichshofrath kam die markgräfliche Regierung bei Gelegenheit der kirchlichen Irrungen, die bald nach dem Anfall der baden-badenschen Lande, vom Jahr 1777 an, von einer katholischen Agitationspartei in dem neugewonnenen Gebiet gegen die Kirchenverwaltung des protestantischen Landesherren erhoben wurden, und die unter dem Namen des badischen Syndicatsprocesses damals ein weitreichendes Aufsehen erregten[2]. Karl Friedrich sah sich hierbei veranlaßt, die Entscheidung des Reichshofrathes, welcher sich auf die Seite der katholischen Kläger stellte und sogar mit der Absendung einer kaiserlichen Localcommission unter Mitwirkung der fünf Bischöfe, die in den badischen Landen Diöcesanrechte hatten[3], drohte, zu verwerfen und Recurs an den Reichstag zu nehmen (1780). Bei diesem ist die Sache, für welche neben anderen besonders auch die preußische Regierung sofort sich im Sinne des Markgrafen

---

[1] Stockmayer wurde zuerst 1772 als Legationsrath in Wien angestellt zur Unterstützung des mit der Führung der badischen Geschäfte betrauten Geh. Legationsrathes Joachim Gottlieb v. Fabrice; 1776 (31. Oct.) wurde er zum Ministerresidenten ernannt und bei der kaiserlichen Regierung accreditirt (Wien. Arch.). Seine sehr ausführlichen Berichte, fast ausschließlich die Reichshofrathsprocesse betreffend, befinden sich im Karlsr. Arch. Er sendet gelegentlich geheime Proceßacten ein, von denen er sich durch Bestechung von Subalternbeamten („für die Gebühr") Abschriften verschafft hat; es kommt vor, daß man dieselben nachmals in Karlsruhe als gefälscht erkennt oder wenigstens beargwohnt. Außerdem wurden nicht selten zur Betreibung einzelner Angelegenheiten badische Justizbeamte vorübergehend nach Wien geschickt; so 1773 der Hofraths-Assessor v. Reck wegen des Processes mit Würtenberg über vier Dörfer des ehemaligen Klosters Herrenalb; 1783 der Hofrath Joh. Georg Schlosser in Sachen verschiedener Differenzen mit der vorderösterreichischen Regierung u. dgl. m. Vergl. die w. u. bei den Acten s. d. 6. Oct. 1785 befindliche Liste der wichtigsten badischen Reichshofrathsprocesse, die aber nicht vollständig ist.

[2] v. Drais, Baden unter Karl Friedrich II. 68 ff. Nebenius-Weech, Karl Friedrich S. 121 ff.

[3] Es waren die Bischöfe und Erzbischöfe von Speier, Straßburg, Constanz, Mainz und Trier.

erklärte, zu eigentlicher Behandlung zunächst nicht gekommen; es war dies eine von den Angelegenheiten, deren Erledigung durch die oben erwähnte bald darauf eintretende „Inactivität“ des Reichstages unmöglich gemacht wurde; sie hat, unter wesentlich veränderten Verhältnissen, erst im Jahre 1789, völlig zu Gunsten der markgräflichen Regierung, ihre Endschaft gefunden.

Das sehr nachdrückliche Auftreten Karl Friedrichs bei dieser Gelegenheit, sowie anderseits die geringe Geneigtheit, welche die badische Regierung von Seiten der kaiserlichen Organe dabei erfahren hatte, konnten nicht anders als eine gewisse gereizte Stimmung auf beiden Seiten hervorrufen[1]. An anderen Anlässen zu Reibungen fehlte es nicht; mit den österreichischen Regierungsbehörden in dem benachbarten Breisgau waren die Differenzen häufig; auf den schwäbischen Kreistagen, denen ein kaiserlicher Bevollmächtigter beizuwohnen pflegte, nahm dieser, besonders bei den nicht seltenen Conflicten zwischen Baden und Würtenberg, meistens für das letztere Partei[2]; in den nicht zahlreichen Fällen, in denen Karl Friedrich sich in persönlicher Zuschrift an das Reichsoberhaupt wendet und ihm die eine oder andere seiner Angelegenheiten empfiehlt, fällt die kühle auf den regulären Geschäftsgang verweisende Haltung der kaiserlichen Erwiderungsschreiben auf. Ebenso aber war es natürlich, daß bei den Verhandlungen über eine gegen Oesterreich gerichtete Association der deutschen Reichsfürsten, die während des bairischen Erbfolgekriegs im Frühjahr 1778 von Friedrich dem Großen in Gang gesetzt wurden, Baden von Anfang an unter den «plus considerables et mieux intentionnés» aufgeführt wurde, auf deren Beitritt man rechnen zu dürfen glaubte; ein Staatsmann, welcher nahe persönliche Beziehungen zu dem Hofe von Karlsruhe hatte, der Freiherr Georg Ludwig von Edelsheim, dessen Bruder Wilhelm der einflußreichste Minister Karl Friedrichs war (wir werden beiden Brüdern in dieser Publication noch

[1] So rescribirt der Geh. Rath an Stockmayer in Wien (dat. Karlsruhe 28. Oct. 1782): es seien kürzlich wieder neue Anzeichen zu Tage getreten, „daß man an verschiedenen Orten noch immer bemüht ist, die katholischen Unterthanen gegen Sermum aufzuhetzen und durch beständige Ausstreuungen widriger Gerüchte solche von dem Gehorsam und schuldiger Treue mehr und mehr zu entfernen“. Die Mittheilung der Thatsache an den Agenten in Wien zeigt, daß man eine Mitwisserschaft in den dortigen regierenden Kreisen nicht für ausgeschlossen hielt.

[2] Sehr bezeichnend ist namentlich die entschiedene Animosität, mit welcher der kaiserliche Gesandte beim schwäbischen Kreis v. Lehrbach in seinen Berichten von den Kreistagen in Ulm in den achtziger Jahren sich immer über „den hochfürstlichen Stand Baden“ auslässt, „welcher unter dem scheinbaren Vorwande, sich dem Kreisausschreibamtlichen Despotismus [von Würtenberg] entgegenzustellen, keine Gelegenheit aus Handen läßt, sich vor allen andern hervorzudringen“. Aeußerungen ähnlicher Art wiederholen sich oft in diesen Berichten (Wien. Arch. Schwäb. Kreisacten).

sehr häufig begegnen), erhielt den Auftrag, an den thüringischen, den hessischen und dem badischen Hofe die Einleitungen zu dem beabsichtigten Bundeswerk zu treffen[1].

Dasselbe ist damals über das Stadium der Vorbereitungen nicht hinausgekommen; es wurde von der russischen Regierung zeitweilig begünstigt, von der französischen bekämpft; schließlich war der Verlauf der Dinge in Deutschland ein solcher, daß Friedrich der Große selbst das Project, von dem er sich erhebliche reelle Hilfe nicht versprach, in zweite Reihe treten und endlich fallen ließ, zumal nachdem auch Katharina II., jetzt mehr und mehr sich Joseph II. und der österreichischen Politik nähernd, dem Unternehmen ihre Fürsprache entzogen hatte. Der Unionsgedanke, der ein paar Jahre hindurch sogar in den diplomatischen Verhandlungen der Großmächte eine gewisse Rolle gespielt hatte, verschwindet mit dem Jahr 1780 wieder von der Bühne der großen Politik, und auch Friedrich der Große hat von hier an längere Zeit sich nicht mehr ernstlich mit ihm beschäftigt[2].

Er tritt uns zuerst wieder entgegen in dem politischen Verkehr einer Anzahl kleinerer deutschen Fürsten, des badischen Karl Friedrich an erster Stelle, in den nächstfolgenden Jahren. Das immer sich steigernde Gefühl ernster Gefährdung trieb jetzt zunächst diese Elemente zur Ergreifung der Initiative.

Von hier nehmen die in dem Nachfolgenden mitgetheilten Acten ihren Ausgang. Wir lassen diesen selbst das Wort, nachdem wir nur noch einige kurze Bemerkungen über die wichtigsten der in ihnen in Action tretenden Persönlichkeiten vorausgeschickt haben[3].

Unter den politischen Gesinnungsgenossen Karl Friedrichs, mit denen wir ihn in dieser Zeit in nahem Verkehr erblicken, tritt uns zuerst Fürst Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau (geb. 1740, gest. 1817) entgegen. Eine dem badischen Markgrafen eng verwandte Natur und neben ihm einer der tüchtigsten und bestgesinnten unter den aufgeklärten fürstlichen Reformfreunden des Zeitalters. Er steht Karl Friedrich nicht gleich an vielseitiger, auch wissenschaftlicher Durchbildung auf dem Gebiete des wirthschaftlichen Lebens und blickt zu dem älteren Genossen wie zu einem Meister empor; in dem prak-

[1] Finckenstein und Hertzberg an den König, dat. Berlin 3. April 1778, bei Preuß, Friedrich der Große. IV. 390; Arneth, Maria Theresia und Joseph II. II. 314; v. d. Asseburg, Denkwürdigkeiten S. 326.

[2] Vergl. Bailleu, S. 412 ff.

[3] Ueber die hier nicht berührten werden die nöthigen Personalnotizen in den Anmerkungen an geeigneter Stelle gegeben.

tischen Wirken der beiden Männer aber erkennt man viele Berührungspunkte, und in der inneren Geschichte seines kleinen Landes nimmt Fürst Franz von Dessau eine ähnliche Stelle ein, wie jener in der von Baden. Die erste Veranlassung, sich persönlich näher zu treten, erwuchs ihnen, wie es scheint, aus dem gemeinsamen Interesse für die pädagogischen Reformbestrebungen der Zeit. Karl Friedrich gewährte dem im Jahr 1774 von Basedow in Dessau gegründeten „Philanthropin" eine jährliche Geldunterstützung. Der Erfolg der Anstalt blieb bekanntlich bald sehr hinter den gehegten Erwartungen zurück, und auch bei Karl Friedrich scheint das anfänglich für dieselbe gehegte Interesse nach einiger Zeit sich abgekühlt zu haben[1]. Franz von Dessau sah sich veranlaßt, ihn persönlich um die Fortdauer seiner Gunst für das ihm am Herzen liegende Institut zu bitten und forderte ihn auf, durch vertraute Sachverständige den Zustand desselben prüfen zu lassen und sich von der Tüchtigkeit seiner Leistungen zu überzeugen[2]. Ob dies geschehen, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls erklärte sich Karl Friedrich bereit, seinen Geldbeitrag für's erste weiter zu zahlen, verhehlte aber dem Fürsten nicht, daß die Entwickelung, die das Philanthropin neuerdings genommen, seinen Erwartungen nicht entspreche. Bei diesen Verhandlungen war von beiden Seiten der Wunsch persönlicher Bekanntschaft ausgesprochen worden; im Frühjahr 1781 brachte ihn Karl Friedrich zur Erfüllung durch eine Reise nach Leipzig und Dessau, auf welcher ihn auch der Erbprinz Karl und der Minister Wilhelm von Edelsheim begleiteten. Ein intimes Freundschaftsverhältniß wurde angeknüpft; „die Bekanntschaft eines Fürsten gemacht zu haben, wie E. Dchl. sind (schreibt der Markgraf nach seiner Rückkehr) und den Anfang einer Freundschaft mit Ihnen gestiftet zu haben, die ewig währen soll, ist eine neue Epoche meines Lebens, die mir die glücklichsten Folgen vorsehen

---

[1] Aus badischen Kreisen war bereits im J. 1776 ein sehr lebhafter kritischer Angriff gegen die Ueberschwänglichkeiten der Philanthropin-Experimente in Dessau und in der entsprechenden Anstalt des Grafen Salis zu Marschlins in Graubünden ausgegangen; es waren die in Iselin's „Ephemeriden der Menschheit" veröffentlichten Aufsätze des Hofraths Joh. Georg Schlosser, der damals als Oberamtmann in Emmendingen lebte. Schl. stand dem Markgrafen Karl Friedrich persönlich nahe, und dieser wird jedenfalls auch von den principiellen Einwendungen desselben Kenntniß genommen haben. Vergl. Nicolovius, J. G. Schlosser's Leben und literarisches Wirken (Bonn 1844), S. 47. Düntzer, Christof Kaufmann, der Apostel der Geniezeit (Leipzig 1882), S. 25 ff., 66 f.

[2] F. Franz an Karl Friedrich, dat. Dessau 20. Januar 1781: il n'y a rien de plus précieux pour cet institut que la protection et les bonnes grâces d'un Prince, dont tout le monde parle avec la plus grande admiration, et dont l'approbation excite l'attention de toute l'Allemagne et produit l'influence la plus désirée. — Das Antwortschreiben Karl Friedrichs o. D., Concept von der Hand Edelsheim's (Karlsr. Arch.). Vgl. Nebenius-Weech, S. 179 f.

läßt"[1], und in ähnlich emphatischem Ton spricht dann auch der Dessauer seinen Dank und seine hohe persönliche Verehrung aus. Ein fortgesetzter brieflicher Verkehr schloß sich an; im Sommer 1782 erwiderte Franz den Besuch des Markgrafen in Karlsruhe, wiederholte Zusammenkünfte in den nächsten Jahren folgten. In eingehenden Besprechungen verständigten sich die beiden Fürsten über die allgemeine politische Lage und über die Nothwendigkeit gemeinsam zu ergreifender Maßregeln. Auch mit dem Minister Edelsheim wurde bei jenem Besuch im Sommer 1782 die aus früherer Zeit stammende Bekanntschaft erneuert und befestigt: „Dessau's Fürsten", schreibt Edelsheim an Karl August von Weimar, „bin ich immer, was ich war; meine Magnete sind im Norden"[2]. Die ausgedehnten persönlichen Bekanntschaften des Fürsten Franz, besonders auch seine nahen Beziehungen zu dem preußischen Hofe und dem Prinzen von Preußen[3], machten ihn vor allen geeignet für die ersten Anknüpfungen und Verhandlungen, und besonders in diesem Stadium begegnen wir seinem Wirken vielfältig in den nachfolgenden Acten.

Etwas älteren Datums war die Bekanntschaft Karl Friedrichs mit dem jungen Herzog Karl August von Weimar. Auf jener denkwürdigen Reise im Jahr 1775, welche Goethe und Karl August zusammenführte, kam dieser zum ersten Mal auch nach Karlsruhe (Febr. 1775), und von da an ist der stets reiselustige Fürst ein häufig wiederkehrender Gast an dem Hofe Karl Friedrichs gewesen, zu dem er durch seine Verheiratung mit der Prinzessin Louise von Hessen-Darmstadt auch in ein nahes verwandtschaftliches Verhältniß trat. Auf der oben erwähnten Reise nach Leipzig und Dessau im Frühjahr 1781 berührte der Markgraf auch Weimar mit einem flüchtigen Besuch (8. April). Einen intimeren Charakter gewann der Verkehr, wie es scheint, erst als man sich zu der gemeinsamen politischen Thätigkeit zusammenfand, welche der gleichartigen Beurtheilung der deutschen Angelegenheiten in den nächstfolgenden Jahren entsprang. Es ist bekannt, mit welcher begeisterten Hingebung Karl August den Gedanken eines deutschen Fürstenvereins von Anfang an ergriff und bis zuletzt festhielt. In Karlsruhe begegnete er verwandten Gesinnungen, ein lebhafter Meinungsaustausch entspann sich. Neben dem Markgrafen trat Karl

---

[1] Karl Friedrich an F. Franz von Dessau, eigenh. Concept o. D. (Karlsr. Arch.); die Reise währte, wie aus den Hoffourierbüchern sich ergiebt, vom 28. März bis 12. April 1781.

[2] Edelsheim an Karl August von Weimar, dat. Karlsruhe 19. Aug. 1782 (Karlsr. Arch.).

[3] F. Franz von Dessau war vermählt mit einer Prinzessin von Brandenburg-Schwedt.

August auch zu dem Minister von Edelsheim in vertraute Beziehung; der in dem Briefwechsel der beiden Männer herrschende Ton läßt erkennen, wie nahe sie sich traten und wie eng sie sich in ihren politischen Anschauungen berührten[1]. Die Correspondenzen, in denen dieser intime Verkehr zwischen Karlsruhe und Weimar sich darstellt, gehören zu den anziehendsten Denkmälern der inneren Zeitgeschichte jener Jahre. Karl August betrieb die Verhandlungen als seine eigenste geheimste Angelegenheit, von deren Verlauf auch in seiner nächsten Umgebung nur wenige etwas erfuhren. Natürlich gehörte Goethe zu diesen; eine Anzahl der vertraulichsten Actenstücke, die durch des Herzogs Hände gingen und von denen er Abschrift zu nehmen wünschte, glaubte er keinem anderen als ihm anvertrauen zu dürfen; diese Abschriften von Goethe's Hand befinden sich in dem Weimarischen Archiv und sind auch unserer Arbeit mit sehr wichtigen Beiträgen zu statten gekommen[2]. Die reichen Materialien dieses Archivs für die Geschichte des Fürstenbundes sind von Ranke zum ersten Mal in eingehender Weise benutzt, auch einiges aus ihnen publicirt worden. Indem wir, der Aufgabe unserer Sammlung entsprechend, eine größere Anzahl jener Actenstücke veröffentlichen, freuen wir uns, einen Wunsch zur Erfüllung zu bringen, welchen Ranke selbst in Bezug auf dieselben ausgesprochen hat[3].

In dem ganzen Verlauf der politischen Verhandlungen jener Jahre nimmt das Haus Pfalz-Zweibrücken, an welches nach dem Tode des Kurfürsten Karl Theodor die Erbschaft von Baiern und der Pfalz fallen sollte, eine hervorragende Stelle ein. Mit Baden hatte dasselbe lange Zeit besonders dadurch in naher Verbindung gestanden, daß die hintere Grafschaft Sponheim gemeinschaftlicher Besitz war und durch eine gemeinschaftliche Regierung verwaltet wurde. Durch den Theilungsvertrag vom September 1776 war dieses Verhältniß aufgelöst worden; aber auch in der Folge blieben viele geschäftliche Berührungen bestehen, die einen häufigen Verkehr der beiden Regierungen und Höfe zur Folge

[1] Vergl. unten den schönen Brief Karl Augusts an den Prinzen von Preußen (29. Aug. 1785), worin er Karl Friedrich und Edelsheim gegen ungerechte Verdächtigungen in Schutz nimmt. Vergl. auch v. Ranke, II. 261 ff. Leider sind nur die Briefe Edelsheim's an den Herzog erhalten, während die Karl Augusts meist verloren zu sein scheinen.

[2] Außer Goethe gehörte besonders Knebel zu den Eingeweihten; auch er wurde gelegentlich mit der Copirung geheimer Actenstücke betraut; s. Düntzer, Goethe und Karl August I. 267, und Briefe des H. Karl August an Knebel und Herder, herausg. von Düntzer, S. 67. 88. Doch scheute sich Karl August nicht, auch selbst einzelne umfangreiche Actenstücke eigenhändig zu copiren, z. B. das unten folgende ausführliche Memoire Edelsheims vom 16. April 1784.

[3] v. Ranke, Die deutschen Mächte und der Fürstenbund. I. 101. Vorher hatte nur J. G. Droysen in der oben S. 5 angeführten Schrift einige von diesen Papieren benutzt.

hatten. Allerdings beruhte derselbe hier nicht auf Geistesverwandtschaft der beiden fürstlichen Häupter. Herzog Karl II. von Zweibrücken (geb. 1749, gest. 1795), der im Jahr 1775 die Herrschaft angetreten, gehört zu den weniger erfreulichen Fürstengestalten der Zeit[1]. An den humanitären und reformatorischen Bestrebungen, welche Karl Friedrich von Baden und so viele andere seiner fürstlichen Zeitgenossen beseelten, hatte er keinen Antheil; wüste Verschwendung, mächtiges Coterie- und Favoritenwesen, rohes Jagd- und Marstalltreiben — „das ganze Land ein Thiergarten zum Verderben der Unterthanen“, sagt Gagern einmal[2] — das war der Charakter des Hofes auf dem prachtvollen Schlosse Karlsberg, welches der Herzog bei Homburg in der Pfalz, angeblich mit einem Aufwand von vierzehn Millionen Gulden, sich erbaut hatte und welches später, bei der französischen Invasion von 1793, fast völlig vom Erdboden vertilgt worden ist. Von allen deutschen Fürsten war Herzog Karl von Zweibrücken damals vielleicht der am meisten verschuldete. Aber die bedeutende Stellung, die er doch in der Welt einnahm als voraussichtlicher Erbe von Baiern und der Pfalz, hatte nicht nur die Wirkung, daß alle Parteien ihn für sich zu gewinnen trachteten, sondern auch zu finanzieller Aushilfe von den verschiedensten Seiten her sich Bereitwilligkeit zeigte. Friedrich der Große ließ sich allerdings auf solche Speculation, auch auf ein Gesuch des Herzogs, nicht ein; aber der Prinz von Preußen stellte ihm eine ansehnliche Summe zur Verfügung, und sie wurde nur deshalb nicht angenommen, weil sie nicht groß genug war für das Bedürfniß, und weil inzwischen der französische Hof mit einem Anlehen von angeblich mehreren Millionen das Terrain bereits für sich erobert hatte[3]. Die alten Traditionen der französischen Politik im Reich wirkten noch unverändert fort; auch jetzt in den Zeiten des immer mehr anschwellenden Deficits und des Necker'schen Compte rendu war dem Minister Vergennes die Freundschaft des zukünftigen Kurfürsten von Baiern noch immer einige Millionen werth. In der That waren die nahen Beziehungen des Zweibrückener Hofes zu dem von Versailles seit langem schon auf die Geldnoth des Fürsten gegründet; Herzog Karl bezog eine französische Jahresrente, sein Bruder Max Joseph (der spätere König von Baiern) lebte als Inhaber eines französischen Regiments meist in Straßburg und hatte einen Antheil an jener Rente. Wenn man im Reiche jetzt damit umging, eine unabhängige deutsche

[1] v. Ranke, I. 108. Lehmann, Gesch. des Herzogth. Zweibrücken (München 1867). S. 498 ff.

[2] H. v. Gagern, Mein Antheil an der Politik. I. (Stuttg. 1823) S. 16.

[3] Die Einzelheiten über diese Negociationen berichtet Karl August von Weimar in einem Memoire an den Prinzen von Preußen bei v. Ranke II. 265 f.

Fürstenpartei zu gründen, so war es ein wichtiges allgemeines Interesse, den Finanzbedrängnissen der Einzelnen womöglich durch eine gemeinsame Veranstaltung vorzubeugen: sowie der Herzog von Zweibrücken jetzt durch seine Schulden in Abhängigkeit von Frankreich gehalten wurde, so konnte er eines Tages sich auch veranlaßt sehen, die rettende Hand des Kaisers zu ergreifen, die man in Wien gern darzubieten geneigt war, und damit war dann die Action dieses wichtigen Reichsfürsten Oesterreich gegenüber gebunden[1]. Dem Markgrafen Karl Friedrich von Baden hatten seine wolgeordneten Finanzen es erlaubt, dem bedrängten Zweibrückener gelegentlich mit einem Vorschuß zu Hilfe zu kommen; aber offenbar im Hinblick auf solche Schwierigkeiten war es, daß gleich in dem ersten badischen Unionsentwurf von 1783 der Plan einer zu gründenden reichsfürstlichen Credit-Kasse aufgestellt wird, deren Aufgabe es sein sollte, der Absendung kaiserlicher Debitcommissionen zuvorzukommen und überhaupt die finanzielle Unabhängigkeit der betheiligten Reichsstände sicher zu stellen[2].

Zunächst war nun ein Abfall des Herzogs Karl auf die österreichische Seite nicht zu befürchten; nicht nur die Erinnerung an die Ereignisse von 1778 stand dem im Wege, sondern auch die nahe Verbindung mit den Fürsten von Baden, von Weimar, von Dessau, sowie die nothwendige Rücksicht auf den preußischen Hof. Doch ebenso wenig war man in Zweibrücken geneigt, sich dieser Partei völlig hinzugeben. Die Verpflichtungen gegen Frankreich nöthigten zur Vorsicht, und das Bemühen des Ministers Christian von Hofenfels, der die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten vornehmlich in der Hand hatte, ging vielmehr dahin, seinem Hofe vorerst eine gewisse mittlere Stellung zu bewahren, in welcher derselbe sich nach keiner Seite hin compromittirte. Mit der badischen Regierung kam es dabei zu einer gewissen Verstimmung, die eine Zeit lang anhielt: man mißbilligte die allzu lebhafte und das Geheimniß nicht

---

[1] Durch den Fürsten von Waldeck ließ Joseph II. dem Herzog von Zweibrücken anbieten, «de payer toutes ses dettes, s'il lui promettoit de s'unir à lui et de refuser toute autre liaison et alliance». Memoire Karl Augusts von Weimar an den Prinzen von Preußen, a. a. O.

[2] A. Schmidt, Unionsbestrebungen, S. 20, § 6 des Entwurfes; vgl. unten das Schreiben des Prinzen von Preußen an Hertzberg, dat. 19. Oct. 1783. Die von Baden vorgestreckte Summe wird in dem erwähnten Memoire des Herzogs von Weimar (v. Ranke, II. 266) auf 48 000 fl. angegeben. Daß in der That die Bemühungen und die Anerbietungen Badens zur Regulirung der Zweibrückener Finanzcalamitäten noch viel weiter gingen, erhellt aus den w. u. mitzutheilenden Acten vom April ff. 1784 über eine zu negociirende Anleihe und den Tausch des Oberamtes Bretten; s. besonders den Brief Edelsheim's an den Herzog Karl von Zweibrücken vom . . Mai 1784. Bemerkenswerth ist, daß man von badischer Seite sich sogar bemühte, in Petersburg eine Anleihe für Zweibrücken zu erwirken (Bericht des badischen Geschäftsträgers Koch in Petersburg, dat. 7. April 1784).

ängstlich genug wahrende Art, wie Edelsheim die Unionsangelegenheit betrieb, argwöhnte dann wieder allzugroße Rücksichtnahme auf den Kaiser und verdächtigte den Markgrafen deshalb in Berlin, und war überdies empfindlich darüber, daß Baden die pecuniären Verlegenheiten des Herzogs benutzen zu wollen schien, um denselben zu einem sehr unvortheilhaften Gebietstausch zu bewegen. Erst das Wiederauftauchen der bairischen Pläne Josephs II. führte den Zweibrückener Hof zu einer entschiedenen Stellungnahme auf Seiten der Unionspartei.

Was die Theilnahme des preußischen Hofes an den Verhandlungen über einen Fürstenbund in ihren ersten Stadien betrifft, so hat Friedrich der Große selbst, angesichts der wachsenden Spannung mit Oesterreich und Rußland, schon im September 1783 vorübergehend an ein Bündniß mit den deutschen Fürsten in der Weise gedacht, daß dasselbe ihm als Ergänzung zu der damals geplanten französischen Alliance dienen sollte[1]. Dies blieb zunächst ohne Folgen, da auch die französischen Verhandlungen sich zerschlugen; praktisch trat Friedrich dem Gedanken erst im Februar 1784 wieder nahe und nun in entscheidender Weise.

Aus den bisher veröffentlichten Materialien ist indeß bekannt, daß unabhängig von dem König und ohne sein Wissen[2] der Prinz von Preußen (der nachmalige König Friedrich Wilhelm II.) und der Staatsminister v. Hertzberg mit den in den Kreisen der kleineren deutschen Fürsten entstandenen Unionsplänen Fühlung genommen hatten. Diese Anknüpfung reicht sogar noch mehrere Monate weiter zurück, als sich bisher nachweisen ließ. Die Correspondenzen aus dem geheimen Staatsarchiv zu Berlin, welche wir unten mittheilen werden, zeigen, daß schon im Juni 1783 durch die Vermittelung des Fürsten von Dessau sowohl Hertzberg als der Prinz von Preußen vertrauliche Mittheilung

---

[1] Bailleu, a. a. O. S. 427. Hierauf bezieht sich vermuthlich auch die Aeußerung des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig an Hertzberg, dat. 5. Jan. 1784 (A. Schmidt, Unionsbestrebungen, S. 24), daß der König ihm — «il n'y a pas longtems» — von einer zu gründenden «ligue à l'exemple de celle de Schmalkalden» gesprochen habe.

[2] Es ist bezeichnend, daß in dem entscheidenden Schreiben des Königs an Graf Finckenstein vom 21. Febr. 1784 (Bailleu, S. 433) unter den Fürsten, auf welche er zunächst reflectirt, weder Baden, noch Weimar, noch Dessau genannt werden und auch Zweibrücken nur für den Fall seiner baldigen Succession in Baiern. Es ist auch daraus zu erkennen, daß Friedrich von den mit diesen Fürsten bereits gepflogenen Verhandlungen nicht informirt war; er würde sonst wenigstens ihre Nennung nicht unterlassen haben. Die offene Mittheilung darüber machte Hertzberg dem König erst am 9. April 1784 (A. Schmidt, S. 81).

über die Wünsche und Pläne erhielten, für welche der Hof von Karlsruhe damals der Mittelpunkt war. Es ist von Interesse, die eifrig zustimmende Theilnahme zu beobachten, womit besonders der preußische Thronfolger von Anfang an auf diese Eröffnungen einging; das Gewicht seiner Stellung brachte es mit sich, daß er alsbald im Mittelpunkt der geführten Verhandlungen stand.

Für die später folgenden Negociationen über den Beitritt Badens zu dem preußischen Fürstenbund, die nicht ohne Schwierigkeiten und Zögerungen verliefen, sind von besonderer Wichtigkeit die Berichte des preußischen Geh. Rathes Georg Friedrich von Böhmer, der im August 1785 in specieller Mission an die süddeutschen Höfe und auch nach Karlsruhe geschickt wurde. Wir theilen dieselben unten aus dem Berliner Staatsarchive mit[1]. Ergänzend treten zu ihnen die in dem Hannöverischen Staatsarchiv enthaltenen Depeschen des Legationsrathes Christoph Wilhelm von Knebel, der im September 1785 mit dem gleichen Auftrag von der englisch-hannöverischen Regierung in Karlsruhe erschien[2]. Nach dem endlich erfolgten Beitritt Badens zur Union sind besonders die durch die Vermittelung Böhmer's mit dem preußischen Hofe geführten Verhandlungen über die Truppenleistungen Badens für die Union und über einen eventuellen militärischen Subsidienvertrag mit Preußen bemerkenswerth (April 1786 ff.).

Für die laufende Berichterstattung aus Berlin hatte übrigens die badische Regierung nach der diplomatischen Sitte der Zeit mehrere dort ansässige und in preußischem Staatsdienst befindliche Persönlichkeiten in ihrem Dienst, die mit Erlaubniß der preußischen Regierung die Functionen eines Residenten oder Correspondenten (meist für verschiedene auswärtige Höfe) übernahmen. So wurde 1784 der als juristischer Schriftsteller bekannte Dr. Joh. Karl Conrad Oelrichs in Berlin als badischer „Resident" am preußischen Hofe beglaubigt[3]. Inhaltreicher als seine Berichte sind die eines anderen Berliner Agenten, des Geh. Rathes Reckert, dessen zeitungsartige Correspondenzen von 1781 bis 1800 gehen, wo sie „abbestellt wurden", und der zugleich hessen-darmstädtischer Resi-

[1] G. Fr. v. Böhmer (geb. 1739) war 1763—1773 preußischer Resident in Wien, dann bis 1776 bei der Reichskammergerichts-Visitation in Wetzlar beschäftigt gewesen; s. Gödeke, Hannovers Antheil 2c., a. a. O. S. 165. Pertz, Leben Stein's I. 59.

[2] Die Berichte Knebel's sind bisher ganz unbenutzt geblieben; Gödeke in dem erwähnten Aufsatz geht auf die Sendung Knebel's nicht ein.

[3] Patent vom 15. April 1784; das jährliche Honorar betrug 200 später 300 Rth. Freilich schreibt schon am 7. Aug. 1784 Karl Friedrich an Edelsheim, dieser Oelrichs sei ein „armseliger Correspondent", was auch seine nicht sehr zahlreichen Berichte bestätigen; man behielt ihn dennoch im Dienst, weil er als ein Günstling Hertzberg's galt. Er starb im Dec. 1798.

dent war. Der Nachfolger Oelrichs' in der Stellung als badischer Resident war seit 1798 ein anderer preußischer Beamter, Freih. von Faudel[1], der, wie es scheint, in der Lage war, seine Nachrichten aus guter Quelle zu schöpfen und dessen bis 1809 reichende Berichte vielfältig interessant sind. Alle diese Männer wurden in der Regel nicht mit der Führung politischer Verhandlungen betraut, sondern hatten nur, neben der Wahrung der Interessen badischer Unterthanen, die Aufgabe regelmäßiger Berichterstattung über den preußischen Hof und Staat; ihre Correspondenzen sind daher meist nur für diese, weniger für die badische Geschichte von Belang.

Die Gewinnung auch der geistlichen Höfe für die angestrebte reichsfürstliche Vereinigung erschien von Anfang an besonders werthvoll und wurde namentlich auch von Baden eifrig in Angriff genommen. Der nächste Nachbar war der Fürstbischof von Speier, Graf August von Limburg-Styrum, der seit 1770 diesen Sitz inne hatte. Neben manchen territorialen Irrungen hatte der oben berührte Syndicatsstreit, nach dem Anfall der baden-badenschen Lande, vielfältige Veranlassung zu gereizten Beziehungen zwischen den Höfen von Karlsruhe und Bruchsal gegeben. Der Bischof hatte die Sache der katholischen Renitenten gegen den protestantischen Markgrafen ganz zu seiner eigenen gemacht, war bei dem Reichshofrath als Kläger aufgetreten und suchte diese Wirren zur Befestigung und Ausbreitung seiner bischöflichen Befugnisse in Kirchen- und Schulsachen in den badischen Landen zu benutzen[2]. Der Hinblick auf die durch die oben geschilderten Maßregeln Josephs II. gefährdete Lage des geistlichen Fürstenstandes im Reich führte doch eine gewisse Annäherung herbei. Obgleich der Proceß in Wien noch schwebte, fand man sich doch zu Besprechungen über eine nähere politische Vereinigung zusammen, wobei der Bischof sein Einverständniß mit den von der badischen Regierung vertretenen Grundsätzen zu erkennen gab[3]. Einige Jahre später, nach dem Ausbruch der französischen Revolution, führte noch größere gemeinsame Gefahr den Markgrafen und den Bischof, indem man die alten Streitigkeiten fallen ließ, zu noch engerem politischen Anschluß.

Noch wichtiger erschien die Verständigung mit dem Bischof von Würzburg und Bamberg, Franz Ludwig von Erthal, der, in vieler Hinsicht ein

---

[1] In einem Briefe aus dem Jahr 1805 wird er titulirt: „Königl. Preußischer geheimer Oberfinanzrath und Kurbadischer Minister-Resident".

[2] v. Drais, II. 80 ff. 100.

[3] Zusammenkunft in Waghäusel zwischen dem Bischof und Edelsheim; s. des letzteren Bericht vom 30 Dec. 1783. Der Bischof trat indeß dem Fürstenbunde nicht bei; über seine spätere günstige Gesinnung für denselben s. u. den Bericht Edelsheim's vom . . Febr. 1788.

geistesverwandter Gesinnungsgenosse Karl Friedrichs — eine „reine und heitere religiöse Figur" nennt ihn Karl August von Weimar einmal — auch den jetzigen Plänen desselben ein bereites Verständniß entgegenbrachte. Von entscheidender Bedeutung aber war vor allem die Gewinnung seines Bruders, des Kurfürsten von Mainz (und Bischofs von Worms), Friedrich Karl Joseph von Erthal. In gewissem Sinne bilden die um den Mainzer Hof sich gruppirenden Bestrebungen für und wider den Fürstenbund den Höhepunkt aller dieser Verhandlungen. Die besten Kräfte sehen wir hier in Wirksamkeit: als preußische Unterhändler Böhmer und den Freiherrn vom Stein; Karl August von Weimar entfaltete hier den glänzendsten Theil seiner unermüdlichen Thätigkeit, und neben ihm wirkt der Badener Edelsheim, der von Alters her mit Verhältnissen und Personen am kurfürstlichen Hofe eng vertraut war; mit der Frage des Fürstenbundes verschlingt sich die der Mainzer Coadjutorwahl, und damit ragt auch die Gestalt Karl Theodors von Dalberg bedeutsam in all dieses Getriebe herein. Dem vereinten Wirken dieser Kräfte gelang der wichtige Erfolg, daß schon im October 1785 der Mainzer Kurfürst, der Kurerzkanzler des Reichs, dem Bunde beitrat, der hierdurch die Majorität im Kurfürstencolleg und damit die Aussicht auf ein unbedingtes Uebergewicht in allen Reichsverhandlungen gewann. Für die Geschichte dieser Vorgänge, wie für die dann folgenden Verwickelungen der Coadjutorfrage, deren günstige Entscheidung erst den erlangten Sieg sicher stellen mußte, bieten die nachfolgenden Acten vielfach belehrende Beiträge.

Die Beziehungen des badischen Hofes zu Frankreich in dieser Zeit waren sehr verschiedenartiger Natur. Sie wurden einerseits bedingt durch die Grenznachbarschaft, durch die badischen Besitzungen im Elsaß, durch die Interessen der Rheinschifffahrt und des Handels u. a. m. Sie lagen anderseits auf dem Gebiet des geistigen Lebens, der Literatur, Wissenschaft und Kunst. Von diesen ist hier nicht zu sprechen. Eine gewisse politische Bedeutung hatte es schon, daß Karl Friedrich von Baden der wichtigste deutsche Vertreter der neuen nationalökonomischen Schule war, welche man die physiokratische zu nennen pflegt und welche in Frankreich ihren Ursprung und ihr vornehmlichstes Wirkungsgebiet gehabt hat[1]. Mehreren von den Häuptern der neuen Schule trat er persönlich nahe, vor allen dem älteren Mirabeau, mit welchem er lange Jahre in brieflichem Verkehr stand. Diese bis jetzt noch nicht veröffentlichte Correspondenz des Markgrafen mit Mirabeau, die Jahre 1769 bis

[1] Nebenius-Weech, S. 263 ff., Roscher, Gesch. d. National-Oekonomik in Deutschland, S. 484 f.

1787 umfassend, bewegt sich ausschließlich auf dem Gebiete der ökonomischen Theorie und Praxis und fällt daher nicht in den Rahmen unserer jetzigen Aufgabe. Noch intimer waren die Beziehungen Karl Friedrichs zu einem anderen Hauptvertreter der physiokratischen Schule in Frankreich, zu Pierre Samuel Dupont (de Nemours)[1]. Er machte die persönliche Bekanntschaft dieses hervorragenden Schriftstellers und Politikers bei einem längeren Aufenthalt in Paris im Jahre 1771; zwei Jahre später verweilte Dupont einige Zeit in Karlsruhe, und hier scheint sich das Verhältniß der beiden Männer zu einem auf Grund gegenseitiger Verehrung sehr befreundeten gestaltet zu haben[2]; der berühmte Gelehrte übernahm es sogar, in einer Folge von Briefen den Erbprinzen Karl Ludwig in die Kenntniß der Hauptlehren des physiokratischen Systems einzuführen. Als im Jahr 1783 der bisher von Dr. Santi verwaltete Posten eines badischen Chargé d'affaires in Paris erledigt wurde[3], wünschte man in Karlsruhe Dupont dieses Amt zu übertragen. Obgleich eine solche Dienstleistung eines französischen Unterthanen und Beamten (er war damals Inspecteur général du commerce) gegen das Herkommen war, ertheilte der Minister Vergennes doch ausnahmsweise seine Zustimmung, und Dupont wurde als interimistischer badischer Geschäftsträger in Paris beglaubigt[4].

Es geschah dies gerade in der Zeit der beginnenden Unionsverhandlungen, und es war vielleicht eben deshalb dem badischen Hofe besonders erwünscht, einen Mann auf diesem Posten zu haben, der dem Markgrafen und seinem Minister persönlich bekannt und vertraut war, und der zugleich bei der französischen Regierung ein hohes Ansehen genoß. Denn das entsprach nun einmal den Traditionen deutscher Fürstenpolitik vom sechzehnten Jahrhundert her, daß eine bundesmäßige Veranstaltung zum Schutz gegen die Uebermacht des Hauses Oesterreich nicht unternommen werden zu können schien, ohne sich in Einvernehmen mit Frankreich zu setzen und sich eines Rückhalts an dieser Macht zu versichern; ebenso wie Frankreich seinerseits bis zuletzt niemals den An=

---

[1] Nouv. Biographie universelle 15. 345 ff., wo aber der badischen Beziehungen Dupont's nicht gedacht wird.

[2] S. den poetischen Bewunderungs=Austausch in den von Drais (II. Beil. S. 6 ff.) mitgetheilten Gedichten.

[3] Dr. Santi, aus Siena gebürtig, war auf Empfehlung des älteren Mirabeau im Nov. 1781 mit dem Posten betraut worden; schon Sept. 1782 legte er aber die Stelle wieder nieder, um eine Professur in Pisa zu übernehmen. (Dienstacten im Karlsr. Arch.)

[4] Edelsheim an den Minister Vergennes dat. Karlsruhe 15. März 1783. Mr. Dupont, en acceptant cette commission, vient de donner une nouvelle preuve de son attachement à un Prince, qui l'honore de son amitié depuis longtems. (Paris. Arch.) Seine Ernennung ist vom 28. April 1783.

spruch aufgab, als Garantiemacht des westfälischen Friedens die Erhaltung der deutschen Reichsverfassung zu überwachen[1]. Erst der Fürstenbund von 1785 hat diese Tradition durchbrochen. Dupont hat die ihm damals interimistisch übertragenen Functionen bis zum Jahre 1789 ausgeübt[2] und auch im späteren Verlauf seines bewegten Lebens dem Markgrafen Karl Friedrich eine treue durch fortgesetzte Correspondenz bezeugte Anhänglichkeit bewahrt. Wir verdanken diesem Verhältniß die in unsere Sammlung aufgenommenen (an den Minister von Edelsheim gerichteten) Depeschen Dupont's.

Von denselben theilen wir in diesem ersten Abschnitt nur diejenigen mit, welche sich auf die allgemeinen deutschen Angelegenheiten der betreffenden Jahre und besonders auf die Unionsverhandlungen beziehen; leider haben sich gerade diese nur sehr fragmentarisch erhalten. Einem folgenden Abschnitt behalten wir überhaupt alle diejenigen Acten vor, welche die speciellen badischen Beziehungen zu Frankreich angehen. Dasselbe gilt von den auf Baden bezüglichen Berichten des französischen Gesandten O'Kelly in Mainz, von denen in diesem Abschnitt nur einige aufgenommen sind.

Auch die Berichte des 1783 in Petersburg am Hofe der Kaiserin Katharina II. beglaubigten Geschäftsträgers Koch berühren sich mehrfältig mit den hier verhandelten Angelegenheiten; doch theilen wir auch diese in einem besonderen Abschnitt mit.

Blicken wir endlich an den Hof von Karlsruhe selbst und auf die im Dienste Karl Friedrichs hier wirkenden Persönlichkeiten, so tritt uns vor allen der Mann entgegen, dessen Name in den nachfolgenden Acten häufiger als jeder andere wiederkehrt, der Geheime Rath Freiherr Wilhelm von Edelsheim[3].

Die in der ehemaligen Grafschaft Hanau angesessene Familie von Edelsheim, die seitdem mit den Geschicken des badischen Landes und Hauses aufs engste verknüpft geblieben ist, trat erst in den Zeiten Karl Friedrichs in diese Verbin-

[1] Le Roi, comme garant du traité de Westphalie, a le droit de veiller sur la conduite de Sa Majesté Impériale, et comme voisin de l'empire d'Allemagne, il a un intérêt direct au soutien de sa constitution. Instruction für Noailles nach Wien 4. Okt. 1783 (Recueil des Instructions etc. Autriche, ed. A. Sorel. Paris 1884 S. 533).

[2] Karl Friedrich an den Minister Graf Montmorin, dat. Karlsruhe 19. Nov. 1789: der hessen-darmstädtische Chargé d'affaires Bonnard wird für die Vertretung der badischen Interessen beglaubigt (Parif. Arch.).

[3] Huhn, Universallexicon vom Großherzogth. Baden (Karlsruhe 1843), S. 314. v. Drais II. Beilagen S. 84. Brunn, Briefe über Karlsruhe (Berlin 1791), S. 145 ff. Freiherrl. v. Edelsheim'sches Familienarchiv zu Karlsruhe.

dung ein. Der Genannte war der Sohn des Hanau-Münzenbergischen Kammerpräsidenten Philipp Reinhard von Edelsheim, in Hanau 1737 geboren. Seine erste praktische Thätigkeit hatte er in Wetzlar gefunden, wo er kurze Zeit Secretär des Ansbachischen Geheimraths von Wechmar war. Schon 1758 aber trat er als Hofrath und Kammerjunker in badische Dienste. Im Jahre 1767 wurde er als außerordentlicher Gesandter nach Wien geschickt, wo er über zwei Jahre lang blieb und neben anderen Angelegenheiten besonders die ziemlich schwierige Aufgabe hatte, den 1765 geschlossenen Erbvertrag mit Baden-Baden zur Kenntniß des Kaisers und des Reichshofraths zu bringen und bei denselben zu vertreten[1]. Nachdem diese Mission glücklich zu Ende geführt, begab sich Edelsheim für längere Zeit auf Reisen, über welche leider keine näheren Nachrichten vorliegen[2]. Im Jahre 1774 erhielt er die Ernennung zum wirklichen Geheimen Rath, war zwei Jahre später Bevollmächtigter des Markgrafen bei der wichtigen Theilungsauseinandersetzung mit Pfalz-Zweibrücken über die hintere Grafschaft Sponheim und erscheint von hier an immer mehr als eine der maßgebendsten Persönlichkeiten im Rathe Karl Friedrichs, besonders nachdem er 1788 nach dem Tode des verdienstvollen Präsidenten von Hahn an dessen Stelle den Vorsitz im Geheimraths-Collegium erhalten hatte. Aus den zahllosen Schriftstücken von seiner Hand, welche in dem Karlsruher Archiv sich vorfinden, tritt uns das Bild des Mannes als ein ebenso anziehendes wie bedeutendes entgegen. Auf allen Gebieten des politischen Lebens erscheint er gleich kenntnißreich und erfahren; die Details der Verwaltung übersieht er ebenso wie die intimsten Geheimnisse der Reichspolitik; aber auch in der Sphäre der auswärtigen Verhältnisse und der europäischen Politik ist er aufs beste bewandert. Seine Arbeitskraft ist unermüdlich; im Cabinet und auf Reisen ist er in steter Thätigkeit, bisweilen vielleicht etwas allzu sanguinisch; er unterhält Correspondenzen nach allen Seiten hin in erstaunlicher Menge. Dazu ein Mann von vielseitigster allgemeiner Bildung, an allen Interessen des aufstrebenden deutschen Geisteslebens mit eindringendem Verständniß betheiligt und mit den wichtigsten Häuptern desselben persönlich bekannt[3]. Mit seltener Einstimmigkeit rühmen alle Zeugnisse die humane

[1] Karl Friedrich an den Kaiser Joseph II., dat. Karlsruhe 31. Aug. 1767, Creditiv für den Geh. Rath Freih. Wilhelm v. E. „um meine jeweiligen Angelegenheiten bei E. K. M. allerunterth. vorzutragen". Die Rückberufung E.'s erfolgte im August 1769, das Recreditiv des Kaisers ist vom 31. Aug. d. J. (Wien. Arch.). Doch scheint E. noch bis Anf. 1770 in Wien geblieben zu sein; vgl. v. Drais I. 272 ff.

[2] Daß dieselben sich über Frankreich, Italien, die Schweiz und einen Theil Deutschlands erstreckten, sagt Brunn, Briefe über Karlsruhe, S. 145.

[3] Ueber seine Beziehungen zu Goethe s. m. Rede „Aus den Zeiten des deutschen

Liebenswürdigkeit des geistreichen Ministers, die auch seinem diplomatischen Verkehr zu Statten kam und ihn für schwierige persönliche Verhandlungen oder heikele Vermittelungen besonders geeignet machte. Allen diesen Eigenschaften entsprach das unbedingte Vertrauen, welches Karl Friedrich ihm schenkte und welches Edelsheim mit der wärmsten Hingabe und persönlichen Verehrung erwiderte; ein schönes Freundschaftsverhältniß zwischen Fürst und Minister, nur ganz selten durch vorübergehende Verstimmungen getrübt, spricht sich in den zahlreichen vorhandenen Briefen aus.

Seine inhaltreichste Ministerthätigkeit hat Edelsheim jedenfalls in den Jahren entfaltet, deren Erläuterung der vorliegende Abschnitt dieser Publication gewidmet ist, und in den dann folgenden Zeiten der ersten Zusammenstöße mit dem revolutionären Frankreich. Mit der Geschichte des Fürstenbundes von den ersten Anfängen bis zu den letzten damit zusammenhängenden Bestrebungen ist sein Name unauflöslich verknüpft. Er starb, erst 56 Jahre alt, am 6. Dec. 1793 — „zu einer Zeit, wo er dem Staate zweimal unentbehrlich war", wie einer der tüchtigsten unter seinen Collegen in sein Tagebuch schrieb[1].

Seit dem Jahre 1784 war auch sein jüngerer Bruder, Georg Ludwig von Edelsheim, aus dem preußischen in den badischen Staatsdienst übergetreten; er wurde zum Oberstkämmerer und wirklichen Geheimen Rath ernannt und ihm zugleich der Posten als erster Gesandter beim schwäbischen Kreis übertragen, den bis dahin der Kammerpräsident von Gayling verwaltet hatte. Die bedeutende Thätigkeit dieses Mannes, der ein würdiger Nachfolger seines Bruders wurde, beginnt erst in der nächstfolgenden Periode, und wir werden auf ihn in einer späteren Einleitung ausführlicher zurückzukommen haben[2].

Zum Schlusse sei noch kurz der bedeutenden Gestalt von Johann Georg Schlosser (geb. 1739, gest. 1799) gedacht, welche uns gleich im Beginn der Unionsverhandlungen in einer merkwürdigen Mission entgegentritt[3]. Schlosser, der Frankfurter, war im Jahre 1773 in den badischen Staatsdienst eingetreten und bald als Hofrath und Oberamtmann der Markgrafschaft Hochberg, mit dem Sitz in Emmendingen, angestellt worden[4]. Die literarische Thätigkeit

---

Fürstenbundes", S. 47; über die zu dem Herder'schen Project eines „Instituts für den Allgemeingeist Deutschlands" s. Haym, Herder II. 487 ff.

[1] Tagebuch des Geheimen Raths E. Meier (Karlsr. Arch.).

[2] In dem vorliegenden Band ist überall, wo der Name Edelsheim ohne Vornamen auftritt, nur Wilhelm v. E. zu verstehen.

[3] Nicolovius, J. G. Schlosser's Leben und literar. Wirken (Bonn 1844). Brunn, Briefe über Karlsruhe, S. 153 ff. v. Drais II. Beilagen, S. 111 f.

[4] Es war diese Anstellung, welche ihm die noch in demselben Jahr vollzogene Vermählung mit Goethe's Schwester Cornelie (gest. 1777) ermöglichte.

des bedeutenden eigenartigen Mannes ist von Nicolovius in ansprechender Weise geschildert worden; sein politisches Wirken in Baden würde einer ähnlichen eingehenden Behandlung werth sein. Dieses Wirken war ein überaus vielseitiges; neben den speciellen richterlichen und Verwaltungsaufgaben seines Amtes hat er Antheil (freilich oft in scharf kritischer Weise) an allen wichtigsten allgemeinen Angelegenheiten, welche die innere Regierung Karl Friedrichs beschäftigen; der Jurist wird in Proceßangelegenheiten an den kaiserlichen Hof nach Wien geschickt[1], später mit der Ausarbeitung von Materialien für ein künftiges badisches Gesetzbuch betraut; aber auch in Fragen der auswärtigen und Reichspolitik bediente sich der Markgraf häufig seines Rathes, besonders nachdem Schlosser 1787 nach Karlsruhe berufen und in das Geheimeraths-Collegium eingetreten war. Bei den Unionsverhandlungen wurde er schon im Herbst 1783 mit einer wichtigen und sehr vertraulichen Negociation beauftragt[2]; in der Folge scheint er dann weniger hinzugezogen worden zu sein. Seine Verstimmung darüber und mehr noch über andere persönliche Differenzen brachte den reizbaren Mann schon 1786 dazu, an seinen Austritt aus dem badischen Staatsdienst zu denken; dem wurde durch seine Berufung nach Karlsruhe vorgebeugt. Der Sache des Fürstenbundes aber hielt er sich auch nachmals fern; er betrachtete das Unternehmen als verfehlt in seiner ersten Anlage. Die allgemeine Kritik desselben, die er einmal in einem Brief an Johannes von Müller ausspricht, zeigt freilich, neben unverkennbarer Empfindlichkeit über nicht befolgte Rathschläge, auch sehr deutlich, daß die Stärke Schlosser's nicht gerade auf dem Gebiete der praktischen deutschen Reichspolitik lag[3].

Bis zum Jahre 1794 ist Schlosser im badischen Dienste geblieben[4]. Er

---

[1] S. oben S. 16. Nicolovius, S. 80 giebt an, daß diese Reise nach Wien im J. 1783 auf Einladung Kaiser Josephs II. erfolgt sei, zum Zweck von Conferenzen über eine Reform der österreichischen Gesetzgebung. Die diesseitigen Acten ergeben darüber nichts. Dagegen ist bekannt, daß an Schlosser schon drei Jahre vorher aus Preußen die Aufforderung ergangen war, sich an den Vorarbeiten für das nachmalige allgemeine preußische Landrecht zu betheiligen; er hatte aus persönlichen und principiellen Gründen die Mitarbeiterschaft abgelehnt; s. Stölzel, Carl Gottlieb Svarez (Berlin 1885) S. 163; noch ein Menschenalter später hat Savigny sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß gerade er für die Aufgabe nicht hatte gewonnen werden können. (Vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung 2c. S. 85 f.)

[2] S. u. die Verhandlungen Schlosser's mit Pfeffel und v. Ranke I. 103 ff., II. 257 ff.

[3] Schlosser an Joh. v. Müller, dat. 23. Aug. 1787. (Nicolovius, S. 152.)

[4] Nicht 1792, wie v. Drais a. a. O. angiebt. Er erhielt die nachgesuchte Entlassung unter ehrenvoller Anerkennung der geleisteten Dienste am 27. März 1794. Mit einem Memoire vom 20. Juli d. J., worin er über den Stand aller ihm übertragenen Geschäfte Rechenschaft ablegt, schließt seine Thätigkeit in Baden. (Dienstacten im Karlsr. Arch.).

hatte eine Stellung verlangt, „wo ich nicht zu antworten brauche, bis man mich fragt", und hatte diese als Director des Hofgerichts erhalten. Aber Karl Friedrich hat den geschäftskundigen und geistvollen Mann in den folgenden gefahrvollen Zeiten sehr oft befragt, wie zahlreiche von ihm vorhandene Gutachten bezeugen. Von jeher hatte die ernste Gemüthstiefe Schlossers und die Verwandtschaft seiner Grundanschauungen über Welt und Leben mit den seinigen den Markgrafen zu ihm hingezogen. Als er im April 1783 die Nachricht von dem plötzlichen Tode seiner ersten Gemahlin erhielt und sich für längere Zeit in ländliche Einsamkeit zurückzog, war es Schlosser, den er in den Tagen des ersten Schmerzes zu Trost und Zwiesprache zu sich beschied.

I. Baden und der Fürstenbund.

1782—1789.

1. Fürst Franz von Dessau an Karl Friedrich.

o. D. (1782)[1].

[Freundschaftsversicherung. Oeftere Zusammenkünfte wünschenswerth.]

Werthester treugeliebter Markgraf!

Diese (sic!) ist keine Schmeichelei, sondern Ausdruck meines Herzens, und ebenso wahr ist es, daß ich es für eine meiner größten Freuden rechnen würde, wenn ich öfter den persönlichen Genuß Ihrer Freundschaft haben thäte. Wenn dieses ist, können sie nicht zweifeln, daß ich sehr verlor, Sie nicht noch mehr in Carrelsruhe genossen zu haben; wie schnell flohe diese Zeit bei mich vorbei. . . . Es wäre für uns zu wünschen, ich wiederhole es noch einmal, wenn sich die Guten aus uns sich einander öfters näheren könnten . . .

Eigenhändig.

2. Karl Friedrich an den Fürsten Franz von Dessau.

o. D. (14. Oct. 1782)[2].

[Großfürst Paul in Karlsruhe. Der Markgraf theilt den Wunsch nach öfteren Zusammenkünften und schriftlichem Ideenaustausch.]

Die Ankunft und der Aufenthalt des russischen Großfürsten in Karlsruhe hat den Markgrafen verhindert, dem Fürsten früher zu antworten.

. . . Wie fangen wir's an, um Ihren Wunsch zu erfüllen, daß sich die guten unter uns einander öfters näheren können, entweder persöhnlich oder zum wenigsten ganz offenherzig und ohne scheu schriftlich. Solten wir uns nicht zuweilen am dritten Orth ganz incognito, ohne das geringste aufsehen zu machen, sehen können! wie wäre es, wenn wir um uns zu schreiben einen chifre hätten!

Eigenhändiges Concept.

---

[1] Der undatierte Brief gehört jedenfalls in die Zeit kurz nach dem ersten Besuch des Fürsten Franz in Karlsruhe im Juli 1782; am 19. Juli war der Fürst von Karlsruhe abgereist (Hoffourier-Tagebuch).

[2] Das Datum ergiebt sich aus Num. 3. Großfürst Paul von Rußland kam am 16. Sept. 1782 nach Karlsruhe. (Ebendas.)

3. Fürst Franz von Dessau an Karl Friedrich.

Dessau, 23. Nov. 1782.

[Besuch bei dem Herzog von Braunschweig. Reservirte Haltung desselben.]

Der Fürst beantwortet ein Schreiben des Markgrafen vom 14ten Oktober; der Wunsch sich öfter zu begegnen, wird hoffentlich in Erfüllung gehn.

Der Herzog von Braunschweig, der mich bei meiner kurzen Gegenwart bei ihm sehr warm empfing, scheint etwas lauer zu sein, da der Herzog von Weimar und ich ihn schon lange in Blankenburg, einem Schlosse, welches er am Harz hat, haben überraschen wollen, sobald er dahin kommen würde. Durch Feronce[1], seinen Vertrautesten, ließ ich ihm das Geheimniß vertrauen, seitdem aber ist er noch nicht dagewesen; ob dieses Wärme oder Lauigkeit zeiget, ist nicht sehr unentschieden, wenn ihm nicht Umstände dahin zu gehen davon abgehalten haben. . . .

Eigenhändig.

---

4. Edelsheim an Herzog Karl August von Weimar.

Hanau, 24. Oct. 1782.

[Der Fürst von Dessau in Karlsruhe. Ideenaustausch über die deutschen Angelegenheiten. Allgemeine Gefährdung. Verdienst des F. von Dessau.]

Der Fürst von Dessau war vor einiger Zeit in Karlsruhe und hat mit dem Markgrafen die politische Lage besprochen.

Jedem deutschen Herzen und besonders einem freien Fürstensinn muß es wehe thun, die Sklaverei mit so starken Schritten auf das Vaterland stürmen zu sehen und zu fühlen, daß kein Band mehr unter den Gliedern des ganzen Körpers existiret, die, wenn sie verbunden wären, einerlei Sinn hätten und Gut und Blut für Freiheit wagen wollten, gewiß den so systematisch langsamen Druck ihrer Neben=läger (sic!) noch lang aufhalten könnten; und kömmet denn Zeit, so kömmt auch ferner Rath; sucht man aber nicht Zeit zu gewinnen, so muß man de bonne grâce das Haupt unter das Joch schmiegen. Die starken Eichen, Frankreich und England, sind Rohr geworden. Durch den Ausbachischen Anfall wird die Freiheit Deutschlands ohnglaublich geschwächet[2]. Die Kurfürsten sind keine Stützen Deutschlands in unsern Zeiten. Wer wird aber an die Wege gehen, um jedermann zur Mahlzeit einzuladen? Das thut der Fürst von

---

[1] Jean Baptiste Feronce v. Rotenkreutz, braunschweigischer Finanzminister des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand (Allg. D. Biogr. VI. 717).

[2] Der Anfall der Fürstenthümer Ausbach=Baireuth erfolgte erst im December 1791; schon in dem Teschener Frieden von 1779 aber hatte Friedrich der Große die Zustimmung des Kaisers dazu erlangt, daß es der Krone Preußen freistehen solle, dieselben ihres bisherigen Charakters als Secundogenituren zu entkleiden und dem preußischen Staatsgebiet einzuverleiben (v. Ranke, Denkwürdigkeiten des Fürsten v. Hardenberg I. 112).

Dessau. Wenn die Sache mit Ueberlegung und Nachdruck geführt wird, so kann sie herrliche Früchte tragen. Er, der von seinen Nachbarn ohnehin so unendlich gedrückt wird, kann denken: was bleibt mir übrig? einer muß sich exponiren. Es wird langsam gehen. Wenn man aber ernstlich will, so ist die Sache im Grunde nicht verwunderlicher als die Geschichte des Schneeballens.

Weim. St. A.

---

5. Dupont an Edelsheim.

Paris, 1. Mai 1783.

[Die Politik Vergennes' Deutschland gegenüber. Gefahren der deutschen Kleinstaaten von Preußen und Oesterreich. Charakteristik Vergennes'. Aufforderung zur Bildung von Milizen; ihr Werth für kleine Staaten; die Rolle Frankreichs bei künftigen Gefahren.]

. . . Je Vous dirai tout simplement, que Vous avez parfaitement conçu, combien l'existence de Mr. de Vergennes est nécessaire à la paix de l'Europe et à la conservation du Corps Germanique. L'ambition de la maison d'Autriche est si visible, il y a tant de talent pour la soutenir, et une coalition entre elle et la maison de Brandenbourg est si possible, elle doit si bien être prévue, que toutes les puissances inférieures de l'Allemagne ne sauraient se préparer à trop d'union entre elles et avec la France, ni trop chérir le ministre, qui regarde cet objet comme un des principaux points de sa politique.

Il a certainement ici beaucoup d'ennemis parce qu'il a le crédit prédominant. Je doute cependant qu'on parvienne à le renverser. C'est un homme d'un extrême sang-froid. Il agit peu, mais il attend avec une très grande patience les fautes de ses adversaires et saisit avec sagacité les avantages qu'elles peuvent lui donner. C'est presque tout son art, et l'expérience a montré, que cet art en vaut un autre.

Je crois bien que, quelque ministère qui puisse exister, la France n'abandonnera jamais les intérêts des puissances inférieures de l'Empire. Mais j'aime mieux les voir dans les mains d'un homme prudent, prévoyant et tranquille que dans celles de tout autre.

Il y a un point que je désirerais, pour rendre l'union du Corps Germanique avec la France plus utile et plus respectable: ce serait un bon système de milices. Les milices bien constituées sont la base de toute défensive et le salut de petits états. Les troupes réglées coutent trop cher, s'affectionnent trop peu, sont trop esclaves et n'ont pas assez de considération pour elles mêmes, quand elles ont à se montrer devant les autres troupes réglées d'une puissance qu'elles croient plus redoutable. La plupart de celles des princes de l'Empire déserteraient dans une guerre, où il s'agissait de résister aux deux chefs de l'Empire. Mais une milice bien conçue et bien dressée ne déserte pas. Elle a une patrie. C'est donc sur

elle qu'il faudrait pouvoir se reposer, si le malheur qu'on peut craindre se réalisait jamais, et quant aux troupes régulières, ce serait alors à nous, à vous en fournir, ainsi que de l'argent qu'on ne peut jamais tirer que de France ou d'Angleterre; heureusement que l'intérêt de ces deux empires devient à présent commun et qu'ils ont vraisemblablement fait entre eux la paix pour longtemps[1]. Adieu, mon cher Baron. Mettez mon respect aux pieds de Monseigneur et puisque j'ai à présent un moyen de causer avec vous[2], comptez que, je sois aujourdhui un mauvais correspondant littéraire, j'en serai un très bon politique et vous tiendrai bien au courant de ce qu'il pourra vous être important de savoir. Je me recommande etc.

---

6. Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen an Graf Hertzberg.

o. O. 4. Juli 1783.

[Der Prinz billigt das Associationsprojekt des Markgrafen. Geheimniß nöthig. Der Fürst von Dessau geht in dieser Angelegenheit nach Karlsruhe.]

... Le Prince de Dessau Vous aura sans doute instruit[3] de la façon de penser du Margrave de Bade et de l'idée que ce prince lui a proposée au sujet d'une alliance ou association que plusieurs princes de l'Empire voudraient faire entr'eux, y compris même l'évêque de Wurzbourg, sous la protection de la Prusse. Je ne puis qu'applaudir à ces sentiments vraiment patriotiques, dont les suites ne pourraient que nous être fort utiles en cas de guerre, ne fût-ce seulement que l'article des recrues; j'ai donc cru que c'était une chose qui méritait toute l'attention de notre cour, et je crois que Vous serez de mon opinion.

Le Prince de Dessau m'en ayant fait glisser quelque chose sous main, j'ai cru devoir du moins pour le futur faire voir, combien j'approuvais leur idée et combien j'étais sensible à cette marque de leur confiance.

Mais comme ces princes demandent pour plus d'une raison le plus grand secret sur toute cette affaire, ce n'est de même que sous le sceau du plus grand secret que je Vous en parle, Vous priant d'être persuadé, que Vous êtes la première personne, vis-à-vis de laquelle je me suis ouvert là-dessus. J'ai vu une lettre du Prince de Dessau aujourdhui, dans laquelle

---

[1] Friede von Versailles zwischen Frankreich und England (20. Jan. 1783).

[2] Eine verabredete Chiffre.

[3] Vermuthlich anfangs Juni; am 8. Juni wird Hertzbergs Anwesenheit in Dessau erwähnt; vgl. G. H. v. Berenhorsts Tagesbemerkungen, mitgetheilt von Hosäus in den „Mittheilungen des Vereins für Anhalt. Geschichte“. Bd. I. Heft 3 (Dessau 1875). Die Angabe Hertzbergs in seinem Schreiben an den Herzog von Braunschweig dat. 14. Jan. 1784 (A. Schmidt, Unionsbestrebungen S. 27), worin er diese Besprechungen mit dem Fürsten von Dessau «au mois de Mai passé» verlegt, ist demnach wohl nicht ganz genau.

il marque, qu'il se rendait à Carlsrouhe pour s'aboucher avec le Margrave de Bade[1] et pour la même cause que dernièrement, ce qui fait voir, que ces princes ont ce projet, et il faut espérer qu'il feront à ce sujet des arrangements solides, puisque les autres s'en sont remis là-dessus uniquement au Margrave de Bade et au Prince de Dessau, qui sont tous deux des princes très sages et sur la probité desquels l'on peut hardiment se fier . . .

Berlin St. A. Eigenhändig.

7. Graf Hertzberg an den Prinzen von Preußen.

Berlin, 5. Juli 1783.

[Das badisch-dessauische Unionsproject. Gute Gesinnung des Markgrafen von Baden. Der Plan noch etwas verfrüht.]

. . . Infiniment sensible à la confiance gracieuse que V. A. R. a daigné me témoigner, en me faisant part sous le sceau du secret, que je garderai soigneusement, du plan que Msgr[s] le Margrave de Bade et le Prince d'Anhalt Dessau ont fait pour former une association des princes de l'Empire . . . j'aurai l'honneur de Lui dire, que le Prince de Dessau ne m'a point parlé distinctement de ce plan, mais seulement de ce que le Margrave de Bade était entièrement attaché à notre cour et surtout à V. A. R., qu'il tâchait de conserver le Duc de Deuxponts dans la bonne cause par des conseils et des assistances pécuniaires, qu'il méritait la protection du Roi et qu'il pourrait être fort utile avec le temps à notre système dans l'Empire, à quoi j'ai applaudi en tout et lui ai promis toute l'assistance qui dépendrait de moi.

Quant à l'idée de l'association même, je ne saurais que la trouver très bonne, et je me réjouis surtout du jugement juste et excellent que V. A. R. en porte; mais je crois qu'on ferait bien d'en différer l'exécution, jusqu'à ce que notre système soit mieux établi et un peu consolidé.

Erfahre der Wiener Hof von diesem Plane, meint Hertzberg, so werde er der Association eine andere gegenüberstellen und, gestützt auf Rußland und Frankreich, die Reichsfürsten einzuschüchtern suchen. Es sei wol vor der Hand genügend, die betr. Reichsstände in ihrer guten Gesinnung zu erhalten, sie für alle Fälle des preußischen Beistandes zu

[1] Der Fürst weilte vom 23.—28. Juli bei dem Markgrafen in Steinbach und empfing Anfang August (9. Aug.) dessen Gegenbesuch in Baden im Aargau. Am 22. August erhielt er Briefe von Edelsheim, welche ihn zur Abreise veranlaßten; am 12. Sept. traf er wieder in Dessau ein, — unterwegs hatte er vermutlich verschiedene Höfe besucht, — kehrte Ende Oktober nach Zürich zurück, um seine Gemahlin dort abzuholen, und nahm nach einem kurzen Besuche in Karlsruhe (9.—13. Nov.) Ende Nov. wieder seinen Aufenthalt in Dessau. (Notizen aus dem Tagebuch der Fürstin, nach gütiger Mittheilung des † Geh. Archivraths Siebigk in Zerbst.)

versichern und ihnen Vertrauen einzuflößen, um eventuell bei günstiger Gelegenheit unter preußischem Schutze eine Association zu formiren. Vor allem müsse man warten, bis der Herzog von Pfalz-Zweibrücken in der Kurwürde nachfolge[1].

Berl. St. A. Concept.

8. Fürst Franz von Dessau an Karl Friedrich.

Neustadt, 6. Sept. 1783.

[Der Fürst wünscht eine Unterredung in Heidelberg.]

Könnten und wollten Sie, lieber Markgraf, morgen gegen Abend in Heidelberg sein, so beförderten Sie dadurch, daß ich um desto früher wieder zu Dessau sein könnte . . . Die Einlage[2], die nur meinen Leuten anvertraut war, habe ich darum beigelegt, weil vielleicht dadurch zu erfahren sein kann, wie ich dem Herzoge gefallen habe.

Sollte es Ihnen, liebster Mann, beschwerlich fallen, diesen Weg zu machen, oder hätten Sie wichtige Abhaltung, so schicken Sie mir doch Jemand an den bestimmten Ort, dem ich alles sagen darf.

Eigenhändig.

9. Edelsheim an Karl Friedrich.

Straßburg, 13. Sept. 1783.

[Schlosser ist informirt für die Verhandlung mit Pfeffel. Ein Schreiben an diesen entworfen.]

Schlosser wird das Glück haben E. Hf. D. aufzuwarten, und ich habe ihn so durch und durch von dem Object informirt, daß er jetzt vollkommen da ist, wo ich ihn wünsche. Er hat einen Brief an Pfeffel[3] projectirt, der mir sehr ohnverfänglich und äußerst nützlich scheint[4].

---

[1] Noch gerade ein Jahr später kommt Hertzberg auf diesen Gedanken, daß man erst den Eintritt des pfälzisch-bairischen Erbfalls abwarten solle, zurück in dem Schreiben an den König vom 18. Juli 1784 (Schmidt, Unionsbestrebungen S. 99).

[2] Fehlt.

[3] Die Angelegenheit, um die es sich handelt, ist eine Veranstaltung, um unter der Hand zu erfahren, wie die französische Regierung sich zu dem Project einer deutschen Union stellen würde. Die Mittelsperson, welche dafür in Aussicht genommen wurde, war der in französischen Diensten stehende Publicist und Geschichtschreiber Christian Friedrich Pfeffel aus Colmar (geb. 1726 gest. 1807), der Bruder des bekannten Fabeldichters; seit 1774 war er als «commis principal aux Affaires étrangères» im Auswärtigen Ministerium angestellt, um seiner umfassenden staatswissenschaftlichen Kenntnisse willen von dem Minister Vergennes hochgeschätzt, der ihn wol «ses archives vivantes» zu nennen pflegte. Vergl. über ihn Ersch und Gruber III. Sect. Bd. 20 S. 289 f. Nouv. Biogr. Universelle 39. 797. Masson, Le département des affaires étrangères pendant la révolution (Paris 1877) S. 25 ff. Es existiren von ihm im Besitz seiner Nachkommen noch ungedruckte Memoiren,

Ich gehe soeben ab und denke diesen Abend in Zweibrücken anzukommen . . .

Wie ich ganz Karl Friedrich, den Markgrafen, meinen Herrn, den wahren deutschen Fürsten und Mann, liebe und verehre, wissen Sie, gnädigster Herr, das Land und mein Herz ꝛc.

10. Herzog Karl von Zweibrücken an Karl Friedrich.

Petersheim, 16. Sept. 1783.

[Behauptet, von gefährlichen Plänen im Reich noch nichts zu wissen.]

Le B^on d'Edelsheim m'a remis la lettre que V. A. m'a fait l'honneur de m'écrire. Ce qu'il m'a dit d'obligeant pour moi de Sa part, m'a pénétré de reconnaissance et, s'il était possible, augmenterait le tendre attachement que je Lui ai voué depuis si longtemps. Quant aux affaires d'Allemagne, ce que m'en a dit Mr. d'Edelsheim, serait bien fait pour alarmer tous les princes souverains de l'Empire, si ces nouvelles se vérifiaient. Je puis assurer V. A., que jusqu'à présent je n'ai reçu aucune nouvelle qui y soit analogue, et désire pour le bonheur et la tranquillité de notre chère patrie, qu'il n'en soit jamais question. Si par malheur j'en recevais de positive à ce sujet, je ne manquerais certainement pas d'en faire part à V. A. Je demande la continuation de Sa chère et précieuse amitié . . .

Eigenhändig.

11. Fürst Franz von Dessau an Karl Friedrich.

Dessau, 18. Sept. 1783.

[Geplante Zusammenkunft mit dem Prinzen von Preußen in Wörlitz.]

Dürfte ich bitten, die Reise so einzurichten, daß Sie den 24ten gewiß in Leipzig wären, wo Sie mich finden sollen. Die bewußte Zusammenkunft wird schon den 26ten sein. Der Herzog von Weimar, der 8 Tage mit mir zusammen war, wird schon vieles vorläufig sagen. Ich wiederhole nochmals meine Bitte, die bestimmte Zeit gewiß nicht zu versäumen und erinnere auch noch einmal, was ich Edelsheim schon durch ein paar Zeilen erwähnt habe, daß ich des P. v. P.[1] gegen den Herzog von Gotha nicht gedacht, sondern ihm nur soviel ge-

---

welche von bedeutendem Interesse für die intime Geschichte der französisch-deutschen Beziehungen in dieser Zeit sein sollen (Masson S. 458). — Warum gerade Schlosser mit der Verhandlung mit Pfeffel betraut wurde, ist nicht ersichtlich; vermutlich war er persönlich mit ihm bekannt; daß er mit seinem Bruder Gottlieb Konrad, dem Dichter, befreundet war, zeigt das Gedicht des letzteren bei Nicolovius, a. a. O. S. 129.

[4] S. u. Num. 16.

[1] Des Prinzen von Preußen, mit welchem eine Zusammenkunft in Wörlitz verabredet war. Der Prinz kam, in Begleitung v. Bischoffswerders, am 27. Sept. früh in Wörlitz

sagt habe, um ihm die Nothwendigkeit künftiger Zusammenkünfte als unvermeidlich ansehen zu lassen.

Eigenhändig.

12. Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen an Hertzberg.

o. O. 24. Sept. 1783.

[Bevorstehende Zusammenkunft mit dem Markgrafen von Baden. Schuldenwesen in Zweibrücken.]

... Le Prince de Dessau, que j'ai eu occasion de voir ces jours passés, a parlé au Duc de Deuxponts qui se montre toujours extrêmement porté pour nous. Je verrai, à ce que je crois, dans peu aux environs d'ici et incognito le Margrave de Bade et son fils qui doivent arriver ces jours-ci à Dessau et désirent de me parler; le Margrave assiste le Duc de Deuxponts par des avances, autant qu'il peut, pour l'empêcher d'en prendre de l'Autriche; n'y aurait-il donc pas moyen d'engager le Roi d'avancer quelques centaines de mille écus à ce Duc? ...

Berl. St. A. Eigenhändig.

13. Hertzberg an den Prinzen von Preußen.

Berlin, 25. Sept. 1783.

[Wichtigkeit der Gewinnung des Markgrafen von Baden. Geldunterstützung für Zweibrücken.]

... Je me réjouis infiniment que V. A. R. va voir le Margrave de Bade, un des princes les plus patriotes, les plus respectables de l'Allemagne. Il me semble que V. A. R. peut l'assurer, que nous ferons toujours pour lui et pour tous les princes d'Allemagne qui pensent comme lui tout ce qui sera humainement possible et que, pourvuqu'il s'attache sincèrement à la Prusse, il n'aura rien à craindre. Le Margrave nous rend en effet des services réels, s'il continue à entretenir le Duc de Deuxponts dans les bons sentiments, en lui avançant de temps en temps de l'argent dans ses besoins pressants, et V. A. R. pourrait l'y déterminer encore davantage, en l'assurant qu'Elle y contribuerait en temps et lieu ...

Berl. St. A. Concept.

---

bei dem Fürsten von Dessau an und reiste an demselben Nachmittag wieder ab; Karl Friedrich, mit dem Erbprinzen und Edelsheim, traf erst am 28. Sept. ein; die Zusammenkunft zwischen dem Prinzen und dem Markgrafen fand also in diesen Tagen nicht statt; da aber Karl Friedrich noch bis zum 9. October bei dem Fürsten von Dessau blieb, so wird eine Begegnung in der Zwischenzeit oder vielleicht bei der Rückreise des Markgrafen veranstaltet worden sein; daß eine solche jedenfalls stattfand, zeigt das Schreiben des Prinzen von Preußen an Hertzberg vom 19. Oct. 1783 (Num. 15). Vergl. v. Berenhorsts Tagesbemerkungen, a. a. O.

14. Fürst Franz von Dessau an Karl Friedrich.

Leipzig, 25. Sept. 1783.

[Zusammenkunft mit dem Prinzen von Preußen in Wörlitz.]

Seit gestern Mittag habe ich Ihrer mit dem größten und feurigsten Verlangen erwartet; ich würde auch noch beharren, wenn mich nicht die betonte morgende Ankunft zurück nach Wörlitz nöthigte . . .

Sollte es noch möglich sein, so würde es mich und vielleicht auch Sie sehr lieb sein, wenn Sie zum wenigsten morgen Vormittag in Wörlitz sein könnten, denn sonst ist der Erwähnte eher bei mich und er kann nicht länger als den 27ten mittags. . . .

Eigenhändig.

15. Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen an Herzberg.

o. O. 19. Octob. 1783.

[Persönliche Bekanntschaft mit dem Markgrafen von Baden und Edelsheim; das Unionsproject; geplante Creditkasse; Anlehen an Zweibrücken.]

. . . J'ai été bien charmé d'avoir fait la connaissance du digne et respectable Margrave de Bade, qui a le cœur tout germain; il m'a renouvelé les assurances des bonnes intentions du Duc de Deuxponts, ainsi que Mr. d'Edelsheim que j'ai aussi appris à connaître et qui a fait tout recemment[1] sa cour au Duc, qui est bien persuadé actuellement, que Mr. d'Edelsheim n'est rien moins qu'Autrichien. Le Margrave travaille à force au projet que Vous savez, et il a les meilleures espérances à ce sujet; il a aussi déduit le projet de porter les princes de l'Empire, qui entreront dans l'association, à établir *une commission de crédit* entr'eux[2] pour obvier et arranger les dettes de plusieurs de ces princes et les mettre par là à l'abri des commissions impériales.

Quoique le Margrave n'a pas avoué d'avoir emprunté des sommes au Duc de Deuxponts, Mr. d'Edelsheim a donné lieu de le croire par ses discours; peut-être le Margrave n'a-t-il fait que garantir le remboursement . . .

Berl. St. A. Eigenhändig.

16. Schlosser an Christian Friedrich Pfeffel in Versailles[3].

o. D. (Sept. 1783).

[Bedrohliche Lage der deutschen Reichsstände. Plan einer Union; Grundgedanken für eine solche. Vertrauliche Anfrage über die Ansicht des französischen Cabinets. Bitte um Geheimhaltung.]

Man hat bisher observiret, daß bei dem Reichstage eine beständige Unsicherheit der Grundsätze zu allerlei unangenehmen Negociationen Anlaß gegeben,

---

[1] Die Lesung des Wortes nicht ganz sicher.

[2] Vergl. das Edelsheim'sche Memoire bei Schmidt: a. a. O. S. 20 (Art. 6).

[3] Dies ist jedenfalls das oben in Num. 9 erwähnte, von Schlosser auf Veranlassung

das Reich in nicht geringe Verwirrung und Unthätigkeit, die Stände aber in großes Mißtrauen gegen einander gesetzt hat. Die jetzigen Umstände scheinen es nöthig zu machen, daß die Fürsten allen Anlaß zu Mißhelligkeiten vermeiden und sich bemühen, sowohl unter sich vertraulich zu leben, als auch an dem Reichstag und bei den Kreistagen allem gemeinschaftlich entgegenzuarbeiten, was der Konstitution des Reichs nahe oder ferne einen Stoß geben könnte.

In dieser Absicht sind einige reichsständische Räthe auf den Gedanken gefallen, ob nicht unsern Herrn zu proponiren wäre, daß die wichtigsten der deutschen Fürsten eine Art von Union unter einander errichteten, worin sie extra casum casus sich auf solche principia verabredeten, welche sie in ihren votis auf Reichs- und Kreistagen immer befolgen wollten, es treffe, wen es wolle, und sich überhaupt zu einer solchen conduite verbänden, welche zugleich das Vertrauen unter den Ständen herstellte und ein gewisses centre etablirte, an welches sich alle anschlössen.

Die principia, wozu sich die Höfe verbänden, sollten etwa folgende sein:

1) Nichts gegen den geringsten Reichsstand geschehen zu lassen, was den Reichsgesetzen zuwider liefe;

2) auf alle solche Contraventionen zu achten, auch ohne Recurs und Beschwerde des Leidenden, welches, wenn Mainz in die Union gezogen werden könnte, unmittelbar, andernfalls durch Animirung der Leidenden, sich ad comitia zu wenden, möglich gemacht werden könnte;

3) auf alle Mißhelligkeiten unter sich und den übrigen Fürsten zu achten und überall bona officia zum Vergleich zu interponiren;

4) durch ihre Räthe und Minister zu suchen mit den Ministern und Räthen anderer Stände beständige Konnexionen zu unterhalten;

5) wo ein Schuldenwesen ausbricht oder auszubrechen droht, sich zum Vergleich zu verwenden, Vorschüsse zu thun;

Edelsheims entworfene Schreiben. Aus der Vergleichung desselben mit dem bekannten Edelsheim'schen Unionsentwurf bei Schmidt, Unionsbestrebungen, S. 17 ff., ergiebt sich, daß der letztere schon im September 1783 geschrieben war, und daß er Schlosser bei der Concipirung seines Schreibens an Pfeffel vorgelegen haben muß; vgl. besonders oben Art. 6 und bei Schmidt Art. 7. Das Schlosser'sche Schreiben an Pfeffel wurde (wie das w. u. folgende große Rechtfertigungs-Memoire Edelsheims vom Nov. 1784 zeigt) im Concept dem Prinzen von Preußen mitgetheilt, wahrscheinlich bei der oben S. 40 berührten Zusammenkunft mit Karl Friedrich; es wurde von dem Prinzen gebilligt und erst dann an Pfeffel expedirt: «S. Alt. Royale, l'ayant approuvé, ordonna qu'elle fût expediée». Es ist wichtig zu constatiren, daß diese Maßregel der versuchten Verständigung mit Frankreich von der badischen Regierung nicht ergriffen wurde, ohne sich der Zustimmung Preußens, oder wenigstens des Prinzen von Preußen, zu versichern. Es ist sehr wahrscheinlich, daß schon bei dieser Gelegenheit dem Prinzen auch der Edelsheim'sche Unionsentwurf vorgelegt worden ist. Hiernach dürfte das obige Schreiben an Pfeffel in der ersten Hälfte October 1783 abgegangen sein.

6) sich allen neuen Kur- und Fürstenstimmen[1] zu widersetzen, wo nicht der eligendus sich blos an sie hält und der Union wichtige Dienste leisten kann;

7) des Reichshofraths täglich zunehmende Anmaßung zu hindern, das Kammergericht zu fördern, aber dort dem Druck der Reichsstände mit aller Macht entgegen zu arbeiten;

8) die Reichsstädte zu schützen[2].

Diese Union soll, wie gesagt, anfangs blos unter den wichtigsten und besten deutschen Fürsten bestehen, bis sie Vertrauen im Reich gewänne und sich nach und nach mehr ausbreiten könnte.

Diese Privatgedanken wagen wir aber unsern Herrn eher nicht zu proponiren, bis wir vorher wissen, ob, wenn sie angenommen würden, der Versailler Hof sie genehmigte. Also sowohl um deßwegen, als auch um zu vernehmen, ob sie einem Manne von tieferen Einsichten als unseren gut scheinen, und was allenfalls davon oder dazu zu thun sein möchte, habe ich unternommen, Ew. ꝛc. auch blos Privatgedanken, wovon kein Gebrauch gemacht werden wird, zu vernehmen, wobei wir aber, und ich insbesondere, uns das größte menagement ausbitten, damit unsere guten Absichten uns bei unsern Herrn keine Ahndung und Mißvergnügen zuziehen.

Weim. St. A. Abschrift. Beilage 1 zu dem Edelsheim'schen Memoire vom Nov. 1784.

17. Edelsheim an Karl Friedrich.

Badenweiler, 14. Nov. 1783.

Edelsheim bedauert, daß ein beabsichtiges Zusammentreffen mit dem aus der Schweiz kommenden Fürsten von Dessau, in Folge ungenauer brieflicher Verabredung, vereitelt worden sei; der Fürst, der darüber ärgerlich ist, werde wol einsehen, daß ihn dabei keine Schuld treffe. (Vgl. w. u. das Schreiben an Karl August von Weimar, dat. 31. Dec. 1783.)

18. Fürst Franz von Dessau an Karl Friedrich.

Dessau, 11. Dez. 1783.

[Besprechung mit dem Prinzen von Preußen. Verschiedene andere Conferenzen in Aussicht.]

. . . Ich verschob es aber immer[3], um etwas von unserer bewußten Sache mitsagen zu können, und so verstrich die Zeit bis jetzt, da ich eben von einer Zusammenkunft des bewußten Freundes[4] zurückkomme, den wir zusammen sahen,

[1] Bei Schmidt, S. 20 Art. 7: „allen neuen Chur- und Fürstenthümern“.

[2] Diese Bestimmung fehlt in dem Edelsheim'schen Entwurf.

[3] Nämlich den Dank für die freundliche Aufnahme in Karlsruhe.

[4] Offenbar ist der Prinz von Preußen gemeint.

der sich jetzt bestens empfiehlt und die gute Sache auf das ernstlichste will und wünschet; ich habe den Auftrag erhalten, den Herzog von Br[aunschweig] zu sprechen, welches mit ehestem geschehen soll; Hofenfels, der sich einige Tage bei seiner Rückreise hier aufgehalten, wird vieles sagen können, weswegen es denn wohl gut wäre, wenn Sie selbst oder Edelsheim balde auf den Karlsberg kommen könnten.

Was ich nach der Zusammenkunft mit dem erwähnten Herzog erfahren werde, werde ich vielleicht durch Jemanden, den ich nach der Schweiz schicken und ihn bei seiner Durchreise empfehlen werde, überschicken.

Eigenhändig.

19. Karl Friedrich an den Fürsten Franz von Dessau.

o. D. (Ende Dec. 1783).

[Gruß an den Prinzen v. Preußen. Bevorstehende Reise zu dem Herzog von Zweibrücken. Edelsheim in Hanau. Noch keine Antwort aus Frankreich.]

Dürfte ich Sie bitten, dem bewußten Freund, bey dem Sie erst gewesen sind, bey schicklicher gelegenheit, und so wie Sie selbst am besten zu thun wissen, meinen innigsten Dank, daß er sich meiner zu erinnern beliebt hat, zu bezeugen . . .

Nach dem Neuen Jahr gedenke ich nach Carlsberg zu gehen.

. . . Edelsheim ist am Sonnabend nach Hanau abgegangen. Er hat unterwegs einen Bekannten gesprochen; waß er ihm etwann von Neuigkeiten wird gesagt haben, und waß er in Hanau thun wird, darüber beziehe ich mich auf daß waß er Ihnen selbst schreiben wird; in etwann acht Tagen kommt er zurück und wird mit mir nach Carlsberg gehen, wo wir, wie ich hoffe, Hofenfels sprechen werden, der mir um so interessanter sein wird, als er von Ihnen herkommt.

Schlosser hat noch keine Antwort von seinem Freund aus Frankreich erhalten[1], des Freundes Bruder, den Sie kennen[2], meldet ihm, daß Geschäften und Reisen die Ursache des verzuges sind; wir müssen uns also etwas gedulten, um zu erfahren, waß jezo die neueste Mode ist.

Eigenhändiges Concept.

20. Christian Friedrich Pfeffel an Schlosser.

Versailles, 14. Dec. 1783.

[Ausweichende Antwort auf Schlossers Anfrage.]

Je suis tout confus du long retard que j'ai mis à la réponse que toute sorte des considérations me pressaient de faire à la lettre que Vous

---

[1] Vgl. Num. 16.

[2] Der Dichter Gottlieb Konrad Pfeffel in Colmar.

m'avez fait l'honneur de m'écrire et que je conserverai sans cesse comme un monument précieux des sentiments que Vous avez conçus en ma faveur. . . . . . La question que Vous avez bien voulu me proposer, tient à de si grands intérêts, que je ne me permettrai jamais d'avoir une opinion à son égard. L'objet d'ailleurs en est si délicat et si jaloux, que ce serait une témérité à moi de vouloir pressentir celle que le Roi et son ministère s'en formeraient, si elle était portée à leur connaissance. Ainsi trouvez bon, que je me retranche dans le silence le plus absolu; il a toujours été le bouclier de l'ignorance et je ne rougis pas de m'en couvrir en cette occasion.

Je serai trop heureux d'en trouver d'autres, où je puisse Vous convaincre de tout mon empressement à répondre à Votre confiance ainsi que de la considération extrême, avec laquelle j'ai l'honneur etc.

---

21. Edelsheim an Karl Friedrich.

Frankfurt, 22. Dec. 1783.

[Entrevue in Mainz. Stimmung am kurf. Hofe.]

Abends 10 Uhr komme ich hier glücklich, aber so erfroren an, daß ich kaum die Feder halten kann. Die Entrevue ist gestern abend zu Stand gekommen und hat bis 12 Uhr nachts und heute von 7 Uhr bis 11 Uhr gedauert. Ich habe wenig zu sprechen Gelegenheit gehabt, aber ob die Zunge des guten Freunds nicht diesen Abend gelähmt ist, will ich nicht garantiren. Ich habe viel erfahren, aber hauptsächlich, daß sie alle im Hasenpanier sind, und daß Heims auf ein Bisthum spitzt, mithin ein gefährlicher Spion sein kann . . .[1]

---

22. Edelsheim an Karl Friedrich.

Hanau, 27. Dec. 1783.

[Die Antwort Pfeffels. Verschiedene Besprechungen.]

Der Brief von E. Hf. D. ist nebst der Anlage richtig und noch zeitig genug angekommen, um mit der Expedition nach Eisenach abzugehen. In dem französischen Brief ist zwar das Vorhaben nicht mißbilligt, aber freilich ist die Wendung so, daß sie wenigstens einem Abschlagscompliment ebenso wie einer Entschuldigung gleich sehen kann. Mithin tappen wir ebenso im Finstern wie zuvor und vielleicht um einen Grad stärker.

Das ist aber meiner Einsicht nach aller Schaden, der aus dieser démarche entstehen kann, ob sie gleich nichts geholfen hat . . .

---

[1] Weihbischof Valentin Heimes, einer der vertrautesten Räthe des Kurfürsten Friedrich Karl von Mainz (Allg. D. Biogr. XI. 330).

Ich erwarte morgen Wächtern[1] hier, und habe ich mit diesem Patron gesprochen, so gehe ich Montags Abend nach Frankfurt, hauptsächlich um die Expeditionen fertig zu machen; vielleicht sehe ich daselbst noch einmal den W. P. [?] Ich spreche auch Graf Romanzow[2].

---

23. Edelsheim an Karl August von Weimar.

o. D. (Ende Dec. 1783).

[Josephs II. Absicht einer römischen Königswahl. Rußlands und Dänemarks Stellung zu einer Fürstenunion.]

. . . Der Kaiser soll sich entschieden erklärt haben, seinen Herrn Bruder zu einem römischen König vorzuschlagen, bis dahin muß alles in Gang sein. Man will mich versichern, daß der Großfürst in Rußland noch sehr gegen den Kaiser erbittert sei und auf die Erhaltung der Reichsconstitution ein vorzügliches Augenmerk richte. Potemkin soll der einzige Mann sein, welcher den kaiserlichen Hof unterstützt. Ich traue aber Rußland in dem gegenwärtigen Augenblick nicht . . . Der Graf Romanzow sucht eifrig Mißtrauen gegen den franz. Hof und Zutrauen gegen den Kaiser auszustreuen, doch kann das ein personell Gedanke von dem Gesandten sein; denn er ist sehr übel durch seinen Hof unterrichtet. Ich hoffe bald die Erlaubniß zur erlangen, nach Straßburg zu gehen, um zu hören, was mir Krock[3] sagt. Dann erst kann man sagen, wessen man sich zu Rußland zu versehen hat. Alle Unionen, sehe ich wohl, sind nach der Kaiserin Geschmack.

Dänemark steht auf Ostern eine große Veränderung vor. Die zwei Personen, welche jetzt des Kronprinzen größtes Vertrauen haben[4], sind meine sehr guten Freunde. Kommt Prinz Karl von Hessen ans Staatsruder, so kann ich gewiß in Kopenhagen etwas ansehnliches ausrichten. In Frankreich könnte

---

[1] Baron Karl Eberhard v. Wächter, seit 1780 dänischer Gesandter an den Höfen von Mainz, München, Kassel und bei dem oberrheinischen und schwäbischen Kreis; bei Karl Friedrich accreditirt durch Schreiben des Königs, dat. Kopenhagen 1. Nov. 1782, welches von Wächter aber erst am 12. Febr. 1785 überreicht wird. Vergl. die Nachrichten über Dänemark in dem folgenden Schreiben an Karl August von Weimar und Franz von Dessau.

[2] Graf Nicolaus Romanzow, russischer Gesandter beim Reich.

[3] Baron von Krock, seit 1779 Chef der deutschen Abtheilung im auswärtigen Amte zu Petersburg (Hermann, Russ. Gesch. VI. 438); von Katharina II. 1783 in das Reich gesandt.

[4] Prinz Karl von Hessen und Graf Bernstorff d. J. Ersterer war frühe in dänische Militärdienste getreten u. allmählich zum dän. Generalfeldmarschall avancirt. In seinen von K. Bernhardi (Kassel 1866) herausgegebenen Denkwürdigkeiten findet sich nichts von Beziehungen zu Edelsheim, ebensowenig über seine Stellungnahme zu dem Unionsprojecte. Ueber den erwähnten Umschwung in Dänemark s. ebendas. S. 160; derselbe fand im April 1784 statt, blieb aber ohne Bedeutung für die Unionsfrage.

uns der Erbprinz von D. gewiß gute Dienste thun. Wenn ich nur etliche Tage Zeit hätte, so wollte ich in Darmstadt bleiben, um ihn zu den Wohlgesinnten zu bringen. Doch will ich daselbst ins Haus hören. Gehet dieser Vorschlag nicht an, so ist nichts sicherer, als einen Emissär nach Paris zu schicken. Wer aber soll das thun? Hofenfels hat kein Geld in Berlin erhalten.

Weim. St. A. Abschrift von Goethes Hand. Auf demselben Blatt, auf dem dann der Edelsheim'sche Bericht vom 30. Dec. folgt.

---

24. Bericht Edelsheims.[1]

Hanau, 30. Dec. 1783.

[Edelsheim erstattet Bericht über die bisherigen Verhandlungen. Lage der geistlichen Höfe. Der Bischof von Speier. Der kurmainzische Staatsrath von Deel. Vorschläge für die Action der geistlichen Fürsten. Verhandlungen mit Hessen-Kassel; kaiserliche Gesinnung des Erbprinzen; Hessen als „Haupt" der Union. Verhandlung mit dem dänischen Gesandten v. Wächter. Vermutliche Stellung Rußlands. Die Antwort Pfeffels aus Paris. Memoire Schlossers.]

Die Krankheit des Herrn Herzogs von Zweibrück hat bisher die Reise nach dem Karlsberg verhindert. Sie wird gleich nach Neujahr vorgenommen werden. Den Erfolg werde ich ohnfehlbar bald hernach überschreiben. Es könnte aber vielleicht dienlich sein, wenn man erführe, was Hofenfels auf seiner Herausreise geäußert hat und, was er an verschiedenen Orten sagt, mit einander zu vergleichen. Es zeigt sich immer mehr im ganzen Reich ein Drang zu einer Verbindung.

Die geistlichen Fürsten werden hierzu theils durch ihr eigenes Interesse, theils durch die geheimen Emissarien des Papstes angefeuert; nur hält sie noch die seit Jahrhunderten gepflogene Schüchternheit gegen den kaiserlichen Hof ab, sich auch selbst unter einander vertraulich zu erklären. Denn wenn gleich der Bischof und das Kapitel entschieden sind, sich gegen die Eingriffe des kais. Hofes mit allen Kräften zu wehren, so fürchten sie doch alle ihre weltlichen und besonders ihre geistlichen Diener, weil solche mehr oder weniger in Verbindung mit dem kaiserlichen Hof sind. Diese haben zwar bei denen weltlichen dadurch stark abgenommen, daß der Kaiser ihre Pensionen eingezogen hat. Die geistlichen werden aber von Wien aus mit einer Aussicht auf Präbenden und Bisthümer in der vorigen Abhängigkeit unterhalten. Der päpstliche Hof und die geistlichen Fürsten werden also sich des nämlichen Mittels bei denen Räthen der letzteren bedienen müssen, wenn sie solche gegen die Verführung sicher setzen wollen.

Der Fürstbischof von Speier hat von sich selbst die ganze Idee der Union gefaßt und solche bei einem Besuche zu Waaghäusel mit der aufrichtigen Erklärung anvertraut, daß man in allen Fällen auf ihn zählen könne. Man wird nicht ermangeln, diesen Eifer zu unterhalten.

---

[1] Für den Herzog Karl August von Weimar und den Fürsten Franz von Dessau bestimmt.

Der kurmainzische Geh. Staatsrath von Deel[1], welcher eigentlich alle Staatsgeschäfte dieses Hofs macht, ist so vollkommen in der Idee der Patrioten, daß man aus dem, was mir derselbe bei einer neulich mit ihm gehabten Unterredung geäußert hat, glauben sollte, er wäre bereits in das innere Vertrauen gezogen worden.

Man kann sich auch um so mehr auf ihn verlassen, da seine Absicht auf künftige pfalz-bairische Dienste gehet. Der Kurfürst von Mainz ist, wie von Deel, vollkommen entschieden, durch die Union die Reichsconstitution zu erhalten; nur werden Herr und Diener durch die Furcht, sich bei dem kaiserlichen Hof allein blosgestellt zu sehen, zurückgehalten und wollen eher nicht die ganze Geistlichkeit in Bewegung setzen, bis sie von denen Gesinnungen der weltlichen Fürsten gewiß sind. Sie versichern, daß sich solche alsdann ohnfehlbar an die weltlichen Fürsten anschließen würden.

Es rechnet der von Deel darauf, daß alsdann durch das Beispiel und durch die päpstlichen Negociationen auch Trier mit Augsburg und Regensburg und Köln mit Münster werden gewonnen werden . . . Nur setzt er wieder voraus, daß der französische Hof bewogen werden könne, sich zu dieser Démarche beifällig zu erklären oder gar dazu anzurathen, weil die Geistlichkeit in Deutschland und der Papst diesen Hof als ihren wahren Erretter ansehe und auf solchen das größte Vertrauen setze. Dabei würden sie noch mehreren Muth erhalten, wenn sie von dem Beistand des königl. preußischen Hofes versichert sein könnten. Die geistlichen Fürsten scheinen ganz bestimmt geneigt, dagegen die Toleranz in ihren Staaten zuzusichern, auch wohl sich hierzu förmlich zu verbinden.

Der Vorschlag wird bei der Union der Geistlichen dahin gehen, den Sold und die Rekruten für ein Corps von 10—12 000 Mann beizutragen. Sie rechnen, daß der Unterhalt der Truppen ihnen doppelt so hoch als denen weltlichen Fürsten zu stehen kömmt.

Von Deel glaubt, es könne in Ansehung der Gesinnungen des Nachfolgers denen weltlichen Fürsten keine bessere Sicherheit gegeben werden, als wenn jeder Bischof, der zu der Union tritt, unter der Hand den Antrag zu einer Coadjutorwahl veranlasse, wozu die Capitularen alle bereit wären; die Einwilligung sollte der Bischof nur alsdann geben, wenn der Kandidat, welcher die meisten Stimmen habe, sich zur Festhaltung der in der Union angenommenen principiorum erklärte[2] . . .

Ich bin in unserer Unterredung fest darauf geblieben, daß, da die augenscheinlichste Gefahr denen geistlichen Ständen drohe, auch sie zuerst unter

---

[1] Ueber Staatsrath v. Deel s. Pertz, Leben Steins I. 45. O. Mejer, zur Gesch. d. römisch-deutschen Frage I. 74. Er war persönlich gegen den Wiener Hof erbittert, da Joseph II. ihm eine Pension von 2000 fl. entzogen hatte.

[2] Deel räth im Folgenden, man solle sich zunächst über einige Principien von geringerer Bedeutung einigen und im Anschlusse an diese nach und nach weitere aufstellen.

einander sich verbinden müßten, daß sie am besten die Gesinnungen des französischen Hofes erfahren und zu ihrem Vortheil würden lenken können; daß die mehrsten weltlichen Fürsten zwar nie hätten bezweifeln lassen, wie angelegen ihnen die Erhaltung des Reichssystems sei, doch aber immer mehr als die geistlichen bei dem verlangten Vorschritt auf das Spiel setzten, indem jene gewiß wären, alles zu verlieren, wenn man sie nicht schütze, diese aber viel mehr Macht in sich und viel mehr Konsideration für sich hätten, welche ihre Erhaltung deckte, und daher von den geistlichen Ständen verlangen würden, vordersamst unter[1] zu Erhaltung des Reichssystems verbunden zu sein, ehe man das nun seit etlichen hundert Jahren mit ihnen gestörte Vertrauen wieder herstellen könnte; daß sich aber dennoch die geistlichen Fürsten voraus versichert halten könnten, bei denen mehrsten evangelischen Höfen alle Bereitwilligkeit zu einer näheren Verbindung mit ihnen zu finden, besonders wenn sie der Idee des Beitritts einer fremden Macht als Theilhaber an dieser Verbindung entsagen wollten.

Ich habe das beste Vertrauen auf den Eindruck, welchen diese Unterredung gewirkt hat und bin versichert, daß es bei dem Anerbieten von 12 000 Mann in der Folge nicht bleiben wird, sondern diese Summe erhöhet werden könne, da freilich, wenn der Theil des Reichs, welcher an dieser Union Theil nimmt, 100 000 Mann stellt, die Geistlichkeit hiervon 18 000 Mann übernehmen könnte.

In Ansehung des Hauses Hessen habe ich mit dem Prinzen Karl von Hessen abgeredetermaßen die nöthige Einleitung getroffen[2]. Meine Einleitung habe ich von der Verhandlung hergenommen, die wegen einer Union im Reich durch den Pr. Minister von E. (?) an dem Kasseler Hof mit dem besten Erfolg betrieben worden ist. Die Gesinnungen dieses Hofes sind noch ohnverändert, doch hat man daselbst noch nicht auf Mittel gesonnen, um der bevorstehenden Gefahr vorzubeugen. Ich habe daher angerathen, seinen Herrn Vater und dessen Minister von Schlieffen auf die jetzige Lage des Reichs, auf das was mit denen Kirchsprengeln vorgehet, auf die häufigen Eingriffe des Reichshofraths, auf die Bemühung, die Unthätigkeit des Reichstages zu erhalten, und endlich auf die vielen Gerüchte wegen der Vertheilung Deutschlands aufmerksam zu machen und sie zu versichern, daß dieses alles sowohl die geistlichen, als auch viele weltliche Stände im Reich sehr beunruhige und sie besorgen mache, daß der Reichskonstitution eine starke Veränderung bevorstehe, daß wohl zu deren Erhaltung kein besseres Mittel als eine Union im Reich sei, wodurch das bisher fast unter allen seinen Gliedern gestörte Vertrauen auf einmal wieder hergestellt und Mittel getroffen werden könnten, welche die Reichskonstitution sicher erhalten würden, ohne daß die Reichsstände sich von irgend einer europäischen Macht abhängig machten. Man könnte dabei zu überlegen geben, welche großen Vortheile dem Hause Hessen

---

[1] „sich" oder „einander" zu ergänzen.

[2] Der Prinz weilte im Spätherbst einige Zeit in Hanau.

aus dem Vorschlage einer solchen Union im Reich entspringen würden, besonders da ihr Vorhaben, einen Kurhut zu erhalten, hiermit in eine genaue Verbindung gesetzt werden könnte . . .

Ich sprach bei dieser Gelegenheit von dem Nutzen, den der Landgraf erlangen könnte, wenn die geistlichen Fürsten im Reich einen ansehnlichen Theil seines Militare in ihren Sold nähmen, wobei es wieder blos darauf ankäme, sich durch niemanden präveniren zu lassen. Ich habe auch von weitem Hoffnung gemacht, den Grundriß zu einer Union in der Folge mitzutheilen, wenn einmal die quaestio an? entschieden wäre . . .

Schriftlich habe ich nichts von mir gegeben oder lesen lassen. Prinz Karl ist von diesem ganzen Vorschlage eingenommen und wird nichts ermangeln lassen, um solchen in Kassel geltend zu machen, glaubt auch von dem Beifall des L. und v. Schl.[1] gewiß zu sein, wenn folgender Anstand letzteren nicht zurückhält. Es geschiehet jetzo kein wichtiger Schritt mehr zu Kassel, ohne den Erbprinzen zu unterrichten, und dieser ist entschieden kaiserlich gesinnt. Er selbst hat mir im engsten Vertrauen eröffnet, daß er beschlossen habe, sobald er an die Regierung komme, das bisherige hessische Staatssystem zu ändern, sich von Preußen, England und Dänemark loszureißen und ganz an den Kaiser zu halten.

Ich habe gerathen, dem von Schlieffen diese Gesinnungen zu eröffnen, um ihm zu beweisen, wie unnöthig eine Anfrage bei dem Erbprinzen sein würde, zugleich aber denselben zu überzeugen, daß es gegenwärtig nicht auf die Denkungsart eines künftigen Regenten ankomme, sondern vielmehr vorauszusehen wäre, daß, wenn die Union einmal errichtet wäre, der Erbprinz denen großen Vortheilen nicht würde entsagen wollen, welche sein Haus durch solche genießen könnte. . . .

Ohne diesen Stein des Anstoßes würde ich zum voraus versichern können, daß Hessen sich willig als Haupt der Fürstenunion darzustellen bereit sei. Ich werde in kurzer Zeit durch abgeredte sichere Wege nähere Nachrichten von Kassel erhalten.

In Hanau habe ich den königl. dänischen Gesandten Baron von Wächter angetroffen. Ich habe diese Gelegenheit nicht ohnbenutzt gelassen, um denselben zu befragen, ob sein und der russische Hof noch auf eine Union im Reich einige Rücksicht nehmen. Es hat nämlich bereits vor etlichen Jahren der damalige dänische Staatsminister Graf von Bernstorff, der jüngere, dem russischen Hofe vorgeschlagen, eine Union im Reiche durch den Kurfürsten von der Pfalz zu Stand zu bringen, um sich dadurch gegen die Absichten des kaiserlichen Hofes sicher zu stellen[2]. Dieser von Rußland angenommene Vorschlag hat zwar die

[1] Des Landgrafen und (des Ministers) von Schlieffen. Ueber die Sonderstellung Hessen-Kassels in der Unionsfrage und über die früheren Schlieffen'schen Pläne vergl. Dohm, Denkwürdigkeiten III. 54ff. Schmidt, Unionsbestrebungen, S. 232ff.

[2] Näheres über dieses angebliche dänisch-russische Unionsproject für das Reich ist nicht bekannt.

Absendung des Grafen von Romanzow in das Reich veranlasset, aber bis jetzt keinen weiteren Erfolg gehabt. Dänemark bleibt seinem Systeme getreu, und von dem Kronprinzen ist man besonders gewiß. Wenn er auf Ostern majorenn wird und in das Conseil eintritt, so wird vermuthlich auch Graf Bernstorff wieder in das Ministerium kommen. Ich habe verschiedene Ideen aus dem genehmigten Promemoria[1] über die Formation dieser Union als Verbesserungen der bisherigen dänischen Negociationen angegeben, welche Wächter bei seinem Hofe als Vorschläge anbringen wird ... Es ist aber vor Ostern keine Entscheidung zu erwarten; in der That wäre auch solche bis dahin unnöthig. Indessen ist mir versichert worden, daß Dänemark als Garant wenigstens 20 000 Mann zu der Unterstützung seiner Garantie bereit halten würde.

Von Rußland glaubt Wächter ebenso sicher als von seinem Hofe zu sein und überzeugende Proben zu haben, daß das Bündniß wegen dem Türkenkriege diesen kaiserlichen Hof nicht abhalten werde, sein in Ansehung Deutschlands gefaßtes System durchzusetzen ...

Schlosser hat soeben die Antwort des guten Freunds in Versailles, so wie sie anliegt, eingesandt; sie ist freilich nicht nach Wunsch ausgefallen.

Pfeffel wird vermuthlich ohne des Ministers Vorwissen nicht geantwortet haben. Man sollte also fast glauben, er wolle durch seine angebliche Schüchternheit nur desto eher die Sache immediat in des Ministers Hände bringen. Wenigstens enthält der Brief keine Mißbilligung des Vorschlags und erlaubt daher diese vortheilhafte Auslegung, ob man gleich keine Gewähr für solche leisten kann.

Ich werde diesen Umstand näher in Karlsruhe überlegen. Sobald man von dem Karlsberg zurückgekommen ist, so sollen mit dem ersten Bericht auch meine weiteren Gedanken hierüber vorgelegt werden[2].

Hofrath Schlosser hat den Grundriß zu einem Memoire geliefert[3], woraus leicht ein Projekt einer Verbindung gefaßt werden kann, welches man auch denen Höfen vorlegen könnte, welche noch nicht in das innere Vertrauen gezogen sind. Es wird solches auch mit dem ersten Bericht folgen. Dabei wird man einen Auszug aus allen Kur- und Fürstenvereinen vorlegen. Ersteren hat Schlosser bereits gefertigt.

Das bekannte Promemoria habe ich umgearbeitet, der Hauptinhalt ist der nämliche. Nur sind die Hauptbeweggründe besser auseinander gesetzt und alles weggelassen worden, was nur von weitem hätte anstößig werden können.

Weim. St. A. Abschrift von Goethes Hand.

---

[1] Wol dem Edelsheim'schen Entwurf (Schmidt, S. 19 ff.).

[2] Vergl. unten den Bericht Edelsheims vom 16. April 1784, Num. 37.

[3] Es ist wol ein Gutachten vom 20. Nov. 1783 gemeint, welches, wie eine Notiz von der Hand Goethes besagt, mit dem Memoire Edelsheims vom Nov. 1784 am 10. Febr. 1785 von Weimar aus dem Fürsten von Dessau mitgetheilt wurde, welches sich aber leider weder in dem Archive zu Weimar, noch zu Zerbst auffinden ließ.

25. Edelsheim an Karl August von Weimar.

Frankfurt, 31. Dec. 1783.

[Edelsheim hat die Zusammenkunft mit dem Fürsten von Dessau versäumt.]

Edelsheim entschuldigt sich, daß er mit der Beantwortung des herzogl. Schreibens so lange gezögert. Die Beilage[1] werde beweisen, daß er unterdessen nicht die Hände müssig in den Schooß gelegt habe. Er bittet dieselbe nach Dessau weiter zu senden.

... Daß ich unsern lieben Fürsten[2] nicht in Karlsruhe gesehen habe, war in der That ganz natürlich. Bös hat man mir aber in Karlsruhe nicht geschienen, daß diese Natürlichkeit sich zugetragen habe ... Hier ist die Geschichte. Es war abgeredet, daß ich den Fürsten von des Herzogs[3] und der Fürst mich von seiner Abreise präveniren sollte. Ersteres that ich und meldete, daß der Herzog den 22ten Nov. in Karlsruhe sein würde. Mir aber schrieb der Fürst nichts. Sollte ich ihn nun vor dem 22ten erwarten? Ich ging nach Müllheim, da er durchkommen sollte und mußte. Wie ich in Emmendingen ankam, war der Herzog Tags vorher dagewesen und nach Straßburg gegangen. Ich vermuthete, er würde einige Tage der Fürstin Straßburg zeigen wollen, und zählte immer auf den 22ten ... Der Fürst ... antwortete mir durch die Post, er würde nur bis den Mittwoch in Karlsruhe verbleiben. Diesen Brief erhielt ich Dienstag gegen Mittag in Badenweiler. Ich antwortete per Estafette — und diese hat den Fürsten nicht mehr angetroffen.

Weim. St. A.

---

26. Fürst Franz von Dessau an Herzog Karl August von Weimar.

Egelen[4], 3. Jan. 1784.

[Verhandlung mit dem Herzog von Braunschweig. Vorsicht gegenüber Hessen-Darmstadt empfohlen. Weitere Absichten.]

Es gehe alles gut; den Aufsatz, den der Herzog von Braunschweig versprochen habe[5], werde er demnächst übersenden.

... Wie es mit der Zusammenkunft mit dem Markgrafen von Baden zugegangen, werde ich einmal zu seiner Zeit sagen. Jetzt kann vor Rauch, Kälte und Hunger nichts mehr sagen. ...

Den 4. Jan. morgens.

Bald hätte ich noch einen Auftrag vergessen, daß Sie in der Sache doch Behutsamkeit gegen das Haus Darmstadt brauchen möchten. Gottlob, daß die

---

[1] Num. 24.

[2] Von Dessau. Er verweilte vom 9.—13. Nov. in Karlsruhe. Vergl. oben S. 38.

[3] Des Herzogs von Zweibrücken vermutlich.

[4] Egeln im Regierungsbezirk Magdeburg, ungefähr in der Mitte zwischen Braunschweig und Dessau gelegen; vielleicht waren dort die beiden Fürsten zusammengetroffen.

[5] S. das Gutachten des Herzogs von Braunschweig bei Schmidt, S. 21 ff.

Sache doch immer mehreren Anschein zur Wahrscheinlichkeit erhält, so soll mich keine Beschwerde, keine Verdrießlichkeit und keine darum ausgestandene Kälte verdrießen.... Der Herzog hoffet vielleicht noch was auf Kassel ausrichten zu können und, wenn es ferner gut ginge, auf Hannover zu versuchen....

Weim. St. A. Eigenhändig.

---

27. Christian Friedrich Pfeffel an Schlosser.

Versailles, 8. Jan. 1784.

[Pfeffel schlägt Schlosser eine persönliche Unterredung mit dem königlichen Prätor Gérard in Straßburg vor.]

Depuis la lettre que j'ai eu l'honneur de Vous écrire[1], j'ai fait des réflexions sérieuses sur les vues que Vous avez bien voulu me confier. Elles m'ont conduit à me persuader que, pour pressentir l'opinion du ministère touchant Vos projets, il serait nécessaire d'en développer d'avantage le plan et les principes. Le meilleur moyen de remplir cet objet et de Vous procurer les éclaircissements que Vous désirez, serait de Vous adresser directement à Mr. Gérard[2], préteur royal de la ville de Strasbourg. Cet ancien chef du département des affaires étrangères connait parfaitement le système du ministère et en possède la confiance à un dégré éminent. Une heure de conversation que Vous aurez avec lui, suffira pour Vous mettre parfaitement à Votre aise, et j'ose Vous prédire que, plus Vous lui témoignerez de confiance, plus Vous aurez lieu d'être satisfait de la sûreté et de la sagesse de ses conseils. Vous ne sauriez d'ailleurs manquer de prétextes pour Vous rendre à Strasbourg, et je ne risque rien en Vous assurant, que Vous ne regretterez pas un voyage qui Vous procurera la connaissance particulière de Mr. Gérard. La franchise, avec laquelle je m'explique envers Vous, est une suite des sentiments etc.

Pfeffel.

Ayez la bonté, Mr., de me faire savoir, si Vous Vous proposez de suivre les[3] .. que j'ai l'honneur de Vous indiquer. Comme Mr. Gérard doit se rendre à Paris dès les premiers jours de février, il n'y a point de temps à perdre.

Weim. St. A. Abschrift. Beilage zu dem Memoire Edelsheims vom Nov. 1784.

---

[1] Oben Num. 20.

[2] Conrad Alexandre Gérard, früher französischer Legationssecretär am kurpfälzischen Hofe, dann Gesandter bei den Vereinigten Staaten, zuletzt Prätor in Straßburg, gest. 1790; vergl. unten den Bericht Edelsheims vom 16. April 1784, Num. 37.

[3] Lücke in der Abschrift; zu ergänzen: conseils, avis oder ähnlich.

28. Instruktion für Schlosser zu seiner Unterredung mit Gérard in Straßburg.

o. D. (Jan. 1784).

[Darlegung der Uebelstände im Reich; Vorschlag einer Union; man wünsche die Ansicht des französischen Ministeriums darüber zu erfahren.]

Verschiedene Vorfälle im Reich und einige darauf gerichtete Anfragen hätten einige deutsche Staatsmänner in die Nothwendigkeit gesetzt, nähere Betrachtungen über die Reichskonstitution anzustellen. Dabei hätten sie gleich eingesehen, daß bei der gegenwärtigen Zerrüttung des Vertrauens und des Benehmens der Stände unter sich der Reichstag allein ohnzulänglich sei, um das Vertrauen wieder herzustellen und um die Reichsverfassung zu erhalten. Sie wären daher auf den Gedanken gerathen, daß eine nähere Einverständniß unter den Kurfürsten, unter den Fürsten und unter den übrigen Ständen des Reichs, wenn solche auf eine vorsichtige, legale und bündige Art errichtet würde, das einzige Mittel sei, dem eingerissenen Uebel wieder abzuhelfen und es dahin zu bringen, daß mehr Eintracht und Standhaftigkeit in den Reichsdeliberationen, mehr Billigkeit und Einigkeit in denen Privathändeln der Stände unter sich vorwalte.

Man glaube voraussetzen zu können, daß viele nützliche Folgen hiermit kombinirt werden könnten. Wie denn z. E. der Reichstag dadurch in seine Thätigkeit kommen, die Rekurssachen beendigt, viele ständische Privatangelegenheiten applanirt, denen meisten Debit-Commissionen vorgebogen, die legale Verfahrungsart im Reiche beschützt und noch mehrere Endzwecke zum besten des Reichs, besonders in Partikularfällen, erreicht werden würden.

Da man sich aber des großen Eindrucks erinnere, welchen der Beirath des französischen Hofes seit dem westfälischen Frieden in allen deutschen Reichsverhandlungen hätte, so wollten die deutschen Staatsleute ohngern mit einer solchen Proposition hervorgehen, ohne im engsten Vertrauen zu wissen, wie das französische Ministerium diesen Gedanken ansehe. Ihre Absicht wäre nicht, diesem königlichen Hof mit der Theilnahme an einem so heilsamen Werke im geringsten überlästig zu sein oder solchen auf eine andere thätige Art zu geniren oder zu kompromittiren.

Weim. St. A. Abschrift. Beilage zu dem Memoire vom Nov. 1784.

---

29. Bericht Schlossers über seine Unterredung mit Gérard.

o. D. (Jan. 1784).

Abgedruckt bei v. Ranke, II. 257—261. Die Unterredung in Straßburg wird ungefähr am 20. Januar stattgefunden haben.

---

30. Schlosser an Pfeffel.

o. O. 25. Jan. 1784.

[Die Unterredung mit Gérard. Dank für seine Vermittelung.]

Je n'ai pas hésité un instant à profiter de l'avis que Vous avez eu la bonté de me donner, quoiqu'à dire vrai, sans Votre lettre je n'aurais pas osé mettre devant les yeux du ministre éclairé, que Vous m'avez indiqué, une idée aussi vague et si peu mûre. Il m'a cependant écouté avec bonté et m'a donné un conseil si sage, que mes amis ne pourront manquer de le suivre aussitôt que les circonstances le permettent. Jamais une idée de cette nature n'a été conçue par un zèle plus pur et plus noble; puisse-t-il être assez [aussi?] durable. Mais quoiqu'il en arrive, Vos bontés pour moi ne s'effaceront de ma mémoire; jamais je n'oublierai la complaisance, avec laquelle Vous m'avez ouvert l'accès auprès de Votre illustre ami. J'ose Vous prier de l'assurer, que le moment d'audience qu'il m'a voulu accorder m'a pénétré de respect pour lui, et que je ne désire rien avec tant d'ardeur que d'avoir quelque part à sa bienveillance; daignez me conserver la Vôtre.

Weim. St. A. Abschrift. Beilage zu dem Memoire Edelsheims vom Nov. 1784. Eine andere Abschrift (von Schlossers Hand) im Karlsr. Arch.

---

31. Edelsheim an Karl August von Weimar.

Karlsberg, 28. Jan. 1784.

[Aufenthalt auf dem Karlsberg. Lage der Dinge am Pfalz-Zweibrückener Hofe.]

Edelsheim ist mit dem Markgrafen am 23. von Karlsruhe abgereist[1]; eine Antwort auf den Bericht, den er unterm 1. Jan. von Frankfurt aus an den Herzog abgesandt, ist ihm noch nicht zugegangen.

Ich habe in unserer physischen Operation noch sehr wenig vorgenommen oder vornehmen können; doch habe ich einen Brief von Serenissimo Duce meo amantissimo[2] gesehen und gelesen, von welchem ich sowohl, als von dem Anschreiben hätte unterrichtet sein mögen. Wie gut wäre es auch, wenn ich von dem, was scribens ille bei seiner Aufwartung mündlich gesagt, einige Nachricht hätte. Denn ich muß jetzt mit einer unbeschreiblichen Geduld fünf oder sechs Schwadronaden aushalten, um erst zu episciren, wie und wo ich den Mann[3] anpacken und führen soll . . . Hier steht es summa summarum schief. Wollen's aber, wo Gott will, wieder grad richten. Patronus ille hat kein Geld in Lacedämon bekommen[4]; dabei hat er eine ganz unnachahmliche Furcht für den

---

[1] Beide verweilten auf dem Karlsberg bei dem Herzog von Zweibrücken bis zum 9. März; es waren also nicht „wiederholte Zusammenkünfte", wie Schmidt a. a. O., S. 49 meint, sondern ein mehrwöchentliches Zusammensein.

[2] d. h. ein Schreiben Karl Augusts.

[3] Den Herzog von Zweibrücken oder Hofenfels.

[4] Der Herzog von Zweibrücken, bei der Sendung von Hofenfels nach Berlin.

Athieniensern und hat daher über alle guten Vorsätze, Parolen und Erklärungen mit einem Schwamm weggewischt. Da wird es nun Hitze kosten, um mit einem Kohlenfeuer die ersten Buchstaben wieder zum Vorschein zu bringen . . .

Weim. St. A.

---

32. Graf O'Kelly an den Minister Vergennes[1].

Mainz, 19. Febr. 1784.

[Der Plan der Errichtung bairisch-pfälzischer Bisthümer; Aufregung unter den Geistlichen; das Capitel von Speier; das Capitel von Mainz; angebliche Säcularisationspläne; der Schutz von Preußen und Frankreich anzurufen. Stellung des Kurf. von Mainz zum Wiener Hof; der Münchener Hof; die projectirten fünf Bisthümer. Das Mainzer Capitel und der Kurfürst.]

J'ai eu l'honneur de Vous marquer dans le tems, Monseigneur, les inquiétudes du chapitre de Mayence et des autres chapitres d'Allemagne sur les suites de l'affaire de Passau et Salzbourg. La manière, dont elles ont été terminées, les avait un peu tranquillisé; mais le chapitre de Spire, qui a été le premier à leur donner l'allarme, vient de la renouveller d'une manière plus sérieuse et qui a fait assez d'impression sur celui de Mayence, pour lui faire songer aux moyens de se prémunir contre le danger, dont il peut être menacé à son tour.

Il s'agit du projet de l'érection d'un Archévêché et quatre Évêchés dans les États Palatins et de Bavière, dont ont sait que l'Électeur Palatin s'est occupé depuis longtems. On croit être assuré même, qu'il a obtenu déjà un Bref du Pape à cet effet, et on a des preuves, qu'on s'occupe dans les États Palatins des mesures nécessaires pour le mettre à exécution. C'est là l'objet d'une nouvelle lettre, que le chapitre de Spire vient d'écrire au chapitre de Mayence, et où il lui dit, que leurs inquiétudes actuelles n'étant pas fondées sur de simples conjectures, il espère qu'on ne les traitera pas aussi légèrement que celles, qu'ils avaient témoignées l'année passée, et qu'il n'y avait plus lieu de douter des intentions de la cour de Münich, puisque la Régence de Manheim avait déjà reçu l'ordre de faire un relevé

---

[1] Graf O'Kelly, seit Jan. 1783 französischer Gesandter in Mainz. Seine Berichte sind sehr instructiv für die Kenntniß der Vorgänge am Mainzer kurfürstlichen Hof und des dortigen Parteiwesens in diesen Jahren. Ueber die Unions-Angelegenheit zeigt er sich allerdings erst ziemlich spät, im Sommer 1785, unterrichtet. In Bezug auf Baden sind seine Berichte besonders von Belang für die damaligen Rheinschifffahrts-Streitigkeiten mit Frankreich (s. den folgenden Abschnitt). Der österreichische Gesandte in Mainz Graf Schlick charakterisirt ihn einmal in einer Schilderung des Mainzer Hofes als einen armen Irländer, der nur durch seine Heirat mit einer Verwandten des Grafen Maurepas in die Diplomatie gekommen sei und sich nicht recht sicher fühle (Schlick an Kaunitz dat. 27. Juli 1788. Wien. Arch.).

exact de tous les revenus ecclésiastiques des terres du Palatinat situées dans l'Évêché de Spire et autres, et que cet ordre se mettait actuellement à exécution.

Le chapitre de Mayence, qui a lui-même une partie des ses revenues dans les terres du Palatinat, a traité un peu plus sérieusement cette nouvelle démarche du chapitre de Spire; il s'étoit borné l'année passée à en faire part verbalement à l'Électeur, mais il a délibéré cette fois, d'en écrire à S. A. Ele et de nommer deux Députés pour assister au nom du chapitre à des conférences, où ils desirent que l'Électeur les admette, pour délibérer sur les mesures à prendre en cette occasion.

Le Comte de Walderdorf, l'un des deux Députés du Chapitre, a jugé à propos de m'informer de ce qui se passait à cet égard, afin que je puisse en rendre compte à ma Cour et recevoir au besoin les instructions relatives aux circonstances.

O'Kelly ermahnt Walderndorf, die Dinge nicht allzu hastig zu betreiben und nicht Lärm zu schlagen, ehe man von dem wirklichen Vorhandensein solcher Pläne sichere Beweise habe; sonst könne man dadurch vielleicht gar erst dieselben hervorrufen.

W. erzählt weiter, daß auch die norddeutschen Capitel in Aufregung seien über «l'esprit réformateur qui s'était emparé de la Cour de Vienne et les vues politiques qu'on lui prêtait depuis longtems pour la sécularisation de certains évêchés» dieselben haben sich darüber mit dem Mainzer Capitel in Verbindung gesetzt, mit dem Bedeuten, sie selbst würden sich angelegen sein lassen, den Schutz des Königs von Preußen auszuwirken, das Mainzer Capitel solle sich des Schutzes von Frankreich versichern.

Quelques vaines que puissent être ces terreurs, elles doivent faire sentir le dégré de fermentation qu'a produit dans les chapitres d'Allemagne la marche actuelle de la Cour de Vienne; il est assez naturel que, pour faciliter l'exécution de ses projets, elle cherche à se faire imiter par quelques autres princes d'Allemagne, dont la conduite puisse servir à justifier la sienne.

Quand l'Électeur de Mayence sous la direction de M. le Comte de Sickingen était dévoué servilement à la Cour de Vienne, on lui a suggéré le goût des réformes ecclésiastiques, que son intérêt personel et ses besoins lui ont fait adopter aisément. Le mauvais succès de ses premiers essais et la mort de l'Impératrice Reine, qui a achevé de rompre les liens . . . l'ayant mis dans le cas de se conduire tout seul, il n'a plus osé rien entreprendre en ce genre, et s'il fait de nouvelles réformes, il y a peu d'apparence que la Cour de Vienne y ait aucune part.

L'Électeur Palatin se trouvant presque dans la même dépendance de cette Cour, où étoit ci-devant l'Électeur de Mayence, il est tout simple, qu'on l'encourage à exécuter un projet, qu'on sait lui tenir à cœur depuis longtems, qui présente des avantages réels pour ses états, et qui sert indirectement les vues de la Cour de Vienne. Selon l'idée que l'on a du plan formé à Munich, cette capitale doit devenir le siège d'un Archévêché,

qui aurait pour suffraganes Neubourg, Landshut, Manheim et Düsseldorf. Si ce projet est aussi réel qu'on le croit ici, il doit trouver en effet bien des contradicteurs, et il n'est pas surprenant, que les états ecclésiastiques, aux dépens desquels il serait exécuté, s'allarment de l'idée seule de sa possibilité.

Das Mainzer Capitel befand sich in letzter Zeit in ziemlicher Spannung gegen den Kurfürsten, dessen Administration in manchen Stücken sehr angefochten wird (wenn auch vielleicht der Haupteinwand dagegen, den man hat, der ist: de durer trop longtems). Das erwähnte Schreiben des Capitels von Speier hat zunächst die Stimmung etwas gedämpft, weil man nun die Hilfe des Kurfürsten nöthig haben wird.

Paris. Arch.

33. Note des Ministers von Hofenfels an Edelsheim.

o. O. 6. März 1784.

[Erklärung des Zweibrückener Hofes in Betreff des Unionsplanes.]

Zu der Generalität könnte einstweilen geantwortet werden, alles, was zur Aufrechthaltung der deutschen Staatsverfassung nur immer dienen könnte und von andern wohldenkenden Fürsten beliebt werden würde, würden sich S^mus^ niemalen entziehen anzugehen. Sie würden auch solches allen Sie vertraulich angehenden hohen Mitständen erklären . . .

Partikularkonventionen, welche zum voraus setzen, daß die Reichsfürsten und Stände in ihren Meinungen getheilt seien, hielten Sie der gemeinen Sache mehr schädlich als nützlich[1] und wünschten daher den Versuch einer allgemeinen Zusammenkunft auf dem Reichstag, bei welcher die andersdenkenden am sichersten bekannt würden und Anlaß zu Nehmung weiterer und mehr sicherer Maßregeln geben.

Es hindere aber solches die vertrauliche Korrespondenz der wohldenkenden Stände so gar nicht, daß vielmehr dadurch der Weg zu einer gemeinsamen Zusammensetzung am besten gebahnt würde.

Ferner und vorläufig könnte versichert werden, daß S^mus^ Sich in allem dem, so Sie etwa in den pfalzbairischen Staaten zu deren Besten und Aufnahme verfügen dürften, niemalen von den ächten Begriffen der deutschen Staatsverfassung und der Reichsgrundgesetze entfernen würden.

Weim. St. A. Abschrift von Goethes Hand.

---

[1] Vergl. das Memoire von Hofenfels dat. 10. Febr. 1784 bei Schmidt a. a. O., S. 34 ff., und dazu unten Num. 37.

34. Karl August von Weimar an Karl Friedrich.

Eythra bei Leipzig, 30. März 1784.

[Entschuldigt das zurückhaltende Benehmen des Herzogs von Braunschweig.]

Hier überschicke ich Ihnen, sehr lieber Freund, eine Beilage, welche in Leipzig bei unserer Zusammenkunft geschrieben wurde[1]; es ist dem Fürsten sehr viel daran gelegen, daß Sie, liebster Markgraf, ihn nicht verkennen ... Ich bin gewiß, daß, wenn Sie ihn sähen, er sich gewiß kein Bedenken machen würde, Ihnen seinen Aufsatz zu zeigen, aber ihn über Land, durch Posten zu schicken, das ist ihm ohnmöglich[2]. Daß er diese Schrift dem Fürsten von Dessau gab, entstand blos daher, weil der Herzog in den ersten Augenblicken durch seine Heftigkeit leicht etwas, das ihm gefällt, ergreift, und dann Schritte thut, welche er gewiß unterließe, wenn man ihm Zeit zum Nachdenken gäbe ...

Auch ich würde nichts von dem Papier zu sehen bekommen haben, wenn ich nicht ... beim Empfange desselben und also auch gleich zu anfangs gegenwärtig gewesen wäre. Sicher hat es den H[erzog] v. B[raunschweig] ohnbeschadet den warmen Antheil, welchen er an unserer Sache nimmt, längst gereut, daß eine Zeile von ihm in fremden Händen ist ...

Ich werde vermuthlich in einigen Tagen große Aufschlüsse bekommen; sie Ihnen mitzutheilen, wird mir ein liebes Geschäft sein.

Eigenhändig.

35. Karl Friedrich an Karl August von Weimar.

o. D. (April 1784).

[Verhältniß zu dem Herzog von Braunschweig.]

Waß Sie in dem Schreiben vom ...[3], wegen der nicht mitgetheilten Briefe erwehnen, da bitte ich, Sie mögten sich daraus kein Anliegen machen; ich schätze die Persohn, die sie geschrieben hat, sehr hoch und hoffe, ich werde noch die Ehre haben, ihre persöhnliche Bekanntschaft zu machen; alsdann werde ich vielleicht auch so glücklich sein, einiges Vertrauen erwerben zu können. Für die mitgetheilten interessanten Nachrichten bin ich ihnen, mein teuerster Freund, unendlich verbunden, sowie für das, waß von mir an dem bewusten Ort gesagt haben. Ich bedaure nur die Mühe, die Sie sich gegeben haben, so viel selbst zu schreiben; wir müssen nun das weitere abwarten.

Eigenhändiges Concept.

---

[1] Fehlt.

[2] Es ist die Rede von den gutachtlichen Bemerkungen des Herzogs von Braunschweig zu dem Edelsheim'schen Unionsentwurf, die er Anf. Januar 1784 aufgesetzt hatte; s. Schmidt, S. 21 ff.

[3] Num. 34. Ein darauf folgendes Schreiben Karl August's fehlt.

36. Edelsheim an Karl August von Weimar.

o. D. (März, April 1784?)

[Verschiedene Bemühungen für Ausbreitung der Unionspartei. Stimmungen in Mainz.]

Gnädigster, lieber Herzog! Ich wollte anfangs die Neuigkeiten, die in dem Brief enthalten und wovon man in Karlsruhe keine Meldung von Weim. oder D. thun muß, auch besonders nach Dessau schreiben. Die Zeit wird aber zu kurz. Sie geruhen daher das Blatt abzuschneiden und dem Fürsten zu schicken. Machen Sie, daß wir bald hören, wie es in Braunschweig stehet. Ist dieses Feld gewonnen, so wird es ihm nicht schwer fallen, Hannover zu stimmen. Sonst weiß ich daselbst keinen andern Ausweg, als durch meinen Bruder an seine Bekannten schreiben zu lassen. . . . Bei Holstein will ich wohl in der Folge durch Prinz Karl[1] anklopfen lassen. In Mecklenburg aber habe ich gar keine Verbindungen und weiß auch keine. Soeben bekomme ich einen Brief von Mainz. Es ist alles daselbst in dem Hasenpanier. Doch macht mich das nicht irre. Die Pfaffen will ich schon orgeln . . .

Mein Bruder ist endlich badischer Oberkammerherr und erster Kreisgesandter[2].

Weim. St. A.

37. Bericht Edelsheims[3].

Karlsruhe, 16. April 1784.

[Die Verhandlung Schlossers mit Gérard. Schwierigkeiten mit der Zweibrückener Regierung; Hofenfels' unentschiedene Haltung. Schreckschuß aus Paris; seine Wirkung auf Hofenfels. Vermutliche Haltung von Rußland und Frankreich. Hessen-Kassel. Unionspläne bei den geistlichen Fürsten; Einwirkung des Papstes. Gutes Zutrauen.]

Man war nach meiner Rückkunft[4] noch beschäftigt nachzusinnen, ob man die Korrespondenz mit Pfeffel fallen lassen oder fortführen wolle, als ein zweites Schreiben von ihm ankam, wodurch Schlosser ersucht wurde, mit Gérard, der ehemals königl. französischer Geh. Sekretär, nachmals erster commis du bureau des affaires étrangères, endlich franz. Gesandter in Amerika war und jetzt königl. Prätor in Straßburg ist, sich zu unterreden. Dieser Schritt war bedenklich, weil Gérard eine Kreatur und der allgemeinen Sage nach ein Anhänger des Erzhauses Oesterreich ist, der sein Glück dem Herzog von Choiseul, der Königin und seinem Aufenthalt in Wien zu verdanken hat. Doch da derselbe in dem größten Vertrauen bei dem Grafen von Vergennes steht, und ohnehin vorauszu-

[1] Von Hessen; vergl. oben S. 47.

[2] Die formelle Ernennung Georg Ludwigs von Edelsheim zu den obigen Aemtern erfolgte im März 1784.

[3] Dieser Bericht ist die Fortsetzung des obigen vom 30. Dec. 1783, Num. 24 und wie jener für Weimar und Dessau bestimmt.

[4] Von Hanau und Frankfurt.

sehen war, daß Pfeffel ihn von dem Inhalt des Schlosserschen Schreibens unterrichten würde, so rieth [hielt?] man am räthlichsten Schlossers Unterredung mit ihm auf eine ganz unverfängliche Art für sich gehen zu lassen; denn durch eine Abweisung dieses Vorschlags hätten Pfeffel und Gérard glauben können, daß solcher von einigen Ministris, mit welchen Schlosser in Konnexion stünde, wäre verhindert worden, solchen anzunehmen. Schlosser betrug sich hierbei nach denen ihm vorgeschriebenen Einleitungen, und die Beilage[1] enthält seine Verrichtung.

Man eilte darauf nach Zweibrücken. Daselbst hat man durch Kinkel vernommen, daß der Herzog noch immer in den bekannten Gesinnungen, aber sein Ministerium, dem die Sache sowie ihm selbst bekannt ist, in seinen Entschließungen sehr schwankend wäre.

Man suchte daher sobald als möglich eine Unterredung mit Hofenfels und dem Minister von Esebeck zu haben. In der 2ten schien der Hauptanstand, den sich Hofenfels machte, daher zu rühren, daß er glaubte, man wolle den Herzog an die Spitze einer Verbindung stellen, und dieser würde sogleich ein Corps d'armée stellen und erhalten sollen; nun schützte Hofenfels vor, sein Herr stünde in solchen Verbindungen mit Frankreich, daß er alles wagen würde, wenn er ohne Frankreichs Beistimmung eine so wichtige Allianz unternehmen wollte; dabei wären auch die Zweibrückischen Finanzen nicht im Stande, einen Beitrag zu der Erhaltung einer Armee zu leisten. Er führte überdies an, daß der kgl. preußische Minister von Hertzberg den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für schicklich hielte, etwas im deutschen Reich vorzunehmen, weil alles wenig unterstützt und von dem kaiserl. Hof bald zerstört werden würde. Man fand ihn theils durch B. von Hertzberg, theils durch die auf seiner Rückreise von Berlin gehabten Unterredungen[2] von allem, was bisher geschehen war, genau unterrichtet und sehr begierig, das dem Prinzen von Preußen vorgelesene Promemoria[3] einzusehen. Bei diesen Umständen suchte man alle Kommunikation abzulehnen. Doch kam man dem Zweck näher, da Hofenfels bei aller Abneigung, die er gegen eine Verbindung blicken ließ, doch immer viel von der Gefahr sprach, in welcher das Reich stünde und wie nothwendig es sei, einmüthige und standhafte Mittel anzuwenden. Man wandte alle Mittel an, um von dem Zweibrückischen Hofe einen schriftlichen Aufsatz über die principia, welche man abseiten der Stände in denen jetzigen Konjunkturen behaupten müßte, und einen Vorschlag über die Art, wie man solche behaupten solle, zu erhalten. Es gelang nach vielen Hin- und Herreden endlich über folgende Sätze eins zu werden[4]:

---

[1] Vergl. oben Num. 29.

[2] Hofenfels kehrte auf dem Rückwege in Dessau und Weimar an. (Franz v. Dessau an Karl August dat. Dessau 5. Dez. 1783. Weim. St. A.)

[3] Oben Num. 16.

[4] Vergl. mit dem folgenden das Memoire v. Hofenfels bei Schmidt a. a. O., S. 34ff. und die für die Mittheilung an Baden bestimmte Redaction desselben, S. 47ff.

Die Gefahr ist nahe.

Das Mittel dagegen ist eine generelle Einverständniß unter den Reichsständen, diese muß sich vorzüglich bei denen Verhandlungen des Reichstags zeigen. Da müssen die Reichsstände patriotisch standhaft und einförmig votiren. Um zu diesem Zweck zu kommen, muß nothwendig eine Einigung errichtet werden (— der Ausdruck Union schien anstößig). Soll dieses patriotische Bündniß nicht in der Geburt erstickt und von dem kaiserl. Hof contrecarrirt werden, so muß sich solches blos auf ohndisputirliche, kreiskonstitutionsmäßige principia retiriren und der Traktat selbst nicht den Verdacht einer künftigen Defensivallianz erwecken. Der erste Schritt muß also sein, die eben benannten principia dermaßen in ein Promemoria zu fassen, damit man solche jedermann vorlegen und von jedem einzelnen Reichsstand verlangen könne zu versichern, daß er diese Grundsätze auf Reichs- und Kreistagen, und wo sonst von nöthen, einstimmig mit seinen Mitständen unterstützen wolle.

Hofenfels übernahm dieses Promemoria zu entwerfen. Das war die Hauptabsicht; denn dadurch hätte man ein sicheres Engagement des Zweibrückener Hofes wenigstens zur Grundlage unseres Objekts erhalten, und diese Aussichten schienen um so vortheilhafter, weil Hofenfels in seinen mündlichen Aeußerungen viel weiter zu gehen schien, als man bisher in allen schriftlichen Aufsätzen zu thun gewagt hatte. Der versprochene Aufsatz kam aber nicht; man hatte wenig Gelegenheit mit Hofenfels zu reden; so oft man mit einander sprach, so mußte man immer die nämlichen Anstände bestreiten, sich mit der nämlichen Zusage begnügen . . . Endlich überzeugt, daß man vom Karlsberge abreisen würde, ohne etwas entscheidendes erhalten zu haben, veranlaßte man, daß durch Kinkel näher in den Herzog gedrungen wurde. Man erhielt durch solchen die erste bündige Erklärung, daß der Herzog von seinem gegebenen Wort nie weichen würde. Hierauf vermochte man den Herzog, dem von Esebeck und Hofenfels einen bestimmten Termin zur Fassung des versprochenen Promemoria anzubefehlen.

Doch Hofenfels wußte auch solchen zu umgehen. Esebeck übergab daher diese Arbeit dem bekannten Geh. Rath Bachmann[1], mit dem man nie über die Sache gesprochen hatte. Hofenfels revidirte seine Arbeit, und sie wurde mir vorgelesen. Alle Bedenken und Schwierigkeiten, welche gegen eine Verbindung unter denen Reichsständen aufgestellt werden können, sowie alle Gefahr, welcher das Reich bei seiner jetzigen Lage unterworfen ist, waren darin angeführt, diese Gefahr bald als nahe, bald als sehr entfernt vorgestellt, und am Ende, statt mit den principiis zu schließen, welche man einstimmig behaupten müsse, mit einer generellen, sehr wohl gefaßten Ermahnung zur Standhaftigkeit, Beständigkeit und Einigkeit bei den Reichstagen geschlossen.

Man mochte zwar abermals und, wie es schien, mit Eindruck bemerken,

---

[1] Zugleich herzogl. Archivar.

daß zwar das Heil des Reichs auf diesen patriotischen Gesinnungen beruhe, die Hauptschwierigkeit aber bei dem jetzigen Mißtrauen unter denen Ständen darin bestünde, wie man vordersamst Vertrauen unter ihnen einführen, sie zur Annahme einerlei Grundsätze bringen . . . könnte, mithin vergebens sein würde, bei denen Ständen auf Standhaftigkeit, Beständigkeit und Einigkeit zu hoffen, bis sie durch eine Einigung gegen einander in ein Verhältniß gesetzt sein würden, in welchem sie von diesen Gesinnungen ohnmöglich abweichen könnten . . . Doch bestand man nicht auf Umarbeitung des Vortrags, aus Furcht eben dadurch die nähere Einlassung des Zweibrückener Hofes aufzuschieben, und begnügte sich mit der Zusage, daß ein diesen Bemerkungen gemäßer Aufsatz nachfolgen solle. Der fertige Aufsatz sowohl, als ein anderer von eben dem Geh. Rath Bachmann über die Frage, ob ein weltlicher Stand des Reichs befugt sei, auswärtigen Bischöfen und Geistlichen die in seinen Landen hergebrachte geistliche Gewalt und die besitzenden Renten nach dem Beispiele des Kaisers abzuerkennen, wurden nach der erlangten Genehmigung des Herzogs, jedoch letzterer nur zur Einsicht, mir mitgetheilt. Der kurze Auszug desselben liegt an[1].

Kaum war aber diese Kommunikation vorgegangen, so versicherte Hofenfels in der Nacht vor der Abreise von Karlsberg Nachrichten von Versailles erhalten zu haben, daß der französische Hof von dem ganzen Vorhaben der patriotischen Stände unterrichtet sei und äußerst übel empfinde, daß sich der Herzog ohne Einwilligung von Frankreich zum Haupt dieser Union aufwerfe, überhaupt aber diesen Verhandlungen vollkommen entgegen sei. Man wies selbst dem Herzog nichts anders als einen Brief des Pfeffels an Hofenfels, in welchem stand: «un de mes amis au delà du Rhin[2] m'a parlé, il y a quelque temps, du projet d'une union à former entre les princes du St. Empire. On soupçonne ici que Msgr. le Duc en sera le chef et que Votre voyage à Berlin en a été le but.» Hofenfels versicherte aber, daß er in mehreren noch nicht ganz entzifferten Schreiben von dem Minister Baron von Breteuil und von anderen benachrichtigt würde, alle Umstände einer wirklich zu Stande gekommenen Union wären bekannt, und man verlangte eine bestimmte Erklärung, daß der Herzog hieran keinen Antheil nehmen würde . . . Er gab vor, der kgl. preußische Gesandtschaftssekretär zu Paris, Sandoz, wäre von allem informirt, würde also dem Könige von Preußen eben auch den Verdacht beibringen, daß der Herzog nicht aufrichtig gegen ihn handle, und dieser sehe sich daher mit allen seinen Alliirten auf einmal entzweit.

Der Herzog und Hofenfels nahmen keine Vorstellung an, die man ihnen gegen diesen Schrecken machte, sondern bestunden auf der Rückgabe des Promemoria; bald hernach aber sandten sie solches wieder nach Karlsruhe . . . Es ist freilich nun der Inhalt weit zurückhaltender und furchtsamer und alles auf die Haupt-

[1] Wol das Stück oben Num. 33.

[2] Natürlich ist das oben mitgetheilte Schreiben Schlossers gemeint (Num. 16).

idee einer Korrespondenz zusammengefaßt, doch waren die weggelassenen Stellen im Grunde bei der Hauptsache ziemlich gleichgiltig. Hofenfels erkannte immer seinen Schwierigkeiten ohnerachtet, daß die Gefahr für das Reich groß sei und die einzige Hilfe in der generellen Verbindung der Stände bestünde. Es wurde endlich verabredet, daß man mir die nach Versailles nöthigen Antworten, ehe sie abgingen, in einer Unterredung zu Hagenbach, sowie den Inhalt aller erhaltenen Briefe vorlegen und mit mir ein näheres Konzert abreden wollte. Gleich nach unserer Rückkunft schrieb mir Hofenfels und sandte mir anliegende Erklärung[1]. Zugleich bat er den 10. März in einem Brief an mich, man möchte Schlossers und Pfeffels Korrespondenz ihren Gang fortgehn lassen[2]. Ich beantwortete dieses mit der Anlage[3], und nun seit 6 Wochen ist aller angewandten Mühe ohngeachtet die Zusammenkunft nicht zu Stande gekommen. Ich bin gar nicht überzeugt, daß zu Zweibrücken außer Pfeffels Brief ein anderer existiere, welcher die angegebene Abneigung des französischen Hofes gegen die Vereinigung der Fürsten bestärken könne. Doch erwarte ich fast stündlich geheime Nachrichten aus Paris, die mir nähere Aufklärungen und besonders nähere Nachrichten über die jetzigen Konnexionen und Gesinnungen Gérards verschaffen werden. Mir kommt gewiß nicht wahrscheinlich vor, daß Hofenfels Briefe vorenthalten sollte, welche seine Grundsätze gegen mich sehr bestärken würden. Noch weniger aber ist es glaublich, daß er die Briefe, die er angegeben, . . . besitze und mir doch den Rath gebe, die Schlossersche Korrespondenz fortführen zu lassen, die, so eingeschränkt sie auch ist, doch alsdann mit seiner Politik schwerlich zu vereinbaren wäre.

Ueberdies kann ich zuverlässig schließen, daß der kgl. preußische Minister von Hertzberg durch ihn von dem ganzen Vorfall unterrichtet worden ist, statt daß, wenn Hofenfels Angaben wahr wären, Sandoz ihm solche hätte geben müssen. Woher Pfeffels Nachrichten kommen, ist bekannt. Die Schlossersche Korrespondenz kann aber ohnmöglich etwas anderes verrathen, als daß in den Köpfen einiger Deutschen der Wunsch entsteht, reichskonstitutionswidrige Absichten durch Verbindungen zu vernichten. Niemand kann ein wirkliches Konzert unter denen Ständen verrathen haben; denn dergleichen existiert noch nicht, und von hier ist nirgends als an die zwei bekannten Orte[4] etwas schriftlich unter diesen Gedanken hingekommen . . .

---

[1] Oben Num. 33 vom 6. März 1784.

[2] Hofenfels schreibt: s'il ne serait pas mieux fait de laisser aller son chemin Mr Schlosser avec Mr Pfeffel, de l'écouter toujours sans lui dire cependant ce qu'on veut faire décidément, jusqu'à ce que la chose est mûre au point de pouvoir être proposée au maître du dernier. Car je crains qu'une cessation de correspondance pourrait produire un effet contraire. . . . (Hofenfels an Edelsheim 10. März 1784).

[3] Fehlt bei den Akten.

[4] An den Fürsten von Dessau (und durch dessen Vermittelung an den Herzog von Braunschweig und Hertzberg) sowie an den Prinzen von Preußen.

Ob freilich Frankreich, wie Rußland — meint Edelsheim — im gegenwärtigen Augenblick geneigt sein dürften, eine Verbindung, die dem Kaiser schaden könne, öffentlich zu billigen, sei schwer zu bestimmen. Beide Höfe schienen, um Oesterreich in der orientalischen Frage nachgiebig zu stimmen, sich nicht in diese Dinge einmischen zu wollen. Frankreich speziell habe allen Grund, sich in Oesterreich seinen Alliirten zu erhalten, um seinen politischen Einfluß trotz seiner großen Erschöpfung zu bewahren. Wie sehr man dort willfährig sei, habe sich erst neuerdings bei den holländischen Streitigkeiten gezeigt. —

... Zu Kassel scheint man denen eingekommenen Nachrichten nach sehr bereit, in das Konzert einzugehen. Nur verlangt man nähere Aeußerungen, die man wegen der jetzigen kritischen Lage mit Frankreich und Rußland und bis man bestimmter weiß, ob Dänemark mit Schweden Krieg bekommen werde, auch wie sich Braunschweig erklärt habe, und was man von Hannover hoffen kann, dann wie sich die geistlichen Fürsten benehmen werden, noch ausgesetzt hat.

Die geistlichen Fürsten im Reich scheinen sich immer mehr einem unter ihnen nöthigen Bündniß zu nähern.

... Der Papst fährt fort, die geistlichen Stände zu einer Union zu bewegen und ihnen selbst an die Hand zu geben, sie sollen sich bei denen weltlichen Fürsten ohne Rücksicht der Religion um Schutz bewerben. Er selbst hat den König von Preußen darum angesprochen und soll eine sehr geneigte Antwort erhalten haben. Einige geistliche Stände, besonders Salzburg, haben sich sehr vortheilhaft und standhaft erklärt ...

Mainz wird nun in der Stille eine Zusammenkunft der geistlichen Stände veranlaßt haben, bei welcher Gelegenheit man mit einigen konstitutionsmäßigen Grundsätzen vorangehen wird, die einer näheren Verbindung mit denen weltlichen Fürsten bei Reichstagsangelegenheiten zuverlässig den Weg bahnen wird. Denn das Zutrauen des geistlichen Standes gegen den weltlichen und zumal gegen das Corpus Evangelicorum wird täglich größer. Sie scheinen mir auch selbst an Frankreich weniger wie vor etlichen Monaten zu hangen und viel entschiedener in ihren Fürschritten zu sein ...

Weim. St. A. Abschrift von der Hand des Herzogs Karl August.

---

38. Promemoria der badischen Regierung an Pfalz-Zweibrücken.

o. D. (April? 1784).

[Vorschläge der badischen Regierung, einen Tausch des Oberamts Bretten gegen die Aemter Winterburg, Sprendlingen und Kirchberg betr.]

Schon bei der Sponheimschen Theilung sei mit Rücksicht auf den künftigen Anfall der kurpfälzischen Lande an das Haus Zweibrücken ein Tausch zwischen dem Oberamt Bretten und andern für Kurpfalz wohlgelegenern Gebieten projektirt worden[1].

---

[1] Diese Tauschangelegenheit war auch seitdem mehrfach zwischen den Höfen von Zweibrücken und Karlsruhe verhandelt worden. Zuletzt war im Mai 1783 der Geh. Rath von

Das Oberamt Bretten bestehe aus verschiedenen zerstreut liegenden Ortschaften, die alle durch badische, speirische oder würtembergische Territorien von Kurpfalz getrennt seien.

Durch den neuen Chausseebau von Wiesloch nach Heilbronn komme es überdies weit ab von der Hauptverkehrsstraße zwischen Mannheim und München zu liegen.

Nun scheine es zwar, als ob man mit dem Tauschgeschäfte ruhig warten könne bis zum Anfalle der kurpfälzischen Lande, um alsdann erst von der am 3. Mai 1783 erfolgten günstigen Erklärung des Herzogs Gebrauch zu machen; da aber dem Markgrafen verschiedene Acquisitionen durch Tausch angetragen seien und die Verhandlungen hierüber von dem Resultate der Vereinbarung mit Zweibrücken abhingen, so müsse man sich über diesen Punkt zuerst vergewissern. Man wiederhole daher die frühere Anfrage vom J. 1782 und ersuche um Bescheid, ob der Herzog sowohl als sein Bruder geneigt seien, sobald sie in Kurpfalz succedirten, unverzüglich das Oberamt Bretten gegen ein Aequivalent an Land und Renten an Baden abzutreten und sich hierzu durch eine Erklärung zu verpflichten.

Da jedoch, wenn die Evaluation des Oberamtes Bretten und der dagegen zu cedirenden Objekte lange verschoben würde, Baden empfindlich geschädigt werde, so müsse man weiterhin die Versicherung verlangen, daß beide Theile schon jetzt zwei Kommissäre bestimmten, welche im Einvernehmen mit einem von ihnen erwählten Obmanne im Laufe eines Jahres nach dem Anfalle von Kurpfalz die Evaluation zwischen Bretten und den Aemtern Winterburg, Sprendlingen und Kirchberg und was sonst noch in Betracht kommen könnte, zu Stande bringen sollten. Sei nach Ablauf dieser Frist das Geschäft noch nicht beendet, so möge Baden von dem Oberamte Bretten und Kurpfalz von jenen drei Aemtern als ihrem Eigenthume Besitz ergreifen.

Weim. St. A. Abschrift. Beilage 10 zu dem Memoire Edelsheims vom Nov. 1784.

---

39. Note des Pfalz-Zweibrückener Geh. Raths Bachmann.

Zweibrücken, 30. April 1784.

[Das badische Tauschprojekt ist gänzlich unannehmbar.]

Wenn Pfalz das Oberamt Bretten ohne alle Noth an Baden vertauschen will, so muß sie Vortheil davon haben; denn ohne Noth läßt sich kein großer Herr ein Oberamt feil machen und wendet noch wenigstens 20 000 fl. Kosten an, um einem andern zu einer lukrativen Acquisition zu verhelfen.

Die Emsigkeit, womit Baden diese Acquisition sucht, zeigt nicht undeutlich, daß Baden sich bei diesem Handel Vortheile verspricht, die es in Ewigkeit nicht wiedergeben kann.

Gayling nach Zweibrücken geschickt worden, sie zu betreiben (Protok. des Geh. Raths). Wir nehmen die Acten über diese Sache hier um so mehr auf, als, wie aus dem Folgenden sich ergiebt, die Verhandlungen darüber von Einfluß waren auch auf die allgemeinen Beziehungen und Stimmungen der beiden Höfe und auf ihre anderweitige politische Action. Das obige Promemoria, welches nur im Auszug vorliegt, scheint zum Behuf der erneuten Wiederaufnahme der Verhandlung an die Zweibrückener Regierung gerichtet zu sein.

Würde ein solcher Handel zu Stande kommen und der Landessuccessor die Uebervortheilung gewahr werden, so hat der jüngste Hausvertrag von 1771 § 14 eine dergleichen Unternehmung schon vor der Hand kassiret.

Die vorgeschlagenen Sponheimischen Aemter schicken sich nicht vor ein Aequivalent. Wenn das fürstliche Haus Baden im Mannesstamm ausstirbt, fallen sie ohnehin an Pfalz. Davor hätten dann die badischen Erbtöchter schon ihr Aequivalent mittelst des Oberamts Bretten. Wenn Pfalz aussterben sollte, so hat Baden einmal Bretten weg, die pfälzischen Erbtöchter müssen es entbehren, und Baden bekömmt noch die hintere und vordere Grafschaft dazu . . . Was würde die Nachkommenschaft von einem solchen Handel halten!

Wenn Baden Bretten haben will, so muß es warten, bis man das Locale habe und also die Fragen an et quomodo bestimmen kann; alsdann muß dasselbe die Pfalz vor ihr Stammgut mit dessen wesentlichem Besten wieder mit Stammgut und nicht mit Sponheimischen Landen indemnisiren und vor das fruchtbare Bretten nicht die Hecken auf dem Hundsrück anbieten.

Die Erklärung Serenissimi vom 3. Mai 1783 muß man vor allen Dingen sehen. Ich bin nicht darum gefragt worden. Ganz gewiß hat man Ihro Durchlaucht vorgespiegelt, daß das größte Geheimniß bei der Sache beobachtet werden müßte, eben als wenn das nur so eine Kleinigkeit wäre, ein Oberamt zu veräußern, aber vor den Räthen es geheim zu halten.

Zu keinem einzigen dieser Vorschläge kann ich anrathen. Baden sucht, welches man mit Händen greifet, Serenissimum auf eine feine Art zu binden, daß ihm der Vortheil nicht aus Händen gehen kann. Es ist dies der Gang, den Badenses bei allen ihren Geschäften und Finanzprojekten gehen, wie ich leider aus vieljähriger Erfahrung davon überzeugt bin. Ohne dermalen ein Wort weiter zu verlieren, muß ich erst, wenn ich Gutachten geben soll, besagte Erklärung vom 3. Mai 1783 sehen[1].

Berl. St. A. Abschrift. Beilage zu einem Schreiben von Hofenfels an das preußische Ministerium dat. Zweibrücken 9. Jan. 1785.

---

[1] Darunter bemerkt Hofenfels eigenhändig: Je ne connais pas l'acte en question; s'il existe, il ne dit rien et est l'ouvrage de surprise et de supercherie, ainsi que la présente démarche une franche friponnerie. On n'échange pas le beau Palatinat contre le Hundsruck, encore moins les revenus des Mrs les Badiens [!] poussés aux derniers excès contre les états palatins.» Daß in der That alle diese Verhandlungen ohne Hofenfels' Mitwirkung von Edelsheim allein mit dem Minister v. Esebeck und dem Präsidenten der Finanzkammer v. Kreutzer geführt worden waren, ergiebt sich aus dem unten folgenden Brief Edelsheims an den Herzog Karl von Zweibrücken (. . Mai 1784). Die hier und noch weiterhin ersichtliche Verstimmung Hofenfels' gegen Baden erklärt sich z. Th. hieraus.

40. Punctation, nach welcher ein Anlehn à 250/m fl. von dem markgräflichen Haus Baden an das herzogliche Haus Pfalz-Zweibrücken zu Stand gebracht werden könnte[1].

o. D. (März? 1784.)

	Herzoglich Zweibrück. Anmerkungen.
1) Das Hochfürstliche Haus Pfalz-Zweibrücken zahlt die Provision, welche dieses Kapital zu negociiren kosten wird, sammt allen dabei vorfallenden Unkosten, und werden solche von dem Anlehen gleich abgezogen.	Zugegeben; jedoch lebt man der Hoffnung, daß die Provision und Kosten über 3 % nicht kommen werde. Badische Antwort: Wird überhaupt keine 100 Louisdor betragen.
2) Für das Anlehen wird jährlich so viel Interessen zu zahlen stipuliret, als die markgräfl. Rentkammer durch die Aufnahme jährlich zu zahlen sich verbindlich machen wird.	Similiter, und schmeichelt man sich, daß die Interessen auf höchstens 3½ % durch Vermittelung des badischen Hofes werden gebracht werden können. Badische Antwort: Werden zu 4 % determiniret werden.
3) Es wird gegen dieses Anlehen an Baden hypothecirt cum constituto possessorio die Aemter Allenbach und Castelbaum [Castelaun], auch die jährliche Rente, welche Baden an Zweibrücken zu gänzlicher Gleichstellung wegen der Sponheimischen Theilung jährlich à 1300 fl. zu zahlen schuldig ist, und wird letztere, so lange das Anlehen dauert, jährlich von den schuldigen Interessen abgezogen.	Zugegeben.
4) Jeder verrechnende Diener daselbst wird speciatim eidlich verpflichtet, diese Zinsen vordersamst aus denen eingehenden Renten an die badische Amtskellerei Birkenfeld zu entrichten	Akkordiret.

[1] Dieses Actenstück, welches abschriftlich als Beilage zu dem unten folgenden Memoire Edelsheims vom Nov. 1784 nach Weimar geschickt worden ist, ist undatiert. Wahrscheinlich gehört es in den März 1784 und ist das Resultat der Verhandlungen, welche Edelsheim während des langen Besuchs in Zweibrücken (von 23. Jan. bis 9. März, s. oben S. 56) mit dem Minister von Esebeck und dem Präsidenten v. Kreutzer führte (mit Ausschluß von Hofenfels), und zwar mit Zustimmung des Herzogs. Zur weiteren Erläuterung vergl. den oben angeführten Brief Edelsheims an den Herzog, sowie das unten folgende große Rechtfertigungsschreiben desselben vom Nov. 1784.

und kein Geld an die herzogl. Rentkammer oder sonst jemand auszuzahlen, ehe von der benannten badischen Amtskellerei bescheiniget ist, daß sie wegen der jährlichen Interessen befriediget sei.

5) Wenn gleichwohl der Betrag eines Jahreszins rückständig bliebe, so ertheilen S. Hzgl. D. für Sich und Ihre Erben, ingleichen Hochdero Herrn Bruders, dem Haus Baden die Gewalt, den Besitz des Unterpfands sogleich eigenmächtig zu ergreifen und so lange zu behalten bis Kapital, Zinsen und Kosten vollständig abgetragen sein werden.

Zugegeben.

6) Jedem Theil stehet frei, ein Jahr für dem Zahlungstermin das Kapital aufzukündigen; doch werden sich des Herrn Markgrafen Hf. D. verbindlich machen, insofern die Interessen richtig bezahlet werden und der im § 5 bestimmte Fall nicht eintritt, dieses Kapital in so lange stehen zu lassen, bis des Herrn Herzogs Hf. D. und Hochdero Erben oder dero Herrn Bruders Hf. D. oder dero Erben in die kurfürstlichen Lande succediret sind.

Zugegeben, jedoch wünschet man, daß gleich anfangs eine Zeit von 10—12 Jahren festgesetzt wird, während denen das Kapital stehen bleiben kann.

Sollte S. D. der Herzog unter der Zeit in die Kurlande succediren, so bliebe sodann beiden Theilen eine jährige Aufkündigung vorbehalten.

Badische Antwort:

Wird der Beisatz angenommen.

7) Da die alleinige Absicht des Herrn Markgrafen von Baden bei diesem Vorschusse dahin gerichtet ist, dadurch ein Mittel an die Hand zu geben, dadurch die vorhabende Einführung einer neuen Ordnung in denen Finanzen des Herrn Herzogs von Zweibrücken zu Stande gebracht werden kann, so machen sich Hochdieselben verbindlich, falls in Zeit eines Jahres die hierzu weiter erforderlichen Mittel nicht könnten angeschafft werden, noch weiter ein Kapital von 150/m fl. vorzuschießen, doch insofern des Herrn Herzogs Hf. D. alsdann gefällig sein wollte, Ihnen in diesem Fall, so

Wird auf erforderlichen Fall mit Dank angenommen.

viel von Ihren Sponheimischen Landen anticretice zu übergeben, als zu dem ganzen Object der 450/m fl. alsdann von nöthen sein wird.

8) Sobald das Herzogl. Haus Pfalz Zweibrücken die Succession in die Kurlande antreten wird, so geben Hochdieselbe und Hochdero Herrn Bruders Hf. D. dem Haus Baden durch gegenwärtige Verschreibung die Vollmacht, die in § 3 stipulirte Hypothek aufzuheben und sich dagegen anticretice in den Besitz des Orts und der Kellerei Weingarten oder, im Fall die § 7 bestimmte Vermehrung zu Stand käme, der Oberamts und Schultheißerei Bretten zu setzen.

Wird auf den Fall zugegeben, wenn J. Hf. D. in Zeit 4 Monat nach Eröffnung der Hochdieselbe erwartenden Succession es nicht Hochdero Interesse zuträglicher finden würden, lieber den gethanen Vorschuß wieder zurückzuzahlen, nach dessen fruchtlosen Verstreichung in dem Theil oder bei vermehrtem Kapital in das ganze Oberamt Bretten[1] stattfinden soll.

Badische Antwort:

Bewilliget und kann beigesetzt werden.

9) Es wird die versio in rem dieses Anlehens gehörig bescheiniget gezeigt werden.

Zugegeben.

10) Alle Agnaten des Hauses Pfalz-Zweibrücken werden für die Auszahlung des Kapitals zu dem gegenwärtigen Pacto ihren Consens ertheilen.

Die erforderlichen Consense sollen allerdings beigebracht werden.

Weim. St. A. Abschrift. Beilage zu dem Memoire Edelsheims vom Nov. 1784.

---

41. Edelsheim an den Herzog Karl von Zweibrücken.

Karlsruhe (Mai 1784[2]).

[Verlauf der Verhandlungen über eine Anleihe für Zweibrücken und über das Brettener Tauschprojekt. Edelsheim rechtfertigt sein Verhalten.]

Je veux avoir la satisfaction de rappeler à V. A. S. tous les faits rélatifs à cette négociation avec cette sincérité, dont je me servirai à jamais vis-à-vis d'Elle. Dans un des entretiens que j'eus, Monseigneur, avec Mr. de Kreutzer, président de la chambre des finances de V. A. S., nous envisageâmes, combien il était de notre devoir de cimenter l'attachement

---

[1] Es fehlt das Subjekt des Relativsatzes; es scheint zu ergänzen zu sein: „Die Besitznahme" oder ein ähnliches Wort.

[2] Das Datum ergibt sich aus dem Memoire Edelsheims vom Nov. 1784 (Num. 57).

réciproque existant entre V. A. S. et mon maître. J'alléguais comme une des heureuses suites de cette alliance l'échange de Bretten contre des parties du comté de Sponheim et ne pus m'empêcher de marquer ma surprise de ce que les ministres de V. A. S. m'avaient paru vouloir se débarasser des propositions que j'avais faites à cet égard. Mr. de Kreutzer me répondit qu'il n'avait aucune notice détaillée, mais en me réitérant, combien V. A. S. désirait de pouvoir obliger Msgr. le Margrave, il finit par me demander des renseignements sur l'état du baillage de Bretten. Avant cette conversation et bien souvent après Mr. de Kreutzer me dit à plusieurs reprises, que V. A. S. était décidée de ne point négocier d'emprunt à la cour de Bade, parcequ'Elle estimait trop l'amitié personnelle de Msgr. le Margrave pour vouloir se prêter à une démarche, qui pourrait donner des entraves à cette liaison amicale.

J'étais si persuadé par ce propos, qu'il ne serait jamais question de proposer un emprunt à ma cour que, lorsqu'il s'est agi de prendre des mesures pour dégager les titres que les banquiers d'Anvers avaient en main[1], j'ai offert, comme V. A. S. le sait, d'engager ma fortune particulière pour trouver les 200/m fl. nécessaires pour cet objet, qui devaient m'être remboursés par les premiers payements de l'emprunt qu'on négocia à Cassel. Peu de jours avant notre départ, Mr. de Kinkel me dit en passant que V. A. S. désirait avoir un mémoire touchant mon idée de l'échange du baillage de Bretten. Le Baron d'Esebek, Votre ministre, me parla alors du même objet, mais étant entièrement occupé alors et des moyens qu'il fallait pour procurer à V. A. S. le million qu'Elle désirait avoir, et d'autres objets plus importants encore, l'échange futur de Bretten ne m'occupait guère.

Lorsqu'enfin Mr. le Baron de Kinkel me fit des reproches sur ma lenteur, avec laquelle je travaillais au mémoire touchant l'échange de Bretten, je fus chez lui l'avant-veille de notre départ. Quelle fut ma surprise de l'entendre parler d'un emprunt de 200/m fl., que la cour de Bade ferait incessament à V. A. S.

La franchise de mon caractère m'obligea de m'ouvrir le lendemain à cet égard à Mr. de Kreutzer. Je lui ai rappelé notre conversation dans deux de mes lettres. Nous repassâmes très attentivement l'état actuel des finances de V. A. S. La partie de ce tableau qui m'était connue me fit convenir de la nécessité de trouver tout de suite 250/m fl. pour faire face aux créanciers les plus pressés. Mon embarras ne fut qu'augmenté par là. J'avais vu refuser à Msgr. le Margrave un emprunt qu'on recherchait pour la personne du monde que S. A. S. désirait le plus d'obliger, uniquement

---

[1] Vergl. die Specification der Zweibrückener Schulden im März 1784 in dem Memoire Karl Augusts von Weimar bei v. Ranke II. 266.

parceque ce prince s'est fait une loix de ne point employer ni son crédit, ni ses épargnes, provenant tous deux de la bonne administration de son pays, que pour le bien et l'agrandissement de ses états. Cependant entraîné par le zèle qui m'anime pour V. A. S., je promis de proposer cet emprunt à mon retour à Carlsrouhe.

Mr. de Kreutzer s'opposa à l'idée qui me vint naturellement, de combiner la négociation de l'emprunt avec un traité sur l'échange futur de Bretten. Il me dit, que cette combinaison présenterait le dit engagement de V. A. S. comme ayant été acheté, et qu'Elle désirait tout au contraire de donner par là une marque non équivoque de Son amitié envers la maison de Bade. Je lui répliquais, qu'effectivement les deux objets, dont il devait s'agir, seraient d'une nature bien différente, vu que l'emprunt serait fait uniquement pour l'avantage de celui qui le recevait, au lieu que dans l'échange de Bretten les avantages seraient parfaitement égaux de part et d'autre, vu qu'il ne s'agirait que de rejoindre par des échanges des parties des états des deux princes et de leur donner un emplacement plus favorable, sans qu'aucun ne perdît rien à ses revenus, mais que, comme cependant je devais alléguer une raison, qui eût rapport au bien-être du Margraviat, pour déterminer Msgr. le Margrave à prêter de l'argent, il fallait que je puisse assurer S. A. S., que l'arrangement à l'égard de Bretten serait infallible.

Nous convînmes, que je ferais passer mon mémoire touchant Bretten par les mains de Mr. le Baron d'Esebek et tout ce qui regardait l'emprunt par celles de Mr. de Kreutzer. Ma correspondance avec Votre président des finances prouve, Msgr., que j'ai constamment regardé sous ce point de vue l'objet dont je m'étais chargé, et c'est d'après cette idée que j'ai dit dans la dernière lettre que je lui ai adressée: «l'emprunt renfermera la condition tacite de l'échange de Bretten».

Tout ce détail se réduit à prouver, que ce n'est qu'en croyant suivre les ordres de V. A. S. que j'ai reproposé l'échange futur du grand baillage de Bretten, et que je devais me flatter, qu'Elle inclinait à ratifier ma proposition, que, s'il n'y avait pas été question du projet d'échange, on n'aurait probablement point fait la proposition de l'emprunt, mais qu'au moins je n'étais pas en état de la faire à ma cour, sans alléguer les intentions amicales et décidées de V. A. S. touchant l'échange.

Weim. St. A. Abschrift. Beilage 9 zu dem Memoire vom Nov. 1784.

42. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 16. Mai 1784.

[Die Zweibrückener Anleihe betr.]

Gestern Abend erhielt ich die anliegende Antwort des Herrn Präsidenten von Hahn[1]. Sollte nun E. Hf. D. gnädige Resolution dahin ausfallen, daß das Vorlehen an Zweibrücken ohne die Versicherung wegen Bretten nicht geschehe, so könnte ich meinen Brief an den Herzog abgehen lassen.

---

43. Edelsheim an Karl August von Weimar.

Karlsruhe, 12. Mai 1784[2].

[Besuch am Stuttgarter Hofe; Schilderung des Herzogs Karl Eugen.]

Edelsheim war mit dem Markgrafen in Stuttgart.

. . . Ich habe recht wohl gethan, nicht anno 1782 im großen Auflauf nach Stuttgart zu gehen. Wir haben mot pour mot das nämliche Spektakel erlebt. 24 Stund länger, so hätte man mich droben begraben; denn von einer solchen ewigen Motion und gehäuftem Unsinn hat man doch kein Beispiel vom Kain an. Er will jetzo für einen Philosophen, einen Christen, der Reue und Leid über seine Sünden trägt, und für einen Landesvater passiren, der nur für seine Unterthanen existirt und alle und jede dieser Zeit Leiden nicht achtet, um einmal für des Lammes Thron eine Krone zu tragen, die er sich auch im Schattenspiel hier nicht auf den Kopf pautzen (sic!) konnte. Darum hält er sein Serail heimlich, geht in kein Theater, hat sein Klavier verschenkt, baut alles von Stein, spricht immer von seinen alten Thorheiten, kauft alte Bibeln, hat mehr Ostentation, wie je, formirt ein Corps von 1000 Mann zur Avantgarde seiner Armee, die . . .[3] existirt, hat mehr Duft als je und lügt einem die Haut so voll, daß ich nicht eine Sache, so wie ich sie von S. Hf. D. hatte, habe verificiren können.

Weim. St. A.

---

44. Dupont an Edelsheim[4].

Paris, 21. Mai 1784.

[Minister-Krisis in Frankreich. Die Verwickelungen des Kaisers mit Holland. Aussicht auf Einmischung Frankreichs; Gefahr für Deutschland; wie weit Frankreich im Kriegsfalle auf die Hilfe der kleineren deutschen Staaten zählen dürfe. Theorien über Volksbewaffnung.]

|: Nous sommes ici au moment très prochain d'une révolution dans le ministère. Il paraît que le Maréchal de Castres donnera sa démission

---

[1] Fehlt.

[2] Das Datum vermutlich verschrieben für 12. Juni; denn nach Ausweis der Fourierbücher war Karl Friedrich mit Gefolge in den Tagen vom 8.—10. Juni in Stuttgart.

[3] Unleserlich.

[4] Der ganze Brief chiffrirt; die beiliegende Auflösung von Edelsheim eigenhändig

pour un grand gouvernement et que M. de la Calonne deviendra ministre de la marine, sans cesser d'être ministre des finances.

Quant à M. le Cte. de Vergennes, son crédit paraît toujours avoir la même solidité; il continue d'être le seul ministre qui ait la liberté de parler au Roi quand il lui plaît, et cela est heureux pour la France et pour l'Allemagne. C'est particulièrement de cette dernière que je veux vous entretenir.

Vous avez vu les propositions de l'Empereur à la Hollande; il est vraisemblable, que Sa Mté Impériale mettra de l'eau dans son vin; si Elle ne le fait pas, la guerre me paraît inévitable; nous ne laisserons certainement pas démembrer cette Republique et continuerons habitude . . .[1] d'usurpation qu'on [n'] aurait jamais dû laisser prendre.

Cela est triste pour nous, qui devons payer bien cher cette gloire; mais c'est la véritable vocation du Roi de France [et] de notre nation, de soutenir toutes les puissances du second ordre et d'opposer une barrière insurmontable à l'ambition désordonnée des autres grandes puissances.

Joseph II. va trop vite; il montre trop son amour pour les conquêtes; il met trop en avant son aigle impériale, tandis que celle de Berlin encore enpirée ni séduite[2]; aussi n'est ce pas de ce qu'il fait à présent que je suis allarmé.

Mais il faut regarder plus loin; et comme je Vous l'ai déjà marqué, je crains très sérieusement la coalition possible et n'a guère essayée sur la Pologne entre la maison d'Autriche, celle de Prusse et de la Russie. Alors je vois l'Allemagne aux fers et tous ses princes dépouillés, à moins d'une guerre longue et cruelle, dont l'Angleterre, la Hollande et nous fournirons les fonds, où nous aiderons d'une armée de troupes aguerries, mais dont il faudra bien, que les puissances germaniques du second et du troisième rang, pour lesquelles nous épuiserons notre argent et sort, partagent aussi la fatigue et le danger.

Pouvez Vous me dire, mon cher Baron, jusqu'à quel point on peut compter sur elles pour leur propre service? quelle est leur force présente? quelle peut être leur force future? si quelqu'une d'entre elles songe à former une milice, à rendre son peuple propre aux armes, affectionné à la souveraineté, qu'il a vu naître, animé contre l'esprit d'usurpation . . .[3]

---

geschrieben; sie war offenbar sehr schwierig; E. hat sich die Arbeit auf drei Tage vertheilt, aber nicht alles enträthseln können; verschiedene Randbemerkungen drücken seine Verzweiflung aus; am Schluß schreibt er: «Tandem aliquando! Interim acti labores jucundi. Aber meine Augen!"

[1] Unaufgelöste Chiffre.

[2] Unverständliche Auflösung der Chiffre.

[3] Die folgenden Chiffren vermochte E. nicht zu enträthseln; er bemerkt: „Hier ist

. . . il ne faut pas se lasser de le répéter: un peuple armé et discipliné, égayé [et] exalté par des fêtes sociales et militaires est avec le secours des voisins l'unique salut des petits états. Car il est très difficile de secourir efficacement un peuple et des princes, qui ne s'aideront pas eux-mêmes.

Je me rappelle avoir autrefois écrit à Msgr. le Prince héréditaire quelques lettres sur les fêtes nationales et militaires et avoir envoyé à Msgr. le Margrave un projet sur la formation de l'armée polonaise: ces deux ouvrages se tiennent, relisez les, ils sont imparfaits; quoique privé totalement de tems, je tâcherai de Vous en faire un meilleur. Ce n'est ni de la politique, ni des vues militaires communes; mais le monde est dans une position extraordinaire. Les lumières qui commencent à se répandre ne font encore qu'ajouter au poids des puissances redoutables par leur immoralité. Il faut, pour se tenir en mesure, que les autres s'occupent de tout à la fois, étudient tout, augmentent les moyens militaires par les institutions sociales, donnent plus d'énergie à celles-ci par la pompe et l'activité militaire, et agissent sur toutes les parties de l'administration dans des principes [nouveaux?]. Mandez-moi Votre pensée et Vos vues, mon cher Baron. :|

Von hier an die Chiffre wieder schwer im Zusammenhang zu entziffern. Am Schluß die Notiz, daß der Brief erst am 6. Juni abgeht.

---

45. Fürst Franz von Dessau an Karl August von Weimar.

Dessau, 18. Juni 1784.

[Der Fürst geht nach Potsdam. Zusammenkunft des Herzogs mit Edelsheim.]

. . . Ich habe mein Vertrauen auf Gott und den Prinzen von Preußen, es werden unsere Rechte und Freiheiten nicht fallen, sondern erhalten werden . . .

Die Krankheit seiner Gemahlin hat den Fürsten von der Reise nach Berlin abgehalten, in wenigen Tagen aber gedenkt er sie anzutreten und hofft dann den Prinzen von Preußen zu sprechen, der ihn nach seinem Garten vor Potsdam eingeladen[1].

. . . Wie sehr wünschte ich nicht bei ihrer Unterredung mit Edelsheim gegenwärtig zu sein. Erfahren Sie die Zusammenkunft frühe genug, so geben Sie mich doch womöglich Nachricht davon; immer lassen Sie mich doch gewiß wissen, wann Sie nach Weimar zurückkommen, ich glaube, daß ich alsdann verschiedenes werde sagen können, welches am besten vom Mund zu Ohr angehet . . .

Weim. St. A. Eigenhändig.

---

wenigstens von mir kein Menschenverstand zu finden, ob ich schon meine Augen dreimal bei denen kleinen Zahlen daran gesteckt habe." Erkennbar ist, daß von der Bildung einer «milice nationale» die Rede ist. Vergl. die ähnlichen Ausführungen Duponts oben Num. 5.

[1] Am 29. Juni schreibt der Fürst dem Herzoge, er sei am Abende zuvor von dem Orte, wo er den Prinzen von Preußen gesprochen, zurückgekommen und werde ihm das Nähere mündlich mittheilen, sobald er wisse, daß der Herzog wieder in Weimar sei.

46. Edelsheim an Karl Friedrich.

Mahlberg, 19. Juni 1784.

[Entwurf zu einem Schreiben an den Herzog von Zweibrücken, betr. den künftigen Eintritt des kurmainzischen Staatsraths von Deel in pfälzische Dienste.]

... In der Anlage sind meine Gedanken zu dem Schreiben an den Herzog von Zweibrücken ...

Je n'ai pas manqué de faire savoir au Sieur de Deel les intentions gracieuses dont V. A. l'honorait; ayant le désir le plus déterminé de se vouer entièrement au bonheur futur de servir V. A., il attend avec empressement l'assurance que Mr. de Hofenfels devait porter à Hagenbach et que je lui ai fait espérer. Mais cette entrevue n'ayant pas eu lieu à mon grand regret, je ne puis me refuser aux instances qui m'ont été faites, pour prier immédiatement V. A. de vouloir bien ordonner à l'égard de Mr. de Deel telle expédition consolante qu'Elle jugera à propos. Je crois que tout l'avantage, qui résulterait aux intérêts de V. A. de l'attachement du Sieur Deel, pourrait s'évanouir, en le laissant plus longtemps dans l'incertitude.

---

47. Herzog Karl von Zweibrücken an Karl Friedrich.

Carlsberg, 1. Juli 1784.

[Der Herzog will Deel in seine Dienste nehmen. Entrevue zwischen Hofenfels und Edelsheim.]

J'ai reçu la lettre que V. A. S. m'a fait l'honneur de m'écrire au sujet de Mr. de Deel. J'ai eu l'honneur de Lui dire, comme Elle m'a fait celui de m'en parler, qu'à Sa recommandation je me faisais un plaisir de le prendre à mon service, quand l'occasion se présentera. C'est ce que le Baron de Hofenfels a répété de ma part au Baron d'Edelsheim. Tout aurait été fait et arrangé, si l'entrevue entre ces deux Messieurs avoit eu lieu. Mais des affaires indispensables pour mon service ont empêché Hofenfels de s'y rendre au jour marqué; il compte écrire au premier jour à Mr. d'Edelsheim pour lui demander son jour pour cette entrevue, et alors tout s'arrangera suivant les désirs de V. A. S. —

Eigenhändig.

---

48. Edelsheim an Dupont.

o. O. 24. Juni 1784.

[Wichtigkeit der Erhaltung des Ministeriums Vergennes. Chiffre.]

|: Vous aurez ma réponse en peu sur Votre importante lettre. Les nouvelles que je Vous donnerai sont très analogues à Votre idée. Dieu nous conserve Mr. de Vergennes. On nous parle d'entretiens secrets que le Roi a avec le Duc de Choiseul et Bréteuil. Cela doit rendre circonspect.

Louis Vous portera ma lettre et un nouveau chiffre; car le Vôtre est très pénible, incomplet et dangereux, parceque un chiffre sépare chaque mot.:|[1]

---

49. Edelsheim an Karl Friedrich.

Theningen, 10. Juli 1784.

[Begegnung mit dem Prinzen Heinrich von Preußen.]

Soeben um 1/2 11 Uhr komme ich von dem Souper bei Prinz Heinrich[2] in Emmendingen zurück und sende noch einen Expressen dahin . . . Ich hörte auf dem Weyrer Schloß, daß ein Kurier ankommen sei, um für den Grafen Oelß das Nachtquartier zu bestellen. Sogleich eilte ich dahin, ließ den Kurier in die Kanzlei kommen und erfuhr, daß der Prinz in Karlsruhe gewesen sei. Ich sagte ihm, daß meine Neugierde den Befehl zum Grunde habe, S. K. H. dahier in dem Fall zu komplimentiren, wenn Hochdieselbe nicht Ihre Route über Karlsruhe genommen hätten . . . Der Prinz erzählte mir, wie angenehm er eine Stunde in Karlsruhe zugebracht, und gern daselbst übernachtet hätte . . . Darauf nahm er mich gegen das Fenster, setzte sich auf den Tisch und fing an von denen politischen Zeitläuften zu sprechen. Nach einigen neuen Konfidenzen über die jetzige Verfassung zwischen Preußen und Rußland fragte er mich, ob mir nicht bekannt sei, wie der Kaiser mit Frankreich stehe. Er versicherte mich, gegen die Türken wäre gewiß etwas vor. Wir kamen auf den Kaiser und auf sein Edikt von 40 fl. Auf morgen früh hat er mich bei dem Weggehen wieder eingeladen . . .

---

[1] Eine zum Chiffrieren bestimmte Stelle aus einem Briefe Edelsheims an Dupont, auf einem besondern Blatt; der übrige Theil des Briefes fehlt. Der erwähnte „wichtige" Brief Duponts ist der oben Num. 44 gegebene vom 21. Mai 1784; die in Aussicht gestellte eingehendere Beantwortung Edelsheims fehlt.

[2] Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder des Königs, war incognito, unter dem Namen eines Grafen von Oels, auf der Reise nach Paris, angeblich nur «pour satisfaire sa curiosité», in der That aber zugleich um Frankreich zu einer mit Preußen gemeinschaftlichen Vermittelung in den Wirren zwischen Joseph II. und den Niederlanden zu gewinnen. Er reiste von Karlsruhe durch die Schweiz, kam Anf. August nach Lyon, Mitte August nach Paris und verweilte dort bis Ende October. Ueber das Aeußerliche seiner Reise, auf welcher er überall von den französischen Behörden mit allen Ehren empfangen wird, die das Incognito gestattet, ausführliche Notizen im Paris. Arch. Die Rückreise geht über Nancy nach Straßburg, wo er am 16. Nov. eintrifft, gleich nach seiner Ankunft sich in's Theater begiebt und von dem Publicum mit «applaudissements redoublés» empfangen wird. «Les comédiens avaient préparé une petite pièce assez gaye, mais très décente, où tout ce qui était relatif à ce Prince a été saisi et applaudi avec transport». (Bericht an das franz. Ministerium dat. Straßburg 17. Nov. 1784.)

50. Edelsheim an Karl Friedrich.

Oberschaffhausen, 15. Juli 1784.

[Nochmalige Unterredung mit dem Prinzen Heinrich von Preußen. Seine Erbietungen für Prinz Louis. Krieg in Sicht; der Prinz scheint Briefwechsel zu wünschen.]

... Was den 11. morgens sich zugetragen hat, habe ich en gros an des H. Erbprinzen Hf. D. berichtet; denn freilich kann man von hier aus wegen einiger Mittelposten nicht gar sehr in das Detail gehen. Ich kann nicht genugsam wiederholen, mit was für einer Ehrfurcht der sonst so hohe Herr bei jeder Gelegenheit von E. Hf. D. gesprochen hat. Prinz Louis[1] hat ihm ohngemein gefallen. Er ersuchte mich, wenn es Krieg geben sollte, E. Hf. D. zu proponiren, den Prinzen ihm zu senden. Er solle dann mit ihm die Campagne machen: «Je lui en procurerai l'agrément du Roi et je soignerai son instruction. Je suis sûr, qu'on dira un jour, en contant ma vie, que le second Louis de Bade a été mon élève.» Er siehet den Krieg ganz ohnvermeidlich an. Der Anlaß und der Zweck seiner Reise kommt mir sehr problematisch für. Er hat mir zwar sehr offen und sehr natürlich darüber gesprochen. Mais tout cela est bon pour le discours. Aeußerst begierig ist er auf politische Nachrichten; und wenn ich nicht alle meine Worte so genau auf die Waagschale gelegt und immer rückhaltend gewesen wäre, so stünde ich gewiß mit Sr. Hoheit im Briefwechsel; dennoch legte er mir es so nahe, daß ich wohl merken konnte, daß er dahin abzielte ...

51. Fürst Franz von Dessau an Karl Friedrich.

Frankfurt a./M., 27. Juli 1784.

[Schlosser trägt Bedenken nach Berlin zu reisen.]

Werthester, lieber Markgraf!

Nachdem ich nochmals meinen so vielfältig schuldigen Dank wiederhole, so muß ich leider in kurzem erwähnen, wie ich mich in dem, was des Hofraths Schlossers Reise[2] betrifft, in meinem Vermuthen nicht betrogen habe. Seine Gesundheit ist nicht nach Wunsch und, wie es mich scheinet, fürchtet er auch im Falle er ja deswegen auch reisen könnte, es E. D. nicht völlig nach Gefallen zu machen; ich verliere hierbei unendlich sowohl für meinen eigenen Betracht und ich glaube auch, die Reise würde sonst vom besten Nutzen und Folgen gewesen sein.

Eigenhändig.

[1] Prinz Louis, der dritte Sohn Karl Friedrichs (geb. 1763, gest. 1830), der nachmalige Großherzog Ludwig (1818).

[2] Schlosser hatte durch Dohm eine Einladung nach Berlin erhalten, da der Prinz von Preußen ihn persönlich kennen zu lernen wünschte; er lehnte dieselbe aber ab. Nicolovius, J. G. Schlossers Leben etc., S. 96.

52. Edelsheim an Karl Friedrich.

Badenweiler, 3. Aug. 1784.

[Gründe gegen eine Reise Schlossers nach Berlin. Die Ausgrabungen in Badenweiler.]

Ich muß heute eine Art einer Indiskretion begehen und E. Hf. D. einen Brief vorlegen, den Schlosser blos für mich geschrieben hat. Ich glaube Ihre Absicht erfüllt zu haben; denn in der Anlage habe ich ihm die Reise abgerathen:

1) weil er seine Gesundheit wieder herstellen soll und die Anstrengung der Reise und des Aufenthalts in Berlin diesem Endzweck gerade zuwider ist;

2) weil ich glaube, daß seine Unterredung und Bekanntschaft mit dem Prinzen von Preußen dermalen keinen Nutzen haben wird, sondern vielmehr den Neid und die Mißgunst erwecken und den künftigen Einfluß hindern wird, den er unter des Prinzen Regierung haben kann, wenn die vortheilhafte Idee, welche der Prinz von Schlossern hat, ihm incognito bleibt, bis er den Thron besteigt;

3) weil ich voraussehe, daß Schlosser ohnmöglich incognito in Berlin oder Potsdam sich aufhalten wird, mithin befürchte, daß der kaiserliche und alle andern Höfe ihn als einen heimlichen Negotiateur, sowie vorhin Hofenfels, ansehen, die Feinde Schlossers aber ausstreuen werden, er habe in Berlin Dienste gesucht und sei zurückgesandt worden, das dann einen merklichen Einfluß auf die Art, ihn zu behandeln, haben möchte . . .

Die Entdeckung der römischen Bäder ist nun soweit, daß ich glaube, wir haben nun den ganzen Umfang ausgegraben, aber alle die unterirdischen Gänge, die noch auszugraben sind, werden wohl noch 900 fl. kosten. Doch ist, denke ich, kein dergleichen Monument in Deutschland. Nur frägt es sich, was man endlich damit anfangen soll. Denn läßt man es dem Staub und der Witterung ausgesetzt, so wird in kurzer Zeit alles verdorben sein. Wollen E. Hf. D. diese Fundamente wieder überbauen, so darf man zwar Stein und Holz außer den Dielen nicht rechnen, doch braucht es gewiß noch 10 000 Rth. und einen geschickteren Mann als unsern Meerwein. Dazu gehört nothwendig ein Baumeister, der in Italien römische Bäder gesehen und Vitruv wohl inne hat.[1]

---

53. Karl Friedrich an Edelsheim.

Karlsruhe, 7. Aug. 1784.

[Der Markgraf stimmt Edelsheim bei und wünscht seinen Rath wegen der Antwort an den Fürsten von Dessau.]

Da ich eben an Sie schreiben wolte, erhalte ich Ihren Brief vom 3. dieses. Wegen Schlosser bin ich vollkommen Ihrer Meinung; ich konnte aber meinem Freund[2] sein Begehren nicht abschlagen, da ihm so sehr daran gelegen war; aus

---

[1] Vergl. Erdmannsdörffer Aus den Zeiten des Fürstenbundes, S. 46 und w. u. dat. 30. Juli 1787. Ueber den erwähnten Baumeister Meerwein vgl. auch unten S. 82.

[2] D. i. dem Fürsten von Dessau, vergl. oben Num. 51.

dem beyliegenden aber werden Sie sehen, daß er es für eine dermahlen nicht thunliche Sache hält; nun weis ich nicht recht, wie ich auf diesen Brief wieder schreiben und die corde berühren soll, waß ich doch Wohlstands wegen thun muß, und waß ich gerne so thun mögte, wie es die Wahrheit und Offenherzigkeit erfordert, und wie es ihn doch, nach dem Brief, den ich ihm an Schlosser mitgegeben habe, nicht beleidigen kann. Sagen Sie mir doch darüber Ihre Meinung.

Eigenhändig.

54. Edelsheim an Karl Friedrich.

Badenweiler, 8. Aug. 1784.

[Die Antwort an den Fürsten von Dessau betr.]

Ich war dem Fürsten auf vier Briefe Antwort schuldig. Diese beantwortete ich vorigen Posttag und habe dem Fürsten rein herausgesagt, was ich von der Proposition an Schlossern denke. Ich glaube daher, Sie könnten, gnädigster Herr, ihm antworten, daß ich Ihnen Nachricht von dem gegeben, was ich an ihn und Schlossern über diese Reise geschrieben. Freilich könnten Sie meinen Anständen Ihren Beifall nicht versagen und wünschten, daß Schlosser vor allen Dingen seine Gesundheit wieder herstellte; vielleicht wäre es auch zu dem Objekt der Reise gut, wenn er einen anderen Zeitpunkt dazu abwartete . . .

55. Edelsheim an Karl Friedrich.

Badenweiler, 27. Aug. 1784.

[Besuch in St. Blasien. Gerüchte von einem Verkaufe der Klöster an Baden. Die römischen Thermen in Badenweiler. Unfähigkeit von Meerwein.]

. . . Ich war in St. Blasien, wo mich das üble Wetter einen Tag länger als ich vorhatte zu bleiben nöthigte. Ich komme beladen mit denen gewis aufrichtigen Versicherungen der Hochachtung und Ehrerbietung des Fürsten[1] zurück, der, wie alle seine Kollegen, unter einem schmerzhaften Druck lebet und daher die, für welche er sich nicht fürchtet, viel herziger lieb hat.

Doch hat das Gerücht, als würden E. Hf. D. alle in Ihren Landen liegende geistlichen Güter von dem Kaiser kaufen, alle Klöster schüchtern gemacht und mich verhindert zu sondiren, ob nicht ein Tausch mit Bürklin[2] möglich sei.

Die Kirche in St. Blasien ist sehenswerth. Ich habe sie sehr genau betrachtet und weiß nun, daß man auf d'Ixnard[3] viel halten kann.

---

[1] Des Fürstabts Martin Gerbert von St. Blasien.

[2] Wol die zu St. Blasien gehörige Propstei Bürgeln.

[3] Michael d'Ixnard, französischer Architekt, nach dessen Plänen der Neubau der Klosterkirche von St. Blasien (vollendet 1783) hergestellt worden war; auch Erbauer des Karlsthores in Heidelberg; vergl. Nicolai Reise durch Deutschland und die Schweiz XII. 89.

Die Entdeckung der hiesigen Alterthümer geht hier immer fort. Endlich haben wir eine Scherbe eines erdenen Topfes mit einem Namen gefunden. Was mich aber in der Seele betrübt, ist der Schaden, den der anhaltende Regen an denen neuentdeckten Mauern gemacht hat. Wenn das Gebäude vor Winter nicht bedecket wird, so kann man voraussehen, daß Schnee, Kälte und Aufthauen einen großen Theil vernichtet. Doch ist es das größte Denkmal der Römer in Deutschland.

Der Zulauf, um die Neugierde zu befriedigen, ist außerordentlich, und drei der hiesigen Wirthshäuser sind bis gestern immer besetzt gewesen.

Meerwein hat mit seiner endlich gedruckten Fliegmaschine bei seinem ohnehin bornirten Kopf soviel zu thun gehabt, daß er keinen Anschlag zu geben weiß. Er schreibt mir heute von einer Idee, die gewiß in vier Jahren nicht auszuführen sein würde . . . Mit solchen Mittelspersonen muß man übermenschliche Geduld oder ein Gallenfieber am Hals haben.

---

56. Edelsheim an Karl August von Weimar.

o. O. 14. Oct. 1784.

[Zweibrücken hat von anderer Seite ein Darlehen erhalten. Stimmung daselbst. Gründe für den Aufschub eines Besuches bei dem Herzog.]

. . . Wir sind mit unserem wohlmeinenden Anerbieten (bei dem Herzog von Zweibrücken) um einige Tage zu spät gekommen; der bewußte Freund hatte eben zu der Zeit, da ich das Kapital für ihn negociirte, anderweitige Mittel gefunden, sich aus aller Verlegenheit zu ziehen, und der Kontrakt hierüber war bei meiner Ankunft bereits unterzeichnet[1]. Dem ohngeachtet hat mir selbiger sowohl mündlich als schriftlich die deutlichsten Versicherungen seiner Dankbarkeit und standhaften Freundschaft gegeben; ich bin auch überzeugt, daß er nunmehr in die Vorschläge seines unfreundlichen Nachbars gewiß nicht willigen wird, da er eben durch diese Hilfe denen Schlingen größtentheils entgangen ist, wodurch er ihn zu fesseln trachtete. In Ansehung des andern aber hoffe ich umsomehr, daß er mit selbigem in keine Verbindung getreten ist, welche ihn abhalten sollte, ein Deutscher zu bleiben, weil man von dieser Seite die Nothwendigkeit, der Habsucht des ersteren Schranken zu setzen, hinlänglich einsiehet.

Der Besuch E. D. würde unserm Freunde — denn dafür halte ich ihn wirklich — allerdings angenehm sein, wenn die Ursachen, welche ihn bereits vor einiger Zeit verhinderten[2], selbigen anzunehmen, nicht anjetzt noch dadurch wären vermehret worden, daß beide Nachbarn von der projektirten freundschaftlichen Verbindung den ausführlichsten Bericht erhalten, solches hiesigenorts zu erkennen gegeben, und dieses alles einander selbst kommunicirt haben. Da nun Hochdero

---

[1] Vergl. Ranke a. a. O. I. 185. II. 265.

[2] Der Tod seines einzigen Sohnes.

Gegenwart bei so vielen in der gegenwärtigen Crisi angestellten Beobachtern kein Geheimniß bleiben könnte, der Haß des einen Nachbars gegen unsern Freund um so mehr erregt und folglich der guten Sache nur geschadet würde, so hat selbiger mir hierüber seine Verlegenheit nicht undeutlich zu erkennen gegeben und wünscht die persönliche Unterredung bis zu einem ruhigeren Augenblicke aussetzen zu können. Noch muß ich E. Hf. D. unterthänigst bitten, über alles obige an dem gegenwärtigen Ort Ihres Aufenthalts[1] das strengste Stillschweigen zu beobachten; es ist unglaublich, was von da aus für indiscretiones und falsche Démarchen vorgegangen sind . . . Man hat also hiesigen Orts zurückhaltend und mißtrauisch werden müssen, und es ist nicht zu verwundern, wenn man dort von den neuesten Vorgängen unrichtige Begriffe hat. Ueber alles dieses werde ich E. Hf. D. nächstens vollkommenere Auskunft geben . . .

Weim. St. A.

57. Memoire des Ministers von Edelsheim[2].

Karlsruhe, Nov. 1784.

[Baden vertheidigt sich gegen die Anklagen, welche Pfalz-Zweibrücken gegen sein Verhalten beim Prinzen von Preußen erhoben hat.]

On reconnaît avec sensibilité la confiance, avec laquelle on a eu la bonté de communiquer les prétendues plaintes que le ministre de S. A. S. Msgr. le Duc de Deuxponts croit avoir contre la conduite de la cour de Bade. On pense, qu'il n'y a qu'à mettre simplement les faits sous les yeux de la personne illustre, à laquelle ces griefs sont parvenus, pour détruire toute impression qu'il aurait pu faire dans le premier moment.

Il n'est guères possible de regarder ces reproches que comme un manège politique, par lequel on tâche de pallier sa propre conduite, qu'on prête à d'autres. Ce qui rend toutes ces démarches bien moins importantes, c'est qu'on est persuadé, qu'elles n'ont point dérobé à Msgr. le Margrave de Bade l'amitié personnelle de Msgr. le Duc de Deuxponts, que Msgr. le Margrave regarde comme un bien précieux par l'attachement sincère, avec lequel il restera toujours dévoué à ce prince.

---

[1] Mainz oder Darmstadt.

[2] Die Veranlassung zu dieser eingehenden, für den Prinzen von Preußen bestimmten Rechtfertigungsschrift ergibt sich aus der Correspondenz zwischen dem Prinzen und dem Herzog Karl August von Weimar bei v. Ranke II. 261 ff., wo die einzelnen Beschwerden gegen Baden aufgeführt werden, welche Edelsheim hier bespricht; die Quelle aller dieser Verdächtigungen war die Zweibrückener Regierung und speciell der Minister von Hofenfels; vergl. dessen Schreiben an das preußische Ministerium schon vom 2. Mai 1784 bei Schmidt, S. 95. Das obige Memoire, mit seinen Actenbeilagen, wurde durch die Vermittelung des Herzogs Karl August dem Prinzen von Preußen vorgelegt.

1er grief:

D'avoir divulgué le projet d'union en le communiquant au Sieur Pfeffel.

Cette assertion peut être facilement réfutée. On a eu l'honneur de lire à Msgr. le Prince de Prusse l'original de la lettre № 1[1] que le Sr Schlosser devait écrire au Sr Pfeffel à Paris. S. A. R., l'ayant approuvé, ordonna qu'elle fût expédiée. Le Sr Pfeffel y répondit № 2[2]. On donna au Sr Schlosser l'instruction № 3[3] pour l'entretien qui devait avoir lieu entre lui et le Sr Gérard, dont le premier a rendu compte par № 4[4]. Le Sr Schlosser écrivit № 5[5] au Sr Pfeffel, et il n'y a point eu de réponse à cette lettre, tout comme le Sr Schlosser n'a pas écrit depuis.

Cette correspondance ne donne assurément aucun avis d'un projet marqué. Elle renferme des pensées vagues de quelques particuliers, qui même ne peuvent étonner personne, parcequ'on sait, que les circonstances préscrites les ont fait naître généralement tant dans les états ecclésiastiques, que dans les états séculiers de l'Empire. Elles n'étaient pas nouvelles. . . . Msgr. le Margrave de Bade crut, que dans son long séjour de cette année au Carlsberg on pourrait convenir décidément avec la cour de Deuxponts des principes et vues patriotiques qu'il fallait soutenir. Mais ayant trouvé Mr de Hofenfels fort opposé à toute conclusion, on ne lui fit pas la moindre ouverture ni du mémoire présenté à S. A. R. Msgr. le Prince de Prusse, ni d'aucune notice qu'on avait sur la façon de penser de quelques princes en Empire. On insista simplement sur un mémoire de sa part, qui renferma les principes auxquels on devait s'en tenir dans les conjonctures présentes . . .

Im Folgenden gibt Edelsheim einen Ueberblick über die Verhandlungen auf dem Karlsberg, vollkommen übereinstimmend mit dem Berichte vom 16. April 1784, oben Num. 37.

2me grief:

Que ces notions étaient parvenues à l'Empereur, pour en avoir fait part à trop de personnes, de façon que le Comte de Romanzow ainsi que le Prince de Waldeck en ont présenté tout le détail au Duc dès l'instant de leur arrivée et avant que le ministère de Versailles ait pu le communiquer à celui de Vienne.

Ce reproche n'affecte en aucune façon la cour de Bade, puisqu'on est certain de n'y avoir [communiqué] le secret qu'au Baron d'Edelsheim[6]. Celui-ci ne l'a communiqué à personne. Il s'est tenu simplement aux liaisons qu'on lui avait indiquées. Il n'a même point parlé d'une union en Empire qu'aux personnes suivantes. Le Prince Charles de Hesse lui demandant son avis, pour prévenir les suites que les procédés contre les

---

[1] Oben Num. 16. [2] Oben Num. 27. [3] Oben Num. 28. [4] Oben Num. 29. [5] Oben Num. 30.

[6] Der Vorwurf, welchen Hofenfels erhebt, daß man in Baden «en plein conseil» über das Unionsprojekt berathen habe (vgl. Schmidt a. a. O., S. 96), ist jedenfalls nicht gerechtfertigt, wie auch die Protokolle des Geheimen Rathes ausweisen.

ecclésiastiques faisaient craindre, le Baron d'Edelsheim conseilla de mettre en train la négociation du Danemarc, en la modificiant d'après les principes connus. Cet entretien fut communiqué au Baron de Wächter, envoyé de S. M. Danoise en Empire, et on en discuta les principes dans différents entretiens. Le Prince Charles les goûta alors à un point, qu'il se proposa de s'en entretenir avec Msgr. son père. Le Baron de Wächter assura, qu'il emploverait tous ses efforts, pour les faire adopter au nouveau ministère de Copenhague. Il paraît, que ces ouvertures ont fait l'impression désirée.

Un ministre d'une des principales cours ecclésiastiques, connu par sa probité et son patriotisme[1], demanda un entretien secret. Il débuta par proposer la nécessité d'une union générale en Empire, fondée à peu de chose près sur les vues qu'on avait adoptées dans le mémoire, priant de les faire valoir aux cours séculières et assurant, que les cours ecclésiastiques y souscriraient, dès qu'elles se verraient à couvert par le concert entre les princes séculiers. On a observé la plus grande réserve avec le dit ministre; mais on n'a point rejeté ses propositions. Car enfin les vues patriotiques, dont il s'agit, n'auraient jamais d'effet, si on voulait les étouffer dans les esprits de ceux qui s'offrent à soutenir la constitution germanique. On doit être étonné d'apprendre, que le Prince de Waldeck ait su le détail de cet objet et ait été instruit par la cour Impériale à la cour de Deuxponts, tandisque M^r^ le Grandcommandeur de Lehrbach, ministre et envoyé Impérial à la cour de Bade, n'y a point fait mention de cette affaire importante, mais qu'il a tout au contraire employé son éloquence pour convaincre Msgr. le Margrave de l'entière satisfaction de S. M. I. envers S. A. S.[2]

M^r^ le Comte de Romanzow, venant à Carlsrouhe de Deuxponts, s'est bien plaint dans la conversation du peu de confidence, que les princes du St Empire paraissaient avoir dans la protection de sa souveraine, et a fort critiqué le voyage de Mr de Hofenfels à Berlin, mais il n'a rien tâché, qui put faire soupçonner, qu'il eut des notions d'une union en Empire.

Quant à la France, on verra par l'extrait d'une lettre écrite de Paris le 21 mai 1784, № 8[3], si on y avait alors des détails sur l'intention des princes patriotiques en Allemagne, et la réponse qu'on a faite n'a certainement pas éclairci M^r^ le Comte de Vergennes à cet égard.

---

[1] Der kurmainzische Staatsrath v. Deel.

[2] Die Berichte des kaiserlichen Gesandten in München und beim schwäbischen Kreis, des Landcomthurs Freih. v. Lehrbach (Wien. Arch. Schwäb. Kreisacten), der auch am badischen Hofe beglaubigt war, zeigen allerdings, daß derselbe von den Unionsverhandlungen im Reich erst ziemlich spät im Frühjahr 1785 Kenntniß erlangte. — Uebrigens ist dieser Freiherr v. Lehrbach zu unterscheiden von dem bekannteren österreichischen Diplomaten Grafen v. Lehrbach; jener starb im October 1787 und Graf Lehrbach wurde sein Nachfolger in München und beim schwäbischen Kreis.

[3] Der oben Num. 44 mitgetheilte Brief Duponts an Edelsheim.

N'est-il point surprenant de voir supposer, que la France ne pouvait pas avoir communiqué ses nouvelles sur l'union à la cour Impériale avant le mois de juillet, époque de l'arrivée du Prince de Waldeck au Carlsberg? Mr de Hofenfels prétendait au mois de mars, comme l'on a vu, que la France était informée de tout.

Toutes ces assertions semblent encore perdre de leur vraisemblance, quand on considère, que celui qui assure, que les cours voisines connaissent tout le détail d'une convention non existante, est le même Mr de Hofenfels, qui s'imagine, qu'on lui cache le traité d'union conclu entre plusieurs princes de l'Empire.

C'est un fait, que le voyage de Mr de Hofenfels à Berlin a généralement paru entrepris pour former une union, et qu'on n'a point caché dans l'Empire le plaisir, que ce but y faisait naitre. Cette conjecture n'a guères pu rester ignorée à la cour Impériale. Mais il est probable, que ce ne sont que ces bruits vagues qui se savent à Versailles, à Vienne et à Petersbourg. Si on avait découvert quelque chose de plus important, les ministres de S. M. Prussienne n'auraient pas manqué d'en être informés et d'en faire leur rapport à Berlin.

3me grief:

D'avoir proposé au Duc le troc extrêmement avantageux d'un baillage et d'avoir voulu l'engager à des conditions pour le futur.

À l'occasion du partage du comté de Sponheim, fait en 1776, on convint avec les commissaires de Msgr. le Duc de Deuxponts, qu'après que S. A. S. aurait succédé dans l'électorat palatin, on travaillerait à l'échange du baillage de Bretten. Ce baillage est détaché du Palatinat, et on offrait de le troquer contre des parties des possessions de la maison de Bade contigues aux territoires palatins. Le ministère de Deuxponts réitéra depuis cette promesse par écrit. L'année passée les Comtes de Wartenberg, les Barons de Sickingen et d'autres propriétaires proposèrent à la cour de Bade l'achat de différentes possessions immédiates, qui se trouvent enclavées dans le Palatinat. On vit, que toutes les [ces?] parcelles pouvaient faire un agrandissement très avantageux à la maison palatine et serviraient par conséquent d'objet d'échange contre Bretten. Mais avant de les acquérir, on demanda une explication catégorique au ministère de Deuxponts. Sa réponse fut très froide et très incertaine. On verra ce qui s'est passé depuis dans la lettre № 9 écrite à Msgr. le Duc par le Baron d'Edelsheim en mai 1784[1]. Le mémoire № 10[2] contient le détail des propositions faites à cet égard. № 11[3] concerne un prêt d'argent de 250000 fl. Ces pièces prouveront, que les propositions de la cour de Bade n'ont eu en vue qu'un échange équi-

---

[1] Oben Num. 41. [2] Oben Num. 38. [3] Oben Num. 40.

table, qui aurait procuré au deux maisons contractantes des avantages égaux et réciproques.

4[me] grief:

De s'être adressé, pour obtenir ce but, au S[r] Kreutzer, homme suspect à plusieurs égards et connu pour être dans les intérêts de l'Empereur[1].

Il n'est guères possible de se persuader, que ce reproche vienne de la part de Msgr. le Duc. Il est plus analogue à l'inimitié personelle, qui subsiste entre M[r] de Hofenfels et M[r] de Kreutzer. Le dernier est le président des finances de Msgr. le Duc et son homme de confiance. S. A. S. l'adressa dans cette qualité au Baron d'Edelsheim, pour éclaircir avec lui différents objets de ses finances. On aura vu dans la lettre № 9, par quelle combinaison M[r] de Kreutzer a été mêlé de l'échange du baillage de Bretten, et que le Baron d'Edelsheim s'est constamment refusé de la faire sortir des mains du Baron d'Esebek. D'ailleurs on n'a jamais parlé au dit S[r] de Kreutzer de l'idée de l'union en Empire, ni d'aucune des mesures prises par la cour Impériale, ni en général d'aucune matière politique, qui put heurter l'attachement, qu'on lui suppose envers la maison d'Autriche.

Il semble résulter évidemment de tout ce que l'on vient de dire:

I. Que la courte correspondance, qui a existée entre le S[r] Schlosser et le S[r] Pfeffel, n'est une démarche qu'on puisse attribuer à la cour de Bade ou mettre à sa charge; que cette correspondance ne roulait que sur des principes vagues, qui ne décélait en aucune façon le projet de l'union tel qu'il était établi; que le S[t] Pfeffel n'a jamais regardé ce qu'il avait appris par cette correspondance que comme les vues de quelques uns de ses amis; que M[r] de Hofenfels, après avoir réfléchi longtemps sur cet objet, a cru d'avoir [à oder devoir] conseiller la poursuite de cette correspondance.

II. Que ce n'est pas par une prétendue indiscretion de la cour de Bade que l'Empereur et des autres cours de l'Europe ont pu être avertis du projet de l'union, mais que vraisemblablement ces cours n'en ont appris que ce que les bruits vagues pouvaient en transmettre.

III. Que les propositions touchant l'échange futur du baillage de Bretten étaient fondées sur des convenances réciproques et équitables agréées depuis bien des années par le ministère de Deuxponts et renouvelées par les ordres exprès de Msgr. le Duc.

IV. Que l'intervention du S[r] Kreutzer n'a point été du choix de la

---

[1] Ueber Kreutzer s. die von seinem Gegner v. Hofenfels stammenden Angaben bei Schmidt, S. 108 und dazu v. Ranke, I. 108. Vergl. oben S. 68. Zuletzt hat es allerdings mit ihm ein schlimmes Ende genommen; er entwich, grober Veruntreuungen angeklagt, heimlich aus Zweibrücken und wurde steckbrieflich verfolgt: s. den Bericht von Tautphöus an Kaunitz dat. 26. Jan. 1787 bei Brunner, Der Humor in der Diplomatie und Regierungskunde des 18. Jahrh. (Wien 1782) I. 290.

cour de Bade, et au surplus, que les relations, qu'on a eues avec lui, n'ont rien de commun avec l'objet des négociations politiques.

Enfin les originaux des pièces justificatives ont été montrés à l'illustre personne[1], qui veut bien se charger de présenter ce mémoire.

Weim. St. A. Abschrift. Mit 10 Beilagen.

---

58. „Abschrift von denen Zweibrückischen Verhandlungen mit Frankreich"[2].

o. D. 1784/5.

[Eventualabtretungen an Frankreich; Rolle von Hofenfels dabei; französische Gegenwirkung gegen den Anschluß an eine Union; zweideutiges Verfahren von Hofenfels.]

Herzog Christian IV. von Zweibrücken hatte in den letzten Jahren seines Lebens[3] mit Frankreich einen Vertrag geschlossen und darin u. a. die Oberämter Bergzabern und Germersheim mit Beibehaltung des dominii utilis unter französische Souveränität zu überlassen versprochen, sobald er die Kur erlange.

Nach seinem Tode suchte Frankreich den Herzog Karl zu einem ähnlichen Uebereinkommen zu bestimmen. Hofenfels sträubte sich anfangs, gab aber schließlich nach aus Furcht, daß Vergennes auch ohne ihn zum Ziele komme. Er ging nach Paris, der Vertrag wurde erneuert, man machte dem Herzog Hoffnung auf eine Vermählung des Prinzen Max mit einer französ. Prinzessin. Hofenfels erhielt unter irgend einem Vorwande 150 000 L. für seine Bemühungen.

Späterhin besorgte man jedoch in Paris, der Herzog möchte sich an Preußen anschließen und mit den anderen Fürsten gemeinsame Sache machen.

Man wandte sich an Hofenfels. Er mußte die Verbindung als gefährlich hinstellen und auf die Rache des Kaisers hinweisen. Auch habe Frankreich erklärt, falls diese Union zu Stande komme, sich mit dem Kaiser gegen dieselbe zu alliiren; man solle zwar das Einvernehmen mit dem preuß. Hofe kultiviren und die Fürsten nicht vor den Kopf stoßen, aber keine Verbindung mit ihnen eingehen.

Der Herzog indes war an sich gegen diese französischen Vorschläge, dazu kam eine Entzweiung zwischen Hofenfels und Esebeck. Ersterer sah, daß die Sache wider seine Pläne zu verlaufen drohte. Er änderte seine Taktik und machte Edelsheim glauben, er habe den Herzog auf andere Meinung gebracht und es handle sich nur darum, die gewünschte schriftliche Erklärung mit möglichster Sorgfalt und Zurückhaltung abzufassen, damit der Herzog nichts dabei riskire.

Die Promemorias flogen hin und her, aber es kam zu keinem Ergebniß. So hielt Hofenfels den badischen Minister bis zu seiner Abreise hin. — Nun hatte er wieder freie Hand. Er ließ den Prinzen Max kommen. Ein neuer Vertrag mit den Birkenfeldischen

---

[1] Herzog Karl August von Weimar.

[2] Diese Denkschrift, die wir hier nur im Auszug mittheilen, wird am 10. Febr. 1785 von Karl August von Weimar, zugleich mit dem Memoire (Num. 57) und dessen Beilagen, an den H. Franz von Dessau geschickt. Von wem dieselbe verfaßt, ist nicht ersichtlich. Die Zuverlässigkeit des Inhalts scheint etwas fraglich.

[3] Herzog Christian IV. von Zweibrücken, der Oheim des jetzt regierenden Herzogs Karl, war gestorben am 5. Nov. 1775.

Agnaten wurde abgeschlossen. Ein Stück Land von mehr als 400000 fl. Einkünften wurde für immer vom Reiche losgerissen, die Prinzen vom regierenden Hause unabhängig gemacht und an Frankreich gefesselt.

Für den Fall, daß er die Kur erlange, soll Prinz Max Hofenfels ein Gut mit einem Jahresertrage von 6000 fl. zugesichert haben.

Weim. St. A. Abschrift.

---

59. Dupont an Edelsheim.

Paris, 3. Dec. 1784.

[Politische Nachrichten aus Paris. Vergennes und das Ministerium. Aussicht auf Erhaltung des Friedens. Prinz Heinrich von Preußen in Paris. Der Kurfürst von Baiern.]

Dank für die Condolenzbriefe, die er von Edelsheim, von dem Markgrafen und von dem Erbprinzen erhalten[1].

J'aurais bien désiré que la lettre et les détails que Vous m'aviez fait espérer me fussent parvenues. Quant à ceux que Vous apportent les bruits publics, n'en croyez que ce que je Vous marquerai et ne redoutez aucune résolution importante, lorsque Vous me voyez garder un silence profond. Si les craintes, que Vous paraissez avoir, étaient dans le cas de se réaliser, je serais paralytique d'une main que je Vous écrirais de l'autre.

|: M^r le Cte de Vergennes a sans doute beaucoup d'ennemis et même très puissants; mais il a la sagesse, la suite, la méthode, la modération, l'expérience qu'ils n'ont pas; et il resta maître du terrain avec une grande supériorité. Le Ministère est divisé en trois parties; celui qui a le plus de prudence et celui qui a le plus d'esprit, M^r le Cte de Vergennes et Mr de Calonne, sont ensemble, les deux Maréchaux et le Garde des Sceaux sont à l'opposite. Mr de Bréteuil est tout seul, brouillé avec tout le monde pour ce qu'il a fait de mal et encore plus pour ce qu'il a fait de bien. La société de la Reine forme un 4e parti, et tous ces contrepoids maintiennent l'équilibre. :|

L'envoi de Mr de Stharemberg donne espérance de la paix. Elle sera surement négociée avec dignité, et la négociation ne fera négliger aucun des moyens de faire la guerre, si elle devenait inévitable.

J'ai reçu dans son temps la dépêche de Msgr. le Margrave pour le Prince Henri[2]. J'ai eu l'honneur de la lui remettre le lendemain et de lui expliquer la méprise qui avait eu lieu. Je n'ai pu réjoindre ce Prince depuis. M^r le Baron de Wreich m'a écrit de sa part, qu'il Vous avait fait passer directement la réponse; et Vous l'aurez vu sans doute à son passage

---

[1] Dupont hatte, wie er 26. Sept. 1784 Edelsheim anzeigt, am 3. d. M. seine Frau durch den Tod verloren.

[2] Ueber die Reise des Prinzen Heinrich von Preußen nach Paris vgl. oben S. 78.

pour retourner à Berlin. Il a eu ici le plus grand succès: «*idoneus pacis ac belli rebus agendis*», il aura des succès partout.

P. S. Comprenez Vous M. l'Électeur Palatin, qui a eu la paix de l'Europe assurée dans la main et qui a ouvert les doigts? S'il eût refusé le passage[1] ou seulement trainé à l'accorder, on ne l'eût pas forcé, et il y aurait eu la certitude, qu'il ne se serait pas brûlé une amorce.

Zum Theil chiffrirt.

---

60. Hofenfels an das preußische Ministerium.

Zweibrücken, 9. Jan. 1785.

[Romanzow in Zweibrücken. Der badische Antrag über einen Gebietstausch.]

Hofenfels berichtet über die Anträge des Grafen Romanzow in Zweibrücken[2].

. . . Peu de temps avant la cour de Bade, plus économe que politique, avait déjà entamé un projet analogue, quoique moins considérable, d'échanger la petite et stérile partie qu'elle possède du comté de Sponheim contre le grand baillage de Bretten, situé dans le beau Palatinat[3]. Ce projet, dont je joins ici une copie, a manqué; mais les intrigues du Baron d'Edelsheim n'avaient laissé que de produire un mauvais effet sur l'esprit du Duc . . .

Berl. St. A.

---

61. Edelsheim an Karl August von Weimar.

Karlsruhe, 22. Jan. 1785.

[Ein Besuch bei Prinz Max Josef von Zweibrücken muß verschoben werden. Prinz Friedrich.]

Krankheit habe ihn bisher verhindert, den Brief des Herzogs zu beantworten.

Ich bin daher noch nicht in Straßburg gewesen. Maximiliana müssen also warten, bis Fridericus noster[4] zu denen Holländern abgefahren ist, wozu terminus peremtorius auf künftigen Donnerstag anberaumt ist . . .

Weim. St. A.

---

[1] Den Durchmarsch der österreichischen, gegen die Niederländer bestimmten Truppen durch bairisches Gebiet.

[2] In den ersten Tagen des Januar 1785 machte Graf Romanzow dem Herzog Karl von Zweibrücken die officielle Mittheilung von dem zwischen den Höfen von Wien und München vereinbarten bairisch-niederländischen Tauschprojekt; die ausführlichen Acten über die betreffenden Vorgänge auf dem Karlsberg s. bei Schmidt, S. 128 ff.

[3] Vergl. oben Num. 38 ff.

[4] Prinz Friedrich von Baden, der zweite Sohn des Markgrafen Karl Friedrich, Generalmajor in niederländischen Diensten.

62. Franz von Dessau an Karl August von Weimar.

Wörlitz, 18. Febr. 1785.

[Mittheilung der braunschweigischen Denkschrift an den Markgrafen.]

... Wollten Sie wohl, da es Ihnen der Markgraf von Baden wieder erwähnt, daß er das Memoire des Herzogs von Braunschweig [1] gerne sehen wollte, bei letzterem anfragen, ob ich es, da ich es, noch ohne es Jemandem als Ihnen gezeigt zu haben, noch in Händen hätte, an den Markgrafen schicken könnte ...

Weim. St. A. Eigenhändig.

63. Seckendorff [2] an König Friedrich von Preußen.

Weimar, 14. März 1785.

[Die thüringischen Fürsten rathen, auch den Markgrafen von Baden ins Vertrauen zu ziehen.]

... Les Ducs de Gotha et Weimar assurent, que le Margrave de Bade est généralement fort porté pour l'union et qu'il verrait avec affliction, si S. M. ne l'honorerait pas de la même confiance, dont Elle donne des preuves aussi manifestes à d'autres états de l'Empire. Ils supposent même au Baron d'Edelsheim quelqu' influence sur le ministère de l'Électeur de Mayence, vu que depuis longtemps les démarches de ces deux princes à la Diète sont concertées, ce qui accélère beaucoup la résolution de l'Électeur.

Weim. St. A. Abschrift von Karl Augusts Hand.

64. Edelsheim an Karl August von Weimar.

Karlsruhe, 17. März 1785.

[Mißzufriedenheit über den Verlauf der Unionsangelegenheit; noch nicht genügend vorbereitet; Empfindlichkeit über die Sendung Seckendorffs.]

... Daß der Mann qu. [3] schon viel wußte, bedauere ich, weil die Sachen lang noch nicht genug präpariret sind, um ihren Anfang zu nehmen. Dieses ist eine Folge der Schläfrigkeit der Vorsteher der Gemeinde, die gewiß einmal, so wie alle Glieder derselben, fühlen wird, wie übel berathen man sei, wenn man bei jedem Gewitter eher nicht Anstalt zum Löschen macht, bis das Feuer in denen Dächern brennet ... Aber so lange unsere Nachbarn nicht gesammter Hand

[1] Das Memoire vom Jan. 1784 bei Schmidt a. a. O. S. 21.

[2] Karl Sigmund von Seckendorff, weimarischer Kammerherr und seit kurzem preußischer Gesandter beim fränkischen Kreis. Ueber seine Mission nach Weimar s. v. Ranke a. a. O. I. 216. Er starb kurze Zeit darauf (26. April 1785) und wurde durch den Geh. Legationsrath G. Fr. von Böhmer (vgl. oben S. 25) ersetzt.

[3] Diese Stelle, wie die Schlußbemerkung, scheint sich auf Seckendorff zu beziehen.

wollen, so können wir allein uns nicht zum Salviren rüsten, ohne zu risquiren, daß man uns unser Haus über dem Kopf zusammenbrennt, um uns die Löschungspräparation aus dem Kopf zu bringen. Wir Deutsche scheinen recht zum Lauern geboren zu sein. Olim non erat sic . . .

Doch will ich sehr rathen, mit dem bewußten Gedanken soviel als möglich an sich zu halten, blos weil man voraussieht, daß einen die consocii stecken lassen. Er spielt artig auf der Fiedel, das ist heut zu Tage ein großes meritum, und Freund Duligni[1] hatte wohl recht, wenn er dem Markgrafen sagte: qui sait faire un éventail, sait tout faire. Freilich ist diese Leichtigkeit, das Zutrauen zu erhalten, ein schlechter Aspekt für die Zukunft . . . Ich wünschte, er käme hierher nicht. Kommt er, so will ich ihn bedienen. Ist denn mein Scriptum und Promemoria[2] an Ort und Stelle? denn ich sehe wohl, daß das Mißtrauen nicht aufhöret . . .

Weim. St. A.

65. Karl August von Weimar an Karl Friedrich.

Weimar, 19. März 1785.

[Seckendorff hat kein Kreditiv für Karlsruhe.]

. . . Seckendorff ist gestern nach Franken abgereiset, er hat kein Creditiv für E. D.; wenn sich aber die Umstände und Verhältnisse nähern sollten, so ist er berechtiget, sich ein solches geben zu lassen.

Eigenhändig.

66. Graf O'Kelly an den französischen Minister des Auswärtigen.

Mainz, 2. April 1785.

[Bemühungen des Herzogs von Würtenberg in Mainz.]

Der Herzog von Würtenberg ist in letzter Zeit zweimal hier gewesen, das erste Mal angeblich um die hiesigen Universitätsanstalten kennen zu lernen, die er aber dann gar nicht besucht hat, das zweite Mal auf der Durchreise nach Frankfurt.

Ce que l'Électeur m'a confié sur les avances que lui faisait ce Prince et sur les invitations indirectes à établir une liaison plus intime et une sorte de concert entre les Princes d'Empire, dont il tâche de lui faire sentir la nécessité dans une lettre, qu'il lui a écrite depuis peu, et où il lui expose la situation critique des affaires de l'Allemagne, semble couvrir quelque dessein caché de s'emparer de la confiance de l'Électeur. Ce dernier me paraît se méfier de ses motifs, parcequ'il sait très bien apprécier les intérêts qui le guident. —

Paris. Arch.

---

[1] Wol der im Hof- und Staatskalender von 1786 aufgeführte „Hoftanzmeister Dominique d'Huligny".

[2] Das Memoire vom Nov. 1784, oben Num. 57.

67. Graf O'Kelly an den französischen Minister des Auswärtigen.

Mainz, 12. April 1785.

[Preußische Gesandtschaft nach Mainz. Der Herzog von Würtenberg.]

Es bestätigt sich, daß ein eigener preußischer Gesandter am hiesigen Hof accreditirt werden soll[1]. Graf Seckendorff, der seit einigen Jahren in Weimar lebt und dessen Bruder dirigirender Minister in Baireuth ist, ist für diese Mission bestimmt. Er ist zugleich für den Hof von Ansbach und für den fränkischen Kreis bestimmt und wird in Mainz nur vorübergehend residiren.

In Chiffre theilt O'Kelly den Inhalt eines Briefes mit, den der Herzog von Würtenberg neuerdings an den Kurf. von Mainz gerichtet hat, und worin er ihn unter Hinweis auf die bedrohlichen Zeitverhältnisse sondirt über etwa von den deutschen Fürsten zu ergreifende Maßregeln. Der Brief ist vorsichtig und nur ganz allgemein gehalten und offenbar, wie auch der Kurfürst selbst es ausspricht, nur dazu bestimmt, ihn zu Explicationen zu bringen. Der Kurfürst verhält sich aber auch sehr reservirt und vorsichtig gegen den Herzog.

Seit diesem Brief ist der Herzog von Würtenberg schon wieder selbst hier gewesen; er hatte sich für eine Stunde angekündigt und blieb 1½ Tage. Aber der Kurfürst |: se méfie toujours de la liaison intime qui regne entre le Duc et le Ministre de Russie :|.

Parif. Arch. Zum Theil chiffrirt.

68. Seckendorff an Karl August von Weimar.

Würzburg, 14. April 1785.

[Bericht über seine Reise und Reisepläne.]

Seckendorff berichtet, die Dinge stünden in Würzburg, soweit es möglich, gut. Alles komme auf Kurmainz an. Er werde von hier nach Ansbach und Eichstädt, von dort vermutlich entweder direkt nach Mainz, Trier, Köln und Hanau gehen oder vorher noch Stuttgart, Karlsruhe, Zweibrücken und Speier besuchen.

Weim. St. A.

69. Edelsheim an Karl August von Weimar.

Karlsruhe, 23. April 1785.

[Entscheidende Nachrichten; Eindruck bei den Pedanten; Entschlossenheit Edelsheims; nun zur Gewinnung von Kurmainz; Hinblick auf Hofenfels und seine vermuthliche Verlegenheit.]

Das ist wahrhaftig in allem Betracht eine ganz unvergleichliche Post, gnädigster Herr, den [sic] uns der alte Graubart mitgebracht hat[2]. Ich bin über den Inhalt entzückt, und so sehr man auch more solito von dem Blitzstreich

[1] O'Kelly hatte dies schon in seiner Depesche vom 12. März 1785 angekündigt und als ein Zeichen der übereinstimmenden Richtung gegen den Wiener Hof bezeichnet.

[2] Das Schreiben Karl Augusts, auf welches sich dieser Ausruf bezieht, ist nicht vorhanden. Natürlich enthielt dasselbe Mittheilungen über die neuerdings in Berlin gefaßten Beschlüsse, über den Unionsentwurf vom 17. März und über die durch Seckendorff darüber in Weimar gemachten Eröffnungen.

dahier gerührt gewesen ist, weil es nun an die aktive Decision gehet, bei welcher uns immer wind und wehe wird, so ist doch gar kein Zweifel, daß wir Fuß bei dem Mal halten. Unsere Pedanten werden schreien, wie die gebeizten Hasen, und alles wird über mich herfallen. Aber sit ut sit! Mich sollen sie wohl nicht weichen machen. Und wäre es möglich, so unglaublich und unwahrscheinlich es auch ex antecedentibus ist, daß sie mich überschrieen, so bin ich bei Gott fest entschieden, daß ich dem sinnreichen Gemälde, das Ihr Brief enthält, nicht gleichen, sondern ipso momento quittiren will, und sollte ich mich auch mit Brod und Wasser nähren; aut — aut: da ist keine Mittelstraße . . .

Ich glaube, daß es nun der rechte Moment sei, um denenjenigen, die mich bei unserem letzten séjour in der Reichsstadt[1] fragten, spem affirmativae resolutionis zu geben, um daß sie von allen Enden im Feuer unterhalten werden. Hierzu muß ich aber von hier Erlaubniß haben, die ich nicht habe . . .

Nun wird H.[2] Probzeit kommen und der Moment erscheinen, in welchem ihn der Herr von L. B. [?][3] kennen lernt, weß Geistes Kind er ist. Denn ich will alles wetten, daß er den Schritt nicht leiden und thun wird, den man von ihm verlangt.

Ohnedem wird er nicht den Mund öffnen, ohne den Nachbarn[4] gefragt zu haben: Herr, dein Knecht ist hier, was willst Du, daß ich thun soll? Dort traut man ihm so wenig, als ich es thue, wird seine Anfrage im Herzen vermaledeien, aber doch nach dem gefaßten principio nicht anders als zum Stillsitzen rathen können. Das wird man ambabus ergreifen . . .

|: Was in Kassel vorgefallen, weiß ich. Ministerium hält fest, dem Landgraf wackelt der past [sic! ?] wegen der Kur; Dänemark wankt wegen Rußland. :|

Weim. St. A. Der letzte Passus chiffrirt.

---

70. Graf O'Kelly an den französischen Minister des Auswärtigen.

Mainz, 4. Mai 1785.

[Der Kurfürst von Mainz beunruhigt über die Pläne des Kaisers; Hinblick auf den Rheinbund von 1658; seine bedeutende Stellung im Reiche.]

In allen Unterredungen mit dem Kurf. von Mainz gibt dieser seine lebhafte Unruhe über die Pläne des Kaisers in Deutschland zu erkennen; diese wird gesteigert durch

---

[1] Bezieht sich auf die Verhandlungen zwischen Edelsheim und den kurmainzischen Räthen in Frankfurt a. M.; vgl. v. Ranke II. 268.

[2] Hofenfels?

[3] Unverständliche Chiffre; dem Sinn nach wäre Hertzberg oder der Prinz von Preußen zu vermuthen.

[4] Frankreich.

das umlaufende Gerücht, daß Frankreich mit dem Wiener Hof über das Schicksal Baierns verständigt sein soll. O'Kelly bemüht sich, diesen Verdacht bei ihm zu beseitigen.

L'Électeur m'a paru entrer dans mes sentimens à cet égard, et ayant tiré à cette occasion d'entre un tas de papiers, qui étaient sur son bureau, un ancien traité, qui lui était tombé, à ce qu'il m'a dit, sous la main en fouillant des papiers, il m'en a lu le préambule, qui annonçait la ratification d'un traité fait en 1656 [leg. 1658] entre plusieurs princes d'Empire et les ambassadeurs du Roy (l'un desquels était le Duc de Grammont), à l'effet de mieux assurer l'exécution du traité de Westphalie et de maintenir la constitution Germanique dans toute son integrité[1].

Cet incident m'a prouvé, que l'Électeur était très préoccupé des affaires actuelles de l'Empire et des recherches qui peuvent l'éclairer à cet égard.

Wenn der Kurfürst so viel Talent besäße, wie er Ehrgeiz und Eitelkeit besitzt, — sa vanité, qui fait peut-être le fonds de son caractère — und wenn er nachhaltigeren Fleiß und bessere Minister besäße, so könnte er in seiner Stellung jetzt eine große Rolle spielen.

Paris. Arch.

---

71. Der französische Minister des Auswärtigen Graf Vergennes an Graf O'Kelly in Mainz.

Paris, 29. Mai 1785.

[Unzuverlässigkeit des Herzogs von Würtenberg. Das bairische Tauschgeschäft aufgegeben. Frankreich Garant des westfälischen Friedens.]

Je pense que l'Électeur de Mayence n'a pas eu tort de se tenir sur la reserve, lorsque M. le Duc de Würtemberg l'a entretenu sur les affaires de l'Empire. Ce prince a trop de rapports avec les deux cours Impériales, pour que l'on puisse croire aveuglement à sa sincérité. Au reste il est à présumer, que M. le Duc de Würtemberg aura cherché à pénétrer les intentions de l'Électeur concernant la création d'un nouvel électorat; on nous assure du moins, que l'Empereur en est occupé et que ses vues sont fixées sur le premier de ces princes. —

Je ne suis pas étonné, Monsieur, de la part que l'on nous donne aux vues que l'on sapore à l'Empereur sur la Bavière, parceque l'Allemagne est remplie de politiques oisifs, qui arrangent toujours la conduite et les intentions des puissances, selon que leur imagination les leur présente. Mais il n'y a qu'une petite difficulté à celles que l'on nous impute: c'est qu'il n'a plus été question de l'échange de la Bavière depuis que la négociation de M. de Romanzow a échoué. Nous sommes du moins autorisés

---

[1] Der Rheinbund vom 15. August 1658. Es ist sehr bezeichnend für das traditionelle Gepräge der kurmainzischen Politik, daß der Kurfürst hier sofort auf das alte Werk seines Vorgängers Johann Philipp v. Schönborn aus der Mitte des 17. Jahrhunderts zurückgreift — und daß er den französischen Gesandten daran erinnert.

à penser ainsi, et Vous pourrez faire usage de cette notion, lorsque la circonstance s'en présentera naturellement.

Au reste, Monsieur . . . chaque fois que S. Alt. El. Vous parlera de nos principes relativement à l'Empire, Vous l'assurerez, que le Roi n'oubliera jamais, qu'il est garant des traités de Westphalie, et que ces traités sont la base de son alliance avec la Cour de Vienne.

Paris. Arch. Concept.

---

72. Karl Friedrich an den kaiserlichen Gesandten beim schwäbischen Kreise Freiherrn von Lehrbach.

Karlsruhe, 29. Mai 1785.

[Baden antwortet ausweichend auf die österreichischen Eröffnungen.]

Ich ersehe aus E. Exc. Schreiben vom 17. Mai[1] mit ausnehmendem Vergnügen die Erklärung, welche S. K. M. Denenselben in der Absicht zu thun allergnädigst aufgetragen haben, um dadurch die Eintracht und das Vertrauen im Reich für immer zu befestigen. Die Anträge des königl. preußischen Hofes, welche gedachte Allerhöchste Aeußerungen veranlasset haben sollen, sind an mich nicht geschehen, und ich muß sowohl daher als nach dem, was mir von denen Grundsätzen meiner Reichsmitstände bekannt sein kann, dahingestellt sein lassen, ob die Absichten einiger derselben durch die bei dem kaiserl. Ministerio eingelaufenen Nachrichten in ihrem wahren Licht dargestellt worden sind.

Wenn aber Ihre K. M. zu Beseitigung aller Beisorge gnädigst wünschen, daß eine gesetzmäßige Verbindung errichtet werden möge, welche unsere Reichskonstitution vor allen Abänderungen bewahren könne, so scheint mir hierzu eine vertrauliche Eröffnung der Reichsstände unter sich erforderlich zu sein.

Ew. Exc. werden durch Dero Schreiben an die Höfe, bei welchen Sie von Kaiserl. Majestät akkreditiret sind, hierzu ohne Zweifel Anlaß geben.

Ich werde mit Vergnügen und Eifer alles beitragen, was meine tiefste Devotion gegen des Kaisers Majestät und meine aufrichtigen patriotischen Gesinnungen erproben kann, zumal da ich immer eine gemeinsame Einverständniß

---

[1] Dasselbe war veranlaßt durch eine Note des Fürsten Kaunitz dat. Wien 11. Mai 1785, in welcher der Fürst den Gesandten aufforderte, im Namen des Kaisers an den Höfen, bei denen er akkreditirt sei, den Verleumdungen, als beabsichtige der Kaiser einen gewaltsamen Ländertausch oder andere Angriffe gegen die Freiheit der Stände und gegen die Reichsverfassung, entgegenzutreten und die Stände, welche sich hierdurch gefährdet glaubten, zu einer „förmlichen und feierlichen Verbindung" mit dem Reichsoberhaupte selbst zum Schutze der Verfassung aufzufordern; s. Schmidt a. a. O. S. 211 ff. 223 f.

für die größte Stütze des Reichs und für das einzige Mittel ansehe, um dessen Heil und Wohlfahrt zu befördern[1].

Der ich ꝛc.

Weim. St. A. Abschrift.

73. Edelsheim an Karl Friedrich.

Frankfurt, 4. Juni 1785.

[Zusammenkunft mit Karl August und dem Fürstbischof von Würzburg. Reise nach Mainz.]

Hier bin ich, aber noch habe ich keine Nachricht von Mainz und muß harren. Montags früh ging ich von Massenbach ab; . . . unglaublich schlechte Wege und Pferde machten, daß ich erst um zwei Uhr nach Mitternacht den 31. früh in Würzburg eintraf. Der Herzog[2] kam abends um 10 Uhr . . . Da fuhren wir nach Bischheim, weil der Fürst[3], den der Herzog sprechen mußte, zwei Stund davon sich aufhalten sollte, um Pfarreien zu visitiren . . . Früh am folgenden Tag ritt der Herzog zum Fürsten noch vier Stund Wegs weiter. Endlich gegen 12 Uhr fuhren wir Aschaffenburg zu, wo der Herzog und ich recht marode und krank ankamen, uns erholten und endlich ich anher und der Herzog nach Darmstadt abreisten. Soviel weiß ich durch G.[4], daß man mich in Mainz erwartet. Ich habe daher den Entschluß fest gefaßt, wenn der W. P. [?] nicht kommt, welches sehr erwünscht wäre, noch heute Nachmittag nach Mainz abzufahren. Habe ich morgen mit dem Kurfürsten gesprochen, so mache ich mich auf den Weg und komme Montag Nacht oder Dienstag früh zu E. Hf. D. Füßen, voll von wichtigen und erfreulichen Nachrichten. Auch zu Mainz habe ich keine andere zu erwarten.

74. Graf von Trautmannsdorff an Fürst Kaunitz[5].

Mainz, 8. Juni 1785.

[Bemühungen den Kurfürsten von Mainz für die preußische Ligue zu gewinnen. Edelsheim.]

Die „preußische Ligue" hat allem Anschein nach noch wenig Fortschritte gemacht. Auch hier in Mainz will man, wie es scheint, einen „Anwurf" machen,

. . . sowie deutlich wahrzunehmen ist, wie sehr hiesige Gegend, sonderlich aber der Zweibrücker, Darmstädter und der bekanntlich dem kaiserlichen Hof jederzeit

[1] Ueber die Mißdeutung, welche das obige Schreiben an Lehrbach in Berlin erfuhr, s. unten die Instruction Böhmers vom 21. Aug. 1785 (Num. 80) und das folgende Rechtfertigungsschreiben Karl Augusts von Weimar vom 29. Aug. 1785 (Num. 81).

[2] Karl August von Weimar.

[3] Der Fürstbischof von Würzburg.

[4] Vermuthlich G. A. Gmelin; s. die folgende Seite.

[5] Graf v. Trautmannsdorff seit Anf. Juni 1785 Nachfolger Metternichs auf dem Gesandtschaftsposten in Mainz. Seine Berichte sind sehr instructiv für die Geschichte der

abgeneigte, auf den hiesigen hingegen einen merklichen Einfluß zu haben scheinende badische Hof mit übelgesinnten, mehr oder minder bedeutenden Unterhändlern angefüllet ist, welche alle gemeinschaftlich zu Werk zu gehen scheinen; wie denn . . . der vormals am Wiener Hof als preußischer Gesandter[1] gestandene Freih. v. Edelsheim dieses Geschäft im Namen des Markgrafen von Baden eifrig betreibt. Dieser Mann, so schon vor einigen Tägen, nach einer mit oberwähntem v. Görtz in Frankfurt gehabten stillen Unterredung, von dort aus sich hierher begeben sollte, wird demnächstens hier gewärtiget, scheinet aber ganz verborgen bleiben zu wollen.

Wien. St. A.

75. Graf von Trautmannsdorff an Fürst Kaunitz.

Mainz, 11. Juni 1785.

[Der Kurfürst von Mainz schon unsicher. Der Herzog von Weimar und die andern thüringischen Fürsten.]

Deutliche Anzeichen lassen nicht bezweifeln, daß in der That auch bei dem Kurfürsten von Mainz schon bestimmte „Anwürfe“ in Betreff der preußischen Conföderation gemacht worden sind; das ausweichende Verhalten des Kurfürsten bei einem von Tr. provocirten Gespräch darüber war sehr auffallend.

Der Herzog von Sachsen-Weimar langte gestern Abends mit einem einzigen Bedienten von Darmstadt hier an, hatte vor der gewöhnlichen Akademie bei Hof eine Unterredung von beinahe einer Stunde mit dem Herrn Kurfürsten, erschien sodann öffentlich im Reisekleide und ging währender Gesellschaft noch ein zweites Mal mit Sr. Kf. Gn. in die Nebenzimmer. Morgen wird Herr Herzog von Sachsen-Meiningen und, wie man sagt, auch jener von Gotha allhier erwartet.

Die drei Herzöge wollen dann gemeinsam nach Coblenz und Bonn reisen, was vermuthlich auch mit der Sache der Conföderation zusammenhänge.

Wien. St. A.

76. Graf von Trautmannsdorff an Fürst Kaunitz.

Mainz, 15. Juni 1785.

[Eröffnungen Gmelins über die gute Gesinnung des Markgrafen von Baden. Zweifel an der Richtigkeit.]

P. S. Auch, gn. Herr, ist der hiesige General- und Ober-Marsch-Commissarius v. Gmehlin[2], welcher bei dem vorgewesenen Marsch-Geschäft in Franken

---

Mainzer Politik in dieser Zeit, besonders in der Unionsangelegenheit; speciell für Baden enthalten sie nicht viel. Trautmannsdorff verweist in Bezug auf dieses auf die Berichte Lehrbachs, zu dessen Ministerialbezirk Baden gehöre; doch sind auch dessen Berichte für Baden nicht sehr ausgiebig.

[1] Unrichtig; er war als badischer Gesandter in Wien gewesen.

[2] Georg Adam Gmelin, kurmainzischer Generalmajor und kur- und oberrheinischer Kreis-General-Quartiermeister.

zu dessen schleuniger Durchsetzung so eiferig mitgewirkt ... bei meiner hiesigen Ankunft, unter dem Vorwand mich sprechen zu wollen, geflissentlich anhero gereiset. Dieser Mann, so ein eifriger Protestant und dem Herrn Markgrafen von Baden, aus dessen Landen er gebürtig, von ganzem Herzen ergeben, zugleich aber dem Kaiserl. Allerhöchsten Hof nicht abgeneigt ist, hat in der ganzen hiesigen Gegend sehr bedeutende Bekanntschaften und einen wirksamen Einfluß. Bei seinem mir dermalen erstatteten Besuch versicherte er mich wiederholt, wie aufrichtig er meinem Allerh. Hof, ohne irgend einigem Interesse, auf welches er bei seinen ohnehin reichlichen Glücksumständen keine Rücksicht zu nehmen hätte, ergeben sei ꝛc. Zugleich bedauerte er, daß ich für den Herrn Markgrafen von Baden, so wegen der Grafschaft Sponheim ebenfalls zum oberrheinischen Kreis gehöre, mit keinem eigenen Beglaubigungsschreiben versehen sei, da er sicher wüßte, daß dieser Herr über eine von Kais. Maj. ihm hierunter bezeigte allergnäd. Rücksicht unendlich geschmeichelt gewesen sein würde. Wobei er sodann mich mit vielem Eifer zu überzeugen suchte, wie sehr man sich irre, wenn man den Herrn Markgrafen am kais. Hof als abgeneigt ansehe; er Gmehlin sei diesem Herrn, dessen Herz er ganz kenne, vollkommen ergeben, und zugleich doch gewiß gut kaiserlich ... Uebrigens sei er überzeugt, daß der blos zufällige Umstand der vom kur-brandenburgischen Gesandten am Reichstag zugleich verführt [sic.] werdenden badischen Stimme den einzigen Grund dieses Mißverstandes ausmache, welcher sich nie aufklären würde, wenn man osterwähnten Fürsten immer nach den nämlichen Grundsätzen behandle, ohne ihm die Möglichkeit zu verschaffen, dem Allerh. Hof das Gegentheil zu erproben.

Der v. Gmehlin wiederholte mir all dieses so oft, mit einem solchen Feuer und so vielem Anschein der Ueberzeugung, daß ich billiges Bedenken getragen, E. f. Gn. dieses lange Gespräch gänzlich verborgen zu halten, obschon ich das bekannte Benehmen des mehrberührten Herrn Markgrafen in allen Gelegenheiten, sonderlich aber dessen in gegenwärtigem Augenblick eintretenden eigenen Betrieb zu Durchsetzung der von Preußen angesonnenen Ligue im Reich als einen klaren Beweis ansehe, daß auf die diesfälligen Aeußerungen des v. Gmehlin wol keine Rechnung zu machen sei, und mir beinebst noch der Umstand bekannt worden, daß seine Anheroreise den eigentlichen Endzweck habe, die Bearbeitungen des H. Herzogs von Würtenberg zu Erhaltung der Kurwürde von Seiten Badens hier und an andern Kurhöfen möglich zu hintertreiben.

Wien. St. A.

---

77. v. Lehrbach an den Reichs-Vicekanzler Fürst v. Colloredo.

Ulm, 21. Juni 1785.

Er habe bei dem jetzt in Ulm versammelten schwäbischen Kreistag mit den badischen Kreisgesandten „wegen einsmalig gänzlicher Abstellung der holländischen Werbung in den gesammten badischen Landen nachdrücklich gesprochen". Der Markgraf sei jetzt nach Holland verreist zu seinem in Maastricht erkrankten Sohn, der als Generalmajor in holländischen

Diensten stehe; nach seiner Rückkehr wolle er ihn in Karlsruhe aufsuchen und sich des anderweitigen erhaltenen Auftrags [persönliche Abmahnung von dem Fürstenbund?] erledigen.

Später (München 22. Nov. 1785) berichtet dann Lehrbach, daß er von dem badischen Oberkämmerer und ersten Kreisgesandten (Georg Ludwig) von Edelsheim die Nachricht erhalten habe, „daß sowohl Werbung als Depot für die holländische Legion von Maillebois in der Stadt Kehl . . . abgeschlagen worden“[1], und überhaupt holländische Werbungen im Badischen jetzt ganz untersagt seien.

Wien. St. A.

78. Graf O'Kelly an den französischen Minister des Auswärtigen.

Mainz, 23. Juni 1785.

[Energische Haltung des Kurfürsten gegen den kaiserlichen Hof.]

Er habe mehrere eingehende politische Unterredungen mit dem Kurfürsten gehabt — [bei denen ihm, hier zuerst, eine Vorstellung von der im Werke begriffenen Union aufzugehen scheint][2].

Der Kurfürst hat den kaiserlichen Gesandten v. Trautmannsdorff darüber zur Rede gestellt, wie es jetzt mit dem bairischen Tauschproject wirklich stehe. Als Trautmannsdorff dabei etwas verlegen zu sein scheint, erklärt ihm der Kurfürst mit Nachdruck, der Kaiser dürfe nicht glauben, daß die Zustimmung auch sämmtlicher Agnaten einen solchen Vorgang legitimiren könne.

Il m'a ajouté, que l'Empereur pourrait bien se tromper en ne calculant jamais que ses forces: quatre cent mille hommes de troupes ne sont pas un titre pour envahir le bien d'autrui, ni pour troubler le repos d'un Empire, qu'on est chargé de protéger, et quelque grandes que soient ses forces, il ne doit pas oublier, que Charles-Quint, qui était plus puissant encore, a été arrêté dans ses projets par une petite armée de confédérés, qui n'avaient pour chef qu'un Électeur de Saxe.

Paris. Arch.

79. Edelsheim an Karl Friedrich.

Aschaffenburg, 6. Aug. 1785.

[Besuch bei dem Kurfürsten von Mainz in Aschaffenburg.]

Noch bin ich hier[3] und werde für morgen frühe, aber mit dem frühesten rechne ich, hier nicht abgehen können.

---

[1] Ordre des Markgrafen Karl Friedrich an das Amt Kehl, dem holländischen Werbeofficier für die Legion Maillebois, Obersten v. Kleinenberg, Werbung und Depot in Kehl zu untersagen (15. Sept. 1785).

[2] Die erste positive Nachricht von einem im Werk begriffenen Bündniß zwischen Berlin, Dresden und Hannover giebt O'Kelly erst in einer Depesche vom 16. Juli 1785.

[3] Edelsheim war auf dem Wege nach Karlsbad, wo er mehrere Wochen verweilte und noch einige Tage mit Goethe verkehrte, den er auch auf der Rückreise im September in Weimar besuchte (Briefwechsel des Großh. Karl August mit Goethe I. 50; Briefe an Frau v. Stein III. 174. 186).

Ich habe zwei Unterredungen mit dem Kurfürsten gehabt, die beide sehr interessant und ohngemein vergnüglich sind. Der Inhalt folgt von Würzburg; denn hier habe ich von früh morgens bis um Mitternacht nichts zu thun als spazieren, visitiren, parliren und mangiren.

Ich bin ausnehmend wohl empfangen worden und werde nur unter der Zusage weggelassen werden, im Rückweg wieder anzusprechen. Dies möchte nun der Fall sein, in welchem ich zum ersten Mal meines Lebens einem Churfürsten des heil. röm. Reichs mein Wort nicht hielte.

---

80. Instruction für den königl. preußischen Gesandten Geh. Legationsrath von Böhmer[1].

Berlin, 21. Aug. 1785.

[Gesandtschaft nach Karlsruhe; bedenkliche Nachrichten über die Haltung des Markgrafen dem Kaiser gegenüber; ist dennoch zum Beitritt zur Union aufzufordern.]

... Wenn der rc. von Böhmer zu Zweibrück ist und dort das nöthigste berichtiget hat, so kann er mit dem von Hofenfels überlegen, wo es am nöthigsten ist, zuerst hinzugehen, zu dem Markgrafen von Baden oder zu dem Landgrafen von Darmstadt. In Ansehung des Markgrafen von Baden ist zu bemerken, daß derselbe sonst für einen sehr wohlgesinnten, patriotischen Fürsten passiret, auch Sr. Majestät vielen Dank schuldig ist, indem Sie ihm gegen den kaiserlichen Hof, der ihn beständig drücket, vielfältig mit Rath und That beigestanden, auch die Garantie seiner Landes- und Religionsverträge übernommen; indessen entstehet doch ein Zweifel über sein Betragen, weil er dem Kaiserl. Hofe in seiner Antwort versichert[2], daß er keine andere Verbindung als sub auspiciis Caesaris eingehen werde, und stehet also dahin, ob er sich zu dem Beitritt entschließen wird, worüber der von Böhmer vielleicht schon zum voraus einige Nachricht von dem Fürsten von Dessau, der mit dem Markgrafen sehr liirt ist, wird erhalten können. Es sei damit, wie es wolle, so muß der rc. von Böhmer zu einer Zeit, wo er es am dienlichsten findet, nach Karlsruhe zu dem Markgrafen von Baden hingehen, ihm sein Kreditiv, die Erklärung und die Hauptkonvention übergeben und ihn zum Beitritt, so wie die übrigen Fürsten einladen. Vermuthlich wird der König von England, der mit dem Markgrafen in einem genauen Vernehmen steht, gleichfalls jemanden, und zwar einen Herrn von Knebel, an ihn schicken ...

Berlin St. A. Concept.

---

[1] Ueber Böhmer s. oben S. 25. Seine Mission war, die Höfe von Dessau, Weimar, Gotha, Kassel, Mainz, Zweibrücken und Karlsruhe zu besuchen und zum Anschluß an den Fürstenbund zu bestimmen.

[2] S. oben Num. 72 das Schreiben an Lehrbach, dessen Inhalt offenbar in Berlin entstellt wiedergegeben worden war (durch Hofenfels?).

81. Karl August von Weimar an den Prinzen von Preußen.

o. O. 29. Aug. 1785.

[Der Herzog vertheidigt den Markgrafen und Edelsheim gegen die beim Prinzen wider sie erhobenen Anklagen.]

. . . V. A. R. connaissait le Margrave de Bade; je La supplie pour l'honneur de l'humanité, de ne le jamais méconnaître. Le rapport qu'on a fait, que sa réponse au circulaire de l'Empereur avait été peu patriotique, est — pour rompre le mot — faux[1]. Je n'ai pas vu la réponse, mais Gœthe et des gens sûrs l'ont vue, et ils donnent tous le témoignage, qu'elle a été conçue dans des termes convenables, modérés et comme il convenait à un prince de l'Empire d'écrire à l'Empereur qui, quoiqu'il soit notre chef, ne fait pas tout pour mériter la confiance de ses coétats . . .

La bonté de Son cœur Lui fera sentir, combien il doit être disgracieux, de se voir méfier à ceux qui savent, que ce n'est point leur intérêt qui les a poussé à faire leur devoir; je suis persuadé, j'ose avoir cette satisfaction, qu'Elle rendra toujours justice aux sentiments du Margrave de Bade; ce serait empoisonner ses jours, s'il apercevait, que V. A. R. peut jamais avoir le moindre doute sur la sûreté de son caractère.

Les ministres qui servent bien leurs maitres partagent les travaux de la charge de prince, sans en retirer les agréments, . . . les bien pensants entre eux, — ce n'est que de ceux dont je parle, — n'ont d'autres avantages qu'ils partagent avec leurs maitres, que l'honneur qui rejaillit sur ceux qui administrent bien leur charge; — c'est le cas du Baron d'Edelsheim. Les peines qu'il se donne pour bien mener les affaires de Bade et l'effet de ses travaux est connu; comment il a conseillé son maître à l'affaire de l'union jusqu'à présent, a été aperçu par V. A. R.; qu'a-t-il fait qui puisse lui mériter la mauvaise réputation, que de faux rapporteurs tâchent de lui donner? par quoi a-t-il mérité, que l'on puisse se douter seulement, qu'il conseille son maitre de rétracter sa parole donnée et de ne point s'unir aux états patriotiques? J'ai marqué, il y a quelque temps, à V. A. R. un passage d'une lettre d'Edelsheim, dans laquelle il m'assurait que, si jamais un mauvais conseil peuve (sic) changer le Margrave, son maître, d'avis, qu'il quitterait le service[2]. Edelsheim m'est connu depuis très longtemps et très particulièrement; il m'a toujours paru être honnête homme, et je puis garantir pour lui et pour son maître. . . .

Berl. St. A. Abschrift.

---

[1] Vgl. oben Num. 72.

[2] Oben Num. 69.

82. Graf Hertzberg an Karl August von Weimar.

Berlin, 6. Sept. 1785.

[Beitritt Weimars zur Union; man hofft auch auf den Badens.]

. . . J'ai appris avec la plus grande satisfaction de S. A. R. Msgr. le Prince de Prusse, que V. A. S. a déjà signé Son accession à notre union [1] et qu'Elle nous donne les meilleures espérances du côté de Msgr. le Margrave de Bade, aux sentiments duquel digne Prince j'ai toujours rendu justice, ainsi que du côté de l'Électeur de Cologne. [2] . .

Weim. St. A.

83. Böhmer an Graf Hertzberg.

Frankfurt a. M., 11. Sept. 1785.

[Der Fürst von Dessau reist über Karlsruhe und wirkt dort für die Sache der Union.]

. . . Pour ce qui est de S. A. S. le Prince de Dessau, . . . je me suis séparé de lui à Gotha[3], d'où il est allé en droiture à Carlsrouhe dans l'intention de pousser plus loin dans la Lorraine, pour se faire guérir d'une rupture. . . . Gracieux comme il est, il m'a promis de son propre chef de vouloir me prévenir, au cas que contre toute attente on pourrait trouver des anicroches à la cour de Bade. . . .

Berl. St. A.

84. Der französische Minister des Auswärtigen an Graf O'Kelly in Mainz.

Versailles, 12. Sept. 1785.

[Hoffnung auf die Neutralität von Kurmainz in der Unionssache.]

Je présume que le Roi de Prusse ne manquera pas de communiquer à Mayence le traité relatif à l'association de Berlin. Mais je suis persuadé d'avance, quels que soient les principes de l'Electeur, que ce Prince jugera devoir n'y prendre aucune part. Il croira sans doute, que sa qualité d'Archi-Chancelier de l'Empire lui impose l'obligation de se tenir dans une mesure égale entre les cours de Vienne et de Berlin.

Paris. Arch. Concept.

---

[1] Karl August von Weimar trat dem Haupttractat des am 23. Juli 1785 zwischen Preußen, Sachsen und Hannover abgeschlossenen Fürstenbundes bei am 29. Aug. 1785, dem geheimen und dem geheimsten Artikel am 10. März 1786.

[2] Ueber die der Union geneigte Stimmung des Kurfürsten Maximilian von Cöln (Bruder Josephs II.) s. auch Dohm Denkwürdigkeiten III. 103.

[3] Ueber die Thätigkeit Böhmers an den kleineren Höfen vergl. auch die (sehr nachlässig gemachten) Auszüge aus den Depeschen Lehrbachs aus dieser Zeit, welche Seb. Brunner Der Humor in der Diplomatie und Regierungskunde des 18. Jahrhunderts (Wien 1872) I. 281 f. mittheilt.

85. Karl August von Weimar an Karl Friedrich.

Weimar, 20. Sept. 1785.

[Edelsheim in Weimar; er hat eine Abschrift der Accessionsakte erhalten.]

. . . Noch immer habe ich etwas Hoffnung gehabt, Sie hier zu sehen und Ihnen das mündlich sagen zu können, was ich nun leider jetzt schriftlich thun kann; da aber der Fürst von Dessau kam und von hier zu Ihnen ging, so mußte ich alle Hoffnung aufgeben, und nun benutze ich die Gelegenheit von Edelsheims[1] Erscheinung, um mich in Ihr Andenken zurückzurufen. . . .

Der Geh. Rath, welcher wie ein Ballon aërostatique reiset und überall nur so vorbeistreichet, daß man bei hellem Wetter sagen kann, man habe ihn vorbeistreichen sehn, hat hier bei mir die Associationsakte gesehn, und ich habe ihm Abschrift davon für E. D. mitgegeben.

Ist nun zwar dieses großes Werk nicht in allen seinen Theilen so zu Stande gekommen, wie wir es uns gedacht hatten, so ist doch wenigstens die Hauptsache erfüllt und jedem guten patriotischen Fürsten das seinige gesichert und ihm Gelegenheit gegeben, sicher seine und seiner Mitstände Rechte zu vertheidigen. . . .

Eigenhändig.

---

86. Instruktion für den hannöverischen Legationsrath Christoph Wilhelm von Knebel.

o. O. 22. Sept. 1785.

[Verhandlung mit dem badischen Hofe über seinen Beitritt zur Union[2].]

Das Ministerium bespricht die Gründe, welche den König veranlaßten, den Fürstenbund abzuschließen. Auf den Beitritt des Markgrafen von Baden habe er besonders rechnen zu dürfen geglaubt und es daher mit Vergnügen übernommen, denselben dazu auffordern zu lassen. Knebel erhält daher nebst der Vollmacht für die Verhandlungen den Auftrag, zunächst dem badischen Ministerium und nach Gutdünken auch dem Markgrafen mündlich den Zweck seiner Mission zu eröffnen, unmittelbar darauf eine Note im Sinne der Instruction zu übergeben, sowie Abschriften der Vollmacht und der Konvention der drei Kurhöfe beizulegen. Erkläre sich dann, wie man erwarte, der Markgraf zur Accession bereit, so habe Knebel die Originalvollmacht zu überreichen und dadurch sich zum Abschluß des Vertrages zu legitimiren, sowie den gegenseitigen Austausch der Accessions- und Acceptationsurkunden zu vermitteln.

---

[1] Vergl. oben S. 100 Anmerkung 3.

[2] Der Aufsatz Gödekes: „Hannovers Antheil an der Stiftung des deutschen Fürstenbundes" im Archiv des hist. Ver. für Niedersachsen, Jahrg. 1847 S. 65 ff. reicht nur bis zum Abschluß und zur Ratification des Unionstractates (Aug. 1785). Das hannöverische Ministerium hatte sich schon beim Abschluß desselben bereit erklärt, die Verhandlung mit dem badischen Hofe über seinen Beitritt zu führen (Schmidt a. a. O. S. 312); der damit beauftragte Chr. W. v. Knebel war hannöverischer Resident beim schwäbischen Kreise und in gleicher Eigenschaft auch in Karlsruhe accreditirt (dat. St. James 17. Juni 1785). Für die folgenden Verhandlungen vgl. den Text des „Associations-Tractates" vom 23. Juli 1785, nebst den geheimen und geheimsten Artikeln ebendas., S. 298—310.

Preußischerseits habe man den Legationsrath von Böhmer mit gleichen Aufträgen an verschiedene deutsche Höfe geschickt; es sei daher möglich, daß derselbe auch in Karlsruhe erscheinen werde. Für diesen Fall wird Knebel instruirt, denselben sofort von dem Gange der Verhandlungen zu unterrichten und ihm zu überlassen, wie weit er gemeinsam mit dem hannöverischen Bevollmächtigten vorgehen wolle. —

In einer Nachschrift wird Knebel weiter beauftragt, sobald der Markgraf der Konvention beigetreten sei oder wenigstens seinen Beitritt positiv zugesichert habe, den Inhalt der beiden geheimen Artikel mitzutheilen, ohne jedoch vorerst eine Abschrift zu übergeben, und dieselben zur Annahme vorzuschlagen. Trage man in Karlsruhe Bedenken, so habe er strengste Geheimhaltung seiner Eröffnungen anzuempfehlen; zeige man dagegen sich geneigt, so habe er auch die zu diesem Zwecke erforderlichen Dokumente auszufertigen.

Hannov. St. A. Concept. Die Ausfertigung wird durch Kurier Knebel nach Karlsruhe nachgesandt und ihm am 25. Sept. eingehändigt.

---

87. Knebel an König Georg III. von England.[1]

Karlsruhe, 27. Sept. 1785.

[Beginn der Unterhandlung in Karlsruhe; allgemeine Geneigtheit und specielle Bedenken.]

|: Knebel zeigt den Empfang der Depeschen vom 22. Sept. an. Er habe gestern mit den Geheimen Räthen vorläufig von der Sache gesprochen und ihnen heute ein dem Inhalte seiner Instruction entsprechendes Promemoria zugestellt. Man habe sich badischerseits bisher nur im allgemeinen, aber immer beifällig über die Angelegenheit geäußert und nur darauf hingewiesen, daß Baden wegen seiner Prozesse bei den Reichsgerichten, sowie wegen seiner Lage zwischen Oesterreich und Frankreich seine Schritte behutsam abmessen müsse. Den Markgrafen habe er einstweilen durch den Geh. Rath von Edelsheim von seinem Auftrage benachrichtigen lassen. :|

Hannov. St. A. Chiffrirt.

---

88. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 28. Sept. 1785.

[Knebels Promemoria.]

. . . Das Kneblische Promemoria wird wohl erfordern, nunmehr über die Behandlungsart dieser wichtigen Sache sich zu entscheiden. Wollen E. Hf. D. hierüber meine unterth. Meinung wissen, so erwarte ich Befehl, wenn ich kommen soll. —

---

[1] Die Berichte Knebels sind formell immer an den König gerichtet; die Antworten werden von dem hannöverischen Ministerium erlassen. Zur Charakteristik von Knebels diplomatischen Leistungen s. u. das Schreiben von Edelsheim an Karl August von Weimar dat. 25. März 1786.

89. Graf Herzberg an Karl August von Weimar.

Berlin, 1. Octob. 1785.

[Die Irrung über die badische Depesche an Lehrbach ist aufgeklärt.]

. . . Je Lui fais mes remerciments respectueux de ce qu'Elle a bien voulu me procurer une copie exacte de la réponse que Msgr. le Margrave de Bade a faite à la lettre du ministre Impérial.[1] J'ai été très charmé d'être par cette pièce confirmé dans la persuasion que j'ai toujours eue des sentiments patriotiques de ce digne Prince, et desquels je n'ai jamais douté, malgré l'incertitude qu'on a voulu nous inspirer par un extrait imparfait de la susdite réponse. On est trop raisonnable ici pour trouver à redire, que les princes qui se trouvent dans le centre de l'Empire s'exposent par des explications trop claires et trop hardies; nous n'en sommes pas moins persuadés, qu'ils se montreront en temps et lieu comme de véritables patriotes. . . .

Weim. St. A.

90. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 5. Oct. 1785.

[Bedenken des Präsidenten von Hahn in Bezug auf den Beitritt zur Union.]

|: Am 3. d. M. habe ihm der Geh. Rath von Hahn[2] eröffnet, welche Bedenken der Markgraf bezüglich seines Beitrittes hege, und in dessen Auftrage die Anfrage an ihn gerichtet, ob die paciscirenden Höfe derartige Maßregeln verabredet, welche geeignet wären, den Markgrafen gegen jeden gewaltsamen Angriff, besonders aber gegen eine nachtheilige Entscheidung seiner Processe bei den Reichsgerichten sicher zu stellen. Knebel wies darauf hin, daß solche Maßregeln allerdings in der Konvention vorgesehen seien und in der Natur des Bündnisses selbst lägen; seine Vorstellungen befriedigten Hahn jedoch nicht. Der Markgraf, mit dem Knebel am 4. d. M. zu sprechen Gelegenheit gefunden, äußerte sich in gleichem Sinne wie sein Minister. :|

Hannov. St. A. Chiffrirt.

91. Badisches Gegenpromemoria an den Gesandten v. Knebel[3].

Karlsruhe, 6. Oct. 1785.

[Der Markgraf erklärt sich, die Gewährleistung gewisser Garantieen vorausgesetzt, zum Beitritte bereit.]

Auf das von dem Ministerresidenten von Knebel überreichte Promemoria, dat. 27. Sept. 1785, erwidert das badische Ministerium, daß es die darin enthaltenen Grundsätze voll-

---

[1] Vgl. oben Num. 72.

[2] August Johann v. Hahn (geb. 1725(?) gest. 1788) aus Thüringen gebürtig, bald nach dem Regierungsantritt Karl Friedrichs in badische Dienste getreten, jetzt Regierungspräsident und Vorsitzender des Geh. Rathes; galt als wichtigste Autorität in Sachen der inneren Verwaltung, aber nicht ohne Kleinlichkeit und Pedanterie; s. über ihn v. Drais II. Beilagen S. 93. Brunn Briefe über Karlsruhe S. 148 ff. Nebenius-Weech S. 202.

[3] Unterzeichnet von Hahn und Edelsheim.

kommen billige. Der Markgraf erkenne die geschehene Einladung zum Beitritte zur Union nicht nur mit Dank an, sondern sei auch, soweit es sich um die quaestio an handle, bereit, sich derselben anzuschließen. Wie man aber bereits mündlich dem Herrn von Knebel eröffnet, erfordere die Lage und die Verhältnisse des badischen Hauses vor Unterzeichnung der Accessionsurkunde eine Aufklärung über verschiedene Punkte.

Man sehe den Erläuterungen des kurhannöverischen Ministeriums entgegen und lege zugleich eine die bei der Unterredung mit Knebel ebenfalls erwähnten badischen Hauptprocesse betreffende Note bei[1].

Berl. St. A. Abschrift.

92. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 11. Oct. 1785.

[Stimmung in Karlsruhe. Die Mission des Grafen Romanzow und ihr Erfolg.]

Knebel übersendet das badische Gegenpromemoria vom 6. d. M.

|: Man hat mir dabei zu verstehen gegeben, daß, wenn vorerst Kurmainz und Zweibrücken accediret sein würden, alsdann der hiesige Hof gar viel weniger Schwierigkeit zur gleichmäßigen Accession finden werde. Es scheint überhaupt, daß man hier zwar mit denen in der Konvention enthaltenen Grundsätzen und Gesinnungen vollkommen übereinstimmet, auch bei jeder Gelegenheit die nämliche Sprache führen wird, nur aber vor der Formalität der Accessionsakte, als vor etwas die hiesige Sphäre übersteigendes, sich etonniret.

Unterdessen habe ich auch erfahren, daß der jüngst hier gewesene russische Gesandte, Graf von Romanzow, den Auftrag hatte, des Herrn Markgrafen Durchlaucht von dem Beitritt zur Association abzumahnen. Worauf jedoch S. D. Sich sehr standhaft und mit vieler Würde geäußert und dem besagten Gesandten erkläret haben, daß Sie Sich in Ihrer Befugniß, rechtmäßige Bündnisse einzugehen, auf keinerlei Art beschränken ließen[2].

Demohngeachtet mag es wohl sein, daß man hier auf jene Abmahnung Reflexion nimmt, da der russischen Kaiserin Majestät sich zu Gunsten der in Wien anhängigen Processe des hiesigen Hofes bishero viel verwendet haben sollen[3].

Hannov. St. A. Chiffrirt.

---

[1] Als solche Processe werden darin angeführt:
der Syndikatsproceß mit Bürgern der Stadt Baden,
die Geroldseck-Mahlbergische Streitsache,
die „Sieben-Dörfer-sache" — (das Hochstift Speier sprach die Hälfte von sieben in der Grafschaft Eberstein gelegenen Dörfern als heimgefallenes Lehen an), —
der Proceß mit dem Nonnenkloster Frauenalb,
der Proceß mit dem Kloster Schwarzach betr. die Landeshoheit und endlich
ein Proceß gegen die Familie von Lützelburg.

[2] S. über den Besuch Romanzows in Karlsruhe w. u. den Bericht des Petersburger Residenten Koch an Edelsheim, dat. Petersburg 26. Nov. 1785.

[3] Am folgenden Tage begab sich Knebel nach Zweibrücken, um die Accession des dortigen Hofes zu betreiben, fand aber die Angelegenheit bereits durch Böhmer erledigt und kehrte daher nach einigen Tagen wieder nach Karlsruhe zurück.

93. Edelsheim an Karl August von Weimar.

Karsruhe, 12. Oct. 1785.

[Knebel nach Zweibrücken abgereist. Zusammenkunft des Markgrafen mit dem Herzog von Zweibrücken in Mannheim.]

... Heute frühe ist endlich der hannöverische Resident von Knebel von hier abgereist ... Er ist mit klingendem Spiel und vieler Zufriedenheit auf dem Weg nach Zweibrücken, wo er kürzere Arbeit haben wird; denn Serenissimus ille und Max, sein Bruder, haben, wie man mich versichert, bereits signiret, ... Mainz kaut wie wir am quomodo. Das, was Sie mir durch Ihren letzteren Brief mitgetheilet haben, hatte man uns gleich bei meiner Ankunft ministerialiter zukommen lassen; wenn Sie aber von B. und D. die responsa haben, so bitte ich ja, solche nicht für sich zu behalten. Was ich Ihnen kommunicirt habe, hatte man bereits ad locum ubi von hier gesandt und war von dort sehr mißbilliget worden. Das macht mir immer mehr Lusten, Ihnen das wahre erste Original zu zeigen. Doch kann dieses Mißfallen causa non responsionis sein.

S^mi Badensis et Bipontinus haben sich in Mannheim entrevuiret. Quod bene factum erat et bene decurrit. Im principio war die Sache wie bei der Schöpfung; doch nach und nach ging die Sonne auf, und die materia wurde complimentos erwärmt, so daß ein zweiter Auftritt auf die letzte Hälfte des künftigen Monat Novembers con amore abgeredet worden ist. Maximilianus erat perplexus, praecipue erga mihi et non tantum male eduxi mihi. Age ambo fratres et sum contentissimus.

Weim. St. A.

---

94. Der französische Minister des Auswärtigen an Graf O'Kelly in Mainz.

Fontainebleau, 23. Oct. 1785.

[Verweis wegen allzu eifrigen Auftretens gegen die preußische Union; strenge Neutralität zu halten.]

Der Minister mißbilligt, daß O'Kelly in seinen Verhandlungen am kurmainzischen Hofe allzu lebhaft gegen den Beitritt des Kurfürsten zu der „association de Berlin» aufgetreten sei[1] —

parceque le systéme du Roi est de demeurer passif à l'égard de cette même association, et que Vous avez mis S. Alt. El. dans le cas de supposer le contraire ... Le Roi ne veut ni favoriser ni contrecarrer les progrès de l'association de Berlin; d'après cela il lui convient, que ses Ministres se tiennent dans la plus grande reserve à cet égard, et qu'ils laissent les [leg. aux] princes, auprès desquels ils sont accrédités,une entière liberté de prendre le parti qu'ils croiront convenable à leurs intérêts ou à leur position.

Paris. Arch. Concept.

---

[1] Der officielle Beitritt des Kurfürsten von Mainz zur Union erfolgte am 18. October 1785. Über das Verhalten O'Kelly's dabei s. Pertz Leben Stein's I. 65 ff.

Den gleichen Verweis wiederholt Vergennes kurz darauf sehr eindringlich in einem Schreiben an O'Kelly dat. Fontainebleau 28. Oct. 1785: der Gesandte habe seine Zuschrift vom 12. Sept. falsch verstanden (s. oben Num. 84); dieselbe habe nur eine persönliche Erwartung über das vermutliche Verfahren des Kurfürsten von Mainz ausgesprochen, nicht eine Weisung zu so directem Eingreifen. O'Kelly soll stricte Neutralität halten.

95. Das hannöverische Ministerium an Knebel.

26. Oct. 1785.

[Knebel erhält Instruktion für die dem badischen Ministerium zu ertheilende Antwort.]

Das Ministerium drückt sein Befremden darüber aus, daß man in Karlsruhe so viel Bedenken äußere, und beauftragt Knebel, das Gegenpromemoria im wesentlichen schriftlich dahin zu beantworten, daß der König mit Genugthuung die vorläufige willfährige Erklärung des Markgrafen, der Union beizutreten, vernommen habe und hoffe, „die annoch vorgängig desiderirten Aufklärungen würden der wirklichen Bewerkstelligung des Beitritts keinen Aufenthalt geben". Der Markgraf dürfe versichert sein, daß der König den Antrag, wenn er mit irgendwelcher Gefahr für Baden verbunden wäre, gar nicht gestellt haben würde. Die Association könne freilich ihrer Natur nach nicht auf einzelne Partikularinteressen gerichtet sein; anderseits gewähre aber doch ihr ganzer Zweck und Inhalt, vorzüglich die Art. 4, 7, 8 und 9, jede beruhigende Versicherung, die man nur irgend verlangen könne.

Hannov. St. A. Concept.

96. Böhmer an König Friedrich von Preußen.

Karlsruhe, 31. Oct. 1785.

[Bericht über den Gang der Verhandlungen zu Karlsruhe. Unentschlossenes Zögern und seine Gründe; schließlich doch Beitritt zu erwarten.]

|: Den 24. kam allhier an, traf jedoch des Markgrafen zu Baden Durchlaucht nicht zu Hause, indem Sie mit Ihrem Minister von Edelsheim nach Schwetzingen gereiset waren, um daselbst den Herrn Fürsten von Dessau bei dessen Rückkunft aus Frankreich zu sprechen, von dannen Sie den 27. zurückkamen, so daß ich erst am folgenden Tag zur Audienz kommen konnte. Fast zu gleicher Zeit langte auch der am schwäbischen Kreise akkreditirte hannöverische Ministerresident von Knebel allhier an und referirte mir, wie er schon seit anfangs vorigen Monats sich dahier aufgehalten und die Einladung verrichtet habe ... In Ansehung des hiesigen Hofes hinterbrachte mir der von Knebel, wie er mit demselben schon seit mehreren Wochen in schriftlichen Unterhandlungen stehe, und man bald anfangs alle Neigung zur Accession selbst bezeiget, jedoch allmählich so viele Schwierigkeiten rege gemacht habe, daß er an einem glücklichen Ausgange fast zweifeln müsse. Bevor man sich definitive erklären und zum förmlichen Beitritt entschließen könne, verlange man weiter nichts als die Garantie über sieben wichtige, beim Reichshofrath schwebende Prozesse und die Sicherstellung für ein oder den

andern Angriff, den die geographische Lage der markgräflichen Lande am ersten befürchten ließe . . . Der von Knebel setzte hinzu, wie er bereits unterm 3. dieses diesen unerwarteten Vorfall . . . einberichtet habe und der näheren Instruktion alle Tage entgegensehe, weswegen er mich inständigst bat, ihm, wo er fast an einem gewührigen Erfolge desperiren müsse, behülflich zu sein, meinen gefaßten Vorsatz, sofort nach verrichteter Einladung wiederum von hier abzugehen, fahren zu lassen und hauptsächlich den Geh. Rath Präsidenten von Hahn verständigen zu helfen, von welchem eigentlich alle jene Schwierigkeiten herkommen und der damit Gehör bei dem Herrn Markgrafen zu Baden finde.

In der hierauf bei Sr. D. gehabten Audienz . . . nahmen Sie das Beglaubigungsschreiben sowie beschehene Einladung aufs ehrerbietigste an und gaben mir überhaupt zu erkennen, wie Sie sich schmeichelten, daß Ihre wahren, patriotischen Gesinnungen . . . E. K. M. ohnehin bekannt wären und, so wie diese allezeit unveränderlich bleiben, Sie auch nach solchen Ihren Beitritt zu der Ihnen angetragenen Verbindung sofort zu erklären kein Bedenken gefunden haben würden, wenn nicht Ihre vorzüglich kritische Lage in Hinsicht auf Ihre Lande sowohl, als auf Ihre Proceßangelegenheiten beim Reichshofrath Ihnen eine reifere Erwägung zu erfordern geschienen. Sie hätten Sich daher nicht entbrechen können, Ihre diesfalls habende Besorgnisse zuvor durch den von Knebel denen höchsten unirten Höfen zu kommuniciren, und wünschten nichts mehr, als daß solche gehoben werden könnten, welchenfalls Sie an der allen Ständen so heilsamen Verbindung öffentlich Theil nehmen und Ihren forthinigen Beitritt zu vollziehen ohnentstehen würden. Sie bäten indessen, daß E. K. M. solche Aeußerung Ihrer habenden Besorgnisse nicht als einen Mangel des Vertrauens, sondern für eine Nothwendigkeit anzusehen geruhen möchten, in die Sie sich leider wider Ihren Willen in diesen Umständen versetzt sehen müßten. Ohnerachtet ich nun hiergegen alle möglichen Betrachtungen erschöpfte, ich auch nachher mit dem von Hahn weitläuftig und zu wiederholten Malen mich unterhielt, so war dennoch vor der Hand eine gewürigere Erklärung nicht zu bewirken, und ist nunmehr auch nach dem, was mir der Geh. Rath von Edelsheim, welcher selbst mit denen gewohnten Weitläuftigkeiten des von Hahn höchst unzufrieden ist, im Vertrauen eröffnet hat, wirklich nicht eher zu erwarten, bis die Antwort derer höchsten unirten Höfe von Hannover eingegangen sein wird.

Um übrigens zugleich bemerklich zu machen, daß ich gegen die dahier vorgefundene ausnehmende Kleinmüthigkeit alle nur erfindlichen Argumente hervorgesucht . . . so muß noch anzeigen, wie sogar schon soweit gegangen bin, dem von Hahn verständlich zu machen, daß es nicht nur etwas unbilliges und ganz ungewöhnliches sei, über Processe zum voraus Garantien zu begehren, die im Rechtsgange begriffen, zum Theil auch noch nicht ganz bis zum Spruch instruiret sind, so daß man sie zu übersehen im Stande sei, sondern daß die höchsten unirten Höfe ohne allen Zweifel sodann, wenn sie von des Herrn Markgrafen Beitritt

förmlich versichert wären, zuverlässig kein weiteres Bedenken haben würden, sich mit Ihnen wegen der Maßregeln näher einzuverstehen, welche zu Ihrer und Ihro Lande Sicherstellung für alle etwaige feindliche Behandlungen und Angriffe am dienlichsten erachtet werden könnten, bis dahin aber die in beiderlei Hinsicht in dem Associationstraktat enthaltenen Vorsehungen Ihro D. vermuthlich sufficient genug scheinen würden, auch in der That vor der Hand vollkommen hinreichend seien und von keinem derer Höfe, mit denen ich bis hierher die Accession berichtiget, anders angesehen worden wären. Dieser Wendung habe mich vornehmlich deshalb bedienen zu müssen geglaubt, weil der von Hahn sich hauptsächlich daran zu stoßen schien, daß in jenen Fällen von Eingriffen, Beschränkungen der ständischen Gerechtsame, sowie über Vergewaltigungen erst alles auf nähere Deliberationen der unirten Herrn Kurfürsten ausgesetzt sei, woraus er in Hinsicht auf seinen wegen der Lage der Lande und der Entfernung von denen unirten Höfen am meisten exponirten Herren den voreiligen Schluß zu ziehen sich veranlasset fand, daß, ehe denn jene Deliberation und Einverständniß von Wirkung sein und hiernach auf schleunige Hilfe und Beistand diesseits gerechnet werden dürfe, Ihro D. ohnfehlbar schon der empfindliche Streich versetzt und Ihrem Lande der unwiederbringlichste Schaden zugefügt sein könne. Jedoch ist bei alledem nicht ohne, daß obangezeigte hierwider angeführte Argumente, besonders nachdem ich von dem schon geschehenen Beitritt anderer Höfe habe Zusicherungen geben können, großen Eindruck allhier hervorgebracht haben, sodaß gleich auch selbst der ganz wohlgesinnt scheinende Baron von Edelsheim vermeinte und mir vertraulich zu erkennen gegeben hat, daß diese Negociation ohnfehlbar in die gegenwärtige Lage nicht gekommen sein würde, wenn ich nicht darin durch den von Knebel präveniret wäre, welcher auf nichts weiter instruirt zu sein scheine, als den Traktat zu kommuniciren, und, was man ihm dagegen einwenden werde, zu referiren, welches er auch pünktlich also gethan habe. Ich habe daher diese gewürigeren Gesinnungen des von Edelsheim durch den Antrag zu nutzen gesucht, daß man, ohne jene Antwort abzuwarten, um so mehr zum Abschluß schreiten möchte, als man nunmehr selbst vorauszusehen scheine, wie solche ausfallen könne. Allein auch dieses suchte man nunmehr unter dem Vorwand zu dekliniren, um nach nun einmal gethanem Schritte nicht erst Anlaß zu neuem Anstoß denen unirten Höfen zu erwecken, welche, gleichwie man supponiret, darüber jetzt ohnfehlbar kommuniciren werden. Es ist demnach meines wenigen Ermessens mehr denn zu klar, daß einestheils die übertriebene Furcht vor dem kaiserlichen Hofe sich noch dazu seit der vor wenig Tagen dahier kund gewordenen, zu Wien im Druck erschienenen „Prüfung“ ꝛc.[1] zu vermehren scheint, anderntheils die Absicht, bei dieser Gelegenheit einen allzu-

[1] Die im Auftrag des Wiener Hofes von dem k. k. Hofrath Spielmann verfaßte und im September als Entgegnung auf die „Erklärung“ des Berliner Kabinets publicirte Staatsschrift: „Prüfung der Ursachen einer Association zur Erhaltung des Reichssystems“ ꝛc. Wien 1785; abgedruckt bei Reuß, Staatskanzlei XII. 225 ff., vgl. Schmidt, a. a. O. S. 376.

merklichen Vortheil wegen der gangbaren Processe des fürstlich Badenschen Hauses zu stiften, einzig Ursache an der hiesigen Unentschlossenheit und der daher rührenden Verzögerung des Abschlusses sei, der, wie wahrscheinlich vorauszusehen, gleichwohl am Ende auf eine oder andere Weise nicht fehlen dürfte. :|

Berl. St. A. Chiffrirt.

97. Karl Friedrich an Böhmer.

o. D. [Oct. Nov. 1785.]

[Der Markgraf mit Vorbehalt bereit der Union beizutreten.]

Ich sehe die Einladung, die sie mir im Nahmen J. M. des Königes thun, als ein Merkmahl J. M. Gewogenheit an und habe mit großem Vergnügen aus der U. A.[1] ersehen, daß sie die wahren Patriotischen Grundsätze enthält, die ich allezeit zur Richtschnur meiner Handlungen genommen habe. Ich habe daher dem Cur H.[2] Hofe erklären lassen, daß bereit seye der Ass.[3] beyzutretten, wenn nur noch einige Erläuterungen erfolget sein werden, welche bei der Lage meiner Landes- und Haußangelegenheiten zu erfordern nötig scheinen, und die ich bald zu erhalten hoffe.

Eigenhändiges Concept.

98. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 31. Oct. 1785.

[Man zögert in Karlsruhe und will erst die Antwort auf das Gegenpromemoria abwarten.]

|: Knebel berichtet über die Schritte, welche Böhmer am Karlsruher Hofe gethan. Man sei anfangs von den Erklärungen desselben anscheinend überzeugt gewesen und habe nur bemerkt, man müsse vorerst den Erfolg des Gegenpromemoria vom 6. d. M. abwarten, um nicht bei dem Könige und dem hannöverischen Ministerium Anstoß zu erregen. Als jedoch Knebel erklärte, wenn dem sofortigen Beitritte weiter nichts im Wege stehe, möge man sich durch diese Besorgniß nicht davon abhalten lassen, habe man sofort die Sprache geändert und versichert, man könne sich vor dem Empfange einer Antwort auf jene Note nicht dazu verstehen, da es leicht möglich sei, daß wegen der dort angeführten Umstände und Bedenken die drei Kurhöfe vorläufig eine formelle Accession Badens selbst nicht verlangen würden, zumal sie ohnedies von der guten Gesinnung des Markgrafen überzeugt sein dürften. :|

Hannov. St. A. Chiffrirt.

[1] Unionsakte.
[2] Kurhannöverischen.
[3] Association.

99. Promemoria Knebels.

Karlsruhe, 2. Nov. 1785.

[Hannover verweist betr. der speciellen Wünsche des Markgrafen auf die Artikel 4, 7, 8 und 9 der Unionsakte.]

Knebel erwidert auf das badische Gegenpromemoria vom 6. Oct. 1785: S. Kön. Großbritannische Maj. habe mit Vergnügen vernommen, daß der Markgraf sich vorläufig bereit gezeigt habe, der Union beizutreten. Die Theilnahme des Königs an allem, was das markgräfliche Haus betreffe, sei so groß, daß er den Markgrafen nicht zum Beitritte auffordern würde, wenn vorauszusehen wäre, daß dies für ihn unangenehme Folgen haben könnte.

„Es werde inmittelst der eigenen tiefen Einsicht Sr. D. des Herrn Markgrafen nicht entgehen, daß an der einen Seite freilich die Association ihrer Natur nach auf einzelne Partikulier-Angelegenheiten nicht gerichtet werden möge, an der andern Seite aber dennoch schon deren ganzer Zweck und Inhalt, und unter andern insonderheit die Artikel 4, 7, 8 und 9 hierbei alle die Versicherung vollständig gewähren, die im voraus nur immer verlangt und ertheilt werden könne“ . . .

Der Markgraf könne der strengsten Beobachtung und Erfüllung dieser Artikel durch die kontrahirenden Höfe vollkommen versichert sein. S. K. M. hoffe daher, daß er dem Entschlusse bald die That folgen lassen und seinen Beitritt aussprechen werde.

Berl. St. A. Abschrift.

---

100. Böhmer an Graf Hertzberg.

Karlsruhe, 4. Nov. 1785.

[v. Hahn verursacht noch immer Verzögerung; Einfluß Romanzows.]

. . . |: En attendant on négocie toujours encore ici l'accession du Margrave de Bade, sans en venir à bout avec le Sr de Hahn, qui ne veut pas démordre. Il est inconcevable ce qu'on a à faire avec un pareil avocat, et au fond ce ne sont que les insinuations, que le Comte de Romanzow lui a faites en dernier lieu, qui le rendent si difficile, de sorte qu'en conseillant l'accession à son maître il craint de risquer le tout pour le tout. :|

Berl. St. A. Chiffrirt.

---

101. Graf O'Kelly an den französischen Minister des Auswärtigen.

Mainz, 5. Nov. 1785.

[Beitritt des Kurfürsten von Mainz zur Union; ungünstiger Eindruck bei dem Publicum. Angebliche geheime Artikel.]

Je ne dois pas Vous laisser ignorer au reste, Monseigneur, l'effet qu'a fait l'accession de l'Électeur à ce traité[1] sur le chapitre et les habitans

[1] Der Kurfürst von Mainz war der Union am 18. October 1785 beigetreten; die Verhandlungen waren von dem Freih. vom Stein und von dem Geh. Rath v. Böhmer

de Mayence. Elle a choqué si fort les anciens préjugés et il a paru si contraire aux interests de l'Électorat, que je ne crains pas de Vous dire, qu'elle y a été désapprouvée presqu'unanimement.

Es cursiren angebliche geheime Artikel seines Accessionsvertrags, für deren Aechtheit er nicht stehen könne; dieses Inhalts:

L'Électeur a demandé d'abord à S. Majté Prussienne la garantie de ses droits métropolitains; 2° la promesse de ne plus songer à établir le Codirectoire protestant en Empire, et de plus, à ce qu'on ajoute, quelques conditions secrètes, relatives aux pays d'Eichsfeld et d'Erfort. Ces demandes ont été toutes accordées sans difficulté et paraissent avoir été, en quelque sorte, le prix de son accession[1].

Parif. Arch.

102. Böhmer an König Friedrich von Preußen.

Karlsruhe, 7. Nov. 1785.

[Fortgang der Verhandlungen in Karlsruhe. Russischer Einfluß auf das Zaudern der badischen Regierung. Der Markgraf erklärt endlich seinen festen Entschluß zum Beitritt. Mittheilung der geheimen Artikel. Baden dringt auf den Beitritt des Bischofs von Konstanz.]

Die erwartete Antwort von Hannover ist am 1. Nov. eingetroffen. Böhmer theilt ihren Inhalt mit. Sie habe um so mehr Eindruck gemacht, als sie dem Sinne nach vollkommen mit der Erklärung übereingestimmt, welche er selbst abgegeben. Nichts desto weniger habe sich der Markgraf darauf hin wiederholt mit seinen Geh. Räthen besprochen.

... Hierbei zeigte sich denn nun mehr als zu deutlich, daß nur die Furcht vor den beiden kaiserlichen Höfen dem Beitritt im Wege stand und daß man, wiewohl vergebens, auf Mittel sann, es mit beiden Theilen halten zu können, indem man theils in Ansehung der Lage der hiesigen Lande allen möglichen Unannehmlichkeiten von Seiten des Wiener Hofes ausgesetzt zu sein behauptete, ohne daß man in der so weiten Entfernung der unirten Höfe auf baldige Hilfe rechnen könne, theils die Reviviscenz mancher bis dato selbst auf kaiserl. Veranlassung gestockten Processe nebst andern widrigen Vorschritten des Reichshofraths in denen noch wirklich gangbaren befahren zu müssen vorgab, darum sich besonders seit einigen Jahren der kaiserl. russische Hof ohne Rücksicht der subsistirenden Verwandtschaft mit dem Herzog von Würtemberg für S. D. auf das gewürigste verwendet, jedoch erst neuerlich durch seinen Gesandten dahier deklariret hätte, davon gänzlich abstehen zu wollen, insoferne man diesseits der Association beizutreten gedächte. Diese Insinuation, welche der Graf Romanzow bei seinem letztern Aufenthalt allhier zu Ende Septembers gemacht, schien um so eindrücklicher

geführt worden; s. Pertz Leben Steins I. 47 ff. und über den kurmainzischen Hof in dieser Zeit C. Mejer Zur Geschichte der römisch-deutschen Frage (Rostock 1871) I. 73 ff.

[1] Vergl. Brunner Der Humor in der Diplomatie rc. I. 285.

gewesen zu sein, als zugleich die anhero fließende Pension derer vierzehntausend Rubel[1] durch den nämlichen Gesandten berichtiget zu werden pflegt, ein Umstand, dessen er sich bei jeder Gelegenheit zu prävaliren nicht eben vergessen soll.

Der von Knebel sowohl als ich hätten hierbei gewünscht, zu desto mehreren Beförderung des endlichen Entschlusses mit dem Geheimniß[2] hervorgehen zu dürfen, welches bei der Lage gewiß bald von dem entscheidendsten Erfolg gewesen sein würde und nebst dem, daß solches Vertrauen hier sicher nicht verschwendet gewesen wäre, soviel mit einemmal hervorgebracht haben dürfte, daß man sich über den Punkt der thätigen Hilfe im Nothfall sofort hätte beruhigen können, darüber man gerade am meisten besorget war . . .; so aber sahen wir uns bei ermangelnder näherer Instruktion gemüßiget, nur im allgemeinen und blos in Bezug auf den Traktat selbst Versicherung von thätigerm Beistande von uns zu geben . . ., welches dann endlich den erwünschten Erfolg hatte, daß, nachdem ich heute um die Abschiedsaudienz gebeten und S. D. der Herr Markgraf zu Baden, um mir auf ein oder die andere Art Ihren Entschluß bekannt machen zu können, noch zuvor mit Ihren Geheimräthen eine nochmalige Konferenz gehalten hatten, dieselben mir hiernächst Ihren festen Vorsatz zum Beitritt erklärten und solchen sofort mit dem von Knebel vollziehen zu wollen versprachen. Sie behielten sich jedoch hierbei vor, nach zu Stande gebrachter Accessionsakte denen höchsten unirten Höfen Ihre desideria mittelst eines dem von Knebel auszuantwortenden Promemoria näher bekannt zu machen und zu empfehlen . . .

Ueber die beiden geheimen Artikel . . . wird nunmehr ebenfalls die Accession nicht entstehen, da der von Knebel mir soeben hinterbringet, wie er solche alsbald, nachdem ich ihn von der heute vernommenen positiven Erklärung Sr. D. informiret, sogleich dem hiesigen Ministerio kommuniciret und damit so guten Ingreß gefunden habe, daß man diesfalls den Beitritt im Voraus mit Gewißheit zugesaget hätte. Uebrigens muß noch bemerken, wie der Herr Markgraf mich noch besonders ersuchten, vor der Hand Ihren Beitritt so viel immer möglich noch geheim zu halten, weil, wie Sie äußerten, Ihre Lage Sie zu ganz besonderer Vorsicht und Menagements aufforderte, . . . und da Sie endlich bei Ihrer nunmehr beschlossenen Accession mit aller Gewißheit vorher sehen wollten, daß der Reichshofrath durch seine forthinigen Erkenntnisse Sie zu ein und anderem Rekurs nöthigen dürfte, hierbei aber ohnedem nach denen maioribus in comitiis auf die affirmativam ratione effectus suspensivi nicht zu rechnen sei, so vermeinten Sie, daß, um allem zu befahrenden Unfall bei ein oder anderer gegen Sie erkannten Exekution auszuweichen, Ihnen vor der Hand nicht thätiger geholfen werden könne,

---

[1] An wen eine solche russische Pension gezahlt wurde, ist nicht bekannt.

[2] d. h. der geheimen und geheimsten Artikel, in denen die eventuelle gegenseitige Hilfleistung der Verbündeten im Fall von Angriff oder Vergewaltigung festgestellt wird; vorerst waren nur die elf Artikel des Hauptvertrags mitgetheilt worden.

als wenn auch der Bischof von Konstanz zur Accession eingeladen und vermocht werden möchte, der ohnehin in Ansehung der ihn betroffenen Bedrückungen eine nähere Verbindung der Stände ohnfehlbar nicht ausschlagen würde. Auf diese Art glaubten Sie, zumal Sie sich von Seiten des Herzogs von Würtemberg in keine Wege viel Gutes zu versehen hätten, doch wenigstens von einem der ausschreibenden Fürsten des schwäbischen Kreises versichert sein zu können[1] . . .

Berl. St. A.

103. Karl Friedrich an König Friedrich von Preußen.

Karlsruhe, 7. Nov. 1785.

[Erklärt sich bereit dem Fürstenbunde beizutreten; wünscht gewisse specielle Garantien.]

Durchlauchtigster, Großmächtigster König,
Hochgeehrter Herr Vetter!

Das besondere Merkmal des hohen Wohlwollens, welches E. K. M. mir zu Theil werden lassen, indem Höchstdieselben durch den eigens an mich abgeordneten bevollmächtigten Minister, Höchstdero Geh. Legationsrath von Böhmer, mich einladen lassen, dem zwischen den drei hohen Kurhöfen geschlossenen Verein beizutreten, verehre ich mit dem lebhaftesten Dank.

E. K. M. patriotische Gesinnungen für die Behaltung der Sicherheit und Verfassung des deutschen Reichs, welche ich aus dem mir von gedachtem Geh. Legationsrath von Böhmer belieferten Königlichen Schreiben vom 11. Aug. dieses Jahrs ersehe und dieser mir zu meiner vollkommensten Zufriedenheit näher hinterbracht hat, welche ich auch in dem abgeschlossenen Vertrag durchgehends aufgestellt finde, kommen, wie E. K. M. mir das gnädige Zeugniß nicht versagen werden, mit denjenigen Grundsätzen vollkommen überein, die ich bei allen Reichsangelegenheiten mit zu behaupten getrachtet habe.

Ich werde daher auch nicht entstehen, dem Associationstraktat beizutreten und meine darüber auszustellende Urkunde, um gedacht Höchstdero Gesandten hier nicht länger unnöthig aufzuhalten, dem hier anwesenden kurhannöverischen Residenten von Knebel, durch welchen ich ohnehin einige Wochen vor Ankunft Höchstdero Gesandten zu der Accession von den drei hohen transigirenden Höfen eingeladen worden bin, ehestens zustellen lassen.

Bei der meinen Landen schuldigen Vorsicht nöthigen mich sowohl die entfernte Lage von denen bisher unirten Fürsten und meine Nachbarschaft, als auch einige Privatangelegenheiten meines Hauses, diese Unterschrift blos in dem festen Zutrauen zu vollziehen, daß E. K. M. Schutz gegen die mir und meinen Landen etwa bevorstehenden nachtheiligen Folgen kräftigst angedeihen lassen und nächstdem

[1] Durch Ministerialreskript dat. Berlin 19. Nov. 1785 wird Böhmer angewiesen, die Bischöfe von Konstanz, Speier, Basel, Fulda &c. schriftlich zum Beitritte einzuladen, sich hierüber jedoch noch erst mit dem Kurfürsten von Mainz zu berathen.

huldvoll geruhen werden, die von Höchstdenenselben bei dem Baden=Badischen Successionsfall zu meiner unaufhörlichen Verbindlichkeit übernommene Garantie auf einige jetzo in Frage stehende Punkte näher zu erklären.

Ich werde hierüber dem hannöverischen Residenten von Knebel eine Note zustellen lassen[1], die ich zum voraus E. K. M. Höchstgeneigten Aufnahme in den Gesinnungen jener tiefsten Ehrfurcht und Ergebenheit empfehle, in welchen ich unwandelbar sein werde

Berl. St. A.

E. K. M.
[2]ganz dienstwilligster treuer Vetter und Diener
Carl Friedrich, M. v. Baaden.

104. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 8. Nov. 1785.

[Böhmers Geschäfte erledigt. Schreiben an den Prinzen von Preußen.]

Der preußische Gesandte meldet mir, daß er heute noch hier verbleibe, um seine Briefe von Frankfurt zu erwarten[3] . . . Er erinnert dabei an das Schreiben an den Prinzen von Preußen, um im Stand zu sein, solches mit der ersten Post abgehen zu lassen . . .

105. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 10. Nov. 1785.

[Die Annahme der beiden geheimen Artikel stößt auf keine Schwierigkeit.]

|: Wie der Geh. Rath von Hahn am 8. d. M. Knebel offiziell eröffnete, hat sich der Markgraf dem Legationsrath von Böhmer gegenüber bereit erklärt, der Union beizutreten. Knebel habe daher Hahn sofort den Inhalt der beiden geheimen Artikel mitgetheilt und dabei wahrgenommen, daß man ihrer Annahme keine weitere Schwierigkeit entgegensetzen werde. Zugleich sei Hahn von den behufs des Beitrittes noch erforderlichen Formalien Kenntniß gegeben worden. :|

Hannov. St. A. Chiffrirt.

106. König Friedrich von Preußen an Böhmer.

Berlin, 15. Nov. 1785.

[Mißbilligung der badischen Weitläufigkeiten; soll eventuell abreisen.]

|: . . . Aus Eurem dernerweiten [sic!] Bericht vom 31. Oct. haben Wir wider Vermuthen ersehen, daß der Markgraf von Baden sich zu der Accession so

[1] Man zog es in der Folge vor, Böhmer ein eigenes Promemoria zu überreichen; s. u. die Note vom 21. d. M.

[2] Die folgenden Zeilen eigenhändig.

[3] Am 9. Nov. reist Böhmer nach Ansbach weiter.

wenig geneigt bezeigt und erst darüber mit den unirten Kurfürsten vieles communiciren und wegen seiner Processe Versicherung haben will. Es ist dieses viel zu weitläuftig und unnöthig, wie Ihr auch solches dort bereits gehörig vorgestellt habt, und es ist auch von dem hannöverischen Ministerio darüber noch nichts anhero gekommen. Wir vermuthen also, daß, dafern Ihr indessen die Accession des Markgrafen nicht erhalten, Ihr von dort weg und nach Darmstadt oder Mainz gegangen sein werdet . . . :|

Berl. St. A. Concept, unterz. von Finkenstein und Hertzberg, theilweise zur Chiffrirung bestimmt.

---

107. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 17. Nov. 1785.

[v. Hahn macht neue Ausflüchte; alles noch unsicher.]

Nachdem er vergeblich mehrere Tage auf definitive Antwort wegen des Beitritts zu den beiden geheimen Artikeln gewartet, habe er sich zu dem Geh. Rath v. Hahn begeben, der ihm eröffnete, man könne sich darüber erst entschließen, wenn man Antwort auf die Note erhalten haben werde, welche man ihm zuzustellen gedenke. Alle Gegenvorstellungen blieben fruchtlos; auf die Frage, wann man die Accessionsurkunden zur Hauptconvention erhalten werde, erwiderte Hahn, dieselben seien in der Ausfertigung begriffen, es sei nur noch das Formular derselben zu berichtigen; auf die weitere Frage, was daran eigentlich abzuändern sei, bemerkte er, daß es nicht Sitte sei, eine derartige Antwort im voraus zu ertheilen, „hoffentlich würde man mit der hiesigen Beitrittsurkunde zufrieden sein, man verlange ja von dem hiesigen Hofe auch einen Köhlerglauben“.

Da er „mit diesem Manne nichts auszurichten vermochte“, habe er Gelegenheit genommen, mit dem Markgrafen selbst zu sprechen und ihm angedeutet, man werde seitens der drei Kurhöfe in dem Benehmen der badischen Regierung ein Zeichen des Mißtrauens erblicken. Der Markgraf habe sich hiergegen verwahrt und ersucht, ihm nur einige Zeit zu lassen. Edelsheim, mit welchem Knebel dann verhandelt, habe in der Erklärung eine Bedingung nicht finden können, sich aber überhaupt auf die Sache nicht weiter einlassen wollen.

. . |: Bei dem hier gefaßten unrichtigen Gesichtspunkt, als wenn man nämlich befugt sei, sich gleichsam für das Opfer des Beitritts zur Association noch besondere Vortheile auszubedingen, verhoffe E. K. M. allerhöchste Intention nicht zu verfehlen, wenn ich die mir allenfalls angesonnen werden wollende Einholung einer anderweiten Erklärung in der obigen bedingten Maße von mir ablehne, wie es dann überhaupt sich zeigen wird, ob die Beitrittsurkunde des hiesigen Hofes zu der Hauptconvention so gefaßt sein werde, daß solche von mir angenommen werden könne :|.

Hannov. St. A. Chiffrirt.

108. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 20. Nov. 1785.

[Schlägt event. Abbruch der Verhandlungen mit Baden vor.]

|: Knebel beschwert sich, daß er bis jetzt noch immer keine Antwort erhalten; er sei dadurch zu völliger Unthätigkeit verurtheilt und stelle daher dem Könige anheim, ob es nicht das beste wäre, wenn er für den Fall, daß bis zum Eintreffen der Allerhöchsten Weisungen die Angelegenheit noch nicht berichtigt sein sollte, sofort sich beim Markgrafen beurlauben würde. :|

Hannov. St. A. Chiffrirt.

109. Accessionsurkunde des Markgrafen Karl Friedrich[1].

Karlsruhe, 21. Nov. 1785.

Wir Carl Friedrich von Gottes Gnaden Marggraf zu Baden ꝛc. urkunden und bekennen hiermit: Demnach S. K. Maj. von Groß=Britannien und Churfürst zu Braunschweig=Lüneburg ꝛc. in Höchst Ihro und beider mitcontrahirender hohen Churhöfen Namen Uns durch eigene Abschickung Höchstdero Chur=Hannöverschen Legationsraths und accreditirten residirenden hierzu besonders bevollmächtigten Ministers von Knebel gefälligst haben einladen lassen, der schriftlichen Convention beizutreten, welche höchstgedacht Ihro Maj^ten^. und Ihro Churf. Dchl. unter sich den 23. Juli dieses Jahres abgeschlossen haben, des Inhalts:

Folgt der Text des „Associations=Tractats zwischen den Churfürsten von Sachsen, Brandenburg und Hannover“ vom 23. Juli 1785.

Und Wir nun nach derselben genauen Erwägung überzeugt sind, daß solche keinen anderen Endzweck hat, als die Teutsche Reichsverfassung nach Vorschrift derer Reichsgesetze und Reichsfriedensschlüsse constitutionsmäßig zu erhalten; eben daher auch in solcher keine andern Gegenstände bemerkt haben, als diejenigen, auf welchen des Reichs Wohlfahrt beruhet; nächst dem die Absicht, eine nähere, der Reichs=Constitution vollkommen angemessene vertrauliche Verbindung unter den Reichs=Ständen zu stiften, Unsern patriotischen Wünschen vollkommen entspricht: daß Wir Uns solchem nach gern entschlossen haben, obgedachter Convention, wie hiermit geschiehet, förmlich beizutreten.

Wir erklären und bezeugen daher andurch: daß Wir vorstehender Convention in allen ihren obangeführten Puncten und besondern Theilen, nichts davon ausgenommen, hiermit auf das feierlichste und vollständigste accediren, solche als von Uns selbst mit abgeschlossen betrachten, die Erfüllung ihres gesammten heilsamen Inhalts, soviel an Uns ist, mit befordern wollen, auch allen darinnen begriffenen Verabredungen in voller Verbindlichkeit beitreten.

[1] Nach der Abschrift in der hannöverischen und preußischen Acceptationsurkunde, in welche das obige Instrument inserirt ist. Das Original der Accessionserklärung (in drei Exemplaren) wird am 21. Nov. Abends Knebel, nebst den w. u. folgenden beiden Promemoria, übergeben und von ihm darauf die officielle Acceptationsurkunde ausgestellt.

Zu dessen Beglaubigung haben Wir dieses eigenhändig unterschrieben und mit Unserm fürstlichen Insiegel bedrucken lassen. So geschehen Carlsruhe den 21. November 1785.

Carl Friedrich, Marggraf von Baden.

In der gleichen Form die Accessionsurkunde zu dem Geheimen Artikel: „Wie die bekanntermaßen intendirte Austauschung" ꝛc. dat. Carlsruhe 8. Mai 1786 (vergl. Schmidt S. 305).

110. Badisches Promemoria an die preußische Regierung[1].

Karlsruhe, 21. Nov. 1785.

[Bitte um den Schutz Preußens bei den bei den Reichsgerichten anhängigen badischen Processen.]

Das badische Ministerium ersucht den königl. preußischen Gesandten von Böhmer, nun nach Unterzeichnung der Accessionsurkunde dem Könige zu berichten, wie der Markgraf auch diesmal sein volles Vertrauen auf die von Preußen übernommene Garantie der baden-badischen Succession gesetzt habe

und es demselben zum besonderen Troste gereichen werde, wenn S. Hf. D. auch in dem offenbarlich gegen den klaren Inhalt des badischen näheren garantirten Vereins von 1765[2] und gegen den darinnen von beiden Seiten paciscirten und festgesetzten Religionszustand anstoßenden Syndikatsproceß[3], sowie auch in denen zweien, einen nicht ohnbeträchtlichen Theil derer garantirten baden-badischen Lande, namentlich die Herrschaft Mahlberg[4] und die sieben halben Dörfer in der Grafschaft Eberstein[5] betreffenden Rechtssachen, der wirksamen Garantie auch gegen reichsgerichtliches Unrecht Sich sicher getrösten können[6].

Berl. St. A.

[1] Unterzeichnet von dem Geh. Rath v. Hahn, ebenso wie die beiden folgenden Promemoria.

[2] Preußen, England und Dänemark hatten (als protestantische Mächte) die Garantie des am 28. Jan. 1765 abgeschlossenen Erbvertrags zwischen B.-Baden und B.-Durlach übernommen.

[3] Vgl. Drais a. a. O. II. 68 ff. und oben S. 16.

[4] Der Mahlberg'sche Proceß betraf eine alte badische Schuldsache, die bis in's Jahr 1668 zurückreicht, wo Ferdinand Maximilian von Baden für ein Anlehen von 25000 Rth. dem Prinzen Karl Heinrich von Lothringen eine jährliche Rente von 1250 Rth., auf die Einkünfte der Herrschaft Mahlberg im Breisgau verpfändet, verschrieben hatte. Die Zahlung dieser Rente war von Baden bald eingestellt worden und später wurde Verjährung der Sache behauptet. Dieselbe hatte lange Zeit geruht; 1771, bei dem Aussterben der Baden-Baden'schen Linie, war sie in Wien wieder aufgenommen worden, indem Kaiser Joseph II. als Erbe des Lothringischen Anspruchs und als Gläubiger der Mahlbergischen Schuld auftrat. Außerdem behauptete das Haus Oesterreich selbst eine alte Expectanz auf die Herrschaft Mahlberg zu haben, welche früher dem Hause Geroldseck gehört hatte, nach dessen Aussterben sie von Baden in Besitz genommen worden war. (Wien. St. A.)

[5] Der Sieben-Dörfer-Proceß wurde gegen den Bischof von Speier geführt über sieben Dörfer in der Grafschaft Eberstein, welche als ein Lehen des Hochstifts Speier in Anspruch genommen wurden, s. v. Drais I. 253. Nebenius-Weech S. 99.

[6] Am Rande von Hertzbergs Hand: „Auf dieses von dem Geh. Rath von Böhmer

111. Badisches Promemoria an die hannöverische Regierung. No. 1.

Karlsruhe, 21. Nov. 1785.

[Erbetene Garantien als Gegenleistung für den Beitritt zur Union.]

In dem badischen Gegenpromemoria vom 6. October habe man im Interesse der eigenen Beruhigung vor dem Beitritte zur Union verschiedene Aufklärungen zu erhalten gewünscht; auf das Promemoria Knebels vom 2. d. M., sowie auf die darin enthaltenen Versicherungen hin, habe der Markgraf im festen Vertrauen auf die bekannten Gesinnungen der drei Kurhöfe die Accessionsurkunde einstweilen unterzeichnet, sein Ministerium dagegen beauftragt, durch den Ministerresidenten von Knebel den drei Kurhöfen nochmals die bei der Lage der badischen Lande leicht erforderliche Unterstützung in etwaigen Grenzstreitigkeiten, das Verlangen nach einer energischeren Betreibung und Erledigung der für Baden überaus wichtigen, bei den Reichsgerichten schwebenden Processe, sowie den Wunsch nach einer Eröffnung der seitens der Union zum Schutze der badischen Lande eventuell geplanten Gegenmaßregeln, angelegentlichst anempfehlen zu lassen.

Hannov. St. A.

112. Badisches Promemoria an die hannöverische Regierung. No. 2.

Karlsruhe, 21. Nov. 1785.

Inhaltlich ganz übereinstimmend mit dem obigen Memoire an die preußische Regierung (Num. 110).

Hannov. St. A.

113. Böhmer an Edelsheim.

Frankfurt, 27. Nov. 1785.

[Mißglückte diplomatische Bemühungen. Verabredung für weitere Action.]

Böhmer bescheinigt den Empfang eines Briefs E's. vom 20. d. M.

Comme les choses de ce bas monde se tournent quelquefois de la façon la plus singulière, il en est arrivé de même de celle-ci qui, autant qu'elle s'est croisée auparavant, vient enfin s'éclaircir tout de suite par une réponse catégorique, qu'on m'a faite parvenir avant-hier dans le moment de mon arrivée à Francfort par un premier-ministre, qu'on a dépéché expressement vers moi, un créditif à la main. Me voilà donc à même de coucher gras, n'ayant pas su jusqu'ici, que ma mission me procurerait l'honneur de recevoir des ambassadeurs. Cependant Elle sentira bien, qu'à la suite de tout cela on s'est excusé très poliment de me voir

---

eingeschickte Promemoria ist ihm durch das in seiner Generalnegociation befindliche Reskript vom 7. Jan. 1786 aufgegeben worden, dem Baden'schen Ministerio alle verlangte Assistenz zu versichern."

en Alsace, en prétextant toutefois une maladie dangereuse.[1] Aussi c'est avec bien de la satisfaction que je m'en vois dispensé, mes vues étant remplies pour le moment. Comme de cette façon je ne pourrai avoir l'honneur de présenter mes devoirs à V. E., Elle aura la bonté, ou de me faire faire ici par main tierce la communication dont Elle fait mention, ou par l'entremise de Mr. de K.[2] qui, à ce que je crois, se plaira encore dans ces cantons-là. Probablement je resterai pour plus longtemps dans cette contrée-ci, de sorte que je n'attends que Ses ordres pour La venir voir, au cas qu'on trouve ma présence nécessaire dorénavant, comptant outre cela toujours, qu'après avoir sondé le terrain à droite et à gauche, Elle voudra m'indiquer, quand il sera temps de recruter. La Franconie, que j'ai rôdie quinze jours de suite, n'a pas laissé de m'en fournir de même. . . .

---

114. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 30. Nov. 1785.

[Man zaudert in Karlsruhe, den geheimen Artikeln beizutreten. Motive. Der Beitritt von Konstanz und Speier für Baden besonders wichtig. Erklärung des Bischofs von Speier.]

Knebel übersendet die Accessionsakte des Markgrafen in drei Exemplaren, sowie die beiden Denkschriften des badischen Ministeriums vom 21. Nov. Er habe deren Annahme nicht verweigern können, zugleich aber bemerkt, daß betr. der ersten Note nicht abzusehen sei, was für nähere Aufklärungen man eigentlich noch wolle. Die eventuell zu ergreifenden Maßregeln seien in der Konvention enthalten und die Mittel dazu in der vereinten Macht der unirten Stände; von ihrer näheren Bestimmung sei gegenwärtig noch nicht die Frage; es könne also auch keine Erklärung darüber abgegeben werden.

Betr. des Beitrittes zu den geheimen Artikeln erklärte v. Hahn, der Markgraf wünsche vor allem, ehe er weiter gehe, die Formalien der Accession zur Hauptconvention völlig erledigt zu sehen.

Knebel hat sich seitdem bemüht, Edelsheim zu überzeugen, daß das in dem zweiten Promemoria enthaltene Gesuch bessern Eingang finden würde, wenn der Markgraf alsbald den geheimen Artikeln beiträte.

Edelsheim habe dem gegenüber auf die seitens des kaiserl. Hofes zu befürchtende Empfindlichkeit hingewiesen, worauf Knebel entgegnet, man werde von Baden nie einen öffentlichen Schritt verlangen, der für dasselbe bedenklich sein könne, man rechne nur auf seine Stimme beim Reichstage.

Edelsheim theilte weiter mit, schon Böhmer habe ihn über den Inhalt der geheimen Artikel unterrichtet mit dem Bemerken, der preußische Hof verlange den Beitritt zu den-

---

[1] Die wol absichtlich dunkel gehaltene Ausdrucksweise des Briefs läßt nicht mit Sicherheit erkennen, wovon Böhmer hier spricht; vielleicht handelt es sich um einen von ihm gemachten Versuch, den Landgrafen von Hessen-Darmstadt, der seit mehreren Monaten schon incognito reiste und jeder politischen Verhandlung aus dem Wege ging, im Elsaß zu begegnen, was ihm aber nicht geglückt war; der erwähnte Premier-Minister würde dann wol der von Hessen-Darmstadt sein; vergl. Schmidt a. a. O. S. 368 ff.

[2] Wol der hannöverische Gesandte v. Knebel.

selben nur von Kurmainz und Pfalz-Zweibrücken. Schon seit einigen Monaten stehe man wegen der Berliner Konvention in Korrespondenz mit verschiedenen andern altweltfürstlichen Höfen und habe sich gegenseitig verpflichtet, einander von jedem in dieser Angelegenheit erfolgenden Schritte Nachricht zu geben. Da nun mehrere Höfe zu den geheimen Artikeln nicht eingeladen worden seien, welche Baden im Falle seines Beitritts darüber zu informiren hätte, so dürfte dies den König vielleicht bestimmen, die Accession des badischen Hofes zu diesen Artikeln vorerst noch ausgesetzt zu lassen.

Postscript.

Man spricht badischerseits neuerdings den Wunsch aus, durch Vermittelung von Hannover womöglich den Beitritt von Konstanz und Speier zu erwirken.

Ersteres sei für Baden überaus wichtig, da Konstanz das Kreisausschreibeamt im schwäbischen Kreise verwalte, beim Kreise von Einfluß sei und auch, falls von den Reichsgerichten Exekutionen verfügt werden sollten, sich nützlich erweisen könne. Der leitende Kanzler von Hebenstreit sei über den Verlust der ihm vom kaiserl. Hofe entzogenen Pension verstimmt, der Bischof geneigt, der Beitritt stehe also zu hoffen[1].

Diese Eröffnungen stimmen, wie Knebel bemerkt, vollkommen mit dem überein, was er bei seinem früheren Aufenthalte am bischöflichen Hofe in Erfahrung gebracht; bei der bekannten Schüchternheit der geistlichen Fürsten aber könne man nichts Gewisses versprechen.

Betreffs des Bischofs von Speier sei man in Karlsruhe lediglich wegen der Nachbarschaft und des gegenseitigen guten Einvernehmens interessirt. Wie Edelsheim ihm anvertraut habe, würde der Bischof beitreten, falls er der Zustimmung Frankreichs versichert wäre; durch Edelsheims Vermittelung läßt Knebel daher die ihm in Zweibrücken bekannt gewordene günstige Erklärung des franz. Hofes an den König von Preußen dem Bischofe mittheilen; der Bischof aber erwidert, so lange er dieselbe nicht schwarz auf weiß sehe, könne von seinem Beitritte keine Rede sein. Er habe daraufhin auf weitere Vorstellungen verzichtet.

Hannov. St. A.

115. Karl Friedrich an Karl August von Weimar.

Karlsruhe, 30. Nov. 1785.

[Beitritt zum Fürstenbund. Bitte um Geheimhaltung.]

Ich benuze die Anwesenheit des Herrn von Staff[2], um E. Dchl. von meinem Beitridt zu der Union zu benachrichtigen. Dieser lange vorgesehene, aber erst jetz vollzogene Schritt ist mir um so angenehmer, da er mich mit Ihnen, womöglich, noch in genauere Verbindung sezet, und das Band unserer Freundschaft noch fester knüpfet. Einige Vorsichten, welche die Geographische Lage meines Landes und meine Haußangelegenheiten nöthig machten, sind Ursache, daß es etwas später geschehen ist, als ich gewünschet hätte. Ich beziehe mich deßwegen auf des Geh. Rath von Edelsheims Schreiben, aus welchem Sie die Umstände

[1] Bischof von Konstanz war Maximilian Christoph v. Rodt (1775—1799); im Jahre 1788 wurde Karl Theodor v. Dalberg zum Coadjutor gewählt; vergl. w. u. die Berichte Lehrbachs vom 7. April und 13. Juni 1786.

[2] Weimarischer Forstmeister.

ersehen werden. Da Sie, mein teurer Freund, nach Berlin gehen, so nehme ich mir die Freiheit Sie zu ersuchen, mein Begehren bey dem Prinzen von Preußen zu unterstüzen. Die begehrte speciel Garantie der drey Stücke ist nur eine Bestätigung und Wiederholung dessen, waß Preußen und Hannover bereits Garantirt haben, nun auf besondere in Gefahr stehende Stücke angewand.

Der Herzog von Zweybrücken ist bey mir gewesen, nachdem ich ihn vor einiger Zeit in Mannheim gesehen hatte, und nun sind wir wieder auf den alten Fuß zusammen.

Denken Sie zuweilen an ihren Ergebensten Diener

Carl Friedrich, M. v. Baaden.

Dürfte ich bitten, meinen Beytridt zur Union noch geheim zu halten, beyliegenden Brief dem Fürsten von Dessau zuzuschicken, und ihm bey einer Zusammenkunft zu sagen, waß in Geh. [Rath] von Edelsheims Brief enthalten ist.

Weim. St. A. Eigenhändig.

116. Graf O'Kelly an den französischen Minister des Auswärtigen.

Mainz, 30. Nov. 1785.

[Die Frage der Coadjutorwahl. Der Kurfürst verstimmt über die allzu laute Behandlung der Unionsangelegenheit.]

Mit der Frage der Coadjutorwahl beschäftigt man sich hier jetzt viel[1]. Hofenfels, der Herzog von Zweibrücken, die Cudenhoven sind im Interesse dafür. Der Kurfürst selbst scheint jetzt auch dazu geneigt zu sein, vorausgesetzt daß sich ein Coadjutor findet, der bereit ist, auf seine jetzige Politik einzugehen und sich ihr anzuschließen. Wenn Dalberg in dieser Richtung hätte Verpflichtungen übernehmen wollen, so wäre er dem Kurfürsten am meisten genehm gewesen. Aber „la franchise et le désintéressement" Dalbergs haben es dazu nicht kommen lassen, und so hat man die Augen auf den Baron v. Dienheim gerichtet. — Der Candidat des Wiener Hofs ist der Grand Doyen Baron v. Fechenbach. Außerdem sind noch Candidaten v. Leyen und v. Walderndorf.

Der Kurfürst ist kürzlich zwei Stunden lang mit Hofenfels zusammengewesen, in zwei Audienzen, die er ihm gab.

Der Kurfürst ist ärgerlich über den Federkrieg, den die Association jetzt hervorruft, und wobei auch er selbst z. Th. sehr angegriffen wird.

Il . . . aurait désiré, pour le bien de la chose, que l'on en eût fait moins de bruit à Berlin. L'association des Princes et États de l'Empire était, selon lui, la chose la plus simple et la plus naturelle. L'Exposé des Motifs[2] a contribué à lui donner une apparence qu'elle ne devait pas avoir,

---

[1] Ueber die von hier an mehr und mehr in den Vordergrund tretende Frage der Mainzer Coadjutorwahl vergl. v. Ranke I. 363 ff. O. Mejer Zur Geschichte der römisch-deutschen Frage I. 110 ff. Beaulieu-Marconnay Karl von Dalberg I. 69.

[2] Die von Hertzberg verfaßte „Erklärung der Ursachen, welche S. Kön. Maj. von Preußen bewogen haben" ꝛc. (August 1785); s. Hertzberg Recueil II. 292; Schmidt S. 340 ff.

et entrainera une guerre de plume, qui ne peut qu'aigrir de plus en plus les esprits.

Parif. Arch.

117. Memoire Edelsheims über eine Unterredung mit dem französischen Gesandten de Mackau[1].

Karlsruhe, 1. Dez. 1785.

[Unterredung mit Mackau über Frankreichs Verhältniß zu dem Fürstenbunde. Vergeblicher Versuch Mackaus eine Erklärung Edelsheims über Badens Beitritt herauszulocken.]

Der gestern von hier abgegangene Königl. französische Gesandte von Mackau hat bei seinem Aufenthalt verschiedenemal von dem Berliner Unionstractat und von der Accession des hiesigen markgräflichen Hauses mit mir zu reden Anlaß genommen. Es schien, als wolle er hauptsächlich erfahren, ob man nicht über einen so wichtigen Gegenstand sich mit ihm besprechen wollte, und ob die Negociation des Königl. hannöverischen Abgesandten von Knebel hier berichtiget sei. Ich wich seinen Anwürfen dadurch aus, daß ich der ersten Absicht immer die Frage entgegenhielt, ob er instruirt sei, diese Unterredung von mir zu fordern, und ihn wegen der hannöverischen Negociation an Herrn von Knebel verwies, der ihn hierüber am genauesten informiren könnte. Auf ersteres erwiederte er, ob ich ihm diese Frage ministerialiter machte, welches ich mit „nein" beantwortete. Hierdurch endigte sich verschiedenemal unsere Unterredung. Den Rath, mit Herrn von Knebel zu sprechen, befolgte er und gab mir von seiner Unterredung Nachricht. Nun, sagte er, habe er so viel erfahren, daß Herr Präsident von Hahn diese Negociation führe, und daß er daher bei diesem weitere Nachricht einholen müsse. Doch wiederholte er seine Anwürfe bei mir theils dadurch, daß er mir erzählte, er wisse gewiß, E. Hf. D. wären accedirt, theils damit, daß er mich fragte, ob wir denn gar nicht zu wissen begierig wären, was Frankreich von der Berliner Union hielte. Ich versicherte ihn jedesmal, wir wären längst von dieses Hofes Denkungsart über diesen Punkt informiret. Er aber gab alles was man bisher hätte erfahren können, für Hofkomplimente aus.

[1] Armand Louis de Mackau (geb. 1759 gest. 1827), seit 1784 zum französischen Gesandten beim schwäbischen Kreis (mit der Residenz in Stuttgart) ernannt, welchen Posten er aber erst im Juni 1785 angetreten hatte, und von dem er sich dann vom Mai 1786 bis October 1788 beurlauben ließ; eine sehr unbedeutende nur durch Familienverbindungen emporgekommene diplomatische Größe; s. näheres über ihn bei Masson Les diplomates de la révolution etc. S. 26 ff., der auch auf das jugendliche Alter von 25 Jahren aufmerksam macht, in welchem er zum Gesandten in Stuttgart ernannt wurde; an dieses wird man auch bei der schwachen diplomatischen Leistung erinnert, von der das obige Memoire berichtet. Vergl. auch das unten folgende undatirte Schreiben Duponts an Edelsheim über ihn. Er war auch für Karlsruhe von der französischen Regierung accreditirt, hatte aber erst eben jetzt, am 22. Nov., seine Antrittsaudienz bei dem Markgrafen gehabt, nachdem er vorher lange briefliche Auseinandersetzungen mit Edelsheim über Titel= und Ceremoniellansprüche geführt hatte.

Auf meine weitere Frage, ob er denn instruirt sei, uns etwas Näheres von der Denkungsart des französischen Hofes zu hinterbringen, versicherte der von Mackau immer, dazu habe er keinen Auftrag.

Diese Wendung machte, daß ich alle diese Aeußerungen für leere Gespräche hielt, dadurch der Gesandte gern eine Neuigkeit zu erfahren suchte, welche seine wenig interessanten Berichte ausfüllen könnte, oder durch deren Hinterbringung er sich bei dem Herzog von Würtemberg angenehm machen würde. Vorgestern kam er aber, eine Stunde, ehe man an Hof ging, zu mir und gleich nach der Mittagtafel sagte er mir daselbst, er müsse mir vor seiner bevorstehenden Abreise einen Auftrag seines Hofs mittheilen. Sein Vortrag war: er könne mir länger nicht bergen, daß er instruirt sei, bei seinem hiesigen Aufenthalt sich mit mir über die Einladung des hiesigen Hofes zu der bekannten Ligue, — dieser Benennung bediente er sich immer, — freundschaftlich zu unterreden. Er wäre angewiesen, wenn es möglich, einen Anlaß hierzu von mir zu erhalten; da aber alle seine Bemühungen bisher vergeblich gewesen wären, so könne er länger nicht anstehen, sich seines Auftrags zu entledigen.

Der König, sein Herr, erkenne, daß die Fürsten und Stände des Reichs das Recht hätten, Bündnisse unter sich zu machen und diejenigen Vorkehrungen zu treffen, die sie der teutschen Staatsverfassung gemäß hielten, dächte auch nie hierinnen sie zu hindern oder sich in dergleichen innere Vorkehrungen einzumischen; doch glaube er in seiner Begierde, des Herrn Markgrafen Hf. D. aufrichtige Beweise von Freundschaft, Vertrauen und Theilnehmung an der Glorie des badischen Hauses zu geben, Gründe genug zu finden, um seinen Rath bei der Einladung zu der Berliner Ligue anbieten — oder ohne Indiscretion fragen zu können, ob der badische Hof dieser Ligue beigetreten sei. Ja, um nicht den Schein zu haben, als ob der König im geringsten geniren oder die Discretion verletzen wollte («de vouloir gêner ou de blesser la discrétion»), so habe er Befehl, falls man ihm keinen Antrag mache, den seinigen nur an den Minister zu richten und sich mit solchem über diesen Gegenstand fördersamst freundschaftlich zu besprechen. Da der von Mackau sich sehr vertraut gegen mich gezeiget hat, so suchte ich von ihm zu erfahren, was für einen Rath er zu geben auf den Fall beordert sei, wenn man solchen verlangen würde. Er versicherte mich aber bündigst und endlich auf Ehre, daß ihm solcher nicht mitgetheilt worden wäre, sondern daß er nur dessen Einlangung zusagen könne, wenn die hiesigen Aeußerungen dazu Anlaß geben würden. Auf den Fall, wenn ich ihm blos declariren würde, der Markgraf wäre accedirt, so hätte er die Weisung zu antworten, der König erinnere sich zu gut aller der Pflichten, die er bei der Garantie des westfälischen Friedens übernommen habe, um nicht den wärmsten Antheil an der Erhaltung der deutschen Reichskonstitution zu nehmen. Er würde die ihm gegebene Nachricht ohnverweilt einberichten.

Ich überlegte unterdessen, daß, wenn ich die Sache blos ad referendum

nähme oder von dem Gesandten einen schriftlichen Antrag forderte, ich unsere Unterredung aus der Lage eines freundschaftlichen Gesprächs setzte und daß ich durch mein Stillschweigen Gelegenheit zu manchem Verdacht und künftigem Mißtrauen geben könnte. Ich erwiederte daher folgendes in substantia: Man wäre hier, wie an allen mir bekannten teutschen Höfen versichert, daß Frankreich die Berliner Unionsakte gut heiße, weil 1) Frankreich dieses einigen der verbundenen Höfe erklärt und 2) denen, welche ihren Rath für der Accession erfordert, solchem [sic] nicht davon abgerathen habe; 3) weil er, von Mackau, nachdem seinem Hof der Unionstractat vorgelegt worden und ihm, wie er mir sage, das Objekt der Negociation des Herrn von Knebel und des Herrn von Böhmer seit zwei Monat bekannt wäre, doch keinen Befehl erhalten habe, den hiesigen Hof zu benachrichtigen, daß Frankreich diese Demarchen dem Interesse des Reichs, auf welches diese Krone doch jederzeit so attent sei, nicht gemäß hielte; 4) endlich weil der Unionstraktat selbst nichts enthielte, als was in dem westfäl. Frieden, der Wahlkapitulation und unsern Gesetzen ohnehin enthalten sei, und zu deren Unterhaltung keine andern als sehr friedliche, in unserer Verfassung ohnehin bestimmte Mittel vorschriebe, auch keine Partikularfragen berühre, folglich keinen andern als den Frankreich sehr angenehmen Endzweck haben könne, die Mitglieder des Reichs auf die Reichskonstitution aufmerksamer zu machen und die unglückliche Kälte, welche sich in denen Reichs-Geschäften eingeschlichen, in eine warme Theilnehmung an dem Reichssystem umzuschaffen, auch das Mißtrauen zwischen denen teutschen Höfen zu verdrängen, welches den Fortgang aller Reichs-Geschäfte bisher behindert hätte. Es würde also eine wahre Indiscretion sein, Frankreich über eine Sache zu befragen, in welcher ihre Meinung so klar vor Augen läge, oder man müßte sich dem Vorwurf aussetzen wollen, daß man das, was diese Krone bisher geäußert, noch nicht für hinlänglich ansehe und die Absicht hege, sie zu Erklärungen zu bringen, welche die bekannte große Prudenz seines Hofes bisher vielleicht in der Absicht nicht zu geben für gut gefunden hätte, um dadurch bei einer künftigen Mediation desto unparteiischer erscheinen zu können.

Der französische Gesandte antwortete mir hierauf, daß, wenn dieses alles, woran er doch, da er keine Nachrichten hierüber habe, keinen Antheil nehmen könne, richtig sei, daraus nicht folge, daß jeder deutsche Hof an der Union Antheil nehmen müsse, wie dann die allerwenigsten solcher bisher beigetreten seien, folglich es immer nicht schaden könne, sich bei dem französischen Hof, dem das Glück Deutschlands so am Herzen läge, Raths zu erholen. Er könne auch keine Indiskretion in dieser Anfrage finden und versichere mich, daß die beiden Höfe von Ansbach und Würtemberg, welche bei Frankreich angefragt hätten, diesen Schritt nicht bereuten.

Ich setzte hierauf sehr in ihn, mir die Antwort mitzutheilen, welche durch ihn dem Herzog von Würtemberg zugekommen sei. Diese [sic] lehnte er aber ab. Es wären jetzo, sagte er, zwei Parteien im Reich, der Herzog von Würtemberg

wäre der einen öffentlich ergeben und der Markgraf von Baden seit langer Zeit mit der andern in Verbindung. Die Antwort des Königs an den Würtemberger Hof könne daher gar nicht auf den badischen passen, und es würde folglich ganz unnütz sein, mir solche zu eröffnen, wodurch er ohnehin sich bei mir dem Verdacht aussetzen würde, daß er mit dem ihm anvertrauten Interesse meines Hofes auch ohnbehutsam handeln könne. Er wiederholte so oft den Satz, eine Anfrage bei Frankreich wäre ohnschädlich, daß ich ihm endlich antwortete, dieser Rath hätte nur vor oder bei dem Anfang der Kneblischen Negociation Eindruck machen können. Nach allem aber, was ich zeither erfahren und er durch sein Stillschweigen bestärket habe, könnte ich wenigstens meine Opinion von der Deutlichkeit der Gesinnungen seines Hofes ohne eine bestimmte Erklärung des Gegentheils nicht ändern, überließ ihm aber, bei denen übrigen Ministern des Markgrafen zu versuchen, ob sie die Sache anders ansehen würden.

„Also — erwiederte er mir — sehe ich hieraus, daß die hiesige Negociation mit dem Herrn von Knebel beendigt ist."

Ich antwortete: „Sie sehen den Herrn von Knebel noch hier, Sie wissen, daß er einen Kurier von seinem Hof erhalten hat. Des Herrn von Knebel seine Negociation ist also nicht beendigt."

„Aber — sagte er — wollen Sie mich versichern, daß Sie mir Nachricht von dieser Beendigung, und wie sie ausgefallen ist, geben wollen?"

„Haben Sie — antwortete ich — Befehl, solche von mir zu verlangen?" Da der Gesandte mir nun hierauf nicht bestimmt antwortete, fuhr ich fort: „Ich meines Orts sehe diese Nachricht für unanständig und für ohnmöglich an; denn des H. von Knebels Negociation mag ausfallen, wie sie will, so ist vorauszusehen, daß er Namens seines Hofes das Secret über den Ausgang seines Auftrags verlangen werde, und ich glaube, daß der Markgraf seinem Hof zu viel Egard schuldig ist, um sich einem so billigen Ansuchen zu entziehen."

„So viel — sagte der von Mackau am Ende — glaube ich immer voraussetzen zu können, daß, wenn Ihr Hof auch accedirt, dieses doch auf eine solche Art geschehe, daß er an keinem Krieg Antheil zu nehmen braucht, der aus dieser Ligue entstehen möchte."

„In dem Unionstractat — antwortete ich — ist von keinem Krieg die Rede; auch nicht vorauszusehen, daß eine Macht mit Deutschland Krieg anfangen würde, wenn die Glieder dieses Reiches auf eine sehr legale Art, welche niemand beleidigen kann, ihre Konstitution und die innere Ruhe durch eine nähere Verbindung befestigen, die Ordnung in allen Reichssachen herstellen und das Vertrauen unter denen Reichs-Gliedern vermehren wollen."

Weim. St. A. Abschrift.

118. Dupont an Edelsheim.

o. D. [1785].

[In Paris tadelt man das Verhalten des Baron Mackau.]

. . .[1] |: Et sans que personne pût se douter, que j'eusse la moindre instruction, je me suis assuré par Mr le Comte de Vergennes même et par Mr de Rayneval[2], que Mr de Mackau est regardé comme un étourdi, qu'on se garderait bien de lui donner une commission particulière, ni de lui confier une affaire importante, et qu'il est au nombre de ces choix, sur lesquels les meilleurs ministres ont la main forcée par les faveurs et les crédits de la cour. La chose étant ainsi, Vous voyez ce que valent ses ouvertures. On compte sur l'attachement de Votre cour et on a pour elle une estime et une amitié véritable. :|

---

119. Das hannöverische Ministerium an Knebel.

1. Dec. 1785.

[Verweis. Die Verhandlung über die geheimen Artikel fortzusetzen.]

. . . . Wenn der ganze langsame und schwankende Gang der dortigen Negociation, insonderheit was Ihr von den Umständen derselben unterm 17. v. M. gemeldet habt, gar sehr gegen Unsere Erwartung und unter der Vorstellung ist, welche Wir uns von der Denkungsart und dem Vertrauen des badenschen Hofes zu machen befugt waren, so hoffen Wir billig, es werde in keinem Stück an Euch gelegen haben, das Vertrauen auf die beste und aufmerksamste Weise zu kultiviren und die Unterhandlung zugleich mit aller Aktivität und Gefälligkeit zu betreiben, wiewohl Wir vermuthet hätten, von der nähern Bewandtniß der dortigen Gesinnungen, Verhältnisse und Umstände schon früher von Euch benachrichtiget werden zu können. . . .

Inzwischen habe man aus dem Berichte vom 22. Nov. ersehen, daß die Accessionsurkunden endlich ausgefertigt worden. Man hoffe nun, daß mit der Zeit auch der Beitritt zu den beiden geheimen Artikeln werde bewirkt werden können.

---

[1] Chiffrirte Stelle in einem undatirten Briefe Duponts, der sonst nur Hofnachrichten von wenig Belang enthält; die Chiffreauflösung hat die Notiz: „la première ligne est inintelligible"; doch ergiebt sich aus dem Folgenden zur Genüge der Zusammenhang; das Schreiben Edelsheims, worin er Dupont über das Auftreten Mackau's Mittheilung gemacht hat, ist nicht vorhanden. Wir setzen das obige undatirte Schreiben an diese Stelle, obwol es natürlich erst mehrere Wochen später geschrieben sein kann.

[2] Joseph Matthias Gérard de Rayneval, Bruder des oben (S. 54) erwähnten Prätors von Straßburg Conrad Alexandre Gérard, Staatsrath im französischen Ministerium des Auswärtigen und die bedeutendste Persönlichkeit in demselben neben Vergennes; s. über ihn Masson Le département des affaires étrangères pendant la révolution S. 21 f.

. . . Es versteht sich jedoch von selbst, daß solcher dem badenschen Hof nicht kann abgedrungen werden, und in eben dem Betracht sehen Wir nicht ab, wie dem Begehren eines weiteren éclaircissement sich entzogen und die Einholung einer ferneren Erklärung anders von Euch abgelehnt werden mag, als wenn Ihr, solche zu ertheilen und das dortige Bedenken zu erledigen, Euch selbst schon nach Euern Instruktionen im Stande befindet, welches Uns allerdings zur Abkürzung des Geschäfts so viel lieber sein wird. . . .

Hannov. St. A. Concept.

120. Edelsheim an Karl August von Weimar.

Karlsruhe, 2. Dec. 1785.

[Besuch des Herzogs von Zweibrücken in Karlsruhe und Aussöhnung mit demselben.]

. . . Der Herzog von Zweibrücken ist sehr kalt angekommen, aber ganz warm abgereist. Mit mir ist es zu meiner Verwunderung gut gegangen, und ohne daß ich mich darum bemühet, sind wir nahe auf den Standpunkt getroffen, auf welchem wir für anderthalb Jahren schieden. Ich that dem Unterdrücker und Ungerechten nicht die Ehre, auch nur durch eine Miene blicken zu lassen, als ob ich Aenderung ahndete oder gehaßt zu sein vermuthete. So schieden wir im Lachen und unter den wärmsten Freundschaftsversicherungen. . . .

Edelsheim überschickt zugleich den folgenden ausführlichen Bericht vom 2. Dez. über den Fortgang der Verhandlungen in Karlsruhe, nebst dessen Beilagen, mit dem Ersuchen, keine Abschrift davon nehmen zu lassen.

121. Edelsheim an Karl August von Weimar.

Karlsruhe, 2. Dec. 1785.

[Die Verhandlungen mit Knebel. Lage der Dinge in Speier. Unklare Haltung Frankreichs; die Unterredung mit Mackau.]

Das Haus Baden ist durch den kurhannöverischen Hof zu der Accession eingeladen worden, und es war hierzu der hier akkreditirte Ministerresident von Knebel bevollmächtiget. Man hat demselben ohne Anstand zu nehmen mündlich und schriftlich geantwortet, daß die quaestio an? eine hier längst affirmative entschlossene Sache sei; nur wünsche man bei der Lage der hiesigen Lande, welche nicht nur an die österreichischen Staaten grenzten, sondern auch durch beide kreisausschreibende Fürsten im schwäbischen und oberrheinischen Kreis, nämlich Kurpfalz und Würtemberg, von allen unirten Fürsten abgeschnitten wären, vor der Expedition der Accession zu wissen, wie solche allenfalls gegen einen Angriff oder für denen Exekutionen, welche die Reichsgerichte in denen vielen wichtigen badischen Processen häufig erkennen würden, geschützt werden könnten.

Die Antwort hierauf kam eben zu der Zeit an, wie der königl. preußische Gesandte von Böhmer sich hier aufhielt, um den hiesigen Hof ebenfalls zu der Accession einzuladen.

Diese Antwort des hannöverischen Ministerii enthielt die bündigste Freundschaftsversicherung und verwies übrigens auf den Art. 4. 7. 8. 9 des Unionstraktats. Hierauf entschloß sich der Markgraf, die anliegende Accessionsakte[1] zu unterschreiben.

Nach diesem gefaßten Entschluß ist der von Böhmer sogleich wieder abgereist und hat die Beendigung des Geschäfts dem von Knebel allein überlassen. Es sind solchem nebst denen Accessionsakten, welche er acceptiret hat, auch zwei Promemoria zugestellt worden[2]. In dem einen hat man der Union überhaupt nochmal die geographische und politische Lage der markgräfl. Staaten und die Gefahr detailliret, welcher sie im Frieden und Krieg nach der jetzigen Scheidung Deutschlands ausgesetzt sind.

In dem andern hat man aber dem königl. preußischen und kurhannöverischen Hof vorgeschlagen, die bei dem badischen Pacto successorio generaliter ertheilte Garantie auf drei wichtige Theile der badischen Erbschaft, welche theils von dem Erzhaus Oesterreich, theils mit österreichischer Unterstützung durch Processe bei dem Reichshofrath angegriffen werden, specialiter zu erstrecken. . . .

Eine Antwort darauf ist, wie Edelsheim versichert, in Folge der Langsamkeit Knebels noch nicht eingetroffen.

Der Bischof von Speier würde ebenfalls gern beitreten, wenn er der französischen Zustimmung mehr versichert wäre; Graf Vergennes habe aber auf die Anfrage des Fürstbischofs gar keine Antwort gegeben; was er dem Minister von Esebeck[3] in Versailles mündlich erwiedert, könnte ebenfalls nicht befriedigen. Ueberhaupt führten die französischen Minister eine unklare Sprache und urtheilten verschieden über die Angelegenheit.

Hiervon gibt die anliegende Unterredung mit dem französischen Minister von Mackau eine Probe. Doch ist zu bemerken, daß der von Mackau keinen Grad des Vertrauens bei dem Graf von Vergennes hat, sondern blos eine Kreatur des Baron von Breteuil ist, mithin an der Königin Partei hängt und vielleicht von dem sehr österreichisch gesinnten ersten commis des affaires étrangères, dem Hr. von Rayneval, allein geleitet wird.

Man wird daher nach Paris schreiben, um dort zu erfahren, wie des von Mackau Instructiones lauten[4].

Weim. St. A.

---

[1] S. oben Num. 109.
[2] S. oben Num. 111. 112.
[3] v. Esebeck, Minister des Herzogs Karl von Zweibrücken.
[4] Vergl. oben Num. 117. 118.

122. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 4. Dec. 1785.

[Edelsheims Unterredung mit Mackau.]

: Der Geh. Rath von Edelsheim habe ihm Mittheilung von der Unterredung mit dem französischen Gesandten von Mackau, welche kurz vor dessen Abreise nach Stuttgart stattgefunden, gemacht.

Mackau habe schließlich u. a. bemerkt, „wie sein Hof nicht glaube, daß jene Association überhaupt nöthig gewesen wäre; doch vermeine er, es würden des Königs von Frankreich Majestät, um die Ruhe in Deutschland zu erhalten, vermuthlich dieserhalben eine Mediation übernehmen“.

Knebel bezweifelt sehr, ob Mackau zu solchen Erklärungen bevollmächtigt gewesen, da dieselben im Widerspruche zu den von preußischer Seite in Zweibrücken abgegebenen Versicherungen stehen würden[1]. :

Hannov. St. A. Chiffrirt.

---

123. Das hannöverische Ministerium an Knebel.

9. Dec. 1785.

[Baden soll erst die Stimmung in Konstanz sondiren, ehe man den Bischof officiell zum Beitritt auffordert.]

Die Berichte vom 30. Nov. nebst den badischen Accessionsurkunden sind eingetroffen.

... Wir werden die von dem dortigen Ministerio Euch zugefertigten beiden Promemoria vorerst Uns zur nähern Ueberlegung dienen und zu seiner Zeit hiernächst Euch nach Befinden das Weitere darauf zukommen lassen. Die Erläuterungen, welche Ihr in Ansehung der Bischöfe von Konstanz und Speier eingezogen habet, geben von ihrer Gesinnung und Theilnehmung an der Association allerdings noch keine zuverlässige Auskunft. ... S. K. M. werden nun, um dem geäußerten Wunsch des Markgrafen alle Satisfaktion zu erweisen, insonderheit zu einer Accession des Bischofs von Konstanz Ihresorts gern zu konkurriren geneigt sein. Es kömmt aber auf zwei Stücke dabei nothwendig an: einmal nämlich, daß vermöge des einen geheimen Artikels zu der Einladung solcher Höfe und Stände, über die man sich vorher noch nicht mit vereinbaret gehabt, ein vorgängiges gemeinschaftliches Einverständniß der drei kontrahirenden Theile erforderlich ist, mithin diesseits allein darunter nichts geschehen kann, und zweitens daß aufs ungewisse sich einer vielleicht erfolgenden abschläglichen Antwort keineswegs exponirt werden darf. Wir tragen Euch auf, diese Neigung Sr. M. und die gedachten beiden Umstände dorten in freundschaftlichem Vertrauen zu eröffnen und anheim zu stellen, ob man von dorten aus die Gesinnung und Denkungsart des Bischofs von Konstanz wegen

---

[1] Von der Uebernahme einer Vermittelung ist in dem obigen Bericht Edelsheims vom 1. Dec. nichts gesagt. Auch das hannöverische Ministerium bezeichnet in seiner Antwort vom 20. Dec. jene Aeußerungen als „die Sprache eines übel informirten Ministers“; von einer Mediation Frankreichs sei keine Rede.

des Beitritts zu der Association auf eine zuverlässige Weise vorläufig näher sondiren und davon sodann fernere Mittheilung machen wolle. . . .

Hannov. St. A. Concept, zum Chiffriren bestimmt.

124. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 11. Dec. 1785.

[Rechtfertigung seines Verhaltens. Allgemeine Charakteristik der badischen Regierung. Der Markgraf. v. Hahn. Edelsheim. Vorsichtige Politik.]

Knebel rechtfertigt zunächst in Erwiderung des Ministerialreskriptes vom 1. Dec. sein Verhalten. Was die Accession zu den geheimen Artikeln angehe, so habe man in Karlsruhe anfangs keine Bedenken geäußert, sondern sofort den Beitritt hoffen lassen und ohne Beziehung hierauf nur von einer Note gesprochen, die ihm noch zugestellt werden solle, — später aber für besser erachtet, den Beitritt bis zum Eintreffen der gewünschten Aufklärungen auszusetzen; aus diesem Benehmen habe er daher geglaubt den Schluß ziehen zu müssen, daß man mit der Accession wie mit einem Unterpfande so lange zurückhalte, bis die in dem einen Promemoria begehrte Auskunft über die zum Schutze der badischen Lande zu treffenden Maßregeln ertheilt worden.

Ueber die Verfassung und Verhältnisse Badens habe er bisher aus dem Grunde noch keinen Bericht erstattet, weil er darüber noch nicht genügend informirt gewesen sei. Im Folgenden theile er mit, was er darüber in Erfahrung gebracht habe.

Belangend demnach die innerliche hiesige Verfassung, so ist solche fürtrefflich, ordentlich, exakt, ungemein anständig und durchaus zwecklich; die Landesökonomie und Kultur . . . kann nicht mit größerem Eifer und Aufmerksamkeit betrieben werden. Von den sehr gut administrirten, gegen eine Million[1] hin sich erstreckenden Landeseinkünften bleibt jährlich ein ansehnlicher Ueberschuß, . . . solcher wird unter andern zu Erkaufung feil stehender ritterschaftlicher Güter verwendet, in welchem Punkt man jedoch das Benehmen des hiesigen Hofes nicht loben will, insofern nämlich, als man glaubt, es suche derselbe die Besitzer dieser Güter durch mancherlei Mittel und Wege, selbst durch Druck zu dem Verkauf zu veranlassen. Das in den sämmtlich badenschen Landen vertheilte Militär bestehet aus 1500 Mann Infanterie nebst etwas weniger Kavalerie und ist schön und wohl unterhalten. . . . Des Herrn Markgrafen Durchlaucht selbst sind zuverlässig ein gut und rechtschaffen gesinnter Herr. Sie sind dabei in allen Theilen der Wissenschaften und Literatur bekannt und Ihr Urtheil ist treffend richtig und dabei sehr bescheiden; ich muß jedoch gestehen, daß Ihre politischen Einsichten und Kenntnisse eben nicht Ihr stärkstes Fach sind. . . . Der Geheimde Räth von Hahn. . . . ist etwas steif und pedantisch, dabei aber ungemein arbeitsam und in iure civili wohl bewandert.

[1] v. Drais II. 341 f. berechnet die Gesammteinkünfte aller Lande des Markgrafen auf über $1^1/_2$ Millionen Gulden; die Summe, welche, nach Abzug der localen Verwaltungskosten, wirklich bei der Generalstaatskasse einging, auf rund 900000 fl.; diese letztere ist vermuthlich Knebel auf seine Anfrage angegeben worden.

Der von Edelsheim ist ein feiner Weltmann, außerordentlich gewandt, fruchtbar in Auskunftsmitteln und hat das ganze Vertrauen des Herrn Markgrafen . . . er hat dabei fast an allen Höfen Konnexionen und Korrespondenz, ja man hat mir sagen wollen, daß er mit dem k. k. Staatskanzler, Fürsten von Kaunitz, in Briefwechsel stehe. Das äußere Verhältniß des hiesigen Hofes betr., so hat man freilich bei der geographischen Lage des Landes und in Erinnerung voriger Zeiten hier alle Ursache zu einem besonders behutsamen Betragen, man suchet daher es mit niemanden zu verderben. . . . ich weiß jedoch nicht, daß man hier von Frankreich oder Oesterreich inkommodiret würde, wohl aber sehen Kurpfalz und Würtemberg den hiesigen Wohlstand und Wachsthum mit scheelen Augen an; indessen lebt man äußerlich auch mit diesen Höfen so ziemlich in gutem Vernehmen. Die Processe des hiesigen Hauses an den Reichsgerichten werden, wie es scheint, mit vieler Geschicklichkeit, vielleicht auch mit Kostenaufwand betrieben. :|

Hannov. St. A. Chiffrirt.

125. v. Lehrbach an den Fürsten Kaunitz.

München, 13. Dec. 1785.

Er habe noch nicht sicher in Erfahrung bringen können, ob der Markgraf von Baden „der sogenannten Confédération Germanique“ wirklich beigetreten sei; nur das habe er erfahren, daß der russische Gesandte Graf v. Romanzow kürzlich in Karlsruhe gewesen sei; von diesem werde F. Kaunitz bereits näheres über „die berüchtigte Confédération“ erfahren haben.

Wien. St. A.

126. Böhmer an Edelsheim.

Kassel, 16. Dec. 1785.

[Uebersendung der Denkschrift vom 21. Nov. nach Berlin.]

. . . Il me reste d'accuser à V. E. la réception de Sa lettre du 2 du courant, qui me fut remise le 6 à l'occasion de mon passage de Francfort par Mr. de Gmelin. En conséquence je n'ai pas manqué de faire parvenir la note du 21 passé[1] à ma cour, l'ayant accompagnée même de toutes les considérations dont la chose est susceptible, de sorte que je ne doute guères de l'effet désiré. Il se pourra même, que j'aurais la satisfaction de Lui faire parvenir la réponse.

127. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 23. Dec. 1785.

[Der Versuch Edelsheims, Speier für die Union zu gewinnen, scheitert.]

|: Edelsheim verweilte einige Tage in Speier, um von dem Bischofe eine kategorische Erklärung wegen seines Beitritts zur Union zu fordern. Nach seiner Rückkehr

[1] Oben Num. 110.

theilte er Knebel mit, der Fürstbischof gedenke sich nicht auf Verhandlungen einzulassen, so lange ihm dies von französischer Seite nicht ausdrücklich angerathen werde; auch habe er Rücksicht auf den Kaiser und Kurpfalz zu nehmen.

Knebel setzte hierauf Edelsheim von dem Inhalte des Ministerialreskripts vom 9. Dez. in Kenntniß; der letztere versprach den Vorschlag des hannöverischen Ministeriums in Erwägung zu ziehen. :|

Hannov. St. A. Chiffrirt.

128. Das preußische an das hannöverische Ministerium.

Berlin, 27. Dec. 1785.

[Man befürwortet die Wünsche des Markgrafen.]

... Anlangend die von des Herrn Markgrafen zu Baden Dchl. bei der Accession geäußerten Desideria, so hält man hier dafür, daß man solche zumal von Seiten der beiden königlichen Kurhöfe, welche ohnedem die Garantie der badenschen Successions- und Religionsverträge auf sich haben, auf alle mögliche Art unterstützen müsse, und daß man des Herrn Markgrafen Dchl. darüber alle dienlichen Versicherungen ertheilen könnte. . . .

Berl. St. A. Concept unterz. von Finkenstein und Hertzberg.

129. Baron d'O'Cahill an den Kaiserl. Staatskanzler Fürsten Kaunitz[1].

Frankenthal, 28. Dec. 1785.

[Denunciation antikaiserlicher Umtriebe der Karlsruher Hofes. Angeblicher Ursprung des Fürstenbundes.]

Monseigneur! L'attachement que j'ai toujours eu pour Sa M^{té} Imperiale et Royale Apostolique et Ses interêts me fait prendre la liberté à découvrir à V. A. S. l'origine d'un événement qui ne fait pas seulement craindre des mauvaises suites, qu'il est entièrement contraire aux interêts de S. M. Imp. et contre les constitutions de l'Empire. Savoir la confédération germanique a pris son origine à la cour de Carlsrouhe. V. A. S. sait mieux que je Lui peux avoir l'honneur de le dire le peu d'attachement que cette cour a pour la cour Imperiale; quoique le Margrave est un très

[1] Adresse fehlt. Daß Kaunitz der Adressat, ergiebt sich aus dem Schreiben selbst. Der Verfasser dieser charakteristischen, aus Wahrheit und Lüge gemischten Denunciation ist wahrscheinlich dieselbe Persönlichkeit mit dem in dem Hof- und Staatskalender von 1786 unter den „Offiziers vom Corps“ noch aufgeführten „Lieutenant“ Carl Ludwig O'Cahill; als der betreffende Jahrgang des Kalenders gedruckt wurde, wird er noch activ gewesen sein; in dem auf dem Karlsruher Archiv befindlichen Exemplar desselben findet sich am Rande der handschriftliche Vermerk zu dem Namen: „kassiert“. Eine Beantwortung des Schreibens liegt in den Wiener Acten nicht vor. Es ist überflüssig, die zahlreichen in demselben enthaltenen Unwahrheiten im einzelnen zu berichtigen.

bon prince, il écoute trop son fils naturel le Colonel de Freystedt[1], qui est prussien dans l'âme; celui-ci ambitieux voudrait être à la tête d'un corps des troupes de 6000 hommes, a parlé tant à ce prince de la nécessité chimérique d'une confédération, et que chaque prince tenait selon ses forces un nombre suffisant des troupes sur pied pour défendre son état. Quand-t-il fut écouté du Margrave, il en écrivit son projet au Prince de Prusse (duquel il est favori et recruteur pour son regiment dans tout le pays de Bade, ce qui fait grand tort aux recruteurs Imperiale), celui-ci en donna part au Prince Henri, qui en parla au Roi son frère, qui en chargea en secret le Prince Henri, pour en faire les propositions aux differents princes, qu'il verroit à son passage pour aller en France; ce qu'il fit aussi à Carlsrouhe, où ce projet de la confédération fut achevé.

Au mois de Juin, d'Août et Septembre de cette année le Baron d'Edelsheim, ministre dirigeant, fut envoyé pour cet effet par le Margrave aux Cours de Gotha, Weimar, Dessau, d'Hannovre et Berlin. Dans cette dernière ville il s'est arrêté en incognito quelques semaines, où il a travaillé avec le Comte de Finkenstein, le Baron de Hertzberg. Il s'est rendu plusieurs fois à Potsdam, où il a eu chaque fois une longue audience du Roi. Pour ses dépêches, il les a envoyé à Dessau, d'où le Prince de Dessau les a envoyées chaque fois par ses couriers à Carlsrouhe.

Pendant le temps où le Baron d'Edelsheim fut à Berlin, le bruit courait dans le pays, qu'il était à Carlsbad, où il s'est arrêté effectivement aussi quelques jours.

Dans le même temps on ne voyait dans tout le pays de Bade que des recruteurs Hollandais; à Carlsrouhe il y en avoit deux dépôts, qui en firent partir chaque semaine des transports de 50, 80 et 100 hommes à la fois. Un Major prussien, nommé Lochner, y vint aussi, pour faire les recrues pour le corps du Comte de Salem; il y est encore. Les recruteurs étrangers jouissent toute la liberté possible; on ne cherche, surtout le Colonel de Freystedt, que rendre très difficile les recrues aux recruteurs de S. M. l'Empereur.

Publiquement et par politique la cour de Carlsrouhe dira toujours, qu'elle garderait la neutralité; mais en secret elle tente après l'acquisition du Brisgau et est plus qu'aucune autre cour allié et attaché à celle de Berlin.

V. A. S. pardonnera gracieusement, que je Lui ai interrompu dans Ses grandes occupations. Ayant l'honneur d'être connu du Msgr. le Prince de Ligne et du Ministre plénipotentiaire Mr. le Comte de Romanzow, qui pourront avoir l'honneur de dire à V. A. S. tout ce qui concerne de ma personne, je Lui supplie seulement d'avoir la bonté et de regarder mes

---

[1] Vgl. v. Weech, Badische Biographien I. 261.

paroles comme celles qui sortent d'une bouche, qui dit toujours la vérité; ce qui prouvera aussi mon congé, qui certifie, que j'ai quitté avec honneur le service du Margrave. J'ai l'honneur d'être avec la plus grande vénération et le respect le plus profond — Monseigneur — de V. A. S. le très humble, très soumis et très obéissant serviteur — le B[on] d'O'Cahill, capitaine et ancien aide-de-camp de S. A. S. Msgr. le Margrave de Bade.

Wien. St. A. Mit zahlreichen stilistischen und orthographischen Fehlern.

130. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 2. Jan. 1786.

[Baden lehnt ab, die Stimmung in Konstanz zu sondiren. Sein Beitritt zum Fürstenbund in Wien bereits bekannt. Stockmayer.]

Das badische Ministerium habe ihm endlich eröffnet, man könne sich in Karlsruhe nicht darauf einlassen, die Gesinnung der Bischofs von Konstanz wegen seines Beitritts zur Union zu sondiren, um nicht den Schein zu erregen, als ob Baden selbst ein die Union wesentlich förderndes Glied sei.

Auch den Vorschlag, an den Hofkanzler v. Hebenstreit ein unverfängliches Privatschreiben durch den badischen Kreisgesandten richten zu lassen, lehnte man ab.

. . . Dabei erzählte man mir, daß die Accession des hiesigen Hofes ohnedies in Wien bereits bekannt worden und zwar dadurch, daß E. K. M. Legationsrath Mühl dem dortigen badenschen Residenten von Stockmayer die Eröffnung davon gethan habe, vor welch letzterem man jedoch hier das Geschäfte und alles, was sich darauf beziehe, sorgfältig verborgen habe, weilen derselbe noch in andern, den hiesigen Gesinnungen nicht gemäßen Konnexionen stehe und unter andern dem Herzoge von Würtemberg und dessen Herrn Bruder, dem Prinzen Friedrich Eugen, sehr ergeben sei und deren Geschäfte in Wien zum Theil besorge. . . .

Hannov. St. A.

131. Das hannöverische Ministerium an Knebel.

13. Jan. 1786.

[Formeller Abschluß der Accession. Widerlegung der Bedenken des badischen Hofes in Betreff der geheimen Artikel.]

Man übersendet die Acceptationsurkunden zur Aushändigung. Betr. der beiden Denkschriften vom 21. Nov. v. J. erwidert man, der König wäre geneigt, mit dem preußischen Hofe darüber näher zu berathen, glaube übrigens im voraus versichern zu dürfen, daß ein Grund zur Besorgniß wegen des Beitritts nicht vorliege[1].

Soviel den noch rückständigen Beitritt zu den geheimen Artikeln betreffe, vermeinten S. M., daß es darunter nur auf zweierlei ankomme, ob nämlich entweder ihr Inhalt mit der Denkungsart des Herrn Markgrafen nicht übereinstimme oder bei dem Beitritt dazu eine besondre Bedenklichkeit von Ihnen gefunden werde.

[1] Vergl. oben Num. 128.

S. K. M. vermutheten weder das erstere, noch hielten Sie dafür, daß die Accession zu den geheimen Artikeln einen größern Anstand als die Accession zu der Hauptkonvention, zumalen nach dem nunmehr geschehenen Vorgang des pfalzzweibrückschen Hauses, werde haben mögen[1].

Hannov. St. A. Concept.

132. Böhmer an Edelsheim.

Zweibrücken, 25. Jan. 1786.

[König Friedrichs Erklärung in Betreff der badischen Desideria. Badens Unterstützung bei den süddeutschen Bischöfen wird gewünscht. Die Broschüre Dohms über den Fürstenbund. Hessen-Kassel.]

Böhmer theilt Auszug aus einem an ihn gerichteten Reskript des Königs (dat. Potsdam, 7. Jan. 1786) mit, welches die Antwort auf das badische Promemoria vom 21. Nov. v. J. (oben Num. 110) enthält:

«Au reste, comme le Margrave de Bade Vous a fait requérir par un mémoire ministériel du 21 Nov. pour lui accorder mon assistance dans ses affaires particulières, Vous pouvez l'assurer par une réponse écrite[2], que Vous lui ferez tenir par la même voie: que, rendant toute justice aux sentiments patriotiques de ce prince, je ne l'abandonnerais jamais, mais que je serais toujours prêt à le seconder en tout ce qui dépendrait de moi, à Vienne ou à la Diète, et même par des moyens plus efficaces dans toutes ses affaires particulières, surtout pour celles, dans lesquelles je lui avais promis ma garantie, et nommément pour l'état de réligion et pour la succession de Bade.»

Au reste l'Électeur de Mayence que je viens de quitter, il y a 8 jours, est sur le point de réclamer l'assistance de V. Exc., pour tâter le pouls à quelques évêques du voisinage de là haut. Je m'en rapporte à ce que Mr. de Deel Lui écrira sur ce chapitre, et comme le dit Électeur ne jure que par le Baron d'Edelsheim, je souhaiterais bien, que celui-ci remplisse son attente. Il veut bien se persuader même, que tout cela se fera aussi vite, qu'entre temps que j'opère ici dans le voisinage, je pourrais prendre mes mesures, en conséquence donc qu'il ne me reste que d'attendre la direction qu' Elle voudra bien me donner à cet égard. Mais en tout il sera bon de Lui faire observer aussi, que je ne compte rien moins que de rester longtemps sur ces lieux-ci, et que je désirerais fort de savoir Son

[1] Am 18. Jan. trifft der Kurier mit diesem Reskripte nebst Beilagen in Karlsruhe ein; noch am gleichen Tage läßt Knebel die Acceptationsurkunden nebst einer die Denkschriften vom 21. Nov. v. J. beantwortenden Note dem badischen Ministerium zugehen (Bericht vom 24. Jan. 1786).

[2] Die Ausführung dieses Befehls erfolgt erst in der unten folgenden Notification Böhmers vom 24. März, Num. 140.

idée le plutôt possible, enfin ce qu' Elle croit faisable ou non. Le plus sûr serait toutefois, si Elle voudrait bien me faire tenir Sa réponse par l'entremise de Mr. de Deel, d'autant que je compte d'être la semaine prochaine de retour à Mayence. . . .

La brochure de Mr. Dohm sera bien arrivée à Carlsrouhe aussi; si non, j'en ai fait imprimer un millier d'exemplaires à Francfort[1].

Après que je viens de faire jour à Cassel[2], où il n'y avait que clair de lune jusqu'ici, il ne reste que l'affaire de l'invitation des évêques, qui se mitonne encore. Dès qu'il sera pourvu à cette besogne, j'aurai la permission de retourner chez moi, en rentrant dans mon néant[3]. . . .

---

133. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 29. Jan. 1786.

[Baden zum Beitritt zu den geheimen Artikeln erbötig; besteht aber auf formeller Ermächtigung zur Mittheilung an befreundete Fürsten.]

Endlich — berichtet Knebel — sei ihm nach Abhaltung von drei Geheimenrathssitzungen von Seiten des Ministeriums eröffnet worden:

Des Herrn Markgrafen Dchl. seien bereit, auch zu den geheimen Artikeln zu accediren, insoferne dieses als ein Beweis von Dero Eifer für die gute Sache angesehen und von Ihnen verlangt würde. Nur stünden S. Dchl. mit einigen altweltfürstlichen Höfen, welche zwar zu der Hauptkonvention der Association,

---

[1] Christian Wilhelm Dohm Ueber den deutschen Fürstenbund. Berlin im December 1785. Ueber den officiellen Charakter der Schrift s. Dohm Denkwürdigkeiten III. 147 ff.

[2] Der Beitritt des Landgrafen von Hessen-Kassel zum Haupttractat war schon am 30. Nov. 1785 erfolgt; der zu dem Geheimen Artikel erfolgte eben jetzt (30. Jan.), der zum Geheimsten am 18. Febr. 1786.

[3] Ueber die angestrengte Thätigkeit des preußischen Gesandten Böhmer, der immer hin- und herreisen müsse und eben jetzt wieder auf 14 Tage nach Zweibrücken gereist sei, berichtet in diesen Tagen der französische Gesandte O'Kelly in Mainz in bezeichnender Weise: «Il en est déjà, à ce qu'il dit, à sa troisième voiture et a besoin d'une constitution très forte, pour résister à la fois aux fatigues du corps et aux travaux du cabinet; car il voyage seul, sans secrétaire, et est obligé de chiffrer lui même plusieurs doubles de ses dépêches à chaque fois qu'il en écrit. C'est un travail forcé de cette espèce, qui a abrégé, dit-on, les jours de M. de Seckendorf au début de sa mission en Franconie, et si le Roi, en le remplaçant par le Sieur Bœhmer, a eu pour premier but de trouver un Ministre de durée, il paraît qu'il ne pouvait mieux choisir» (O'Kelly an Vergennes, dat. Mainz 20 Jan. 1786. Paris. Arch.). Vergl. hierzu die Bemerkungen Karl Augusts von Weimar über die üblen Folgen der von preußischer Seite geübten allzugroßen Sparsamkeit bei diplomatischen Missionen, die er dem König selbst vorträgt, v. Ranke II. 316.

aber nicht zu den geheimen Artikeln eingeladen worden, in einer solchen Liaison und Korrespondenz, daß Sie diesen ohnumgänglich von Ihren diesfallsigen Schritten Nachricht ertheilen müßten und daher, um hierunter nicht anzustoßen, E. K. M. sowohl als des Königs in Preußen ausdrückliche Einwilligung hierzu Sich zu erbitten veranlasset wären. . . .

Knebel erwidert hierauf, er habe von diesem Anstande bereits in einem seiner letzten Berichte dem Könige Nachricht gegeben, habe aber keine Antwort darauf erhalten, ein sicherer Beweis dafür, daß der König diese Sache dem freien Gutdünken des Markgrafen überlasse. Es stehe also dem sofortigen Beitritte zu den geheimen Artikeln nichts weiter im Wege. Man bemerkte aber dagegen, ehe man neben der Genehmigung des hannöverischen nicht auch die ausdrückliche Zustimmung des preußischen Kabinets erhalten habe, könne man sich zu jenem Schritte nicht entschließen, da Böhmer früher erklärt, daß nur Kurmainz und Zweibrücken zu den geheimen Artikeln eingeladen worden seien, und es demnach in Berlin Mißfallen erregen könnte, wenn Baden hierüber mit den andern Höfen korrespondiren würde[1].

Hannov. St. A.

134. Böhmer an König Friedrich von Preußen.

Mainz, 10. Febr. 1786.

[Schwierigkeit der Verhandlung mit den geistlichen Höfen. Edelsheim soll zu Hilfe kommen.]

|: In einer längeren Unterredung mit dem Kurfürsten von Mainz sprach sich derselbe u. a. sehr befriedigt darüber aus, daß durch die persönlichen Zusammenkünfte der weltlichen Fürsten die Verhandlungen ungemein erleichtert würden. Ein gleiches wäre bei den geistlichen Ständen zu wünschen, umsomehr, als der Weg durch ihre Ministerien wegen des österreichischen Einflusses nur mit größter Vorsicht betreten werden könne.

C'est par cette raison là aussi qu'il n'a pas fait de démarches à cet égard et qu'il compte d'user de la plus grande circonspection, ayant fait engager dans cette vue le ministre de Bade, le Baron d'Edelsheim, de s'employer pour le bien de la commune cause près des évêques de Bâle, Constance et Spire, en les sondant directement. Pour en convenir ultérieurement, il n'attend que ce ministre, qui vient de promettre même de vouloir s'y prêter et de venir incessamment ici pour en prendre bouche. :|

Berl. St. A. Chiffrirt.

---

[1] In dem Antwortschreiben des Ministeriums, dat. 8. Febr. 1786, wird bemerkt, daß lediglich bei den Fürsten von Anhalt-Köthen, Bernburg und Dessau die Einladung nicht auf die geheimen Artikel ausgedehnt worden sei und daß sie bei Sachsen-Weimar noch nachträglich durch Preußen nachgeholt werde. Man dürfe daher versichert sein, daß man weder in Hannover, noch in Berlin dagegen etwas einwenden werde, wenn man badischerseits die übrigen associirten Höfe, ausgenommen Anhalt, von dem Beitritte zu den geheimen Artikeln benachrichtigen wolle.

135. Der Reichstagsgesandte v. Schwartzenau an Karl Friedrich.

Regensburg, 23. Febr. 1786.

[Preußische Anfrage wegen des schwarzen Adlerordens.]

Indem mir die Freiheit nehme E. Hf. D. in engstem und gehorsamstem Vertrauen zu eröffnen, daß des Königs von Preußen Majestät, in voller Kenntniß Höchstdero patriotischen Gesinnungen und ausnehmenden Talenten, aus eigner Bewegung den Entschluß gefasset haben, einem so respektablen Fürsten ein Merkmal von Dero distinguirten Freundschaft und besonderem Zutrauen zu geben, nur aber gerne wissen möchten, ob es mittelst Konferirung Ihres großen Adlerordens oder etwaiger konvenabler Anstellung eines derer Durchlauchtigsten Prinzen bei Ihrem militari oder auf eine andere angenehme Weise geschehen könne, so kommt es lediglich darauf an, in wie ferne E. Hf. D. mich deshalben ganz offenherzig ... zu belehren geruhen wollen, um vielleicht eins mit dem andern einleiten ... zu können ...[1]

---

136. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 24. Febr. 1786.

[Neuer Vorbehalt des Markgrafen in Bezug auf den Beitritt zu den geheimen Artikeln.]

|: Obschon nach den Umständen kaum zu vermuthen gewesen, daß der Beitritt des hiesigen Hofes zu den geheimen Artikeln einem weiteren Aufenthalt unterliegen dürfte, so wurde mir doch gestern von Seiten des markgräflichen Ministerii erkläret, daß Ihro Dchl. der Herr Markgraf mit dem Fürsten von Anhalt-Dessau in einer solchen vertrauten Freundschaft und Korrespondenz, insonderheit in Rücksicht auf die Association, stünden, daß Sie diesen Herrn ohnumgänglich von Ihrem Beitritt zu den geheimen Artikeln benachrichtigen müßten ... Auf meine dagegen gemachte Aeußerung, wie auf diese Art das Ende des Geschäftes und der Schwierigkeiten nicht abzusehen sei, wurde mir erwiedert, daß man außer der angegebenen keine andere Schwierigkeit mehr wüßte. Wofern es dem hiesigen Hofe, wie es doch nicht unbillig zu erwarten war, beliebig gewesen wäre, die Höfe, welchen man von jener Accession Nachricht zu ertheilen gesonnen sei, sogleich namhaft zu machen, so hätte sich wenigstens dieser nach einer Berathschlagung von einigen Tagen zum Vorschein gekommene abermalige Anstand nicht ergeben können[2] :|.

Hannov. St. A. Chiffrirt.

---

[1] Der Markgraf dankt für die wichtige Nachricht, macht aber die Antwort von einer weiteren Aufklärung darüber abhängig, ob die Anfrage von dem preußischen Ministerium oder unmittelbar vom Könige gestellt werde (an Schwartzenau dat. Karlsruhe 3. März 1786.)

[2] Am 11. März 1786 rescribirt das hannöverische Ministerium an Knebel, daß man über diese Frage der Mittheilung an den Fürsten von Dessau sich mit der preußischen Regierung benehmen und dann die Entscheidung senden werde. Vergl. unten dat. 30. März 1786.

137. Schwartzenau an Karl Friedrich.

Regensburg, 12. März 1786.

[Der König hat aus eigenem Antrieb die Auszeichnung für den Markgrafen beschlossen.]

Schwartzenau antwortet auf Num. 135 n. 1, „daß Ihro Majestät der König NB. aus eigener Bewegniß den bewußten Entschluß gefasset hätten, auch im Grunde wohl einerlei zu sein scheinet, ob mir diese Benachrichtigung ohnmittelbar oder durch den Ministre, wie geschehen, zugekommen.“ Er habe gewünscht, vom Markgrafen einen Fingerzeig zu erhalten, um davon privatim vorsichtigen Gebrauch zu machen. Indes sei dies vielleicht nicht mehr nöthig, da er gleich anfänglich seine „ohnverfänglichen Gedanken nach Berlin gemeldet habe“, und man dort „gemeiniglich in seinen Handlungen etwas geschwind zu Werke zu gehen pfleget“ [1].

138. Edelsheim an Karl Friedrich.

Mainz, 19. März 1786.

[Konferenz mit dem Kurfürsten, mit Heims und Deel.]

Hier kam ich gestern an und hatte etliche Stunden darauf bei dem Kurfürst Audienz[2]. . . . Nach denen gewöhnlichen Komplimenten ertheilte mir der Kurfürst die verbindlichste Versicherung seiner Devotion und Freundschaft gegen E. Hf. D. und erneuerte den Wunsch Hochdieselbe persönlich kennen zu lernen. . . . Dann kam das Gespräch immediate auf die Union und dauerte eine Stunde fort. Heute früh habe ich eine Unterredung mit dem Weihbischof gehabt, der mit meinen Erläuterungen wegen der Schwarzacher Sache so zufrieden zu sein schien, daß er mich versicherte, vollkommen sich nach solchen zu richten. Er wünscht von mir ein Promemoria zu haben, das ich soeben diktirt habe. Deelen habe ich dreimal gesprochen. Seine jetzige Situation erfordert aber, daß er bei dem Kurfürsten anfrage, ob er über die Kammergerichtsvisitation und die Münzvalvation mit mir konferiren solle, und hierüber erwartet er morgen Weisung. Mit dem preußischen und hannöverischen Gesandten habe ich nur sehr wenig gesprochen, weil beide heute ihren Posttag haben. Der kaiserliche Gesandte hat mich sehr, sehr kalt, der französische hingegen desto höflicher empfangen.

---

[1] Vergl. unten dat. 14. April ff.

[2] Edelsheim hatte sich Anfangs März an den bischöflichen Hof nach Bruchsal begeben, war dann am 13. d. M. in Frankfurt eingetroffen, wo er Romanzow begegnet („Romanzow ist gar freundlich gegen mich, aber sehr rückhaltig; doch kann er nicht lassen von Zweibrücken zu sprechen.“ Edelsheim an Karl Friedrich, dat. 16. März) und, nachdem er Gmelins Ankunft abgewartet, am 18. nach Mainz weiter gereist.

139. Edelsheim an Karl Friedrich.

Mainz, 23. März 1786.

[Verhandlungen in Mainz. Dalberg.]

Noch hier, gnädigster Herr! und noch eben so unbestimmt über meine Abreise. Doch ist Schwarzach gehoben, und meine Unterredungen über das Kammergericht, Münzdevalvation und Union sind gepflogen. . . .

Nur Schade, daß alles, was ich hier gethan habe, meinem Ermessen nach — salvo meliori — nicht den 10. Theil der Kosten werth ist, und den Zeitverlust gar nicht, die ich verwendet habe. Doch das alles ist nicht abzuändern. Ich habe dabei noch nicht so viel Zeit gewonnen, als nöthig gewesen wäre, um an den Herzog zu schreiben.

Mit Dalberg hat es hier wichtige Händel gegeben. Er ist endlich mit kurfürstlicher Erlaubniß vorgestern wieder hier angekommen. . . .

140. Notification des preuß. Gesandten von Böhmer an das badische Ministerium.

Mainz, 24. März 1786.

[Preußische Garantieerklärung für Baden.]

In schuldiger Rückantwort auf dasjenige Promemoria, welches einem Hochfürstlichen Badenschen Ministerio unterm 21. Nov. v. J. Endesunterzeichnetem zuzufertigen gefällig gewesen, ist derselbe nach eingeholter Instruktion von Seiten seines allergnädigsten Königs und Herrn Majestät zu erklären befehliget:

Wie Allerhöchstdieselben die patriotischen Gesinnungen Ihro des Herrn Markgrafen D. nicht mißkennen, vielmehr solchen alle Gerechtigkeit widerfahren lassen und in eben der Hinsicht Höchstdieselben niemals verlassen würden, sondern jederzeit bereit wären, Höchstihnen in allen Ihren besonderen Angelegenheiten, vornehmlich denenjenigen, darin S. M. die Garantie bereits übernommen haben, namentlich den Religionszustand und die Erbfolge in denen Hochfürstl. Badenschen Landen überall, es sei auf dem Reichstage oder am Wiener Hofe, soviel nur immer von Allerhöchstihrer Majestät abhange, selbst auf die nachdrücklichste Weise beizustehen.

141. Edelsheim an Karl August von Weimar.

Mainz, 25. März 1786.

[Parteien und Personen am kurmainzischen Hofe. Verlauf der Verhandlungen in Karlsruhe.]

. . . Ich habe hier zu meiner großen Verwunderung das Geschäft lange nicht so ausgebreitet angetroffen, als ich es zu finden hoffte. Man theilet sich nun im Reich in formaliter und materialiter accessi. Das ist im Grunde eine

unerträgliche Hasenfüßerei, die ich mir nicht anders als unter dem Bilde eines Kranken machen kann, der, wenn er auch geheilet ist, sich doch in seiner Imagination noch so schwach glaubt, daß er sich nicht getraut, eine Treppe hinauf zu steigen. . . . Die Geistlichkeit hängt besonders an diesem Spielwerke und brüstet sich mit dem Satz: wir sind ja ohnehin durch die Union salviret, was brauchen wir uns durch unsere Unterschrift noch einem Gewitter auszusetzen? Ich sehe also voraus, daß wir von denen Männern, die alle ihre Juwelen auf der Brust und am Finger tragen, nicht einen einzigen zum Unterschreiben bekommen. Ich kann noch nicht begreifen, warum man hier geglaubt hat und noch glaubt, ich könne die katholische Geistlichkeit leiten, wohin ich wolle. Probieren will ich es, ob ich Speier, Konstanz und Basel materialisiren kann. Doch zweifle ich sehr. Die ganze Negociation ist in diesem Fach, wie in verschiedenen andern, unglaublich verhunzt. Wie konnte man glauben, daß Böhmer und Steinberg[1] Schultern und Aktivität genug hatten, um ein so weitläufiges Geschäft allein zu tragen! Hätte man gleich anfangs statt zwei zwölf Männer decochiret und noch früher für dem Abschluß zu Berlin denen schwarzröckigten Fürsten offeriret, ihr Interesse mit dem weltlichen zu kombiniren, wenn sie mit bei der Haupt- und General-Union sein und bleiben wollten, — aus Furcht für der Exklusion hätten alle, selbst der Abt von Stablo, mit unterschrieben. . . .

Im Folgenden bespricht Edelsheim ausführlich die Lage der Dinge in Mainz. In Folge des Zwistes zwischen Kurfürst und Kapitel wende letzteres sich ganz und gar der kaiserlichen Partei zu.

. . . Der wahre Favorit des Kurfürsten, Meister Strauß, wird ohnfehlbar Kanzler und Deel schickt man vermuthlich nach Regensburg. Ich habe denen Gesandten der Höfe diese Entdeckung ihrer Wichtigkeit wegen mitgetheilt. Resolviren sich ihre hohen Kommittenten nicht, dem Weihbischof ein ansehnliches Präsent und Straußen eine Pension zu geben, so sehe ich voraus, daß in zwei Jahren das ganze hiesige Gebäude zur Seifenblase wird[2]. . . .

Strauß suche sich auf alle Weise dem Kaiser und dem Kapitel gefällig zu erweisen, der Kurfürst sei krank und schwach, die Zeit vorauszusehen, wo Strauß die Leitung in die Hand nehmen werde. Im Kapitel bleibe dem Kurfürsten niemand als Dienheim, und das sei eine sehr schwache Stütze. Fechenbach schwimme oben und habe bei einer Koadjutorwahl alle Aussichten, da Strauß ihm aufrichtig ergeben sei. Vor allem also müsse man Strauß gewinnen, auch Heimes und Deel in Mainz zu halten suchen.

. . . Nun auch etwas von Badensibus. Wir haben von Hannover einen so schwerfälligen Negociateur durch den Zorn des Himmels erhalten, daß dieser, kombiniret mit Hahn, nothwendig ein tale opus pedantescissimum zur Welt bringen mußte, wie unser negotium accessionis in Wahrheit ist. Wenn aber

---

[1] Freiherr v. Steinberg, englisch-hannöverischer Gesandter in Mainz, Schwager des Freiherrn von Stein.

[2] Ueber den Staatsrath von Strauß s. Pertz Leben Steins I. 44; über den Weihbischof Heimes oben S. 46.

nur die Höfe quaest. die Personaldefectus von dem Realzustand unterscheiden, wie ich hoffe und bitte, so ist's nicht Schade, sondern nur Lehre, i. e. ein Aviso. Nach der Accession kam er mit denen ganz unbedeutenden Art. separ. herfür, forderte aber, daß man diese an niemand als Mainz und Zweibrücken offenbaren sollte. Das, antwortete man ihm, ginge nicht an, besonders gegen Smum Gothanum et Weimariensem et Anhaltiensem sive Dessauiensem. Nach Monaten kam die Antwort, nunmehr dürfe man mit allen, exceptis tamen Anhaltiensibus, offenherzig sein. Das will und kann sich der Markgraf nicht gefallen lassen, und so ist wieder die Antwort abgegangen, auf welche vielleicht eine ohnbeschränkte Licenz jetzt eingelaufen sein wird. Alsdann erfolgen von uns formalia; bisher aber sind wir quoad huc nur Materialisten. — Frankreich hat sich gegen Mainz noch gar nicht erklärt. Der Gesandte aber sagte mir sehr einleuchtend, sein Hof hätte ihm nicht befohlen zu widersprechen[1].

Weim. St. A.

142. Das hannöverische Ministerium an Knebel.

30. März 1786.

[Private Mittheilung der Artikel an den Fürsten von Dessau durch den Markgrafen ist zulässig.]

Von Berlin ist die Nachricht eingelaufen, daß man von dort zwar dem Fürsten von Dessau keine Mittheilung wegen der geheimen Artikel gemacht habe, daß er aber bei seinen Beziehungen zu Sachsen-Weimar darüber wohl informirt sein dürfte. Demnach wird Knebel beauftragt zu erklären, daß eine ministerielle Kommunikation der betr. Artikel allerdings nicht statthaft sei, daß es dem Markgrafen aber völlig freistehe, privatim davon vertrauliche Mittheilung zu machen[2].

Hannov. St. A.

143. v. Lehrbach an Fürst Kaunitz.

[Unionsbemühungen in Süddeutschland.]

München, 7. April 1786.

. . . Außerdem habe ich durch verlässige Wege in Erfahrung gebracht, daß das Domcapitel zu Konstanz an den daselbstigen Fürstbischofen unabläßig dringe, der sogenannten Königlich Preußischen Union beizutreten. Dann, daß auch der Herr Herzog zu Würtenberg dermalen mehr Wandelbarkeit als sonst in seinen Ge-

[1] Ueber O'Kelly's Verhalten in der Angelegenheit des Mainzer Beitritts zur Union s. oben S. 108 f.

[2] Knebel theilte diese Weisungen dem Präsidenten von Hahn mit; vor der Rückkehr Edelsheims aber, der auf ein paar Wochen nach Straßburg (?) verreist sei, könne, schreibt er, kein Beschluß gefaßt werden; doch hofft er, daß in etwa drei Wochen alles erledigt sein werde (Knebel an den König, dat. 7. April 1786).

sinnungen verspüren lasse. Welches alles um so minder befremdlich ist, als der Berliner Hof seine geheimen Emissarien aller Orten im Reich zu unterhalten pflegt[1].

144. Böhmer an König Friedrich von Preußen.

Mainz, 7. April 1786.

[Militärische Projekte des badischen Hofes, in Verbindung mit seinen holländischen Beziehungen; Anerbieten von Truppenstellung für die Union.]

. . . À l'occasion du séjour qu'a fait ici le Baron d'Edelsheim, je ne dois pas oublier de faire encore mention d'une proposition qu'il nous a communiquée en toute confidence, à l'envoyé d'Hannovre et à moi, pourque nous ayons à lui faire savoir au retour le sentiment des cours unies, dont Msgr. le Margrave, son maître, voudrait-il se munir, avant que de s'engager en quelque façon[2].

Le fait est, qu'après que le soi-disant parti patriotique en Hollande, comme l'on sait, ne croit pouvoir choisir d'autre voie plus propre pour gagner le dessus, . . . qu'en éloignant, autant que faire se peut, le gros des troupes et de la flotte, on vient de faire la proposition de la part de la République au Margrave, de lui faire passer les trois régiments qu'il a au service de la République, pour qu'il ait à les entretenir dans ses propres états sur le pied de six bataillons qu'ils devraient être, n'étant à l'heure qu'il est qu'au nombre de cinq. Puis on s'engage de lui fournir tout ce qui faut pour l'entretien de ces six bataillons selon la paye usitée jusqu'ici, en y ajoutant toute fois autant que d'après l'état militaire reçu en Hollande il y a de fixé pour l'entretien d'un régiment complet de cavalerie et pour celui d'un général, à la charge seule d'avoir toujours 2/m. hommes prêts pour le service de la République. Comme donc cette paye, assez large d'ailleurs, suffirait pour entretenir 5/m. hommes tout net et que les caisses de Msgr. le Margrave doivent être assez bien garnies, pour suppléer d'abord jusqu'au nombre de 3/m. hommes son état militaire à lui, qui en tout ce qu'il a sur pied actuellement doit monter à 2200 têtes[3], on prétend qu'il se verrait par là mis en état d'entretenir toujours 8/m. hommes en tout, de sorte qu'en destinant 2/m. pour le service de la République en vertu de la convention à faire, il lui en resterait toujours 6/m. à sa disposition pour le cas de besoin et le soutien de l'union.

---

[1] Vergl. unten den Bericht Lehrbachs, dat. 13. Juni 1786, Num. 154.

[2] Vergl. über die im Folgenden besprochenen Verhältnisse auch die w. u. in dem folgenden Abschnitt mitzutheilenden Correspondenzen zwischen Edelsheim und dem Residenten Bosset im Haag.

[3] Nach Knebel oben Num. 124 nur 1500 Mann.

Voici le plan tel qu'il nous a été communiqué et sur lequel, selon ce que le Baron d'Edelsheim assura, le Margrave, son maître, serait déjà entré, si en vue de tant de sollicitations qu'on lui fait de la part de la France, sa méfiance ne l'ait porté au point que d'y chercher du captieux. Ne le pouvant enfin trouver encore, il veut bien s'en remettre aux cours unies, avant que de s'engager à quelque chose que ce soit, se proposant finalement d'en communiquer en toute confidence avec Msgr. le Prince Stadhoudre aussi.

Berl. St. A.

145. Geh. Rath v. Deels Bericht an den Kurfürsten von Mainz.

v. D. [Mainz, April 1786].

[Mittheilung Böhmers über die militärischen Projekte des Markgrafen von Baden.]

Unterschriebener machte gestern mit dem Gesandten v. Böhmer eine Promenade in der Favorite. Bei dieser Gelegenheit vernahm derselbe discursweis im Vertrauen, daß der Herr Markgraf von Baden sich in einem häcklichen Falle befinde, worüber er sich den Rath des preußischen Hofes erbeten habe.

Holland und Frankreich haben dem H. Markgrafen den Antrag gethan, und letzteres betreibt die Sache mit vieler Lebhaftigkeit, daß Baden die in holländischen Diensten habenden 3 Regimenter gegen Empfang des Soldes für 6 Bataillons und gegen andere ansehnliche Vortheile in seinem Lande erhalten und sich dabei anheischig machen solle, beständig 2000 M. in marschfertigem Stand auf die erste Ordre der Republik zu haben.

Der Betrag des Soldes und der übrigen Vortheile soll so stark sein, daß Baden sich getrauet, den Unterhalt von 5000 Mann damit bestreiten zu können. Ob aber nicht ein heimliches Bedenken bei der Sache obwalte, oder sonst ein dem preußischen Hofe oder dem Statthalter von Holland angelegener Betracht dabei obwalte, darüber verlangt der Herr Markgraf vom König die Aufklärung.

v. Böhmer sagte, daß Baden für 2200 Mann eigene Fonds habe, und daß diese Fonds nun auf 800 Mann mehr, mithin auf 3000 Mann würden gestellt werden. Alsdann könne Baden aus holländischen Subsidien und eigenen Fonds 8000 Mann halten, wovon ihm 6000 zur Disposition blieben.

Er bat sich über diese Eröffnung das Geheimniß aus, es wäre dann, daß ich für räthlich hielt, E. Kurf. Gn. solche nicht verborgen sein zu lassen; es müsse aber ein Geheimniß bleiben.

Vielleicht hat Böhmer die Gelegenheit expresse gesucht, mit Unterschriebenem spazieren zu gehen, um zu vorstehender vertrauter Eröffnung die Gelegenheit zu haben; denn er proponirte die Promenade schon Vormittags, da er mich sprechen wollte, aber den Hofrath Boller[1] bei mir antraf und also nur generalia sprechen konnte.

Wien St. A. Concept.

[1] Hofrath Boller, Eichstädtischer a. o. Gesandter.

146. Graf O'Kelly an den französischen Minister des Auswärtigen.

Mainz, 8. April 1786.

[Angelegenheit der Abtei Schwarzach; vermuthliche Pläne der badischen Regierung in Bezug auf dieselbe. Klostergüter und geistliche Reformpolitik in Deutschland.]

Le mémoire relatif à l'abbaye de Schwarzach que Mr le Baron d'Edelsheim m'avait annoncé ne m'est pas parvenu encore, mais j'ai recueilli depuis quelques nouvelles notions à ce sujet, que je crois devoir Vous communiquer[1].

L'intimité des liaisons, qui subsistent entre la cour de Mayence et celle de Bade, est fondée principalement de la part de cette dernière sur l'intérêt, qu'elle prend au sort de cette abbaye et sur le besoin qu'elle a de celle de Mayence, pour effectuer les vues qu'on lui suppose pour sa suppression.

On m'assure, que le Margrave a fait des avances considérables aux moines de Schwarzach, pour acquérir sur les terres de cette abbaye une hypothèque qu'il fera valoir en temps et lieu; la partie paraît liée de longue main entre le Ministère de Bade et celui de Mayence, dont le zèle pour les intérêts du Margrave fait supposer un attachement fondé sur des bienfaits. Il y a environ un an, qu'il parut ici un écrit relatif aux

[1] Kloster Schwarzach, alte Benedictinerabtei in der unteren Mortenau, mit reichen Besitzungen auf beiden Seiten des Rheins. Seit 1422 besaßen die Markgrafen von Baden die Kastenvogtei über das Kloster, welche sie im Laufe der Zeit mehr und mehr zu eigentlicher Landeshoheit umzugestalten sich bemühten, während die Aebte den Anspruch zu behaupten suchten, „als ein fürstlich Speierisches Reichsafterlehen“ dem Kaiser unmittelbar unterworfen zu sein. Besonders seitdem durch den Erbfall von 1771 das Haus Baden-Durlach in den Besitz der betreffenden Rechte eingetreten war, hatte sich der Streit mit dem Kloster wieder lebhaft erneuert. Indem die badische Regierung darauf bestand, über die Vermögensverwaltung des Klosters ein Aufsichtsrecht auszuüben, gerieth sie mit dem Abte Anselm in harte Conflicte, die endlich dahin führten, daß der Markgraf dem Abt überhaupt die Verwaltung entzog und dieselbe einem der ihm ergebenen Conventualen übertrug (1774). Der Abt wandte sich protestirend an das Reichskammergericht; der Bischof von Straßburg, zu dessen Sprengel Schwarzach gehörte, erklärte sich gegen die badische Regierung. Worauf diese an das Metropolitangericht des Kurfürsten von Mainz appellirte, und dieses stellte sich entschieden auf die Seite Badens gegen den Abt Anselm. Nichts desto weniger entschied ein im April 1781 ergehendes Urtheil des Reichskammergerichts zu Wetzlar den Proceß zu Gunsten des Abtes und wies den Herzog von Würtenberg, als ausschreibenden Fürsten des schwäbischen Kreises, an, den Abt, „nöthigen Falls mit starker Hand“ in seinem Recht auf die Klosterverwaltung zu schützen. Dieser Spruch blieb aber wirkungslos, da Würtenberg die Execution nicht übernahm, ebensowenig wie der Kaiser (als ausschreibender Fürst des österreichischen Kreises), dem das Kammergericht sie dann übertrug. Die badische Regierung aber legte gegen den Spruch des Reichsgerichtes Recurs bei dem Reichstag ein. Hier ist die Streitfrage endlich 1790, zu Gunsten Badens, entschieden worden. Das Kloster ist dann im Jahr 1803 aufgehoben worden. Vergl. Reuß Teutsche Staatskanzley III. 71 ff. VII. 269 ff. v. Ranke a. a. O. I. 96 f.

anciens troubles de cette abbaye, qui annonçait, qu'on n'avait pas perdu cette affaire de vue, comme on paraît en être plus sérieusement occupé cette année. Je crois devoir Vous l'envoyer[1]. Vous verrez par la conclusion de cet ouvrage, que le premier but de la négociation secrète, qui subsiste à cet égard entre Bade et Mayence, est de recouvrir la jouissance des revenus de l'Alsace et autres territoires, dont l'abbé déposé est encore en possession: le prétexte est l'insuffisance des revenus actuels de l'abbaye pour son entretien; mais le principal objet est la réunion de tous les revenus dans la même main, pour étendre insensiblement l'hypothèque que le Margrave a commencé d'acquérir et qui formera la base de ses futures prétentions.

Cette dispersion des revenus de monastères dans différens territoires est un des freins, qui arrêtent le plus efficacement en ce moment cet esprit de réforme, qui avait gagné quelques états de l'Allemagne à l'exemple de l'Empereur. Les discussions qu' a eues l'Électeur de Mayence avec les cours de Hesse-Darmstadt et de Manheim au sujet des biens appartenans aux trois couvents supprimés à Mayence, a servi d'avertissement à ceux qui avaient les mêmes projets en vue, pour se conduire avec plus de précaution, et la confédération, qui a fait sentir à l'Empereur la nécessité des ménagemens qu'il avoit crus inutiles avant cette époque, lui a suggéré, à ce que j'ai appris depuis peu, une mesure, qui n'a pas moins révolté les états qu'elle concernait: quelques abbayes de Souabe soumises à sa domination et qu'il a le projet de supprimer, ayant des biens situés sous une autre, il leur a fait signifier, qu'elles eussent à aliéner les biens qu'elles possédaient dans un territoire étranger et à rendre compte de l'emploi qu'elles feraient du produit de ces ventes. Parmi ces abbayes il y en a, qui ont des fiefs relevans de l'Evêché de Wurtzbourg, et le Prince ayant découvert, qu'on voulait les forcer à aliéner ces fiefs, en a adressé directement ses plaintes à l'Empereur, qui ne lui avait pas fait encore de réponse au temps où la personne, de qui je tiens cette anecdote, l'a quitté à Bamberg. La conduite modérée de ce prince mérite cependant des attentions plus particulières de la part de la cour de Vienne, et il faut croire qu' elle ne voudra pas lui donner lieu de prendre une part plus directe qu'il n'a pris jusqu'ici à l'association de Berlin.

Parif. Arch.

---

[1] Liegt nicht bei.

147. König Friedrich II. von Preußen an Karl Friedrich[1].

Berlin, 14. April 1786.

[Verleihung des schwarzen Adlerordens.]

Monsieur Mon Cousin.

Tout ce que J'ai toujours entendu et appris des sentiments nobles et élevés de V. Alt. Sér^me et de Son zèle vraiment patriotique pour les intérêts du Corps Germanique m'a fait concevoir de longue main la plus haute estime et une veritable amitié pour Sa personne; mais comme Elle vient de me donner encore tout récemment une preuve si agréable de ces mêmes sentiments, en accédant au traité d'association, qui a été conclu ici pour le maintien du système de l'Empire, J'ai désiré vivement de témoigner à V. Alt. Sér^me le prix que J'attache à une façon de penser si digne d'un Prince de l'Empire. Je Lui offre pour cet effet les marques de mon ordre de l'aigle noir, et J'espère qu'Elle voudra bien les recevoir comme un gage de la considération distinguée et de l'amitié sincère et invariable, avec laquelle Je suis

Monsieur mon Cousin
de Votre Altesse Sérénissime
le très-affectionné Cousin
Fédéric.

---

148. Karl Friedrich an König Friedrich II. von Preußen.

[Karlsruhe, 3. Mai 1786.]

[Dank für die Verleihung des schwarzen Adlerordens.]

Sire!

La nouvelle marque de bonté dont Votre Majesté a bien voullu m'honnorer, en me decorant des marques de Son ordre de l'aigle noire et la lettre plaine de temoignage de Sa haute bienveuillance, dont Elle [a] daigné l'accompagner, m'ont penetré de la plus vive et de la plus respectueuse reconnaissance.

Daignés en agéer [l. agréer], Sire, mes très-humbles remerciments. Il y a longtems, Sire, que je respecte dans la Personne sacrée de Votre Majesté le principal maintien de la liberté germanique et du sisteme de l'Empire. V. M. vient de donner une sanction solennelle à ces santiments, dont tout les bon patriotes sont penétré, par le traité d'association qui vient de se

---

[1] Dieses und die beiden folgenden Schreiben sind bereits gedruckt in den Beilagen zu Nebenius-Weech S. 285 ff.; wir theilen sie, um des Zusammenhangs willen, hier nochmals nach den Originalien mit. Vergl. oben Num. 135. 137. Uebrigens war der schwarze Adlerorden schon im Jahre 1782 dem Erbprinzen Karl Ludwig verliehen worden. (Dankschreiben Karl Friedrichs an K. Friedrich II. dat. Karlsruhe, 22. Aug. 1782.)

conclure princalement (sic!) sous Ses auspices. En y accedant je n'ai fait que ce que j'ai cru que mon devoir envers ma patrie m'obligeait de faire; il est bien heureux pour moi, que V. M. daigne aprouver ma conduite à cet égard. Veuille la providence conserver encore longtems les jours precieux de Votre Majesté pour le bonheur de Ses peuples et pour celui de tout les bons patriotes allemands. C'est avec ces sentiments et ceux de ma très humble reconnoissance que j'ai l'honneur d'ètre avec le plus profond respect etc.

Eigenhändiges Concept o. D. Das Datum ergiebt sich aus dem folgenden Schreiben.

---

149. König Friedrich II. von Preußen an Karl Friedrich.

Berlin, 18. Mai 1786.

[Höflichkeiten. Wichtigkeit des Fürstenbundes.]

Monsieur mon Cousin.

C'est avec la plus sensible satisfaction que J'ai appris par la réponse que V. Alt. Sér^me M'a faite en date du 3 de Mai, qu'Elle a bien voulu recevoir et agréer les marques de Mon ordre de l'aigle noir comme une preuve de Mon estime particulière et de Mon amitié personnelle pour Elle; et qu'Elle M'a voulu assurer en même temps d'être toujours contente du système patriotique qu'Elle a embrassé avec moi. Cette assurance du suffrage et du contentement de V. Alt. Sér^me et de tant d'autres princes respectables d'Allemagne est pour moi la récompense la plus précieuse des efforts que j'ai faits pour la sûreté et le bonheur de notre patrie commune. V. Alt. Sér^me a parmi tant d'autres mérites celui d'avoir contribué par Son exemple et Sa conduite ferme et généreuse à jeter une base solide et permanente pour la sûreté et la prospérité de toutes les anciennes maisons des princes d'Allemagne et de la plus illustre république de souverains qui ait jamais existée. Je conserverai précieusement le souvenir d'une union si rare et si heureuse, et je La prie d'être persuadée des sentiments de l'amitié sincère et invariable, avec laquelle Je suis

Monsieur mon Cousin
de Votre Altesse Sérénissime
le très-affectionné Cousin
Fédéric.

---

150. König Friedrich II. von Preußen an Böhmer.

Berlin, 18. April 1786.

[Ueber die badischen Truppenerbietungen ist nähere und geheime Verhandlung zu führen.]

. . . L'idée que le Baron d'Edelsheim Vous a fournie d'un corps de 5/m. hommes que le Margrave de Bade pourrait entretenir pour le service

de l'union mérite mon, attention, d'autant plus qu'elle se rapporte à celle que j'ai eue de prendre les troupes du Landgrave de Darmstadt à ma solde[1]. Vous tâcherez donc de Vous en expliquer ultérieurement avec le Baron d'Edelsheim pour savoir, quelles sont au juste les idées du Margrave de Bade à cet égard, ce qu'il exigerait pour l'entretien d'un bataillon, fixé à un certain nombre de têtes, s'il pourrait l'entretenir toujours dans un état complet ou dans quel nombre, et si la crainte de la cour de France ne l'empêchera pas. Vous sentirez bien, qu'il faudra traiter cette affaire avec beaucoup de précaution et de secret, pour que les cours de Vienne et de France n'en apprennent rien, et Vous m'en ferez toujours des rapports séparés et bien chiffrés.

Berl. St. Arch. Concept, von Finckenstein und Hertzberg unterzeichnet.

---

151. Böhmer an Edelsheim.

Mainz, 25. April 1786.

[Die badisch-preußische Militärangelegenheit.]

... Quant aux affaires courantes, on compte en attendant toujours sur V. Exc., se flattant de voir arriver les choses bientôt au point de pouvoir faire main basse sur les évêques. Ce chapitre me mène au but principal de ma lettre, pour Vous insinuer en retour, que j'ai rapporté nument crûment la proposition que Vous aviez la bonté de me faire en dernier lieu au Roi et à Mr. de Steinberg, pour me certifier, qu'on n'y trouve pas du captieux du tout. Le Roi, mon maître, parait au contraire très coiffé de l'idée, que S. A. S. Msgr. le Margrave de Bade pourrait bien entretenir pour le soutien de l'union un corps de cinq à six mille hommes, ce qu'il veut bien croire d'autant plus aisé, si on fournirait à S. A. quelque subside de ce côté-ci aussi. À cet effet S. M. vient de m'enjoindre de m'en expliquer ultérieurement avec Vous, pour savoir au net:

1) quelles sont au juste les idées de S. A. S. Msgr. le Margrave, Votre maitre, à cet égard?

2) ce qu'Elle exigerait pour l'entretien d'un bataillon fixé à un certain nombre de têtes? et

3) si Elle pourrait l'entretenir toujours dans un état complet et dans quel nombre le tout?

---

[1] Ueber diese getäuschten Hoffnungen Friedrichs in Bezug auf Hessen-Darmstadt vgl. Schmidt S. 368 ff. Heidenheimer a. a. O. S. 20 ff.

152. Knebel an König Georg von England.

Karlsruhe, 27. April 1786.

[Neue Verzögerung. — Abschluß der Unterhandlungen.]

Edelsheim, der auf ein paar Tage zurückgekehrt, ist bereits wieder nach Basel abgereist. Seit Mitte April befindet sich der Markgraf in Rastatt zur Auerhahnenjagd. Wann die nöthigen Formalien erledigt werden, kann daher Knebel noch nicht bestimmt angeben; die definitive Entschließung des Markgrafen, den beiden geheimen Artikeln beizutreten, sei ihm aber in den letzten Tagen durch Präsident von Hahn eröffnet worden.

Am 2. Mai kehren der Markgraf und Edelsheim zurück. Letzterer verspricht, die Urkunden sofort ausfertigen zu lassen, und am 9. Mai sendet Knebel dieselben (dat. 8. Mai 1786) nach Hannover[1]. Am 19. erhält er vom Ministerium die Weisung, dem badischen Hofe die Befriedigung des Königs über Beendigung der Verhandlungen auszusprechen; erst am 1. Juli treffen von Hannover die officiellen Acceptationsurkunden ein, mit deren Ueberreichung Knebels Mission in Karlsruhe ihren Abschluß findet.

Hannov. St. A.

---

153. Edelsheim an Böhmer.

[Karlsruhe], 10. Mai 1786.

[Aufschub der Verhandlung über die Militärangelegenheit.]

Des absences continuelles m'ont empêché, Monsieur, de répondre plutôt à la lettre que Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire. Le sujet, qu'elle traita, est de nature à devoir être traité et pensé mûrement. Vous pouvez assurer, Monsieur, là où il appartient, que le S^{me} Margrave entre sincèrement dans l'idée de Votre proposition; mais comme il est impossible de statuer sur l'exécution avant de s'être bien expliqué, je pense, que nous devons nous aboucher, pour prendre les explications, qui nous sont mutuellement nécessaires. Il faudra remettre notre rendez-vous jusqu'après les couches très-prochaines de Mme la Princesse[2]. . . J'ai moins de regrets à prendre ce délai, parceque je pense, que la conclusion du projet que vous m'annoncez ne presse pas infiniment, tant que les choses restent in statu quo. L'attention et la bienveillance que le Roi, Votre maitre, a marquée à Msgr. le Margrave, en lui envoyant l'ordre de l'aigle noire, ont pénétré S. A. S. de reconnaissance.

Concept.

---

[1] Vergl. oben Num. 109.

[2] Die Geburt des Prinzen Karl Ludwig Friedrich (des nachmaligen Großherzogs Karl), Sohnes des Erbprinzen Karl Ludwig, fand am 8. Juni 1786 statt.

154. v. Lehrbach an Fürst Kaunitz.

Ellingen[1], 13. Juni 1786.

[Stellung des Bischofs von Constanz. Baden im schwäbischen Kreise.]

Anknüpfung an den Bericht vom 7. April (oben Num. 143).

Ueber diesen Gegenstand habe ich nunmehr in weitere Erfahrung gebracht, daß vor ungefähr einem halben Jahre sich wirklich ein königlich preußischer Emissarius in Constanz dieserwegen aufgehalten habe; es ist mir aber von einem der ansehnlichsten dasigen Capitularen vor kurzem die Versicherung gemacht worden, daß er, nebst andern Gutdenkenden, die desfälligen Absichten des Berliner Hofes niemals allda durchsetzen lassen, auch der Herr Fürstbischof zu einem solchen Mißtritte sich gewiß nicht entschließen werde.

Jedenfalls müsse man, bei dem unsicheren Gesundheitszustand des Bischofs von Constanz ein Auge darauf behalten, daß bei einer künftigen Wahl „ein dem Allerhöchsten Hofe zuverlässig devotes Subjectum" in Aussicht genommen werde

in Rücksicht auf die bei einem jeweiligen Fürstbischofen zu Constanz stehende erste kreisausschreibamtliche Würde, und in Anbetracht der wandelbaren Gesinnungen des Herrn Herzogs zu Würtenberg, wie auch der bei den allgemeinen Kreis-Verhandlungen immer mehr zudringlichen Benehmungsart des Badischen Hofes, deren Vereitelung ich auf eine unverfängliche Art mir stets habe angelegen sein lassen, und welche sofort auch, wegen des etwas auffallenden, übermüthigen Betragens des ersten badischen Kreisgesandten, Freih. v. Edelsheim[2], bei den übrigen Kreisständen bisher keinen Beifall erhalten hat.

Wien. St. A.

---

155. Böhmer an Edelsheim.

Frankfurt, 28. Juni 1786.

[Böhmer dringt auf ein Rendezvous zur Erledigung der schwebenden Militärangelegenheit.]

Je ne saurais Vous nommer, Monsieur, tous les endroits, où je dois aller pour des affaires, tandisque je ne puis pas même quitter cette ville, de crainte de manquer au rendez-vous, que Vous avez fixé pour cet endroit-ci. . . Ne sachant enfin, comment tranquilliser mon maître, qui s'attend à cette explication, je viens de proposer par le dernier ordinaire[3], si, pour couper court, je dois faire moi-même le tour de Carlsrouhe ou bien fixer

---

[1] Ellingen, ein Gut des bairischen Ministers von Vieregg, wo Lehrbach die Pfingsttage zubringt.

[2] Freih. Georg Ludwig von Edelsheim, s. oben S. 31.

[3] Böhmer an den König, dat. Frankfurt, 20. Juni. Als Ort der Zusammenkunft wird dort Mannheim oder Speier vorgeschlagen. Am 1. Juli rescribirt der König, Böhmer solle warten; wenn Edelsheim wichtige Dinge mitzutheilen habe, werde er selbst kommen oder ihm ein Rendezvous vorschlagen (Berl. St. A.).

le rendez-vous à quelqu'autre endroit, que je pourrais toucher, en faisant les autres commissions qui me restent. Voilà où nous en sommes. Après que Mr. Gmelin est parti pour Ems et que je ne saurais donc plus avoir des nouvelles par son canal, je n'ai voulu différer plus longtemps d'en informer V. E., en La priant instamment de vouloir bien me dire au plus juste Son sentiment avec le dernier courrier qui retourne, afinque j'aie sur quoi tabler et régler mes autres affaires bien positivement.

Berl. St. A.

156. Böhmer an König Friedrich von Preußen.

Frankfurt, 7. Juli 1786.

[Eröffnungen des Markgrafen von Baden über die näheren Modalitäten eines Militär- und Subsidienvertrags. Die Verhandlung mit den Holländern. Keine Rücksichtnahme auf Frankreich.]

|: Avant-hier le Baron d'Edelsheim[1], grand-chambellan de S. A. S. le Margrave de Bade, vint me trouver ici, pour me certifier, qu'après qu'un accès de goutte, survenu à son frère, ne lui permettait guères de bouger de place, Msgr. le Margrave à l'occasion de la permission qu'il venait de lui donner, de faire un tour à ses terres en Wetteravie, avait jugé à propos de lui enjoindre, qu'il aille s'aboucher avec moi en passant, dans quelle vue S. A. n'avait pas manqué non plus de le mettre très secrètement au fait Elle-même de la négociation, dont j'avais l'honneur d'être chargé et de le munir en conséquence de Ses instructions, pour autant que le but de s'éclaircir préliminairement semblait le demander. Comme donc tout ceci se trouva confirmé par une lettre qu'il me rendit de la part de son frère, le ministre, je crus ne devoir balancer de m'ouvrir à lui, et c'est à la suite de cet entretien que j'ai recueilli les éclaircissements suivants, savoir:

Primo que Msgr. le Margrave tant pour marquer son dévouement, qu'animé par motif de patriotisme se trouve très décidément disposé d'entretenir un corps de troupes pour le service de l'union, si dans cette vue il aurait à compter sur quelques subsides et que V. M. veuille approuver, qu'il accepte les offres des Hollandais en même temps. Il croit d'autant moins s'y devoir refuser vis-à-vis de ces derniers, parcequ'il craint non seulement, mais qu'en égard à certains avis lui parvenus il prétend être informé à n'en pouvoir douter, qu'il y a d'autres princes, dont on m'a nommé d'abord la maison de Waldeck et celle de Hohenlohe, qui y visent et font négocier dans cette vue en Hollande, de sorte qu'il ne lui resterait à la fin que de renoncer au profit, dont d'autres se seraient assurés, tandisqu'il l'aurait pu tirer lui.

[1] Georg Ludwig von Edelsheim, der jüngere Bruder des Ministers.

Secundo que, suivant l'arrangement qui subsiste aujourdhui dans les états de S. A., un bataillon est compté à 620 soldats, divisé en cinq compagnies, dont une de grenadiers de 140, chacune de fusiliers de 120, l'une comme l'autre fournies du même nombre de bas-officiers qu'exige le règlement prussien et de trois officiers. Mais que ce n'était pas dit pour cela, qu'en cas de convention à faire cet arrangement-là ne pourrait être changé, en augmentant le nombre de chaque compagnie, . . . n'y ayant point de doute que, dès que Msgr. le Margrave fut informé au plus juste de Ses idées à cet égard, elles ne lui serviraient non seulement de direction, mais que pour lors V. M. voudrait bien compter aussi que, d'après ce qui se trouverait arrêté, le tout serait toujours entretenu dans un état complet, en comptant tout le corps à cinq mille hommes ou bien au delà, selon ce qui se manifestera dans le courant de la négociation à reprendre avec la République devoir être réservé pour ce service-là.

Tertio que, quant à l'article des subsides, S. A. se trouvait effectivement embarrassé de déterminer tant le montant en général, que ce qui reviendrait pour l'entretien d'un bataillon en particulier, avant que de savoir l'arrangement que V. M. voudrait agréer à l'égard du nombre des têtes, dont ces bataillons devraient être composés, et quel bénéfice enfin il y aurait à espérer pour S. A. S. du côté des Hollandais; mais comme donc la paye de ses troupes revenait exactement au même taux, qui se trouve reçu à l'égard de l'armée de V. M., S. A. croyait ne pouvoir prendre de meilleur biais que de s'en remettre très discrètement à Vous, Sire, se flattant que dans ces circonstances il serait plus qu'aisé à V. M., de faire l'offre au plus juste de ce qu'Elle voudrait bien lui accorder, pour qu'en traitant ensuite de son côté avec la République, il soit à même de prendre ses mesures en conséquence, et qu'en soignant ainsi ses propres intérêts, il puisse en même temps ménager ceux de V. M., aussi pour voir, s'il n'aurait moyen d'obtenir de ce côté-là des conditions qui, en lui tournant à compte, pourraient faciliter tout le plan.

C'est pour cette même raison qu'il souhaite, *quarto*, qu'en lui faisant connaître au plus juste Ses volontés à l'égard de la convention, V. M. veuille bien le certifier positivement, si Elle approuve et désire, qu'il accepte l'offre des Hollandais, afin qu'il puisse tout de suite entrer en matière, en réassumant cette négociation, sur laquelle, au défaut des sentiments des cours unies qu'il venait de briguer, il n'avait fait que biaiser jusqu'ici, et qui selon lui méritait bien d'être poussée plus vigoureusement, pour arriver enfin au but, d'autant plus que l'arrangement du tout demanderait nécessairement un certain temps qu'on aurait à lui accorder toujours, à ce qu'il se réserve expressément.

Au reste il faut que j'observe encore que, de quelque façon que j'ai

tourné et retourné l'affaire dans cet entretien, on ne m'a fait remarquer pas la moindre appréhension, ni crainte de la cour de France, qui pourrait mettre obstacle à cette entreprise, si bien qu'au cas qu'on en ait effectivement conçu, je n'ai pas le moindre doute qu'il n'en eût été question, et que dans ce rencontre on n'aurait certainement pas manqué de toucher et de mettre en avant cette considération . . . Tout ce que selon moi pouvait être censé y avoir quelque rapport très éloigné peut être, c'est que le Baron d'Edelsheim, en insistant avant toute chose sur l'agrément formel de V. M. relativement à la négociation à reprendre avec les Hollandais, se fit fort de relever, que cette affaire arrangée une bonne fois servirait précisément à masquer le plan des subsides, qui par contre ne laisserait d'éclater tout de suite et causerait de l'ombrage avant le temps, si dans la situation présente le Margrave, son maître, voudrait commencer par faire des levées de recrues, en augmentant son corps de troupes aussi considérablement. :|

Er habe mit Edelsheim eine Chiffre verabredet, die ihm der letztere bei seiner Durchreise durch Frankfurt Anfang August überbringen werde.

Berl. St. A. Chiffrirt.

---

157. Der pensionirte k. k. Rath Winkler an Fürst Kaunitz.

Offenburg in der Ortenau, 14. Juli 1786.

[Mittheilung über die angebliche Absicht des Markgrafen von Baden, die Stadt Kehl gegen eine andere Besitzung zu vertauschen.]

Durchlauchtig=Hochgeborener Reichs=Fürst! Gnädigster Fürst und Herr!

E. Dchl. geruhen es nicht ungnädig anzusehen, wenn ich mir die Freiheit nehme, Höchstdenenselben aus dieser Gegend des schwäbischen Kreises ein oder den andern sich äußernden Umstand in Unterthänigkeit einzuberichten, soferne solcher einigen Bezug auf unsern Allerhöchsten Hof haben und auch sonst wahrscheinlicher Weise etwa nicht so bald zur Allerhöchsten Wissenschaft gelangen dürfte.

Dieser vermuthenden gnädigsten Nachsicht zufolge genieße ich gegenwärtig die Gnade, E. Dchl. eine Nachricht mitzutheilen, welche mir so eben von einem vertrauten Freund in Straßburg zugekommen ist.

Es ist Höchstdenenselben bekannt, daß der Herr Markgraf von Baden schon seit mehreren Jahren her die zerfallene Festung Kehl und die Abdachung der äußeren Brustwehren durch Herbeiziehung vieler fremden Handwerks= und Kaufleute, auch durch Anbauung von beinahe hundert neuen Häusern zu einem ganz ansehnlichen und sehr gewerbsamen Städtchen gemachet und wenigstens um zwei Drittheile vergrößert habe.

Ebenso sind E. Dchl. auch diejenigen Anstände und Hindernisse bekannt, welche diesem aufkeimenden kleinen Handlungs=Platze, hauptsächlich von Seite der Stadt Straßburg und der Krone Frankreich, der Rheinschiffahrt wegen seit mehreren Jahren her in Weg gelegt werden.

Nun waren seit ein paar Jahren her die Umstände dieser Schiffahrt so beschaffen, daß die Kehler Handelsleute ihre auf der Frankfurter Messe erkaufte und nach der Schweiz und Italien bestimmte Waaren, unter von Seiten Kur-Maynz genossener Nachsicht, auf ihren Retour-Schiffen den Rhein aufwärts geführet und zu Schröck, unterhalb Kehl, ausgeladen haben.

Gegenwärtig sind aber auch gegen diesen Ausweg von Seite Frankreich ernstliche Gegenmittel vorgekehret, indem sich auf dem jenseitigen Rhein-Ufer, dem Landungsorte Schröck gegenüber, zween Kanonen aufgeführet befinden, welche den Befehl haben, alle Badische Fahrzeuge, welche mit Waaren beladen den Rhein heraufkommen und nicht von Straßburger Schiffleuten geführet werden, in Grund zu schießen.

Die diesfälligen Beschwerden der Kehler Handelsleute haben so empfindlich auf den Herrn Markgrafen gewirket, daß S. Dchl. sogleich den Herrn v. Edelsheim und Seiberts [Seubert] nacher Straßburg abgeordnet haben, um mit dem dortigen Herrn Prätor, dem von Seite Frankreichs dieses Geschäft oblieget, hierüber Unterredung zu pflegen und ergiebige Abhilfs-Mittel zu veranlassen.

Es brachte aber auch diese erst vor 14 Tagen beschehene Absendung den erwünschten Erfolg nicht hervor, indem die Abgeordneten kaum angehöret und ihnen nur überhaupt die der Stadt Straßburg von mehreren Kaisern über das ausschließende Rheinfahrts-Recht ertheilte Freiheitsbriefe entgegengesetzet wurden, obgleich solche ernannter Stadt vielleicht nur in ihrer ehehinigen Eigenschaft einer Kais. freien Reichsstadt ertheilt worden sind.

Dieses Benehmen und vorzüglich die nicht günstige Aussicht des Herrn Markgrafen, seines Orts jemals hierunter mit Frankreich auszulangen, solle bei gedacht Sr. Dchl. den Entschluß veranlasset haben, Sr. Maj. dem Kaiser das neue Handlungs-Plätzchen Kehl zu einem Austauschungs-Gegenstand gegen ein anderes im Oberlande gelegenes Aequivalent anzubieten; wobei Sie aber vermuthlich nicht so genau auf die Gleichheit des Werthes zu sehen gemeinet sein würden, weil der endliche Ausdruck dahin lautete: das Städtchen Kehl Sr. Kais. Maj. à tout prix zu überlassen.

Diese vorläufige Anzeige lege ich einsweilen nach all ihrem Werth oder Unwerth E. Dchl. in Unterthänigkeit zu Füßen und ersterbe rc.[1]

Wien. St. A.

---

[1] Weitere Acten über dieses angebliche Tauschproject finden sich im Wiener Archiv nicht vor; aus badischen Acten ist über eine solche Absicht des Markgrafen nichts bekannt. Ueber die in dem obigen Schriftstück berührten Rheinschiffahrts-Differenzen vgl. den folgenden Abschnitt dieses Bandes.

158. König Friedrich von Preußen an die Minister Finckenstein und Hertzberg.

Potsdam, 16. Juli 1786.

[Die badischen Vorschläge nicht ernst zu nehmen; höfliche Ablehnung; höchstens im Kriegsfall annehmbar.]

C'est une plaisante proposition que celle que le Margrave de Bade a fait insinuer par le Baron d'Edelsheim au S[r] de Böhmer, dont Vous me rendez compte par Votre rapport du 15 de ce mois. Il faudra cependant y répondre très obligeamment. Mais je ne sais, si ce prince veut avoir des subsides en temps de paix; je ne puis les donner et je doute fort, qu'il en obtienne des Hollandais. Si c'était pour en temps de guerre qu'il voudrait les avoir, nous pourrions dans ce cas faire un traité de subsides avec lui, et, je le réitère, je doute beaucoup, qu'il trouve moyen de faire agréer un corps de troupes aux Hollandais qui n'en ont aucunement besoin. Sur ce etc.

Berl. St. A. Abschrift.

---

159. König Friedrich von Preußen an Böhmer.

Berlin, 22. Juli 1786.

[Höfliche Ablehnung der badischen Anträge.]

Votre rapport du 7 de juillet est très bien entré ici . . . C'est en conséquence de mes ordres que Vous êtes chargé de faire connaître de bouche au Baron d'Edelsheim: que je le priais de remercier le Margrave très affectueusement de ma part des offres et ouvertures obligeantes . . .; que j'y reconnaissais avec plaisir et gratitude les sentiments d'un prince ami et patriote, auxquels je répondrais toujours par un parfait retour de ces mêmes sentiments; que je regrettais que ma situation présente ne me permettait pas d'assurer à S. A. S. un subside convenable en temps de paix; que ce ne serait que dans le cas réel d'une guerre, que je pourrais prendre un corps de ses troupes dans ma solde et que, si le Margrave trouvait à propos d'en convenir d'avance avec moi, j'attendrais ses ouvertures ultérieures; que . . . je ne prétendais pas l'empêcher de céder quelques troupes à la République d'Hollande . . ., que je souhaitais même qu'il puisse le faire d'une manière avantageuse pour lui. Vous tâcherez de rendre cette commission au Baron d'Edelsheim de la manière la plus polie et telle, que le Margrave n'ait pas lieu d'être mécontent de cette réponse déclinatoire.

Berl. St. A. Zur Chiffrirung bestimmtes Concept, unterzeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

---

160. Böhmer an König Friedrich von Preußen.

Frankfurt, 5. Aug. 1786.

[Die preußische Ablehnung wird badischer Seits ohne Empfindlichkeit aufgenommen; Absicht der Fortsetzung der Verhandlungen mit Holland; Bitte um preußische Verwendung.]

Der Markgraf von Baden passirte in Begleitung des Erbprinzen und der Erbprinzessin in der Nacht vom 4. zum 5. Aug. Frankfurt. Er habe diese Gelegenheit benutzt, um dem in dem Gefolge des Markgrafen befindlichen Minister von Edelsheim die Entschließung des Königs gemäß dessen Ordre zu eröffnen. Edelsheim versprach, dem Markgrafen in Pyrmont, wohin er reist, sofort Bericht darüber zu erstatten.

|: De toute cette ouverture que je lui fis il releva la circonstance qui . . . ferait beaucoup de plaisir au Margrave, c'est de s'être assuré d'avance de l'agrément de V. M., touchant la négociation à reprendre avec les Hollandais, et ne s'accrochant point du tout au reste; il parut au contraire content de savoir, sur quoi il y aurait à compter relativement à l'article des subsides, en cas que le Margrave selon son plan fait se verrait à même d'entretenir un corps des troupes pour le service de l'union. Or comme tout ceci dépendrait de l'évènement qui seul déciderait des conditions qu'on pourrait se ménager vis-à-vis de la République, il jugea qu'avant toute chose il faudrait redoubler l'activité, pour tâcher d'en obtenir les plus favorables, après quoi le Margrave, son maitre, qui ne visait à rien moins qu'à s'enrichir aux dépens de l'union, se verrait premièrement en état de faire son calcul pour se certifier, s'il y aurait moyen de suffire simplement d'un subside pour le cas réel d'une guerre, ou bien s'il ne lui en faudrait d'avantage et du moins quelque subvention en temps de paix aussi. En conséquence de ceci le Baron d'Edelsheim s'engagea en sorte, que la négociation avec la République soit reprise incessamment. :|

Den neuesten Nachrichten zufolge sei zwar der Statthalter jeder Truppenwerbung entschieden abgeneigt; der Markgraf, der bei seinen nahen Beziehungen zu demselben hierauf Rücksicht zu nehmen genöthigt sei, wisse keinen andern Weg, ans Ziel zu gelangen, als wenn der König selbst in dieser Hinsicht den Statthalter günstig zu stimmen geruhen würde.

Im übrigen habe Edelsheim versprochen, bei seiner Rückkehr ihm weiteres über den Verlauf der Unterhandlungen mit Holland mitzutheilen.

Berl. St. A. Chiffrirt.

---

161. Aufzeichnung Edelsheims über die Subsidienverhandlung mit Böhmer.

o. D. [Aug. 1786.]

[Zwei Unterredungen mit Böhmer; Preußen nur für einen Subsidienvertrag auf den Kriegsfall. Verhandlung mit Holland.]

In einer den 5. Aug. 1786 mit dem königl. preußischen Gesandten von Böhmer in Frankfurt gehabten Unterredung hat mir derselbe des Königs Antwort auf diejenige Unterredung mitgetheilt, welche der Oberkammerherr Baron von Edelsheim mit gedachtem Gesandten den . . . [5. Juli] in Frankfurt gehabt hatte. Der

Eingang derselben lautete: Vous remercierez le Margrave très affectueusement des offres obligeantes qu'il m'a fait faire pour un traité de subside. . . . In der Folge entschuldigte sich der König, daß er jetzo gleich keine Subsidien nicht geben könnte, sondern anrieth, die holländischen Offerten anzunehmen, nur aber auszubingen, daß die badischen Truppen nie gegen die Union dienen sollen. Der König erbot sich, Sr. Hf. D. dem Markgrafen, im Falle die Union in einen Krieg verwickelt werden sollte, für seine Truppen Subsidien zu zahlen, und bot sich an hierüber sogleich zum voraus einen Subsidientraktat abzuschließen.

Ich antwortete hierauf in den verbindlichsten Ausdrücken; bezeigte die unauslöschliche Ergebenheit Sr. Hf. D. an Ihro Majestät und an die Union und erwiederte, daß, da wir bisher noch nicht deutlich gewußt hätten, ob Ihro Majestät den holländischen Antrag genehmigten, wir auch in denen Unterhandlungen stehen geblieben wären, jedoch solche jetzo gleich anzugehen und fortzusetzen suchen würden. Dabei müßte ich bemerken, daß wider Verhoffen nach neueren eingekommenen Nachrichten der Prinz Statthalter dem Projekt eines Subsidientraktats zuwider sein sollte; daher ich Sr. K. M. anheimstellen müßte, im Falle es auf eine Art geschehen könnte, dadurch des H. Markgrafen Hf. D. und Ihre Absicht nicht blosgestellt würde, ob Hochdieselbe nicht geruhen wollen, den Prinzen von Oranien so zu stimmen, daß man seiner Genehmigung sich versichern könnte. — Was den Subsidientraktat anlange, so sehe ich nicht ab, wozu solcher jetzo dienen sollte, indem durch die Union bereits ein viel stärkeres Band existire, als der Subsidientraktat verschaffen könne, und es damit bei künftigen Ereignissen keine Schwierigkeiten haben könne, hauptsächlich aber jetzo erst der Ausgang der holländischen Negociation abgewartet werden müsse, ehe man sich wechselseitig über das Objekt des Subsidientraktats erklären könne.

Entwurf, mit eigenhändigen Korrekturen.

---

162. Bericht Edelsheims an Karl Friedrich[1].

o. D. [Pyrmont, Aug. 1786?]

[Der Verlauf der Subsidienverhandlung mit Preußen; freie Hand zur Negociation mit Holland.]

Einige Aeußerungen, die vom Haag an uns kamen, hatte ich Böhmern mitgetheilt und ihn ersuchet, solche mit der Anfrage nach Berlin zu senden, ob und unter welchen Bedingungen man Subsidien von Holland annehmen sollte. Ich

[1] Wol bald nach der Ankunft in Pyrmont dem Markgrafen erstattet, vor Eintreffen der Nachricht vom Tode Friedrichs des Großen.

bemerkte dabei, daß man, wenn Holland uns jährlich den gewöhnlichen Sold von 6 Bataillonen und 4 Eskadrons zahlte, Baden dann in Stand sein würde, 8000 Mann in Friedenszeiten zu erhalten, mithin nach Abzug derer für die Republik Holland bestimmten Truppen noch 5000 Mann zum Dienst der Union bereit halten könnte. Die nämliche Erklärung that ich an den hannöverischen Gesandten von Steinberg. Von Hannover bekamen wir keine Antwort. Böhmer aber antwortete und legte einige Fragen vor, aus welchen nicht bestimmt ersehen werden konnte, ob der König das holländische Projekt billigte, oder ob er nicht lieber selbst Subsidien zu geben geneigt sei. Dieses erforderte eine mündliche Erklärung, die hauptsächlich wegen einer dazwischen gekommenen beschwerlichen französischen Unterhandlung[1] von einer Woche zu der anderen verschoben wurde. Endlich kam diese zwischen meinem Bruder und Böhmer zu Stande und, da letzterer seine Instruktion selbst nicht verstand, so hat er die gemachten Fragen an seinen Hof berichtet. Böhmer, der vermuthlich sehr gerne einen Subsidienvertrag abschließen möchte, hatte die Sache falsch angesehen, wie Hertzbergs Brief und seine neuere Instruktion aufweiset, welche er mir bei unserer letzten Unterredung vom 4. Aug. in Frankfurt vorgelesen hat. Die Sache ist nun so, wie wir sie gleich anfangs einsahen. Der König wünscht, daß unsere Verhandlung mit Holland unter der Bedingung zu Stand kommen möchte, daß die übernommenen Truppen nie gegen die Union gebraucht werden sollen. Im Fall, daß die Union Truppen brauche, will der König das Korps, welches Baden zu dem Unionsdienst abgeben könnte, in Sold nehmen und offerirt hierüber sogleich einen vorläufigen Subsidientraktat abzuschließen.

Wir haben daher jetzt freie Hände, mit Holland abzuschließen. Bei dieser Negociation sind aber zwei Hauptschwierigkeiten entstanden. Erstlich widersetzt sich der Statthalter und seine ganze Partei diesem Projekt. Dann sind andere Liebhaber dazwischen gekommen und haben zu gleichem Zwecke im Haag Propositionen von so geringen Subsidien gemacht, daß man nur kaum so viel Truppen würde erhalten können, als der Subsidientraktat erforderte. Dabei fiele also die Hoffnung, ein größeres Korps zum Dienste der Union auf den Beinen halten zu können, und mithin der ganze Endzweck weg. Ohne solchen aber sich in unserer Lage denen verschiedenen Unannehmlichkeiten auszusetzen, welche durch den holländischen Subsidientraktat entstehen könnten, wird wohl schwerlich rathsam sein.

Wenn wir aber mit Holland glücklicher sind, als es jetzo das Ansehen gewinnt, so wäre doch der Partikulartraktat mit Preußen, ehe mit diesem Thron die Veränderung vorgegangen ist, die man täglich vor Augen siehet, ganz überflüssig.

---

[1] Verhandlung mit dem französischen Gesandten v. Mackau über die Rheinschiffahrtsdifferenzen; s. den folgenden Abschnitt dieses Bandes.

163. König Friedrich von Preußen an Böhmer.

Berlin, 14. Aug. 1786.

[Zustimmung zu den Verhandlungen Badens mit Holland; preußische Verwendung zugesagt.]

Der König freut sich, daß der Markgraf die ihm ertheilte Antwort gut aufgenommen.

S'il ne s'agissait que d'un traité de subside à faire pour le cas d'une guerre réelle, nous en conviendrions aisément. Je crois aussi, que le Prince d'Orange ne sera pas contraint [leg. contraire] à ce que les troupes de Bade entrent au service de la République. En tout cas je m'employerai volontiers auprès de ce prince, pour le porter à ne pas s'y opposer, mais à favoriser plutôt l'engagement des troupes de Bade au service de la République, parceque je suis persuadé, que dans les occasions critiques elles n'agiraient jamais pour les soi-disants patriotes ou aristocrates de la République, mais plutôt en faveur du Prince d'Orange. Vous pouvez Vous expliquer de cette manière envers le Baron d'Edelsheim. . .

Berl. St. A. Zur Chiffrirung bestimmtes Concept, unterzeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

---

164. Böhmer an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen[1].

Frankfurt a. M., 23. Sept. 1786.

[Unterredung mit dem Markgrafen Karl Friedrich; die neuen Wirren in Holland; die Subsidienverhandlungen in's Stocken gerathen; G. L. v. Edelsheim nach Berlin geschickt.]

. . . Je me suis rendu sur ces lieux-ci vers le temps où Msgr. le Margrave de Bade était attendu de retour. Après qu'il vint passer ici avant-hier, c'est à cette occasion là qu'en cherchant à parler à son ministre, le Baron d'Edelsheim, j'eus l'honneur d'être admis auprès de lui-même, moment que j'ai saisi pour m'expliquer conformément aux ordres allégués ci-dessus. Comme dans sa réponse qu'il me fit il appuya fortement sur les troubles survenus entretemps en Hollande[2], il me fit sentir en même temps ses regrets de ne pouvoir contribuer dans le moment présent à faire hâter le projet, quelque désir qu'il avait de le voir réussir. Supposant qu'on conviendrait, qu'à cet égard tout dépend de l'évènement, il finit par dire qu'il ne restait donc qu'à voir, quelle tournure prendraient les choses de ce côté-là, au lieu que, s'ils étaient restées sur le pied qu'ils avaient été

---

[1] Friedrich der Große gestorben am 17. Aug. 1786.

[2] Ueber die in dieser Zeit zum offenen Conflict gediehenen Mißhelligkeiten zwischen dem Erbstatthalter Wilhelm IV. von Oranien und der holländischen Patriotenpartei s. v. Ranke I. 310 ff.

jusqu'ici, il n'aurait pas mal auguré de sa négociation, qui pour le coup languissait de nouveau et au point même, qu'à moins de voir renaître le calme si désirable aux Hollandais, il n'en s'aurait [sic] être plus question du tout.

Msgr. le Margrave ayant été instruit de la mission du colonel Baron Stein,[1] qu'il veut avoir rencontré encore à son passage de Cassel, il vient d'abord de nommer, en arrivant ici, son grand-chambellan Baron d'Edelsheim pour aller faire les compliments d'usage, en conséquence de quoi celui-ci ne tardera pas de se rendre à la cour de V. M.

Berl. St. A. Zur Chiffrirung bestimmtes Concept.

---

165. Karl August von Weimar an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

o. D. [Oft. Nov. 1786].

[Die Coadjutorwahl in Mainz. Der Statthalter Dalberg. Vorschlag eines von Baden und Weimar zu unternehmenden Versuchs der Aussöhnung zwischen Dalberg und dem Kurfürsten. Edelsheim.]

Die Wahl Dalbergs zum Coadjutor wird für die Union vom größten Vortheil sein; es gilt daher vor allem, den Kurfürsten mit dem Statthalter zu versöhnen[2] und beide einander näher zu bringen. Dies ist aber ausnehmend schwierig.

Le Margrave de Bade et moi, nous avons tous les deux beaucoup d'amitié pour Mr. le Statthalter, et il me semble, que l'Électeur ne nous veut pas de mal. Je tâcherai de me joindre au dit Margrave, et nous députerions ensemble Edelsheim à Mayence, qui y va parfois dans les affaires de son maître, qui est estimé de l'Électeur et qui est fort lié avec Deelen et connu de Heimes. Cet Edelsheim prendrait une raison imaginaire pour parler à l'Électeur, et à cette occasion il dirait à ce prince, combien il nous faisait de la peine de le savoir mécontent de notre ami commun et que nous désirerions vivement de voir ce dernier remis dans les bonnes grâces de son maitre; il entamerait par là la réconciliation et s'informerait très positivement, si l'ouvrage est possible ou non. Je me fie assez sur l'habilité d'Edelsheim pour être persuadé, qu'il fera sur cette affaire un rapport, sur lequel on pourra totalement se fonder. S'il croit la chose faisable et bien entamée, je ne différerai pas de me rendre sur les lieux et d'achever de mon mieux la réconciliation; si Edelsheim assure le contraire, il faudra laisser tomber la négociation. . . Si V. M. approuve mon

---

[1] Joh. Friedr. vom Stein war beauftragt an verschiedenen Höfen den Regierungswechsel in Preußen offiziell anzuzeigen.

[2] Ueber die Zerwürfnisse zwischen Dalberg und dem Kurfürsten von Mainz vgl. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg I. 80.

plan et que j'ose me servir des moyens proposés, Elle ne s'y trouvera nullement compromis; le Margrave et moi ne risquerons point d'affront, parceque la négociation se traite par une troisième personne, et que l'affaire réussisse ou non, elle n'aura pour le commencement aucun autre air que la suite d'une effervescence amicale pour Mr. de Dalberg.

Weim. St. A. Eigenhändiges Concept.

---

166. Karl Friedrich an Karl August von Weimar.

Karlsruhe, 16 Dec. 1786.

[Bitte um den Besuch des Herzogs in Karlsruhe.]

Er wünsche den Herzog dringend zu sprechen; er gedenke seinen jüngsten Sohn zu verheirathen, und verschiedene andere Familienangelegenheiten, auch einige Punkte, das Haus Darmstadt betreffend, veranlaßten ihn, sich des Herzogs Rath zu erbitten und ihn zu ersuchen, nach Karlsruhe zu kommen, da er selbst zur Zeit sich von Hause unmöglich entfernen könne[1].

Weim. St. A. Eigenhändig.

---

167. Karl August von Weimar an Karl Friedrich.

o. D. [Frühjahr 1787].

[Beabsichtigter Besuch des Markgrafen in Berlin; der Eintritt des Prinzen Ludwig in die preußische Armee.]

Der Herzog theilt mit, er habe des Markgrafen Auftrag Sr. Majestät mitgetheilt. Es würde dem Könige am liebsten sein, wenn er zu den Potsdamer Revuen, also gegen den 15. Mai, nach Berlin komme. Da aber gleichzeitig der Landgraf von Hessen-Kassel anwesend sein werde, so rathe der König, um die aus einem Zusammensein beider Fürsten eventuell erfolgenden Unannehmlichkeiten zu vermeiden, dem Markgrafen, incognito unter einem anderen Namen am Berliner Hofe zu erscheinen.

Auch den zweiten Auftrag habe er erledigt und dem Könige den Wunsch des Markgrafen, den Eintritt des Prinzen Ludwig in die preußische Armee betr., vorgetragen. Der König habe erwiedert, daß er gerne bereit sei, den Prinzen aufzunehmen, um hierdurch zugleich dem Markgrafen die hohe Achtung zu bezeugen, die er für ihn hege.

Weim. St. A. Eigenhändige Abschrift.

---

[1] Ueber das obige Schreiben, welches nur bestimmt war, das wahre Reiseziel Karl Augusts, nach Mainz, zu verhüllen, s. v. Ranke I. 367; in Betreff des Geheimnisses, womit Karl August diese Reise umgab, vgl. auch Düntzer Briefe des H. Karl August an Knebel und Herder S. 67. Knebel begleitete ihn auf derselben.

168. v. Schwartzenau's Bericht vom Reichstag an Karl Friedrich[1].

Regensburg, 26. März 1787.

[Angebliche kaiserliche Bemühungen, Hessen-Kassel von der Union abzuziehen. Gerücht über dänische Agitationen gegen die Union.]

Es wird behauptet, der Kaiser habe dem Landgrafen von Hessen-Kassel, der sich gewaltsam in den Besitz der Grafschaft Schaumburg gesetzt[2], obgleich er sein Verfahren mißbillige, doch seine Unterstützung zugesagt, „falls er von dem Fürstenbund abgehe und die österreichischen Absichten unterstütze, oder sich auch nur zu einer dritten Partei im Reiche schlage, welche die Beförderung der Reichsangelegenheiten zur Absicht haben soll“.

Man muß dieses dahin gestellt sein lassen und zugleich abwarten, ob sich das über Stuttgart gekommene Gerücht bestätiget, wie nämlich der dänische Hof unter der Voraussetzung — wie die Association alle Reichsgeschäfte nach Mainz ziehe, durch allzu langsame Vergleichung über gewisse Gegenstände den Reichstag in Unthätigkeit erhalte, im Grunde aber sich blos Meister der Geschäfte zu machen und in allen Dingen zu entscheiden suche — sich einen Anhang zu machen trachte und dabei besonders auf die Unterstützung von Pfalz-Baiern, Würtenberg, Trier, Köln, Lübeck oder Oldenburg und mehrerer in der Association nicht begriffenen Fürsten rechne, besonders aber von dem kais. Hofe zur Durchsetzung seines Plans aufgemuntert werde.

Ganz unvernünftig und zweckwidrig scheint vielleicht dieses Projekt, dessen Erfindung dem ꝛc. von Wächter beigemessen wird, eben nicht zu sein; ob aber dessen Ausführung so nahe bevorstehe, und ob es dem Interesse des Wiener Hofes angemessen sei, Absichten dieser Art zu befördern, wodurch allemal eine Art von Mitregentschaft im deutschen Reiche aufgestellt wird, daran trägt man billig Bedenken, hoffet auch, daß es den hohen associirten Höfen nicht schwer fallen werde, den Ungrund der ihnen gemachten Vorwürfe aufzudecken und durch wirkliche Geschäftsbeförderung zu zernichten.

---

[1] Ueber Schwartzenau vgl. oben S. 8 und dazu v. Ranke Denkwürdigkeiten des F. v. Hardenberg I. 35.

[2] Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel behauptete, daß das Haus Lippe-Bückeburg in Folge einer in demselben vollzogenen nicht ebenbürtigen Ehe (die aber von den Reichsgerichten und auch von den Vorgängern Wilhelms als standesgemäß anerkannt worden war) nicht mehr lehensfähig sei und versuchte, als der Graf Philipp Ernst im Febr. 1787 starb, den Lippe'schen Antheil der Grafschaft Schaumburg (Bückeburg nebst den dazu gehörigen Aemtern, welche hessisches Lehen waren) als verfallenes Lehen einzuziehen, und ließ denselben militärisch besetzen. Durch den energischen Einspruch König Friedrich Wilhelms II. von Preußen sah sich der Landgraf genöthigt, die occupirten Landschaften dem zur Zeit noch unmündigen Erben zurückzustellen. (Hertzberg Recueil II. 410 ff. v. Ranke Die deutschen Mächte und der Fürstenbund I. 361.)

169. Resolution Karl Friedrichs an Schwarzenau[1].

[Karlsruhe, 2. April 1787.]

Wir haben Euere 13. Relation vom 26. des letztverflossenen Monats wohl erhalten und sind für die damit gegebenen Nachrichten dankbar, tragen Euch auch zugleich hiermit gnädigst auf, näher zu sondiren und sofort einzuberichten, wie weit das von Euch erwähnte Gerücht, daß man von Seiten des dänischen Hofs, besonders unter denen in der Association nicht begriffenen Fürsten, zu Durchsetzung eines den von Wächter zum Erfinder haben sollenden Planes zu augenblicklicher Beförderung der Reichsangelegenheiten sich einen Anhang zu machen suche, einigen Grund habe[2].

---

170. Karl August von Weimar an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

o. D. [Mainz, 25. Juni 1787].

[Graf Walderndorff und seine Absichten auf das Bisthum Speier; Versuch ihn für das Interesse der Union zu gewinnen.]

Apposé 4me regardant les Ctes de Walderndorff[3].

L'aîné des Ctes de Walderndorff, grand prévôt de Trèves et chanoine de Spire, aspire à ce dernier évêché et avait parlé, il y a quelque temps, à Edelsheim de Carlsrouhe de ses projets, le priant de soigner ses intérêts et de travailler à lui procurer la coadjutorie. Edelsheim n'ayant redit ceci, Stein et Mme de Coudenhoven et moi tinrent conseil ce qu'il y avait à faire, et nous nous unîmes qu'il ne serait point contre les intérêts de l'Union, si on parla à ce Walderndorff, qu'on épia ses sentiments politiques et qu'on lui donna quelque lueur d'espérance. Je me chargeai de cette commission et je lui dis que V. M. n'aurait certainement rien contre la réussite de son projet, si Elle pouvait être persuadée que le chanoine fût dans les bons principes; je lui offris de le recommander en ce cas à V. M. et de déterminer le Margrave de Bade de se charger de la négociation ou du moins de le faire avertir, si quelque changement pourrait avenir à Spire qui fût nuisible à ses intérêts. Walderndorff me donna les meilleures assurances ... il accepta avec reconnaissance mes offres... J'ai parlé dernièrement de ce projet au Margrave de Bade, qui m'a promis de charger Edelsheim

---

[1] Aus den Protokollen des Geh. Rathes.

[2] Weitere Nachrichten über dieses Gerücht, welches immerhin die Stimmung gewisser Kreise charakterisiren mag, finden sich in den Berichten Schwartzenau's nicht. Der dänische Gesandte von Wächter galt, wie gelegentliche Andeutungen in den Akten öfter erkennen lassen, als ein unruhiger und intriganter Kopf.

[3] Beilage zu dem Berichte des Herzogs an den König dat. Mainz, 25. Juni 1787, dessen erster Theil von Ranke II. 310 ff. mitgetheilt wird.

d'avertir Walderndorff, si quelque chose d'important se ferait; ceci ayant été rendu au dernier, lui a fait grand plaisir et contribue sans doute de nous l'attacher pour le moment.

Weim. St. A. Concept.

171. Edelsheim an Karl Friedrich.

Bayreuth, 4. Juli 1787.

[Geplante Begegnung mit Karl August.]

Edelsheim kehrt von einem mehrwöchentlichen Aufenthalt in Karlsbad zurück. In Bayreuth erhält er ein Schreiben des Markgrafen vom 22. v. M., in welchem derselbe wünscht, daß er nicht erst nach Weimar, sondern direkt nach Karlsruhe reise. Edelsheim hofft den Herzog von Weimar, der ihn um Antwort postlagernd Eisenach gebeten, noch in Frankfurt, wo er bis zum 6. d. M. verweilen werde, zu treffen und der „Excursion nach Weimar, bei welcher nichts Essentielles herauskommen könne", überhoben zu werden.

172. Edelsheim an Karl Friedrich.

Aschaffenburg, 10. Juli 1787.

[Unterredung mit dem Coadjutor Dalberg, mit Stein und dem Mainzer Kurfürsten; Begegnung mit Karl August von Weimar vereitelt.]

... Ich kam in einem Tag nach Würzburg und wollte um 5 Uhr weiter wandern, um Freitag Abends in Frankfurt zu sein. Da kam ein neues Incidens. Ich erfuhr bei dem Einsteigen in den Wagen, daß der Koadjutor da sei, und wanderte spornstreichs an sein Bett. Nun kamen wir in's Plaudern und von einem interessanten Punkt zum andern ließ er mich nicht eher als um ½ 12 Uhr los. Ich konnte mir nun sicher sagen, daß der Herzog abgereist sei; wo er sich und ob er sich etwa wo in der Gegend incognito aufhalte, sollte ich bei Stein erfahren. Diesen erhaschte ich in Aschaffenburg etliche Stunden für seiner Abreise. Nun erfuhr ich, daß Smus Dux in Eisenach lagerten, und daß eine Koadjutorie-Absicht gewiß die große Sache sei, worüber er mich zu sprechen wünschte. Ich gab daher Stein auf, den Herzog von unserer Unterredung zu informiren und ihm zu sagen, daß es nach solcher überflüssig sein würde, in der damaligen großen Hitze sich sechs Tage abzu ...[1] und in Karlsruhe meine Geschäfte zu versäumen. Der Kurfürst sandte den Grafen Hatzfeld mit dem dringenden Befehle zu mir, ja den andern Morgen früh zu ihm zu kommen. Daraus ist ein Mittag- und dann ein Abendessen geworden, und so werde ich von einem Tag zum andern hingehalten, ohne vom Fleck kommen zu können. ... Doch ist die Zeit nicht ganz

[1] Die zweite Hälfte des Wortes unleserlich: abzumühen?

ohnbenützt hingegangen, und der Kurfürst schämt sich wegen der Rheinschifffahrt nicht wenig. . . .

173. Edelsheim an Karl Friedrich.

Badenweiler, 30. Juli 1787.

[Begegnung mit „dem Pariser Pfeffel". Uebler Zustand der römischen Ausgrabungen in Badenweiler.]

Der Pariser Pfeffel war bei Sandern[1] in Köndringen. Da nun die Hitze so groß war, daß man ohnmöglich sich auf den Weg begeben konnte, so wanderte ich nach Köndringen und sprach zwei Stunden lang mit Pfeffel. Ich hoffe, diese Bekanntschaft wird nicht ohne Nutzen gemacht worden sein. . . .

Noch ein Anblick hat mir hier sehr wenig Freude gemacht. Nur einmal war ich in denen römischen Bädern und kann mich seither noch nicht wieder überreden hinein zu gehen: so verändert habe ich alles angetroffen[2]. Ich muß davon E. Hf. D. präveniren; denn es ist nun einmal ohnmöglich zu machen, daß E. Hf. D. die Bäder so schön sehen können, wie ich sie nach der Entdeckung sahe. Bei dem Aufschlagen des Ueberbaues hat man so barbarisch in diesem Monument gehauset, daß man in Neapel und Baiern es ärger nicht hätte machen können. Um die marmorene Platten und Sitze nicht schonen zu dörfen, hat man sie größtentheils abgerissen und auf die Seite gelegt; dann ist durch den Regen und eine kleine Ueberschwemmung vor dem Bedecken und durch die Erschütterung während dem Bau so viel von der Uebertünchung abgefallen, daß ich Mühe habe, mir die Sachen wieder so vorzustellen, wie sie waren. Kurz, es ist wahrhaftig durch Pfuscher verpfuscht worden.

174. Edelsheim an Karl Friedrich.

Badenweiler, 4. Aug. 1787.

[Der Eintritt des Prinzen Ludwig in preußische Dienste.]

. . . Der Vorschlag, den man unserem lieben Prinzen von Berlin aus gethan hat, hat jetzt, da er befolgt worden ist, nur eine Seite. Ehehin, da mich der gnädige Prinz um meine Meinung über diesen Gedanken fragten, dachte ich, er hätte zwei Seiten. Ich glaubte nämlich, wenn man in einen Dienst treten wollte, so müsse man blos dem Heerführer überlassen, zu was und wo man angestellt werden sollte. Dieses sage ich nur, um meinen Abrath zu vertheidigen. Es kann

---

[1] Nicolaus Sander (geb. 1750, gest. 1824), namhafter badischer Pädagog und Theolog; sein Vater (gleichen Vornamens, Todesjahr unbekannt) war Pfarrer in Köndringen bei Emmendingen; ungewiß ob der Vater oder der Sohn mit Pfeffel in Verkehr stand s. Holtzmann in v. Weechs Bad. Biographien II. 230 ff. Ueber Pfeffel s. oben S. 39.

[2] Vergl. oben S. 80.

meine Idee aber leicht zu überspannt gewesen sein, und besonders gegen das Lausen, was in dergleichen Gelegenheiten üblich ist, mithin ein so ehrenvolles Gepräge erhalten hat, daß man, ohne sich und der Meinung Anderer über uns nicht zu schaden, es auch befolgen muß. Indessen verändert dieser Incidentpunkt vermuthlich pro tempore E. Hf. D. ganzen Plan: denn wenn die Briefe nach und von Berlin nicht durch Estafetten laufen, so braucht es drei Wochen Zeit, ehe Sie eine Antwort erhalten können. Mithin wird der Monat August vermuthlich doch drauf gehen, ehe der Prinz von Karlsruhe abgehet. Das können aber E. Hf. D. auch nicht eher thun, weil Sie sonst abwesend immer die Besorgniß hätten, es möchte eine Nachricht in Karlsruhe angekommen sein, welche Ihre Gegenwart erforderte. . . .[1]

175. König Friedrich Wilhelm II. von Preußen an Prinz Ludwig von Baden[2].

Potsdam, 10. Aug. 1787.

[Einladung nach Potsdam zum Eintritt in die preußische Armee.]

E. Lbd. Begierde, bei sich ereignender Gelegenheit eine Campagne in Meiner Armee mitmachen zu wollen, hat Meinen ganzen Beifall. Da es aber jetzt noch nicht entschieden ist, ob das Corps d'armée, welches Ich jetzo bei Wesel versammeln lasse, zu wirklichen ernsthaften Operationen kommen werde, so erwarte Ich E. Lbd. für's erste, der genommenen Abrede gemäß, künftigen Monat September hier in Potsdam, wo es noch immer Zeit sein wird, wegen des künftigen einen Entschluß zu nehmen. Ich bin übrigens mit aller Freundschaft und Hochachtung

E. Lbd.
freundwilliger Vetter
Friedrich Wilhelm.

Eigenhändig.

[1] Die Abreise des Prinzen Ludwig nach Potsdam fand am 9. Sept. statt.

[2] Prinz Ludwig (vergl. oben S. 79) trat mit dem Rang eines Obersten in Potsdam in die preußische Armee ein; an dem Feldzug nach Holland nahm er nicht Theil; 17. Febr. 1789 wurde er zum Commandeur des Bataillons von Rohdich ernannt; die Feldzüge am Rhein 1792—1794 gegen Frankreich machte er mit Auszeichnung mit, erhielt den rothen Adlerorden (21. Okt. 1792) und für sein tapferes Verhalten in dem Gefecht bei Hochheim (6. Jan. 1793) den schwarzen Adlerorden (7. Jan. 1793), sowie die Ernennung zum Generalmajor; kurz darauf übertrug ihm der König das Kommando über das in Magdeburg garnisonirende Regiment Vornstädt (dat. Hauptquartier Frankfurt 23. Febr. 1793). Im Febr. 1795 trat er aus preußischen Diensten aus (Entlassungspatent des Königs dat. 16. Febr. 1795); über die Veranlassung s. weiterhin in den Akten zu dem betr. Jahr. Die militärische Correspondenz des Prinzen während dieser Feldzüge mit verschiedenen preußischen hohen Offizieren (u. a. auch v. Massenbach), sowie die Briefe an seinen Vater sind nicht ohne kriegsgeschichtliches Interesse.

176. Knebel an König Georg von England.

Heilbronn, 25. Sept. 1787.

[Sendung Knebels nach Karlsruhe. Die Franquemont'schen Händel mit den Würtenbergischen Truppen.]

Am 5. Sept. sei er in Karlsruhe eingetroffen[1], nicht eben zur günstigsten Zeit, da dem Markgrafen die bevorstehende Abreise des Prinzen Ludwig nach Berlin besonders schwer gefallen; vor allem aber weil

das eben bei meiner Ankunft durch die markgräflichen Lande an Karlsruhe vorbei nach Fort Louis passirende zweite Bataillon der herzogl. Würtemberg'schen in den Sold der holländisch-ostindischen Kompagnie überlassenen Truppen, vorzüglich durch das üble Benehmen des Kommandanten, so vielen Unfug und Excesse verübet hat, daß des H. Markgrafen Dchl. und Dero Minister dieserhalben Tag und Nacht beunruhiget und beschäftiget worden[2]. Des H. Herzogs zu Würtemberg Dchl. haben freilich am Ende dem markgräflich Badenschen Hofe die verlangte Satisfaktion damit ertheilet, daß Sie den Kommandanten des besagten Bataillons, Obristleutnant von Franquemont, einen natürlichen Sohn Sr. Dchl., arretiren und nach Karlsruhe zurück bringen lassen, um daselbst abzubitten und allenfalls nach dem Gutfinden des Herrn Markgrafen mit Festungsarrest bestraft zu werden. Des H. Markgrafen Dchl. begnügten Sich indeßen mit dem ersten. . . .

Seinen Weisungen gemäß habe er dem Markgrafen des Königs freundschaftliche Gesinnungen und Achtung vor seiner patriotischen Denkweise bezeugt, was der Markgraf aufs beste aufgenommen.

Hannov. St. A.

177. Edelsheim an Karl Friedrich.

Friesenheim, 28. Sept. 1787.

[Die Entscheidung in Holland. Prinz Friedrich. Prinz Ludwig.]

. . . Vermuthlich haben E. Hf. D. und Prinz Friedrich dem Prinzen Statthalter zu seinem Sieg gratuliert[3]. Sollte es nicht schicklich, auch wegen der Heiraths-absicht räthlich sein, daß Prinz Friedrich ohne Aufenthalt nach dem Haag ginge?[4]

---

[1] Laut Ministerialreskript vom 19. Juli 1787 hatte Knebel eine Rundreise an die Höfe von Stuttgart, Konstanz, Zweibrücken und Karlsruhe, bei denen er akkreditirt war, anzutreten, um sich daselbst im allgemeinen über die Stimmung und die Lage der Dinge zu informiren.

[2] Während des Vorbeimarsches an Karlsruhe war von den Würtenbergern allerlei Unfug verübt, ein preußischer Werber verwundet und auf Deserteure geschossen worden. Oberst von Freystedt erhielt in Folge dessen Befehl, „zur Sicherheit des Staates" mit 200 Mann das Würtenbergische Bataillon bis zur Grenze zu eskortieren und, falls die Excesse fortdauerten, dasselbe zu entwaffnen (Protokoll des Geh. Raths vom 6. Sept 1787).

[3] Am 13. Sept. hatten die preußischen Truppen die holländische Grenze überschritten; ohne ihren Angriff abzuwarten, hatte der Commandant von Utrecht, Rheingraf Friedrich von Salm, diese Festung geräumt; drei Tage später, am 18. Sept., war der Erbstatthalter Wilhelm von Oranien von der Mehrzahl der Staaten von Holland wieder in den Vollbesitz seiner Rechte und Würden eingesetzt worden.

[4] Vergl. w. u. den Abschnitt über die Beziehungen zu Holland.

Die andere Anlage ist von unserm lieben Fürsten[1]. Ich habe ihm sogleich geantwortet. Der Inhalt freut mich herzlich. Außerdem aber habe ich von Prinz Louis noch nichts gehöret.

---

178. Edelsheim an Karl Friedrich.

Friesenheim, 1. Okt. 1787.

[Karl August von Weimar wünscht eine Zusammenkunft in Frankfurt. Verhinderung des Markgrafen. Kurfürst von Mainz.]

Diese Nacht erhielt ich folgenden Brief vom Herzog, von Berlin dat. 25. Sept.

«Ihren Brief . . . habe ich nebst denen geschnittenen Steinen erhalten. Der Platz der Mainzer Mission ist . . . dem . . . Stein gegeben worden. Er bekommt Zweibrücken und Mainz, Böhmer behält die übrigen Höfe. — Machen Sie, daß Sie mit dem Markgrafen den 10. Okt. in Frankfurt sind; ich werde da durchgehen, um als kgl. preußischer Generalmajor der Kavallerie in Holland zu figuriren.»[2]

Ich antwortete:

„Der Markgraf hat sich seit einigen Monaten eine Reise in die Schweiz und die Oberlande vorgenommen, die ganz nothwendig ist. Alles ist bestellt, um sie übermorgen anzutreten. Wollte der Markgraf solche bis auf den 13. verschieben, so käme er in die Schweiz, wenn man des üblen Wetters wegen gewöhnlich heraus muß. Sie hatten sich den 25. Sept. vorgenommen zur holländischen Armee zu gehen. Seitdem ist aber der holländische Krieg geendiget und alle Probabilität, Sie gehen nicht nach Holland . . .“

Dieses ist, was ich vermuthet habe, daß E. Hf. D. Intention gemäß wäre[3]. Ist es nicht, so hängt alles vom gnädigen Befehl ab. In diesem Fall würden Sie geruhen, meiner Schwester den Brief an Frau Goethe in Frankfurt abfordern zu lassen.

Die Berliner Stafette sei ihm durch Frau von Coudenhoven[4] übersendet worden. „Der Kurfürst ist noch immer willens, im Frühjahr nach Karlsruhe zu kommen und von da in die Schweiz zu gehen.“

---

[1] Fehlt; wol ein Brief des Fürsten von Dessau, der über die Reise des Prinzen Ludwig nach Potsdam und vielleicht einen Besuch desselben in Dessau berichtet haben wird.

[2] Ueber die Stellung Karl Augusts von Weimar den damaligen holländischen Verwickelungen gegenüber vergl. Böhtlingk Die holländische Revolution 1787 und der deutsche Fürstenbund (Bonn 1874).

[3] Die Reise in die Schweiz fand in der That statt. Edelsheim begleitete den Markgrafen, doch kehrten beide vor Ende Oktober wieder zurück.

[4] Frau von Coudenhoven, die einflußreiche Nichte des Kurfürsten von Mainz; s. Pertz a. a. O. I. 42 f. O. Mejer a. a. O. I. 76.

179. Graf Hertzberg an den Oberst-Kammerherrn G. L. v. Edelsheim.

Berlin, 29. Dec. 1787.

[Empfiehlt den Grafen von Görtz an Stelle des verstorbenen Schwartzenau zum badischen Reichstagsgesandten.]

Monsieur. Notre bon Mr. de Schwartzenau[1] étant mort, le Roi a nommé à sa place pour la Diète de Ratisbonne Mr. le Comte de Goertz avec des appointements convenables.

Oserais-je prier Votre Excellence de sonder, si S. A. S. Msgr. le Landgrave [sic] ne serait pas disposé à confier aussi son suffrage à Mr. le Comte de Goertz, dont l'habilité lui est assez connue[2].

Eigenhändig.

---

180. Edelsheim an Karl Friedrich.

Mainz, 31. Dec. 1787.

[Conferenzen in Mainz; Karl August von Weimar; der Kurfürst.]

... Noch kann ich mit Gewißheit sehr wenig sagen[3]. Das Einzige ist, daß der Herzog ganz gewiß nach Mannheim kommen wird, um sich einen Tag

---

[1] Ueber Schwartzenau vergl. oben S. 8. 166.

[2] Die Ernennung des Grafen von Görtz zum badischen Reichstagsgesandten mit einem Jahresgehalt von 1500 fl. erfolgte am 4. Febr. 1788. Am 14. April traf Görtz auf seinem neuen Posten in Regensburg ein. Vergl. Denkwürdigkeiten des Grafen von Görtz II. 231.

[3] Die Anwesenheit Edelsheims in Mainz ist wahrscheinlich veranlaßt durch die in dieser Zeit schwebenden Verhandlungen über den Plan eines Unions-Congresses in Mainz, welcher die Aufgabe haben sollte, ein Actions-Programm für die Union zu vereinbaren und welcher besonders von dem Kurfürsten von Mainz und von Karl August von Weimar eifrig betrieben wurde; s. darüber v. Ranke I. 382 ff. und die bezüglichen Acten II. 310 ff. Das Erscheinen Edelsheims wurde von Seiten des preußischen Geschäftsträgers, des Landjägermeisters Friedrich vom Stein, fast als ein Symptom dafür angesehen, daß man an den fürstlichen, zur Union gehörigen Höfen anfange, mit einigem Mißtrauen auf die kurfürstlichen Höfe und auf ihre Ausschließlichkeit bei der Behandlung der Unionsgeschäfte zu blicken (Stein an den König von Preußen dat. 13. Jan. 1788, ebendas. II. 327). — In Betreff dieses Mainzer Congresses, von dem in den nächsten Monaten viel die Rede ist, ist von Interesse auch ein Bericht des kurmainzischen Gesandten in Wien v. Helm an den Kurfürsten, dat. 5. Hornung 1788: mit der Union und dem beabsichtigten Congreß in Mainz beschäftige man sich sehr viel in Wien; einige meinen, die römische Königswahl solle dort ausgemacht werden; der Kaiser sagt zu jemand: „Sie werden gehört haben, daß zu Mainz wider mich ein Congreß werde gehalten werden." Andere politische Personen aber halten den Congreß für ganz unbedeutend und gefahrlos: wenn nicht mehr dabei herauskomme als bei dem zu Ems, so habe der Kaiser nichts zu fürchten, „und der Feldmarschall des deutschen Bundes, Herzog von Weimar, würde sich von dem théatre ebenso verlieren und unsichtbar werden, als der Feldmarschall der holländischen Patrioten Fürst von Salm sich verloren hätte und unsichtbar geworden wäre" (Wien. St. A.).

mit E. Hf. D. zu unterreden. . . . . Den Kurfürst sprach ich gestern eine halbe Stunde. Er will mich noch einmal allein sprechen, um mit mir die Proponenda bei der Ankunft des sächsischen Gesandten zu überlegen. Diese Unterredung kann aber wenigstens heute und morgen wegen dem Neuen Jahr nicht stattfinden. . . .

Den Weihbischof und Deelen habe ich gesprochen und werde sie wieder sprechen. Der Kurfürst und der Herzog empfehlen sich bestens. Ersteren habe ich nie gesunder gesehen. Müllern sprach ich noch nicht.

181. Der preußische Legationsrath Ganz an Edelsheim.

Regensburg, 31. Dez. 1787.

[Charakteristik des Reichstages. Oesterreich verdächtigt die Union. Reform des Justizwesens nothwendig.]

Der Geist der Nachlässigkeit, der Entwöhnung von den Geschäften und die Unkenntniß der Reichsverfassung herrscht am Reichstage in weiten Schichten. Nicht eher, meint Ganz, werde dem abzuhelfen sein, als bis mit den „Schauspielern" an dem „Theater" der Reihe nach eine Aenderung vor sich gehe.

Seit zwanzig und mehr Jahren besteht die Reichsversammlung vorwiegend aus einem Haufen „politischer Elegants", die sich aus Zeitungsnachrichten ein System der Höfe bildeten und ihre Unwissenheit und ihren Hang zur Bequemlichkeit mit dem „Schleier übelverstandener Politik" bedeckten[1].

Unter den kurfürstlichen Gesandten besitze von Karg schöne Kenntnisse, patriotischen Eifer, Ruhe und Kaltblütigkeit, Hohenthal und Ompteda seien gelehrt und geschäftig; Schwartzenau erfahren und thätig, mehr an das Handeln als an das Schreiben gewöhnt; Lerchenfeld habe Kenntnisse, aber es fehle ihm an Energie. Seilern sei ein verträglicher Mann, von Linkern zu jung und beschränkt.

Im Fürstenrathe sei Borié bekannt als Kenner des Staatsrechtes, ein rastlos thätiger Mann, von ungestümem Eifer, indes in seinen Gesinnungen zu wenig tolerant; daher gelte von vornherein alles, was er thue und sage, für verdächtig.

Den Gesandten v. Wülknitz, Zillerberg und Haimb fehle es zwar nicht an Kenntnissen, allein sie seien unthätig und einflußlos. Die übrigen — urtheilt Ganz — verzehrten ihre Gelder mit Anstand.

Der kaiserl. Prinzipalkommissär, Fürst Taxis, sei ein gutmüthiger Herr und freigebig, nehme aber lediglich eine repräsentirende Stellung ein.

---

[1] Auch Schwartzenau, nach dessen Tode vorläufig der Legationsrath Ganz die Berichte vom Reichstag schrieb, klagt — schon in einem Berichte vom 22. Mai 1786 — über die Vergnügungssucht, die am Reichstage überhand nehme. Man gefalle sich in kindischen mimischen Spielen und Mummenschanz und plane jetzt den Bau eines deutschen Komödienhauses, statt sich um die Geschäfte zu kümmern. „Als Roms Freiheit zu Grabe getragen wurde, waren Schauspiele ein Bedürfniß des Volkes geworden!" Vergl. auch die Charakteristik des damaligen Reichstags in den Denkwürdigkeiten des Grafen v. Görtz II. 231 ff. Pütter Histor. Entwickelung der heutigen Staatsverfassung des teutschen Reichs III. 230 giebt an, daß zur Zeit (1787) „der ganze Reichstag jetzt kaum aus mehr als 30 Comitialgesandten zu bestehen pflegt".

Der kaiserl. Konkommissar, Graf Lehrbach, sei in den Geschäften bewandert, säe überall Mißtrauen und Eifersucht unter den Komitialgesandten und suche den Reichstag in seiner Schläfrigkeit zu erhalten, indem er die Schuld dem Fürstenbunde zuschiebe. Oesterreichischerseits habe man den nicht unirten Fürsten vorgespiegelt, der Fürstenbund wolle alle Geschäfte an sich ziehen und keine Angelegenheit dem Reichstag vorlegen, ehe er nicht der Majorität sicher sei. Dies habe Eindruck gemacht, zumal Mainz beim Reichstag äußerst langsam zu Werke gegangen sei und vorwiegend für solche Dinge sich besorgt gezeigt, bei denen es selbst interessirt gewesen, wie bei der Schwarzacher Sache. Der kursächsische und kurbraunschweigische Gesandte habe dies auch vorgestellt; der Kurfürst von Mainz habe die Berechtigung der Vorstellungen anerkannt und Weisung an seinen Gesandten erlassen, zu Anfang des nächsten Jahres die wichtigsten Punkte des Kammerjustizwesens und die Bestellung der Senate zur Berathung vorzulegen. Die Verbesserung der Justizpflege thue noth. Die Lage sei günstig, ebenso die Stimmung im Reiche. Die Majorität stehe auf Seiten der Union. Dies beweise auch die nachgiebige und rücksichtsvolle Haltung des Wiener Hofes, z. B. betr. der seit einem halben Jahrhundert unerörtert gebliebenen pfälzischen Religionsbeschwerden. Man müsse — schließt Ganz — jetzt den Reichstag nützen.

---

182. Memoire Edelsheims über die politische Lage von Würtenberg[1].

o. D. (Jan. 1788).

[Verstimmung des Herzogs von Würtenberg gegen den Kaiser; Wiederaufleben der habsburgischen Erbansprüche. Möglichkeit der Gewinnung Würtenbergs für die Union. Gefahren und Vortheile.]

Die Ansprüche, welche der Kaiser bei der Vermählung der Prinzessin Elisabeth von Würtenberg mit dem Erzherzog Franz geltend machte, daß nämlich das österreichische Erbfolgerecht auf Würtenberg, welches seit Karls VI. Tod nicht mehr behauptet worden war, wieder anerkannt werde, — erbittern den Herzog von Würtenberg sehr.

On prétend, que cette circonstance et tous les déboires qu'il a eus à l'occasion du mariage de sa nièce l'ont si fortement aigré contre la maison d'Autriche, qu'il désire sincèrement et vivement d'accéder à l'Union. Il y a donc deux points très intéressants à considérer.

L'un, comment on empêchera la prétention autrichienne, en cas que l'Empereur ne voudrait point céder aux oppositions, que lui ferait la maison et les états de Wurtemberg, ou en cas que le Duc régnant d'accord avec Msgr. le Prince Frédéric voulurent céder à sa demande? Le mal qui en

---

[1] Dieses Memoire, sowie das folgende, wird an Herzog Karl August von Weimar geschickt, mit der Bestimmung von diesem in Berlin vorgelegt zu werden; s. das Schreiben des Herzogs an den König dat. 17. Febr. 1788 und den darauf folgenden Bescheid des Königs bei v. Ranke II. 336 ff. und w. u. Num. 186. Da, wie unten aus Num. 184 hervorgeht, die beiden Schriftstücke bereits am 8. Febr. auch dem preußischen Gesandten v. Stein in Mainz schon vorlagen, werden sie in den letzten Tagen des Januar verfaßt sein, wodurch sich auch erklärt, daß Edelsheim in denselben noch ohne Kenntniß von der erst am 9. Febr. erfolgenden österreichischen Kriegserklärung gegen die Pforte ist.

résulterait à la constitution germanique serait presque aussi important que l'échange de la Bavière.

L'autre, comment on devrait s'y prendre, pour effectuer l'accession de la maison de Wurtemberg à l'Union?

L'on ne peut point se cacher d'après la connaissance du caractère personnel de Msgr. le Duc régnant, que son accession pourrait donner bien des entraves à la marche des affaires de l'Empire, que les princes unis se sont proposé de mettre sur un pied constitutionnel.

Mais d'un autre côté il faut avouer, que son accession faciliterait les moyens pour couvrir la Souabe, ouverte et abandonnée au premier ressentiment de la cour Impériale qui, en trouvant un corps de 20000 hommes facile à rassembler dans cette contrée, moyennant certains arrangements à prendre à l'occasion de l'accession du Duc de Wurtemberg à l'Union, serait obligée de détacher un corps bien plus nombreux pour soutenir une invasion, que la facilité de l'exécution pourrait bien la tenter de faire, et par laquelle elle trouverait les moyens d'augmenter d'autant les forces, avec lesquelles elle désirerait d'attaquer le reste de l'Union.

Weim. St. A.

---

183. Memoire Edelsheims[1].

o. D. (Jan. 1788).

[Französisch-österreichische Allarm-Nachrichten. Besorgnisse für Oberdeutschland.]

On est averti, que la France a fait agréer à la cour de Vienne ses propositions pour la paix avec les Turcs par l'ouverture qu'elle leur a faite, que la cour de Prusse avait offert au Duc des Deuxponts la couronne Impériale et que la Prusse avait promis au Duc de lui faire arriver cette promesse par le congrès de l'Union, qui se tenait présentement à Mayence. La cour de Versailles doit s'être engagée de faire avorter ce projet et d'obtenir une assurance du Duc, garantie par elle, qu'il n'accepterait cet offre. Elle doit avoir promis de plus, de soutenir la cour Impériale de toute son influence contre les résolutions que prendrait l'Union, surtout au congrès présent, et de favoriser au contraire les projets de la maison d'Autriche en Empire. . . .

Si l'on considère la nouvelle démarche de la cour Impériale pour s'assurer de la succession éventuelle dans le duché de Wurtemberg et la mission du Sr. de Leykam à la Diète, il est fort probable, qu'elle ne se

---

[1] Vergl. die Note zu Num. 182. Die von Edelsheim etwas sanguinisch geschilderte Situation ward alsbald wesentlich verändert durch die am 9. Febr. 1788 erfolgte Kriegserklärung Josephs II. an die Pforte.

sera engagée à prendre des mesures aussi éclatantes qu'après s'être assurée de l'appui de la France.

Il en résulte une nécessité urgente de s'occuper du sort de la Haute Allemagne, la seule entièrement abandonnée sans opposition aux projets autrichiens.

Mais la cour de Prusse trouvera de même utile, de déraciner à Vienne des fausses insinuations, que la France a trouvé bon d'y suggérer, pour accélérer la paix avec les Turcs et pour exciter à la Prusse d'autant plus vivement des affaires, qui pourraient la détourner de la Hollande.

Weim. St. A.

184. v. Stein an Karl August von Weimar[1].

Mainz, 8. Febr. 1788.

[Spöttische Kritik der beiden Edelsheim'schen Memoires.]

. . . Die gnädigst mitgetheilten Noten von Edelsheim sende ich zurück[2]; sie sind mir ein abermaliger Beweis von den über alles erhabenen ministerialischen Tiefblicken dieses Mannes in das Reich politischer Phantome. — Die sichere Nachricht vom Antrag der Kaiserkrone an den Hof von Zweibrücken macht den 2ten Tome zu Ew. D. Reise nach Wien! — und die Spekulation des Kaisers auf Würtemberg bei zehn lebendigen Erben, besonders aber der sehr wohl kombinirte Schluß ab inde auf den augenscheinlichen Nutzen für die Union, die durch 20000 rüstige Würtemberger gegen alle Anfälle des leidigen Teufels gestärkt und verwahrt werden soll, — demnächst die Nothwendigkeit auf Oberdeutschland besonders eine wachsame Rücksicht zu nehmen, — dies alles ist wichtig und setzt den großen Geist ganz ins wahre Licht! — ich bitte unterthänigst um Vergebung wegen dieser zufälligen Randglossen. . . .

Weim. St. A.

185. Karl August von Weimar an den preußischen Gesandten v. Stein in Mainz[3].

Darmstadt, 9. Febr. 1788.

[Karl August hält es für angemessen, den Plan des Markgrafen zu fördern.]

Der Markgraf ist nicht im Willen, die Lage mag so kritisch und für seine Länder so gefährlich sein als sie will, stille zu sitzen; er glaubt durch den Beitritt

---

[1] Der Landjägermeister Johann Friedrich vom Stein (der ältere Bruder des nachmaligen Ministers) war eben jetzt, besonders durch den Einfluß Karl Augusts von Weimar, zum ständigen preußischen Gesandten in Mainz ernannt worden; vergl v. Ranke I. 386 und die Charakteristik desselben von seinem Hauptgegner in Mainz, dem österreichischen Gesandten Grafen v. Schlick, in dessen w. u. mitgetheiltem Bericht über den Mainzer Hof, dat. 27. Juli 1788.

[2] Num. 182. 183.

[3] Abschrift ohne Angabe der Adresse; scheint die Antwort Karl Augusts auf Num. 184 zu sein; abgedruckt bei v. Ranke II. 333.

Würtembergs und einer daraus entstehenden Verbindung Schwabens, des Ober- und Niederrheins einen Defensionsplan zu Stande zu bringen, welcher selbst Frankreich, wenn es dem Kaiser wegen Baiern beistehen sollte, in Respekt halten sollte. Der Willen Würtembergs zum Beitritt scheint deswegen ernstlich zu sein, weil der Herzog durch den Obristen von Wolfskehl an den Markgraf darüber Anträge hat thun lassen[1]. Ich habe den Markgraf sehr angelegen, einen Plan über eine solche Defension gegen Frankreich und Oesterreich zu fertigen und ihn mir anzuvertrauen; es ist gewiß, daß, wenn dieser Theil des Reichs fest aneinander hielte, er viel machen kann, und daß die Fürsten derselben (sic!) immer in denen Gedanken zu bestärken sind, einstweilig mit Hannover und England für sich Vertheidigungspläne zu entwerfen, die dann Preußen vorgelegt könnten werden und ihm die Mühe ersparten, dergleichen Dinge zu machen und seine Projekte zu blos zu geben; ich dachte durch den Markgraf Würtemberg zur Sprache bringen zu lassen, es, wenn es ihm wirklich Ernst ist, durch Baden beitreten zu machen und es durch den Markgraf dirigiren und wirksam machen zu lassen. Mögen sich doch jene Fürsten unter einander so fest verbinden, als sie können, und immer den Gedanken nähren, sich von einander unterdrücken zu lassen; uns schadet es nicht, sondern kann eher nützlich sein. Möge doch der Markgraf, wenn er einen guten Plan geliefert, ihn einmal nach England tragen und durch dieses diejenige thätige Beihilfe zu Stande bringen, die von Seiten jenes Theils von Deutschland und von Hannover noch immer ein Räthsel war.

Viel könnte ich Ihnen hierüber sagen; ich halte es für Pflicht, diesen Eifer nicht ungenützt vorbeistreichen zu lassen, sondern ihn anzufeuern und ihm womöglich die Richtung zu geben, die ich meiner Meinung nach nützlich glaube. Der Passus in dem letzten Rescript, wo der König wünscht, daß die Fürsten im sogenannten Reich sich insgeheim mit der Defension ihres Zirkels abgeben möchten, ist wahrhaftig trefflich geschehen und erspart die Arbeit, nach dem Wunsche des Kurfürsten von M[ainz] einen Defensions-Plan mit Preußen zu Stande zu bringen und diesen ihm, wenn man nichts damit zu thun haben will, es immer ohnbeleidigt, geschickt abzuschlagen.

Weim. St. A. Abschrift.

186. Karl August an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen[2].

Weimar, 17. Febr. 1788.

[Die beiden Edelsheim'schen Memoires. Wichtigkeit des eventuellen Beitritts von Würtenberg zur Union.]

. . . J'ose joindre ici deux notes que le Margrave de Bade m'a remises pour V. M. Celle qui parle de l'accession du Duc de Wurtemberg à l'Union

[1] Vergl. w. u. den Bericht des Geh. Raths Seubert, dat. 24. Mai 1788.

[2] Wir wiederholen hier, um des Zusammenhangs willen, auch dieses Schreiben, obgleich es, nebst der Antwort des Königs, schon bei v. Ranke II. 336 f. abgedruckt ist.

germanique m'a paru intéressante par l'usage qu'on pourrait en faire. . . . Il en pourrait résulter une étroite liaison des membres du cercle de Souabe entre eux, surtout si le Coadjuteur de Mayence devînt un jour Prince de Constance. . . . Le Margrave de Bade, qui entre très fort dans ce projet, ne compte nullement se laisser intimider par son puissant voisin; il travaille au contraire à un plan de défense, fondé sur les principes ci-mentionnés. Je l'ai encouragé d'achever cet ouvrage et de me le communiquer pour le présenter à V. M. J'attends Vos ordres, Sire, concernant l'accession du Duc de Wurtemberg, et d'être instruit, s'il plaît à V. M. de charger le Margrave de Bade du soin de sonder le Duc sur ses véritables sentiments et à approfondir, jusqu'à quel point ce prince entrerait dans le plan d'une défense active.

Il me paraît nécessaire de ne point abattre le courage de qui que ce soit en Allemagne et de ne point laisser endormir une activité, dont on peut tirer quelque bon parti, surtout si l'on s'aperçoit de la velléité de quelque prince pour se défendre, non obstant la position dangereuse du local de leurs états.

Weim. St. A. Concept.

187. Bericht Edelsheims über den Stand der Coadjutorfrage in Speier[1].

o. D. [Febr. 1788].

[Verhandlung mit dem Fürstbischof von Speier; ablehnende Haltung desselben gegen eine Coadjutorwahl. Die Aussichten bei einer künftigen Bischofswahl.]

Er habe am 8. Febr. in Bruchsal eine Unterredung mit dem Fürstbischof von Speier gehabt.

Der Fürst scheinet entschieden zu sein, in keinem Fall, ja nach seinem Ausdruck selbst nicht in articulo mortis, einen Koadjutor anzunehmen oder gar zu verlangen. Die Vorstellung, daß ein Prinz aus einem mächtigen Haus nach seinem Tod das Bisthum suchen und erhalten möchte, wirkte nicht das geringste auf ihn, weil er sicher zu sein glaubt, daß seine Nachbarn, Pfalz, Würtemberg, Baden und Mainz qua Worms zu sehr dagegen arbeiten würden, um daß eine dergl. Absicht je per maiora, das ist mehr als $^{2}/_{3}$ Stimmen im Kapitel, durchgesetzt werden könnte. . . . Auch das Gerücht, als ob Frankreich in der nach seinem Ableben erfolgten Sedevacanz die Probstei Weißenburg von dem speirischen Bisthum abreißen würde, macht keinen Eindruck. Er hält solches nach seinen unmittelbaren Nachrichten von dem französischen Hof für erdichtet, glaubt, daß der Domherr von Wessenberg diese Sage ausgebreitet habe, um, wie ihm gelungen ist, von dem

[1] Diese und die beiden folgenden Berichte werden von Edelsheim als Beilagen zu seinem unten folgenden Schreiben vom 29. Febr. an Karl August von Weimar geschickt, der von denselben dann in Berlin Mittheilung machte.

Kapitel nach Paris gesandt zu werden in der heimlichen Absicht, wenn es möglich sein sollte, die Probstei Weißenburg für sich davon zu tragen. . . .

Der Fürst glaubt auch, sich gegen den Kaiser und des Königs in Preußen Majestät auf seine Ehre verbunden zu haben, keinen Koadjutor anzunehmen. Das Engagement gegen den König in Preußen gründet sich auf einen an den Fürstbischof von Hildesheim geschriebenen Brief, der im Original nach Berlin soll gesandt worden sein. Es hatten des Königs Majestät durch gedachten Fürsten den Fürst von Speier ermahnen lassen, zu Abwendung aller Einmischung von fremden Höfen bei der künftigen Bischofswahl sich ex gremio capituli einen Koadjutor zu wählen, den er für den würdigsten Nachfolger in seiner Regierung halten würde.

Hierauf antwortete der Fürst mit einer weitläufigen Ausführung aller seiner Gründe, daß er nie die Hände zu einer Koadjutoriewahl bieten würde, und das versicherte er auf Ehre. . . .

Mit dem kaiserlichen Hofe stehet aber der Fürst in einer nicht so leicht zu hebenden Verbindlichkeit. Der Graf Trautmannsdorff hat bei dem letzten Besuch, den er als kaiserl. Gesandter in Bruchsal abstattete, stark auf eine Koadjutoriewahl zu Gunsten des Dombechants Baron von Hutten gedrungen. Graf Trautmannsdorff schrieb ihm hierauf von Wien, daß sich S. K. M. auf seine Zusage so sicher verließen, daß Sie bei ihm kein weiteres Ansuchen wegen einer Koadjutoriewahl würden thun lassen.

Ich brachte ihn dahin, daß er von selbst die drei Bedingungen wieder erzählte, unter welchen er für einigen Jahren einen Koadjutor hatte annehmen wollen. Diese waren: a) er müßte nichts zu seinem Unterhalt von ihm verlangen; b) er müßte nie in dem Bisthum gegenwärtig sein wollen; c) er müßte sich reversiren, die Diener, welche der Fürst benennen würde, in ihrem jetzigen Gehalt beizubehalten und alle des Fürsten Stiftungen und Anordnungen ohnverändert zu lassen. Er fügte an, daß nach mehrerer Ueberlegung auch diese Vorsichten nicht hinlänglich wären, um ihn für vielen Unannehmlichkeiten zu sichern. . . .

Der Fürstbischof verbreitet sich des weiteren über die drei Punkte und kommt hierbei auch auf den verstorbenen Kurfürsten von Trier, Grafen von Waldernborff[1], zu sprechen, der trotz aller früheren Zusicherungen bei seiner Koadjutorwahl, als er zur Regierung kam, nichts davon erfüllte.

Diese Bemerkung brachte uns auf die künftigen Kandidaten bei der speirischen Bischofswahl.

Der Fürst sagte, es wären drei Kompetenten im Kapitel:

a) der Dombechant Baron von Hutten,

b) der Domkantor Baron von Hacke,

c) der trierische Dombechant Graf von Waldernborff.

[1] Johann Philipp v. Waldernborff, 1754 Coadjutor, 1756 Erzbischof von Trier, gestorben 1768.

a. würde von dem kaiserlichen Hof stark unterstützt. Er wäre des Fürsten einiger wahrer Freund im Kapitel, dessen Oncle er seine Wahl zu danken habe. Er könne und wolle daher gegen ihn nichts unternehmen. Doch glaube er nicht, daß er sich zu der Regierung schicke, weil er überaus schläfrig und ohnbesorgt sei und einen entschiedenen Hang zu Frivolitäten habe. Doch habe er einige Stimmen, die sich nach Zeit und Umständen, sonderlich durch die kaiserl. Protektion, bald mehren könnten, wenn man es im Moment recht anzugreifen wisse.

b. hätte eine stärkere Partie, deren Gewicht hauptsächlich auf sein, des Bischofs, Leben ankomme. Denn würde der Fürst verschiedene ältere Domherrn überleben, so würde die Hackesche Partie zweifelsohne die stärkste werden, indem die meisten Domicellaren Pfälzer wären oder doch mit dem pfälzischen Hof durch ihre Anverwandten in enger Verbindung ständen. Baron Hacke wäre aber nichts als ein Jäger, der sich des Bisthums wenig annehmen und ganz vom Wink des pfälzischen Hofes abhängen würde. . . .

c. hätte jetzt die stärkste Partie. Doch hange solche sehr von dem Leben des Domscholasters von Mirbach ab. Nach dessen Tod würden wenigstens 4 Vota, von welchen er zu Gunsten des Grafen von Walderndorff disponire, andere Partieen ergreifen. . . . Sonst glaube der Fürst, daß Walderndorff alle zu einem künftigen Regenten nöthigen Qualitäten habe. Er kenne ihn zu wenig, um ihn beurtheilen zu können. Denn da er das beneficium ad latus habe, so wäre er nur selten und kurze Zeit anwesend. Sein Anstand bei Walderndorff wäre erstlich die große Influenz, die sein Bruder[1] auf ihn habe, der ihn ganz dirigiren würde; zweitens die starke Hoffnung, die er habe, bei der nächsten Trierischen Wahl Kurfürst zu werden, welche Vereinigung gewiß das größte Unglück wäre, das dem Bisthum begegnen könnte[2].

Ich machte gegen diesen letzten Anstand alle Einwendungen, die ich auftreiben konnte, weil dieses der Hauptanstand ist, den alle speirischen Kapitularen gegen Walderndorff haben. Darauf versicherte der Fürst, Walderndorff würde in kurzem nach Bruchsal kommen, da wolle er seine Gedenkungsart näher sondiren, und fände er ihn so würdig, als er hoffe, so wolle er ihm zu Befestigung seiner Partie gern insoweit helfen, als es Hutten zu seiner Absicht nicht hinderlich sein könnte. Jetzt, da der kurmainzische bekannte Domherr Baron von Dienheim seine Präbende zu Speier dem jungen von Coudenhoven abgetreten hat, wünscht der Fürst, daß er im Kapitel wäre, um künftig sein Nachfolger zu sein. . . .

Weim. St. A. Beilage zu Edelsheims Schreiben an Karl August von Weimar vom 29. Febr. 1788.

---

[1] Der Mainzer Domherr v. Walderndorff.

[2] Der Fürstbischof August v. Speier, Graf von Limburg-Styrum (s. oben S. 26) starb erst im J. 1797; der zuletzt genannte Candidat v. Walderndorff wurde sein Nachfolger.

188. Bericht Edelsheims über Speiers Verhältniß zur Union.

o. D. [Febr. 1788].

[Der Fürstbischof der Union geneigt; seine Verhandlung mit Frankreich; Erbietung zur Cooperation am Reichstag: Justizwesen und Wahlcapitulation. Vermuthlicher Grund seiner jetzigen Haltung.]

Bei meinem letzthin in Bruchsal abgestatteten Besuch fing der Fürst von selbst an, von der Union und ihrem großen Nutzen zu Erhaltung der Reichskonstitution zu sprechen und zu bedauern, daß er bei der Lage seiner Lande sich in dieselbe noch zur Zeit nicht einlassen könne. Doch wäre er immer virtualiter bei der Union, ob er gleich materialiter sich in solcher nicht befinden könne, bis ihm der kaiserl. Hof durch fernere Fürschritte oder Anmaßungen gegen sein Bisthum hierzu Ursache gäbe. Dies habe er dem Grafen von Trautmannsdorff . . . ganz deutlich erklärt. . . .

Der Fürst sagte weiter: seine Begierde, ein Mitglied der Union zu sein, hätte ihn veranlasset, durch seinen chargé d'affaires dem Graf von Vergennes ein verschlossenes Billet zustellen zu lassen, dessen wörtlich mir vorgesagter Inhalt ohngefähr folgender war: Les grands princes en Allemagne se sont unis. Le Prince de Spire est petit. Il a deux grands voisins, qui ne sont point dans l'Union. Il pense par conséquent que, n'ayant aucun besoin pressant pour accéder, il sera prudent de suspendre son accession, jusqu'à ce que l'Empereur le force à cette démarche par une entreprise qui l'obligerait de chercher un appui.

Hierauf hätte Graf von Vergennes dem speierischen chargé d'affaires gesagt: J'ai toujours admiré la prudence de Mr. le Prince de Spire.

Uebrigens könnte er mit seinem Kapitel nichts und auch nichts ohne solches anfangen, weil sie durch seine, ohne ihre Participation vorgenommene Accession zu einer Klage bei dem kaiserlichen Hof schreiten würden. Wollte man aber die bei dem Kongreß zu Mainz vorkommenden Materien mit ihm berathschlagen, so wäre er bereit, seine Meinung offenherzig zu sagen und sich mit denen unirten Fürsten zu einem voto in comitiis zu verbinden. Dabei aber müsse man in der Fassung seines voti oder, um sich seiner eigenen Worte zu bedienen, in modo proponendi ihm nichts vorschreiben wollen. . . .

Zwei Punkte, habe der Fürstbischof weiter bemerkt, seien vor allem dringend. Einmal die Reform des Justizwesens. Man solle hierbei aber nicht mit der Visitation der Reichsgerichte anfangen, sondern vorerst die Prozeßordnung umarbeiten und das richtige Verhältniß zwischen Kammerrichter, Präsidenten und Beisitzern feststellen. Zweitens die Wahlkapitulation, welche das ganze System des deutschen Staatsrechts enthalten und nicht blos einzelne zur Zeit der Abfassung wichtige Fälle entscheiden solle.

Die veränderte Haltung des Fürstbischofs in der Unionsfrage sei vermuthlich dadurch veranlaßt worden, daß man bei der in Frankfurt eröffneten kaiserlichen Anleihe 100 000 fl., welche Speier dort anzulegen gewünscht, nicht angenommen habe.

Weim. St. A. Beilage zu Edelsheims Schreiben an Karl August von Weimar vom 29. Febr. 1788.

189. Bericht Edelsheims betr. die Coadjutorwahl in Speier.

o. D. [Febr. 1788].

[Unterredung mit Walderndorff. Coadjutorwahl. Union. Zurückhaltung Walderndorffs. Preußens Stellung zur Frage. W. weicht überall aus. Unsicheres Resultat.]

Am 24. Febr. habe er in Mannheim auf Verabredung eine Conferenz mit dem Grafen Walderndorff gehabt (dem event. Candidaten für die Coadjutor=Stelle in Speier). Auch Graf Walderndorff ist der Ueberzeugung, daß der Fürstbischof von Speier zur Zeit einen entschiedenen Widerwillen gegen eine Coadjutorwahl habe, hofft übrigens auf eine spätere Umstimmung und ersucht daher Edelsheim, seine Bemühungen in diesem Sinne fortzusetzen und sich baldmöglichst mit dem Weihbischofe Seelmann zu besprechen.

Ich habe ihm sehr offenherzig alles mitgetheilt, was ich von der Lage seines Gesuchs wußte, und er fand meine Nachrichten, auch selbst die Beurtheilung des Fürsten von Speier meistens sehr gegründet.

Es schien mir ihn äußerst zu frappiren, wie ich ihm die Bemühungen des kaiserl. Hofes für Baron Hutten erzählte. Er erklärte sich dadurch die neuerliche Aeußerung des Baron von Hutten, man verlange von ihm, daß er sich selbst zum Kandidaten aufstelle. ... Ich glaube bei dieser Gelegenheit in ihm eine bisher gehabte große Anhänglichkeit an den kaiserl. Hof bemerkt zu haben, worüber er sich doch deutlich zu erklären sehr sorgsam vermied. Ebenso behutsam hütete er sich, mir seine Gedanken über die Union zu entdecken, bis ich ihm die Sache so nahe legte, daß er wenigstens nicht ausweichen konnte, mir zu sagen, wie er überhaupt den Beitritt der geistlichen Fürsten zu der Union ansehe. Seine Antwort ging aber blos auf den Mittelweg, den der jetzige kurmainzische Herr Koadjutor ehemals zu Markt brachte und im Grund auf eine Conciliation zwischen dem Kaiser und denen unirten Ständen abzweckt.

Dieses war mir um so auffallender, da für zwei Jahren der Baron von Walderndorff bei unserer Unterredung in Mainz sich ganz ohnbeschränkt zu dem Beitritt der Union erkläret hatte. Vermuthlich glaubt er jetzt seiner Sache ganz gewiß zu sein, wenn der kaiserl. Hof nicht wider ihn ist, und will in keine weiteren Verbindungen eingehen, um diesen Hof nicht gegen sich zu irritiren.

Edelsheim weist dem Grafen nach, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur auf ein Drittel der Stimmen rechnen dürfe.

Hierbei erst fing Graf Walderndorff an, von der preußischen Protektion zu sprechen, aber nur um mir zu sagen, er habe zu glauben Ursache, es wäre solche dem Baron von Wessenberg versprochen. Ich versicherte, daß dieses Gerücht, wovon ich nie gehört, falsch sei. Ueberhaupt könne er sicher annehmen, daß des Königs in Preußen Majestät blos den redlichsten Patrioten, das aber mit aller Ihrer Influenz, unterstützen und ebenso kräftig gegen jeden Kandidaten wirken würden, von dem künftige ohnpatriotische Gesinnungen zu vermuthen stünden. ... Ich fuhr fort: Nach seiner mir in Mainz gethanen Erklärung hielte ich ihn für einen entschiedenen Patrioten. Nach dieser Schilderung hätte ich von dem Markgrafen den Befehl erhalten, ihm in seiner Absicht nach allen meinen Kräften zu

helfen. Hiernach könnte er alle meine Handlungen in dieser Sache abmessen. Auch hierauf fande er einen Ausweg, um sich durch keine Erklärung zu kompromittiren, indem er mir die bekanntlich ganz falsche Nachricht anvertraute, der Fürst von Speier wäre sehr ungehalten, daß man ihn nicht zum Beitritt der Union invitiret hätte. . . .

Es kann sein, daß Walderndorffs diesesmal gegen mich beobachtetes Zurückhalten blos von der Instruktion herkömmt, die er von seinem Bruder, dem Mainzischen Domherrn, erhalten hat. Wenigstens war sein Ton von dem sehr unterschieden, den er vor zwei Jahren mit mir in Mainz hatte. Ja, ich darf nicht zweifeln, daß er die ganze Unterredung zu umgehen gewünscht hätte. Vermuthlich ist man bereits durch andere Wege von Walderndorffs Gesinnungen versichert. Mir bleibt aber nichts übrig als zu zweifeln, bis ich eine nähere Unterredung mit dem Weihbischofe Seelmann gehabt habe, der mich hoffentlich hierüber beruhigen wird. . . .

Da ich Walderndorff befragte, ob ich fortfahren könnte, den Fürsten und die Kapitularen zu Speier zu versichern, daß er, wie er mir anno 1786 in Mainz gesagt, auf alle seine Aussichten der Kur Trier Verzicht thun wollte, wenn er Fürst von Speier werden könnte, antwortete er mir, wenn man ihm Mainz, Trier, Cöllen und Speier zur Wahl antrüge, so würde er gewiß das letztere wählen. Ich erwiederte, daß diese Erklärung zur Beruhigung weder des Fürsten, noch seiner Kollegen hinreichend sein würde, weil ihm hiernach noch immer freibleibe, in Zukunft als Fürst von Speier das Erzbisthum Trier zu suchen und anzunehmen. Ich erhielt hierauf verschiedene, aber keine entscheidende Antwort.

Weim. St. A. Beilage zu Edelsheims Schreiben an Karl August von Weimar vom 29. Febr. 1788.

---

190. Edelsheim an Karl August von Weimar.

Karlsruhe, 29. Febr. 1788.

[Die Speierer Frage und Walderndorff. Defensionsplan für die Union. Das Herder'sche Akademieprojekt.]

. . . Ich sende meinen Rapport über das speirische negotium. Gleich nach meiner Rückkunft von Bruchsal schrieb ich mit dem Chiffre an Walderndorff, bot ihm eine Unterredung an und rieth ihm, nicht nach Bruchsal zu gehen, bis wir uns besprochen hätten. . . .

Irre ich nicht, so sollte fast glauben, daß Graf Walderndorff eben wegen seiner mir anno 86 offenherzig gethanenen Erklärung wegen seinem Beitritt zu der Union es jetzt sehr unangenehm ist, sich mit mir zu besprechen. Er weist mich daher in allem an Seelmann, der vielleicht durch den Mainzer Domherrn von Walderndorff keine gebundenen Hände hat und mir offener sprechen wird. Es ist dieser Mann ein guter Patriot, mit dem ich mich nicht kompromittire; sehr antiaustriacus. . . . Der [sic!] Mainzer Domherr wird die Kur Trier

allerdings wichtiger, als wie das Bisthum Speier vorkommen und daher seinen Bruder dahin leiten, daß er keine Verbindung annimmt, die ihm die kaiserl. Protektion entziehen, die er in Trier sehr nöthig brauchen wird. . . .

Nun ist Walderndorff Statthalter in Trier. Sieht man blos auf die Union, so glaube ich, daß Hacke viel sicherer als Walderndorff sei. Baden aber kann dieser nie ein angenehmer Kandidat werden. . . .[1]

An den Defensionsplan wollen wir nächstens gehen; E. Hf. D. könnten sich erinnert haben, daß ich den Grund dazu gleich bei dem ersten Plan unserer projektirten Union entworfen habe. Da man mir aber weder in Berlin, noch sonst je die Ehre gethan hat, nur zu fragen, ob ich hierüber unvorgreifliche Gedanken hätte, und lieber Leute anhörte, die doch gewiß Deutschlands Kräfte weniger kennen und die Deutschland in den militärischen und legislativen Theil eintheilen, wovon sich der eine seiner Haut wehren und der andere mit der Feder hinter dem Ohr von seinen Nachbarn fressen lassen soll, so schwieg ich. . . .

. . . Mit Herders Vorschlag[2] werden wir uns heute finaliter beschäftigen. Der kleine Dalberg[3] ist deswegen bei uns gewesen. Man wird vorschlagen eine Probe zu machen, die, wenn der König, E. Hf. D., der Herzog von Gotha, der Fürst, der Kurfürst von Mainz mit dem Markgraf wollen, jeden nur sehr wenig kosten kann. Die Zusammenkunft der Gelehrten kann immer noch, wie wir ehehin dachten, eine Gelegenheit abgeben, um daß sich die Fürsten sprechen. . . .

Weim. St. A.

191. Aufzeichnung Karl Friedrichs über den Zweck und die Aufgaben der Union[4].

o. D. [1788?]

[Mögliche Aufgaben der Union für innere Reformen. Nieder-Deutschland und Ober-Deutschland. Nothwendigkeit militärischer Organisation.]

Einem jeden Pariotisch denkenden Menschen ist es erlaubt, über die Wohlfarth seines Vatterlandes seine Gedanken zu äusern; mir scheinet aber einem Mit-

---

[1] Wol weil Hacke ganz und gar als ein Werkzeug der pfälzischen Regierung galt.

[2] Es ist das bekannte Herder'sche Projekt gemeint: „Idee zum ersten patriotischen Institut für den Allgemeingeist Deutschlands", welches jener im December 1787 dem Herzog von Weimar und dem Markgrafen von Baden vorgelegt hatte (Herder WW. Zur Literatur und Kunst XII. 295 ff.). Ueber Ursprung und Verlauf des Unternehmens vergl. Nebenius-Weech Karl Friedrich S. 268 ff. Düntzer Briefe Karl Augusts an Knebel und Herder S. 71. 119 f. Haym Herder II. 487 ff.

[3] Johann Friedrich Hugo Freiherr v. Dalberg, der jüngste Bruder des Mainzer Coadjutors, Domherr in Trier, Worms und Speier; s. Düntzer a. a. O. S. 122. Allgem. D. Biogr. IV. 703.

[4] Diese eigenhändige Aufzeichnung Karl Friedrichs, welche ohne jede Datirung bei den Akten sich befindet, scheint in die ersten Monate des Jahres 1788 zu gehören, vielleicht veranlaßt durch den projektirten Unions-Congreß in Mainz. Es ist charakteristisch, daß der Markgraf, seiner vorwiegenden Geistesrichtung entsprechend, auch der Union eine gewisse Richtung auf innere und ökonomische Reforminteressen geben möchte. Vielleicht nur Fragment.

gliede der Union seye es Pflicht, die Früchte seines Nachdenkens seinen Mitverbundenen zur Prüfung vorzulegen.

Dieses vorausgesetzt nehme ich mir die Freiheit folgende Bemerkungen zu machen, und sie zu erleuchter Beurtheilung darzustellen.

Ein Haubtzweck der Union kann darinn bestehen, in Deutschland den Thon zu geben, und dieses durch ein Uebermaaß von Weisheit und Wohlthätigkeit, Gerechtigkeit und Stärke zu thun! Vieles ist hierinne schon geschehen, und ich zweifle nicht, das noch viel mehreres im Werk seye, wozu die Höfe die Plane schon in Bereitschaft haben: Es seye mir nur vergönnt, einen kleinen Beytrag zu liefern.

Das Wort Union führt den Begrif von zusammengesetzten Kräften mit sich, also von eintracht gemeiner Maasregeln zum Wohl des ganzen. Die Verbesserung der Agrikultur, der Künste, des Handels, sind zwar Gegenstände, die ein jeder Reichsstand für sich aufmuntern und verbessern kann. Aber mit wie viel mehr Erfolg wird es geschehen, wenn mit vereinigten Kräften die Hinderniße, die die Cultur drücken, gehoben und die Aufmunterung durch dienliche Mittel befördert wird, wenn die nützlichen Künste und der Handel alles Zwanges befreyet und durch Commerceientraktaten der Verschluß und der Umlauf aller Produkten und Manufakturwaren erleichtert und dadurch der Reichtum der Länder in einem hohen Grad vermehret würde.

Was würde nicht zu Bildung des National-Caratters durch gemeinsamen bessern Unterricht der Jugend und stiftung einer Deutschen Akademie vor Aufklärung und Patriotische Denkarth gethan werden können.

Die innere Kraft der Union solte in allen Theilen gleich stark sein. In Nieder-Deutschland ist sie es hinlänglich, und von da aus kann auch der obere Theil sich Unterstüzung versprechen; aber eben weil er sie von entfernten Orten zu gewarten hat, so ist er der schwache Theil des Körpers. Und doch ist es der Theil von Deutschland, der vielleicht am meisten bevölkert ist, dessen Clima, Boden und Lage zwischen verschiedenen großen Flüssen der Produktion und dem Transport der Produkten so günstich ist; solte der nicht ein wohl disciplinirtes brauchbares Heer zu seiner Vertheidigung erhalten können?

So wie die Union im ganzen den Thon geben kann, so müsten einzlene Fürsten derselben im Stande sein oder in den Stand gesetzt werden können, es in den Kreysen zu thun, zu welchen sie gehören. Sie müsten so viele Truppen halten können, als nötich ist, um ihren Worten kraft geben zu können; alsdann würden die Militair-Creis-Verfassungen, die jetzo von wenigem oder keinem Nutzen sind, wohl aber zuweilen schädlich werden können, wenn sie gegen ihren Zweck mißbraucht werden, dann, sage ich, können sie, vereinet mit den Truppen, die die Fürsten außer ihren Contingentern halten, ein zahlreiches Heer ausmachen, und die deutsche Freiheit vertheidigen.

Eigenhändiges Concept.

192. Graf Hertzberg an den preußischen Gesandten von Stein in Mainz.

Berlin, 1. März 1788.

[Die Frage der Truppencontingente der unirten Fürsten. Vermuthliche Stellung Badens dazu.]

. . Dans l'article secrétissime, que je crois Vous avoir montré[1], les trois Électeurs ont déterminé le secours qu'ils veulent se prêter, au cas qu'ils soient attaqués en haine de l'Union. Les autres princes, comme Bronswic, Hesse etc. n'ont pas voulu jusqu'ici accéder à cet article, ni se déclarer sur leur contingent. Ce serait là l'objet principal, sur lequel on pourrait se concerter dans un congrès à Mayence, et je crois, que c'est là aussi le principal but du Margrave de Bade, pour s'assurer une protection déterminée de l'Union. Mais croyez-Vous qu'on pourra réunir tous les princes confédérés à s'expliquer et à s'engager à un contingent déterminé? J'en doute. L'Électeur de Mayence et le Margrave de Bade seront peut-être les seuls qui voudront le faire. . . .

Weim. St. A. Abschrift.

193. König Friedrich Wilhelm II. von Preußen an den Gesandten v. Stein in Mainz.

Berlin, 3. März 1788.

[Billigt die Schritte des Markgrafen behufs Heranziehung von Würtenberg zur Union.]

. . . Au reste je n'ai rien contre l'accession du Duc de Wurtemberg à l'Union, que le Margrave de Bade veut se charger de négocier; bien loin de là, j'ai consenti dès le commencement, que le Margrave de Bade entame cette négociation, quoiqu'on ne puisse compter sur la façon de penser des successeurs du Duc; mais pourvu qu'il tienne 10 ou 12 ans[2], cela suffit. . .

Weim. St. A. Abschrift. Berl. St. A. Concept.

194. v. Stein an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Mainz, 6. März 1788.

[Die Wahl des Grafen Walderndorff zum Coadjutor verdient Unterstützung.]

Stein erstattet Bericht über die Angelegenheit des Grafen Walderndorff. Er halte ihn für eine gute Acquisition für die Union, seine Aussichten stünden günstig, wie er vor ein paar Tagen bei seiner Rückkehr von Speier ihm mitgetheilt. Frau von Coudenhoven wirkt zu seinen Gunsten, sucht den alten Baron Hutten zu gewinnen und den Fürstbischof von Speier zur Beiziehung eines Coadjutors in der Person des Grafen zu bestimmen.

---

[1] „Geheimster Artikel“ der Unions-Acte vom 23. Juli 1785, s. Schmidt a. a. O. S. 306 f.

[2] Im Concept des Berl. St. A.: «qu'ils tiennent bon 10 ou 12 ans». Aehnlicher Bescheid des Königs an Karl August von Weimar bei v. Ranke II. 337 f.

Stein hält die Wahl Walderndorffs für äußerst wichtig, da er Hoffnung habe, dereinst Kurfürst von Trier zu werden. Aber Vorsicht sei dringend nöthig, um weder Frankreich zu allarmieren, das sich in alle Bischofswahlen mische, noch den Fürstbischof, der den Mainzer Kurfürsten tödtlich hasse.

Weim. St. A. Chiffrirt.

195. Karl August von Weimar an den preußischen Gesandten v. Stein in Mainz[1].

Weimar, 19. März 1788.

[Von den Aussichten Walderndorffs in Speier vorläufig abzusehen.]

. . . Aus einem Schreiben des Geheimen Rath von Edelsheim ersehe ich, daß wenig Hoffnung für G. W. in Sp.[2] vorhanden ist. Man muß diese Sache bis zu einem glücklicheren Zeitpunkte liegen lassen und nur genaue Aufmerksamkeit unterhalten. . . .

Weim. St. A. Abschrift.

196. Der Coadjutor v. Dalberg an den hannöverischen Gesandten v. Steinberg in Mainz.

Mainz, 29. März 1788.

[Nothwendigkeit gemeinsamer Verhandlungen unter allen Mitgliedern der Union; Verbesserung der Gesetze und der Justiz. Mainz der geeignete Mittelpunkt dafür.]

Dankt für eine am 23. März ihm vertraulich mitgetheilte Note an den Kurfürsten; er wolle seine Bemerkungen zu dem Inhalt derselben „mit teutscher Freimüthigkeit" vortragen.

„Wenn die Union die möglichste Wirksamkeit erhalten soll, so scheint es nöthig zu sein, daß die Mitglieder in einzelnen vorkommenden Fällen dasjenige wirklich ausführen, was sie für das Wohl des teutschen Vaterlandes einander in allgemeinen Ausdrücken versprochen haben. Hierzu scheint ein Vereinigungspunkt und irgend eine gemeinsame Deliberationspflege nöthig zu sein, indem man sonst mit vereinigten Kräften nicht wirken kann, die wechselseitigen Gesinnungen nicht kennt ꝛc." Einige Höfe seien allerdings gegen eine solche Gemeinsamkeit, und gewiß sei für manche Geschäfte Geheimniß im engeren Kreise nothwendig. Aber dazu gehöre doch nicht „die so allgemein gewünschte und so nöthige Verbesserung der Gesetze und der Justizpflege in Teutschland". Diese könne man in gemeinsamer Verhandlung recht wol behandeln, was aber gar nicht ausschließe, „daß einige vertrautere Höfe die Gegenstände unter sich sammeln und vorbereiten, Vorschläge entwerfen und alsdann den anderen unirten Höfen mittheilen". Einzelnes, was nur die Kurfürsten angehe, könne von diesen allein behandelt werden. Aber eine gemeinsame Deliberation über Gesetze und Justiz-Verbesserung könne keinen Anstoß erregen und sei den Reichsgesetzen gemäß; „die Rheinische Union und die correspondirenden Fürsten thaten im wesentlichen das nämliche". Der Kaiser selbst könne nichts dagegen einwenden, und andere, nicht zur Union gehörige Stände können sich ebensowenig dadurch beeinträchtigt fühlen. Wenn Mainz der „Vereinigungspunkt der Deliberation" sein solle, so würde dadurch der Kurfürst nur an öffentlichem Vertrauen gewinnen.

---

[1] Vollständig abgedruckt bei v. Ranke a. a. O. II. 354 ff.

[2] Graf Walderndorff in Speier.

„Sollte aber alle besondere Deliberationspflege unterbleiben, so überlasse ich höherem Ermessen, ob der Inhalt der Unions-Urkunde nicht in mancher Absicht ein frommer Wunsch bleiben werde[1]".

Wien. St. A.

197. Graf Lehrbach an Fürst Kaunitz[2].

München, 4. Juni 1788.

[Das Bisthum Constanz; Finanzlage; Coadjutorwahl; Dalberg. Bedeutung der Wahl für Baden und für das kaiserliche Interesse.]

Die Erwählung eines Coadjutors für das Bisthum Constanz gebe ihm Veranlassung zu einigen Bemerkungen über dieses Bisthum[3].

Dasselbe sei eines der ärmsten in Deutschland; bei der besten Verwaltung beliefen sich die Einkünfte nicht über 40—45000 fl. Der jetzige Stand der Verschuldung werde auf 500000 fl. angegeben; das Privatvermögen des Bischofs sei aber auch zum großen Theil ausgegeben, besonders in Folge der großen Wolthätigkeit desselben. Das Domkapitel habe auf einen Coadjutor gedrungen und der Fürstbischof endlich nachgeben müssen; unter verschiedenen Candidaten haben die jüngeren Capitularen endlich die Wahl des Freih. v. Dalberg durchgesetzt.

Bei der auf den Freih. v. Dalberg ausgefallenen Wahl kömmt es seiner Zeit, wenn er zur Regierung gelanget, darauf an, wie er sich im Kreise benehmen wird. Baden suchte denselben von jeher — und jetzo mehr als jemals — zu gewinnen und hatte über den Ausschlag der Wahl die größte, auch politische Freude. Wenn Constanz und Baden vereinigt sind, ist Würtemberg im ganzen gehemmt. Bishero haben Constanz und Würtemberg, für den Kaiserlichen Hof geneigt, alles durchgesetzt, wenn auch andere, besonders Baden, dagegen geeifert und sich in Bewegung gesetzt haben.

Die Zukunft werde zeigen, wie es nun sein werde.

Wien. St. A.

---

[1] Die gleiche Forderung, auch die kleineren und später beigetretenen Mitglieder der Union regelmäßig an den Geschäften derselben zu betheiligen und diese nicht ausschließlich im Kreise der ursprünglichen Contrahenten, Preußen, Hannover und Sachsen, zu verhandeln, ist auch der Grundgedanke aller Vorstellungen Karl Augusts von Weimar in dieser Zeit (v. Ranke II. 310 ff.); in dem Mainzer Congreß gedachte er eine entsprechende Organisation in's Leben zu rufen.

[2] Der frühere österreichische Gesandte in München, Landcomthur Freih. v. Lehrbach war am 25. Okt. 1787 gestorben; Graf Lehrbach wurde sein Nachfolger.

[3] Vergl. oben Num. 123. 154 und Beaulieu-Marconnay Karl von Dalberg I. 109 f. Formell erfolgte die Wahl Karls von Dalberg zum Coadjutor des Bisthums Constanz erst am 18 Juni 1788. Der jetzige Bischof, Maximilian Christoph Freih. von Rodt, starb erst am 31. Dec. 1799.

198. Karl Friedrich an Karl August von Weimar.

Karlsruhe, 9. Juli 1788.

[Defensionsplan. Denkschrift über Gründung eines nationalen Ordens.]

... An dem bewußten Plan habe ich noch nicht angefangen, weil ich oben erwehnte Nachrichten erwartten wollte, um mich darnach richten zu können[1]. ... Unterdessen belieben Sie die Beylage zu empfangen, wovon ich ein Exemplar an den Herrn General-Superintendent Herder geschickt habe[2]. Möge der Vorschlag Ihren Beyfall erhalten und dadurch ein dem Vatterland nützliches Werk zu stande kommen. Behalten Sie immer einige Güte und Freundschaft für Ihren treuergebenen Diener ꝛc.

Weim. H. A. Eigenhändig.

199. Memoire Karl Friedrichs[3].

o. D. [Juli 1788].

[Vorschlag der Stiftung eines nationalen Ordens in Verbindung mit der geplanten deutschen Akademie.]

Zu der Beförderung des so nützlichen Werkes, nämlich der Stiftung einer deutschen Akademie, glaube ich nebst dem, was ich schon mündlich zu Erhaltung eines Fonds gesagt habe, noch folgenden Vorschlag thun zu können, welcher, indem er den Fonds vermehrt, von sich selbst ein Beförderungsmittel des deutschen Allgemeingeistes sein würde.

Es ist die Stiftung eines deutschen Ordens, welcher durch ein schickliches Beiwort von dem bereits existirenden deutschen Orden zu unterscheiden wäre.

Alle Kurfürsten und Fürsten, welche dem Fürstenbund beigetreten sind oder noch beitreten werden, nebst den Prinzen ihrer Häuser, würden als geborene Mitglieder des Ordens anzusehen sein.

Ein jedes Mitglied der Union kann die Orden einer zu bestimmenden Anzahl Personen, die in seinen wirklichen Diensten stehen, ertheilen, ohne daß sie deswegen einen Aufwand zu machen haben.

Der Orden besteht aus drei Abtheilungen, nämlich aus Rittern, die sich verbindlich machen, für die deutsche Freiheit zu streiten;

aus Staatsmännern, die als solche das Wohl des Vaterlands nach wahren Grundsätzen zu befördern haben;

---

[1] Gemeint ist wol die von Karl Friedrich beabsichtigte Denkschrift über einen militärischen Defensionsplan für den schwäbischen Kreis, von welcher oben Num. 185. 186 Karl August von Weimar spricht. Die Denkschrift selbst hat sich bis jetzt nicht gefunden.

[2] Die folgende Num. 199.

[3] Von unbekannter Hand geschrieben. Am Schluß eine Notiz von der Hand Karl Augusts von Weimar, wonach die Denkschrift von dem Markgrafen Karl Friedrich verfaßt ist; jedenfalls die in dem vorigen Schreiben Karl Friedrichs angekündigte Beilage.

und aus Gelehrten, die die Wissenschaften zum Wohl des Ganzen auf philosophische Art anzuwenden wissen, so wie die Literatoren in China, lettrés. Worunter simple Theologen, Juristen und Mediciner nicht begriffen sind.

Die zween ersten Abtheilungen könnten auch in eine zusammengezogen werden, oder es könnte ein Ritter in beiden zugleich sein.

Wer von den ersten Abtheilungen nicht unter der Zahl derer ist, die von den unirten Fürsten ohnentgeltlich ernannt werden, der bezahlet bei seiner Aufnahme 500 fl. zum Behuf der Akademie.

Der Orden erfordert keine Ahnenproben.

Die Literatoren werden alle ohnentgeltlich aufgenommen und machen die Provincialversammlungen aus, wovon Herder spricht[1].

Ein jedes Erz- oder Hoch-stift, das der Union beigetreten ist, läßt eine Domherrnpräbende vakant, um daraus einige gute Commenderien für die Ritter der ersten Abtheilungen und Plätze der Akademie für die Mitglieder der dritten zu stiften. Bekömmt ein Ritter, der bei seiner Aufnahme die 500 fl. nicht bezahlt, eine Commenderie, so bezahlt er bei dem Antritt derselben diese Summe nach und das folgende Jahr die Zinsen davon seit seiner Aufnahme in den Orden. Sämmtliche Aufnahmsgelder vermehren den Fond der Akademie; vielleicht könnten auch einige Reichsprälaturen von ihrem Ueberfluß zu diesem gewiß nützlichen Institut beitragen, besonders wenn sie einige überflüssige Mönche abgehen lassen wollten, deren sie doch, wenn sie es nicht alle sind, gewiß welche haben müssen.

Dies sind nur hingeworfene Gedanken, die nähere Bestimmung erfordern; aber soviel darf ich gewiß hoffen, daß es patriotisch denkende Männer genug in Deutschland gebe, die zu ihrer Ehre und zu ihres Vaterlandes Nutzen ein solches Werk befördern werden.

Markgraf von Baden.

Weim. H. A. Die Unterschrift von der Hand Karl Augusts hinzugesetzt.

---

200. Bericht des Geh. Raths Seubert über eine Sendung nach Stuttgart[2].

Karlsruhe, 24. Mai 1788.

[Die Aussicht auf den Beitritt Würtenbergs zur Union gering. Verwickelungen Würtenbergs mit dem kaiserlichen Hofe.]

Da der Obrist von Wolfskehl bei seinem vorjährigen Hiersein aus Anlaß der Franquemontischen Geschichte hier[3], unbewußt, ob etwa aus höherem Auftrag oder nur für sich, geäußert hat, daß bei des regierenden Herrn Herzogs zu

---

[1] In der oben S. 185 citirten Denkschrift.

[2] Ueber den Geh. Rath K. Fr. Seubert s. v. Drais II. Beil. S. 113.

[3] Vergl. oben S. 171.

Würtemberg Hf. D. die Willfahr in der gewünschten Aufnahme Ihrer Frau Gemahlin[1] an den Höfen und vornehmlich auch an dem hiesigen ein vorzüglicher Beweggrund sein könnte, Ihrerseits dem deutschen Fürstenbunde beizutreten und überhaupt das Band der persönlichen Freundschaft mit Smo Badensi regnante fester zu knüpfen, so ertheilten altefatus Smus mir den gnädigsten Auftrag, bei meinem Aufenthalt in Stuttgart, soweit es schicklich geschehen könne, zu sondiren, wie es sich etwa mit diesem Angeben verhalte, und ob nicht das jetzige Verhältniß gegen des Kaisers Majestät aus Anlaß der neuerlich rege gewordenen österreichischen Lehensanwartschaft auf Würtemberg, verbunden mit dem dermaligen Betrieb der Thronbelehnung auf herzoglicher Seite, ein Beweggrund sein dürfte, sich der Fürstenunion anzuschließen.

Der Obrist von Wolfskehl hat nach seiner Rückkunft von hier in vertraulicher Conversation einigen Freunden zu vernehmen gegeben, es seie ihm bei der vom Herrn Herzog hierher aufgehabten Commission anfänglich gar nicht wohl zu Muthe gewesen; jedoch seie es ihm nachher geglückt, sich ganz gut herauszuziehen; er habe dabei freilich in manchen Stücken den Hofmann machen müssen und demnach sich angelegen sein lassen, hier allerhand Dinge vorzusagen, die ihm zweckdienlich geschienen hätten &c.

Mit dieser Erzählung ist man mir in Stuttgart, sobald von dem Franquemontischen Vorgang die Rede war, von selbst im Vertrauen entgegengekommen, und sie rühret von einem sichern Freunde her. . . .

Wegen der aufs neue bei vorgewesener Vermählung des Erzherzogs Franz K. H. in Bewegung gesetzten österreichischen Lehensanwartschaftsprätension und daß von des Kaisers Majestät beschlossen worden sein solle, fürohin den Titel als Herzog von Würtemberg wieder ausdrücklich zu führen, scheint es, zufolge der in Stuttgart an mehreren Orten vernommenen Nachricht, sich allerdings so zu verhalten, wie bereits gnädigst bekannt ist. Sowohl auf Seiten der Regierung als der Landschaft ist man deshalb in Verlegenheit; nirgends aber habe ich die mindeste Spur vermerken können weder davon, daß die Regierung oder das Ministerium Smo Duci den Beitritt zur Union als ein Mittel zur Umgehung weiterer bedenklichster Folgen in diesem Betreff anzurathen vorhätte, noch davon, daß Höchstdieselbe in dieser oder in einer andern Rücksicht dermalen mehr als bisher dazu geneigt wären.

Auf die auch an Würtemberg ergangenen Reichshofrathsschlüsse puncto investiturae ist während meiner Anwesenheit zu Stuttgart der Smo Duci zu machende Regierungsantrag in Deliberation gekommen . . . Man findet sich nun hiebei in einem doppelten Impegno, einmal daß Smus Dux von dem Koncert der altweltfürstlichen Häuser dem kaiserlichen Hofe zu Gefallen vormals abgegangen sind,

[1] Die zweite Gemalin (seit 1785) des Herzogs Karl Eugen, Reichsgräfin Francisca v. Hohenheim.

und dann daß Sie aus gleichem Beweggrunde nach dem Anrath des Grafen von Montmartin im Jahre 1770 das eigenhändige Schreiben ad Imperatorem haben gelangen lassen, wodurch Ihrerseits allen vorhergegangenen Protestationen und Verwahrungen in Betreff der österreichischen Eventualsuccessions-Anmaßung gänzlich entsagt und woraufhin die kaiserliche Konfirmation über den mit der Landschaft vermittelten Vergleich in der präjudicirlichen Fassung, soviel jene österreichische Prätension betrifft, herzoglicherseits angenommen worden ist. Ein gleichlautendes Exemplar der Konfirmationsurkunde hat damals auch der Landschaft in diesem Punkt aufgedrungen werden wollen; — der Konsulent Hauff aber hat sich mit Verweigerung der 10000 fl. Konfirmationstargelder so lange dagegen gesetzt, bis letztere Urkunde wieder umgefertigt und es hierin bei den Ausdrücken, wie in der Privilegienkonfirmation Kaisers Karl des Siebenten belassen worden ist.

Dieser landschaftliche Diener hat auch solchen verfänglichen Vorgang damals sogleich von Wien aus an des Prinzen Louis von Würtemberg Hf. D. mit allen Umständen sehr freimüthig einberichtet, wie ich aus dem Originalconcept seiner Relation zu ersehen Gelegenheit hatte.

Im Hauptwerk soll nun der dem Sentiment des Referenten beifällige Regierungsvortrag dahin gehen, daß man nach vorliegenden Umständen nicht anderst rathen könne, als daß von Seiten des regierenden Herrn Herzogs bei dem bevorstehenden Investiturgeschäfte des Kaisers Maj. vorstellig zu machen sein werde, wie man durch die vormals geschehene Renunciation so wenig dem Regierungsnachfolger als dem Land etwas zu vergeben im Stande gewesen sei, vielmehr, wenn man österreichischerseits davon Gebrauch machen wollte, solches am Ende keinen reellen Nutzen schaffen, wohl aber auf Seiten der Interessenten und der Reichsmitstände mancherlei Sensationen veranlassen dürfte. Unter diesen Umständen ist es vielleicht nicht unwahrscheinlich zu besorgen, daß, wenn man herzoglicherseits das i. J. 1770 geschehene dermalen dadurch einigermaßen zu beseitigen hoffen kann, daß man sich zur Belehnungsvornahme, ohne den Vorgang einer kurf. Investitur wegen des Ceremoniells abzuwarten, oder zu den fordernden Laudemien und Anfallsgeldern ꝛc. versteht, man sich solches Auskunftsmittel eher als den Beitritt zum Conzert der altweltfürstlichen Häuser oder zum Fürstenbund gefallen lassen dürfte.

Von Seiten der Landschaft, welche sich zu den dermaligen kaiserlichen und österreichischen Maßnehmungen in diesem Punkt auf nichts gutes versieht, ist sich bereits unter der Hand mit Schreiben an Dänemark, Hannover und Brandenburg gewendet worden. . . .

---

201. Der kaiserliche Gesandte in Mainz Graf Schlick an Fürst Kaunitz[1].

Prag, 27. Juli 1788.

[Personen und Verhältnisse am kurmainzischen Hofe. Steinberg. O'Kelly. Stein und die Coudenhoven. Die Hatzfelds. Böhmer. Der Kurfürst. Dalberg. Der deutsche Adel.]

Ausführlicher Gesammtbericht über seine bisherigen Erfahrungen am kurmainzischen Hofe. Schlick schildert die Persönlichkeiten der wichtigsten bei dem Kurfürsten accreditirten Gesandten: den steifen Hannoveraner v. Steinberg, der dieses Postens sehr überdrüssig ist, den französischen Gesandten Grafen O'Kelly, einen armen Irländer, der nur durch seine Heirat mit einer Verwandten des Grafen Maurepas in die Diplomatie gekommen ist und sich nicht recht sicher fühlt u. a. Die Hauptperson ist jetzt der preußische Gesandte Baron vom Stein[2]. Er besitzt viele Kenntnisse, freilich „mehr aus Dictionnaires als aus gründlicher Nachforschung gesammlet", und weiß sich sehr beliebt zu machen. Bei dem Kurfürsten speciell ist ihm dies dadurch gelungen, daß der von ihm empfohlene und aus Münster herbeigerufene Leibarzt Dr. Hoffmann den Kurfürsten durch die von ihm vorgenommene Kur wirklich in seiner Gesundheit wieder sehr emporgebracht hat. Vermöge seiner engen Verbindung mit Frau v. Coudenhoven wird Stein an dem kurfürstlichen Hofe als «Ministre de famille» behandelt, „wohnt in einem Hause mit ihr (welches dem Kurfürsten gehört), beobachtet keinen Anstand", steht durch diese Liebesintrigue auch mit dem Kurfürsten auf dem intimsten Fuße, wohnt täglich den «petits soupées de famille» bei, während er bei den eigentlichen Hoftafeln selten und in der Stadt-Société gar nicht zu erscheinen pflegt. Er ist ein schlechter Haushalter und wird „von der Frau v. Coudenhoven in Betreff seines Hauswesens ganz unterhalten". „Auf diese Weise hat er den Kurfürsten sammt seiner Familie in sein Garn verflochten, daß man im gegenwärtigen Zeitpunkt nichts ohne sein Wissen zu thun im Stande ist. Schmeicheleien und bis zum kriechenden Ton herabgestimmte Unterwürfigkeit wird en publique von ihm soweit getrieben, daß es wirklich den Anstand der Ministers-Würde beleidiget. Sein alles vermögender Einfluß dürfte annoch lange dauern." Möglich allerdings, „daß die der Falschheit und veränderlichen Laune ergebene Frau von Coudenhoven" ihn einmal fallen läßt, „wenn alle ihre Kinder in Preußen oder sonstwo versorgt sind". Von dieser Clique abhängig sind die Hatzfelds, welche gute pecuniäre Vortheile von der Verbindung haben und dafür den Klatsch und die Spionirerei besorgen.

---

[1] Graf Schlick war seit März 1788 kaiserlicher Gesandter in Mainz. Seine Stellung war bei der jetzt entschieden antikaiserlichen Haltung des kurfürstlichen Hofes eine ziemlich schwierige; den preußisch und unionistisch gesinnten Elementen steht er mit entschiedener Feindseligkeit gegenüber, die sich überall in seinen Berichten ausspricht. „Ich muß freimüthig bekennen (schreibt er in einem seiner ersten Berichte), daß jedem treuen Unterthan des Allerhöchsten Hofes und besonders einem kaiserlichen Minister in Mainz die täglich fast vor Augen liegende Politique des Kurfürsten, wo ein preußischer ehemaliger Emissaire (d. h. v. Stein) nun als Gesandter wie ein Ministre de famille behandelt wird und sich in eben dieser Cathegorie öffentlich darstellet, wo ein geistlicher Kurfürst von lauter Preußisch-Gesinnten umrungen und eingeschläfert wird, keinen angenehmen Anblick ausmache. Die einzige Hoffnung . . . diese so hoch sich dünkenden Leute einstens gedemüthigt zu sehen, flößt mir Muth ein und die trostvolle Hoffnung, E. F. Gn. Gutheißung zu verdienen" (an Kaunitz dat. 30. März 1788). Der obige Gesammtbericht ist aus Prag datirt, wohin Schlick vor kurzem auf Urlaub gegangen war.

[2] Vergl. oben S. 177.

Steins Rival ist der andere preußische Gesandte Herr v. Böhmer. Dieser hat in Berlin das Ministerium für sich, Stein dagegen die Favoriten des Königs.

Die Haupteigenschaft des Kurfürsten ist sein Hochmuth; er bildet sich ein, etwas in der Welt bedeuten zu müssen und glaubt besonders durch seine Opposition gegen den kaiserlichen Hof sich hochwichtig zu machen. In den letzten Zeiten hat er sich mehr und mehr einem übertriebenen Luxus ergeben; der Nachfolger wird dereinst die Finanzen in schlimmem Stande finden.

Gegen den Kaiser macht er besonders zwei Dinge geltend: die neuen geistlichen Einrichtungen und jetzt den türkischen Krieg. In Bezug auf den letzteren ist man in Mainz überzeugt, daß der Kaiser sich dazu allein darum entschlossen habe, um bei dem künftigen Frieden auf das bairische Tauschprojekt zurückzukommen, und dieses fürchte man vor allem.

In keiner Stadt des Reichs werde so viel Wesens getrieben mit Nachrichten aus Wien wie in Mainz: „vom Kurfürsten bis zum letzten Domherrn behauptet jeder alles aus Wien von der ersten Hand, auch aus den geheimsten Quellen zu wissen, macht sich sein politisches Hirn-Gewebe und glaubt mit mathematischer Gewißheit über alles schließen, mithin auch urtheilen zu können". Der Coadjutor Dalberg ist darin am stärksten; er ist gegenwärtig in so besonderer Stimmung, daß es sehr schwer ist, „diesen wichtigen Mann zu beurtheilen". Vor seiner Coadjutorwahl war er „der geschworene Feind des Kurfürsten und von ganz entgegengesetzten Grundsätzen; Haß und Mißtrauen wurde ihm auch in allen Gelegenheiten gezeigt". Seit der Wahl aber hat er sich völlig verändert, ist gegen den Kurfürsten und seinen Anhang so nachgiebig, daß seine besten Freunde ihn nicht mehr verstehen. Manche meinen, daß er durch des Kurfürsten verstellte Freundlichkeit überrascht und von dem Stein-Coudenhoven-Hatzfeld'schen Anhang vermöge seines unzweifelhaft guten Herzens unversehens durch Freundlichkeiten gefesselt worden sei. Er selbst, Schlick, steht gut mit ihm; aber über die Hauptsachen ist nichts aus ihm herauszubringen.

Dalberg hält auch noch seinen dem Kaiser eingeschickten Plan der Verbesserung des deutschen Reichs[1] aufrecht; der Kurfürst interessirt sich dafür nicht sehr und die Stein, Coudenhoven und Hatzfeld noch weniger.

Schlick schließt mit einer interessanten Ausführung darüber, wie es jetzt, da die fürstlichen Höfe im Reich so vielfältig ins Schwanken gerathen, für den kaiserlichen Hof um so mehr politisch nothwendig sei, den deutschen Adel in guter Stimmung zu halten und möglichst an sich zu ziehen.

Wien. St. A.

202. Promemoria des Geh. Raths Seubert über Würtenberg[2].

o. D. [August 1788].

[Der Beitritt Würtenbergs zur Union als event. Druckmittel gegen den kaiserlichen Hof. Prinz Louis. Prinz Friedrich. Würtenberg gegen Dalbergs Coadjutorwahl in Constanz. Hof- und Staatsnachrichten aus Stuttgart.]

Wörtliche Wiederholung der oben in Num. 200 gegebenen Nachrichten bis zu den Worten S. 193: „zu ersehen Gelegenheit hatte".

---

[1] Die Denkschrift Dalbergs, „Vorschläge zum Besten des Deutschen Reichs" vom 30. Sept. 1787 bei Beaulieu-Marconnay a. a. O. I. S. 353 ff.

[2] Dieses Promemoria ist von Seubert zusammengestellt aus dem oben (Num. 200) mitgetheilten Bericht vom 24. Mai und aus einem anderen vom 6. August, in welchem er die neuen Nachrichten aus Stuttgart dargelegt hatte, die er während eines Aufenthaltes in Bad Teinach in der Zeit vom 3.—16. Juli dort erhalten hatte.

In dem von der Regierung erstatteten Gutachten ist vornehmlich die in Wien zu machende unumwundene Erklärung, daß das circa annum 1770 ad Imperatorem erlassene herzogliche Verzichtschreiben, wenn es damit zur Sprache komme, doch von keinem rechtlichen Effekt sein, noch in praeiudicium agnatorum non consentientium wirken könne, in Vorschlag gebracht, außerdem aber auch zu näherer höchster Erwägung anheim gestellt worden, ob nicht durch den herzoglichen Beitritt zur Union diese Sache in eine bessere Lage gestellt werden könnte.

Ebenso hat auch ohnlängst der Ministerresident von Bühler aus Wien des Herrn Herzogs Durchlaucht angerathen, dem ferneren reichshofräthlichen Zudringen wegen der Lehensempfahung nöthigenfalls mit der Drohung zu begegnen, daß sonst Smus Dux sich veranlaßt finden würden, dem deutschen Fürstenbunde beizutreten. Es ist aber bisher, soviel man weiß, weder auf einen, noch auf andern dieser Anträge eine bestimmte herzogliche Entscheidung gefaßt worden, und von Seiten der Landschaft wird hierüber in solange keine förmliche Bewegung geschehen, als nicht von Seiten der zunächst dabei interessirten herzoglichen Agnaten der erste Schritt in der Sache gethan wird . . . In Ansehung des würtembergischen Beitritts zum Fürstenbunde glaubt man, es getraue sich vom dortigen Ministerialpersonali niemand Smo Duci hierinnen einen ernstlichen Antrag zu machen; gleichwohl aber hält man dafür, daß Höchstdieselben hierzu an sich mehr geneigt als abgeneigt sein dürften, zumal insoferne Sie diesen Schritt als ein wirksames Mittel würden benützen können, Sich gegen ferneres Präjudiz und verdrießliche Folgen in der österreichischen Anwartschaftssache dadurch zu decken.

Ein sicherer, in den würtembergischen Staatsangelegenheiten nicht unerfahrener Mann hat im Vertrauen die nicht unwahrscheinliche Vermuthung geäußert, daß es scheine, als ob des regierenden Herrn Herzogs Durchlaucht von der Eröffnung der Wunsches, ein Mitglied der Union zu sein, vornehmlich dadurch zurückgehalten würden, weil Sie glaubten, bei des Königs von Preußen Majestät persönlich nicht wohl angeschrieben zu sein[1] . . .

Von des Prinzen Louis zu Würtemberg D. glaubt man ebenfalls, daß Dieselben es Ihrem Interesse gemäß erkennen, folglich nach aller Wahrscheinlichkeit geneigt sein würden, sich an den Fürstenbund anzuschließen, wenn Ihnen von Personen, die Ihr Vertrauen haben, ernstlich dazu gerathen würde. Man vermeinet, es könnte hierinnen der königl. dänische Gesandte von Wächter vieles beitragen. In Ansehung des Prinzen Friedrichs von Würtemberg D. wird mehr gezweifelt, daß Dieselben bei dermaligen Verhältnissen zu einem solchen Beitritt sich würden bewegen lassen. Uebrigens sind vermuthlich folgende Nachrichten nicht ganz uninteressant:

[1] Es wird darauf hingewiesen, daß der König in einem Schreiben an seine Schwester, die Erbstatthalterin der Niederlande, die Anwerbung würtenbergischer Truppen, welche der Herzog angeboten, widerrathen habe.

1. daß bei der vorgewesenen Konstanzer Coadjutorwahl man von Seiten des regierenden Herrn Herzogs zu Würtemberg einige Konstanzische Kapitularen durch zweckmäßig geschienene Mittel zu disponiren gesucht habe, dem Herrn Coadjutor von Dalberg ihre Stimmen nicht zu geben, wobei u. a. im Discours auch dieses zum Beweggrund mit angeführt worden seie, das Bisthum würde ohnehin mit dieser Person nicht lange versorgt sein, da dieselbe bekanntlich schon aqua Tofana bekommen habe . . .

2. daß vor einiger Zeit zwischen dem regierenden Herrn Herzog und dem älteren Herrn Bruder, dem Prinzen Louis, durch den H. Gesandten v. Wächter[1] einige Annäherung bewirkt, auch daraufhin von letzterer Seite das Namens- oder Geburtsfest des regierenden Herrn Herzogs nach langer Zeit zum erstenmal wieder feierlich begangen, hingegen von hochgedachtem Prinzen . . . gegen die sonstige Gewohnheit auf mehrere von der Landschaft demselben zugegangene, zum Theil interessante Nachrichten und Schreiben nicht geantwortet worden seie;

3. daß neuerlich von dem Prinzen Friedrich zu Würtemberg ein abermaliges Ansinnen an die Landschaft wegen einer außerordentlichen Beihilfe zu Equipirung zweener von seinen Herrn Söhnen gemacht worden, und zwar mit einem etwas bedrohlichen Bezug auf die jetzigen vornehmen Liaisons mit dem römischen und russischen kaiserlichen Hofe, auch mit dem weiteren Anfügen, wie Hochgedachten Prinzen diejenigen, welche Ihnen hierin entgegen sein dürften, nicht unbekannt seien; daß aber nichtsdestoweniger die Landschaft eine deklinatorische Antwort hierauf zu ertheilen beschlossen habe.

Die folgenden Mittheilungen 4, 5 u. 6 bieten wenig Interesse.

Allem diesem ist noch

7. die Nachricht wegen des von ersagtem H. Präsidenten[2] im Vertrauen erhaltenen Rathes unterthänigst beizufügen, daß man wegen des auf würtembergischer Seite noch nicht für frei erkannten Commercii zwischen dortigen und den B. Badischen Landen diesseits dermalen noch temporisiren und deshalb die B. Badischen Unterthanen auf schicklich findende Art für nachtheiligen Folgen, besonders in Absicht des Weinverkaufs, warnen möchte; weshalb von hiesiger fürstlicher Regierung gutachtlicher Antrag zu erfordern nicht undienlich sein dürfte.

---

203. Karl Friedrich an Karl August von Weimar.

Karlsruhe, 26. Aug. 1788.

[Nachrichten über Würtenberg und sein Verhältniß zur Union. Vorsichtiger Gebrauch derselben in Berlin.]

Der Beischluß[3] ist dasjenige Stück, von welchem ich in meinem letzten Brief an E. D. zu erwähnen die Ehre hatte. Sie werden daraus zu ersehen belieben,

---

[1] Vergl. oben S. 47.

[2] Dem Regierungspräsidenten Eberhard Friedrich v. Gemmingen zu Stuttgart.

[3] Vermuthlich eine Kopie des Seubert'schen Promemoria, oben Num. 202.

in welcher Lage der Herzog von Würtemberg sich gegen dem kaiserlichen Hofe befindet, auch wie er und seine Brüder (zum wenigsten wahrscheinlicherweise) in Ansehung der Union gesinnet sind. Sie sind zween gegen einen, demnach für die Sache zu bewegen möglich.

Seit gestern erfahre ich, daß der Prinz Friedrich in Basel gefährlich krank liegt. Wieweit man sich auf den ältesten Sohn des Prinzen Friedrich Rechnung machen könne, und welche Gesinnungen er in Ansehung der Union habe und nach seiner Lage haben könne, wird Ihnen besser als mir bekannt sein.

E. D. belieben nun von diesen Nachrichten den gutfindenden Gebrauch zu machen und, wenn Sie es für dienlich halten, dem Könige davon Nachricht zu geben; doch erbitte ich mir dabei das möglichste ménagement, weil sonst Personen, von denen sie zum Theil herkommen, exponirt werden dürften.

Abschrift.

204. Graf Lehrbach an Fürst Kaunitz.

München, 7. Oct. 1788.

[Antikaiserliche Umtriebe in Augsburg. Angebliche kaiserliche Coadjutorpläne rc.]

Bericht über eine gelegentliche Reise nach Augsburg. Diese Stadt ist „der Sitz verschiedener intriguanten einheimischen und ausländischen Menschen, welche stets hier Zusammenkünfte halten. Die hiesige preußische und zweibrückische Partei haben allda ihre aufgestellten Spione, und es befindet sich dorten ein pensionirter preußischer Hauptmann, Namens Günter, welcher in großen Correspondenzen hieher, nach Berlin und Zweibrücken steht. Auch machen die übrigen preußischen Werbeofficiers in allem die genaueste Beobachtung, sowie der kaiserliche Officier allda, wie auch öfter an anderen Orten, sich um nichts bekümmert und um nichts weiß, wenn man beim Durchreisen mit ihm spricht".

Es wird dort auch das Gerücht ausgesprengt, daß der kaiserliche Hof die Absicht habe, „mit Beihilfe des Herrn Kurfürsten von Trier einen Toscanischen Erzherzog zum Coadjutor zu Trier, Augsburg und Ellwangen zu befördern. Das ganze Augsburger Domcapitel geht mit diesem Gedanken schwanger, und es entstehen wirkliche Bearbeitungen und Parteien, so daß ... andere sogar aus Abneigung gegen den kaiserlichen Hof eher auf einen Prinzen von Preußen gehen zu wollen sich in ihrem kühnen Eifer äußern". — Er habe sich in seinen Gesprächen auf nichts darüber eingelassen.

„Der katholische Augsburgische Raths-Consulent v. Schaden, vorhin fürstl. Wallersteinscher Hofrath, ist ein gefährlicher Mann. Er ist beständig mit den Abgeneigten und Widriggesinnten, da er Kopf, Geist und Geschicklichkeit hat, in allen Händeln mitverwickelt."

Wien. St. A.

205. Graf Schlick an Fürst Kaunitz.

Mainz, 31. Oct. ff. 1788/89.

[Dalberg in Berlin. Seine Bewerbung um die Reichsvicekanzlerstelle. Beginnender Umschwung in Mainz. Die preußische Coadjutor-Subvention.]

Der Coadjutor v. Dalberg ist vor kurzem in Berlin gewesen. Nach dem allgemeinen Gerücht hat „der als ein Genie und außerordentlicher Mann in Berlin erwartete Coad-

jutor während seinem dortigen Aufenthalt bei weitem nicht den Eindruck gemacht, welchen man überhaupt und seine Freunde ins besondere dort vermuthet hatten"[1]. Vermuthlich ist auch Dalberg selbst verstimmt und daher jetzt geneigt, sich dem kaiserlichen Hofe zu nähern.

Die Frage wird mehrfältig besprochen, ob Dalberg, da der jetzige Reichsvicekanzler Graf Colloredo sehr krank sein soll, eventuell auf den Posten desselben speculirt. Schlick ist der Meinung, daß es wol wahrscheinlich sei: thatsächlich könne der Mainzer Kurfürst noch mehrere Jahre leben, und trotz aller zärtlichen Versicherungen sei es doch gewiß, daß er Dalberg im Grund hasse und daß er ihm seine Stellung sehr schwer mache; es würde daher für den Coadjutor ganz erwünscht sein, hier wegzukommen, einen eigenen Wirkungskreis in Wien zu erlangen, in dem ihm dann offenstehenden Reichs-Archiv „alle Geschäfte von ihrer Entstehung bis auf die gegenwärtige Periode sich eigen zu machen ... alle Geheimnisse und Staats-Maximen entdecken zu können" so daß er dann dereinst als Kurfürst „mit gesammelten Kenntnissen dieser Art, welche kein Reichsstand in einem so kritischen Zeitpunkt, wie der itzige ist, erworben hat, als ein für den Kaiser und das Reich gefährlicher Mann sich wird darstellen und wirken können".

Schlick schickt demnächst ein ausführliches Gutachten ein, worin er alle Gründe darlegt, weshalb man in Wien einer solchen Ernennung Dalbergs aufs lebhafteste widerstreben müsse.

Weiterhin berichtet er (25. Nov. 1788), daß der Kurfürst ein angeblich vom Coadjutor an ihn gerichtetes Gesuch in Bezug auf die Reichsvicekanzlerstelle abschläglich beschieden haben solle, mit der Motivirung: er könne sich nicht von ihm trennen und sei überdies für den eintretenden Fall einer Erledigung der Stelle schon anderweitig gebunden. Dalberg sei über den Mißerfolg sehr verstimmt[2].

In den nächsten Wochen meldet Schlick wiederholt, daß die Stimmung am Mainzer Hofe augenscheinlich in einem Umschwung begriffen sei; der Gesandte selbst wird mit auffälliger Höflichkeit von dem Kurfürsten behandelt; er faßt Hoffnung auf eine gänzliche Umwandelung seiner Gesinnungen zu Gunsten des kaiserlichen Hofes. „Der erste heftige Sturm seiner Leidenschaften scheint sich gelegt zu haben. Die Kaltblütigkeit des Allerhöchsten Hofes und die von S. Kais. Maj. in dem Nuntiatur-Geschäft bezeugte Willfährigkeit hat den ersten, so natürlichen Enthusiasmus für einen Bund, der den verschiedenen Gliedern desselben einen nie erlangten Ruhm versprach, geschwächt; der Eifer und die Zudringlichkeit der patriotischen Aufwiegler hat sich gemindert." (Dat. Mainz 20. Dec. 1788.)

Die Berichte Schlicks aus dem Jahr 1789 sind eine wichtige, noch unbenutzte Quelle für die Geschichte der inneren Mainzer Verhältnisse in dieser Zeit und für den hier allmählich sich vollziehenden Umschwung zur Aussöhnung mit dem kaiserlichen Hofe. Der Einfluß des preußischen Gesandten v. Stein wird geringer, während Schlick Boden gewinnt. Besonders tritt der Eifer der hannöverisch-englischen Regierung hervor, einem Abfall des Kurfürsten von der Sache der Union entgegenzuarbeiten.

---

[1] Beaulieu-Marconnay Karl v. Dalberg I. 158 bemerkt nur, daß über diesen Berliner Aufenthalt des Coadjutors nähere Nachrichten fehlen.

[2] Von einer eventuellen Ernennung Dalbergs zum Reichsvicekanzler war schon früher, vor seiner Coadjutorwahl, vorübergehend die Rede gewesen (s. ebendas. I. 95); von seinen oben berichteten Bemühungen um die Stelle in dieser Zeit (sofern die Nachrichten Schlicks authentisch sind) hat Beaulieu-Marconnay keine Kenntniß. Der Reichsvicekanzler Fürst Rudolf Joseph v. Colloredo starb am 1. Nov. 1788; sein Nachfolger wurde sein ältester Sohn, Fürst Franz de Paula Gundaker v. Colloredo, der letzte Inhaber dieses Amtes (bis 1806).

Auch über Dalberg finden sich darin viele bemerkenswerthe Nachrichten. Bei seiner Anwesenheit in Berlin im Herbst 1788, berichtet Schlick, solle der Coadjutor die Entdeckung gemacht haben, daß der König von Preußen dem Kurfürsten von Mainz seit der Coadjutorwahl jährlich 24000 Rth. zahle, unter dem Titel „zu seinem, des Coadjutors, Unterhalt". Dalberg habe davon nichts gewußt und — nichts bekommen, sei sehr entrüstet und mit dem Kurfürsten darüber heftig aneinander gekommen. Um den Kurfürsten seinem Coadjutor gegenüber nicht bloßzustellen, habe der preußische Hof darauf die Zahlung der Gelder eingestellt; damit aber der Kurfürst nicht etwa in Versuchung komme, einen Parteiwechsel vorzunehmen, habe sofort Hannover — „das auf Reichsgeschäfte scharfsinnige englische Ministerium" — die Fortbezahlung der 24000 Rth. übernommen. (Schlick an Kaunitz, dat. Mainz 18. Juli 1789.)

Wien. St. A.

206. Der Reichstagsgesandte Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 26. Febr. 1789.

[Der Bischof von Trient erbietet sich zum Eintritt in den Fürstenbund.]

Görtz berichtet, der kurmainzische stellvertretende Direktorialgesandte von Karg habe vor einiger Zeit im Auftrage des Bischofs von Trient den Kurfürsten von Mainz um Aufnahme in den Fürstenbund ersucht. Letzterer habe durch seinen Oberhofmeister Freih. von Erthal antworten lassen, wenn der Bischof, auch ohne förmlich der Union beizutreten, sich in allen Reichsangelegenheiten „durch ein vertrauliches Benehmen" an den Mainzer Hof anzuschließen beabsichtige, so werde man gerne die Hand dazu bieten[1].

. . . So erwünscht und beruhigend auch diesem Bischofe dessen Beitritt sein mag, so sehr ist die Lage seiner Lande und seiner Verfassung allerdings bedenklich und können öftere Verwendungen für denselben veranlassen[2] . . .

207. Der Reichstagsgesandte Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 19. März 1789.

[Anschluß des Bischofs von Trient an Kurmainz.]

Der König von Preußen billigt die Antwort des Kurfürsten von Mainz an den Bischof von Trient in dem Sinne völlig,

daß gedachter Bischof, ohne eine förmliche Eintretung, sich blos an gedachten Herrn Kurfürsten anschließe und durch den in sich ereigneten Fällen die

[1] Bischof Peter Vigil von Trient (Graf v. Thun-Hohenstein) erwiedert darauf (dat. Trient 19. Febr. 1789): da der Fürstenbund „besonders bei heutigen Zeiten der ersprießlichste und eben der nämliche ist, allwohin auch meine Absichten stets gerichtet waren, und ich vielleicht unter den ersten sein werde, der ihn um Erhaltung meiner reichsständischen Befugnisse nöthig haben werde", so möge v. Karg „unter der Hand" seine Accession anzeigen.

[2] Der Markgraf dankt für die Mittheilung und wünscht zu erfahren, wie die verbündeten Höfe, „besonders die vordersten" die Sache ansähen (dat. 10. März 1789).

Unterstützung und Verwendung der zur gemeinen Sicherheit abzielenden Union sich verschaffe[1] . . .

208. Karl Friedrich an Kaiser Joseph II.

Karlsruhe, 16. März 1789.

[Bewerbung um eine vacante Stelle in der Reichs-Generalität für Prinz Friedrich.]

Nachdem durch das Ableben weil. Herrn Herzogs Ludwig Ernst zu Braunschweig eine Evangelische Reichs-General-Feldmarschall-Stelle in Erledigung gekommen und mit deren auf dem Reichstag bevorstehenden Wiederbesetzung eine weitere Beförderung in dem Reichs-Generalat erfolgen wird, so hat meines zweitgeborenen Sohnes, des Prinzen Friedrichs Ld., welcher bereits in dem Dienst des löbl. Schwäbischen Kreises und der Vereinigten Niederlande als General-Major zu stehen die Ehre hat, aus patriotischem Eifer für den vaterländischen Dienst sich entschlossen, um eine etwa mit in Erledigung kommende Evangelische Reichs-General-Feldmarschall-Lieutenants-Stelle, oder wenn diese bereits einem älteren Herrn Competenten zugedacht wäre, einstweilen um die Versicherung einer solchen Stelle auf den nächsten Erledigungsfall sich zu bewerben und deshalb das Nöthige an die Reichsversammlung gelangen lassen.

Bitte an den Kaiser, das Anliegen des Prinzen Friedrich bei dem Reichstag zu unterstützen[2].

Wien. St. A.

209. Reichstag und Reichskammergericht 1788. 1789.

Jan. 1788 bis Juli 1789.

Wir fassen unter dieser Nummer die Summe einer Reihe von Acten zusammen, welche auf die in der Ueberschrift bezeichneten Gegenstände Bezug haben, welche aber zu vollständiger Wiedergabe theils wegen des nur zum Theil hierher gehörigen Inhalts, theils

---

[1] In einem späteren Schreiben (dat. Mainz 2. Juli 1789) sichert der Kurfürst dem Bischof den Schutz der Union zu und räth ihm zugleich, auch seinen Nachbar, den Bischof von Brixen, zu einem ähnlichen Vorgehen zu bewegen und sich mit ihm „über die Einhaltung eines gleichförmigen Benehmens“ zu verständigen. — Ueber andere ähnliche Wirkungen in die Ferne von Seiten des Fürstenbundes vergl. auch Görtz Denkwürdigkeiten II. 228 ff. und das dort mitgetheilte ablehnende Votum Karl Augusts von Weimar, wesentlich der oben von Görtz geäußerten Ansicht entsprechend.

[2] Eine Antwort des Kaisers liegt nicht vor. Aus den Karlsruher Acten ergiebt sich, daß die Bewerbung erfolglos blieb; die Stelle wurde dem Prinzen Friedrich Ludwig von Anhalt-Bernburg übertragen; bei einer bald nachher eintretenden anderen Vacanz wurde die Bewerbung wiederholt, der Reichstag entschied aber für den Prinzen Christian von Hessen-Darmstadt. Noch im Herbst 1792, als beim Reichstag die definitive Besetzung mehrerer Stellen in der Reichs-Generalität verhandelt wurde, erhielt Graf Görtz den Auftrag, abermals sich für den Prinzen Friedrich um eine derselben zu bewerben; auch diese Bemühung blieb ohne Erfolg.

auch wegen ihres nur fragmentarischen Charakters sich nicht eignen[1], welche aber gleichwol für das Verständniß der nachfolgenden Acten erforderlich sind.

Von den letzten Monaten des Jahres 1788 an bildet die Frage der vollständigen Wiederaufnahme der Reichstagsverhandlungen, die seit fast fünf Jahren unterbrochen waren[2], den Gegenstand vielfältiger Erörterungen. Das wichtigste Interesse, welches sich daran knüpfte, war, daß damit zugleich das allgemein empfundene Bedürfniß einer erneuten Inangriffnahme der Visitation des Reichskammergerichts seine Befriedigung finden sollte[3]. Der badische (und preußische) Reichstagsgesandte Graf Görtz berichtet indeß, daß der Kurfürst von Mainz, als Verwalter des Reichstags-Directoriums, beharrlich zögere, eine Initiative zum Wiederbeginn der Geschäfte zu ergreifen; es sei zu befürchten, daß diese Zögerung in weiten Kreisen Mißstimmung erregen und der schon früher gehörte Vorwurf sich erneuern werde, „daß die Union mehr die Thätigkeit des Reichstags behindere als befördere". Er veranlaßte, daß die badische Regierung sich mit einem mahnenden Schreiben deshalb an den Kurfürsten wandte (Görtz dat. Regensburg 10. Nov. 1788), ebenso wie in derselben Zeit die preußische Regierung denselben auffordern ließ, jenem Vorwurf „durch ungesäumte Vornahme der dringenden Angelegenheiten" vorzubeugen (dat. Berlin 17. Nov. 1788).

Inzwischen hatte bereits der kurhannöverische Gesandte in Regensburg v. Ompteda die Initiative ergriffen mit einer umfassenden, den anderen Gesandtschaften mitgetheilten Denkschrift: „Unterthänigstes Gutachten in Betreff der Wiederherstellung der ordentlichen Kammergerichtsvisitationen. Mense Augusto 1788", welches durch Görtz auch dem Karlsruher Hofe übermittelt wird (Görtz dat. 30. Oct. 1788).

Dieses Ompteda'sche Gutachten bildet fortan den Gegenstand eingehender Erörterungen. In Karlsruhe wird es dem Geh. Rath Volz zum Referat übergeben, der sich mit den Vorschlägen desselben im allgemeinen einverstanden erklärt; nur in Bezug auf das von Ompteda aufgestellte Schema für die Theilnahme der verschiedenen Klassen der Reichsstände an den einzelnen für die Visitation einzusetzenden Deputationen (Commissionen) erhebt er Bedenken, indem er dabei die „altweltfürstlichen" Stände zu wenig und dagegen die „neuen Fürsten", sowie die Curiatstimmen der Grafen und Prälaten zu sehr berücksichtigt finde; die Theilnahme an diesen Deputationen sei ein sehr wichtiges fürstliches Interesse, man dürfe sich darin nicht zurücksetzen lassen; die letzte Visitation habe gezeigt, wie nothwendig das Recht der Theilnahme daran sei: „ohne Antheil an dieser Visitation gehabt zu haben, würden Sermus zuverlässig wenigstens 26,000 fl. weniger Revenuen beziehen". Wenn ein Reichsstand binnen hundert Jahren nur einmal dazu berufen werde, sei er bei dem Reichskammergericht nicht gefürchtet; durch solche „Furcht" aber sei der Grävensteiner Proceß gewonnen worden (Volz Gutachten dat. 27. Dec. 1788).

Indem im Laufe des Januar 1789 die Thätigkeit des Reichstags allmählich wieder in Gang kommt, wendet man sich besonders der Aufgabe zu, sich über ein Schema für die Zusammensetzung der Deputationen für die Kammergerichtsvisitation zu verständigen. Neben dem Ompteda'schen Entwurf, welcher am meisten Beifall findet, tritt bald nachher auch Kurmainz mit einem andern auf.

Auf badischer Seite hält man besonders an dem schon bezeichneten Gesichtspunkt fest, auf angemessene Betheiligung der altfürstlichen Häuser zu dringen. In Bezug auf die

---

[1] Leider sind überhaupt die Reichstagsacten des Karlsruher Archivs für diese Zeit ziemlich unvollständig erhalten.

[2] Vergl. oben S. 9.

[3] Vergl. v. Ompteda Gesch. der vormaligen ordentlichen Kammergerichts-Visitationen und der zweihundertjährigen fruchtlosen Bemühungen zu deren Wiederherstellung (Regensburg 1792).

„Ernennung der Stände in latere Evangelicorum" wird Görtz aufgegeben, nachdrücklich Sorge zu tragen „vor die Dignität und vor das Interesse der altfürstlichen Häuser" und besonders derjenigen, welche in dem kurfürstlichen Collegio keine Stimme haben, folglich nicht zu allen, auch nicht zu den mehresten Deputationen kommen"; der Gesandte wird angewiesen, sich mit den anderen altfürstlichen Gesandten darüber zu benehmen (Protokoll des Geh. Raths 30. März 1789); ebenso der Minister Edelsheim, mit Würtenberg und anderen altfürstlichen Reichsständen sich in „vertrauliche Privatcorrespondenz" darüber zu setzen, „was in dieser Sache zur Abwendung solcher dem altweltfürstlichen Stande nachtheiligen Einleitungen und Vorschläge für dienlich erachtet werden möchte" (ebendas. 20. April 1789).

Ende April übersendet der kurmainzische Minister v. Deel den dort ausgearbeiteten Entwurf für die Kammergerichtsvisitation; er erklärt indeß, daß man in Mainz auch den Ompteda'schen Entwurf anzunehmen bereit sei; zumal da in demselben dem Vernehmen nach „das kurmainzische Recht, zu dirigiren und zu votiren bei jeder Visitationsdeputation" anerkannt sei. Unter solchen Umständen werde der Kurfürst bereit sein, bei der Wiederaufnahme der Arbeiten mitzuwirken. „Freilich wäre eine gänzliche Umschmelzung des Justizsystems und der Gerichtsverfassung das einzige Mittel gewesen, etwas zu leisten, was den Erfordernissen und dem Grade der Aufklärung unserer Zeiten angemessen gewesen wäre; allein die Größe und Wichtigkeit eines solchen Unternehmens schreckt leider die meisten Geister zurück" (v. Deel an Edelsheim dat. Mainz 28. April 1789).

Für die Annahme des Ompteda'schen Projektes spricht sich auch Görtz entschieden aus, der die badischen Einwendungen zu widerlegen sucht. Nach dem jetzt vorliegenden Schema soll künftig die Deputation aus 14 Mitgliedern bestehen und zwar aus 4 Kurfürsten, 6 Fürsten, 2 Curiatstimmen (Grafen und Prälaten) und 2 Städten; die Fürsten seien hierbei doch gegenüber den Grafen und Prälaten entschieden begünstigt; allerdings würden dabei auch die neufürstlichen Häuser zugelassen, aber das Anrecht auf Mitwirkung sei ihnen doch nicht zu bestreiten; er sei, ebenso wie Ompteda und der kursächsische Gesandte v. Hohenthal, der Ansicht, daß ein für die altweltfürstlichen Stände günstigeres Schema sich nicht werde aufstellen lassen und bitte daher den Markgrafen, dem Entwurfe Omptedas beizutreten (Görtz an Karl Friedrich dat. Regensburg 30. April 1789). Gleich darauf meldet er, daß die altweltfürstlichen Gesandten, mit denen er über die Sache conferirt, v. Wülknitz (für H.-Kassel und Braunschweig), Salzmann (für Ansbach), v. Gemmingen (für H.-Darmstadt und S.-Gotha), v. Seckendorff (für Würtenberg) sämmtlich für den Ompteda'schen Entwurf seien und in demselben nichts Nachtheiliges für die von ihnen vertretenen Häuser erblickten (Görtz dat. 7. Mai 1789).

Schließlich accommodirt sich auch Baden; Görtz wird angewiesen, in der Visitationsangelegenheit im allgemeinen dem kurhannöverischen Antrag (Ompteda) beizutreten; nur „wegen der gräflichen Deputationsrechte und wegen Zulassung der neufürstlichen Stimmen" will man noch abwarten, wie sich die anderen mitinteressirten altfürstlichen Höfe definitiv entscheiden werden (Protokoll des Geh. Raths 6. Juli 1789)[1].

---

[1] In der Folge wurde das Referat über diese Angelegenheit, nach dem Tode des Geh. Raths Volz, dem Geh. Rath Schlosser übertragen. Auf Grund eines von ihm abgegebenen Gutachtens (14. Febr. 1791) formulirt Baden schließlich sein Votum in Betreff der Wahrung der fürstlichen Rechte dahin, daß man gegen die Zulassung der neuen fürstlichen Häuser keine Einwendung erhebe; die kurmainzische Kanzlei aber müsse den jedesmals nicht zu einer Visitationsdeputation berufenen altfürstlichen Gesandten „auf Verlangen auch durante consessu die Visitationsprotokolle unweigerlich zur Verfügung stellen" und Einsicht gestatten. So legt Görtz am 4. April das badische Votum ab. Bald darauf kam

Inzwischen war bereits eine andere wichtige Frage auf die Tagesordnung gekommen, die über die Fortdauer des Reichstags im Fall eines eintretenden Interregnums und über die dann den Reichsvicaren zustehenden Functionen. Darüber die folgenden Nummern.

---

210. Edelsheim an den Reichstagsgesandten Grafen v. Görtz[1].

Karlsruhe, 18. Juni 1789.

[Die Angelegenheit des Reichsvicariats und die altweltfürstlichen Häuser. Eine Broschüre darüber schreiben zu lassen. Gefährlichkeit des pfälzischen Vicariats. Die Reichsvicare und die Fortsetzung des Reichstags. Kurmainz. Bedauern über die Wirkungslosigkeit des Fürstenbundes für die Reichsgeschäfte. Vereitelung der Kammergerichts-Reform. Die Stellung der „neuen Fürsten", Grafen und Prälaten dabei.]

J'ai reçu hier la lettre que V. E. m'a écrite pour accélérer le rapport de Sa dernière dépêche. Elle a été mise sous les yeux de Msgr. le même jour, mais son important contenu m'a obligé de la remettre à deux de nos conseillers privés, pour rassembler d'autant plus vite toutes les notices qui doivent diriger le parti à prendre dans la situation présente à l'égard de la proposition de Mr de Hohenthal[2].

---

die Verhandlung von neuem ins Stocken; Ende Dec. 1791 ist ein Drittel der Stimmen noch nicht abgegeben; am 23. Febr. 1792 schreibt Görtz, es werde das Geschäft überhaupt in diesem Jahre schwerlich „einigen beträchtlichen Fortgang erlangen, zumalen in den jetzigen Conjuncturen". Es ist in der That, wie anderes, unerledigt geblieben.

[1] Ueber die Regensburger Reichstagsverhandlungen dieser Zeit betr. das Reichsvicariat und sein Verhältniß zu dem Reichstag während des Interregnums vergl. Graf Görtz Denkwürdigkeiten II. 252 ff., v. Ranke II. 220 ff. Die Stellung des Grafen Görtz diesen Fragen gegenüber war insofern eine complicirte, als er zugleich preußischer und badischer Comitialgesandter war und die betreffenden beiden Regierungen hier nicht der gleichen Ansicht waren. — Leider sind die Reichstagsacten des Karlsruher Archivs auch für diese Verhandlungen ziemlich unvollständig. Der Bericht des Grafen Görtz, auf den sich das obige Schreiben Edelsheims bezieht, ist nicht vorhanden. Die officielle Beantwortung desselben (neben Edelsheims obigem Privatschreiben) scheint einige Tage später ergangen zu sein. Es liegt nur ein am 22. Juni 1789 erstattetes Gutachten des Geh. Raths Volz über den an Görtz zu erlassenden Bescheid vor, worin eine von Edelsheim z. Th. abweichende Ansicht aufgestellt wird. Volz beantragt, dem Comitialgesandten Grafen Görtz zu antworten: „Sermus erkennten die Nothwendigkeit, daß die Reichstäglichen Berathschlagungen durch den Tod eines Kaisers nicht bis zur neuen Wahl unterbrochen und in einer Unthätigkeit erhalten, auch daß das kaiserl. und Reichs-Kammergericht in seinem Amte nicht behindert werde. Höchstdieselbe wünschten deswegen, daß Beides unter der Autorität der Reichsvicare bewirkt und durante interregno fortgesetzt werden möge ... Hingegen gedächten Sie das pfälzische Vicariats-Hofgericht nur in dem Fall anzuerkennen, wenn solches durchgängig in paritate religionis besetzt ... worden ist. Da aber diesfalls noch kein Reichsgesetz vorhanden, so wünschten Sermus, daß zu seiner Zeit nicht nur über die Rechte der Reichsvicarien, sondern besonders wegen der innerlichen Verfassung der Reichsvicariats-Hofgerichte ... in Rücksicht auf die Religion ein Reichsschluß möchte veranlaßt werden." Das officielle Antwortschreiben an Görtz findet sich gleichfalls nicht vor.

[2] von Hohenthal, kursächsischer Comitialgesandter.

L'objet du vicariat, l'étendue de son pouvoir et de son accroissement, tant que les contradictions que cette souveraineté momentanée a souffertes et de la part des archicancellariats et de celles des Électeurs non-vicaires, tant que les précautions prudentes qu'ont prises de tout temps les maisons princières pour ne pas laisser étendre le pouvoir des vicaires, enfin tout ce qui a été délibéré à cet égard tant à l'assemblée d'Offenbach[1] qu'aux assemblées des Électeurs pour la capitulation de Charles VII. et surtout de François I, — sont des objets qu'on se présente si rarement à son esprit, que ma mémoire ne saurait se les rappeler qu'en gros, et Vous sentez bien, Monsieur, qu'il faut avoir des éclaircissements plus détaillés avant de pouvoir juger du fond de la proposition. Je prévois, que la plus grande partie des maisons princières et peut-être toutes seront dans le même cas . . .

Je laisse à la prudence de V. E. et de Mr le Baron de Hohenthal, si Vous ne trouviez pas bon, comme je le désire, d'employer incessamment la plume d'un habile publiciste pour faire imprimer une pièce volante, qui nous donnerait des détails exacts de tous les points d'histoire et de droit public, qui servirait à mettre les parties intéressées bien exactement au fait de tous les points qui doivent être considérés présentement, et qui servirait de base commune à toutes les délibérations et communications entre les maisons princières. Cette dernière opération pourra absolument ne point être mise de côté, et cependant il est probable que nous n'avons encore que 3 mois à opérer, si l'objet salutaire de la conservation de la Diète doit être effectué à temps.

Il ne faudrait point oublier de faire entrer dans cet écrit tous les principes que les maisons princières ont soutenus jusqu'ici contre le pouvoir des vicaires, et prouver, que la continuation de la Diète doit plutôt le contenir que de lui donner un nouvel effort. L'étendue du vicariat de la maison électorale de Saxe contient des puissants états qui, sachant faire valoir leurs droits par leur propre force, ne craignent guères les usurpations. Mais il n'en est point ainsi de la province de l'Empire soumise au vicariat palatin, et la réunion des deux branches de cette maison lui a donné tout au contraire un accroissement de forces, surtout tant qu'elle sera l'alliée de la maison d'Autriche, qu'on ne saurait être trop précautionné à son égard. Cependant si Vous lui ajoutez le pouvoir de continuer la Diète, il pourrait facilement n'exister d'autre différence entre le vicaire et l'Empereur que l'honneur de porter une couronne.

Il faudrait de même s'expliquer sur la manière que les vicaires doivent

---

[1] Ueber den bei Gelegenheit des Interregnums nach dem Tode K. Karls VI. in Offenbach gehaltenen Fürstentag (April ff. 1741) vergl. Olenschlager Geschichte des Interregni nach Absterben Karls VI. II. 495. Heigel Der österreich. Erbfolgestreit u. die Kaiserwahl Karls VII. (Nördlingen 1877) S. 91 ff. 231.

représenter l'Empereur à la Diète: enverront-ils un commissaire en commun ou chacun d'eux son commissaire à son [sic] part? De quelle façon donneront-ils leur sanction aux conclusions de la Diète? Si cette solennité doit être donnée en commun, ne doit-on pas prévoir, que deux cours aussi opposées en système et en principes rendront toutes les délibérations de la Diète inutiles, en empêchant par leur désunion la conclusion finale dans toutes les affaires?

Si j'ose avancer mon sentiment préliminaire en confidence, la proposition de Mr de Hohenthal en elle-même me paraît très utile pour le bien de l'état, et je serai toujours porté dans ce point de vue de l'épauler de mon avis; mais ce n'est partout [leg. pas tant?] les maisons princières, dont il faut s'assurer, que surtout de la cour de Mayence, qui trouvera bien des moyens de faire évanouir tous les projets, si on n'a pas su les lui faire adopter d'avance.

Voilà les pierres d'achoppement, contre lesquelles se brisent nos utiles projets en Empire, que ces intérêts particuliers, qui souvent s'opposent à l'intérêt général. Mais la composition du Corps Germanique étant telle qu'elle est, je ne vois point qu'il y ait moyen de mériter de la patrie, à moins qu'on ne veuille s'assurer avant tout des postes, si j'ose m'exprimer ainsi, d'où notre marche pourrait être contrariée. Nos espérances à cet égard nous ont bien trompé. Nous supposions en bons patriotes, que tout concourrait au même but après la grande époque de 1785. Et V. E. regrette assurément, comme je le fais journellement, de voir qu'il existe entre les princes, liés par l'union, aussi peu de confiance et d'harmonie pour la marches des affaires de l'Empire; l'affaire importante de la visitation de la Chambre Impériale de Wetzlar nous en donne présentement un exemple frappant. Je savais par exemple depuis 1786, que la cour de Mayence avait fait passer un project détaillé aux cours de Saxe, de Berlin et d'Hannovre, qui me paraissait contenir de très bonnes vues à cet égard et qui quoique [sic!] nous aurait donné le double avantage d'avoir à bon marché et en peu de temps des éclaircissements profonds et détaillés sur l'état de la Chambre Impériale de Wetzlar et sur les moyens à prendre, pour y réformer les abus. Cette opération salutaire et si nécessaire, le but de tous les mouvements que nous donnons présentement dans l'Empire et de la dépense considérable que les états sont sur le point de faire, aurait pu être consommée alors à la Diète, la seule assemblée qui me paraît propre à peser et à conclure sur des matières aussi importantes. Le pouvoir, donné à toutes les députations de l'Empire, existe du temps qu'il y avait de longs intervalles d'une Diète à l'autre . . . Aujourd'hui, que la Diète est permanente, cette délégation ou députation n'est assurément point nécessaire, tandis qu'il ne s'agit que de procurer à la Diète des renseignements complets,

pour la mettre à même de préscrire en dernier ressort la forme de la procédure aux tribunaux suprêmes. Mais pour arriver à cette information, il me paraît et plus avisé et plus aisé et moins coûteux et plus court de choisir 2 ou 4 ou 6 personnes des plus instruites en Allemagne qui, moyennant une rétribution honnête pour leurs peures [sic! leg. peines?], rempliraient cette besogne en plein, dans un terme fixe. Voilà le projet que Msgr. l'Électeur de Mayence avait mis en avant. Comme depuis 1786 je n'en avais point entendu parler de personne, j'ai cru que son auteur trouve [leg. ait trouvé?] des raisons majeures pour s'en désister, lorsqu'à mon grand étonnement on vient de me le communiquer de Mayence avec un projet pour les classes des visiteurs, en cas qu'on aimât mieux adhérer à l'ancienne forme.

Nous reçûmes presqu'en même temps les mémoires que le ministre d'Hannovre a fait passer à la cour électorale de Mayence et qu'il a fait communiquer ministériellement aux envoyés de la Diète, pour mettre les coétats au fait de la marche qu'il compte tems [leg. tenir?] dans les délibérations sur l'affaire de la visitation.

Voilà donc trois sentiments ouverts sur le même objet qui doivent donner le branle à la décision des autres états, qui malheureusement se trouvent être si différents entr'eux, que je ne vois pas d'autre moyen pour les rallier que celui de former un quatrième projet . . . Le mémoire de la cour d'Hannovre, quoique très bien écrit, a l'important défaut de ne point nous éclaircir sur les classes, et on est accoutumé à voir le ministère en opposition avec les idées de son plénipotentiaire. Le projet, que la cour de Mayence a communiqué à cet égard, obtiendra d'ailleurs dans tous les conseils princiers un grand avantage, parcequ'il exclut toutes les nouvelles maisons princières et qu'il restreint au moins la concurrence des comtes et des prélats.

Que V. E. me pardonne, si je reviens si souvent à la même chanson; mais je ne saurais pardonner à Mr. d'Ompteda, que dans son projet, si profondement vu d'ailleurs et si rempli de connaissances de la constitution de l'Empire, il ait pu supposer, que les nouvelles maisons princières pouvaient avoir une part à nos députations de l'Empire parmi la classe des princes, tandis que l'histoire prouve, qu'ils ne l'ont jamais eu, . . . et cela par la très valable raison, qu'on a jamais confondu le droit honorifique de siéger et de voter parmi les princes avec le privilège très important de pouvoir exercer par délégations le droit législatif, appartenant le [leg. au] Corps Germanique.

Il en est de même du droit de concurrence des comtes. Tout ce qui se fonde sur la constitution des états en 6 classes ne saurait être adapté à la forme présente, où 4 de ces classes n'en font qu'une, en constituant

le collège des princes. Vous ne penserez pas certainement, qu'on s'arrêtera aux prétentions injustes des comtes et des prélats, si on ne veut pas s'attacher à ces futiles récriminations, comme on a fait, lorsqu'on était bien aise de rompre la dernière visitation. Quant aux nouveaux princes, ils ont le droit de concourir avec les comtes, comme ils avaient ci-devant, mais pas celui de diminuer l'influence des princes des anciennes maisons, parce qu'ils ne leur ont point cédé ce droit, en les recevant parmi eux.

Cependant on saura bien trouver à l'égard de ces deux points un terme moyen qui puisse contenter les deux parties.

Je m'en rapporte au reste, ma chère Excellence, à la ci-jointe apostille[1].

Weim. St. A. Abschrift von ungeübter Hand mit vielen Schreibfehlern. Beilage zu dem Schreiben von Görtz an Karl August dat. 29. Juni 1789. — Num. 212.

---

211. Graf Görtz an Edelsheim.

Regensburg, 29. Juni 1789.

[Widerlegung der Bedenken Edelsheims gegen die Fortsetzung des Reichstags unter dem Vicariat.]

Görtz legt ein Schreiben Hohenthals vor, mit dem er über die Vorschläge Edelsheims gesprochen. Abgesehen davon, daß ihnen beiden noch die Ermächtigung seitens ihrer Höfe zu der gewünschten Publication fehle, müsse man befürchten, daß eine solche die zur Zeit vorhandene Meinungsverschiedenheit der unirten Stände öffentlich konstatiren und dem Ansehen der Union selbst schaden werde.

Im übrigen bemerkt er, die Vorrechte der Vicare seien begründet in der goldenen Bulle; unbestritten sei ihr Recht auf Ausübung der Jurisdiction und zwar im gleichen Umfange, wie sie der Kaiser bei Lebzeiten besessen habe.

. . . Mais il y a des prérogatives contestées et parmi celles-là se trouve le droit de continuer la Diète sous les auspices des vicaires. C'est un droit et une prérogative éminente, que n'exprime pas clairement la Bulle d'Or, que des publicistes impartiaux, tels que Struve et autres, et ceux dévoués aux vicaires croient pouvoir tirer par analogie de ce que leur accorde cette ancienne loi, qui est à la vérité un «ius maiestatum», qui peut exister [leg. exciter] la jalousie de leur coétats, que surtout la maison d'Autriche . . . a cherché avec ses adhérents à leur disputer et par là par ses moyens est parvenue à mettre obstacle, que le Corps Germanique, dès qu'il s'est vu privé du prince de sa maison qui en était le chef, n'a pu rien faire pour sa constitution et n'a pu venir à des délibérations légales qui eussent obtenu la sanction d'une ratification. Pour obvier à cet inconvénient majeur, il me parait, que le seul moyen serait de leur accorder, aux dits vicaires, d'un commun accord et par tous les collèges et tous les états de l'Empire ce droit, que les Électeurs se sont réunis déjà depuis la capitulation de Charles

---

[1] Liegt nicht bei.

[sc. VII.] et ensuite de celles de François I et de Joseph II d'admettre, et à quoi il manque seulement, comme je l'ai marqué dans mon rapport du 11, pour lui donner la sanction d'une loi générale, l'adhésion des autres collèges et dans ceux-là essentiellement celle des princes des anciennes maisons.

Dans les délibérations d'Offenbach, autant que par la lecture des actes j'en ai connaissance, ces maisons des princes ont réclamé contre l'exercice du double vicariat du Rhin, et ce fut après la capitulation, où ce fameux art. XIII. § 9 fut inséré, qu'ils protestèrent contre sa validité, devant comme une loi obligatoire pour tous les états être fait à la Diète, où il demandèrent que l'affaire fût portée; mais leur représentations mêmes ne paraissent pas porter sur la chose, seulement sur la forme, comme effectivement aussi cette prérogative brillante de présider à la Diète, de la diriger sous ses auspices a de l'eclat, mais ne paraît pas pouvoir fournir les moyens de l'abus d'un pouvoir. Ce serait donc d'après mes faibles lumières de rémedier à ce manque de forme pour un objet d'ailleurs si universellement utile, qu'il serait de la sagesse et du patriotisme des souverains actuels si éclairés de s'occuper. Tous — je n'ose en douter, — regardent l'activité de la Diète, sourtout précisément dans un moment où l'Empire se trouverait sans chef, où il y aurait le moyen de parvenir à faire une capitulation qui contient les voeux de tous les états, . . . comme un avantage réel. Il en ressortirait un sourtout [leg. surcroît?] incalculable pour les circonstances actuelles, si, en maintenant une activité réelle, on pût faire preuve par là et développer dans tout son jour la bienfaisance de cette association, qui pour le bien commun de la patrie, pour la liberté et pour la constitution a uni les plus augustes et illustres princes de l'Allemagne. Ce grand but me paraît digne de la sollicitude de Msgr. le Margrave et d'un ministre aussi éclairé que Vous, . . .

Imaginez une autre possibilité pour l'activité de la Diète, — je ne le saurais pas — les vicaires n'y adhèreront pas; les Électeurs, engagés par l'article obligatoire toujours pour eux, se trouveraient en contradiction avec eux-mêmes, s'ils voudraient s'en départir . . . En allant jusqu'à reconnaître au directoire de l'Empire, d'après les voeux manifestés par les princes assemblés en 1741 à Offenbach, la faculté, que l'Électeur de Mayence comme archichancelier et directeur de l'Empire continuât les assemblées de la Diète, — les vicaires et les maisons qui leurs sont attachés et les Électeurs contre leurs engagements pourraient-ils y assister? Et quand tous se réuniraient pour ce sentiment, ce qui n'est pas à espérer, à quoi serviraient les délibérations, s'il manquerait la faculté de promulguer ce qu'ils auraient statué par la ratification d'un représentant du chef? . . .

J'ose y entrevoir de plus un avantage réel pour les princes des anciennes maisons, s'ils voudront donner les mains à aplanir ces difficultés.

Ce sera celui, qui fait certainement aussi un des objets des désirs du Roi et de plusieurs cours électorales, de voir écarté toute méfiance et sujet de jalousie entre les princes Électeurs et ceux d'anciennes maisons, . . . ce sera de les voir coopérer à toutes les bonnes mesures à prendre pour le bien général et surtout à s'entendre avec eux pour la confection d'une capitulation d'après leurs voeux et pour leurs intérêts personnels, ce qui sans une Diète ne serait pas à espérer . . .

Betreffs des Mainzer Planes beschränkt sich Görtz darauf, kurz zu bemerken, derselbe sei erst im Frühjahr zur Kenntniß des Berliner Kabinets gelangt, und wiewohl er einige gute Gedanken enthalte, habe man ihn doch im Einverständnisse mit Sachsen und Hannover als unausführbar bei Seite gelegt.

Von dem kurhannöverischen Plane sei er zur Zeit, wohl in Folge der Abwesenheit des Gesandten von Ompteda, noch nicht unterrichtet.

Weim. St. A. Abschrift, wie oben Num. 210; Beilage zu dem Schreiben von Görtz an Karl August dat. 29. Juni 1789, Num. 212.

---

212. Graf Görtz an Karl August von Weimar.

Regensburg, 29. Juni 1789.

[Die von Edelsheim erhobenen Schwierigkeiten; Widerlegung versucht; Kurmainz obstinat.]

. . . D'après celles [sc. difficultés] déjà, dont ma dernière Vous aura instruit, Monseigneur, il paraît par la lettre ci-jointe de l'ami Edelsheim, qu'on en fera de toutes façons de cet autre côté, et j'ose confier à V. A. S. seule, qu'il me paraît bien, qu'on ne se pénètre pas bien de l'objet, et que pour être important on trouve aussi bon d'être difficile. J'ai tâché d'y répondre le mieux que j'ai pu et je désire que cette lettre ait Son approbation. C'est à Son jugement éclairé que je le commets. Ce qui me surprend encore extrêmement, c'est de voir dans cette lettre, sur ce qu'il y est dit par rapport à l'objet de la visitation, qu'à Mayence, malgré que des cours de Berlin, Dresde et Hannovre on a décliné ce plan proposé de Mayence pour la visitation, on y revienne à présent et qu'on veuille, comme aussi on me marque, s'obstiner à le soutenir[1].

Weim. St. A. Abschriftlich beiliegend die beiden Schreiben von Edelsheim und Görtz Num. 210 und 211.

---

[1] Vergl. über die Stellung des Kurfürsten von Mainz zu diesen Fragen das Schreiben Steins an König Friedrich Wilhelm II. dat. 21. Juli 1789 bei v. Ranke II. 224 und dort überhaupt den weiteren Verlauf der Reichsverhandlungen bis zur Kaiserwahl Leopolds II.

213. Der preußische Gesandte von Madeweiß an Graf Hertzberg[1].

Stuttgart, 22. Juli 1789.

[Die Frage der römischen Königswahl. Unterredung zwischen Lehrbach und Edelsheim. Etwaige Chancen von Kursachsen und Kurpfalz; die preußische Stimme wahrscheinlich für das Haus Oesterreich. Edelsheims Stellung zu der Frage über die Fortdauer des Reichstags nach dem Tode des Kaisers.]

Er habe vor einigen Tagen Edelsheim auf der Durchreise nach Karlsbad in Stuttgart gesprochen.

... Er hat mir von dem Reskripte, das der Kaiser an den Grafen von Lehrbach auf den Fall erlassen, wenn an dem pfälzischen Hofe von einer römischen Königswahl gesprochen werden sollte, ... Nachricht gegeben[2]. Da der Baron von Edelsheim den Grafen von Lehrbach von Wien her kennt und mit ihm auf einem vertrauten Fuße steht, so hat ihm derselbe dies Reskript gezeigt, so daß an dessen Existenz nicht mehr zu zweifeln ist. Mir kömmt es indessen sonderbar vor, daß der Kaiser den Kurfürsten glauben machen will, daß ihm und seinem Hause an der Kaiserkrone nichts gelegen, da doch dieses Haus seine ganze Größe eben dieser Krone zu verdanken hat ...

Der Baron von Edelsheim, dem dieses Reskript gleichfalls auffiel, und [der] die kaiserlichen Absichten merkte, gab daher dem Grafen von Lehrbach, um ihn näher auszuforschen, zu erkennen, daß er glaube, daß, da in Deutschland noch Fürsten wären, die die Kaiserkrone tragen könnten, die Kurfürsten wegen der Wahl eines römischen Königs nicht verlegen sein würden. Hierauf erwiederte der Graf von Lehrbach, daß derer nur zwei vorhanden wären, nämlich der Kurfürst von Sachsen und der Kurfürst von der Pfalz. Was nun den ersteren beträfe, so wäre man in Wien überzeugt, daß der König[3] ihm seine Stimme nicht geben würde, weil er ihm zu nahe wäre, und wegen des zweiten sei man in Wien gleichfalls versichert, daß der König in dessen Absichten, da derselbe bis jetzt nie in dem königl. Interesse gewesen, gewiß nicht hineingehen würde. Herr von Edelsheim versetzte hierauf, daß er nicht wohl glauben könne, daß der Kurfürst von der Pfalz wirklich Absichten auf die Kaiserkrone habe, worauf jener erwiederte, daß er dies gewiß wisse und an ihm selbst bemerkt habe; denn so oft er mit ihm von der römischen Königswahl gesprochen, sei er über und über roth geworden ...; doch glaube er, daß das Erzhaus von

---

[1] Freih. v. Madeweiß, seit Ende 1788 preußischer Gesandter am würtenbergischen und am badischen Hofe; an letzterem hatte er am 25. Dec d. J. seine Creditive übergeben. Er pflegte den Winter in Karlsruhe, den Sommer in Stuttgart zu residiren.

[2] Der Inhalt des kaiserlichen Rescriptes ging im wesentlichen dahin, daß weder der Kaiser, noch sein Bruder, der Großherzog von Toskana, sich um die römische Königskrone bemühen würden, sondern dieselbe einem jeden gönnten, den die Kurfürsten für den würdigsten erachteten. Sollte die Wahl auf einen österreichischen Prinzen fallen, so würde derselbe nur annehmen, falls die jetzige Wahlkapitulation beibehalten würde.

[3] Der König von Preußen, als Kurfürst von Brandenburg.

diesem Kompetenten nichts zu fürchten habe, weil man überzeugt sei, daß ihm der König nicht seine Stimme geben werde . . .

Aus diesen Aeußerungen des Grafen von Lehrbach scheint mir zu erhellen, daß der Kaiser jenes Reskript blos erlassen, weil er in der festen Ueberzeugung steht, daß der König weder dem Kurfürsten von Sachsen noch dem Kurfürsten von der Pfalz seine Stimme geben und also genöthigt sein wird, sie einem Prinzen aus dem Erzhause zu ertheilen . . .

Wegen der Frage, ob der Reichstag, im Fall der König sterben sollte, fortdauern soll oder nicht, . . . haben sich die gothaischen, weimarischen und mecklenburgischen Geheimenrathscollegia an das badensche gewandt und von demselben über diese Frage seine Meinung verlangt. Der Baron von Edelsheim hat aber einer Antwort hierauf vor der Hand dadurch auszuweichen gesucht, daß er an diese Collegia zurückschreiben lassen, daß, da der Markgraf wirklich nach Spaa gereiset und nicht in Karlsruhe wäre, das badensche Geheime Rathscollegium sich zur Zeit über diese Frage nicht äußern könne und daher die andern Geheimerathscollegia ersuche, ihm darüber ihre Gedanken zu eröffnen. Herr von Edelsheim ist für die Fortdauer des Reichstags, glaubt jedoch mit Recht, daß man sich dabei behutsam benehmen müsse, damit allen Streitigkeiten, die sowohl unter den beiden Vikariaten unter sich, als denen, die zwischen den Vikariaten und Kurmainz entstehen könnten, vorgebogen werden möchte. . . .

Berl. St. A.

214. Graf Lehrbach an Fürst Kaunitz.

München, 4. August 1789.

[Differenzen zwischen Baden und Würtenberg auf dem schwäbischen Kreistag.]

Die diesjährige schwäbische Kreisversammlung in Ulm war turbulenter als gewöhnlich, „da bei diesem Kreis-Convent meistens und vor andern viele Ruhe und Einigkeit herrscht“. Anlaß zur Bewegung gab besonders der badische Hof, „gegen jenen von Würtenberg immer eifersüchtig“. Es handelte sich vorerst um die Anwartschaft auf das „Kreis-Dragonerregiment“, welches jetzt der dritte Bruder des Herzogs von Würtenberg, Prinz Friedrich, hat; die badische Regierung hat mit Hilfe der protestantischen Kreisstände einen Antrag durchgesetzt, wonach eine Anwartschaft auf dieses Regiment dem zweiten Sohn des Markgrafen, dem Prinzen Friedrich von Baden, verliehen werden soll. Darüber kommt es auf dem Kreistag zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Baden und Würtenberg, welches letztere sich darüber beschwert, daß Baden dies bewerkstelligt habe hinter dem Rücken des Herzogs von Würtenberg, obwohl dieser kreisausschreibender Fürst und Kreis-Feldmarschall sei. Würtenberg weist darauf die proponirte Exspectanz zurück, und Baden erhebt darauf die heftigsten Beschwerden über die willkürliche Führung des Kreis-Directoriums von Seiten Würtenbergs.

Ein anderer Gegenstand des Streites war, daß Baden Einsicht in die Kreis-Rechnungen verlangte. Diese sind bisher nur von den kreisausschreibenden Fürsten und dem Kreis-Directorium verwaltet worden, und es liegt allerdings eine Willkür darin, wenn nicht jedem Kreisstand Einsicht in die Rechnungen gewährt wird. Trotz aller Anstrengungen aber erreicht Baden nicht mehr, als daß ihm Würtenberg einen kurzen Auszug zukommen läßt.

Wien. St. A.

215. Graf Görtz an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Zweibrücken, 1. Sept. 1789.

[Unterredung mit dem Markgrafen Karl Friedrich über die streitige Vicariats- und Reichstagsfrage; der Markgraf für die preußische Auffassung gewonnen. Der Bischof von Speier. Baden und Speier reclamiren in Frankreich gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung.]

Görtz berichtet über seinen Aufenthalt in Karlsruhe und über seine Mission an den Markgrafen von Baden[1].

: Ce prince sage et éclairé, après m'avoir chargé d'exprimer à V. M. sa plus grande sensibilité de la manière flatteuse, avec laquelle Elle a daigné lui faire connaître Ses bontés et Son estime, et réconnaissant tout ce que l'Allemagne et les princes Lui doivent, . . . il sent vivement l'avantage qui lui en résulte, d'oser compter sur Son appui . . . V. M. pourra compter de la part du Margrave sur un concert parfait dans toutes les affaires de l'Empire.

Quant à l'affaire qui regarde l'autorité des vicaires pendant l'interregne pour la continuation de la Diète de l'Empire, il a bien voulu consentir, que ses ministres entreraient avec moi dans tous les détails, et après lui avoir détaillé non seulement les principes de V. M., mais aussi Sa considération de ne pas vouloir se séparer ni de l'Électeur de Mayence, ni du ministère d'Hannovre . . . il n'a pas balancé de se trouver convaincu, que le bien soupçonné stérile de l'Empire, celui de l'Union, laquelle à moins risque une dissolution, et encore l'avantage des princes exigeaient la continuation de l'activité de la Diète de l'Empire pendant l'interregne, qu'elle n'était à obtenir sans accorder aux vicaires le droit de la continuer, et qu'en admettant le mode tel [que] j'ai osé le mettre sous les yeux de V. M. dans mon rapport du 6 d'août, . . .[2] prince n'avait aucune raison à s'y opposer et que même il s'employerait volontiers auprès des autres princes d'anciennes maisons pour leur faire adopter cette marche[3].

Von dem Fürstbischofe von Speier, zu welchem sich Görtz von Karlsruhe aus begiebt, erhält er ähnliche Zusicherungen.

. . . L'évêque de Spire et le Margrave de Bade sont d'ailleurs vivement alarmés des suites que pourraient avoir pour eux la révolution et les troubles en France, tant pour ce qui regarde leurs possessions en Alsace, que pour

---

[1] Graf Görtz bereiste Aug.—Okt. d. J. im Auftrag der preußischen Regierung eine Reihe süddeutscher Höfe. Am 20. Aug. war er in Karlsruhe eingetroffen und hatte dort mehrere Tage verweilt.

[2] Folgen zwei unleserliche Worte; der Sinn ist klar.

[3] Später, im Mai 1790, hat die badische Regierung, wie aus der Correspondenz zwischen dem preußischen Gesandten v. Madeweiß und dem Minister Graf Hertzberg (Berl. Arch.) sich ergiebt, gedrängt von dem Kurfürsten von Mainz, ihre Ansicht noch einmal geändert und das schon zu Gunsten der Reichsvicare nach Regensburg gesandte Votum wieder zurückgezogen.

la tranquillité des cercles de Souabe, du Haut-Rhin et Franconie . . . Sur le premier objet ils se sont déjà adressés à la cour de France de concert par un mémoire nerveux pour réclamer leurs droits, fondés sur la paix de Westphalie, et ils ne tarderont probablement pas de s'adresser aussi à la Diète de l'Empire. :

Berl. St. A. Chiffrirt.

216. Edelsheim an Karl Friedrich.

Hanau, 6. Sept. 1789.

[Verhandlungen mit Kurmainz in Aschaffenburg über die Reichsangelegenheiten u. a.]

Endlich habe ich heute frühe meinen Abschied von Aschaffenburg nehmen dörfen . . . Indessen ist die Zeit nicht übel angewendet worden, und man hat a) in der Visitations-, b) in der Vikariats-, c) in der Nuntiatur-, d) in der Schwarzacher-Sache, nicht nur von allem Einsicht nehmen lassen, sondern auch so cordate über die Gegenstände mit mir traktirt, daß ich bei meiner Rückkunft meine ohnmaßgebliche Rathschläge weit sicherer und zu Hochderoselben Interesse weit vortheilhafter bemessen kann. Jetzt muß ich noch suchen den Graf Görtz zu sprechen, ehe er nach Aschaffenburg geht.

Excurs.

217. Baden und der Nuntiaturstreit (1787—1789).

Die Angelegenheit des sogenannten Nuntiaturstreites, welcher in den Jahren von 1785 bis 1790 ein wichtiges und aufregendes Element des deutschen Reichslebens, besonders für das katholische Deutschland, bildete, ist in den in diesem Abschnitt mitgetheilten Acten bisher unberührt geblieben. Ursprung und Verlauf der Controverse waren von der Art, daß die Markgrafschaft Baden in unmittelbare praktische Mitleidenschaft von derselben nicht gezogen wurde. Indem aber der Streit über die Befugnisse päpstlicher Nuntien in Deutschland, gegenüber den heimischen katholischen Kirchengewalten, deren Inhaber zu den wichtigsten Gliedern der officiellen Reichsgemeinschaft gehörten, nicht allein in der Sphäre hierarchischer Gegensätze stand, sondern einen mit allgemeinen Fragen der Reichsverfassung und mit allgemeinen nationalen Interessen sich aufs nächste berührenden Inhalt gewann, so konnten auch die nicht direct betheiligten Reichsstände sich der Verpflichtung nicht entziehen, zu den angeregten Streitfragen Stellung zu nehmen. Das bewegtere politische Parteileben, welches mit der Gründung des Fürstenbundes im Reiche emporkam, bewirkte bei allen sich erhebenden Controversen lebhaftere und weiter verbreitete Theilnahme, als es seit langem im Reich herkömmlich war, und so wenig man die alte Schwerfälligkeit und Langsamkeit der politischen Geschäftsverhandlung zu überwinden vermochte, so gewannen die jetzt verhandelten Angelegenheiten doch einen gewissen Reiz großer Zusammenhänge und wichtiger principieller Entscheidungen.

Auch die badische Regierung sah sich genöthigt, in der Nuntiaturfrage sich über ihre Parteistellung zu entscheiden. Einen wesentlichen Einfluß auf den Gang der Dinge konnte sie nach der Lage der Verhältnisse nicht ausüben, und der nichtige Ausgang des Streites ersparte ihr schließlich selbst die Nothwendigkeit eines offenen Auftretens. Immerhin aber wird es nicht ohne Interesse sein, die Auffassungen kennen zu lernen, zu welchen die Regierung Karl Friedrichs sich in jener Angelegenheit bekannte, und wir stellen in dem folgenden die wichtigsten Acten des Karlsruher Archivs zusammen, aus denen diese Ansicht sich ergiebt. Ein kurzer Rückblick wird zum Verständniß derselben dienen[1].

Der Streit hatte, wie bekannt, seinen Ausgang davon genommen, daß Kurfürst Karl Theodor von Pfalz-Baiern in dem Bestreben nach territorialistischer Abschließung seiner Lande auch in Bezug auf die geistliche Jurisdiction (ähnlich wie Kaiser Joseph II.)

---

[1] Vergl. Münch Gesch. des Emser Congresses und seiner Punktata (Karlsruhe 1840). K. A. Menzel Neuere Geschichte der Deutschen VI. 183 ff. v. Ranke Die deutschen Mächte und der Fürstenbund I. 356 f. Mejer Zur Geschichte d. römisch-deutschen Frage I. 89 ff. H. Schmid Gesch. der kath. Kirche Deutschlands von der Mitte des 18. Jahrh. (München 1872) I. 15 ff.

die Einwirkung auswärtiger Bischöfe in denselben dadurch zu beschränken oder ganz aufzuheben den Versuch machte, daß er von Papst Pius VI. im Februar 1785 die Errichtung einer ständigen päpstlichen Nuntiatur in München erlangte. Die Voraussetzung dabei war, daß der in München residirende Nuntius speciell für die pfalz-bairischen Lande nicht nur eine mit den regulären Bischöfen und Erzbischöfen concurrirende Jurisdiction ausüben, sondern die Gewalt derselben, im Einverständniß mit dem Landesherrn, womöglich gänzlich bei Seite schieben sollte. In dieser Maßregel mußten drei deutsche Erzbischöfe eine directe Verletzung ihrer Diöcesanrechte erblicken: der Erzbischof von Salzburg als Metropolit des bairischen Bisthums Freising, der Kurfürst von Cöln, zu dessen Sprengel Jülich und Berg, und der Kurfürst von Mainz, zu dessen Suffraganbisthum Worms die Unterpfalz gehörte. Aber auch der vierte der deutschen Erzbischöfe, der Kurfürst von Trier, schloß sich der Beschwerde an, welche seine Collegen sofort in Rom und, als sie dort abschläglich beschieden wurden, bei dem Kaiser in Wien gegen die neue Nuntiatur in München und überhaupt gegen die Beeinträchtigung der deutschen Bischofsgewalt durch die Jurisdiction päpstlicher Nuntien erhoben. Während im Sommer 1786 der neue Nuntius Erzbischof Zoglio in München sein Amt antrat und gleichzeitig für die schon früher bestehende Nuntiatur in Cöln ein neuer Vertreter, der Erzbischof Pacca, in Deutschland erschien, versammelten sich in Ems die abgesandten Räthe der vier Erzbischöfe, und aus ihren Berathungen ging die Emser Punctation vom 25. August 1786 hervor, „wohl das merkwürdigste Document", wie Ranke sagt, „das seit der Reformation aus dem Schooße der deutschen katholischen Kirche hervorgegangen ist".

Die tief einschneidende Abrechnung, welche in diesem Actenstücke (anknüpfend an die schon zwei Jahrzehnde früher von Hontheim in seinem „Febronius" aufgestellten Gedanken) mit den Uebergriffen der päpstlichen Gewalt gegen die Freiheit der deutschen katholischen Kirche gehalten wurde, konnte an die Zeiten der vorreformatorischen Concilien und der Gravamina germanicae nationis erinnern. In der That, darf man sagen, lebte diese Bewegung im wesentlichen von den conciliaren Gedanken des fünfzehnten Jahrhunderts. Man nahm zum Ausgangspunkt das Unwesen der mit jurisdictionellen „Facultäten" in Deutschland eingesetzten Nuntien und die durch sie bewirkte Beeinträchtigung der freien bischöflichen Diöcesangewalt; aber man ging von da aus weiter zu den umfassendsten Forderungen, welche nicht als neue, sondern als Wiederherstellung des alten Rechtszustandes der deutschen Kirche geltend gemacht wurden: alle die alten Klagepunkte kehren wieder, gegen die päpstlichen Reservationen, gegen Annaten und Palliengelder, gegen die Exemtion der Mönchsorden, gegen die Recurse nach Rom mit Umgehung der heimischen competenten Instanzen u. s. f.; dazu wird eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Aenderung des von den Bischöfen dem Papste zu leistenden Eides verlangt, und das Ganze gipfelt in der Forderung eines Concils, wenigstens eines deutschen Nationalconcils, welches für alle bestehenden Beschwerden Abhilfe bringen solle.

Wenn dieser merkwürdige Anlauf, der hier von den obersten Häuptern der deutschen Prälatur unternommen wurde, in der That gänzlich erfolglos geblieben ist, so erkärt sich dies aus verschiedenen Ursachen. Vielleicht liegt ein entscheidendes Moment darin, daß es doch eben entlehnte, ganz anderen Zeitverhältnissen ursprünglich angehörige Gedankenreihen waren, mit denen diese anticuriale Opposition operirte; zwischen dem Damals und dem Jetzt lag die Reformation. Es hing damit zusammen die veränderte Stellung der großen weltlichen Gewalten: Kaiser Joseph II. konnte von einem Concil sich nicht mehr die Erfolge für seine kaiserliche Stellung versprechen, wie sie sein Vorgänger Sigismund in Constanz zu erringen gedachte; für das protestantische Preußen aber standen alle die angeregten Streitfragen in zweiter Reihe seiner Interessen. Dazu die Complicirtheit der politischen Parteistellungen: der Kurfürst von Mainz stand an der Spitze dieser kirchlichen

Bewegung, welche in principiellem Einklang sich befand mit den kirchlichen Tendenzen Josephs II., und derselbe Kurfürst war zugleich Mitglied des deutschen Fürstenbundes, welcher gegen die Reichspolitik eben dieses Kaisers gerichtet war.

Vor allem aber wurde der Umstand von Bedeutung, daß es den verbündeten vier Erzbischöfen doch keineswegs gelang, den gesammten deutschen Episcopat für ihre Bestrebungen zu gewinnen. Es waren die Inhaber der vier Metropolitan-Bisthümer, welche den Einspruch gegen die deutsche Kirchenpolitik der römischen Curie erhoben hatten; aber sie hatten es gethan, ohne ihre Suffraganbischöfe zu Berathung und Mitwirkung aufzufordern. So sehr dieselben betonen mochten, daß sie den Kampf als Vertreter der Interessen des bischöflichen Amtes im Allgemeinen zu führen gemeint seien, so lag doch der Verdacht nahe und wurde durch einzelne Sätze der Emser Punctation bekräftigt, daß es ihnen in erster Reihe auch auf Erhaltung und Befestigung ihrer erzbischöflichen Metropolitanstellung ankomme, die sie durch die päpstlichen Nuntien besonders bedroht sahen. Die einzelnen Suffraganbischöfe — sowie ja auch bei ihnen das bischöflich-landesfürstliche Selbstgefühl den Ausschlag zu geben pflegte — wurden dadurch zu der Erwägung geführt, ob für das Interesse ihrer eigenen Autonomie es ersprießlich sei, den Erzbischöfen zu einem Siege behilflich zu sein, dessen Wirkung vielleicht zu einer erhebtichen Stärkung der oft unbequemen Metropolitangewalt ausschlagen würde. Auf diese Weise ist es gekommen, daß das Unternehmen der vier Erzbischöfe von dem Kaiser begünstigt, von einer großen Anzahl weltlicher, auch protestantischer, Reichsstände unterstützt, von den deutschen Bischöfen aber theils mit Gleichgiltigkeit angesehen, theils offen befeindet wurde. So gewann die römische Curie Bundesgenossen in dem Lager ihrer natürlichen Gegner, und der auf deutscher Seite mit solcher Spaltung begonnene Kampf hatte von vorn herein wenig Aussicht auf Erfolg.

Als Wortführer der bischöflichen Opposition gegen Kurmainz und seine Genossen stellte sich von Anfang an der Bischof August von Speier[1] in die vorderste Reihe, indem er im Mai 1787 in der Form eines Schreibens an den Kurfürsten eine Reihe kritischer Bemerkungen gegen die Emser Punctation drucken ließ und verbreitete. Es war bei dieser Gelegenheit, wo zuerst die badische Regierung Veranlassung erhielt, den schwebenden Streitfragen näher zu treten, als sie das nachfolgende Schreiben erhielt:

Fürstbischof August von Speier an den Markgrafen Karl Friedrich. Dat. Bruchsal, 16. Mai 1787.

„Es haben bekanntlich die Herren Erzbischöfe Deutschlands für diensam befunden, ohne alles Wissen und Miteinfluß der Herren Bischöfen zu Ems gewisse Punkten festzusetzen, ohne Zweifel in der Meinung, daß die Bischöfe selbigen, sobald sie nur ihnen bekannt würden, beitreten, auch die weltliche Landesherren sich diese Punkten gefallen lassen sollten. J. Kais. Maj. aber haben allergerechtest, da ohne ferners um Ihre allerhöchste Genehmigung bereits Erzbischöflicher Seits angestanden wurde, zuvor mit den Bischöfen und betreffenden weltlichen Reichsständen eine Communication zu pflegen anbefohlen.

Meines Orts ist hierin sogleich alles geschehen; ich muß aber E. Ld. bekennen, daß ich nirgendswoher außer Straßburg eine ganz entscheidende Antwort erhalten habe" . . .

Er habe daher beschlossen, seinerseits dem Kurf. von Mainz seine Gesinnungen schriftlich mitzutheilen, und sein Schreiben, zum Behuf leichterer Mittheilung auch an andere Betheiligte, drucken lassen, und übersende einige Exemplare davon.

Das Schreiben wurde im Geheimen-Raths-Colleg dem Geh. Rath Volz[2] zur Begut-

[1] Vergl. oben S. 26. An Vermuthungen über persönliche Absichten fehlte es natürlich nicht: „der um den Cardinalshut buhlende Bischof von Speier", sagt einmal der badische Reichstagsgesandte v. Schwartzenau in einer Relation aus dieser Zeit (dat. 18. Juni 1787).

[2] Ueber Volz s. v. Drais II. Beil. S. 116.

achtung übergeben, welcher durchgängig das Referat in diesen Angelegenheiten hat. In seinem Gutachten vom 27. Juni giebt er eine ziemlich scharfe Kritik des bischöflichen Schreibens und hebt einzelne seiner „paradoxen Behauptungen“ hervor. Im übrigen habe die badische Regierung keine Veranlassung, sich auf eingehende Besprechung mit dem Bischof darüber einzulassen und könne es bei einer dankenden Empfangsbescheinigung bewenden lassen.

Der Geheime-Rath beschloß diesem Gutachten entsprechend. (Protokoll 2. Juli 1787.)

Erst etwa ein Jahr später erging an die badische Regierung eine neue Aufforderung, von der entgegengesetzten Seite, in der Streitfrage Partei zu ergreifen. Der weitere Verlauf ergiebt sich aus den folgenden Actenauszügen.

Der kurcölnische Minister Freih. v. Waldenfels an die hochf. Badensche wirkl. Herren Ministern und Geheimräthe. Dat. Bonn, 21. Juni 1788.

Darlegung des bisherigen Verlaufs. Die drei geistlichen Kurfürsten haben jetzt einmüthig beschlossen, den Kaiser zu bitten, „daß Allerhöchstdieselbe geruhen möchten, ein Reichstagsgutachten darüber zu fordern, ob ständige mit Gerichtsbarkeit versehene Nuntiaturen im Teutschen Reich Statt haben und ob folglich die so beschaffenen Nuntiaturen zu Cöln und München fernerhin bestehen sollen“.

Der Kurfürst von Cöln hoffe von dem Markgrafen von Baden, „daß Höchstdieselbe die Gerechtsame der deutschen Nation überhaupt und der katholischen Erz- und Bischöfe insonderheit durch Höchstihro vollwichtige Stimme auf dem Reichstag dahin zu unterstützen geruhen werden, daß ein Reichsgesetz zu Stande komme, durch welches ausdrücklich verordnet werde, was bereits als eine nothwendige Folge in den Fürsten-Concordaten enthalten ist, daß in Teutschland keine ständige mit Gerichtsbarkeit versehene Nuntien Statt haben sollen, folglich jene zu Cöln und München aufhören müssen“.

Das Geh.-Raths-Collegium beschließt darauf, zunächst Bericht des Reichstags-Gesandten einzufordern und inzwischen dem Geh. Rath Volz die Acten zu fernerer Begutachtung zu übergeben. (Protokoll 30. Juni 1788.)

Am 14. Aug. geht am Reichstag ein kais. Hofdekret vom 9. Aug. ein, worin der Kaiser, nach voraufgegangener Verständigung mit Kurmainz, ein förmliches Reichsgutachten von den Reichsständen über die Nuntiaturfrage verlangt.

Dieses Hofdekret, mit welchem der Kaiser sich offen auf die Seite der Erzbischöfe zu stellen scheint, erregt überall das größte Aufsehen; ganz besonders in München, wo der Kurfürst aber, trotz seiner sonstigen Anhänglichkeit an den kaiserlichen Hof, den Standpunkt festhält, daß er die Angelegenheit der Erzbischöfe überhaupt nicht zur Verhandlung auf dem Reichstag geeignet findet und das Recht der Münchener Nuntiatur behauptet. (Görtz Relation dat. 21. Aug. 1788.)

Kurfürst Maximilian Franz von Cöln an den Markgrafen von Baden. Dat. Brühl, 9. Sept. 1788.

Bitte um Unterstützung am Reichstag in der Nuntiatursache. Die entscheidende Stelle gleichlautend wie oben in dem Schreiben von Waldenfels.

Kurfürst Friedrich Carl von Mainz an den Markgrafen von Baden. Dat. Aschaffenburg, 2. Sept. 1788.

Nach Aufforderung des Kaisers soll der Reichstag ein Reichsgutachten in der Nuntiaturangelegenheit geben. Ausführliche geschichtliche und dogmatische Darlegung der päpstlichen Uebergriffe in Bezug auf die beanspruchte Nuntiatur-Gerichtsbarkeit, gegen welche aber die deutsche Kirche sich immer mit Recht aufgelehnt habe. Darlegung der Einsetzung des Nuntius Zeglio in München und der Thätigkeit des Nuntius Pacca in Köln.

Der Kurfürst bittet den Markgrafen, „die, sowie Ihre protestantische Mitstände

zur Beförderung der Ehre und des Wohls der deutschen Nation, noch mehr aber zur Erhaltung ihrer gesetz- und vertragsmäßigen Verfassung allerdings mitzuwirken haben“, um seine Unterstützung auf dem Reichstag. Er betont, daß in diesen allgemeinen Angelegenheiten der deutschen Kirche die protestantischen Reichsstände ganz ebenso wie die katholischen mitzureden befugt seien.

Gutachten des Geh. Raths Volz. Dat. 24. Sept. 1788.

Ausführliche Recapitulation des Mainzer Schreibens vom 2. Sept.

„Obwolen die in dem kur-mainzischen Schreiben unterstellte Haupt-Grundlehre, daß die Gewalt der heutigen Herren Bischöfe unmittelbaren göttlichen Ursprungs sei, einen stärkeren Glauben, als der meinige ist, erfordert, und dem Herrn Bischofen zu Speier, nach meinem Davorhalten, eben nicht zu verdenken sein mag, wenn er in seinem Schreiben gegen die Erzbischöfliche Emsische Puncte daran zweifelte; ohngeachtet auch die andere Erzbischöfliche Grundlage, nämlich die durch die Wahlcapitulationen zu einem deutschen Kirchengesetz erhobene Concordata Principum [1446] auf älteren Kirchenschlüssen beruhen, welche die Evangelische nicht als verbindlich anerkennen, inmaßen z. B. die Evangelische weder die Schlüsse derer alten deutschen National-Concilien, noch die Verordnungen der alten fränkischen und deutschen Könige, noch der Päbste, noch den Calixtinischen Vergleich vom J. 1122, der nur auf den Kaiser und die Römisch-Katholische passet, noch das jüngere Aschaffenburger Concordatum vom J. 1448 anerkennen ... so kommet doch in Erwägung, daß die päbstliche Ausstellung ständiger Nuntiaturen, welche daneben mit Gerichtsbarkeit versehen seind, mit der römisch-katholischen Kirchen-Verfassung allerdings streiten und deren Einfluß, sowolen in sogenannten geistlichen wie in weltlichen Sachen, einem evangelischen Landesherrn in Ansehung dessen katholischer Unterthanen nicht gleichgültig und niemalen vortheilhaft sein kann.

Der Pabst hat zwar das Recht, Gesandte vom ersten Rang zu schicken, welche er Nuntien nennet; er kann aber von keinem Hof, der sie annehmen will, vor seine Nuntien etwas weiters als gemeine gesandtschaftliche Rechte fordern; viel weniger kann er ihnen Befugsame mitgeben, die er selbst nicht hat. In der Kirchenversammlung zu Basel wurde Sess. 31. de causis et appellationibus ausdrücklich festgesetzt:

> daß in erster Instanz die Bischöfe, in der zweiten die Erzbischöfe, in der dritten und letzten Instanz die auf den Vorschlag der Erz- und Bischöfe vom Pabst zu bestellenden National-Richter die Sachen der streitenden Partheien entscheiden sollten.

Eben dieses ist der Gegenstand, worin die Herrn Erzbischöfe um Serenissimi Beistand anstehen. Da nun der Pabst Eugen IV. die Baselische Decrete im J. 1446 gutgeheißen, auch bestätiget und sein Nachfolger Nikolaus dieselbe genehmiget hat, welche den vorzüglichsten Theil der Fürsten-Concordate ausmachen, deren Beschützung Kaiser Karl V. in der Wahlcapitulation übernommen hat, so muß sich der Pabst hiernach beurtheilen lassen, und bedarf es keinen neuen Vergleichs mit demselben über seine der Ehre Deutschlands nachtheilige — nur der römischen Kasse nützlichen Mißbräuche.

Selbst die evangelischen Stände haben in dem vorhin angeführten Schreiben vom 18. April 1703 dem Kaiser vorgestellet:

> dem römischen Hofe könne nicht nachgegeben werden, die Concordaten nach selbsteigenem Sinn, Interesse und Gefallen einseitig auszudeuten, mithin in effectu gegen die deutsche Nation allein zugleich partem und judicem abzugeben und selbige geringer als die französische und andere Nationen, mit denen der römische Hof ebenfalls dergleichen Concordaten habe und unverbrüchlich halten müsse, zu tractiren und zu considiren.

Es wird auch keinem weltlichen Landesherrn gleichgültig sein, ob dessen katholische Unterthanen, und so auch die Vorsteher der Klöster, ihre Angelegenheiten durch den weit-

künftigen Weg in Rom oder bei Appellationen von denen Erzbischöflichen Vicariaten in Teutschland vor Nationalrichtern entschieden, oder ob wohl gar immediate von denen Bischöflichen Erkenntnissen, mit Uebergehung der Erzbischöfe, die Sachen vor die mit Facultäten versehenen päbstlichen Nuntien sogleich gebracht werden dürfen, als wovon eigentlich die Frage gewesen ist.

Dem Pabst und dessen interessirten Vertheidiger zu gefallen, werden Sermus nicht geneigt sein, dem Zutrauen, welches des Kaisers Herr Bruder qua Erzbischof von Cöln und der Herr Kurfürst zu Mainz gegen Höchst-Sie tragen, entgegen zu handeln oder eine willfährige Antwort zu verzögern, bis andere der Sache günstige oder nichtgünstige Höfe voran mit Instructions-Ertheilung gegangen seind.

Ich meines geringen Orts weiß keinen politisch-betrachtungswürdigen Grund zu finden, der mich abhalten könnte, unterthänigst anzurathen, daß

1. die Comitial-Gesandtschaft ohne weiteres Zuwarten, was von anderen Höfen vor Instructionen eingehen, unter abschriftlicher Communication der kur-mainzischen und kur-cölnischen Schreiben, dahin anzuweisen sei, die Angelegenheit der Herren Erzbischöfe von Mainz und Cöln in Betreff der der Kirchen-Verfassung zuwiderlaufenden ständigen mit Gerichtsbarkeit versehenen römischen Nuntiaturen und der Forderung, daß in geistlichen Sachen in erster Instanz die Bischöfe, in der zweiteren niemalen die päbstlichen Nuntien, sondern die Erzbischöfe, in der dritten und letzteren aber die auf den Vorschlag der Erz- und Bischöfe vom Pabst zu bestellenden National-Richter die Sache der streitenden Partheien entscheiden sollten, mit denen fürstlichen Votis zu unterstützen, ohne sich in die Erzbischöflicher Seits vorgetragenen Gründe einzulassen, noch darauf sich zu beziehen; mit dem Bemerken, daß diese Instruction der von dem Corpore Evangelicorum den 18. April 1703 in dem an Kais. Maj. wegen der Münsterischen Domprobstei-Sache geschehenen Vorstellung gemäß sei; wovon

2. sowolen des Herrn Kurfürsten zu Mainz kurf. Gn., als des Herrn Kurfürsten zu Cöln königl. Hoheit durch höfliche Antwortschreiben Nachricht zu geben wäre."

In der folgenden Geheimraths-Sitzung wird beschlossen, demgemäß höfliche Schreiben an Mainz und Cöln im Sinn einer allgemeinen Zusage zu richten. — An den Reichstags-Gesandten Görtz wird dagegen rescribirt, daß vor bestimmter Entschließung über Abgabe der badischen Vota — „tragen Wir dem Herrn Gesandten auf, Uns vorerst noch zu melden, worauf die Instructionen anderer Gesandter gerichtet sind, und wie insbesondere der Berliner Hof in der Sache sentire". (Protokoll 29. Sept. 1788.)

Graf Görtz meldet in seiner Comitialrelation von einer von ihm unternommenen Reise nach München und einer Unterredung mit dem Nuntius Zoglio. Er bringt dabei den (wie es scheint, in Berlin gutgeheißenen) Gedanken auf, daß zur Beendigung des Zwiespalts es am ersprießlichsten sein würde, daß der Pabst einen bevollmächtigten Legaten an den Reichstag schickte zur güttichen Verhandlung. Es scheint, daß Zoglio für den Vorschlag, dem er anfangs widerspricht, doch gewonnen worden ist. (Görtz Relation dat. Regensburg, 4. Dec. 1788.)

Gutachten des Geh. Raths Volz. Dat. 10. Dec. 1788.

Der Inhalt der Relation von Görtz sei sehr „unerwartet". Der Vorschlag des Grafen Görtz „zur päbstlichen Beschickung des Reichstags" werde besonders in Mainz „eine große Sensation erregen" — „er beruhet auf denen Grundsätzen des Herren Bischofen von Speier, daß man nämlich einen mit dem Oberhaupt der Kirche eingegangenen Vertrag der deutschen Nation nicht einseitig aufheben oder beschränken könne, sondern den Pabst solange in seinem Besitzstand lassen müsse, bis gemeinschaftlich ein anderes ist verglichen worden". Uebrigens scheine Görtz zu seiner Unterredung mit Zoglio keinen officiellen Auftrag der preußischen Regierung gehabt zu haben. „Die Beibehaltung der Appellationen nach Rom

kann denen evangelischen Reichsständen in Betreff ihrer katholischen Unterthanen in keinem Weg vortheilhaft sein. Hätte der sogenannte Exprälat Anselm von Schwartzach nicht nach Rom appelliren dürfen, so wäre der durch ihn quoad spiritualia veranlaßte Handel längst zu Ende, und man wüßte diesseits, wie man noch nicht weiß, mit wem man sich sicher vergleichen könne." Volz glaubt aber nicht, daß der Pabst darauf eingehen werde, dem Görtz'schen Vorschlag entsprechend, den Reichstag zu beschicken, sintemal ja die römische Curie überhaupt den westfälischen Frieden noch gar nicht genehmigt habe.

Erst im Juni 1789 (10 Monate nach dem kaiserlichen Hofdecret vom 9. Aug. 1788!) wird die Nuntiatur-Angelegenheit formell durch kurmainz. Rescript an den interimistischen Directorial-Gesandten Freih. v. Karg (dat. Mainz 12. Juni) als Verhandlungsgegenstand vor den Reichstag gebracht; es haben besonders die Erzbischöfe von Cöln und von Salzburg den Mainzer zu diesem Schritt getrieben. Ob es einen Erfolg haben wird, ist bei der Lage des Reichstags nicht abzusehen. (Görtz Relation dat. 25. Juni 1789.)

Bald darauf treten die Reichstags-Ferien ein; Görtz reist auch von Regensburg ab, und es herrscht dort tiefe Stille, wie der stellvertretende Sekretär Bauriedel von dort meldet am 20. Aug. 1789. Natürlich pausirt auch die Frage der Vornahme der Nuntiatursache auf dem Reichstag.

Am 1. Oct. kommt Görtz auf seinen Posten zurück und bittet um Verhaltungsmaßregeln in der Nuntiatursache.

Kurfürst Friedrich Carl von Mainz an den Markgrafen von Baden. Dat. Aschaffenburg, 8. Oct. 1789.

Bei herannahendem Ende der Comitialferien und bevorstehender Reichstags-Verhandlung über die Nuntiatursache bittet der Kurfürst, den badischen Gesandten mit geeigneter Instruction zu versehen.

„Wir stellen ... dem erleuchteten Ermessen E. Ld. ergebenst anheim, ob dieselben bei der bevorstehenden Reichstag-Berathschlagung dero Abstimmung nicht mit Uns und Unseren gleichgesinnten höchst- und hohen Mitständen dahin zu vereinbaren belieben wollen:

> „daß die päbstlichen Nuntien mit Facultäten und Jurisdiction im deutschen Reich (außer dem einzigen Falle, wo der Pabst als Oberaufseher und Primas zur Erhaltung der Einig- und Reinigkeit der katholischen Religion auf eine Zeit lang einen Legaten oder Nuntius abzuschicken befugt und schuldig ist) sowohl den Kirchen- als Reichssatzungen, besonders den deutschen Fürstenconcordaten und den darin aufgenommenen Schlüssen des Baseler Kirchenraths [sic!] zuwider, folglich nicht allein nicht zu dulden, sondern auch alle von diesen sowohl als von andern auswärtigen Nuntien im deutschen Reiche auszuübende Handlungen in causis tam contentiosis quam voluntariae jurisdictionis für unkräftig und nichtig zu achten seien."

Bitte um „eine freimüthige und bestimmte freundschaftliche Rückäußerung", ob er in diesem Sinne am Reichstag mitzuwirken gedenke.

Zunächst wird Görtz in Regensburg zur gutachtlichen Aeußerung über den Inhalt des kurmainzischen Schreibens aufgefordert (15. Oct.).

Er erstattet dieses in dem Sinne, daß Baden, als evangelischer Reichsstand, keine Ursache habe, sich für die in dem obigen mainzischen Votum enthaltene Clausel betr. die Erhaltung der Reinigkeit der katholischen Religion auszusprechen, da dies die Katholiken allein angehe; im übrigen stellt er ein formulirtes Votum in Vorschlag; in diesem erklärt Baden zuerst seine Zustimmung zu dem Antrag der Erzbischöfe in Betreff der Nuntien —

> „dabei aber erklären auch S. Dchl., daß, was Höchstihro Lande betrifft, Sie Sich dasjenige, was im Inst. Pac. Osn. Art. V. § 48 und XVII § 3 festgesetzt worden ist, vorbehalten, und daß Sie ferner in diesen Sachen, welche von dem Allerhöchsten Oberhaupt dem gesammten Reich zu einem zu erstattenden Reichsgutachten vorgelegt worden,

so weit dieselbe als eine Reichs-Polizeysache anzusehen ist, dabei mitzuwirken keinen Anstand haben nehmen wollen und können, daß Sie aber auch in allem übrigen, was in die kirchliche Verfassung einschlage, vor wie nach die in Inst. Pac. Osn. Art. V. § 1 für beide Religionstheile schon festgesetzte Grundregel anerkennen und festbestehend ansehen wollen." (Görtz Relation dat. Regensburg, 2. Nov. 1789.)

Hiergegen macht ein neues Gutachten des Geh. Raths Volz (dat. 14. Nov. 1789) geltend: „Daß Sermus ... entschlossen seien, für die Abschaffung der ständigen Römischen Nuntien oder Gesandten zu stimmen, davon ist mir nichts bekannt. Einem jeden Hof stehet frei, Gesandte zu schicken oder anzunehmen. Es ist nur die Frage von päbstlichen Gesandten mit denen sogenannten Facultäten, gegen deren Ausübung sich die Erzbischöfe setzen, wovon die evangelischen Reichsstände, kraft westfälischen Friedens, befreiet sind und denen Art. XVII § 3, die Concordate mit dem Pabst so wenig als die Kaiserlichen Wahlcapitulationen entgegenstehen sollen, zu deren Sicherheit auch dem von denen Concordaten handelnden Art. XIV neueren W.-C. der letztere § 6 eingeschaltet worden ist". An der Clausel des Mainzer Votums — „außer dem einzigen Falle ꝛc. — wird kein evangelischer Reichsstand einen Antheil nehmen, deme die Erhaltung der Einigkeit der römischen Kirche Meinungen, unter Mitwirkung ihres Oberhauptes, wol nicht anliegen mag. Nach meinem unmaßgeblichen Dafürhalten könnte die Comitialgesandtschaft darnach, wie ich den eingeschickten Entwurf mit Bleistift abgeändert habe, instruiret und hiernach dem Herrn Kurfürsten zu Mainz, daß dieses geschehen sei, geantwortet werden. Die Ursachen der Abänderungen kann ich mündlich erläutern."

Der corrigirte Entwurf läßt in der Hauptsache das von Görtz entworfene Votum bestehen. In der Sitzung vom 16. Nov. beschließt darauf das Geh. Raths-Collegium dem Gutachten von Volz entsprechend die Reichstagsgesandtschaft zu instruiren und davon dem Kurfürsten von Mainz Kenntniß zu geben.

Am 10. Dez. 1789 meldete Görtz, daß der kurmainzische und der kurcölnische Gesandte in Regensburg beide die volle Zufriedenheit ihrer Herren mit der ihnen mitgetheilten Instruction ausgesprochen haben.

Hiermit schließen die Acten des Karlsruher Archivs über diese Angelegenheit. Baden hatte somit, mit gewissen durch den protestantischen Charakter seiner Regierung gegebenen Vorbehalten, seine Stellung auf Seiten der erzbischöflichen Opposition gegen das päpstliche Nuntiaturrecht genommen. Zu einer formellen Abgabe des beschlossenen Votums auf dem Reichstag ist es indeß nicht gekommen. Bald darauf führte der Tod Kaiser Josephs II., der Hinblick auf die drohenden Ereignisse in Frankreich, nebst verschiedenen persönlichen Verhältnissen, einen allmählichen Umschwung der Stimmungen herbei; der Bund der Erzbischöfe löste sich auf, Verständigung mit der römischen Curie wurde von den einzelnen gesucht und gefunden, am letzten wich der Kurfürst von Mainz; auf dem Reichstag in Regensburg ist die Nuntiatursache gar nicht zur officiellen Verhandlung gelangt.

II.

Auswärtige Beziehungen.

1783—1789.



Einleitung.

Es ist selbstverständlich, daß die diplomatischen Beziehungen Badens zu außerdeutschen Höfen und Regierungen, von den üblichen Höflichkeitsbezeugungen und Familiennachrichten abgesehen, in dieser Zeit nicht von sehr umfassender und belangreicher Natur sein konnten. Dennoch haben die Nachforschungen in den heimischen und in auswärtigen Archiven in dieser Richtung eine Reihe von Materialien zu unserer Kenntniß gebracht, welche der Mittheilung nicht unwerth erscheinen und welche das Bild der regsam vielseitigen Bethätigung des Fürsten und seiner Regierung in erwünschter Weise vervollständigen.

Es sind in erster Reihe die Beziehungen zu Frankreich, welche hier in Betracht kommen; daneben die zu den Vereinigten Niederlanden; und an dritter Stelle die zu dem russischen Hofe. Wir stellen die bezüglichen Acten in dem vorliegenden Abschnitt zusammen.

1. Was zunächst Frankreich betrifft, so bildeten in dem Jahrzehnt vor der Revolution, neben den in dem vorigen Abschnitt berührten Angelegenheiten, besonders die Differenzen mit der Stadt Straßburg und mit der französischen Regierung über Rheinschiffahrt und Handel einen Gegenstand fortgesetzter diplomatischer Erörterungen. Zum Verständniß der darauf bezüglichen Acten werden einige Vorbemerkungen dienlich sein[1].

Die von der Stadt Straßburg Jahrhunderte lang besessene Vorherrschaft auf dem Gebiete der Rheinschiffahrt hatte schon seit dem Ausgang des sieb-

[1] Vergl. hierzu Hermann Notices historiques, statistiques et littéraires sur la ville de Strasbourg (Straßburg 1819) II. 130 ff. v. Drais II. 417 ff. Nebenius-Weech S. 154 ff. Löper zur Geschichte des Verkehrs in Elsaß-Lothringen (Straßburg 1873). Löper die Rheinschifffahrt Straßburgs in früherer Zeit und die Straßburger Schiffleut-Zunft (Straßburg 1877). Die reichhaltigen Materialien des Straßburger Stadtarchivs sind verzeichnet bei Brucker Summarisches Inventar des Communalarchivs der Stadt Straßburg vor 1790. Bd. IV. (Straßburg 1886) S. 122—132.

zehnten Jahrhunderts lebhafte Angriffe von Seiten anderer deutscher Uferstaaten zu erfahren gehabt. Indem bis dahin die Straßburger Schiffer nicht nur die Handelsfahrt auf dem Oberrhein von ihrer Stadt bis nach Basel mit strenger Ausschließlichkeit handhabten, sondern auch rheinabwärts bis nach Cöln und auf dem Main bis nach Frankfurt ihre regelmäßigen Fahrten ausdehnten, hatten sie, auf alte Privilegien gestützt, den Anspruch aufrecht zu erhalten verstanden, daß der gesammte Waarentransport vom Mittel- und Niederrhein her nach dem Elsaß, den oberrheinischen Landen und der Schweiz nur auf ihren Schiffen geführt werden durfte. Gerade von der Zeit an aber, wo Straßburg unter französische Herrschaft kam, begann in den benachbarten deutschen Städten und Staaten der Widerstand gegen dieses mit Nachdruck festgehaltene und nun auch von der französischen Staatsgewalt unterstützte Straßburger Vorrecht sich allmälich zu regen. Es war die Zeit, wo man allenthalben auch in Deutschland auf die Pflege und Hebung des tief gesunkenen merkantilen Lebens immer größere Aufmerksamkeit zu richten anfing.

In Mainz vor allem hatte schon im Jahre 1651 Kurfürst Johann Philipp, um seine herabgekommene Hauptstadt wieder in Flor zu bringen, das früher besessene Stapelrecht derselben unter vielfältigem Widerspruch von neuem aufgerichtet und dasselbe auch gegen die Straßburger mit Erfolg geltend gemacht. Er sowol wie seine Nachfolger waren unablässig bemüht, dem Mainzer Handel freie Bahn zu schaffen und namentlich dem Anspruch der Straßburger Schiffer auf ausschließliche Waarenbeförderung von Mainz rheinaufwärts bis nach Straßburg entgegen zu treten. Im Jahre 1681 war es dem Kurfürsten Anselm gelungen, nach viefältigen Streitigkeiten endlich einen sehr günstigen Vergleich mit den Abgeordneten des Straßburger Magistrates zu Stande zu bringen, in welchem den Mainzer Schiffern das Recht zugesprochen wurde, während des ganzen Jahres frei bis nach Straßburg Waaren zu verfahren, während die Straßburger nur in der kurz bemessenen Frist von je sechs Wochen zur Zeit der Frankfurter Oster- und Herbstmesse Schiffsladungen in Mainz und in Frankfurt in ihren Schiffen einnehmen und nach Straßburg führen sollten[1]. Dieser Vertrag ist allerdings nachmals, wie es scheint, von dem Straßburger Magistrat nicht ratificiert worden; aber die Mainzer Kurfürsten hielten denselben fest und wußten das bestrittene Recht thatsächlich aufrecht zu erhalten.

So hatte die consequent durchgeführte Handelspolitik dieser Mainzer Erzbischöfe die Vorherrschaft von Straßburg auf dem Oberrhein zuerst wirksam durchbrochen. Mancher anderer ähnlicher Versuche von Seiten minder mächtiger

---

[1] Hermann Notices II. 133. Löper Rheinschifffahrt S. 105.

Interessenten wußte die von der französischen Regierung[1] unterstützte Stadt sich glücklich zu erwehren; Breisach mußte seinen Versuch, einen selbständigen Antheil an der Rheinschiffahrt zu gewinnen, fallen lassen; ähnliche Bemühungen der Städte Speier, Worms, Philippsburg hatten den gleichen Erfolg; nur Basel gelang es, das ihm von den Straßburgern bisher verweigerte Recht zur Handelsfahrt rheinabwärts bis nach Straßburg glücklich zu behaupten[2].

Eine andere gefährliche Concurrenz trat hinzu, als um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts auch der Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz mit rivalisirenden Ansprüchen hervortrat. Hier galt es vornehmlich dem Aufschwung der neuen Hauptstadt Mannheim und der Förderung der besonders in Frankenthal stattlich aufblühenden pfälzischen Industrie. Bis dahin hatten sich die Mannheimer und Heidelberger Schiffer wesentlich auf die Neckarschiffahrt beschränken müssen; die Bergfahrt auf dem Rhein nach Straßburg war ihnen untersagt; rheinabwärts nach Mainz und von da nach Frankfurt pflegten sie nur in der Zeit der beiden Frankfurter Messen zu fahren. Als jetzt die pfälzische Regierung in Straßburg das Verlangen kund gab, auch für ihre Schiffer das Recht der Fahrt nach Straßburg und damit eine selbständige Theilnahme an der oberrheinischen Schiffahrt zu erlangen, und als die Straßburger jede Concession verweigerten, schloß Karl Theodor mit dem Kurfürsten Johann Friedrich Karl von Mainz im Februar 1749 einen dahin gehenden Vertrag ab, daß fortan die pfälzischen Schiffer an den Frachtfahrten nach Straßburg in regelmäßigem Abwechselungsturnus mit den Mainzer Schiffern zur Hälfte betheiligt sein sollten[3]. Hiermit traten auch die pfälzischen Lande in die Concurrenz auf dem Gebiete der Rheinschiffahrt ein, und das Straßburger Privileg hatte eine neue Einschränkung erfahren. Die Stadt rief die Hilfe der französischen Regierung an; allein die Verhandlungen, welche

---

[1] Auch die militärische Wichtigkeit der Ausschließung nicht-elsässischer Schiffsleute von diesem Theil des Rheins wird gelegentlich hervorgehoben; in einer Denkschrift vom J. 1749 wird gesagt: „was vor Gefahr und Ueberfall wäre nicht in Kriegszeiten die Provinz unterworfen, wenn jeder männiglich und besonders die jenseit Rheinische Unterthanen den Rheinfluß und dessen verborgenen cursus vollkommen kennten". (Ebendas. S. 112.) Man suchte daher nach Möglichkeit durchzusetzen, daß die Mainzischen u. a. fremden Schiffe, die nach dem Elsaß fuhren, sich nur Straßburger Steuermänner und Schiffsknechte bedienen sollten. So namentlich in dem unten zu erwähnenden Vertrag zwischen Frankreich und Mainz-Pfalz vom J. 1751, Art. 8.

[2] Löper zur Gesch. d. Verkehrs S. 78; die Rheinschifffahrt Straßburgs S. 115.

[3] «Les bateliers Palatins du haut Rhin jouiront à l'avenir et pour toujours de la moitié de la navigation de Mayence à Strasbourg, et quant à cet effet, il sera toujours observé que, pendant toute l'année, cette navigation depuis Mayence se fasse alternativement par les bateliers de Mayence et les susdits Palatins.»

diese in den nächsten Jahren mit den beiden rheinischen Kurfürsten führte, hatten zum Resultat eine Convention zwischen diesen und der Krone Frankreich (28. April u. 29. Mai 1751)[1], durch welche nicht nur dem Mainzer Kurfürsten der bestrittene Vertrag von 1681 mit der Stadt Straßburg formell bestätigt, sondern auch die pfälzisch-mainzische Vereinbarung von 1749 über die Theilnahme der pfälzischen Schiffer an der Frachtfahrt nach Straßburg als zu Recht bestehend anerkannt wurde, wogegen Straßburg als Entschädigung in der Hauptsache nur erlangte, daß außer den ihm 1681 gewährten beiden sechswöchentlichen Fristen zur Bergfahrt von Frankfurt und Mainz nach Straßburg ihm noch ein weiterer Monat dafür zugestanden wurde[2].

Hatte auf diese Weise die frühere Vorherrschaft Straßburgs schon sehr wesentliche Einschränkungen erfahren, so mußte es der Stadt als ein höchst bedenkliches Ereigniß erscheinen, als seit dem Anfang der siebziger Jahre auch in der Markgrafschaft Baden sich eine neue, äußerst rührig und energisch geführte Mitbewerbung erhob.

Die Schiffer der badischen Rheinuferplätze, unter denen sich kein bedeutenderer Ort befand, hatten bis dahin nur einen untergeordneten Antheil an der Rheinschiffahrt gehabt. Sie pflegten bis Mainz und Frankfurt zu fahren, die eigenen Landesproducte dort abzusetzen und für das Bedürfniß der nächstgelegenen Landschaften Waaren als Rückfracht einzunehmen; die Schiffahrt zu Berg, nach Straßburg und darüber hinaus, und damit der Antheil an dem großen Handelsgeschäft war ihnen, wie den anderen kleineren Rheinadjacenten, untersagt. Doch gab es auf badischem Gebiete eine Anzahl Ladeplätze, welche auch von den privilegirten straßburgischen und mainzisch-pfälzischen Schiffern viel benutzt wurden und unter denen namentlich Schreck (Schröckh, zwei Stunden von Karlsruhe rheinabwärts gelegen[3]) und Kehl jetzt zu größerer Bedeutung gelangten, zumal weil von ihnen aus zugleich ein sehr frequenter Speditionshandel zu Lande nach Schwaben, den österreichischen Vorlanden und über Schaffhausen nach der Schweiz getrieben wurde.

Es war natürlich, daß die Regierung Karl Friedrichs und der von ihr geförderte Unternehmungsgeist des badischen Handels- und Schiffahrtsstandes sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, an dieses Verhältniß anknüpfend eine immer ergiebigere Erweiterung dieser Speditionsgeschäfte anzustreben. Während in Kehl, unter den wachsamen Augen der Straßburger Ankerzunft und des

---

[1] Die Verträge von 1749 und 1751 abgedruckt bei Löper Rheinschifffahrt S. 238 ff.

[2] Die Wahl dieses neuen Monats sollte durch das Loos vollzogen werden; es fiel, für Straßburg wenig günstig, auf den Januar.

[3] Seit 1833 führt der Ort den Namen Leopoldshafen.

Magistrates, vorsichtige Zurückhaltung geboten war, zeigte sich besonders der Hafen von Schreck als eine sehr geeignete Localität, um den Zug der für das rechte Rheinufer, für Schwaben und die östliche Schweiz bestimmten Waaren dahin zu lenken. Es gelang in der That, durch geschickt gewährte Vortheile und Erleichterungen die Mainzer Spediteure mehr und mehr dafür zu gewinnen, daß sie die für jene Gegenden bestimmten Waarentransporte in Schreck landen und ausladen ließen, von wo sie dann zu Lande weiter befördert wurden. Die Frequenz dieses Hafens stieg von Jahr zu Jahr, und Schreck hatte alle Aussicht, im Verlauf einiger Jahrzehnte zu einem ansehnlichen Handelsplatz anzuwachsen.

Ein neuer Verlust für die Straßburger; eine große Anzahl von Schiffen, welche bisher den Weg über Straßburg genommen, dort ihre Waaren ausgeladen und dieselben dann von den Straßburger Spediteuren zu Lande oder zu Schiff hatten weiterführen lassen, fuhr jetzt nur bis nach Schreck, und jenen entging damit ein reicher Verdienst. Der Magistrat verfehlte nicht, in Paris Klage zu führen; er betonte, daß der Stadt unter der Herrschaft der französischen Krone nichts von ihren alten Rechten entfremdet werden dürfe, welche sie als deutsche Reichsstadt aufrecht zu erhalten im Stande gewesen wäre[1]; er drang vor allem darauf, daß für die Beförderung der sog. „Schweizergüter", d. h. der für die Schweiz bestimmten Waaren, der Weg über Straßburg genommen werden und die Weiterführung von da allein den Straßburger Schiffern und Spediteuren verbleiben müsse; er führte lebhafte Klage gegen die Mainzer Regierung, welche die Verladungen nach Schreck gestatte und dadurch sich zur Mitschuldigen der von Baden begünstigten Defraudationen mache.

Es war in der That sehr zweifelhaft, mit welchem Rechte sich Straßburg in Bezug auf den Handel von Schreck auf den westfälischen Frieden und seine alten Privilegien berufen konnte, nachdem die Friedensschlüsse von Ryswick und von Baden die Freiheit der Rheinschiffahrt feierlich ausgesprochen und ausdrücklich jeden Stapelzwang für aufgehoben erklärt hatten[2]. Nichts desto weniger

---

[1] «La ville de Strasbourg est par sa capitulation autorisée à réclamer la protection du Roi . . . elle n'est pas obligée de souffrir sous la domination de la France ce qu'elle n'aurait jamais souffert, lorsqu'elle était ville Impériale et état de l'Empire.» (Löper Rheinschifffahrt S. 120.)

[2] Ryswicker Friede (1697) Art. 18: «Fluminis [Rheni] autem navigatio aliusve usus utriusque partis subditis, aut qui alias illac commeare, navigare aut merces transvehere volent, aeque patebit; nec quidquam ab alterutra parte illic aut alibi unquam fiet, quo flumen divertatur . . .; multo minus nova telonia, portoria aut pedagia exigentur aut vetera augebuntur, navesque, quae transeunt, ad unam magis quam alteram ripam appellere, aut onera seu merces exponere vel recipere cogentur, sed id libero cujusque arbitrio relinqui semper debebit.» Badischer Friede (1714) Art. 6, wörtliche Wiederholung der vorigen Sätze.

stellte sich die französische Regierung mit einem Staatsrathsbeschluß 1773 entschieden auf die Seite der Straßburger, ermahnte die Kurfürsten von Mainz und Pfalz zur strengen Einhaltung des Vertrags von 1751 und ließ bei Fort Louis eine Controlestation errichten, zur Untersuchung aller vorbeigehenden Schiffe.

Diese Maßregel traf allerdings besonders die seit einigen Jahrzehnten aufgekommenen kleinen Privatschiffahrtsunternehmungen der sog. „Bauernschiffer", deren Concurrenz den Straßburgern gleichfalls unbequem war. Die Schiffahrt von Schreck wurde von der weit rheinaufwärts belegenen Controlestation in Fort Louis nicht berührt, und in Mainz fuhr man fort, unter der Hand den Waarenfahrten dorthin freien Lauf zu lassen.

Auf erneute Beschwerden der Straßburger that die französische Regierung einige Jahre später (1778) einen neuen, direct gegen Baden gerichteten Schritt. Der Gesandte beim schwäbischen Kreise, O'Dune, erschien in Karlsruhe mit der entschiedenen Forderung, unter Berufung auf die Verträge von 1681 und 1751, daß fortan keine „Schweizergüter" mehr in Schreck ausgeladen werden dürften, daß also Baden zu Gunsten des Straßburger Privilegs auf diesen wichtigen Theil seines Speditionshandels zu verzichten habe. Der Gesandte verfehlte nicht, für den Weigerungsfall mit französischen Repressalien gegen die im Elsaß belegenen badischen Besitzungen zu drohen, und so gewaltsam rechtswidrig das Verfahren Frankreichs war[1], so deutlich die Bestimmungen des Ryswicker und des Badener Friedens sprachen, so wenig Baden an jene beiden Verträge von 1681 und 1751 gebunden sein konnte, an denen es gar keinen Antheil hatte: so entschloß sich damals Karl Friedrich doch, der Gewalt zu weichen und einen Schritt rückwärts zu thun. Er erließ eine Verordnung des Inhaltes, daß bis auf weiteres in Schreck keine Schweizergüter ausgeladen werden sollten.

Man wird annehmen dürfen, daß es mit der Ausführung der erzwungenen Maßregel von Seiten der badischen Behörden nicht allzu streng genommen wurde. Die bei den Fahrten nach Schreck interessirten badischen Schiffer werden Wege gefunden haben, die Verordnung zu umgehen, und sie wurden dabei von den gleichfalls interessirten mainzischen Spediteuren unterstützt; eine wirksame Controle war schwer durchzuführen, und selbst wenn die Mainzer Regierung aufrichtig gewillt gewesen wäre, die französischen Forderungen zu erfüllen und keine Spedition von Schweizergütern von Mainz nach Schreck zu gestatten, so war es nicht leicht, diese Maßregel gegen die thatsächliche Nichtbeachtung auf

[1] Was O'Dune selbst zugestanden zu haben scheint; s. u. die Note zu dat. 30. April 1786.

Seiten ihrer eigenen Hafenbeamten, die von der Spedition ihren Nutzen zogen, durchzusetzen [1].

In Wirklichkeit hatten Mainz und Baden ein gleiches Interesse daran, das Straßburger Monopol möglichst zu durchbrechen, und nur die nöthige Rücksicht auf den mächtigen Nachbarstaat veranlaßte sie zu Concessionen, welche man aber in der Praxis illusorisch zu machen suchte. Die Unbestimmtheit des Ausdrucks „Schweizergüter" begünstigte dies. Nach der von den Straßburgern behaupteten Deutung sollten darunter insgemein alle nach der Schweiz (und von da eventuell weiter nach Italien) bestimmten Waaren zu verstehen sein. Von badischer Seite wurde dem entgegengestellt, daß man mit diesem Worte von jeher nur die Güter bezeichnet habe, welche über Straßburg nach Basel und in die westliche Schweiz bestimmt waren, während die über Schaffhausen nach der östlichen Schweiz bestimmten nicht unter diese Bezeichnung fielen und zu dem Umweg über Straßburg niemals verpflichtet gewesen seien. Man wird in Mainz und in Schreck fortgefahren haben, unter der Hand nach dieser Auffassung zu verfahren; jedenfalls scheint ein wesentlicher Rückgang in der Frequenz des Entrepots von Schreck in Folge jener Verordnung von 1778 nicht eingetreten zu sein.

Vielmehr steigerten sich von Jahr zu Jahr die Klagen über immer wachsende Beeinträchtigungen und über immer bedenklichere Abnahme des Straßburger Handels. Neben Schreck trat von badischer Seite auch Kehl immer offener in die Concurrenz ein, welches durch bedeutende industrielle Unternehmungen gehoben, mit weit geringeren Abgaben belastet und von der badischen Regierung in aller Weise unterstützt, auch seine eigene Schiffahrt freier zu entfalten begann und den Straßburger Schiffern empfindliche Einbuße verursachte [2]. Die französische Regierung hat es an Bemühungen nicht fehlen lassen, der bedrängten Stadt mit ihrem Einfluß zu Hilfe zu kommen. Anfangs 1783 trat als neuer Gesandter bei dem Kurfürsten von Mainz Graf O'Kelly [3] sein Amt an, welcher die Entwickelung der Schiffahrtsangelegenheiten zum Gegenstand seines besonderen Studiums machte und namentlich das Emporkommen von Schreck mit wachsamen Augen verfolgte. O'Kelly gewann bald den Eindruck, daß die

---

[1] Vergl. die Aeußerung eines solchen in dem Bericht O'Kelly's aus Mainz vom 31. März 1786.

[2] S. die Denkschrift derselben an den Straßburger Magistrat bei Löper Rheinschiffahrt S. 137, und die Notizen über die Blüthe von Kehl ebendas. S. 117 f. In der Denkschrift wird die erfolgreiche Rivalität Badens als die Hauptursache des Verfalls bezeichnet.

[3] Vergl. oben S. 57. Sein Vorgänger war ein Mr. Apprederis gewesen, dessen Berichte gleichfalls viele Einzelheiten über diese Verhältnisse enthalten (Paris. Arch.).

Dinge einen für Straßburg sehr verhängnißvollen Gang zu nehmen im Begriff standen. Er erkannte, daß trotz aller officieller Betheuerungen die mainzische Regierung unter der Hand doch mit der badischen zusammenarbeitete oder daß sie wenigstens zu energischen Maßregeln gegen diese nicht zu gewinnen war — es war die Zeit, wo die beginnenden Unionsverhandlungen die Höfe von Mainz und Karlsruhe immer enger zusammenführten. Er verfehlte nicht, über das Detail des Mainzer Handels sorgfältige Zusammenstellungen zu machen und namentlich über alle nach Schreck fahrenden Schiffe und ihre Ladungen genau Buch zu führen; er constatirte, daß der Handel von Schreck in steter Zunahme begriffen war, auch der Handel mit „Schweizergütern"; in den Jahren 1784 und 1785, behauptet er, kam die Schiffahrt von Schreck der von Straßburg bereits fast gleich[1] — „alle Rheinuferstaaten", ruft er einmal aus, „scheinen sich zum Ruin des Straßburger Handels verschworen zu haben"[2].

Der französische Minister des Auswärtigen, Graf Vergennes, machte noch einen Versuch, durch energische Einschüchterung der badischen Regierung der Stadt Straßburg zu Hilfe zu kommen. Der Gesandte beim schwäbischen Kreis, Baron de Mackau, ein junger Diplomat, der sich in Karlsruhe durch sein bei den französischen Diplomaten dieser Zeit noch ungewöhnliches täppisch-brüskes Dreinfahren bei ziemlicher Kenntnißlosigkeit bereits einen üblen Namen gemacht hatte[3], wurde beauftragt von neuem dringende und drohende Vorstellungen bei dem markgräflichen Hofe zu machen. Mackau entledigte sich dieses Auftrags in sehr anmaßender und unhöflicher Form, seine Instruction wahrscheinlich, wie er öfter that, weit überschreitend; er wies abermals auf mögliche Repressalien in den elsässischen Besitzungen des Markgrafen hin und ging so weit, selbst mit der Anstellung französischer Controlebeamten in Kehl und Schreck zu drohen. Das Ende war, daß man badischer Seits, um das Aeußerste zu vermeiden, wieder wie 1778 den Weg der formellen und provisorischen Concessionen beschritt: der Markgraf erklärte seine Rechtsauffassung aufrecht zu erhalten und behielt sich weitere Verhandlungen mit dem französischen Hofe vor; einstweilen erließ er eine provisorische, zunächst für drei Monate geltende und dann bis

---

[1] S. u. den Bericht vom 31. März 1786.

[2] O'Kelly an den Minister Graf Vergennes dat. Mainz 27. Dec. 1786: «il semble que tous les états riverains du Rhin aient conspiré la ruine du commerce de la ville de Strasbourg». Ebenso wie in Mainz und Karlsruhe verfahre man auch in Mannheim feindselig und betrügerisch gegen Straßburg (Paris. Arch.).

[3] Vergl. oben S. 125. Diese Sendung Mackau's ist es, von welcher v. Drais II. 425 ohne Nennung des Namens spricht; s. die Acten über dieselbe unten dat. 19. April ff. 1786.

auf weiteres immer für die gleiche Frist zu prolongirende Verordnung (29. Juli 1786), in welcher das Verbot wiederholt wurde, überhaupt keine „Schweizergüter", auch nicht die für Schaffhausen bestimmten, auf badischem Gebiete auszuladen.

Der Erfolg dieser Maßregel wird für Straßburg auch jetzt kein sehr beträchtlicher und jedenfalls kein dauernder gewesen sein. Schon im folgenden Jahre unterließ die badische Regierung stillschweigend die Prolongation der Verordnung und ließ damit der Wiederaufnahme der alten Praxis freien Lauf[1]. Seit dem Tode des Ministers Vergennes (13. Febr. 1787) kam die Angelegenheit in Paris mehr und mehr ins Stocken; die Revolution fand sie unerledigt vor und erledigte sie im Sinne unbeschränkter Handelsfreiheit. Zu Gunsten Badens speciell verfügte nachmals der Friedensvertrag mit der französischen Republik im Jahre 1796 für alle Angehörige beider Staaten die völlige Freigebung der Schiffahrt auf dem Rhein.

Auf die hier angedeuteten Vorgänge und Verhältnisse bezieht sich ein großer Theil der in diesem Abschnitt enthaltenen Acten. Der Vertrauensmann der badischen Regierung in Paris war auch in diesen Angelegenheiten Dupont[2], dessen angesehene amtliche Stellung ihn besonders geeignet machte, den gegen Baden gerichteten Machinationen der Straßburger und der in ihrem Interesse wirkenden Persönlichkeiten das Gegengewicht zu halten.

Man erkennt aus seiner Correspondenz mit Edelsheim, welche durch die in Paris vorgefundenen Acten seiner badischen Residententhätigkeit in erwünschter Weise ergänzt wird, ein wie intimes persönliches Verhältniß zu dem badischen Hause und Hofe dieser Thätigkeit zu Grunde lag. Neben den politischen Geschäften nimmt er auch an den vertrautesten Familienangelegenheiten Theil[3]. Dazu kam seine eingehende Berichterstattung über die politischen Verhältnisse in Frankreich in den ereignißreichen achtziger Jahren; leider scheinen von diesen Briefen manche verloren gegangen zu sein. Während im übrigen nach dem Plane dieser Publication bloße Residentenberichte von auswärtigen Höfen, welche ohne eigentlich geschäftlichen Inhalt nur zur Information dienten, von der Mittheilung ausgeschlossen bleiben müssen, halten wir hier eine Ausnahme für gerechtfertigt und nehmen auch die Dupont'schen Briefe dieser Art, so weit sie er-

---

[1] S. u. das Schreiben Edelsheims an Dupont dat. 27. Sept. 1787, am Ende.

[2] Vergl. oben S. 28.

[3] So in der Angelegenheit der geplanten Verheiratung des Prinzen Friedrich (s. u. dat. 13. März ff. 1785); die in den Karlsruher Acten enthaltenen Notizen werden erst verständlich durch die zwischen Dupont und Vergennes darüber gewechselten Briefe aus dem Pariser Archiv.

halten sind, in die gegenwärtige Sammlung auf. Man wird denselben, namentlich den geistvollen Erörterungen über die Lage der französischen Politik nach der Notabelnversammlung des Jahres 1787, selbst ein gewisses literarisches Interesse zusprechen dürfen.

---

2. Die zweite Gruppe von Acten, welche wir in diesem Abschnitt zusammenstellen, betrifft die Beziehungen des badischen Hauses zu den Niederlanden.

Die nahe Verwandtschaft mit dem Hause Nassau-Oranien, dem die Mutter Karl Friedrichs angehörte, hatte Beziehungen zwischen den beiden fürstlichen Familien begründet, welche immer aufrecht erhalten wurden, welche aber doch nur in den früheren Jahren Karl Friedrichs, bis zum Tode seines Oheims, des Erbstatthalters Wilhelms IV. (gest. 1751), den Charakter eines intimeren persönlichen Verkehrs gehabt zu haben scheinen. Zugleich aber hatte sich hieraus ein anderes Verhältniß ergeben.

Der Eintritt in niederländische Militärdienste war auch noch im achtzehnten Jahrhundert in dem fürstenreichen Deutschland eine vielbenutzte Gelegenheit nicht nur für zahlreiche deutsche Edelleute, sondern auch für jüngere Prinzen protestantischer fürstlicher Häuser, um zu einer, meist ziemlich bequemen, höheren militärischen Carriere zu gelangen, welche geringe Ansprüche an wirkliche Dienstleistung zu stellen pflegte, dagegen aber eine gesicherte Einnahme mit sich brachte. Man stellte in den Niederlanden deutsche Fürsten und Grafen um so lieber an die Spitze einzelner Regimenter und Bataillone, als damit die Voraussetzung verbunden war, daß jeder Chef eines solchen militärischen Körpers zugleich auch für einen freien Werbedistrikt für denselben in seinem heimatlichen deutschen Bezirk aufzukommen habe, wie dies in der That die gewöhnliche Praxis war.

Es war nach den geltenden Anschauungen der Zeit natürlich, daß auch von den Fürsten des Baden-Durlachischen Hauses der Vortheil eines solchen militärischen Dienstverhältnisses gesucht wurde und daß ihnen dabei ihre Verwandtschaft mit den Oraniern zu Statten kam[1]. Selbst der junge Karl Friedrich wurde, nachdem er schon die Regierung seines Landes angetreten, im Febr. 1748 zum Obersten des zweiten Bataillons des Regiments Oranien-Nassau ernannt und ist der Chef desselben bis zur Eroberung Hollands durch

---

[1] In Bezug auf diese militärdienstlichen Beziehungen zu den Niederlanden hat A. Kleinschmidt Karl Friedrich von Baden (Heidelberg 1878) S. 15 ff., 36 ff., 93 ff. aus dem niederländischen Reichsarchiv und aus dem oranischen Hausarchiv im Haag einige Personalnotizen mitgetheilt.

die Franzosen geblieben; nachdem er im Jahre 1751 zum Generallieutenant avancirt worden war, wurde ihm noch über dreißig Jahre später die Beförderung zum General der Infanterie von dem Erbstatthalter Wilhelm V. angetragen (1789), die er aber dankend ablehnte: er habe schon seit langer Zeit jeden Gedanken an einen militärischen Rang in einer ausländischen Armee aufgegeben[1].

Noch etwas früher als Karl Friedrich war sein jüngerer Bruder Wilhelm Ludwig (geb. 1732, gest. 1788) in niederländische Dienste getreten und zum Obersten in einem friesländischen Regiment ernannt worden (Mai 1747). Er avancirte im Laufe der Jahre bis zum Generallieutenant (1766), war Inhaber eines Regimentes und zeitweilig Gouverneur von Arnheim, verbrachte aber, ohne sein Regiment aufzugeben, die letzten zwanzig Jahre seines Lebens fast ausschließlich in der badischen Heimat[2].

Diese Beziehungen zu der niederländischen Armee gingen nun auch auf die folgenden Generationen über[3]. Unter seinen Söhnen bestimmte Karl Friedrich den zweiten, den Prinzen Friedrich (geb. 1756, gest. 1817) für die Carriere in den Niederlanden. In jungen Jahren schon trat er in den Dienst, erhielt später ein in Maastricht stehendes Bataillon und wurde 1779 zum Generalmajor ernannt; ein Regiment zu erhalten gelang ihm erst im Jahre 1784, als das Regiment Nassau-Weilburg durch den Rücktritt seines bisherigen Inhabers frei wurde[4].

Man cultivirte diese militärische Verbindung von Karlsruhe aus jetzt besonders im Interesse des Prinzen Friedrich. Es war jedenfalls zu seinen Gunsten, daß Karl Friedrich schon 1781 im Haag den Vorschlag machen ließ, außer dem Bataillon des Regiments Oranien-Nassau, welches er selbst schon seit 1748 als «colonel propriétaire» inne hatte, noch ein zweites zu formiren und beide zu einem neuen Regiment zu vereinigen, welches stets dem Hause Baden verbleiben und dessen Namen führen sollte[5]. Die Verhandlungen dar-

---

[1] S. u. das Schreiben Wilhelms V. dat. 28. April 1789. Natürlich war auch die Inhaberschaft des erwähnten Bataillons nur titular; im Jahr 1783 stand an der Spitze desselben als Oberst ein Herr von Manteuffel.

[2] Vergl. Brunn Briefe über Karlsruhe S. 140. Kleinschmidt S. 36.

[3] Der Enkel Karl Friedrichs, der nachmalige Großherzog Karl (geb. 1786), war, wie Brunn S. 139 angiebt, schon im Alter von vier Jahren „Capitain in holländischen Diensten".

[4] S. u. die Acten vom Nov. 1784.

[5] Instruction zur Verhandlung darüber für Prinz Friedrich dat. 12. Febr. 1781. Dazu unten die Verhandlungen mit dem niederländischen General de Verschuer im Jan. 1785.

über haben sich, ohne zu einem Abschluß zu gelangen, viele Jahre lang hingezogen. In den für die Niederlande so bewegungsreichen achtziger Jahren brachte das öfter gestellte Verlangen, Werbungen im badischen Gebiet zu gestatten oder selbst badische Truppen in den Solddienst der Generalstaaten treten zu lassen, vielfältige Verlegenheiten mit sich; man erledigte sich dieser Anforderungen nach Möglichkeit; der Markgraf, erklärt Edelsheim einmal, wird sich nie auf einen Vertrag einlassen, der nach Menschenhandel aussieht (qui aurait l'air d'un marché d'hommes)[1]. Aber über einen officiellen Subsidien- und Alliancevertrag wurden ernsthafte Verhandlungen geführt. Karl Friedrich trug sich eine Zeit lang mit dem Gedanken, mit Hilfe holländischer Subsidien und aus eigenen Mitteln seine Militärmacht auf die ansehnliche Höhe von 8000 Mann zu bringen, von denen nur 2000 zur Disposition der Generalstaaten stehen sollten, während er die übrigen eventuell für die Zwecke des Fürstenbundes bereit zu halten gedachte[2]. Er kam darauf zurück, als sein Versuch, einen Subsidienvertrag mit Friedrich dem Großen zu schließen, gescheitert war; zu einem Abschluß ist die Angelegenheit so wenig gelangt, wie die ähnlich gearteten Pläne Karl Augusts von Weimar.

Es konnte nicht fehlen, daß die militärischen Beziehungen zu den Niederlanden bisweilen auch gewisse politische Schwierigkeiten mit sich brachten. Der Conflict dieses Staates mit Kaiser Joseph II. im Jahre 1784 drohte die badischen Inhaber niederländischer Truppentheile in eine bedenkliche Situation zu bringen, was nur durch die schnelle Beendigung des Streites verhütet wurde. Nicht minder schwierig war die Stellungnahme bei den bald darauf ausbrechenden Zerwürfnissen zwischen dem Erbstatthalter Wilhelm V. und der Patriotenpartei. Das verwandtschaftliche Interesse schon mußte das Haus Baden auf die Seite des ersteren führen, und auf dieser stand auch der preußische Hof, mit dem man jetzt durch das Band des Fürstenbundes in engster Beziehung war; die Patriotenpartei aber wurde von Frankreich begünstigt, dessen stets rege Empfindlichkeit zu schonen man nicht minder Ursache zu haben glaubte. Auch hier half die rasche Schlichtung des Streites durch die preußische Intervention von 1787 bald über die Verlegenheit hinweg. Es charakterisirt die durch jenes Vorgehen Preußens in Holland geschaffene Situation — im April 1788 wurde das preußisch-holländische Defensivbündniß geschlossen —, daß bei der kurz darauf in Angriff genommenen Reorganisation der niederländischen Armee man im Haag auf die dem Fürstenbund angehörigen deutschen

[1] Vergl. auch oben S. 100.

[2] S. oben S. 146 f. und die unten folgenden Acten.

Reichsstände besondere Rücksicht nehmen zu sollen glaubte[1], und auch der badische Hof bekam den Vortheil dieser Einwirkung zu empfinden in dem bereitwilligeren Eingehen der Generalstaaten auf von ihm geäußerte Wünsche.

Alle die geschäftlichen Verhandlungen, welche sich aus den geschilderten Verhältnissen ergaben, wurden im Haag durch die Vermittelung des dortigen badischen Residenten George François Bosset de la Rochelle[2] geführt; und zwar, wie es scheint, ausschließlich nur diese; vertraulichere Angelegenheiten, wie z. B. der oben (S. 233 n. 3) erwähnte Plan einer Verheiratung des Prinzen Friedrich mit der Tochter des Erbstatthalters, wurden ihm nicht mitgetheilt. Seine Hauptaufgabe war daneben die laufende zeitungsmäßige Berichterstattung über die politischen Vorgänge in den Niederlanden; diese Berichte, in eine Anzahl voluminöser Hefte zusammengefügt, befinden sich in dem Karlsruher Archiv und enthalten werthvolle Mittheilungen über die holländische Spezialgeschichte der Zeit. Für unseren Zweck haben wir uns auf die Publication der geschäftlichen Correspondenz mit Edelsheim zu beschränken.

---

3. Directe diplomatische Beziehungen zu dem russischen Hofe, durch Anstellung eines eigenen badischen Agenten in Petersburg, sind zum ersten Male im Jahr 1783 angeknüpft worden. So große Wichtigkeit diese Beziehungen in den nächstfolgenden Zeiten gewannen, so ist doch zu constatiren, daß die Veranlassung zur Begründung derselben nicht von der badischen Regierung ausging, sondern einem sehr zufälligen persönlichen Verhältniß entsprang.

Die Anregung dazu gab der Mann, welcher die betreffende Residentenstelle selbst einzunehmen wünschte. Im September 1782 wandte sich der seit kurzem bei dem Ministerium des Auswärtigen in Petersburg angestellte Kanzleirath v. Koch an den badischen Residenten von Stockmayer in Wien

---

[1] On jettera de préférence les yeux sur ceux des états, qui sont liés par l'Association Germanique (Bosset an Edelsheim 23. Oct. 1787). Wie dies wiederum zusammenhing mit den gleichzeitigen militärischen Plänen Karl Augusts von Weimar für den deutschen Fürstenbund s. bei Böhtlingk die holländ. Revolution und der Fürstenbund S. 53 ff. und Droysen Abhandlungen zur neueren Geschichte (Leipzig 1876) S. 176 ff.

[2] Bosset war zugleich auch Geschäftsträger für verschiedene andere deutsche Staaten, wie Mecklenburg und die Hansestädte, im Haag. Sein Engagement für Baden scheint Unterbrechungen gehabt zu haben; von 1788 an ist in seiner Correspondenz mit Edelsheim eine mehrjährige Lücke; 1796 ist die Rede davon, die Stelle ganz eingehen zu lassen; doch ist es wol nicht oder nur zeitweilig geschehen; die Berichte wenigstens gehen auch hier weiter; 1806, nach der Errichtung des Königreichs Holland, tritt Bosset wieder officiell als badischer Envoyé im Haag auf.

mit der Bitte, ihm bei der Erlangung des Postens eines Chargé d'affaires der badischen Regierung am russischen Hofe durch seine Verwendung behilflich zu sein, indem er zugleich hervorhob, daß dem badischen Hofe eine solche Vertretung bisher gefehlt habe, und daß er durch seine Studien und durch seine amtliche Stellung sich dazu besonders eignen würde. Koch war Elsässer von Geburt, ein Bruder des bekannten Straßburger Gelehrten Christoph Wilhelm Koch, des Verfassers der «Histoire des Traités de paix»[1]; er hatte von früh her Beziehungen zu dem Hofe von Karlsruhe, wie es scheint, als Stipendiat der Markgräfin Karoline Louise[2], und hatte demselben schon 1781, als er von Wien aus, vermuthlich durch den dortigen russischen Gesandten Fürsten Galizin empfohlen, nach Rußland ging, seine Dienste angeboten. Damals war man nicht darauf eingegangen; als jetzt Stockmayer das neue Gesuch befürwortend und mit der Bemerkung, daß auch Fürst Galizin den Petenten für den Posten empfehle, in Karlsruhe überreichte, fand dasselbe bereitwillige Aufnahme; Karl Friedrich ließ dem Bewerber mittheilen, daß er geneigt sei, ihm mit einem Gehalt von 1000 fl. die gewünschte Stelle zu übertragen[3]. Nachdem Koch im Frühjahr 1783 bei Gelegenheit einer Reise nach Straßburg sich persönlich in Karlsruhe vorgestellt und auch die russische Regierung ihm die erforderliche Erlaubniß ertheilt hatte, erfolgte seine definitive Ernennung, sowie seine Beglaubigung bei dem Vicekanzler Grafen von Ostermann, am 18. September 1783.

Die Correspondenz mit dem neuen Residenten wurde, wie alle ähnlichen, von Edelsheim geführt. Man war anfangs, wie es scheint, mit der Acquisition nicht sonderlich zufrieden; Karl Friedrich nennt ihn einmal, bald nach dem Beginn seiner Thätigkeit, einen „armseligen Correspondenten"[4]; später scheint man ihn günstiger beurtheilt zu haben[5]. Jedenfalls fand man bald, daß es

[1] Ein anderer Bruder begegnet gelegentlich in oldenburgischen Diensten, z. B. bei dem Rastadter Congreß.

[2] „Serenissima haben ihn Theologie studieren lassen", erwähnt einmal Edelsheim in einem Briefe an Karl Friedrich (dat. 25. Oct. 1782).

[3] Geheimrathsprotokoll dat. 21. Oct. 1782. Edelsheim war damit nicht ganz einverstanden; „er ist (schreibt er dem Markgrafen) freilich nicht theuer, wird es aber schon werden. Ein Mann, der in wirklichen kaiserlichen Diensten und in einem so großen Favor steht, hat gar leicht Mittel, um seine Pension zu vermehren, und doch sagt er Einem nie mehr, als ihm seine Stelle zu sagen erlaubt." (Dat. Hanau 25. Oct. 1782.)

[4] Karl Friedrich an Edelsheim dat. Karlsruhe 7. Aug. 1784 (eigenh.).

[5] Seine Correspondenz ist nur lückenhaft erhalten; im Herbst 1797 erklärte er, «par mes rapports de service actuels» zur Niederlegung seiner Stelle genöthigt zu sein, setzte aber trotzdem seine Privatcorrespondenz mit Edelsheim jun. fort und nahm im Herbst 1798 auch das Amt als badischer Geschäftsträger wieder auf; er starb im März 1800. (Anzeige seiner Wittwe dat. Petersburg 2./14. März 1800.)

sehr angezeigt war, einen mehr oder minder vertrauten Agenten in Petersburg zur Verfügung zu haben. Schon im Jahre 1783 taucht der Gedanke an die Möglichkeit auf, der ein Jahrzehnt später sich verwirklichen sollte, eine von den fünf Töchtern des Erbprinzen Karl Ludwig künftig mit einem russischen Großfürsten zu verheiraten. Aber auch im Hinblick auf die allgemeinen politischen Angelegenheiten und auf den immer intensiveren Antheil, welchen die Kaiserin Katharina II. an denselben nahm, zeigte sich die Nützlichkeit einer ständigen Vertretung. Freilich der Versuch, die russische Regierung für die finanziellen Verlegenheiten des Herzogs von Zweibrücken zu interessiren und eine russische Subvention für diesen zu Wege zu bringen, mißlang[1]. Gerade bei der politischen Parteistellung aber, welche Katharina II. jetzt an der Seite Kaiser Josephs II. einnahm, und bei dem gespannten Verhältniß, in welches Baden während der achtziger Jahre zu dem Wiener Hofe trat (s. den ersten Abschnitt dieses Bandes), mußte es sehr erwünscht sein, eine gewisse Fühlung mit dem Petersburger Cabinet zu haben und über die dort vorwaltenden Stimmungen authentisch unterrichtet zu werden.

In der That hat es dem Karlsruher Hof an Aufklärungen über diese Stimmungen fortan nicht gefehlt[2]. Neben den sehr deutlichen Kundgebungen über die Ansichten und Wünsche der russischen Kaiserin, welche ihr Gesandter im Reich, Graf Romanzow, den kleineren deutschen Höfen zu übermitteln pflegte[3], verfehlte auch Koch nicht, in seinen Berichten sehr verständliche Winke zu geben. Man erhält den Eindruck, daß der Petersburger Hof sich seines Kanzleirathes, der zugleich badischer Resident war, in sehr handgreiflicher Weise bediente, um durch diesen Canal unter der Hand die Mahnungen und Warnungen nach Karlsruhe gelangen zu lassen, die ihm angebracht zu sein schienen,

---

[1] Vergl. oben S. 23.

[2] Eine persönliche Berührung mit Elementen des russischen Hofes hatte kurz zuvor bei Gelegenheit des Besuchs des Großfürsten Paul in Karlsruhe im September 1782 (oben S. 34) Statt gefunden. Eine recht treffende Charakteristik des unglücklichen Fürsten, des nachmaligen Kaisers Paul I., giebt kurze Zeit darauf Edelsheim in einem Briefe an Herzog Karl August von Weimar: „Schade, daß mir sein Haupt nicht geschaffen zu sein scheinet, um eine Krone anders als im Sarge zu tragen. Wenn der glücklich Kaiser wird und bleibt, so trügt mich die Physiognomik ganz. Ein recht contradictorisch Menschenkind. Gutes und Böses, Verstand und Thorheit, Trotz, Schwachheit und Selbstheit, alles keimt, grünt und blüht in ihm und steht auf seinem Gesicht.“ (Dat. Hanau, 24. Oct. 1782. Weim. St. A.)

[3] Ueber Romanzows Auftreten am Karlsruher Hofe im Sept. 1785 s. oben S. 107. 114 und die w. u. folgenden Briefe von Koch und Edelsheim. Von der nach der Angabe Böhmers (S. 115) angeblich nach Karlsruhe fließenden russischen Pension von 14,000 Rubeln findet sich in der Correspondenz Kochs keine Andeutung.

sei es, daß man in Petersburg die militärischen Beziehungen des badischen Hofes zu den Niederlanden aus Freundschaft für Oesterreich anstößig fand oder daß man aus demselben Grunde den Markgrafen von dem Eintritt in den deutschen Fürstenbund zurückzuschrecken suchte.

Die nicht sehr umfangreiche Correspondenz zwischen Koch und Edelsheim verdient es daher, so weit sie auf Baden in speciellem Bezug steht, hier mitgetheilt zu werden; sie ist der Anfang eines diplomatischen Verkehrs, der in den beiden folgenden Jahrzehnten für den badischen Staat von der folgenreichsten Wichtigkeit wurde.

II. Auswärtige Beziehungen.

1783—1789.

1. Beziehungen zu Frankreich (1783—1788).

218. Dupont an den Minister de Vergennes.

Paris, 12. April 1783.

[Der Tod der Markgräfin Karoline Louise von Baden in Paris; unglückliche Zufälle und Versäumnisse. Prinz Friedrich. Der Transport der Leiche und die französische Douaneverwaltung.]

J'ai l'honneur d'envoyer à V. Exc. les lettres de la Cour de Carlsruhe qui m'autorisent à suivre et traiter ses affaires auprès de Vous, sous Votre bon plaisir[1]. Mais ce qu'il y a d'étrange et de bien affligeant pour moi est que, trois heures avant de les recevoir, j'apprends que S. A. S. Madame la Marggrave est arrivée ici il y a huit jours, qu'elle y est tombée malade, qu'elle y est morte mardi, sans que j'en sçusse un mot[2]. La lettre, qui m'annonçait son voyage, n'est arrivée qu'aujourd'hui avec celle que j'ai l'honneur de Vous adresser. Il y a dans le service des postes des intercadences très extraordinaires. La Princesse et son fils le Prince Frederick sont arrivés sans avoir de maison arrêtée, ont envoyé chez moi, pendant que j'étais à Versailles, ont cru que je n'habitais point Paris, n'ont pas fait dire à ma porte la moindre chose en leur nom, ont couru depuis huit heures du soir jusqu'à onze pour trouver un hôtel, surpris qu'on ne m'eût pas donné de meilleurs instructions pour venir au devant d'eux. Le reste du voyage a été plus triste. Sans Mr. l'Envoyé de Saxe, qui s'est trouvé là et qui s'est chargé de prévenir V. Exc., le Prince Frederick ne savait quel parti prendre. Je l'ai trouvé abattu de douleur, mais bien reconnaissant de la promptitude, avec laquelle Vous lui avez fait expédier le passeport pour le cercueil de S. A. S. Il m'a chargé de vous témoigner, combien

[1] Ueber Dupont und seine Ernennung zum badischen Chargé d'affaires s. oben S. 28. 233.

[2] Die Markgräfin war am 8. April 1783 gestorben.

il Vous était obligé et combien il avait de regret, qu'un évènement si cruel et son prompt départ, qui aura lieu demain, ne lui permissent pas de Vous voir.

J'ai pourtant eu le bonheur de lui rendre encore un petit service, qui achèvera de Vous faire connaître Mr. de la Perrière. Votre passeport oblige les commandans; mais les commis des fermes prétendent ne l'être que par un ordre de leur Compagnie. Il a fallu que j'allasse trouver Mr. de la Perrière pour prendre son ordre aux commis des traites. Cet ordre exige l'apposition d'un plomb sur le cercueil. J'ai trouvé Mr. de la Perrière ayant à la main une lettre de V. Exc., et, cette lettre à la main, il a eu l'indécence de me proposer d'envoyer le corps de la Princesse à la douane, pour y être ficellé et plombé. Il m'a dit que *les Règlements* ne permettaient d'aller plomber un cercueil dans une maison que pour les Princes du sang ou les ambassadeurs. Il m'a fallu perdre trois quarts d'heure à lui remontrer, qu'il était incroyable, qu'il refusât pour les restes malheureux d'une Princesse souveraine ce qu'il convenait qu'il eût été obligé de faire pour le Ministre plénipotentiaire de cette Princesse. Enfin j'ai été obligé de lui dire, que j'allais partir pour Versailles et rapporter un ordre positif de V. Exc. et de Mr. d'Ormesson. Alors il s'est déterminé à dire, qu'il prendrait sur lui d'outrepasser la règle, mais qu'il en rendrait compte ensuite *au Conseil.*

Or remarquez, Mr. le Comte, qu'il n'existe aucun droit sur l'exportation des morts, que la ferme est sans intérêt, et que le passeport du Roi contresigné de Vous et Votre lettre devraient bien suffire pour constater, que le cercueil d'une souveraine suivi de son Grand-Écuyer et de sa dame d'honneur n'est pas un ballot de marchandises. Et puis voyez, s'il est bien doux d'avoir des affaires à traiter avec de telles gens.

Parif. Arch.

---

219. Edelsheim an den Minister Graf de Vergennes.

Paris, 13. April 1783.[1]

Er bedauere, daß er nicht nach Versailles kommen könne; die Lage des Prinzen Friedrich gestatte nicht, ihn allein zu lassen. Er werde also heut Abend von Paris abreisen mit dem lebhaftesten Bedauern, nicht gesehen zu haben «le grand homme, qui a acquis toute ma vénération» etc.

Parif. Arch.

---

[1] Edelsheim war nach Paris gekommen, um die Ueberführung der Leiche der Markgräfin nach Karlsruhe zu leiten.

220. Graf O'Kelly an den französischen Minister des Auswärtigen.

Mainz, 26. Aug. 1783.

[Der Mainzer Hof zu Concessionen in Sachen der Rheinschiffahrt bereit; zu benutzen auch gegen die badischen Uebergriffe. Der Kurfürst von Mainz und sein Bruder, der Bischof von Würzburg.]

Aus verschiedenen Anzeichen ist zu schließen, daß die Mainzer Politik in Betreff der Rheinschiffahrtsdifferenz jetzt mehr geneigt ist zu einem Entgegenkommen als früher. Man könnte jetzt von Seiten des Straßburger Magistrates die direkte Correspondenz mit der Mainzer Regierung wieder aufnehmen.

Je commence à croire, Monseigneur, que nous pourrons comprendre dans notre plan de réformes non seulement l'article des cargaisons et le règlement du fret, mais aussi celui des transports illicites de Schreck, que M. Kalkoven croit plus faciles à restreindre depuis la mort de la Margrave, dont les vues personelles contribuaient le plus à les entretenir[1]. Il m'a confié à ce sujet une conversation, qu'il avait eu dernièrement aux bains d'Ems avec une personne attachée au service de la cour de Bade et qui l'a confirmé dans cette opinion.

Je lui ai fait sentir à cette occasion que, si l'Électeur avait des intentions sincères de ne plus favoriser cet entrepôt, il devait nous fournir lui-même les moyens de le combattre auprès de la cour de Carlsruhe, en nous communiquant l'état des cargaisons des bateaux qui chargent pour Schreck; que cette connaissance nous mettrait à même de convaincre le Margrave des contraventions qu'on pourrait faire à son décret du 13 Avril 1778 et d'en assurer l'exécution.

Während des Aufenthalts des Kurfürsten von Mainz in Aschaffenburg hat derselbe dem Bischof von Würzburg einen Besuch gemacht; es ist das erste Mal, seit dem avènement des Würzburgers, daß die beiden Brüder sich persönlich begegnet sind; es bestand zwischen ihnen schon seit langem «un certain dégré de froideur», welche durch verschiedenartige «façon de penser et de leur conduite à plusieurs égards» bewirkt war. Nun hat der Kurfürst selber seinem Bruder (um alle Ceremonialschwierigkeiten abzuschneiden, incognito unter dem Namen eines Grafen von Königstein) die erste Visite gemacht, die sehr gut und freundschaftlich verlaufen ist.

Paris. Arch.

221. Karl Friedrich an den Minister de Vergennes.

Karlsruhe, 11. Sept. 1783.

[Beschwerde über das Verfahren des Straßburger Magistrats gegen den Vorstand der Kehler Buchdruckerei, Letellier.]

Monsieur. Le Magistrat de Strasbourg a lancé un décret de prise de corps contre le Sr Letellier, directeur de l'imprimerie établie dans ma ville

[1] Auf welche Weise die Markgräfin Karoline Louise persönlich bei diesen Handelsangelegenheiten interessirt gewesen sein soll, ist nicht ersichtlich.

de Kehl[1]. La teneur du dit décret, dont Vous trouverez, Monsieur, ci-jointe une copie, suffira pour convaincre V. Exc., que je ne puis regarder un procédé de cette nature que comme une infraction faite à mes droits de souveraineté. Le Sr Letellier et sa femme sont domiciliés dans mes états et n'ont à Strasbourg d'autre pied à terre que celui de chaque étranger; par cette qualité, que le Magistrat de Strasbourg n'ignore pas, ils ne peuvent être cités que par leurs juges naturels, qui sont mes tribunaux. Je puis donc d'autant moins voir avec indifférence le décret de la ville de Strasbourg, que le motif qu'il allègue pour le justifier porte avec lui la preuve de l'atteinte faite à mes droits; car tout l'évènement dont on veut faire un crime au Sr Letellier s'est passé à Kehl dans mes états, et ne pouvait par conséquent ni quant à la forme ni quant au fond être du ressort du Magistrat de Strasbourg, qui aurait dû moins oublier en cette occasion les droits de mes tribunaux. Le dit Magistrat les a non seulement lésés, mais a encore témoigné un manque de déférence pour moi, que je ne puis passer sous silence. Il est très connu au Magistrat de Strasbourg que, lorsque Philippine Caire a demandé un asile à la Dame Letellier, qui ne l'a accordé que sauf l'approbation de son mari alors absent et en attendant celle de ses supérieurs, la ditte fille Caire a en même temps imploré ma protection contre les violences, qui selon elle l'avaient forcé à quitter la maison paternelle, et demandé la permission d'épouser le nommé Demarchis. Je n'ai point voulu faire prononcer sur les droits d'un père vivant sous une domination voisine; mais j'ai fait prévenir par une caution de mille écus exigée de la Dame Letellier l'évasion ultérieure de la fille Caire, et lors qu'elle fut réclamée par ses juges naturels (toutesfois après l'essai infructueux de la faire enlever d'une manière tout-à-fait illégale), je l'ai fait remettre entre les mains du Magistrat de Strasbourg sous condition de la garder sous sa protection spéciale, jusqu'à ce qu'il eût été procédé dans les formes, parole qui fut expressément demandé pour éviter tout abus du pouvoir paternel. La fille Caire n'a donc été à Kehl dans la maison du Sr Letellier que du consentement de mon Conseil de Régence; ainsi faire un crime au Sr Letellier de l'asile qu'il lui a donné, c'est non seulement porter atteinte à mes droits de souveraineté, mais encore témoigner pour les décrets de mes tribunaux le mépris le plus offensant.

---

[1] Jean François Letellier war der Geschäftsführer der Druckerei, welche auf Veranlassung von Beaumarchais und mit Genehmigung des Markgrafen Karl Friedrich in Kehl errichtet worden war zum Behufe einer herzustellenden Gesammtausgabe von Voltaires Werken (der sog. Kehler Ausgabe). Ueber das Unternehmen und über die zu vielen Verwickelungen Anlaß gebende Persönlichkeit Letelliers vergl. Bettelheim Beaumarchais (Frankfurt 1886) S. 422 ff., der S. 651 ff. auch einige Acten aus dem Karlsruher Archiv mittheilt; die im obigen behandelte Episode ist dort nicht erwähnt.

D'après ces considérations je me flatte, Monsieur, que V. Exc. voudra bien engager S. M. Très-Chrétienne à donner les ordres nécessaires, pour que le décret du Magistrat de Strasbourg soit non seulement annulé, mais encore pour qu'il soit injoint au dit Magistrat de ne point porter à l'avenir aucune atteinte de cette nature à mes droits. Je réclame avec d'autant plus de confiance l'équité de S. M. qu'Elle a toujours bien voulu donner des preuves de Son amour pour la justice et de Son désir de faire respecter les droits de Ses voisins. J'ose donc compter sur la bienveillance du Roi en cette occasion etc. . . . .

Paris. Arch. Nur die Unterschrift eigenhändig.

---

222. Der Minister Graf Vergennes an den Markgrafen Karl Friedrich.

Versailles, 6. Nov. 1783.

Der Minister hat das Schreiben des Markgrafen dem Garde des sceaux de France vorgelegt und erwidert auf Grund von dessen Gutachten (dat. Fontainebleau 25. Oct. 1783), daß die Beschwerde des Markgrafen doch insofern nicht ganz begründet sei, als einmal Letellier französischer Unterthan sei, in Paris begütert, sodaß er mit Recht vor die französischen Gerichte zu ziehen sei; außerdem sei aber keinerlei thatsächlicher Versuch gemacht worden, den Spruch des Straßburger Gerichts in Kehl, auf badischem Gebiet, zur Ausführung zu bringen, eine Verletzung des Territoriums liege also nicht vor; die Klage des Markgrafen gegen den Magistrat von Straßburg sei daher nicht als begründet zu erachten.

Paris. Arch. Concept.

In Karlsruhe beruhigt man sich bei diesem Bescheid nicht. Im Juli 1784 wird der französischen Regierung durch Vermittelung von Dupont ein neues Memoire zugestellt (Dupont an Vergennes dat. Paris 21. Juli 1784; das Memoire o. D.). Der Garde des sceaux, der darüber consultirt wird, giebt den Bescheid, daß jetzt Letellier in seiner Sache bei dem Conseil Recurs eingelegt habe (s'étant pourvu au Conseil contre le jugement), worüber eine Entscheidung baldigst erfolgen würde; dies solle man dem Markgrafen von Baden als die einzige jetzt mögliche Antwort mittheilen. (Dat. Versailles 24. Aug. 1784.)

Paris. Arch.

---

223. Dupont an Karl Friedrich.

Fontainebleau, 26. Oct. 1783.

[Verhandlungen mit Frankreich betr. die Rheinufer-Correction.][1]

Monseigneur. J'ai reçu le mémoire et la carte relatifs aux travaux qui se font sur le Rhin, que M^r^ le Marquis de Montpernis m'a adressé en l'absence de Votre Altesse Sérénissime et de S. E. M^r^ le Baron d'Edelsheim. Je les ai remis à S. E. M^r^ le Comte de Vergennes, qui les a lus et examinés en ma présence et m'a promis de les communiquer à M^r^ le

[1] Vergl. v. Drais: II. 113 ff.

Mal de Ségur et de faire en sorte que justice serait rendue par le Roi aux demandes de V. A. Sme. . . .

224. Verhandlungen mit der französischen Regierung über das Droit d'aubaine 1784 ff.

Zwischen der Krone Frankreich und den beiden Markgrafschaften Baden war 1765 ein Vertrag abgeschlossen worden über die «Abolition respective du droit d'aubaine», worin beide Theile sich verpflichteten, auf die Einziehung der Hinterlassenschaften beiderseitiger in Frankreich oder in Baden verstorbener Staatsangehöriger zu verzichten[1].

Dieser Vertrag war von französischer Seite seitdem mehrfältig verletzt worden, und die badische Regierung nahm jetzt Veranlassung, auf stricte Ausführung desselben zu dringen.

Im Auftrage derselben richtete Dupont eine Beschwerde an das französische Ministerium: der Vertrag werde von den französischen Behörden fortwährend verletzt; namentlich in Lothringen sei es für badische Unterthanen ganz unmöglich, die Auslieferung der Erbschaft dort verstorbener Verwandter zu erlangen. (Dupont an Vergennes dat. Paris, 12. Dec. 1784. Paris. Arch.)

Der französische Minister erkennt die Berechtigung der badischen Beschwerde an; es scheint, daß durch ein Versehen die lothringischen Gerichte noch nicht von dem mit Baden (1765!) abgeschlossenen Vertrag in Kenntniß gesetzt worden sind. (Vergennes an Seguier dat. Versailles, 17. Dec. 1784. Paris. Arch.)

Trotzdem muß im folgenden Jahre die badische Regierung nochmals auf die Angelegenheit zurückkommen; es wird von badischer Seite ausdrücklich constatirt, daß in der That speciell das Parlament von Metz bis zur Stunde noch keine officielle Kenntniß von dem Vertrag von 1765 habe. (Karl Friedrich an Vergennes dat. Carlsruhe 7. Oct. 1785. Paris. Arch.)

Dupont an Edelsheim dat. Paris 18. Nov. 1785:

J'ai remis la lettre de S. A. S. Msgr. le Margrave à Mr le Comte de Vergennes, qui a été vraiment scandalisé et peiné de la négligence que le département de la guerre, qui était chargé de suivre l'enregistrement de la convention relative au droit d'aubaine, a mise à cet enregistrement. J'ai pris la liberté de lui rappeler, que ce n'était pas la première fois qui je lui voyais le même chagrin. Il m'a promis de nouveau, qu'aussitôt que le Parlement sera rentré, il poursuivrait lui-même l'enregistrement avec chaleur. Il m'a chargé de mettre son respect aux pieds de Monseigneur, auquel il aura l'honneur de répondre.

Inzwischen waren bereits Verhandlungen eingeleitet worden über eine Erneuerung und volle Infraftsetzung der betr. Convention, wobei von französischer Seite der Intendant des Elsaß de Blair, von badischer Seite Baron von Geusau als Bevollmächtigte fungirten; das Resultat ist eine neue Convention dat. Straßburg, 20. Nov. 1785, welche in einem gedruckten Publications-Patent König Ludwigs XVI., dat. Versailles, 15. Febr. 1786, vorliegt und im wesentlichen den Inhalt des älteren Vertrags wiederholt (Paris. Arch.).

[1] v. Drais I. 240 führt nur diesen Vertrag von 1765 an, ohne die folgenden Verhandlungen zu kennen. Aehnliche Verträge zur Regelung dieser Verhältnisse wurden gerade in dieser Zeit von der französischen Regierung mit einer großen Anzahl von Staaten, auch deutschen, abgeschlossen; s. die Table des traités bei Flassan Hist. de la diplomatie française VII. 528 ff.

225. Graf Metternich-Winneburg an Fürst Kaunitz.

Mainz, 28. Febr. 1784.

[Verordnung gegen den Handel von Schreck und Kehl mit Schweizer-Gütern. Französische Intentionen dabei. — Die Maßregel bleibt ohne Wirkung.]

Metternich[1] berichtet, „daß man von Seiten des Mainzischen Hofes, auf Veranlassung des französischen Gesandten, der hiesigen Handelsschaft untersagt hat, bei schwerer Strafe keine nach der Schweiz bestimmten Waaren mehr über Schreck und Kehl, sondern über Straßburg zu versenden". Da diese Maßregel auch für den „Commerzzug" der österreichischen Vorlande sehr nachtheilig werden könne, habe er genauere Erkundigung eingezogen und in der That gefunden, „daß sämmtlichen Spediteurs von hier der schärfste Befehl wäre ertheilt worden, keine Waaren ohne Unterschied, welche nach der sogenannten französischen Schweiz ... ihre Bestimmung hätten, auf der deutschen Seite zu verschicken, wenn auch solches ausdrücklich von ihren Correspondenten verlangt würde". Die Spediteurs haben lebhaft dagegen remonstrirt, aber der Befehl ist unter Strafandrohung erneuert worden. Man fürchte schwere Schädigung des hiesigen Handels; die Maßregel sei in der That nicht zu rechtfertigen. Sie hänge aber zusammen mit der schon seit Jahren in Frankreich bestehenden Absicht, „die Moselschiffahrt zu erleichtern und den größten Theil des Handels nach der Schweiz durch diese Wege zu führen". Metternich fügt hinzu, „daß der dermalige Controleur-Général Herr v. Calonne, dessen ursprünglicher Plan dieser ist, sich mit mir bei meiner Anwesenheit zu Paris hierüber besprochen hat, wobei ich mich geschlossen gehalten habe".

In einem späteren Bericht dat. Mainz 22. Sept. 1784 theilt Metternich mit, daß die erwähnte Verordnung des Kurfürsten formell zwar noch immer in Kraft stehe; die Kaufleute haben sie aber bis jetzt thatsächlich ignorirt, und die Regierung lasse die Sache auf sich beruhen. Er habe es daher auch vorgezogen, von der Verordnung keine officielle Notiz zu nehmen.

Wien. St. A.

226. Dupont an den Minister Graf de Vergennes.

Paris, 13. März 1785.

[Die beabsichtigte Reise Edelsheims in den Haag; Heiratsplan für Prinz Friedrich; ob Edelsheim über Paris reisen soll. Tod des Prinzen Karl Friedrich.]

J'ai eu l'honneur de dire hier à V. Exc., que S. A. S^me^ Monseigneur le Margrave de Bade m'avait chargé de La prévenir, que S. E. Mr. le Baron d'Edelsheim, principal ministre de ce prince, va partir pour la Hollande. On pourrait croire dans les conjonctures politiques, que ce serait pour quelque négociation relative à des fournitures de troupes. Mais S. A. S^me^, qui désire que le Roi soit instruit de Ses véritables motifs, m'a donné ordre de confier sous le plus grand secret à V. Exc., que ce voyage n'a

[1] Graf v. Metternich-Winneburg, kaiserlicher Gesandter in Mainz, der Vater des nachmaligen österreichischen Staatskanzlers.

pour objet que de former, par un mariage convenable au Prince Frederick, une seconde branche apanagée de la Maison de Bade[1].

Monseigneur le Margrave «ne prendra point de subsides pour donner de nouvelles troupes à une puissance étrangère dans une querelle qui ne le regarde point. Il aime mieux garder le sang de ses sujets, si jamais il doit être versé, pour aider à conserver la liberté et la constitution Germaniques dans le malheureux cas, où elles se trouveraient attaquées, et ce serait alors en combinant ses démarches avec la puissance protectrice de ses états et de sa patrie» — ce sont les expressions de l'instruction que S. A. Sme m'a donnée.

Elle n'en a que plus lieu d'espérer, d'après l'intérêt que le Roi veut bien prendre à la Maison de Bade, que Sa Maj. approuvera la mission, dont Mr. le Baron d'Edelsheim est chargé pour parvenir à perpétuer plus surement la Maison de Bade par un nouveau mariage digne d'elle.

Dans le cas où V. Exc. aurait jugé utile de conférer avec Mr. le Baron d'Edelsheim, S. A. Sme lui aurait donné l'ordre de passer en France et de Vous rendre ses devoirs. Si Vous préférez qu'il aille directement en Hollande, Monseigneur le Margrave prie V. Exc. de recommander particulièrement son ministre à Mr. le Marquis de Vérac et de lui faire donner par cet ambassadeur les instructions que Vous pourriez juger convenables et auxquelles il aura ordre de se conformer en tout; S. A. Sme voulant, que le Roi soit par toutes ses demarches convaincu de l'attachement inviolable qu'Elle lui a voué.

V. Exc. connait Mr. le Baron d'Edelsheim, plein d'esprit, d'intelligence, de prudence, de lumières, de zèle pour la France et de respect pour Vous, digne en tout de servir les vues de Msgr. le Margrave.

Voilà, Mr. le Comte, ce que S. A. Sme m'avait chargé de dire hier à V. Exc. et ce que Vous avez jugé que je devais Vous écrire. À mon retour à Paris j'ai trouvé une nouvelle dépêche de Monseigneur le Margrave contenant la funeste nouvelle de la mort du prince son petit-fils[2], dont il a l'honneur de faire part au Roi par la lettre que V. Exc. trouvera ici incluse.

Ce triste évènement ne rend que plus nécessaire la mission de Mr. le Baron d'Edelsheim et ajoute encore aux motifs des projets, dont S. A. Sme m'avait chargé de Vous faire part.

Parif. Arch.

---

[1] Ueber dieses Heiratsproject für den Prinzen Friedrich ist nichts weiter bekannt, als was sich aus den nachfolgenden Acten ergiebt, aus denen auch hervorgeht, daß dasselbe sehr schnell wieder aufgegeben wurde. Es scheint, daß die Gedanken des badischen Hofes sich auf die Tochter des Erbstatthalters Wilhelm V. von Oranien richteten, die Prinzessin Friederike (geb. 1770), welche später (1790) den Erbprinzen Karl von Braunschweig heiratete.

[2] Der nur ein halbes Jahr alt gewordene erste Sohn des Erbprinzen Karl Ludwig.

227. Graf de Vergennes an Dupont.

Versailles, 19. März 1785.

Spricht sein volles Einverständniß aus mit den von dem Markgrafen von Baden geäußerten Grundsätzen; der Plan, eine badische Secundogenitur zu gründen, ist sehr zu billigen. Er würde sehr gern Edelsheim persönlich sehen — «mais je pense qu'il est plus prudent, dans les conjonctures actuelles, qu'il évite de me voir»; der französische Gesandte im Haag Marquis de Vérac soll geeignet instruirt werden.

Paris. Arch.

---

228. Dupont an Edelsheim.

Paris, 17. März 1785.

[Der Tod des Prinzen Karl Friedrich. Die Reise nach Holland um so nöthiger; französische Empfehlung im Haag.]

Er habe die traurige Nachricht von dem Tode des Prinzen Karl Friedrich erhalten und die nöthigen Anzeigen davon beim Hofe erstattet.

Ce cruel évènement rendra encore plus nécessaire le voyage que Vous aviez projeté, et sur lequel nous avons parlé intimement avec la personne, pour laquelle Vous me permettiez d'avoir de la confiance. Elle approuve entièrement Vos vues et respecte beaucoup la sagesse de Monseigneur le Margrave.

|: Pour en parler plus clairement, Mr. le Comte de Vergennes est dans les meilleures dispositions pour Msgr. le Margrave et pour Vous; Vous serez aidé de tout son crédit dans toutes Vos entreprises; Vous serez fortement recommandé à Mr le Marquis de Vérac, et si Votre zèle, sur lequel on compte, et Vos talents, dont on fait le plus grand cas, peuvent concourir à l'intérêt et au bien commun, ainsi qu'on en est persuadé, on chargera Mr le Marquis de Vérac d'en conférer avec Vous; mais on ne croit pas, que dans le moment actuel il fût prudent, que Vous vinssiez en France. :|

---

229. Dupont an Edelsheim.

Paris, 20. März 1785.

[Der Minister Vergennes billigt den badischen Heiratsplan. Edelsheim soll im Haag unterstützt werden.]

Mon cher Baron! |: Mr. le Cte de Vergennes m'ayant demandé de lui écrire ce dont je l'avais entretenu, pour qu'il pût le mettre sous les yeux du Roi, je lui ai adressé la lettre suivante[1].

|: Mr le Comte. J'ai eu l'honneur de dire hier à V. E., que je prenais la liberté de La prévenir confidemment, que S. E. Mr. le B. d'Edelsheim,

---

[1] Es ist das Schreiben vom 13. März, Num. 226, mit einigen Varianten, um derentwillen es hier wiederholt werden mag.

principal ministre de S. A. S. Msgr. le Margrave de Bade, devant partir pour la Hollande, on pourrait croire dans les conjonctures politiques, que ce serait pour quelques négociations relatives aux subsides qui s'offrent présentement, mais que ce voyage n'a pour objet que la position de Msgr. le Prince Frédéric, second fils de S. A. S., attaché au service d'Hollande.

Msgr. le Margrave ne prendra point de subsides d'une puissance étrangère dans une querelle qui ne le regarde point. Il aimera mieux conserver le sang de ses sujets, si jamais il doit être versé, pour aider à conserver la liberté et la constitution germanique dans le malheureux cas, où elles se trouveraient attaquées, et ce serait alors en combinant toutes ses démarches avec la puissance protectrice des états et de sa patrie. Telle est la façon de penser de S. A. S. Elle n'en a que plus lieu d'espérer, que le Roi de France approuvera la mission dont le B. d'Edelsheim est chargé à la Haye. Dans le cas où V. E. aurait jugé utile de conférer avec Mr le B. d'E. je crois que S. A. S. lui donnerait l'ordre de passer en France et de Vous rendre ses devoirs. Si vous préfériez, Mr. le Comte, qu'il aille directement en Hollande, V. E. lui ferait faveur en le récommandant particulièrement à l'ambassadeur, Mr le Marquis de Vérac, et de lui faire donner par cet ambassadeur les renseignements que Vous pouviez trouver convenables. Il aura ordre de prouver à Mr. l'ambassadeur, combien S. A. S. désire que le Roi soit convaincu de l'attachement inviolable qu'Elle Lui a voué.

V. Exc. connaît Mr. le Baron d'Edelsheim . . . .[1].

Elle est écrite, mon cher Baron, et est partie le 13 Mars; voici la réponse que je viens d'y recevoir et que je crois devoir Vous faire passer sur le champ avec les précautions requises et employées pour toute cette dépêche.

«À Versailles, le 19 Mars 1785.

J'ai reçu la lettre, que Vous avez pris la peine de m'écrire le 13 de ce mois. J'en ai rendu compte au Roi, et S. M. s'est montrée très sensible à la confidence, que Msgr. le Margrave a bien voulu lui faire et surtout aux sentiments que ce prince professe à l'égard de S. M. Vous pouvez assurer Msgr. le Margrave, que le Roi a pour lui une estime particulière, qu'Elle applaudit aux projets qu'il a adopté relativement à l'Empire et qu'Elle se fera en tout temps un véritable plaisir de lui donner des marques de Son affection et de bienveillance. Rien n'est mieux vu que la mission de Mr le B. d'Edelsheim, et nous apprendrons avec beaucoup de satisfaction le succès des commissions dont il pourra être chargé. J'aurais été charmé de m'entretenir avec ce ministre; mais je pense qu'il est plus

---

[1] Hier folgt in der Auflösung der Chiffre von Edelsheims Hand eine Lücke mit der Bemerkung: „Hier kommt eine lange und sehr unnöthige Episode über denselben". Siehe oben Num. 226, S. 248.

prudent dans les conjonctures actuelles, qu'il évite de me voir. Je préviendrai le M[is] de Vérac de son arrivée prochaine, et cet ambassadeur s'empressera certainement à lui faire accueil et à répondre à sa confiance.

Je suis très sincèrement etc.

le Comte de Vergennes.» . . . .

P. S. Vous trouverez ci-jointe la réponse du Roi à la lettre, par laquelle Msgr. le Margrave lui a notifié la mort de Prince Charles Frédéric son petit-fils.

Je n'ajouterai rien de plus, mon cher Baron. Je souhaite que ma petite négociation ait surpassé Votre attente et je mets à Vos pieds le respect etc. :|

Chiffrirt. Die Auflösung von Edelsheims Hand.

---

230. Dupont an Edelsheim.

Paris, 19. Juni 1785.

[Ein verlorener Brief wiederholt. Krankheit des Prinzen Friedrich. Entschuldigung für zu eiliges Vorgehen; der holländische Heiratsplan rückgängig geworden; Mahnung ihn nicht fallen zu lassen.]

Indem er ihm habe schreiben wollen, habe er Edelsheims Brief aus Maastricht empfangen[1]; Bedauern über die Krankheit des Prinzen Friedrich und Freude über seine Genesung.

J'étais dans une inquiétude très grande pour une lettre chiffrée de mon ami en chiffre que je Vous ai écrite le 5 Avril et dont Wachter, qui ordinairement est très exact, ne m'a point accusé la réception. J'ai peur qu'elle n'ait été interceptée; au reste elle l'aurait été inutilement pour les intercepteurs, le chiffre n'étant qu'à nous et ayant été composé exprès.

. . . Dans l'incertitude je crois devoir Vous retranscrire ici cette lettre en langue vulgaire, puisque j'ai une occasion sûre, et aussi n'aurais-je pas le temps de la rechiffrer; car Butré[2] part, et le travail m'écrase; je suis à ma troisième nuit. Voici donc ce que je Vous écrivais.

|: Je comprends, mon aimable et cher Baron, par Votre lettre du 30 Mars, que Vous trouvez que j'ai été trop vite dans ma négociation; et je Vous remercie de la bonté et des ménagements avec lesquels Vous

---

[1] Prinz Friedrich war in Maastricht schwer erkrankt und Edelsheim zu ihm gereist, um seine Pflege zu überwachen. Der Brief Edelsheims vom 30. März, worin er sein Mißfallen darüber ausspricht, daß Dupont von dem bezüglichen Heiratsplan zu offen gesprochen habe, ist nicht vorhanden.

[2] Charles de Butré (geb. 1724 gest. 1805), französischer Physiokrat, mit Mirabeau d. Ä. und Dupont befreundet, seit 1775 im Dienste des Markgrafen Karl Friedrich. Ueber ihn und sein Verhältniß zu Baden s. R. Reuß Charles de Butré, un physiocrate Tourangeau en Alsace et dans le margraviat de Bade (Paris 1887); über seinen oben erwähnten Aufenthalt in Paris S. 63 f.

m'en grondez. Mais si Vous voulez bien Vous rappeler que par Votre lettre du 25 février Vous me témoigniez désirer, que Mr le Marquis de Vérac fût prévenu de Votre arrivée et disposé à Vous seconder, Vous verrez que j'ai pu croire, que je devais donc faire la confidence, et Vous concevrez encore, qu'après l'avoir faite de vive voix, selon mes instructions, lorsqu'on m'a demandé de la faire par écrit, pourqu'on pût la mettre sous les yeux du Roi, il n'y avait pas moyen de le refuser. Votre lettre du 19 Mars n'a pu arrêter la mienne, qui était du 13. Elle approuvait même le compte abrégé que je Vous avais rendu.

Cependant je conçois que, lorsque j'ai eu reçu de Versailles une réponse officielle et que je Vous l'ai fait passer, tandisque Vos projets se dérangeaient à Carlsrouhe, Vous avez pu et devez être affligé, que j'aie été si avant. La difficulté n'est pas retirer ma lettre par le biais, que Vous m'indiquez, mais c'est, mon cher Baron, de savoir, s'il faut effectivement renoncer à une vue aussi sage que celle à laquelle Vous Vous étiez livré. Est-ce un préjugé réligieux tenant au Luthéranisme ou au Calvinisme que le Prince Frédéric ne peut vaincre? Je croyais Votre cour dans un équilibre presque parfait entre les différentes sectes chrétiennes et surtout réformées. Mais si ce n'est pas à cela que la chose tient, ou si les difficultés ne sont pas invincibles, mon cher Baron, revenez et opiniâtrez Vous à Votre projet qui est sage et utile, et sur lequel notre cour, qui en désirerait le succès, pourrait Vous faire appuyer par celle de Prusse. Daignez y penser et voir, s'il y faut absolument renoncer, avant de m'ordonner définitivement la démarche de retirer ma lettre et d'annoncer l'abandon de l'entreprise . . .

Adieu, mon cher Baron, je plains bien Vos fatigues, je Vous aime avec une bien grande tendresse, je me recommande à Votre bienveillance etc. :|

Voilà ce que je Vous écrivais, mon cher Baron, et je suis en tout point dans la même pensée. Inquiet depuis, mais attendant toujours le retour de Butré, je n'ai pu ni osé Vous écrire. Mon travail est extrêmement augmenté . . . Vous connaissez mon envie de bien faire, et Vous jugez que Vous n'êtes pas seul à Vous tuer par belle passion pour le bien public. Butré m'effraye sur Votre santé. Ménagez-la, mon cher Baron, par véritable zèle pour nos princes et par amitié pour Vos amis.

---

231. Dupont an Karl Friedrich.

Paris, 16. August 1785.

[Die Verhaftung des Cardinals Rohan und die Halsbandgeschichte.]

|: J'ai à raconter à V. A. S. un évènement bien étrange. Mr le Prince Louis de Rohan a été arrêté hier à Versailles dans la galerie en habits

pontificaux. Sur les onze heures du matin on a mis le scellé sur tous ses papiers, il a été gardé jusqu'à ce soir dans son hôtel et puis conduit à la bastille. Le sujet qu'on donne pour cause de cet emprisonnement paraît si peu vraisemblable, que je ne puis le croire de la part d'un homme de 50 ans, d'un prince, d'un cardinal, d'un Grand-aumônier de la France. On dit qu'il a supposé des lettres de la Reine, pour escroquer au marchand d'un collier de diamants seize cent mille frcs. Mais voici ce qui est certain:

Il a été mandé à dix heures et demie dans le cabinet du Roi, où étaient la Reine et M^r le G. S.[1] Le Roi l'a interrogé sur l'objet dont il est accusé et lui a donné un quart d'heure pour se justifier par écrit. Le Roi l'a fait sortir et attendre ses ordres dans la galerie. On a mandé M^r le Baron de Breteuil qui est ressorti un moment après du cabinet du Roi et est venu joindre le Cardinal. Ils se sont promené fort paisiblement. Mr de Geoffroi, exempt des gardes du corps, était pour l'instant le seul officier commandant. M^r le Baron de Breteuil lui a dit: «Monsieur, Vous arrêterez M^r le Cardinal de la part du Roi, Vous en répondrez sur Votre tête.» On a cherché les capitaines des gardes. M^r le Comte d'Agou, lieutenant, est arrivé et M^r le Baron de Breteuil lui a répété la même phrase. Ils ont continué de se promener. M^r le Duc de Villeroi et M^r le Duc de Guichon sont venus joindre leurs ordres militaires à celui de M^r le Baron de Breteuil. Le Roi a écrit à M^r le Prince de Soubise et à Mme la Comtesse de Marsan, qu'il ne s'agissait point d'une affaire d'état. Il a fait dire au Prince Louis, qu'il lui donnait encore 24 heures pour se justifier. Le Cardinal a passé ce temps dans son hôtel et, la justification n'ayant apparamment pas été suffisante, l'ordre de le mener à la bastille a été expédié . . . :|.

---

232. Graf O'Kelly an den Minister de Vergennes.

Mainz, 31. März 1786.

[Gefährlichkeit der badischen Unternehmungen in Bezug auf die Rheinschiffahrt. Die Stellung der Mainzer Regierung dazu. Unterredung mit Edelsheim. Die Angelegenheit des Klosters Schwarzach. Maßregeln notwendig für den Schutz der Straßburger Schiffahrt.]

Bei allen Verhandlungen in Betreff der Schiffahrtsfrage zeigt sich, daß die Mainzer Regierung jetzt durchaus wolgesinnt ist.

Mais si nous avons lieu d'être tranquilles de ce côté, je crois que nous devons veiller de plus près que jamais les menées secrètes de la régence de Carlsruhe et l'industrie, avec laquelle elle coopère sourdement à la ruine de la navigation de la ville de Strasbourg.

---

[1] Wol Garde des sceaux, der Großsiegelbewahrer Miromenil.

L'état de comparaison, que j'ai l'honneur de Vous envoyer ci-joint[1], Vous fera voir, que dans le courant de l'année 1785, comme dans celui de l'année précédente, dont Vous avez aussi l'état, la navigation de Schreck a été à peu près égale à celle de Strasbourg; et en considérant les causes, qui tendent insensiblement à augmenter la première aux dépens de la seconde, il est évident que, si l'on n'en arrête pas le progrès, elle la surpassera bientôt.

Il y a des indices très forts, que le Margrave de Baden étend des vues à cet égard, qu'il s'occupe à établir une tribu de bateliers dans son pays, et qu'il vise à introduire insensiblement un tour entre-eux pour le transport des marchandises de consommation et de transit. Il m'est revenu, que ce prince fait construire à cet effet un bateau à ses frais, qu'un batelier de Kehl conduira, et qu'il a cherché par les propositions les plus avantageuses à débaucher un des meilleurs bateliers de Strasbourg. La réalité de ce projet de la cour de Carlsruhe est confirmée par un avis imprimé, dont j'ai l'honneur de Vous envoyer une copie ci-joint, et que les facteurs de Kehl ont fait distribuer sous main à Strasbourg, pour inviter les négocians de cette ville à se servir du bateau, qui partira dorénavant de Kehl à la fin de chaque mois, pour le transport de *toute sorte* de marchandises destinées pour Spire, Manheim, Worms, Mayence et Francfort[2]. Quoique dans cet avis, qui doit faire pressentir le plan de la cour de Baden, il ne soit pas parlé de la remonte, il n'est pas à présumer, que ces bateaux, qui ne peuvent jamais avoir une forte charge, remonteront à vuide. Il est même à croire, qu'ils ne s'engagent dans ce projet que parce qu'ils comptent sur la connivence des facteurs de Mayence, qui leur promettent un chargement complet pour le retour.

Une pareille entreprise, sous quelque forme qu'on la masque, est certainement contraire aux principes, qui doivent, selon les traités, régler la navigation marchande du Haut-Rhin. Si les mesures, que l'Électeur vient de prendre, pouvaient nous répondre de la docilité et de la bonne foi des facteurs de Mayence, nous pourrions nous reposer sur leur efficacité, pour prévenir les mauvaises conséquences de ce projet. Mais leur soumission est d'autant plus douteuse, qu'il est difficile de leur faire perdre le pli qu'ils ont pris depuis longtems, et que les variations, qu'ils ont observées dans les principes de la cour de Mayence, peuvent leur faire envisager les nouvelles mesures de l'Électeur comme un effet momentané. Il m'est revenu même à ce sujet, qu'un des facteurs, le S[r] Pestel, avait dit, à l'occasion du renouvellement de l'ordonnance de 1767 et revoca-

---

[1] Liegt nicht bei.
[2] Liegt nicht bei.

tion de celle de 1775: *l'Électeur a beau faire, il ne nous forcera jamais à intervertir le cours du commerce et à contrevenir aux instructions de nos commettans.*

Outre ces considérations, il y en a d'autres relatives aux circonstances actuelles, qui lient la cour de Baden avec celle de Mayence sous d'autres rapports, qui me font croire, que l'Électeur ne se portera pas à combattre trop ouvertement les vues du Margrave de Baden, qui se flatte peut-être de les effectuer plus facilement à la faveur de ces nouvelles liaisons.

M. le Baron d'Edelsheim, Ministre dirigeant du Margrave de Baden, étant venu ici sur ces entrefaites pour divers objets, dont j'aurai l'honneur de Vous parler dans une dépêche à part, et le séjour qu'il a fait m'ayant mis à même de le voir souvent, j'ai cru qu'il n'y aurait pas d'inconvénient à lui faire connaître les plaintes réiterées de la ville de Strasbourg contre le port de Schreck, et à lui rappeler les engagemens du Margrave. Je vais avoir l'honneur de Vous rendre compte de l'entretien que j'ai eu avec lui à ce sujet.

O'Kelly führt darauf Edelsheim aus, wie trotz der früher von dem Markgrafen übernommenen Engagements die Schiffahrt des Hafens von Schreck zum Schaden von Straßburg immer mehr zunehme.

Je suis parfaitement instruit, m'a répondu M. d'Edelsheim, de l'objet dont Vous me parlez, et je puis Vous assurer que depuis le décret du Margrave le commerce de transit, dont on se plaint, est reduit à un cinquième de ce qu'il était avant. J'ai une manière sûre de l'apprécier par l'état des revenues du Margrave, dont les droits de transit forment un article séparé, que je lui présente chaque mois, et si je pouvais le mettre sous Vos yeux, vous verriez que, loin d'augmenter, il a diminué considérablement depuis cette époque.

J'ai observé à M. d'Edelsheim, qu'étant de l'intérêt du Margrave de diminuer les droits sur cette espèce de marchandises, comme il l'avait fait en effet, leur produit ne pouvait plus être qu'une fausse mesure des progrès ou de la décadence de ce commerce, et que je pouvais l'assurer en général, d'après l'état exact, que j'avais tenu moi-même, des bateaux et chargements, qui partent de Mayence pour le port de Schreck, qu'ils avaient égalé et quelquefois même surpassé, dans le cours des trois dernières années, ceux qui remontent à Strasbourg.

Je ne Vous cache pas, Monsieur, ai-je ajouté, que lors du décret du Margrave nous avions raison de nous méfier des principes de la cour de Mayence et que la tolérance qu'elle a montrée longtemps pour les fraudes de ses facteurs a pu servir à expliquer leur fréquentation du port de Schreck, au préjudice de celui de Strasbourg; mais les preuves que l'Électeur nous a données depuis de ses dispositions à observer les traités, sont si évidentes et les mesures qu'il vient de prendre dernièrement, pour en

assurer l'exécution, sont si justes, qu'il serait impossible de lui imputer désormais la continuation d'un abus, qui ne tient plus qu'à la négligence, avec laquelle on exécute le décret du Margrave au port de Schreck.

Je connais, m'a répondu M. d'Edelsheim, les mesures dont Vous me parlez et qu'on m'a communiquées dans le temps. Je Vous promets, Monsieur, de me faire rendre compte à mon retour à Carlsrouhe de la manière dont on exécute celles qu'on a prises de notre côté, et j'y ferai donner à l'avenir la plus grande attention. Au reste je dois Vous observer, a-t-il dit, que le commerce de la rive droite a augmenté considérablement depuis quelques années, parce que beaucoup de marchandises, qui remontaient autrefois le Neckar, se rendent maintenant par terre de Schreck à Hailbronn. Il y en a d'autres qui prennent la route de Fribourg et Schaffhausen, auxquelles nous ne pouvons interdire le passage. Il est vrai, que la navigation de Strasbourg diminue singulièrement; mais il faut l'attribuer à d'autres causes, que les Strasbourgeois ignorent peut-être eux-mêmes; ne sachant pas les expliquer, ils s'en prennent à nous et font comme les gens devenus pauvres, qui deviennent aussi chicaneurs.

Il est tout simple, Monsieur, lui ai-je répliqué, lorsqu'on devient pauvre, qu'on s'en prenne à ceux qui s'enrichissent à nos dépens, et c'est précisément le cas des Strasbourgeois à Votre égard; leurs plaintes sont trop justes pour être négligées, et je suis persuadé, que personne ne le sent mieux que Vous.

Je Vous dirai, de plus, Monsieur, qu'ils ont été fort étonnés d'un nouveau projet d'association formé par vos bateliers de Kehl et des environs, qui me paraît incompatible avec les traités, qui fixent la navigation marchande du Haut-Rhin, et dont j'ai peine à croire la réalité. J'ai vu cependant un avis imprimé, qu'on a fait circuler à ce sujet, et qui m'a été envoyé de Strasbourg.

J'ignore absolument, m'a dit Mr d'Edelsheim, ce dont vous me parlez, et ce fait n'est pas encore parvenu à ma connaissance.

Après des protestations réitérées de sa déférence pour mes représentations, Mr d'Edelsheim m'a recommandé un mémoire qu'on ne tarderait pas à me remettre de la part de l'Électeur au sujet d'une affaire qui intéressait particulièrement le Margrave de Baden et qui avait été, à ce qu'il m'a ajouté, le principal objet de son voyage à Mayence: c'est celle de l'abbaye de Schwarzach[1], qui ne pourrait subsister dans son état actuel. Sans entrer dans aucun détail sur les vues du Margrave, il m'a prié de vouloir bien faire valoir auprès de Vous les raisons, qui me seraient alléguées dans ce mémoire. Je lui ai répondu, que j'étais peu instruit du fond de cette affaire,

[1] Vergl. oben S. 148.

mais qu'il suffisait qu'elle intéressât le Margrave, pour y donner la plus grande attention, quand le mémoire en question me serait communiqué.

J'étais déjà prévenu de l'objet de ce mémoire, et voici ce qui m'en est revenu indirectement: l'abbé de Schwarzach, qui est déposé depuis plusieurs années, obtint par la protection de feu Mr le Cardinal de Rohan un arrêt du Conseil Souverain d'Alsace, qui le maintient dans la jouissance des revenus des biens situés en Alsace; les religieux prétendans, que les revenus de leurs biens situés en Empire étaient insuffisans pour leur entretien, ont engagé le Margrave de Baden à envoyer à l'Électeur un mémoire, pour m'être remis et le faire passer à ma cour, tendant à faire cesser l'arrêt de Colmar et à leur adjuger les revenus d'Alsace. Je sais que les vues du Margrave, qui s'étendent encore plus loin sur cette abbaye, ont formé, depuis quelques années, un objet particulier de négociation entre lui et la cour de Mayence, où l'on prétend même qu'il a des serviteurs affidés; les difficultés qu'il prévoyait l'avaient sans doute retenu jusqu'ici, mais la détention de Mr le Cardinal lui paraissant une occasion favorable de les faire valoir, c'est ce qui a décidé la démarche, dont Mr d'Edelsheim vient de me prévenir.

J'ai découvert à cette occasion par Mr d'Edelsheim, que l'Électeur formait des prétentions sur l'administration du temporel de l'évêché de Strasbourg situé en Empire depuis le séquestre mis sur les biens de cet évêché situés en France, et comme il les dérive sans doute des mêmes principes, qu'on a fait valoir lors de la visitation métropolitaine de l'abbaye de Schwarzach, je ne serais pas surpris, qu'on associât ces deux affaires pour les discuter à la fois.

Je ne sais, Monseigneur, si Vous approuverez le parti que j'ai pris de parler à Mr d'Edelsheim du sujet des plaintes de la ville de Strasbourg; en considérant les dangers, dont notre navigation est menacée, non seulement par le manège des facteurs mais aussi par le dégoût des bateliers électoraux, que l'insuffisance du fret actuel de Strasbourg augmente de jour en jour, j'ai cru, qu'il était bon, que la cour de Carlsruhe ne comptât pas trop sur notre indifférence et qu'elle s'aperçût du moins, que nous avions les yeux ouverts sur les atteintes indirectes qu'elle cherche à porter à la navigation de Strasbourg. Elle est, de l'aveu même de Mr d'Edelsheim, dans un état de décadence, et le mal est déjà si invétéré, que je suis persuadé, qu'il faudra recourir tôt ou tard à des remèdes décisifs; mais comme j'ai présumé que les circonstances actuelles s'y opposeraient, j'ai cru servir les intérêts de la ville de Strasbourg, en me permettant une démarche qui, sans compromettre le roi, pourrait contribuer à contenir les entreprises du prince qui a le plus d'intérêt et de moyens de nuire à la navigation; et puisqu'elle m'a conduit à découvrir, qu'il avait un nouvel intérêt de

ménager le roi, pour l'affaire de l'abbaye de Schwarzach, j'ose espérer, que cette découverte, qui est un nouveau garant de l'efficacité de mes représentations, sera aussi un motif de plus, pour leur mériter Votre approbation.

Parif. Arch.

233. Graf Vergennes an Graf O'Kelly.

Versailles, 19. April 1786.

Antwort auf den Bericht vom 31. März. Auf den Vortrag des Ministers habe der König beschlossen, alle Mittel zu ergreifen, die in seiner Hand sind — «pour effectuer enfin d'une manière irrévocable la destruction des entrepôts de Schreck et de Kehl; et je vais adresser en conséquence des instructions à M. le Baron de Mackau»[1].

Parif. Arch.

234. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 30. April 1786.

[Unterredung mit Mackau wegen der Rheinschiffahrtsangelegenheit. Unfähigkeit Mackau's.]

Er habe eine Besprechung mit Mackau in Betreff der Rheinschiffahrtsangelegenheit gehabt.

Er ist zum Unglück sehr wenig faßlich und dabei von der Sache so wenig als von dem Alkoran unterrichtet. Das hat mich in die Nothwendigkeit gesetzt, viel Unnöthiges mit ihm zu sprechen. Denn O'Dune's[2] Mémoires und meine Antworten sind so klar, daß ein Kind von 10 Jahren begreifen sollte, daß Frankreich nie mehr verlangt hat als die Abstellung des Transports der Schweizer Güter. Doch Mackau will das nicht recht einleuchten, und stoßt sich an alle Worte und pressiret dennoch außerordentlich auf eine Antwort. Diese

[1] Baron de Mackau, französischer Gesandter beim schwäbischen Kreis, s. oben S. 125.

[2] O'Dune war vor Mackau französischer Gesandter beim schwäbischen Kreis gewesen und hatte auch schon über die obige Angelegenheit Verhandlungen in Karlsruhe geführt. Von einer darauf bezüglichen Unterredung mit Edelsheim am 21. Dec. 1778 giebt der letztere in einer Aufzeichnung o. D. Nachricht: «À tout ceci il [O'Dune] a joint dans les termes les plus honnêtes et les plus engageants la prière d'interdire le transport des marchandises venant sur le Rhin à Schreck de là par terre à Schaffhausen, commençant par répéter que la cour de France n'avait aucun droit de demander cette suppression et offrant le réglement du tarif de douane à Strasbourg, la liberté d'exportation et d'importation par Kehl et enfin tout ce qu'on pourrait demander en compensation de cette suppression». Auf dieses Eingeständniß des französischen Gesandten, welches er vermuthlich auch schriftlich abgegeben, und auf welches man von badischer Seite großes Gewicht legte, scheint sich die obige Andeutung zu beziehen. Vergl. auch Drais II. 424 f. Die Vorstellungen Mackau's hatten dennoch den äußerlichen Erfolg, daß, ebenso wie schon i. J. 1778 geschehen, eine Weisung an den Lagerhausverwalter in Schreck erlassen wurde, überhaupt keine für die Schweiz bestimmten Güter in Schreck ausladen zu lassen, so daß diese den Weg über Straßburg nehmen mußten. (Protokoll des Geh. Raths 1. Mai 1786; v. Drais II. 427.)

Antwort aber wird ihn hier nicht fortbringen; denn er glaubt, er müßte E. Hf. D. erwarten, um sich für die Antwort zu bedanken. Schiefer ist mir denn doch noch kein Menschenkind unter die Hände gekommen.

---

235. Memoire des badischen Kreisgesandten G. L. von Edelsheim an den kaiserlichen Gesandten Freih. v. Lehrbach[1].

Ulm, 1. Juni 1786.

[Darlegung der Differenz mit Frankreich über den Transport der Schweizer Güter; die Forderungen Mackau's. Bitte um kaiserliche Unterstützung.]

Précis desjenigen, was der Marggräfl. badische Oberstkammerherr Baron von Edelsheim an des Kaiserl. Herrn Ministers Excellenz heute mündlich zu eröffnen die Ehre gehabt.

Anno 1778 hätten des Königs in Frankreich Maj. durch Bedrohungen, welche theils in dem Arrest auf alle Revenuen der Herrschaften Rodemachern und Beinheim, theils in noch bedenklicheren Folgen bestanden, des Herrn Markgrafen von Baden Hf. D. genöthiget zu bewilligen, daß — bis auf weitere Aenderung — keine Schweizer Güter in Schreck ausgeladen werden sollten.

Unter diesen Schweizer Gütern hätte man nach den klaren Worten eben gemelter Zusage und selbst der damaligen Mémoires des französischen Gesandten keine andern als diejenigen verstanden, welche für die Schweiz über Basel bestimmt den Rhein herauf kommen würden.

Seit dieser Epoche hätte auch alles ruhig und zufrieden zu sein geschienen, bis vor einigen Wochen der französische Gesandte am dasigen Hofe sehr harte Vorwürfe über die angebliche Nichterfüllung der Zusage von 1778 geführet, mit dem Beisatz: daß, wenn des Herrn Markgrafen von Baden Hf. D. nicht sogleich die Stadt Straßburg klaglos stellen und die Ausladung in Schreck und Kehl verhindern wollten, der König innerhalb 6 Wochen zufahren und die Stadt Straßburg unausbleiblich auf Kosten der Markgrafschaft Baden entschädigen würde.

Dieses Verfahren hätte um so auffallender geschienen, als binnen denen verflossenen 8 Jahren die Stadt Straßburg sich niemalen mit einem Wort wegen angeblicher Nichterfüllung der mehrgedachten Zusage de a. 1778 alldorten gemeldet hätte.

Man habe in der badischen Antwort auf das Mémoire des französischen Gesandten dieses sehr dringend bemerkt und dabei die Zusage von 1778 auf das feierlichste erneuert, auch in jedem Specialfall einer Uebertretung, welche bewiesen werden würde, die strengste Genugthuung zu geben sich bereitwillig erkläret.

Hierbei aber hätte es der französische Hof nicht bewenden lassen, sondern

[1] Uebergeben auf dem schwäbischen Kreistag in Ulm.

in einem den 28. vorigen Monats in Karlsruhe übergebenen Mémoire hätte der französische Gesandte zwar die freundschaftlichsten Gesinnungen seines Hofes gegen das fürstl. Badische Haus versichert, dabei aber weiter verschiedene Propositionen gethan, welche bei der Vergleichung der einen mit der andern vollkommen unverständlich blieben.

Nach dieser Erklärung solle man entweder alle Ausladung von Waaren in Schreck und Kehl gänzlich verbieten, oder das Quantum der deutschen Waaren, die man in Schreck ausladen wolle, auf ein jährliches gewisses Fixum setzen und dabei verwilligen, daß ein französischer Commissaire in Schreck und Kehl alle daselbst ankommenden Waaren inspicire und verificire.

Es schiene fast nicht glaublich, daß dieses der wahre Sinn der Absicht des Kön. französischen Hofes sein könne, zumalen da am Ende des berührten Mémoire geäußert worden, daß der französische Hof hierdurch die Versorgung des rechten Ufers des Rheins mit Waaren, die den Rhein herauf kämen, nicht hindern, sondern nur den Absatz der Schweizer Waaren in Schreck verhüten wolle. Man würde daher nicht anstehen, sich weitere Erläuterungen darüber von dem französischen Hofe auszubitten.

Doch wäre nicht vorauszusehen, ob hierdurch die factischen Fürschritte würden können abgewendet werden.

Wenn aber wirklich der Speditions-Handel von Schreck zu Lande nach dem Breisgau und nach Schwaben durch die überwiegende Gewalt von Frankreich vernichtet werden sollte, so würden bekanntlich die Breisgauische und andere Oesterreichische Vorlande dadurch in ihrem Handel und Wandel einen sehr starken Nachtheil verspüren, welcher wohl Höchstes Kais. Ministerium bewegen dürfte, durch eigene Fürschritte an dem Kön. französischen Hofe die etwa gefaßte widerige Entschließung abzuändern.

In dieser Rücksicht habe auch Eingangs-erwähnter dermalen hier anwesender badischer Kreisgesandte in Auftrag, des Kaiserl. Herrn Ministers Freih. v. Lehrbach Exc. von diesem Vorgang mündlich zu praeveniren.

Wien. St. A. Abschrift. Beilage zu der Relation Lehrbachs dat. 7. Juni 1786.

---

236. Lehrbach an Fürst Kaunitz.

Ellingen, 7. Juni 1786.

[Badische Beschwerde gegen die französischen Anmaßungen in Betreff der Rheinschiffahrt; Gefährlichkeit der letzteren, auch für die österreichischen Vorlande. Handelspolitische Reflexionen über das österreichische Interesse am Rheinhandel.]

Uebersendet das „Précis“ des badischen Kreisgesandten von Edelsheim über den Conflict mit dem französischen Hofe wegen des Stapelrechts von Straßburg &c.

Es sind ohnehin schon die außerordentlichen Bewegungen bekannt, welche schon seit mehreren Jahren von dem Königl. französischen Hofe, um das Commercium

am oberen Rhein ganz in das Elsaß zu ziehen und vorzüglich der Stadt Straßburg in die Hände zu spielen, gemacht worden sind. Sehr wahrscheinlich ist es, daß der kurmainzische Hof durch seine große Nachgiebigkeit, um sein anmaßliches Stapelrecht zu Mainz hiebei nicht in die Gefahr einer scharfen Untersuchung zu setzen, sehr vieles beigetragen habe, daß von Seiten Frankreichs die diesfälligen Ansprüche nach und nach so sehr ausgedehnet worden sind. Denn vor mehreren Jahren hat man in Mainz bereits auf den Betrieb des französischen Geschäftsträgers Henneberger verwilligt, daß allda auf denen von den dasigen Ufern den Rhein hinaufgegangenen Schiffen von einem französischen Commissär die Untersuchung hat angestellt werden dürfen, wohin ihre Fracht bestimmt sei.

Nun ist zwar die französische Anmaßung Anfangs ganz allein dahin gegangen, daß die über Basel in die sogenannte französische Schweiz bestimmten Waaren über Straßburg eingeleitet werden sollten; den anderen hingegen, die in die deutsche Schweiz gehöret haben, hat man den Weg auf der Reichs=Seite von Schreck aus noch nicht zu sperren gesucht; und es haben auch die Mainzer Spediteurs, welche die letztere Route zu begünstigen beflissen waren, noch allezeit Auswege gefunden, die diesfälligen französischen noch so fleißigen Nachforschungen zu hintergehen. Nachdem man aber nunmehr in Schreck und Kehl selbst französische Commissäre anzustellen die Absicht hat, so wird hierzu für die Folge alle Möglichkeit abgeschnitten, und es ist noch mehr zu besorgen, daß mit der nämlichen Zudringlichkeit, womit man sich französischer Seits des Wasser=Transports zu bemächtigen trachtet, man auch beflissen sein werde, den Transport zu Lande, der bisher noch zum Theil durch die k. k. Vorlande und das Badische gegangen ist, ganz an sich zu reißen.

Daß durch diese Vorkehrungen die k. k. Staaten in der dasigen Gegend einen nicht unbeträchtlichen Vortheil, den sie bisher durch den Waaren=Durchzug genossen haben, werden entbehren müssen, ist ebenso unwidersprechlich, als es offenbar ist, daß sie mit dem Inhalt des Ryßwickischen Friedens, Art. 18, und des Badischen § 6 gar nicht vereinbarlich sind[1].

Ganz verschieden dürften aber die politischen Betrachtungen sein, die hiebei eintreten, und von denen den wahren Werth abzuwiegen ich wirklich kein Bedenken trage, den Mangel meiner Einsichten zu bekennen.

Wenn man die Waaren untersuchet, die auf diese Art in die Schweiz gebracht werden, so findet sich, daß es theils englische Fabricate sind, theils Waaren, die von andern Orten auf der See nach Holland und von dannen den Rhein herauf kommen.

Was nun die letztere Gattung Waaren betrifft, so scheinet es nicht sehr schwer zu sein, diesem Waarentransport in der Folge eine solche vortheihafte Richtung geben zu können, daß er wohlfeiler, geschwinder und sicherer über Triest

[1] Vergl. oben S. 229.

in die Schweiz bewerkstelliget werde, als es bisher über Holland geschehen ist; besonders wenn die Communication über den Arlesberg mit Tyrol hergestellt sein wird; wodurch also der Schaden, den die k. k. Staaten auf der einen Seite durch den Entzug des Waaren-Durchzugs leiden dürften, auf der andern wieder reichlich ersetzet werden könnte. Von den englischen Waaren hingegen nehmen ohnehin jene, die von einer feineren Gattung und einem höheren Werth sind, gemeiniglich den Weg zu Lande; und da kommt es auf die Willkür der Frankfurter Fuhrleute an, in solang die französischen Drohungen diesfalls keine Aenderung machen, ob sie auf der französischen oder deutschen Seite ihren Zug nehmen.

Im Ganzen also betrachtet, scheint der Verlust, welchen etwa die Vorlande durch die französische Einrichtung leiden möchten, so groß nicht zu sein, als man selben sich in dem ersten Augenblick vorstellen mag. Eine sehr unterrichtende Lehre dürfte aber dieser Vorgang von Frankreich für jene Stände sein, die sich so übereilt und gegen ihr eigenes Interesse in den sogenannten deutschen Bund eingelassen haben und hierdurch nun erfahren, daß selber ihnen die Sicherheit nicht leistet, die sie am meisten bedürfen.

Bittet um Information darüber, welche Antwort er Edelsheim ertheilen soll.

Wien. St. A.

237. Dupont an Edelsheim.

Paris, 15. Juni 1786.

[Geburt des Erbprinzen Karl von Baden.]

Mon cher Baron! Que le ciel soit béni, qui Vous a rendu un prince héritier[1], et, pour Dieu, ne laissez pas tomber celui-là entre les mains de la médicine. C'est ce que je prends la liberté de demander à Msgr. le Margrave. Mais pourquoi ne m'avez Vous pas envoyé les lettres de notification? Cela serait tout-à-fait convenable et pressant dans la circonstance.

N'ayant pu aller à Versailles sur le champ, j'ai écrit à M. le Comte de Vergennes, que Vous me mandiez à la hâte l'évènement de cette heureuse naissance et l'intention du Sérénissime Margrave de nommer l'enfant *Charles Louis Frédérick*, et le motif de cette intention et Votre demande de délai; mais envoyez-moi vite Vos lettres.

---

[1] Prinz Karl Ludwig Friedrich, Sohn des Erbprinzen Karl, der nachmalige Großherzog Karl von Baden († 1818), geb. am 8. Juni 1786.

238. Edelsheim an Karl Friedrich[1].

Straßburg, 20. Juni 1786.

[Fortsetzung der Verhandlungen mit Mackau über die Rheinschiffahrt. Mackau obstinat; keine Verständigung.]

Sonntag früh das Memoire gefertigt . . . Mackau verlangte, ich solle zu ihm kommen, und das auf eine sehr unhöfliche Art. Ich kam. Er erklärte mir, daß er auf keine Art mein Memoire annehmen könne, sondern legte mir ein von seinem Sekretär geschriebenes Memoire vor, das ich sogleich unterschreiben sollte. Ich stellte ihm vor, daß ich diese Proposition ohnmöglich eingehen könnte. . . . Doch wollte ich ihm die Gefälligkeit, mein Memoire nach seiner Idee abzuändern, nicht abschlagen, wenn ich den andern Tag mit kaltem Blut die Sache überlegt und annehmlich gefunden hätte. Auf der Reise könnte er ohnehin von dem Memoire keinen Gebrauch machen und meine Antwort sollte ihm Dupont bei der Ankunft übergeben.

Nach langem Certiren bat ich ihn, mir die Stellen zu sagen, die ihm anstößig in meinem Memoire wären. Nach einigen wahren Kleinigkeiten, die ich sogleich abzuändern versprach, blieben wir bei dem Punkte stehen, daß von . . . vorschlägen[2], wovon er bereits seinen Hof unterrichtet hätte, gar keine Rede sein müßte, daß der Agent pure und ohne sein Dasein auf 2 Jahre einzuschränken, angenommen werden müßte[3]; daß ich pure erklären sollte, die Schaffhauser Güter wären unter denen Schweizergütern begriffen; daß ich die Bereitwilligkeit E. Hf. D., in die Fixation des Quanti derer für das rechte Rheinufer in Schreck auszuladenden Güter einzugehen, wenn diese Fixation möglich gefunden werden sollte, kontestiren sollte.

Ich antwortete, daß diese Abänderungen in meinem Vermögen nicht stünden. Da ich mich im Diskurs über die Schaffhauser Güter insofern herausließ, daß E. Hf. D. hierauf weder ja noch nein für die Zukunft antworten könnten, sondern einige Zeit haben müßten, um sich darüber zu erklären, so setzte er meine Deklaration dermaßen zu Papier, daß ich ihm versprach, diese sogleich zu unterschreiben. Er wollte dies aber nicht anders gestatten, als wenn ich seinen ganzen Aufsatz annähme. Ich ersuchte ihn mir solchen vorzulesen und fand darin theils förmliche Widersprüche, theils Ohnmöglichkeiten. Er korrigirte einiges, wollte aber immer ihn mir nicht in die Hände geben, bis ich ihm versprochen hätte, ihn unterschreiben zu wollen. Alles mein Zureden half nichts und wir schieden,

---

[1] Edelsheim befand sich seit dem 15. Juni in Straßburg und konferirte dort mit Mackau über die Rheinschiffahrtsangelegenheit.

[2] Der erste Theil des Wortes unleserlich.

[3] D. h. der von Mackau verlangte, in Schreck und Kehl zur Ueberwachung des Handels anzustellende französische Commissar.

er mit der Aeußerung: Eh bien, Monsieur, je vais Vous envoyer une déclaration bien verte et Vous me répondrez, und ich: si Votre lettre sera verte, la mienne, Monsieur, sera sèche.

---

239. Protocoll des Geheimen Rathes.

Karlsruhe, 26. Juni 1786.

Ein Promemoria des Geh. Raths von Edelsheim, dat. 24. Juni, wird vorgelegt, in welchem derselbe sich betr. der jüngsten Verhandlungen in Straßburg wegen der Schiffahrtsdifferenzen auf seinen Bericht an den Markgrafen, dessen Instruktion und drei Depeschen an Dupont beruft und über verschiedene Punkte sich die höchste Resolution erbittet.

Das betreffende Memoire wird genehmigt unter der Voraussetzung, daß bei den weiteren Verhandlungen mit Frankreich die Bedingung gestellt werde, daß man französischerseits sich keine Uebergriffe, etwa durch Anlegung eines linksrheinischen Forts gegenüber von Schreck oder durch Nöthigung der Schiffe, auf dem linken Rheinufer zu landen und sich einer Visitation zu unterziehen, zu Schulden kommen lassen und die freie Rheinschiffahrt irgendwie beeinträchtigen werde.

Weiter wird beschlossen, die Meinung des Basler Rathes, sowie der vorderösterreichischen Regierung über diesen Gegenstand zu erforschen, sowie den französischen Gesandten beim kurrheinischen Kreise, Baron von Groschlag, durch den Oberkammerherrn Geh. Rath von Edelsheim von der Sache informiren und womöglich dazu bestimmen zu lassen, daß er die badischen Interessen mit gegen die Stadt Straßburg unterstütze.

---

240. Protocoll des Geheimen Rathes.

Karlsruhe, 17. Juli 1786.

Geh. Rath von Edelsheim legt seine Korrespondenz mit dem kurmainzischen Staatsrath von Deel, die Schiffahrtsdifferenzen mit Frankreich betr., vor und meldet zugleich, nach einem neuerdings eingelaufenen Berichte des Geh. Legationsrathes Dupont scheine der französische Hof soweit nachzugeben, daß gegen diesseitige gänzliche Aufhebung der Spedition der Schweizer Güter die Bestellung eines französischen Agenten zur Aufsicht dermalen noch unterbleiben werde.

Man beschließt darauf, dem franz. Ministerium durch Edelsheim mittheilen zu lassen, „was wegen Aufhebung ersagter Spedition bereits provisorie verfügt worden“[1].

---

241. Dupont an Edelsheim.

Fontainebleau, 10. Nov. 1786.

[Neue Klagen der Stadt Straßburg eingelaufen; günstiger Zeitpunkt zur Behandlung der Sache.]

Mon cher Baron, je suis vraiment inquiet de Votre santé. Voilà près d'un mois que je Vous ai expliqué la manière dont se devait suivre notre

---

[1] Vergl. oben Einleitung S. 233. Die eigentliche Ausfertigung der in Rede stehenden Verfügung ist vom 29. Juli 1786.

négociation au sujet du commerce de Schaffhouse et de St Gall et que je Vous ai demandé des instructions. Je ne les ai pas reçus. Il s'est fait de nouvelles plaintes par la ville de Strasbourg, dont on ne m'a parlé que vaguement, réservant à entrer dans plus de détails, lorsque nous discuterons la suite de cette affaire.

Je suis dans un moment assez favorable. Les bontés de M. le Comte de Vergennes pour moi augmentent chaque jour. On est fort content de mon travail sur les traités de commerce, et le Roi m'accorde des lettres de Conseiller d'État, pour lesquelles je prêterai serment la semaine prochaine.

Je voudrais que nous donnassions une heureuse fin à ce qui regarde Votre cour, qui m'est si chère, pendant qu'on a de l'amitié pour moi; ce qui dans toutes les cours est toujours plus ou moins passager et sujet à redoublements et à calme.

242. Dupont an Edelsheim.

Paris, 25. Januar 1787.

[Fortgang der Verhandlungen über die Schiffahrtsdifferenzen; wünscht eine Reise Edelsheims nach Paris. Mittheilungen über seine amtliche Stellung; Ueberhäufung mit Geschäften. Die Notabelnversammlung. Vergennes schwer krank. Pfeffel. Möglicher Ministerwechsel.]

Dankt für drei Briefe Edelsheims, die er gestern empfangen. . . .

Je connais si bien la grâce et le charme que Vous avez dans l'esprit, que je suis persuadé, que Votre voyage, qui n'eût aucunement eu pour objet une justification, que Vous n'êtes point dans le cas de faire, mais des explications et une négociation intéressante, à laquelle Vous êtes très propre, aurait été fort agréable pour Vous. Vous en ferez ce [que] Votre sagesse croira convenable. Je ferai toujours de mon mieux en attendant. Mr. de Rayneval est arrivé avant-hier au soir. Je l'ai vu et lui ai demandé de reprendre notre négociation. Il m'a prié de lui donner quelque jours pour se remettre au courant de mille choses, qui ont dû souffrir de son absence, dans un moment surtout où la santé de Mr. le Comte de Vergennes n'a pas été bonne. Dès qu'il le pourra, je suivrai d'après les instructions . . . . que Vous m'avez données. Je me trouverai à porte, parce que j'habiterai Versailles, et quoique bien dénué de temps, mon zèle pour le service du Roi, qui m'absorbera presque tout entier, ne me fera pas négliger cependant ce que je dois à celui de Msgr. le Margrave.

Je saisirai tous les moments, mais je n'en aurai guère. Le Roi m'a nommé secrétaire de l'assemblée des Notables[1]. Il m'a donné pour collègue Mr. Hennin, qui a du mérite, mais qui, étant premier commis des affaires

[1] Die Versammlung der französischen „Notabeln" wurde am 22. Febr. 1787 eröffnet.

étrangères, pourra être souvent détourné, de sorte que le fort du travail tombera sur moi[1].

Cette circonstance me ferait encore plus désirer, que Vous fussiez Vous-même ici. Personne ne peut Vous remplacer ni pour le talent, ni pour les lumières, ni pour l'amabilité; et Vous n'auriez qu'une affaire, au lieu que Votre pauvre ami ploie sous le faix de ses devoirs et parierait deux contre un, qu'il se fera enterrer à Pâques, lorsque tous les membres de l'assemblée retourneront chez eux. Et en effet, la terre n'est elle pas notre premier domicile? Il ne nous reste que le bien que nous avons fait et un peu de renommée et les regrets de l'amitié.

Je compte bien sur la vôtre etc.

P. S. in Chiffern.

|: Mr le Cte de Vergennes est plus que dangereusement malade. Il y a infinement peu d'espérance. Je crains qu'il ne puisse assister à l'assemblée des Notables et j'en suis bien affligé. De Calonne et Mr. le Garde des Sceaux sont malades aussi, mais d'une manière moins grave. Il peut arriver mille nouveautés. Ce n'est pas Mr le Cte de Vergennes, c'est Pfeffel, qui est animé contre Vous, et je voudrais que, si le malheur nous amenait un autre ministre, Vous commençassiez par faire avec lui une connaissance personnelle. Les concurrents sont Mr le Baron de Bréteuil, Mr le Duc de la Vauguyon, Mr le Comte de Montmorin et Mr le Chevalier de St. Priest. :|

---

243. Edelsheim an Dupont.

[Karlsruhe], 10. Febr. 1787.

[Die Feindschaft Pfeffels. Eine Reise nach Paris unmöglich. Chancen für den Fall des Todes von Vergennes. Gérard.]

|: Je sais bien que c'est Pfeffel qui est notre ennemi principal. Je Vous l'ai toujours dit, et ses liaisons étroites avec la ville et Henneberg rendent impossible qu'on le détache de ce parti.

Il est absolument impossible que je pense à un voyage pour Paris. Il faudra que je suive Msgr. le Margrave dans d'autres voyages. D'ailleurs l'affaire est trop bien placée entre Vos mains pourque je désire présentement de m'en mêler.

La mort de Mr le Comte de Vergennes serait assurément une grande perte. Mr de Bréteuil a été mon ami. Vous êtes celui du Duc de la Vauguyon.

---

[1] Ueber seine gehäufte Beschäftigung schreibt Dupont in einem andern Brief an Edelsheim: «je me trouve de quatre comités du Conseil: celui de l'Inde, celui de l'Amérique, celui des droits de traites et celui de l'administration de l'agriculture; ajoutez le travail avec nos trois ministres, et Vous verrez que j'ai peu de loisir». (Dupont an Edelsheim dat. 24. April 1786.)

Voilà deux chances pour nous. Si Vous pouvez porter le ministre de parler à l'Intendant, on le trouvera persuadé du tort qu'a la ville. Le préteur Gérard ne manquera pas de tout employer pour faire réussir la ville; car de là dépend la réussite de son hôtel. :|

244. Dupont an Edelsheim.

Versailles, 12. Febr. 1787.[1]

[Tod des Grafen Vergennes. Edelsheim soll nach Paris kommen.]

Mon cher Baron. Monsieur le Comte de Vergennes est mort ce matin à trois heures. Je persiste dans mon opinion qu'il est très important, que Vous veniez bien vite pour faire connaissance avec le nouveau ministre, qui n'est point encore nommé, et pour prévenir les impressions que Mr de Pfeffel pourrait lui donner relativement aux affaires de Msgr. et la navigation du Rhin. Il pourrait arriver ou que je ne jouisse pas auprès du nouveau ministre de la même confiance, dont m'honorait l'ancien, et quand j'aurais ce bonheur, je pourrais tant que durera l'assemblée des Notables, dont je suis secrétaire . . . manquer du temps nécessaire pour suivre cette négociation avec l'activité et l'adresse qu'elle peut demander vis-à-vis d'un ministre, dont je ne serais que peu connu.

Venez donc, mon cher Baron. Partez au reçu de ma lettre. Je Vous attends.

245. Dupont an Edelsheim.

Versailles, 14. Febr. 1787.

[Der neue Minister Graf Montmorin; Bitte um neue Beglaubigung; Reise nach Paris.]

Mon cher Baron. Ma lettre d'hier, datée par erreur du 12, Vous a annoncé la mort de M^r le Comte de Vergennes. C'est M^r le Comte de Montmorin qui lui succède. Je ne le connais que de réputation comme un homme doux, sage et modéré. Il faudra que Msgr. ait la bonté de lui écrire pour me réaccréditer, parce que ne l'étant pas auprès du Roi, mais seulement de confiance vis-à-vis du ministre, celui qui me connaissait étant mort, l'autre n'est causé me connaître.

Au reste je persiste plus vivement que jamais à penser, qu'un voyage de Vous en France est d'une extrême nécessité.

Si Mr. le Duc de la Vauguyon eût eu la préférence, peut-être auriez Vous pu Vous en dispenser, parce que je le connais dès notre première jeunesse. Mais avec Mr. de Montmorin il faut que j'aie . . . . le temps de

[1] Wie das folgende Schreiben vom 14. Febr. zeigt, ist die Datumsangabe falsch; das Schreiben ist vom 13. Febr.

mériter la confiance par mon travail avant d'y prétendre. Je suis seulement aidé d'une bonne et honnête réputation.

Am Rande von Edelsheims Hand:

rec. 20 févr.; répondue 23 févr. que je ne pourrais pas venir à Paris et que la lettre de Msgr. au Comte Montmorin partirait incessament. —

---

246. Dupont an Edelsheim.

Versailles, 25. Mai 1787.

[Das Ende der Notabeln-Versammlung; ihre Resultate; sanguinische Hoffnungen.]

L'assemblée des Notables vient de finir ce matin. Le Roi a promis de faire faire d'ici à la fin de l'année le tableau le plus complet et le plus correct de l'état où se trouveront les finances, état qui devra être amélioré au moins de *quarante millions* par les retranchements, les économies et les bonifications qui auront lieu d'ici là et qu'on tâchera d'élever plus haut.

Par cet état .... on aura une connaissance positive de la situation de l'année 1788. Le Roi promet de n'imposer que ce qui sera indispensablement nécessaire .... Il ne s'explique point sur la nature de l'imposition; mais par la sensibilité qu'il témoigne sur ce que le Clergé et la Noblesse ont renoncé aux privilèges pécuniaires et n'ont désiré la conservation que de ce qui marque leur dignité, on peut croire, que le Clergé sera soumis à la capitation ou à un don annuel de six millions pour la compenser conformément au voeu des Notables, et que la taille sera supprimée, son montant étant ajouté à celui de la *subvention territoriale,* qui devra porter dans la même proportion sur les terres des citoyens de tous les ordres, Princes, Nobles et Ecclésiastiques.

La liberté du commerce des grains, la suppression des corvées et la suppression des droits intérieurs de traites vont être prononcées à l'instant. La suppression des gabelles est assurée pour le premier moment, où le Roi aura pu combiner avec les assemblées nationales l'imposition nécessaire pour en remplacer le produit.

Les assemblées provinciales vont être établies par une loi générale ....

Tous ces établissements amélioreront le sort du peuple et la constitution de la monarchie. La France sera sortie d'un moment de crise plus puissante, mieux constituée et plus heureuse qu'elle ne l'avait encore été.

Votre cour y sera sensible, parce que Monseigneur a toujours eu de la bienveillance pour notre nation et parce que l'intérêt politique est entièrement commun. J'ai prévenu, il y a quelques jours, Mr. le Comte de Montmorin, que nous allions reprendre avec activité notre négociation sur la navigation du Rhin.

---

247. Dupont an Edelsheim.

Versailles, 11. Juli 1787.

[Vertrauliche Erörterungen über die Lage der französischen Politik seit der Notabelnversammlung und unter dem Ministerium Brienne. Persönliche Stellung Duponts und sein Antheil an den Geschäften unter den letzten Ministerien. Bedeutung von Calonne und von Vergennes. Charakteristik Brienne's. Finanzlage. Monarchie oder Republik. Blicke in die Zukunft. Personalien.]

J'ai pour Vous envoyer cette lettre une occasion sûre, celle de Mr de Volpetière, mon ami de l'enfance, qui depuis a été négociant distingué, qui depuis a été banquier célèbre, qui depuis a éprouvé des malheurs qui lui ont fait quitter le commerce pour en éviter de plus grands, qui depuis a été mon premier commis au département du commerce extérieur, qui depuis m'a demandé à quitter le bureau pour suivre des affaires qui lui sont personnelles et qui l'appellent en Allemagne, qui partout s'est conduit comme un homme de bien, d'esprit et de capacité et que je Vous recommande dans le cas où Votre protection lui pourrait être utile. Il est digne d'une entière confiance.

Cette occasion me dispensera de chiffrer ma lettre et m'épargnera par conséquent un temps considérable, dont en vérité je suis bien privé. Je profiterai de cette épargne de temps pour Vous écrire plus longuement et à plume abandonnée, non pas tant comme au ministre, sous les ordres duquel je suis, que comme à l'ami qui s'intéresse à mon sort, et au philosophe qui observe avec sagacité la tournure que prend celui du monde.

Je m'assieds à côté de Vous sur Votre sopha et dans notre très libre conversation je mêlerai le compte des choses qui me regardent avec celui des affaires publiques qui peuvent Vous intéresser et auxquelles les miennes ne laissent pas d'être fort liées.

J'ai reçu, il y a quatre ou cinq jours seulement, Votre lettre de Carlsbad du 15 mois passé. J'ai fait pour Mr le Comte de Montmorin un extrait de ce qui regarde dans cette lettre l'état et la puissance de la cour de Prusse. J'ai cru en cela entrer dans Vos vues et dans les principes de bien général qui demandent que l'amitié entre cette cour et la nôtre soit très cultivée. Vous savez que tous mes travaux particuliers sont toujours tournés à quelque but d'utilité publique.

Vous avez parfaitement deviné ce qui m'arriverait avec notre nouveau ministère.

On a d'abord voulu me renvoyer avec une disgrâce à peu près complète. Il y avait contre moi beaucoup d'animosité. Peut-être ceux qui s'y livraient se trompaient-ils eux-mêmes sur le motif. Ce qu'on me reprochait, était d'avoir donné à Mr de Calonne des projets utiles, et d'avoir par là prêté des forces à son administration qui a été légère et dispendieuse,

mais pleine de vues souvent de la plus grande élévation. C'était un ministre archi-français, *Ertz-Welch*. C'était encore à moi un tort [non?] moins reproché, que d'avoir eu une grande part à la confiance de Mr le Comte de Vergennes, ministre qui n'était nullement français, si ce n'est par le zèle patriotique, et qui joignait la réflexion allemande à la gravité asiatique. Mr de Vergennes avait repoussé une fois Mr l'archevêque de Toulouse[1] et l'avait empêché d'être archevêque de Paris. Je n'étais certainement pour rien dans cette querelle, moi qui ai toujours été d'accord de principes avec Mr l'archevêque et qui étais l'ami intime de Mr Turgot, son ami intime. Mais l'humeur et le ressentiment contre Mr de Vergennes ont nécessairement rejailli sur moi qu'il traitait avec des bontés distinguées comme sa créature, à quelques égards comme son enfant. Mon troisième tort, le seul qu'on ne me reprochât point du tout, et celui que je crois le plus considérable, c'était d'avoir déterminé Mr de Fourqueux à accepter le ministère et d'avoir donné à craindre, qu'avec sa capacité, son expérience, sa probité, mon zèle, mon activité, mon dévouement pour lui, la grande habitude que je commence à avoir des différentes parties de l'administration, et l'étude que j'ai été forcé de faire de toutes les branches de nos finances, il pût se soutenir. J'avais le front, ou le courage, de le penser comme un autre. Je savais bien que Mr de Toulouse succéderait à Mr de Fourqueux, mais j'imaginais que ce serait par la retraite volontaire de celui-ci au bout d'un an ou dix-huit mois. Je ne le croyais pas si avancé, j'ai été pris pour dupe; et si j'eusse pu prévoir l'évènement, je me serais bien gardé de conseiller à un homme que je respecte autant que Mr de Fourqueux le désagrément et le ridicule d'un ministère de trois semaines et de me charger moi-même l'inimitié du ministère suivant, qui dans mon travail si bien intentionné a dû avec quelque irritation ne voir qu'un obstacle.

Heureusement que l'obstacle n'a été ni grand, ni long. Les deux troupes alors conféderées de Mr de Toulouse et de Mr Necker ont eu bien vite battu une armée, qui n'était composée au fond que d'un général et d'un soldat. Elles ont cependant bien fait de se dépêcher; car si elles eussent attendu quinze jours de plus, la victoire eût pu être douteuse; la caisse militaire aurait été assurée, et avec cela des gens qui ont quelque esprit vont bien loin.

Mon général, un peu surpris, s'est retiré avec les honneurs de la guerre. J'ai été désigné pour en payer les frais.

J'ai senti tout le péril de ma position, mais comme son plus mauvais résultat était de redevenir laboureur, libre et pauvre, trois métiers dont j'ai l'expérience et qui ne m'inspirent aucun dégoût, je n'ai pas été fort alarmé.

---

[1] Lomenie de Brienne, Erzbischof von Toulouse, der jetzige Finanzminister.

Il m'a pris une fantaisie d'amour propre: c'était de m'en tirer, si la chose était possible, sans employer aucune protection. J'avais celle de Msgr. le Comte d'Artois, qui voulait bien être très content du service que j'ai fait à son bureau dans tout le cours de l'assemblée. Je pouvais espérer jusqu'à celle du Roi, qui avait daigné parler de moi en deux occasions dans les termes de la satisfaction la plus honorable, et qui peu de jours avant la retraite de M^r^ le Fourqueux se faisant rendre compte des coopérateurs qu'il employait et de ceux qu'il avait remerciés, avait bien voulu lui dire à mon sujet: «je suis bien aise que Vous ayez gardé celui-là; il a beaucoup d'esprit, de lumières et de probité; on y peut avoir une entière confiance». Enfin j'étais et je suis l'ami de presque tous les amis de M^r^ l'archevêque de Toulouse, qui sont tous ceux de Mr Turgot, j'avais les deux ministres des affaires étrangères et de la marine, aux ordres desquels je suis et qui avaient droit de s'opposer à une disgrâce. Je n'en ai pas vu un, je n'ai écrit à personne, je n'ai pas fait une démarche, je me suis enfermé chez moi, et n'en suis sorti que pour aller chez Mr de Toulouse, lui remettre différents papiers, dont j'étais chargé et discuter quelques travaux que j'avais à finir.

Il m'a annoncé que, lorsqu'ils seraient terminés, il n'aurait plus besoin de mes services.

Je l'ai remercié de la liberté qu'il me rendait, lui ai promis d'en faire bon usage et lui ai seulement demandé la permission de lui rendre compte de ma conduite précédente, et de lui remettre un mémoire expositif des services et des sacrifices qui paraissaient me donner droit à une retraite honorable.

J'ai fait ce mémoire et j'ai pris la liberté d'exiger qu'il le lût tout au long. Il y a trouvé la démonstration que, pourque le Roi me renvoyât indemne, sans perte et sans récompense, seulement dédommagé des sacrifices qu'il m'a spécialement ordonnés, il faudrait me payer trois cent quatre-vingt mille francs. Il y a trouvé que j'avais fort bien servi sous tous ses prédécesseurs et n'avais jamais déplû qu'à l'abbé Terray; que j'avais fait des choses très utiles même sous Mr Necker, que sous Mr de Vergennes j'avais négocié secrètement la paix pendant tout le cours de la guerre avec un ami du Roi d'Angleterre, qui avait comme moi des instructions secrètes; que j'avais discuté toutes les bases et toutes les conventions du traité de commerce avec cette puissance, et qu'il avait été adopté sur mes plans contre l'avis unanime de tous les intendants de commerce et de ceux des fermes et de la régie générale qui avaient été consultés comme moi; que j'avais aussi préparé le traité avec la Russie; que des quatorze opérations, dont Mr de Calonne s'était fait complimenter par la Gazette de France, il y en avait onze à mon rapport et sur mes propositions; et qu'il n'y avait que pour ma fortune que j'eusse été entièrement oisif, les récompenses qui

m'avaient été accordées étant toutes honorifiques et pas une pécuniaire. Ce mémoire a produit l'effet que j'en espérais. Mr de Toulouse a changé d'avis sur ma retraite; il m'a parlé avec bonté et m'a donné de nouveau travail; je l'ai fait, et je continue d'avoir avec lui tous les jeudis et tous les dimanches un quart d'heure ou une demie heure de travail. Nos amis communs nous en ont fait compliment à tout deux, et j'aime mieux cela que de les avoir mis en campagne, afin de prier pour moi, qui ne me sentais point de tort et ne voulais point de grâce.

De cet état de stabilité, de paix et de travail pour Votre ami, il ne faut pas croire, mon cher Baron, qu'il ait ce qu'on appelle du crédit. Il aura quelque fois celui de la raison, habituellement celui de l'estime. Il n'y a ni confiance, ni amitié. Cela ne m'est pas très agréable, parce que j'ai toujours été gâté par l'amitié et la familiarité même de mes supérieurs, et que j'aime également à penser et à rire. Mais chacun a ses moeurs.

Mr de Toulouse a une excellente qualité ministérielle. Il n'a aucun homme de confiance. Il écoute volontiers ce qu'on lui dit, ou ce qu'on lui propose, de quelque part que cela vienne, et se décide seul. Il ne se soucie même pas que ses secrétaires soient des gens d'esprit. Il ne lui faut que des scribes, et les plus bêtes, qui n'entendent pas ce qu'on leur dicte ou ce qu'ils copient, lui semblent préférables. Cette manière a quelque chose d'imposant; elle montre du caractère, et dans un homme, que l'on sait d'ailleurs très éclairé, une conscience de ses propres lumières, qui détermine chez ceux, qui ne l'en voient pas douter, un beaucoup plus grand dégré de confiance. Si c'était un homme médiocre, l'effet serait tout opposé; mais il est visible, qu'il a prodigieusement d'esprit et de courage et d'excellents principes.

Cependant son ministère sera-t-il long, sera-t-il heureux? que voulez vous que j'en dise? Il a été acheté par de bien grandes promesses, bien difficiles à réaliser, surtout pour quelqu'un qui ne veut point de secours, qui n'a que des admirateurs et des ennemis, qui croit pouvoir porter seul un monde, dont il connaît parfaitement la théorie, mais dont les détails ne lui sont pas familiers. Il en a été de son ministère à peu près comme de la pourpre dans le Bas-Empire: un capitaine en réputation promettait aux soldats, on s'ameutait, on le proclamait *Semper Augustus*. Il ne trouvait pas dans le trésor de quoi dégager ses promesses, et la position devenait très périlleuse.

Si l'on ne touche pas aux rentes, et on ne le peut guère, lorsque l'on veut continuer d'emprunter au moins par virement de parties pour couvrir les anticipations et pour effectuer les remboursements à époques fixes: si l'on ne touche point aux rentes — disons-nous —, les quarante millions d'économie d'ici à l'année prochaine sont à peu près impossibles, quoique par la suite on puisse les élever plus haut.

On ne s'est réservé aucun fonds libre. La peur que les Notables avaient de l'impôt a fait, qu'on leur a promis de le diminuer, à mesure que cesseraient certaines dépenses qui ne doivent pas toujours durer.

On n'a osé appliquer à la diminution des anticipations que la ressource de l'économie, et cette ressource a été portée toute entière en recette, comme si elle eût été réalisée et comme s'il n'y eût point eu d'anticipations.

Dans cet état le lit d'un ministre des finances n'est pas de roses, ou s'il y en a quelques unes, elles sont mêlées de beaucoup d'épines.

Les ennemis acharnés, que lui coûteront les retranchements, tomberont sur lui, armés de l'insuffisance de ces retranchements mêmes. Mais si la position du ministre est pénible, celle de l'état est beaucoup améliorée relativement au bonheur des individus, quoique celle du Roi soit empirée, et que les moyens de déployer au déhors l'énergie du corps politique soient affaiblis.

La constitution est changée, et non pas par l'établissement des assemblées provinciales, dans lequel le vulgaire croira voir le changement, lorsqu'elles pouvaient au contraire unir de plus en plus l'intérêt du prince à celui de la nation et mener l'état au terme de la plus parfaite constitution *monarchico-républicaine.*

Elle est changée par un point qui n'a presque pas été et ne sera presque point remarqué, pas même du peuple des historiens. Elle est changée totalement par la renonciation solennelle à l'impôt de *quotité,* qui donnait à la société une part proportionnelle de tous les revenus, et par l'adoption du principe anglais, que les revenus doivent être proportionnés aux dépenses et non pas celles-ci réglées sur les revenus.

Le premier de Mai 1787 la France était encore une *monarchie,* et la première de l'Europe. Le 9 Mai 1787, dans la conférence tenue chez Monsieur, en présence de deux frères et de deux ministres du Roi, la France est devenue une *république,* où il reste un magistrat, décoré du titre et des honneurs de la royauté, mais perpétuellement obligé d'assembler son peuple et de lui demander de pourvoir à des besoins, auxquels les revenus publics seraient, sans ce nouveau consentement national, perpétuellement insuffisants.

Les Notables et le ministère paraissaient s'occuper des précautions nécessaires pour empêcher le *déficit* de jamais renaître, et l'on a barbouillé à ce sujet beaucoup de papier. Les Notables et le ministère s'occupaient des moyens de faire en sorte qu'il y eût constamment un *deficit,* impossible à couvrir sans de nouvelles demandes du gouvernement et de nouvelles concessions de la nation.

Le Roi de France devenait un Roi d'Angleterre. J'y ai regret, beaucoup de regret; car j'aime le Roi, sa famille et la constitution vraiment sociale que j'ai vue au moment d'être établie et au-delà de laquelle on a passé.

La perpétuelle arrivée des métaux d'Amérique et la multiplication non moins rapide des papiers commerçables, dont l'effet supplée à celui des métaux et dans ce sens équivaut à une augmentation de numéraire, haussent perpétuellement les valeurs nominales, et la progression à cet égard est si précipitée en France, depuis l'établissement de la caisse d'escompte surtout, que la somme qu'on appelle *dix mille francs* ne vaut précisément par rapport aux denrées et aux services que ce que valait il y a quinze ans la somme désignée par les mots de *six mille francs:* la différence est de deux tiers en sus ou de deux cinquièmes au total. Le Roi avec *cinq cent quatre-vingt millions* de revenus n'a précisément que la puissance qu'il aurait eue alors avec *trois cent cinquante-huit* et il est notablement plus pauvre qu'il n'était, puis qu'il en avait pour lors *trois cent soixante et six* et qu'il avait moins de dettes.

Ce décroissement des valeurs numéraires, ou cette augmentation de la valeur en argent de toutes les denrées et de tous les services ne seraient fort sensibles ni d'une dangereuse conséquence, si le Roi ou l'état avaient un impôt de *quotité* qui, proportionné avec tous les revenus des sujets, croîtrait ou décroitrait avec eux. Cet impôt suivrait la proportion des valeurs nominales, et donnerait toujours les moyens de payer la même quantité de denrées ou de services. La racine d'un tel et si raisonnable et si social impôt était dans les *vingtièmes.*

Mais actuellement, qu'il est passé en maxime constitutionelle, que *le Roi ne doit avoir aucun impôt de quotité et que tous ses revenus doivent être en sommes déterminées,* ces sommes s'avilissant progressivement d'année en année doivent en très peu de temps se trouver au-dessous des besoins qui ne varient pas. Le déficit doit naître et s'accroître d'année en année.

Le prince ne peut donc se dispenser d'assembler de temps en temps la nation et de représenter l'insuffisance des moyens qu'on lui donne pour faire face aux dépenses de l'état. Belle occasion pour les *démagogues,* qui veulent la réputation et la fortune, et qui profitent de la répugnance de tout peuple pour l'impôt, belle occasion de crier *à l'économie,* de diminuer *la liste civile du prince* et d'avoir un Roi et une sûreté politique au meilleur marché possible.

Ce n'est pas là le plus grand mal. Mais le Roi, ses ministres, sa cour, qui ne trouveront plus d'aisance sur la recette, se retourneront sur la dépense. On fera comme en Angleterre des comptes exagérés, la probité ne sera plus une vertu royale ni nationale. Avec les profits faits clandestinement sur les dépenses, on achètera leurs réviseurs et les prétendus patriotes de la démocratie et de l'aristocratie; la nation deviendra vénale, comme l'anglaise l'est devenue.

La corruption générale s'accroîtra chaque jour, la morale se gâtera

dans les villes, chez les magistrats, dans les assemblées nationales, à la cour. Mais d'un autre côté les terres seront bien cultivées, le peuple aura de l'aisance, les travaux publics se multiplieront, la nation prospèrera.

On peut même entrevoir le temps, où cette constitution, qui doit s'étendre nécessairement sur les voisins, tenant partout les corps politiques à court de moyens, quoique les nations soient riches, rendra les guerres fort rares, non par un sentiment de modération, de justice ou d'humanité, mais parce que les peuples, auxquels il en faudra demander les frais, se refuseront nettement à les payer.

Ce sont certainement de grands changements arrivés dans l'état de l'Europe et du monde; et ceux qui les ont faits, comme tous ceux qui font des enfants ont été devant eux, faisant la plus extraordinaire chose que l'on puisse imaginer, sans y songer, sans le vouloir, sans en prévoir le résultat, pour satisfaire la passion du moment.

Nos lois n'ont pas été conçues par des législateurs.

Quant à notre nation, elle était dans un état de péril, et elle en est tirée. Elle avait un *déficit* énorme; ses finances sont au courant. L'administration de ses provinces était soumise à un despotisme arbitraire. Cette même administration aura l'organisation la plus parfaite qui est [sic] encore existé. La jeunesse aura un grand motif d'émulation pour s'instruire sur les matières et les connaissances qui touchent au bien public; trois cent mille hommes en France seront obligés par état d'avoir des principes sur la répartition des impôts, sur les intérêts et le bien de la culture, sur la liberté du commerce, sur l'utilité des communications, sur les moyens les plus économiques de les établir, sur la police des pauvres etc. Il en sortira une foule de biens de détail; nous serons plus riches, meilleurs, plus heureux et par conséquent meilleurs voisins et plus réellement puissants. La révolution aura — à tout prendre — été très utile, et l'on aura obligation à ce pauvre Calonne, qui s'y est jeté et y a jeté l'état, comme il a tout fait et comme ses successeurs, avec beaucoup d'esprit, mais sans savoir bien nettement où il allait. Il savait seulement lui, qu'il voulait conserver le gouvernement monarchique, et s'il l'eût moins voulu, la république ne serait peut-être pas née; car beaucoup de choses se sont faites par esprit de contradiction.

Là-dessus, mon cher Baron, je tire ma montre; je vois que le temps a fin, je me lève, je quitte Votre sopha, je Vous embrasse avec tendresse, je Vous prie de mettre mon respect le plus humble et mon inaltérable reconnaissance aux pieds de Msgr. le Margrave et de toutes Leurs A. A. S. S.; je monte dans ma chaise de poste, je pars, je me retrouve dans mon cabinet, et je ne signe même pas la relation de notre entrevue; car puisque j'étais il n'y a qu'un moment assis à côté de Vous, Vous me connaissez très-bien. Vale et me ama.

J'ai bien reçu la lettre dont Vous me parlez; mais quoique Vous fussiez en Prusse, je croyais que Vous pouviez me faire passer quelque instruction pour Votre négociation du Rhin, qui depuis la mort de Mr de Vergennes est entièrement suspendue. L'état provisoire ne Vous ennuie donc pas; c'est ce que j'ai compris par une de Vos lettres.

Il y a lieu de croire que, quoique je sois conservé dans ma place, l'esprit d'économie me fera perdre un tiers de mes appointements, et que je n'aurai aucune gratification pour mon travail à l'assemblée des Notables, qui m'a coûté fort cher en m'obligeant de tenir une maison à Versailles, sans quitter celle que j'ai à Paris.

Si Vous voulez me faire passer de mille quatre-vingt livres à onze cent francs, je Vous serai obligé; Vous m'aurez donné vingt francs de plus ou vingt francs de moins que ne me doit Monseigneur. Le mal sera petit. Il faudrait, pour Vous faire un compte exact, un temps, que je n'ai point du tout et que je ne puis prendre.

J'ignore, quelle année des Ephémérides[1] Vous manque; mais cela est égal; car on ne peut en avoir d'années détâchées. Il en reste quelques collections complètes en petit nombre chez Didot l'aîné.

Je crois, que mon fils aîné sera envoyé secrétaire de Mr le Comte de Moussier, lorsque celui-ci remplacera Mr de la Luzerne dans l'ambassade auprès des États Unis d'Amérique, et que ce sera son début pour la carrière des affaires étrangères, à laquelle je le destine. Peut-être fera-t-il auparavant une course avec Mr le Comte de Moussier à Trèves, et je désire bien, qu'en mettant le pied en Allemagne on lui permette de passer faire sa cour à Monseigneur et Vous présenter son hommage. C'est un grand garçon de cinq pieds dix pouces, d'une figure douce, noble et sage, qui ressemble assez à *Candide*, et qui commence à travailler assez bien. Je vous présente de nouveau mon respect. Adieu, mon cher Baron.

---

248. Dupont an Edelsheim.

Paris, 27. Aug. 1787.

[Brienne Premierminister. Uebele Lage der Finanzen. Hoffnung auf Brienne.]

Je n'ai que le temps de Vous mander, que Mr. l'Archevêque de Toulouse vient d'être déclaré *principal ministre*. Cela était absolument nécessaire pour calmer la fermentation des esprits et montrer aux Parlements, que le gouvernement a et aura une volonté suivie.

|: Mais cela remédierera-t-il à l'embarras, où l'on s'est mis en ne faisant prendre aux notables aucuns fonds pour les dépenses imprévues ou la guerre? Pourrait-on soutenir l'esprit de la monarchie, après avoir détruit

[1] Die von Dupont herausgegebene Zeitschrift Ephémérides du citoyen.

le seul impôt qui fût monarchique et propre à maintenir l'union d'intérêts entre le Roi et la nation, et y avoir substitué un impôt républicain? Je l'ignore. : |

Mr l'Archevêque de Toulouse a, comme Vous le savez et comme je Vous l'ai marqué plusieurs fois, infiniment d'esprit, de vues, de lumières et de génie, et si quelqu'un peut rendre une marche régulière aux affaires complètement mal conduites, jusqu'à ce jour, d'une nation qui cependant est nombreuse, riche, puissante et a son agriculture en meilleur état qu'elle ne l'a encore eu depuis près d'un siècle, mais qu'un délire à peu près universel a mise dans un grand péril, sans qu'il y eût de calamité réelle: c'est lui.

249. Edelsheim an Dupont.

8. Sept. 1787.

[Ministerkrisis in Versailles. Reise nach Frankfurt. Eintritt des Prinzen Ludwig in preußische Dienste. Kritik der gegenwärtigen französischen Politik; die Notabeln; falsches Finanzprincip. Verfehlte Politik der Türken. Gefahren im Osten und Westen.]

Le Sr Volpetière m'a remis, mon cher ami, la lettre dont Vous l'avez chargé, en me l'envoyant de Deuxponts. Je comptai pouvoir Vous répondre par lui-même, vu qu'il m'a annoncé son retour à Paris comme très prochain. Mais je l'attends en vain de jour en jour . . . .

Auch zwei weitere Briefe Duponts vom 27. und 30. Aug. hat Edelsheim mittlerweile empfangen[1].

La véritable crise, dans laquelle se trouve bien complètement tout le ministère de Versailles dans ce moment-ci, m'empêche de Vous écrire sur nos affaires; il faut avant tout voir, comme cela tourne. J'ai laissé nos fertiles campagnes du haut Margraviat et Butré, pour aller accompagner Msgr. jusqu'à Francfort . . . . Le but de ce voyage est d'accompagner le Prince Louis, qui s'en va sièger à Postdam (sic) [2], et de faire une visite à l'Électeur de Mayence. Msgr. se porte extrêmement bien, mais il est rudement affligé par le départ de Msgr. le Prince Louis.

Souvenez Vous, mon cher ami, que je dois avoir une exemplaire du procès verbal de l'assemblée des Notables, et cela coûte que coûte, dès que ce précieux recueil aura paru. Je l'attends avec une véritable impatience. Je ne puis assez Vous marquer mon étonnement de voir, que tous, notables et non-notables, ministres et exministres fondent tous leurs raisonnements sur un raisonnement si faux et si longtemps relégué de la bonne société, savoir que le besoin de l'état doit déterminer la quotité de son revenu. Mais ce qui me rend stupéfait, c'est que les parlements et tant d'autres avancent des principes très républicains, en soutenant ou en partant du même très faux

[1] Der Brief vom 30. August ist nicht vorhanden.

[2] Vergl. oben S. 170.

principe. En l'adoptant, il me paraît parfaitement inutile de discuter, si les fardeaux Vous écrasent ou non; car tant que le besoin seul nous règle, il faudra bien vuider nos bourses sans murmurer, soit que cette opération se fasse ou par le timbre, ou par subvention ou par prise de corps et de bien. Ces messieurs pourraient avoir oublié, que nécessité ne reconnaît point de lois; et où il n'y a pas de lois, il n'y a pas d'ordre; mais où il n'y a pas d'ordre, il n'y a pas de bornes. Bayle aurait bien raison de dire, que toute la philosophie n'aurait jamais servi pour mettre le déraisonnement en évidence complète.

Il me paraît au reste, que Messieurs les Turcs ne raisonnent pas mieux en politique que nous autres en finances. Ils ont loué gratis les sept tours à l'ambassadeur russe[1], après avoir promis par un traité de paix qui (sic!) ne s'en serviraient plus et qu'ils n'enverraient plus un ambassadeur par lettre de cachet à leur bastille. Leur opération me paraît bien mal calculée. On peut dire, que l'Europe brûle aux deux bouts. Pourvu que le milieu reste en paix, comme il paraît, et nous serons heureux. Je ne le serai qu'après que je serai convaincu de Votre entier contentement.

Concept.

---

250. Dupont an Edelsheim.

Paris, 17. Sept. 1787.

[Französische Beschwerde über einen Erlaß der badischen Regierung gegen den Dienst in der französischen Armee. Personalien Duponts. Prinz Ludwig.]

Mr le Comte de Montmorin et Mr de Rayneval se sont plaints vivement à moi d'une ordonnance, que Msgr. le Margrave a — disent-ils — faite ou renouvellée *pour défendre à tous ses sujets de servir dans les troupes du Roi avec menace de confiscation de leurs biens.*

Mr de Rayneval dit, que cela est relatif à quelques sujets de Monseigneur en très petit nombre qui se trouvent dans nos régiments allemands.

J'ai assuré qu'il n'était sûrement question que d'une publication de simple forme de quelque ancien réglement, mais que S. A. Sme serait bien loin de punir quelquesuns de ses sujets pour être entrés au service du Roi, quoiqu'Elle pût ne pas désirer, qu'il se fit des recrues dans Ses états, voulant autant qu'il est possible garder Ses hommes pour l'agriculture et les arts.

Mettez-moi à portée de répondre plus catégoriquement . . . .

C'est un bruit, que je vais sérieusement être remercié par des vues d'économie, et s'il a un fondement, je n'en serai point affligé. J'ai calculé,

---

[1] Am 5./16. Aug. war der russische Gesandte Bulgakow in Constantinopel nach einer Audienz bei dem Großvezier in das Gefängniß der Sieben-Thürme abgeführt worden — eine von den Maßregeln, die zum Ausbruch des russisch-türkischen Kriegs von 1787 führten; vergl. Zinkeisen Gesch. des osmanischen Reichs VI. 628 f.

que je pourrai être plus utile à la nation et à l'humanité par les écrits que j'ai encore la force de faire et qui dureront, que par des arrêts du Conseil qu'on adopterait sur mon rapport et qui seraient changés au bout de six semaines. J'ai même calculé, que ce que je pouvais encore gagner de bonne réputation d'ici à ma mort, serait plus utile à la fortune et à l'avancement de mes enfants que quarante ou cinquante mille francs que je pourrais économiser dans le même espace de temps en restant en place.

Dans tous les cas ma famille est vouée à être pauvre; j'aime mieux qu'elle soit pauvre et illustrée qu'un peu moins pauvre et moins intéressante. Et enfin faut-il penser, que mes enfans se sentant pauvres seront plus laborieux et deviendront des hommes plus capables.

Folgen Einzelheiten über seine Familie.

Cependant je suis persuadé comme Pangloss[1], que *tout est pour le mieux dans le meilleur des mondes possibles* . . . Je laisse gouverner le monde à la Providence et je tâche de dire avec Marc-Aurèle: «O nature, le fruit que tu m'apporteras ne me paraîtra jamais ni trop verd ni trop mûr.»

Mettez aux pieds de Monseigneur mon respect etc. J'aime à voir encore un Prince Louis de Bade en chemin de devenir un très grand général[2].

---

251. Edelsheim an Karl Friedrich.

Friesenheim, 25. Sept. 1787.

[Die neue französische Beschwerde.]

. . . Aus Duponts Brief habe ich einen Extrakt fertigen lassen, der in fürstl. Geh. Rath gehöret, blos vermuthlich um die Sache zu präpariren, wenn sie ministerialiter von dem französischen Hof angebracht wird. Dergleichen Anwürfe geschehen immer von Zeit zu Zeit, wenn ein Obrist sich beklaget, und niemand erinnert sich alsdann, was man geantwortet hat bei ähnlichen Fällen.

---

252. Edelsheim an Dupont.

Friesenheim bei Offenburg, 27. Sept. 1787.

[Rechtfertigung des badischen Erlasses über fremden Militärdienst. Zwei neue Straßburger Mémoires über den Transport der Schweizergüter. Widerlegung der Straßburger Beschwerden. Thatsächliche Umgehung der früher gemachten Concession in Bezug auf die über Schaffhausen gehenden Waaren. Mackau.]

Je suis fort surpris de la plainte qu'on a portée à Mr de Montmorin. La loi qui défend aux Allemands d'entrer dans des services militaires sans permission expresse de leur souverain sous peine de la confiscation de leurs

---

[1] Pangloß, bekannte Figur aus Voltaire's Roman Candide ou l'Optimisme.

[2] Anspielung auf den Eintritt des Prinzen Ludwig in die preußische Armee; vergl. oben S. 170.

biens est générale en Allemagne. Ils sont tous liés à la défense de leur pays natal et n'osent par conséquent point s'en absenter, sans que le chef de leur province y ait consenti. Les troupes de la maison d'Autriche ne sont pas même exceptées de cette règle.

Il s'en suit, qu'on réclame sous peine de confiscation des biens par des lettres patentes tel sujet qui s'est laissé engager contre l'ordonnance de la loi. Cet usage a prévalu depuis des siècles. Si j'étais à même, Monsieur, de Vous faire lire nos gazettes allemandes, Vous y verriez très fréquemment de pareilles citations au nom de tous les souverains de l'Allemagne.

Mais cela n'empêche pas, qu'on fasse grâce en entier ou en partie selon l'exigeance du cas, si on en est requis convenablement; comme p. e. Msgr. le Margrave vient d'accorder ce pardon à un soldat du régiment de la Mark, riche sujet du Margraviat de Baden .... Vouz pouvez faire usage, Monsieur, incessamment de ces moyens, pour rectifier les idées défavorables, qu'on a tâché de donner à M^r le Comte de Montmorin et à Mr de Rayneval ....

Quelques marchands de la ville de Strasbourg ont fait avertir, Monsieur, que le magistrat de cette ville a fait passer enfin un mémoire à M^r le Comte de Montmorin, dans lequel il déduit les raisons qui doivent l'autoriser à s'emparer exclusivement sur le Rhin du transport des marchandises destinées pour Schaffhouse. Ce mémoire — dit-on — est accompagné d'un autre, dans lequel on se plaint de la grande diminution du commerce de commissions que fait la ville de Strasbourg.

Vous aurez à employer, Monsieur, toute Votre vigilance et Vos soins, pour que le Ministre se décide promptement à nous communiquer ce mémoire; et si le contenu est tel qu'on me l'annonce et je le prévois, il sera facile d'y répondre et de mettre en évidence la fausseté des réclamations Strasbourgoises.

Ces Messieurs sont en passe d'avancer des faits sans preuves ou singulièrement défigurés comme des vérités indubitables, tandis qu'ils sont insoutenables, pour appuyer leurs faux raisonnements.

Quant au mémoire général de plaintes on m'avertit, qu'il est principalement dirigé contre la cour de Mayence, mais qu'on y a singulièrement grossi et dénaturé les faits, en confondant surtout, comme ci-devant, toutes les marchandises servantes à la consommation de la rive droite du Rhin avec celles destinées pour la Suisse, et cachant soigneusement, que les troubles, qui agitent la Hollande, ont fait prendre aux marchands de nos contrées le parti de remplir leur magasins de toutes les marchandises qui nous viennent du Bas-Rhin, pour en faire un objet de spéculation utile à leur commerce. Ils doivent même avoir mis à la charge du Margraviat des transports faits sur des bâteaux de Mayence dans des ports situés hors du

territoire de Baden. Ils doivent encore avoir joint une liste des marchandises qui ont été ci-devant transportées de Strasbourg à Schaffhouse, sans observer, que toutes les marchandises, que ces contrées tirent immédiatement de la France, doivent uniquement passer par Strasbourg, et qu'ainsi il aurait fallu démontrer, que les dits transports consistaient en marchandises arrivées sur le Rhin, pour démontrer que les dites marchandises prenaient leur route par Strasbourg. Comparez, je Vous prie, Monsieur, les borderaux des marchandises de Schaffhouse débarquées à Schroeck, que Messieurs de Strasbourg auront présentés, avec celui des marchandises, qu'on prétend y avoir envoyé de Strasbourg, et Vous trouverez certainement, que les marchands allemands ont été de tout temps dans la possession de la plus forte concurrence pour les fournitures, dont il s'agit.

J'en reste toujours au dilemme qui me parait sans réplique. La ville de Strasbourg avoue, que la cour Palatine avait, avant son accession au traité de navigation de 1756, le droit de transporter les marchandises destinées pour Schaffhouse de Mayence à Mannheim et de là sur le Necker à Heilbronn, et n'a jamais attaqué ce droit. Or comme tous les droits des états de l'Empire sont égaux, il s'ensuit que, puisque la cour Palatine avait le droit de faire débarquer chez elle des marchandises destinées pour Schaffhouse, malgré la prétention que formait la ville de Strasbourg sur la navigation exclusive du Rhin, il est permis au Margrave de Baden d'en faire autant dans son port de Schroeck.

Il est évident encore par cet exemple que, puisqu'on ne croyait point pouvoir disputer à l'Électeur Palatin le transport des marchandises de Schaffhouse, malgré la prétention qu'on formait sur le transport exclusif des marchandises appelées Suisses, qu'on a toujours reconnu la différence existante entre les marchandises Suisses (Schweizergut) et les marchandises de Schaffhouse (Schaffhausergut).

Vous pouvez être au reste très positivement assuré, Monsieur, qu'on tient la main avec la plus grande rigueur à ce que les marchands établis chez nous ne se mêlent d'aucun envoi des marchandises proprement dites Suisses, et que la ville de Strasbourg n'a jamais réclamé aucune infraction des ordonnances faites à cet égard. Mais il est plus difficile aujourd'hui que jamais de veiller aux contraventions, depuis que les marchands de Strasbourg, excités par le poids de certains droits qu'on a mis nouvellement sur le commerce, se sont mêlés de faire la contrebande avec tant de soin, que nos commissionaires sont absolument hors d'état de démèler les véritables adresses, et qu'ayant pris la précaution d'établir eux-mèmes des magasins à Offenbourg et autres lieux du Brisgau, nous ne saurions nullement être responsables de leurs faits.

|: Il est entendu entre nous, que la défense donnée provisoirement

contre l'expédition des marchandises de Schaffhouse à terme fixe n'est plus observée depuis le terme de la dernière prolongation[1]. Si l'on Vous en faisait la question, Vous pouvez paraître le supposer seulement comme une suite naturelle des arrangements qu'on n'avait pris que provisoirement, sans en demander la prolongation.

Il s'agirait de trouver une personne de confiance auprès du principal ministre, à qui l'on fît entendre les raisons qui soutiennent notre bon droit. Pfeffel étant absent, Vous devez avoir meilleur marché.

Je ne suis point en peine de Votre sort. Tout étant rentré dans l'ordre, on aura grand besoin de Vos talents.

Dites, si Mackau revient, qu'il ait l'instruction d'être poli. :|

253. Dupont an Edelsheim.

Paris, 21. Nov. 1787.

[Das Straßburger Mémoire noch unerledigt.]

Mon cher Baron. Ce qui m'a déterminé à donner une note officielle pour obtenir la communication du mémoire de la ville de Strasbourg, c'est que j'ai vu, que les conversations ne menaient à rien du tout qu'à d'infiniment vagues réponses. Et j'ai gagné à la note d'apprendre, que le mémoire de Strasbourg n'avait pas encore été lu, qu'il ne l'était pas samedi dernier, et que dès qu'on l'aurait lu, on me le remettrait.

Die nämliche Mittheilung, daß die Straßburger Mémoires noch nicht zur officiellen Verhandlung gelangt und daher auch noch keine Abschrift derselben zu erlangen sei, wiederholt Dupont in einem Schreiben vom 27. Dec. 1787.

---

[1] Im Juli 1786 hatte die badische Regierung sich zu dem Erlaß einer provisorischen, von drei Monat zu drei Monat zu prolongirenden Verordnung herbeigelassen des Inhalts, daß vorläufig überhaupt keinerlei für die Schweiz bestimmten Güter auf badischem Gebiete ausgeladen werden sollten (v. Drais II. 427, oben S. 233). Man erkennt aus obigem, wie diese Concession schon jetzt thatsächlich wieder beseitigt war. In Wirklichkeit scheint überhaupt der erwähnte Erlaß der badischen Regierung nicht allzustreng beobachtet worden zu sein. Der französische Gesandte O'Kelly in Mainz klagt schon im Sept. 1786, daß er nur wenig geholfen habe; die mainzischen und die badischen Facteurs seien in stillem Einverständniß mit einander, das Verbot auf allerlei Wegen zu umgehen und illusorisch zu machen, und ebenso seien die beiden Haupträthe des Kurfürsten von Mainz, Strauß und Deel, insgeheim mit Edelsheim darüber verständigt, dies unter der Hand zuzulassen; wogegen es natürlich wenig austrage, daß der Kurfürst (der von diesen Sachen nichts verstehe) persönlich sehr geneigt sei, den französischen Forderungen Rechnung zu tragen (Berichte O'Kelly's aus Mainz, Sept. ff. 1786. Paris. Arch.). Vergl. auch die elsässische Denkschrift v. J. 1787 bei Löper die Rheinschiffahrt Straßburgs S. 121.

254. Edelsheim an Dupont.

20. Dec. 1787.

[Die sich vorbereitende „Revolution" in Frankreich. Ihre Bedeutung für Europa. Die Verheiratung des Markgrafen Karl Friedrich. Die Gräfin von Hochberg.]

L'espérance, Monsieur, de recevoir la suite des nouvelles, que Votre dernière lettre contient, a fait retarder ma réponse jusqu'aujourd'hui. Les bulletins ordinaires ont à la vérité satisfait à la curiosité; mais ils ont laissé désirer bien des petites particularités, qui sont si intéressantes et même nécessaires à ceux qui veulent observer avec un oeil philosophique la grande révolution, qui se prépare en France et dont le motif et la marche sont bien différents de toute celle (sic!), que l'histoire nous fournit. L'époque, à laquelle Vous marchez, sera mémorable à tous les états de l'Europe, qui, accoûtumés de Vous imiter, seront bien plus sensibles à Votre exemple qu'ils ne l'ont été à celui de l'Angleterre, à moins qu'on [n'] attribue la révolution la moins attendue qu'au goût décidé pour les nouveautés, dont on accuse Votre nation.

Nous venons d'avoir dans notre petit état une époque bien plus douce. Msgr. le Margrave vient de se marier avec une demoiselle issue d'une famille d'une très bonne noblesse, mais non princière[1]. Comme par conséquent elle ne peut point prendre d'après nos lois les titres de son mari, elle a pris celui de Mme de Hochberg. Ce n'est que l'amour et le choix de la S^me^ famille qui ont décidé Msgr. le Margrave. Il jouit en plein de son bonheur, qui l'a rajeuni au moins de dix années. Mme de Hochberg étant jeune, jolie, gaie, affable, douce, attentieuse et se sentant très heureuse, étant aimée par toute la famille, le bonheur de Msgr. le Margrave me parait assuré pour le reste de sa carrière, et j'ai par là bien moins de regrets de le quitter dix mois de l'année. . . .

---

255. Dupont an Edelsheim.

Paris, 27. Dec. 1787.

[Glückliche Aussichten für Frankreich. Bevorstehender Ministerwechsel. Ministerkandidaten. Das Parlament. Frankreich wird wieder die Vormacht Europas. Verhältniß zwischen Baden und Frankreich. Die Schiffahrtsverhandlungen stocken. Dupont bleibt in seiner Stellung.]

|: Il est difficile de prédire ce qui arrivera de notre position. Je prévois en gros, qu'elle sera plus avantageuse à l'état et à l'humanité qu'on ne le croit en Europe et que l'incertitude des volontés de notre ministère ne pourrait le faire présumer. Les assemblées provinciales s'organisent, le patriotisme s'y développe, les talents se déploient; les travaux publics seront

[1] Am 24. Nov. 1787.

bien faits. La répartition de l'impôt s'améliore et s'améliorera beaucoup plus. Les privilèges du clergé expirent, ceux de la noblesse, qui se défendront plus longtemps, seront dans dix ou douze ans réduits à l'honorifique, qui aurait toujours dû en faire l'essence; la liberté de conscience s'établit, celle de commerce fait quelques progrès, qui deviendront plus grands, et rien ne peut s'arrêter, quel que soit le ministère.

Celui de Mr l'archevêque de Toulouse terminera par sa mort, qui ne peut être éloignée, sa santé se délabrant chaque jour. Les vraisemblances sont après lui pour Mr le Baron de Bréteuil, qui tient à la Reine et qui a beaucoup de caractère. Il y a quelque espérance à concevoir de Mr le Comte de la Luzerne, qui a des lumières et du zèle et que Mr de Malesherbes conduit. Mr Lambert est homme de sens, laborieux et honnête.

Ce qu'il y a d'étrange est, que le parlement soit calmé par le coup d'autorité qui devait le soulever, l'exil d'un prince et l'emprisonnement de deux conseillers[1]. Pour rien au monde je n'aurais proposé un tel parti; l'évènement a montré qu'il était bon.

Si la paix dure quatre ans, nous redeviendrons la première puissance de l'Europe, et si elle ne continue pas, nous ferons un effort national, qui nous relèvera plutôt que de nous abaisser. L'impulsion est donnée dans les esprits.

S'il y a guerre, j'en suis fâché, parce que Vous êtes Prussiens, mais très vraisemblablement nous serions Autrichiens. La révolution de Hollande nous en fait la loi. Je crois Votre cour la plus neutre et même la plus obligeante envers la France qu'il sera possible. J'ai toujours mis en avant l'inclination du Sme Margrave pour les Français et son attachement personnel pour le Roi.

Quant aux négociations, dont Vous m'avez chargé, je ferai de mon mieux; mais Mr le Comte de Montmorin n'est point laborieux, et Mr de Rayneval est malade de chagrin des évènements politiques. Je le serais aussi, si je ne voyais, qu'il vaut mieux garder ses forces pour réparer les fautes d'autrui. On ne manifeste pas le dessein de me renvoyer, quoique je l'aie demandé avec instance; on se borne à me ruiner, et je servirai sans argent avec le même zèle que j'avais lorsque j'étais bien payé. :|

---

[1] Die Verweisung des Herzogs Philipp von Orleans aus Paris und die Verhaftung der beiden Parlamentsräthe Sabatier und Freteau nach der von König Ludwig XVI. am 19. November abgehaltenen «Séance Royale» des Pariser Parlaments.

256. Edelsheim an Dupont.

Karlsruhe, 15. Jan. 1788.

[Heirat des Markgrafen. Aufschwung Frankreichs, aber das Land braucht den Frieden. Preußens Interesse an der holländ. Politik gering. Sein Einverständniß mit Frankreich sichert den Frieden. Die Provinzialversammlungen. Lob Calonne's. Die Mémoiren von Malesherbes. Die Rheinschiffahrtsangelegenheit. Charakter des deutschen Fürstenbundes.]

J'ai reçu, Monsieur, Votre lettre du 27 décembre avec la note qui y était jointe . . . Msgr. le Margrave va Vous faire réponse à la lettre qui lui était adressée et qui comme de raison lui a été des plus agréables. Je me repens de ne point avoir eu plus de promptitude à Vous donner la nouvelle du mariage de S. A.; mais ayant le département des affaires de la famille, ce mariage m'a donné dans le premier moment un surcroît de travail, qui m'a obligé de négliger ma correspondance: et attendant de jour en jour une lettre de Votre part, j'ai voulu faire d'une pierre deux coups et il m'est arrivé par là de Vous laisser dans un état d'incertitude, qui assurément est fort désagréable à quiconque représente une cour, dont les évènements font pour le moment sensation dans le public.

Ma retraite à la campagne n'a aucune liaison avec cet évènement. Il était décidé que je m'établirais en province, avant que je puis (sic!) soupçonner le parti que l'amour a fait prendre à Msgr. le Margrave, et je compte parmi les bonnes augures, qui ont précédé ce mariage, le fait qu'il a été conclu presqu'au moment qu'il a été imaginé, marche qui n'est pas bien ordinaire à nos affaires en Allemagne.

Les Vôtres paraissent en effet reprendre cet éclat brillant, qui tenait jadis à leur essence. C'est peut-être toujours l'effet des brouillards, qui enveloppent les affaires d'un royaume, dont les ressources sont si immenses. Le désordre doit tôt ou tard causer une crise, qui met l'antidote en action; et plus que la crise est forte et subite, plus Vous mettez le remède en état d'opérer la guérison. Je pense cependant, qu'il Vous faut la paix pour consolider la plaie, et rien ne me paraît plus sage dans la conduite de Mr de Brienne que le parti qu'il a pris d'éviter la guerre avec l'Angleterre.

Le public met bien souvent en avant les efforts qu'aurait fait la nation dans le cas que Vous auriez dû Vous brouiller avec l'Angleterre; mais comme tous les efforts possibles de la nation la plus puissante sont circonscrits à la fin par des limites, au-delà desquelles on trouve l'impossible, il est bien plus raisonnable et mille fois plus utile d'employer la puissance de cette nation à rétablir l'ordre chez soi qu'à mettre le désordre et la calamité chez ses voisins. Il paraît qu'enfin nos politiques sont parvenus à calculer l'effet qu'a sur eux la réaction de la ruine des nations étrangères et surtout de celles qui leur sont voisines. D'après Votre beau traité de

commerce il n'y aurait peut-être point de botte plus forte à tirer à la France qu'en ruinant l'Angleterre, l'Espagne et l'Allemagne.

Quant aux affaires de la Hollande, elles seront toujours aussi précaires que l'a été de tout temps cette république. Tout ce qu'on y a fait n'a jamais été que pour le moment. Tout ce qu'on veut y faire restera toujours à faire, même si le projet en a abordé. La Prusse a au reste un si faible intérêt politique dans tout ce qui arrive à cette république, que je ne vois point, pourquoi on s'affecterait de ce qu'elle y a fait dans un moment, où elle croyait l'honneur du trône intéressé. Le temps doit affaiblir nécessairement la chaleur, avec laquelle elle s'est engagée maintenant à soutenir les droits du Stadthoudérat, sans qu'on fasse pour cela la dépense d'une guerre ruineuse. Outre ça on peut bien — entre nous soit dit — passer sans se fâcher à un jeune Roi, successeur d'un héros, l'envie de faire un coup d'escrime, pour établir sa réputation parmi son armée et pour montrer à l'Europe, que la vigueur de sa monarchie ne s'est point éteinte avec ce monarque. Tout cela ne donne point d'élément certain pour juger le système politique que la Prusse a adopté et ne me fait point douter encore, que la Prusse restera toujours l'ami de la France. C'est de cette bonne harmonie que dépendra bien longtemps encore foncièrement le bonheur de l'Europe.

Vos assemblées provinciales continuent partout de donner des preuves d'une véritable sagesse et de faire enrager les intendants, ce qui ne doit point déplaire aux sujets du Roi. Il est assez singulier, que ces peuples regardent et regarderont bien plus encore dans l'avenir comme la base de leur félicité et comme leur égide un établissement proposé par l'homme qu'ils haïssent si généralement aujourd'hui. Son mémoire a déjà fait naitre un silence bien surprenant pour le moment. On dit qu'il a paru une réponse courte et bonne. Je sais bien qu'il reste des notes à faire sur la conduite de Mr de Calonne, et je suis bien éloigné, d'après son propre dire, de le ranger à côté de Sully. Mais au moins paraît-il avoir prouvé, que c'était plutôt par système que par raison qu'on a voulu le dévouer à la haine du public.

J'aime bien qu'il nous dise qu'il s'est amusé pendant la journée pour soutenir le crédit des finances, et qu'il a employé les nuits pour s'occuper du bien public. Comme si les nations croyaient, que la belle humeur du contrôleur général était le véritable baromètre de leur félicité.

J'ai lu avec grand plaisir les mémoires de Mr de Malesherbes. Mais j'y ai trouvé plus de science et d'histoire que de philosophie. Le style dépeint partout une âme touchée du bien de l'humanité, mais qui tire sa révérence, en haussant les épaules, dès qu'il voit qu'il faudrait combattre et s'exposer pour rendre les concitoyens heureux.

Je Vous prie, mon cher ami, de ne pas suivre cet exemple en pro-

tégeant la cause de notre pauvre moine! La situation et l'acharnement de la superstition qui le poursuit doit intéresser tous les honnêtes gens.

Continuez de même à ne pas laisser rouiller l'affaire de la navigation. On m'assure, que l'Empereur a plaidé sa cause à cet égard et qu'on est sur le point de donner à ses bateliers du Brisgau et de l'Ortenavie des avantages bien réelles [sic]. Ce n'est point une chose, sur laquelle Vous devez présenter des mémoires; mais cela peut Vous servir de direction dans Vos entretiens avec M[r] de Rayneval, autant que cela pourra se faire sans me citer. Dès que Vous aurez emporté de bonne volonté la communication du mémoire de la ville de Strasbourg, Vous serez surpris de nos moyens de réponse. Nous avons trouvé dans nos archives les preuves mêmes du défi qu'ils nous donnent.

Vos fermiers de la gabelle nous chicanent prodigieusement. N'y-a-t-il donc point d'espérance, que la liberté sera accordée au commerce du sel?

: Nous sommes ni Prussiens, ni Autrichiens, mais Allemands. Comme la France n'aurait probablement point pensé à l'Union des Princes en faisant la guerre au Roi d'Angleterre pour maintenir ses possessions aux grandes Indes, quoique ce Roi est membre de l'Union en sa qualité d'Électeur de Hannovre, on ne doit point craindre, que la France voudra commencer par débander l'Union en se querellant avec le Roi de Prusse pour les affaires d'Hollande ou pour la province de Silésie. Tout cela ne nous regarde en rien, et l'Union ne se mêlera point d'affaires hétérogènes. Son unique but est de maintenir notre constitution et de la perfectionner, la réforme de nos cours judiciaires, notre code de lois civiles et criminelles, une activité plus suivie de notre Diète, l'établissement d'une confidence plus réelle entre les cours, l'adoption des principes de tolérance entre les deux partis de réligion, les articles d'une capitulation perpétuelle pour nos Empereurs, voilà uniquement de quoi on s'occupe. Mais il faudrait bien penser aux moyens de défense en cas qu'on fût attaqué, et des bons patriotes en corps ne manquent jamais de moyens à cet égard. :|

2. Beziehungen zu den Niederlanden (1784—1789).

257. Bosset an Edelsheim.

Haag, 10. August 1784.

[Mißglückte Bewerbung um ein freigewordenes Regiment für den Prinzen Friedrich. Aussicht auf ein anderes.]

Le sort du régiment vacant des mariniers, dont j'ai eu l'honneur de parler antérieurement à V. Exc., venant d'être décidé par Msgr. le Prince Stathoudre en faveur de Mr le Rhingrave de Salm . . . j'espère, que V. Exc. daignera me rendre justice, que c'est moins par la négligence des moyens mis en usage de ma part que par une suite de ces engagements de Msgr. le Prince et des circonstances actuelles, que les désirs de S. A. S. Msgr. le Margrave n'ont pu cette fois être accomplis. Je ne désire maintenant rien plus . . . que de recevoir de V. Exc. des ordres de faire des démarches ultérieures, pour obtenir de S. Alt. la promesse du premier régiment vacant, promesse que je me flatterais d'autant plus de pouvoir obtenir, qu'Elle m'a dit à ce sujet, qu'Elle ferait en sorte, que cet arrangement pût avoir lieu à une occasion prochaine et qu'il est actuellement question de dédommager Mr Westerloo par un commandement de place.

258. Bosset an Edelsheim.

Haag, 8. Nov. 1784.

[Conflict zwischen Holland und dem Kaiser. Die Generalstaaten wünschen deutsche Hülfstruppen in Dienst zu nehmen. Wie Baden sich zur Abschließung eines Subsidienvertrags stellen wolle.]

Angesichts des drohenden Conflictes zwischen Holland und dem Kaiser habe die Republik den Rheingrafen von Salm beauftragt, mit verschiedenen deutschen Höfen wegen Subsidientruppen zu verhandeln. Da man der letzteren dringend bedürfe, so werde man gern auf alle nur irgendwie annehmbaren Bedingungen eingehen. Mit dem Fürsten von Waldeck sei bereits ein Vertrag abgeschlossen.

Une autre considération qu'il y aurait à faire serait, que notre Sérénissime maître, craignant peut-être à cause du voisinage de prendre un parti décidé dans cette affaire, pourrait comme prêter à S. A. Msgr. le Prince Guillaume Louis tel nombre de troupes qu'il jugerait convenable pour joindre à son régiment, lesquelles jouiront, suivant les assurances qui ont été données à Mr. le Rhingrave, de la même capitulation avantageuse, que si Msgr. le Margrave les fournissait sous son nom. Enfin Mr. le Rhingrave m'a dit avoir ordre de la part de LL. HH. PP., d'assurer le ministre,

par l'influence duquel cette négociation pourrait avoir le succès, qu'Elles s'en promettent, qu'Elles seraient très disposées à reconnaître les bons offices qu'il aurait mis en usage à cette occasion. Il assure de plus avoir les moyens de lever tous les obstacles qu'il y aurait pour la sortie et le passage des troupes vers l'endroit dont on conviendrait, dès le moment que la négociation serait entamée avec lui à Berlin. Si j'ose supplier V. Exc. de daigner m'instruire du parti que notre cour aura pris, ce n'est point par d'autre motif que celui d'être à même de veiller avec d'autant plus de zèle à son plus grand avantage.

259. Bosset an Karl Friedrich.

Haag, 8. Nov. 1784.

[Holländisches Anerbieten eines Subsidienvertrags mit Baden; der Rheingraf von Salm.]

Bosset erstattet Bericht über eine Unterredung, die er am gleichen Tage mit dem Rheingrafen Friedrich von Salm[1] gehabt. Im Hinblick auf das gegenwärtige Zerwürfniß mit dem Kaiser wünsche man in Holland lebhaft, mit Baden einen neuen Subsidienvertrag abzuschließen.

Mr. le Rhingrave a ajouté, que les termes généraux, sur lesquels cette négociation pourrait se fonder, seraient cent mille florins de solde annuelle pour chaque millier d'hommes, qui seraient fournis à la République sous chaque dénomination quelconque que ce pût être, de cavalerie, dragons, infanterie, houssards, chasseurs, artilleurs et ingénieurs, outre toutes les stipulations d'usage pour la recrue, l'engagement, l'équipement, le transport, les fourages, la perte d'hommes et leur retour, qu'on pourrait désirer. . . . Quelque fût le nombre de troupes que V. Alt. Sér. daignerait se resoudre à fournir à la République, il serait agréable à LL. HH. PP., et Elle pourrait également stipuler pour elles tout ce qu'Elle jugerait pouvoir procurer leur plus grand avantage. . . .

Der Rheingraf sei allein zu den Verhandlungen mit den deutschen Höfen bevollmächtigt worden. Am 8. habe er in der Frühe den Haag verlassen und sich nach Berlin begeben. Wenn der Markgraf geneigt sei, auf die holländischen Anerbietungen einzugehen, solle er daher einen Agenten nach Berlin schicken und mit den vorläufigen Abmachungen betrauen. Der definitive Abschluß des Subsidienvertrages könnte dann späterhin in Karlsruhe erfolgen.

260. Bosset an Edelsheim.

Haag, 16. Nov. 1784.

[Bemühungen im Interesse der Stellung des Prinzen Friedrich in der holländischen Armee. Bedenken für den Fall eines kriegerischen Zusammenstoßes mit dem Kaiser. Aussicht auf Verleihung eines Regimentes.]

Je n'ai pas manqué de me présenter . . . chez Mr de Larrey pour le prévenir en faveur des différents objets de la négociation par tout ce que

[1] Ueber die politische Rolle des Rheingrafen Friedrich von Salm in den Niederlanden vergl. v. Ranke, die deutschen Mächte und der Fürstenbund I. 340 ff.

je crus propre à le faire entrer dans les vues de Msgr. le Prince Frédéric, j'eus le bonheur d'en obtenir la promesse de son intercession. Connaissant l'influence qu'a également auprès de Son Altesse . . . Mr de Passavant, conseiller intime, . . . l'homme le plus zélé pour les intérêts de la cour de Bade . . ., j'eus également le bonheur de m'assurer de son appui. . . . Dans une audience particulière . . . auprès de Son Altesse, . . . j'eus le bonheur d'en recevoir des preuves non équivoques de Son grand attachement pour Msgr. le Margrave et toute sa maison. Le principal motif dont j'ai cru devoir faire usage pour l'emplacement de Msgr. le Prince Frédéric au quartier général . . . était la compensation de la perte que Son Altesse venait de faire à l'occasion de la démission de Msgr. le Prince de Weilbourg pair l'attachement que Lui conservaient ceux de Ses illustres parents qui Lui restaient. . . . Aussi daigna-t-Elle m'assurer . . . qu'Elle serait charmée d'avoir auprès d'Elle au quartier général Msgr. le Prince Frédéric, pour qui Elle avait un véritable attachement; mais qu'ayant Elle-même trop peu d'expérience dans le métier de la guerre, Elle ne balancerait pas de sacrifier le plaisir de le retenir auprès d'Elle aux occasions favorables qui se présenteraient de remplir les vues de Msgr. le Margrave à l'égard de ceux, qui étaient à même de Lui servir de modèle pour le commandement. Enfin Son Altesse ajouta, que Msgr. le Prince Frédéric ne serait astreint à prendre le commandement du corps, qui convenait à son grade, que lorsque ce serait son propre désir.

J'ai eu de même le bonheur d'obtenir de Son Altesse le second objet de ma commission qui était, que Msgr. le Prince Frédéric ne fût astreint à rejoindre l'armée que lorsque le service de l'état l'exigerait et probablement seulement au printemps prochain; qu'au reste, comme on ne pouvait pas prévoir d'avance les desseins de l'Empereur, Elle ne pouvait pas non plus garantir de ne pas recevoir l'ordre des Etats Généraux de faire le rejoindre les officiers généraux, quand besoin en serait. . . . Le motif qui m'a paru le plus favoriser cette permission de S. A., est celui, que je n'ai pas manqué d'alléguer, que, si les princes de la maison de Bade devaient agir dès la première campagne contre la première division des troupes autrichiennes, qui serait arrivée dans les Pays-Bas, ils assujettiraient peut-être les états de Msgr. le Margrave à bien des désagréments de la part de la seconde division de ces troupes, qui pourraient passer au printemps prochain de l'Autriche antérieure par les dits états. Aussi Son Altesse a daigné beaucoup approuver cette raison que j'ai fait valoir aussi pour Msgr. le Prince Guillaume Louis[1] . . .

[1] Prinz Wilhelm Ludwig von Baden, der jüngere Bruder Karl Friedrichs, niederländischer Generallieutenant und Inhaber eines Regiments, s. oben S. 235.

Ayant trouvé l'occasion si favorable par les bontés de Son Altesse . . . j'ai cru devoir hasarder quelque chose pour la sollicitation d'un des régiments vacants en faveur de Msgr. le Prince Frédéric . . . Son Altesse m'assura, qu'il y avait proprement point de régiment vacant par la retraite du Prince de Weilbourg . . . Mais lorsque j'eus l'honneur de faire mention de Msgr. le Prince Frédéric de Bade dans le cas qu'il le devint, Son Altesse parut y faire plus d'attention . . . surtout par la considération que j'insinuai, que le chef de ce régiment serait remplacé par un des plus proches parents . . . et par celle que dans les circonstances actuelles il importait à la République d'avoir la facilité des recrues pour le compléter ou l'augmenter, ce qui n'aurait pas lieu, si c'était un colonel hollandais qui obtint ce régiment ou même un colonel allemand qui ne fût pas prince. C'est pourquoi S. A. eut la bonté de me répondre en propres termes: Si le régiment de mon neveu devient vacant, je tâcherai de faire en sorte que cela puisse s'arranger.»

261. Bosset an Edelsheim.

Haag, 26. Nov. 1784.

[Das Nassau-Weilburgische Regiment frei geworden; Aussicht für Prinz Friedrich.]

Jamais je n'ai attendu une lettre avec plus d'impatience que celle de V. Exc. . . . V. Exc. pourra juger de cette impatience, parceque avanthier j'ai été informé, que la démission projeté du Prince héréditaire de Weilbourg avait été faite effectivement avanthier[1], et qu'elle laissait par conséquent le champ libre à mes sollicitations . . . et étant informé des intentions de Msgr. le Margrave, je ne manquerai pas de faire tout mon possible pour la (sic) faire réussir . . . Mais je redoute toujours le Bourgrave de Kirchberg[2] dont j'ai eu l'honneur de faire mention.

262. Bosset an Edelsheim.

Haag, 26. Nov. 1783.

[Die Verleihung des Nassau-Weilburgischen Regiments an Prinz Friedrich in naher Aussicht.]

Je reviens dans ce moment de la cour, et je m'empresse de faire partager à V. Exc. l'allégresse inexprimable que je ressens du succès de cette conférence . . . J'ai eu le bonheur d'entendre Son Altesse m'assurer, qu'Elle tâcherait de faire en sorte, que cet arrangement pût avoir lieu et même que

[1] Hiernach sind die Daten bei Kleinschmidt Karl Friedrich S. 93 zu berichtigen; die Verleihung des Regiments wird im Dec. 1784 erfolgt sein.

[2] Oheim und Vormund der Gräfin Sayn-Hachenburg, Schwiegertochter des Fürsten von Nassau-Weilburg, der die Stellung eines Generallieutenants inne hatte, aber noch kein Regiment besaß.

dans quelques jours Elle pourrait me le promettre, et lorsque j'ai pris la liberté de Lui demander, si j'oserais donner ces espérances à Msgr. le Prince Frédéric par le premier courrier, Elle a daigné me répondre, qu'Elle espérait pouvoir alors le lui annoncer Elle-même, s'il n'arrivait point d'obstacles d'ici alors.

263. Der niederländische General de Verschner an Edelsheim.

Hanau, 3. Dec. 1784.

[Niederländisches Gesuch um Ueberlassung von Truppen.]

Mon cher ami. Je suis arrivé hier ici; je pars demain pour Cassel sous le prétexte d'affaires de famille, mais proprement dans l'intention, si ces cours ne seraient pas inclinées de donner des troupes à la solde de la République. Comme je suis chargé de la même commission pour S. Alt. Msgr. le Margrave, je Vous en préviens, mon cher ami, et Vous prie en cette qualité de me dire ce que je puis espérer et m'adresser la lettre à Cassel . . . Si les conditions fussent de nature, que je devrais recevoir des ordres, cela gagnerait du temps, et notre situation demande de la célérité. Msgr. le Prince d'Orange se flatte, que Msgr. le Margrave accordera la demande, tant par rapport à l'alliance des deux maisons, comme aussi que des princes de la S^{me} maison de Bade sont au service de la République[1].

264. Edelsheim an Bosset.

Karlsruhe, 28. Dec. 1784.

[Die militärische Begleitung des Prinzen Friedrich bei dem Feldzug.]

. . . Msgr. le Margrave ne s'est point encore décidé sur le choix de l'officier qui accompagnera Msgr. le Prince Frédéric en campagne. Les sujets qui ont été proposés jusqu'ici sont trois officiers retirés du service prussien et du premier mérite, dont deux sont fortement appuyés par le général de Möllendorff . . . Si effectivement la guerre se fait, les conditions, auxquelles ils veulent entreprendre la besogne, ne mériteraient pas beaucoup de réflexions, parceque je suis sûr, que Msgr. le Prince d'Orange serait charmé dans ce cas d'attacher un de ces messieurs au service de la République[2].

Concept.

265. Der Rheingraf von Salm an Edelsheim.

Berlin 3. Januar 1785.

[Bitte um Zulassung holländischer Werbungen in Baden.]

Le major de Locher, qui aura l'honneur de présenter à Votre Excellence la lettre, que je prends la liberté de Lui adresser, muni de mes

[1] Ueber diese niederländische Mission s. auch Kleinschmidt a. a. O. S. 93 f.

[2] Aus einem folgenden undatirten Schreiben Bossets an Edelsheim ergiebt sich, daß die Wahl des Markgrafen auf einen Mr. de Sibourg fiel.

patentes sous l'autorisation de LL. HH. PP. et du Prince Stathoudre pour le recrutage de notre armée, se proposant d'établir des places d'enrôlements dans le Margraviat sous le bon plaisir de S. Alt. Sme, je me flatte que . . . Vous voudrez bien accorder à cet officier la protection, qui lui est nécessaire et qui pourra faciliter et appuyer ses opérations . . .

266. Edelsheim an de Verschuer.

Karlsruhe, 5. Jan. 1785.

[Bedenken gegen die Ueberlassung von Truppen; über die Bildung eines neuen Bataillons werden nähere Erläuterungen erfordert.]

En réponse à la note que Mr le général Baron de Verschuer a remise, le soussigné a ordre de lui rappeler tous les motifs, qui empêchent S. A. S. Msgr. le Margrave de donner des troupes à la solde d'une puissance étrangère.

Il doit de même répéter à Mr. le général, que Msgr. le Margrave a bien à coeur de prouver de plus en plus ce que les liens du parentage et de la plus sincère amitié lui ont dicté envers Msgr. le Prince d'Orange, comme aussi ceux avec lesquels il a toujours été attaché à la République d'Hollande.

Quand au projet de former un régiment de deux bataillons du bataillon d'infanterie au service de la République, dont Msgr. le Margrave est propriétaire depuis 1748, Msgr. le Margrave, en sa qualité de colonel propriétaire, désire dans cette occasion, comme en toute autre, d'être à même de remplir les vues du gouvernement.

Mais Mr. le général de Verschuer n'étant instruit qu'à pressentir à cet égard les intentions de Msgr. le Margrave, on doit attendre préalablement les explications nécessaires sur les conditions, sous lesquelles on compte effectuer l'augmentation du dit régiment, pour être à même de s'expliquer d'une manière précise et d'autant plus satisfaisante, que dans la crise présente S. A. S. Msgr. le Stathoudre voudra bien faire attention à la situation locale des états du Margraviat et aux soins paternels que S. A. S. Msgr. le Margrave doit à ses sujets.

Concept.

267. Verhandlungen mit General de Verschuer.

5. Jan. 1785.

[Fragen und Antworten betr. die Errichtung eines neuen Bataillons in holländischen Diensten.]

Questions faites verbalement à Mr le général de Verschuer sur la formation d'une nouvelle capitulation pour l'augmentation d'un bataillon. —

1) Quel sera le terme fixé pour la formation de ce bataillon?

Dans la capitulation de 1748 on avait accordé à cet égard 6 mois ordinaires. Dans les circonstances présentes et vu la multitude des enrôleurs, on ne pourra prendre d'engagements que pour 8 mois ordinaires.

2) Quel sera la composition de ce bataillon?

On s'attend, qu'il sera composé comme tous les bataillons des régiments de la République[1].

3) Quel sera le sort futur de ce bataillon?

On suppose qu'il sera expressément stipulé, qu'après la levée du second bataillon le régiment de deux bataillons ne sera jamais sujet à aucune réduction. Le régiment entier sera conservé à perpétuité à la maison de Bade, dont il portera pareillement le nom et le chef de la dite S^me maison aura le droit de donner le commandement du régiment à un des princes de sa maison selon son choix; de même la première nomination de tous les officiers du nouveau bataillon doit être au choix de Msgr. le Margrave.

4) Quel sera le comptoir, duquel le régiment recevra son payement?

On est bien éloigné de vouloir préscrire à cet égard un comptoir; mais l'expérience ayant prouvé, combien cet article est important, il sera nécessaire d'être fixé sur un comptoir, où l'on ne court pas le risque d'être arriéré dans le payement. On espère de même que les capitaines du nouveau bataillon pourront être exempts de la rétribution dite les „magere Jahre" —

5) Quel sera le prix de l'engagement par homme que la République bonifiera aux capitaines?

Il faudra bien expliquer toutes les charges qui seront comprises dans le prix qu'on fixe par homme. Il s'agira de même de savoir, combien on bonifiera pour les frais du transport, objet pour lequel on avait stipulé dans l'art. 6 de la capitulation de 1748 la paye d'un long mois et demi; de même quand commencera la paye du régiment.

6) Quel sera la place d'assemblée du nouveau bataillon?

On espère, qu'on voudra fixer cette place dans un endroit, qui ne sera pas fort éloigné et pas trop exposé aux maladies et à la désertion.

7) Quel sera le sort des soldats invalides?

On espère, qu'on accordera aux invalides sujets du Margraviat de Bade de se retirer chez eux avec leur pension.

8) Quel seront les moyens qu'on employera, pour assurer le transport des recrues et pour faciliter l'enrôlement?

On espère, que LL. HH. PP. voudront employer leurs bons offices, pour que les recrues reçoivent des passeports prussiens et pour que la cour de France tolère, qu'on fasse des recrues dans la seigneurie de Rodemacher.

9) Pourrait-on espérer, que S. A. S. Msgr. le Prince d'Orange permît, que le nouveau bataillon fût formé sous Son nom?

---

[1] Nämlich aus 1 Comp. Grenadiere und 6 Comp. Füsiliere.

Cette complaisance pourrait épargner à Msgr. le Margrave des plusieurs inconvénients et ne nuirait en aucune façon ni aux intérêts de Msgr. le Prince d'Orange, ni au service de la République.

Concept.

268. Edelsheim an Bosset.

Karlsruhe, 24. Jan. 1785.

Bosset soll geeignete aber vorsichtige Schritte thun, um, bei voraussichtlichem Eintritt einer Vacanz, die Verleihung der Pfründe der «Grand-Prévôté de St. Jean» in Utrecht an den Prinzen Friedrich zu erwirken.

Concept.

269. Edelsheim an Bosset[1].

[30. Jan. 1785.]

[Erörterungen über einen Subsidienvertrag mit Holland. Badische event. Vorbehalte für den Fall des Bedürfnisses im Reich; Garantie von Frankreich und Preußen. Die Verhandlungen mit General de Verschuer.]

Quant au projet dont Vous me parlez, Monsieur, touchant un traité de subside[2], je suis douteux, si c'est une idée simplement à Vous, ou si elle Vous a été suggéré de la part de S. A. S. Msgr. le Prince Stathoudre. Mon doute fonde sur ce que, n'ayant pas eu de chiffre jusqu'ici, Vous deviez peut-être Vous expliquer avec une réserve nécessaire.

La République n'a payé qu'un bataillon stationné en temps de paix dans les états du Prince de Waldeck, et la maison d'Orange n'a de même joui de cet avantage que pour un bataillon. Ces avantages revivront probablement à la paix, et je doute, que la République pourrait être disposée aux mêmes conditions pour les 5 ou 6 bataillons, dont Vous faites mention, Monsieur, d'autant plus que selon Votre dernier rapport quelques provinces inclinent d'accepter les plans proposés par le Duc de Mecklenbourg-Strelitz et par le Comte de la Lippe, qui renferment la même condition, à moins que la République fût décidée de sacrifier Mastricht, dont la garnison dépense sa paye hors des Provinces Unies. Car alors il pourrait lui être égal que l'équivalent de ce qu'a coûté jusqu'ici l'entretien de cette place fût mangé ou dans la principauté de Liège ou dans d'autres provinces du St Empire. Cet arrangement ne la débarasserait pas seulement du très important embarras de trouver des recrues dont Vous parlez, Monsieur, mais il assurerait encore à la République un très important avantage des recrues

[1] Aus einer Randnotiz Edelsheims ergiebt sich, daß dieses Schreiben nicht ausgefertigt worden ist, daß man aber das Concept bei den Acten behielt, „um die ersten Ideen in dieser Sache zu ersehen“. Nur der erste und der letzte Absatz wurden unter dem Datum 1. Febr. 1785, zugleich mit Uebersendung einer künftig zu brauchenden Chiffre, an Bosset expedirt. Das Datum ergiebt sich aus einer späteren gelegentlichen Erwähnung.

[2] Das bezügliche Schreiben Bossets fehlt.

dont Vous parlez, Monsieur, des facilités sensibles pour augmenter son armée dans le cas d'une guerre.

Toutefois, Monsieur, Vous observerez bien exactement, que la publicité, avec laquelle les affaires d'état se traitent en Hollande, demande absolument une retenue très prudente pour toutes les ouvertures à faire à la Haye, et qu'il faudra bien Vous garder de parler d'un traité de subside avant qu'on vienne Vous le proposer.

Vous connaissez d'ailleurs, Monsieur, les principes, d'après lesquels agit Msgr. le Margrave et que S. A. S. ne pourra jamais regarder un traité de subside comme un objet de finances ou de commerce. Mais si la République voulait étendre ses vues sur un corps plus considérable que ne le seraient 6 bataillons et conclure des traités de subside avec plusieurs princes du St Empire, qui eût (sic!) pour base la conservation de la République et celle de la constitution germanique, sans que la République fût enveloppée par là dans des querelles qui seraient étrangères à son intérêt, il lui serait tout au contraire aisé de trouver par là des ressources pour augmenter son armée, dont elle doit sentir l'importance dans ce moment-ci, vu que les princes, ses alliés, ne lui refuseraient pas ce nouveau service dans un temps, où ils n'auraient point à pourvoir à leur propre sûreté; il me paraît qu'il serait aisé de stipuler qu'en cas que la République fut attaquée, on lui fournirait le double des troupes dont elle aurait payé l'entretien en temps de paix, en cas qu'alors les états du St Empire contractants n'eussent point à pourvoir dans le même moment à la sûreté de leur patrie, auquel cas la République se contenterait qu'on fournît le nombre, pour l'entretien duquel elle aurait payé durant la paix. La République n'aurait point de dépense à faire pour la levée des troupes qu'elle payerait, parce qu'elle fournirait des régiments tout montés; mais il resterait naturellement libre a chaque prince contractant, de composer les régiments qu'on lui abandonnerait d'après le modèle de ses propres troupes, pourvu qu'on trouve (sic) à chaque inspection le nombre d'hommes, qu'exigerait l'ordonnance de la paye hollandaise, sur laquelle serait fondé le traité de subside.

D'après cette idée la maison de Bade pourrait bien se charger par exemple du nombre d'hommes compris dans les sold-ordonnantie hollandaises de 6 bataillons. Il ne sera pas difficile de trouver d'autres princes en Allemagne, qui accèderaient aux mêmes conditions, dès que la France et la Prusse interviendraient à cet arrangement et garantiraient par leur aveu les états des princes qui s'uniraient de cette façon avec la République d'Hollande pour le maintien de leur liberté respective.

Vous sentez, Monsieur, combien je me fie à Votre discrétion, en Vous parlant à coeur ouvert sur un objet, dont on doit souhaiter, qu'il ne fût parlé ministeriellement qu'à la paix ou après avoir pressenti la France et

la Prusse, qui par leur influence en Europe et en Allemagne doivent être regardé comme l'égide commun de la Hollande et du St Empire . . .

Je ne dois point Vous laisser ignorer, Monsieur, que M^r le général de Verschuer est venu ici pour proposer, qu'on donne quelques troupes à la solde de la République, ou que Msgr. le Margrave lève un bataillon qui serait joint à celui que S. A. S. a levé en 1747, offrant que ce régiment resterait alors en propriété à la République. On s'est refusé à la première proposition, et on ne s'est même point expliqué clairement dans la réponse par écrit sur l'objet de la seconde. Je suis cependant entré verbalement en détail à cet égard avec Mr de Verschuer, qui, n'ayant point de pouvoirs, a pris note de mes questions. Car quoique la prudence exige dans notre position de ne point exposer les états de S. A. S. par Son zèle pour la République, avant que la France se soit expliquée plus catégoriquement: j'ai regardé l'augmentation du régiment de Msgr. le Margrave comme une simple affaire de service, à laquelle Monseigneur ne devait point se refuser, si on la demande sous des conditions qu'il est à même de remplir sans léser des devoirs majeurs . . .

Concept.

270. Bosset an Edelsheim.

Haag, 8. Febr. 1785.

[Prinz Christian von Darmstadt bittet um Gestattung eines Werbeplatzes in Baden.]

Msgr. le Prince Chrétien de Darmstadt est encore ici à attendre le sort de la légion, que M^r le Comte de Calenberg a offert en son nom de lever . . . S. A. m'a prié hier de sonder V. Exc., si, au cas que ce corps fût agréé, Elle pourrait obtenir de S. A. S. Msgr. le Margrave la permission d'avoir un dépôt de recrues dans telles parties du Margraviat, qu'Elle daignerait Lui assigner. Elle s'engagerait à n'enrôler aucun sujet de Bade et à remplir exactement les conditions qui seraient exigées.

271. Edelsheim an Bosset.

o. D.

[Der Markgraf gestattet keine Truppenwerbung in seinem Lande.]

J'ai reçu, Monsieur, par la lettre de M^r le Comte de Calenberg la demande dont Vous m'aviez prévenu. . . . Vous voyez, Monsieur, par là, à combien de refus particuliers on serait exposé, si l'on voulait se relâcher de la règle générale, d'après laquelle Msgr. le Margrave refuse généralement tout enrôlement étranger, excepté dans le cas du régiment de Msgr. son fils, et même la permission, qu'il lui a donné, n'est que pour un nombre de recrues limité.

Concept.

272. Bosset an Edelsheim.

Haag, 25. Febr. 1785.

[Neue Vorschläge zu einem Subsidientractat; Hinblick auf die im Werk begriffene deutsche Union. Bitte um Gewährung eines Recrutendepots in dem badischen Gebiet auf dem Hundsrück. Anerbieten eines Geldgeschenks an Edelsheim. — Abgelehnt.]

Unterredung mit dem Rheingrafen von Salm.

. . . |: La proposition du Rhingrave avait deux objets: le premier de renouveler les anciennes propositions pour un traité de subside avec la République sur le pied de cent mille florins par année pour chaque mille hommes . . . Il paraît fonder ce renouvellement de propositions autant sur le soutien de la cour de Prusse que sur l'union semblable à celle de Schmalkalden, à laquelle on travaille actuellement en Allemagne pour s'opposer aux incartades et aux violences de la cour de Vienne. Les dispositions générales de la cour de Bade une fois expliquées, il se flatte d'indiquer des moyens qui aplaniront toutes les difficultés.

Le second point de sa proposition est entièrement indépendant du premier et peut conséquemment s'accorder, quand même le traité de subside ne pourrait avoir lieu. Il a pour objet d'obtenir un dépôt dans le baillage du Hundsrouck appartenant à Msgr. le Margrave . . . Msgr. le Margrave pourrait faire ses conditions par mon canal et aurait en outre la nomination à une compagnie dans sa légion, dont la plus grande partie sera conservée à la paix . . . L'avantage du service de la République étant intéressé à cette permission, il est autorisé d'offrir une gratification de cinq cent ducats comme une marque de reconnaissance au ministre d'État, qui aura contribué à la lui obtenir pour les dits baillages. :|

Am Rande:

Répondu le 17 mars en refusant la demande.

---

273. Bosset an Edelsheim.

Haag, 18. März 1785.

[Dringende Bitte um Instruktion wegen des neuen Bataillons; Eile nötig.]

|: Jusqu'à ce moment j'ai attendu les instructions promises au sujet du sixième bataillon avec d'autant plus d'impatience que je vois avec regret s'écouler le moment favorable pour exécuter ce projet. Je sais que Msgr. le Margrave préférerait qu'il pût avoir lieu seulement à la paix; mais ce serait lui ôter la seule perspective de réussite, et la paix une fois faite, je ne crois pas, qu'il y eût moyen d'y songer . . .

Pour Vous prouver que la hâte est nécessaire, je me suis informé, que la province d'Utrecht a non seulement proposé la levée de la légion de Hesse Darmstadt, mais qu'elle fût constituée en hommes et en solde avec cette avantageuse clause pour le Landgrave, qu'au temps de la paix

elle serait entretenue dans le pays de Hesse Darmstadt. Vous sentirez que, si ces idées étaient agréées par les autres provinces, elles seraient préjudiciables à notre projet, en ce qu'on ne voudrait pas trop augmenter le nombre de ces subsides. C'est pourquoi il serait bon de prévenir le Prince de Hesse[1]. :|

274. Bosset an Edelsheim.

Haag, 31. Jan. 1786.

[Wiederaufnahme der Militärverhandlungen. Notwendigkeit jetzt mit der Patriotenpartei zu rechnen; Bitte um genaue Instruktion.]

|: Dans le cas que je sois chargé d'instructions relativement au projet en question mentionné dans Votre lettre, il est nécessaire de Vous prévenir que, s'il doit réussir, il ne doit pas venir du Prince, et qu'il suffit seulement pour la bienséance, qu'il en soit informé et d'amener les choses pourqu'il me conseille lui-même de pousser le projet par les patriotes, comme il l'a fait pour d'autres, pour lesquels il s'intéressait vraiment. L'influence du Comte de Maillebois n'est plus si grande; mais le Rhingrave de Salm paraît être leur favori, et on ne fait rien sans le consulter. Il est bon que je sois informé d'avance, si je dois agir par les patriotes, ce qui parait le seul moyen de réussir; et si pour cet effet je dois faire croire, que notre cour est dans le système de la France, et faire valoir son voisinage; s'il existe un traité d'alliance ou d'union particulière entre la cour de Versailles et la cour de Bade; si je ne dois pas cacher, que la cour de Bade soit entrée dans la ligue d'Allemagne, d'après l'assurance que le ministre de Prusse m'a donnée à cet égard, parceque je prévois, que ce serait un obstacle; s'il y a des princes de la maison de Bade qui auraient servi ci-devant la République[2]. :|

275. Bosset an Edelsheim.

[Haag], 7. Febr. 1786.

[Fortsetzung der Militärverhandlungen. Die Patriotenpartei; der Rathspensionär von Holland.]

|: Après avoir sondé de loin quelques uns des régents, je me suis aperçu avec plaisir, que le projet de la naturalisation des cinq bataillons serait acceptable, et Maillebois lui-même a cru m'en donner l'idée le premier, promettant le seconder et croit qu'elle serait approuvée. L'appui du Prince d'Orange serait nuisible. Mais on pourrait amener les choses, que

[1] Von hier ab in der Correspondenz zwischen Edelsheim und Bosset eine längere Lücke; innerhalb derselben liegt der am 8. Nov. 1785 abgeschlossene Friede zwischen dem Kaiser Joseph II. und den Holländern. Der Num. 274 erwähnte Brief Edelsheims fehlt.

[2] Ueber die von hier ab folgenden Verhandlungen vergl. auch oben S. 146 ff.

lui-même indiquât la voie des patriotes; par là on serait à couvert même dans la supposition d'un changement de circonstances. La province d'Hollande doit être le principal appui. Elle est gouvernée par les patriotes et le pensionnaire, et ceux-ci ne seront plus contraires longtemps.

S'il y avait moyen de lui laisser entrevoir un avantage personnel dans le projet, je présume sa réussite. Son crédit actuel est égal à ses vues intéressées et celles-ci à sa vanité[1].:|

---

276. Edelsheim an Bosset.

Karlsruhe, 23. Febr. 1786.

[Genauere Angaben nötig über die von Holland zu gewährenden Bedingungen. Zurückhaltung und Vorsicht. Frage über die Stellung Frankreichs zur Sache. Der Eintritt des Markgrafen in die Union.]

|: Continuez de Vous assurer de la façon de penser des personnes en place sur l'affaire des subsides. Avant de Vous donner des instructions positives, je Vous prie de diriger les choses de manière qu'on sache préalablement, si la Hollande accorderait annuellement la paye complète de six bataillons d'infanterie, telle qu'elle est portée aujourd'hui sur les sold-ordonnantie de l'état, et si elle se contenterait, qu'on entretienne le nombre des soldats, dont les six bataillons sont composés, sans gêner Msgr. le Margrave dans leur formation.

Peut-on supposer que la République ne réclamera en temps de guerre que le nombre de soldats stipulé par le payement, et qu'elle ne voulût jamais les employer contre les coétats de S. A. S. et Ses alliés?

La République pourrait-elle assurer une assistance à Msgr. le Margrave, en cas que ses états fussent attaqués?

Comme les six bataillons d'infanterie ne pourront point être parfaitement dressés sans l'artillerie qui doit leur être attachée et sans y joindre un régiment de cavalerie, il faudrait savoir, si la République incline de joindre ces deux objets au corps d'infanterie dont il est question, tout comme la paye d'un état-major, convenable à ce corps de troupes.

Quant à la forme de la négociation, il faudra mieux expliquer le canal, par lequel elle doit passer. Vous parlez d'abord du Comte de Salm. Dans Votre dernière Vous nommez les pensionnaires du parti des Patriotes et Mr de Maillebois. Vers la fin de cette dépêche il paraît y avoir une omission.

Il importe de savoir, si on est sûr, que la France agréera cet arrangement, comme on le suppose. Tant que Vous ne recevrez point d'ordres plus positives, Vous n'alléguerez jamais Vos instructions.

---

[1] Der Rathspensionär von Holland van Bleiswyck; er trat nach der Revolution von 1787 von dem Amte zurück.

Vous ne direz de même à qui que ce soit, que Msgr. s'est joint à l'Union. S. A. S. me permet de Vous en faire la confidence. Cette position politique exige, qu'on communique l'idée en question aux trois cours électorales[1], et cette démarche ne pourra se faire décemment qu'autant qu'on sera informé plus amplement des conditions qu'on Vous proposera. :|

277. Bosset an Edelsheim.

Haag, 10. März 1786.

[Bosset in Verbindung mit den Häuptern der Patriotenpartei.]

|: En attendant que j'aie occasion de prendre les informations que Vous demandez préalablement, ce que j'aurais déjà fait sans la mort subite de l'ancien secrétaire du conseil d'état, qui m'oblige de chercher un autre canal au moment où celui-là m'y convenait le mieux pour les démarches indirectes que j'allais faire à ce sujet: je dois Vous marquer présentement, que la voie que j'entretiens est celle des Patriotes, dont le Rhingrave de Salm, Maillebois et les pensionnaires sont les principaux chefs. :|

278. Bosset an Edelsheim.

Haag, 14. März 1786.

[Unterredung mit dem Grand-Tresorier Bisdom; seine Ansichten über die Bedingungen eines Subsidienvertrags. Stellung Badens zwischen Frankreich und Preußen.]

|: L'ancien secrétaire du conseil d'état étant mort au moment où je comptais conférer sur l'affaire des subsides pour en obtenir indirectement les éclaircissements demandés, j'ai cru devoir m'adresser au Grand-Trésorier Bisdom, qui en est actuellement le principal ministre. Je l'ai fait avant-hier, mais d'une maniere entièrement privée; c'est aussi en la même qualité qu'il est entré en matière sur les objets, sur lesquels je devais le sonder. Je l'ai trouvé très disposé en faveur de la levée du second bataillon, aussi bien que du projet d'un traité de subside.

Pour les autres propositions son opinion particulière a été:

Primo, que la République n'accorderait pas la paye complète pour ces six bataillons suivant la sold-ordonnantie de l'état, mais qu'elle s'en tiendrait au subside dont on conviendrait, lequel devrait être moins considérable que cette paye actuelle.

Secundo, qu'il suffirait, il est vrai, que le Margrave entretint ces six bataillons complets, mais qu'il devrait en régler la formation sur le pied que les États Généraux l'ont établi pour leur armée.

Tertio, que la République se réserverait de pouvoir augmenter les compagnies en temps de guerre à un nombre qu'on déterminerait.

[1] Preußen, Hannover und Sachsen.

Quarto. qu'elle ne pourrait guères s'engager à ne pas les employer contre les coétats de S. A. S., à moins qu'on ne stipulât, qu'elle ne puissent être employées que pour la défense de la République et non pour en attaquer d'autres.

Quinto. qu'il ne pouvait rien dire au sujet de la cavalerie et de l'artillerie à y joindre, mais que cela dépendrait de l'emploi que la République compterait faire de ces troupes.:|

P. S. (auf einem besonderen Blatt).

|: L'objet qui intéressait le plus le Grand-Trésorier était:

Primo: de savoir, si le passage pourrait être assuré en tout temps, soit par le Rhin, soit par la France, et si on pourrait éviter le territoire de l'Empereur.

Secundo: si le Margrave tiendrait ses troupes complètes avec ses propres sujets, et si celles, qu'il entretient déjà pour l'Empire, ne seraient pas nuisibles à celles-ci. Il me paraît en général, qu'il serait porté pour le projet. Comme il a grande influence dans le parti des Patriotes, il inporte de se (sic) le ménager; mais tant que les troubles subsisteront et que les Patriotes seront opposés à la cour de Berlin, il me paraît, qu'on doit non seulement cacher soigneusement les liaisons de notre cour avec celle de Prusse, mais faire beaucoup valoir celles avec la France, si elles existent ou si elles n'existent pas, ce qui paraîtra toujours plausible à cause du voisinage. Je souhaite que mes instructions m'y autorisent. :|

279. Bosset an Edelsheim.

Haag, 31. März 1786.

[Das Subsidienproject und der Prinz von Oranien.]

. . . |: Dans un second entretien avec le Grand-trésorier je l'ai trouvé toujours fort porté pour le projet. Il voulait le communiquer au Prince d'Orange d'une manière privée; mais je l'en ai détourné, afinque les ouvertures puissent venir au dit Prince de la part de Msgr. le Margrave même ou par moi ou par d'autres et de façon qu'il ne puisse s'en formaliser. :|

280. Bosset an Edelsheim.

Haag, 14. April 1786.

[Günstige Chancen für die Erlangung des Subsidientractats; Absichten der Patriotenpartei; die sechs Bataillons in Baden.]

|: Rien ne pouvait venir plus à propos pour notre projet que la réduction des troupes légères, parceque les ministres du conseil d'état pousseront avec d'autant plus d'activité leur projet favori . . . de prendre à leur place des troupes en subsides des souverains d'Allemagne. Mais aussi il ne faudra pas perdre de temps, de peur d'être prévenu par d'autres,

comme les Princes de Waldeck et de Saarbruc. Les dits ministres sont les (des?) Patriotes, et l'intérêt de ceux-ci est de diminuer le nombre de militaire dans le pays même, pourvu qu'ils puissent compter de compléter leur armée ou de l'augmenter au déhors dans le cas de nécessité. Ce qui le prouve, c'est l'intérêt, avec lequel le Grand-Trésorier m'a demandé, si Msgr. le Margrave entretiendrait ces six bataillons complets en tout temps avec ses sujets, et aussi dès lors, si les 2 régiments n'étaient pas déjà allemands, et s'ils ne se recruteraient pas dans le pays de Bade? à quoi j'ai répondu, que non, et que Msgr. n'avait favorisé le recrutage du régiment du Prince Frédéric qu'à cause de la guerre et pour témoigner son zèle pour la République, tout comme je l'ai aussi persuadé, que le but de Msgr. n'avait pas été d'obliger Mr de Maillebois, mais uniquement la République . . . :|

281. Edelsheim an Bosset.

Karlsruhe, 12. Mai 1786.

[Neue Vorfragen in Betreff des Subsidienvertrags. Eventuelle Gratification für die holländischen Unterhändler.]

|: Je ne puis point entrer dans un détail ultérieur à l'égard des subsides avant de savoir bien exactement: à quoi doit monter le subside qu'on payera annuellement, si on s'en tiendra à la proposition des six bataillons d'infanterie ou si on y joindra de la cavalerie, artillerie de campagne etc. s'il suffira de donner au nombre de troupes convenues la formation hollandaise, quand le cas exigera de les faire marcher à la guerre, ou si l'on pense obliger d'observer la même formation en temps de paix et durant que les dites troupes seront dans le Margraviat.

Quant aux avantages personnels, il est naturel que ceux, qui sont mêlés de la réussite, en reçoivent, et le pensionnaire surtout, parcequ'il sera le principal acteur. :|

Concept zur Chiffrirung bestimmt.

282. Edelsheim an Bosset[1].

o. D. [August 1786?]

[Wiederaufnahme der Subsidienverhandlung. Die noch bestehenden Differenzpunkte. Verhältniß zum deutschen Fürstenbund. Anerbietungen anderer deutscher Fürsten.]

Il y a longtemps, Monsieur, que je Vous dois réponse sur les dernières ouvertures qu'on Vous a faites touchant un traité de subsides. Il y a eu

[1] Concept, nur mit der Datumbezeichnung 1786. Die längere Pause, welche Edelsheim in den holländischen Verhandlungen hatte eintreten lassen, war offenbar veranlaßt durch die gleichzeitig gemachten Versuche, eine militärische Convention mit der preußischen Regierung abzuschließen, worüber oben S. 146 ff. die Acten mitgetheilt worden sind. Diese Bemühungen scheiterten; Anfangs August brach der preußische Unterhändler

des raisons, qui ont conseillé de laisser chaumer cette affaire pendant un temps; mais il me paraît que le moment est venu pour pouvoir la reprendre avec succès.

Il faudrait d'abord tâcher de remettre l'objet sur le tapis avec les mêmes personnes qui Vous ont donné les derniers éclaircissements, à moins que Vous ne jugiez à propos de Vous adresser à des personnes plus capables et tout aussi bien intentionnées. Vous pouvez toujours mesurer Vos demandes d'après les questions qui Vous sont prescrites.

Tant que je puis me rappeler le détail de cette affaire, les points principaux qui restaient à éclaircir consistaient dans la fixation de la somme du subside et puis dans la formation des troupes en temps de paix. Nous désirions avoir la paye complète, appelée sold-ordonnantie, sur le pied de guerre pour six bataillons d'infanterie et un régiment de cavalerie, auxquels on joindrait la paye d'un train d'artillerie et la paye d'un officier général convenable à ce corps de troupes.

La réponse qu'on Vous a donnée, Monsieur, m'a paru approuver l'étendue que nous donnions au corps des troupes, et je suppose qu'on nous transmettrait les six bataillons d'infanterie, le régiment de cavalerie et un train d'artillerie convenable; mais quant à la paye, on s'est expliqué, qu'on fixerait un subside annuel en bloc. Il est donc nécessaire de pressentir avant tout la somme annuelle de ce subside.

Quant à la formation des troupes, nous nous engagerions d'entretenir en temps de paix le nombre de soldats tant d'infanterie que de cavalerie, dont les six bataillons et le régiment de cavalerie sont composés, dans le service de la République et de les faire passer annuellement en revue, mais de former les bataillons d'après une autre composition. Dans le cas d'une guerre déclarée ou *par* ou *contre* la République, les six bataillons et le régiment de cavalerie et le train d'artillerie joindraient l'armée de la République à sa réquisition, formés sur le même pied que nous les aurions reçus présentement.

Cette idée ne m'a pas paru convenir à la personne, avec laquelle Vous aviez traité. C'est cependant un point essentiel. L'unique intérêt de la République me paraît consister dans la certitude d'avoir toujours le nombre déterminé de troupes anciennes complètes, bien entretenues et bien exercées. Il leur importe peu, que les bataillons soient divisés en temps de paix ou d'après le règlement hollandais ou d'après un autre, pourvu que ces

---

Böhmer die Verhandlungen ab (S. 160) und Edelsheim erklärt, daß er nun die mit Holland wieder aufnehmen wolle; demnach wird das obige Schreiben vermuthlich in die zweite Hälfte August zu setzen sein. Gleich darauf indeß kam die Angelegenheit von neuem ins Stocken durch die jetzt ausbrechenden offenen Feindseligkeiten zwischen dem Erbstatthalter und der Patriotenpartei, welche schließlich die preußische Intervention herbeiführten.

bataillons soient organisés comme les autres troupes de la République, dès qu'ils rejoindraient leur armée. Comme la République ne peut point être dans le cas d'avoir une guerre avec les Princes États du St Empire, qui se sont unis pour le maintien de la constitution germanique, il m'a paru qu'on ne Vous avait point fait de difficultés sérieuses de stipuler, que les troupes, dont il s'agit, ne seraient jamais réquises pour servir contre les dits Princes. Aussi la maison de Bade a de trop fortes raisons, pour se jamais relâcher de ce point.

Je ne dois en même temps pas Vous laisser ignorer, Monsieur, que d'autres princes ont fait des propositions en Hollande dans l'intervalle de notre négociation qui tendent au même but.

Mais on verra aisément et par la nature de leur propositions et par la moindre force et population de leur états, quelle différence il doit y avoir de conclure avec eux ou avec la maison de Bade, et je pense, que cette réflexion seule fera préférer les conditions, que Vous pourrez mettre en avant, à toutes celles qu'eux auraient pu offrir.

Concept.

---

283. Bosset an Edelsheim.

Haag, 23 Oct. 1787.

[Deutsche Soldtruppen in Holland gewünscht; die Mitglieder des Fürstenbundes sollen dabei bevorzugt werden.]

V. Exc. aura vu par mes rapports[1] le projet dont il est question, de prendre en solde, quand les troupes prussiennes auront quitté le pays, des troupes subsidiaires d'Allemagne et les motifs de cette négociation. On pense ici, que l'on jettera de préférence les yeux sur ceux des états, qui sont liés par l'Association Germanique. Si V. Exc. a à me donner à cet égard quelque instruction, au cas qu'il me vienne quelque proposition directe ou indirecte, je La supplierai de me les faire parvenir par chiffre.

---

284. Edelsheim an Bosset.

Karlsruhe, 4. Dec. 1787.

[Die Verstärkung des badischen Regiments in Holland. Truppenüberlassung nur auf Grund eines Alliancevertrags.]

Vous aurez été prévenu, Monsieur, par ma dernière sur la réponse, que j'ai à Vous faire à l'égard des deux questions que contient Votre lettre. L'augmentation du régiment que Msgr. le Margrave a dans le service d'Hollande est une des choses, dont on me parle depuis dix ans, et qui n'a abouti jusqu'ici qu'à des propositions en l'air. Je prévois, que S. A. S.

[1] Diese Berichte fehlen.

ne voudra point s'exposer ni à un refus ni à des réponses vagues, auxquelles on ne donnerait aucune suite.

La seconde question est bien plus importante. Je Vous ai rappelé, Monsieur, les principes inaltérables de Msgr., d'après lesquels il se refusera constamment à tout traité, qui aurait l'air d'un marché d'hommes. Le cas serait cependant différent, s'il était question d'un traité d'alliance, comme celui dont il a été question il y a quelques années. Il faut donc, Monsieur, m'instruire avant tout, si c'est sur ce pied qu'on veut traiter pour des troupes, et alors on ne pourrait encore entrer en négociation, à moins qu'il fût question de stipuler le payement pour deux mille hommes.

Concept.

285. Bosset an Edelsheim.

Haag, 15. Febr. 1788.

Uebersendet den neuen Organisationsplan für die holländische Armee[1]; zu dem bereits bestehenden zweiten Bataillon des Regiments Oranien-Nassau, dessen Chef als General-Lieutenant der Markgraf Karl Friedrich ist, soll noch ein zweites Bataillon ausgehoben und aus beiden ein neues Regiment formirt werden, welches den Namen Baden tragen soll[2].

286. Bosset an Karl Friedrich.

Haag, 15. Febr. 1788.

[Der neue Organisationsplan; das Regiment Baden; Verwendung für eine Stelle in demselben.]

Monseigneur. Après avoir eu l'honneur d'informer S. Exc. M^{r} le ministre d'Edelsheim de ce qui était venu à ma connaissance, touchant le bataillon de V. A. S. et la part qu'il avait au plan proposé par S. A. S. Msgr. le Prince d'Orange pour la nouvelle formation de l'armée, en y faisant revivre l'ancien projet de le séparer du premier, je me donne celui de Lui faire parvenir l'extrait du dit plan qui est la traduction des paragraphes qui le concernent; par lesquels Elle verra en même temps la formation du nouveau régiment, qui aura l'honneur de porter Son nom. Quoique ce plan ne soit pas encore arrêté, rien n'est plus probable qu'il passera, et c'est dans ce cas, comme aussi dans celui que V. A. S. veuille agréer la levée de ce bataillon, que j'ose prendre la respectueuse liberté de La supplier de prendre en haute considération la grâce que je crois devoir soumettre à Sa délibération.

Bosset bittet im folgenden, seinem Schwager, bisher in schweizerischen Diensten, den Rang eines Majors in einem der beiden Bataillone zu verleihen.

---

[1] Der Plan fehlt.

[2] Man nahm also den Plan wieder auf, den Karl Friedrich bereits im Jahre 1781 angeregt hatte, s. oben S. 235.

287. Der Erbstatthalter Wilhelm V. von Oranien an Karl Friedrich.

Haag, 28. April 1789.

[Anfrage wegen Ernennung des Markgrafen zum General der Infanterie. Beförderung des Prinzen Friedrich zum Generallieutenant noch nicht möglich.]

Je me suis vu obligé de proposer une promotion de généraux à Leurs Hautes Puissantes; je n'avais pas manqué de proposer à LL. HH. PP., de conférer à V. A. le grade de général d'infanterie, si je n'avais été informé par une lettre du Prince, Son frère, du 22 août dernier, qu'Elle préférait de ne pas être comprise dans cette promotion[1]. Si V. A. avait peut-être changé de sentiments et qu'Elle désirait d'y être comprise, je La prie de me le faire savoir[2] . . .

Je suis fâché de n'avoir pu encore proposer d'avancer le Prince Frédéric au grade de lieutenant-général; il a encore 12 généraux-majors devant lui, qui n'ont pu être compris dans cette promotion; mais j'espère, que dans quelque temps d'ici cela pourra se faire . . .

Eigenhändig.

---

[1] Markgraf Wilhelm Ludwig (geb. 1732, gest. 1788), der einzige Bruder Karl Friedrichs, der gleichfalls Generallieutenant in holländischen Diensten war (oben S. 235). Wie derselbe in dem oben erwähnten Schreiben an den Erbstatthalter mittheilt, hatte ihm Karl Friedrich, auf geschehene Anfrage wegen des in Aussicht genommenen Avancements zum General, erklärt: er habe «depuis longtemps absolument perdu de vue l'idée, qui lui avait fait rechercher un grade dans une armée étrangère». (Markgraf Wilhelm Ludwig an Wilhelm V. von Oranien. Concept o. D.)

[2] Karl Friedrich lehnte auch jetzt die ihm zugedachte Ehre dankend ab (dat. Karlsruhe, 12. Mai 1789).

3. Beziehungen zu Rußland (1783—1790).

288. Der russische Kanzleirath Koch an den badischen Residenten in Wien Stockmayer.

Petersburg, 8./19. Sept. 1782.

[Erbietet sich zu dem Posten eines badischen Chargé d'affaires in Petersburg; seine Qualification dazu; Bitte um Verwendung in Karlsruhe. Gehaltsfrage.]

Er habe die Stelle eines Staatsrathes bei dem Ministerium des Aeußern in Petersburg, unter vorläufiger Ernennung zum Kanzleirathe, erhalten; da er jedoch mit seinem Gehalte von 2000 Rubeln nicht ausreiche, sei er darauf angewiesen, sich ein Nebeneinkommen zu verschaffen und wünsche, die Vertretung eines deutschen Hofes in Petersburg zu übernehmen. In dieser Absicht wende er sich an Stockmayer.

... Mich deucht, und ich sollte fast vermuthen, daß Ew. Hochwohlgeboren nicht so gar entfernt sein möchten, meiner Meinung hierin beizutreten, daß der hochfürstlich badische Hof noch vorzüglich unter diejenigen zu zählen ist, die eines solchen Chargé d'affaires in Petersburg benöthiget sein dürften. Nach dieser Voraussetzung scheint es mir nicht weniger außer Zweifel zu sein, daß sich bei mir mehrere Umstände vereinigen, die mich, wenn ich es gerade heraussagen soll, zu einer solchen Bestimmung mehr als andere anempfehlen. Ich bin ein Deutscher von Geburt, der Sprache und deutschen Staatsverfassung mehr kundig, als man es hier zu sein gewohnt ist, und ich möchte wohl noch hinzusetzen, Ihrem hohen Hofe von vielen Jahren her mit Herz und Seele so ergeben, daß ich nicht glaube, daß man jemanden zur Besorgung dessen Angelegenheiten hier aufzustellen im Stande sein würde, der mich an Eifer und Devotion übertreffen könnte. Außer dem gibt mir mein freier und täglicher Zutritt bei den hiesigen Chefs und mein bischen schon erworbener Kredit ein und andere Leichtigkeit in Behandlung der Geschäfte, die mir bei vorfallenden Gelegenheiten zu nicht geringem Behuf dienen müßten.

Ich setze, um gegen Ew. Hochwohlgeboren nichts ohnberührt zu lassen, noch hinzu, daß es unsere Monarchin selbst gern siehet, wann man auf ihren in Vorfällen zu leistenden Beistand und nachdrückliche Influenz durch dergleichen Ernennungen ein fortdauerndes Augenmerk zu richten scheint.

Glauben Sie nunmehr, mein werthester Herr Ministerresident, aus allem diesem einigen Stoff hernehmen zu können, um Ihrem höchsten Hof in Rücksicht auf mich einen Vortrag zu halten, und wollen Sie sofort die dazu erforderlichen Maßregeln ohnverzüglich ergreifen, so werden Sie mich dadurch unendlich verbinden. ...

In vertraulicher Weise theilt Koch zum Schlusse noch mit, daß er mit einem Jahresgehalte von 500 Rubeln zufrieden sein werde, bittet aber, diese Aeußerung als eine unmaßgebliche zu betrachten[1].

---

[1] Ueber den weiteren geschäftlichen Verlauf s. oben die Einleitung S. 237 f.

289. Koch an Karl Friedrich.

Petersburg, 8./19. Aug. 1783.

[Die Kaiserin hat ihre Genehmigung ertheilt zur Uebernahme des Residentenpostens. Bitte um officielle Accreditirung.]

J'ai fait parvenir à la connaissance de l'Impératrice les intentions de V. A. S. de vouloir me charger du soin des affaires en ce pays-ci. S. M. a non seulement agrée le projet, en m'accordant la très gracieuse permission de contracter des engagements à cet égard avec V. A. S.; mais Elle en a en même temps fait donner part à Mr. le vicechancelier Comte d'Ostermann par une lettre d'office, que le général-major de Bezborodko en qualité de premier secrétaire de cabinet vient d'écrire à ce ministre.

Celle-ci ayant déjà été enregistrée aux archives du collège d'état des affaires étrangères, elle y servira de premier titre légal de la commission infiniment honorable pour moi que V. A. S. me destine. Elle en ajouterait un autre des plus authentiques, s'il Lui plaisait adresser une lettre au vicechancelier, par laquelle V. A., en se fondant sur le consentement émané de l'Impératrice, s'avouerait Elle-même du choix qu'Elle a daigné faire de moi. Il ne me reste qu'à Vous supplier, Monseigneur, d'être persuadé du zèle actif et constant, avec lequel je me porterai à l'exécution de Vos ordres . . .

---

290. Karl Friedrich an den russ. Vicekanzler Grafen Ostermann.

Karlsruhe, 18. Sept. 1783, exp. 29. Sept.

[Creditiv für Koch.]

Les bontés et la haute bienveillance dont S. M. J. l'Impératrice m'honore et la respectueuse confiance que cette grande princesse m'inspire ont fait naître en moi le désir d'avoir quelqu'un à Sa cour qui fût chargé de soigner mes affaires.

Le Sr Koch, conseiller de la chancellerie d'état impériale, venant de m'assurer, qu'il a obtenu la permission de remplir cet emploi, j'ose demander à V. E. d'ajouter foi et créance chaque fois, qu'il sera à même de Lui parler de mes intérêts et des rapports de dévouement et de confiance que je m'efforcerai toujours d'entretenir avec l'Empire Russe. La confiance que m'a inspirée Mr. de Koch depuis bien des années ont été (sic!) beaucoup augmentés par les bontés dont V. E. l'honore, mais il est bien sûr d'acquérir entièrement mon amitié en persuadant V. E. des sentiments distingués et de la haute considération, avec laquelle j'ai l'honneur d'être etc.[1]

Concept von der Hand Edelsheims.

---

[1] Gleichzeitig wird die Ernennung Kochs auch dem russischen Gesandten beim deutschen Reich, Grafen Romanzow in Frankfurt a. M., officiell angezeigt.

291. Koch an Edelsheim.

Petersburg, 24. Nov./5. Dec. 1783.

[Sondirung bei der Kaiserin Katharina wegen künftiger Vermählung einer badischen Prinzessin mit einem russischen Großfürsten. Vorläufig bei Seite gestellt. Rapport über die fünf Töchter des Erbprinzen.]

Ayant tout lieu de supposer, que Vous serez curieux d'apprendre, de quelle façon je me suis acquitté des insinuations que j'étais convenu avec Vous, Monsieur, de faire à l'Impératrice à mon retour à St Petersbourg, touchant Mesdames les Princesses de Bade, je profite d'une occasion sûre pour avoir l'honneur de Vous en mettre au fait . . .

Je n'eus pas si tôt rendu compte à S. M. du succès de mon voyage entrepris pour le Mecklenbourg, lequel s'est réduit exactement à rien, que je Lui demandai la permission de L'entretenir d'une découverte analogue, que j'avais faite dans mon voyage antérieur. Elle m'ordonna de parler; je Lui détaillai alors ce que j'avais eu l'avantage de voir et de voir de si près à Carlsrouhe. L'Impératrice m'écouta avec beaucoup d'attention; mais après que j'eus fini, Elle me fit la grâce de me dire, qu'Elle n'ignorait pas le mérite des jeunes princesses de Bade, mais qu'Elle avait les mains liées à leur égard par rapports aux degrés prohibés[1]. Je répliquai, qu'en fidèle et zélé serviteur de S. M. je ne pouvais que regretter l'existence d'un tel obstacle et à plus forte raison, s'il devait être invincible. Ici je tirai de ma poche un papier, sur lequel j'avais couché succinctement les portraits des cinq princesses; je demandai à S. M., si j'osais le Lui présenter? Elle daigna l'accepter, mais sans le lire en ma présence et sans continuer la conversation avec moi à ce sujet. J'ai l'honneur d'en joindre ici la copie.

Beiliegend der nachfolgende

Rapport à S. Mté Impériale.

En passant tout récemment par Carlsrouhe j'eus l'honneur d'y faire ma cour à S. A. S. le Margrave de Bade, ce qui me procura l'occasion de voir et d'observer à mon aise les cinq jeunes princesses, filles du prince héréditaire . . .

Les deux princesses aînées *Amélie*[2] et *Caroline*[3] âgées de 7 ans sont gémelles; elles se ressemblent tant pour la physionomie que, si la puis-née n'était pas plus grande que sa soeur, on aurait presque de la peine à les discerner. Sans être jolies de figure, l'une et l'autre n'en a pas moins d'agréments: un beau teint, des cheveux couleur de châtaigne, des yeux d'un bleu foncé, des sourcils enfin et paupières fort marquées, jointes à

---

[1] Wol mit Bezug darauf, daß die erste Gemalin des Großfürsten Paul von Rußland Natalie (vorher Wilhelmine), geborene Prinzessin von Hessen-Darmstadt (gest. 1776), eine Schwester der Erbprinzessin Amalie Friederike von Baden gewesen war.

[2] Prinzessin Amalie (geb. 1776), später Dekanissin von Quedlinburg.

[3] Prinzessin Caroline (geb. 1776), 1797 mit dem Kurfürsten, sp. König Max Joseph von Baiern vermählt.

des tailles sveltes, qui semblent être l'ouvrage de la nature plutôt que celui de l'art, semblent les dédommager de ce qui leur manque du côté de la beauté et de la régularité des traits.

Elles sont effacées par la princesse *Louise*[1], qui est la troisième des soeurs et dont l'âge est de quatre ans. C'est un charmant enfant à tous égards: jolie, gracieuse, enjouée, elle prévient singulièrement du premier abord; la fraîcheur de son teint, ses cheveux blonds, de grands yeux bleus très expressifs, une bouche bien formée et sur laquelle le sourire le plus agréable est niché, offrent un ensemble des plus piquants. Elle est avec cela d'une taille proportionnée et mignonne, sa physionomie beaucoup plus ouverte que celle de ses soeurs, respire la joie et la belle humeur et ses yeux enfantins sont déjà mêlés d'un certain air de dignité qui lui va à merveille. En un mot, l'on peut dire sans exagérer qu'il n'y a rien dans cette jeune princesse qui ne soit harmonieux et fait pour plaire et pour captiver.

Il reste, pour achever le tableau, les deux princesses cadettes. *Frédérique*[2] et *Marie*[3], la première âgée de deux ans a une physionomie qui diffère tout-à-fait de celle de ses soeurs; ses traits qui sont fins et délicats ont beaucoup d'expression, mais on dirait qu'une certaine sensibilité, dont elle porte fortement l'empreinte, ait déjà opéré sur sa santé, car elle n'annonce point cette heureuse constitution dont ses soeurs paraissent douées; elle a le teint pâle et maladif et les traits altérés. On me dit, qu'elle avait beaucoup souffert d'un gros rhume, dont alors elle ne se trouvait point encore entièrement quitte.

Par contre sa petite soeur est un enfant plein de feu et de vivacité. Elle n'a point encore une année complète, mais on lui en donnerait deux d'après ses forces: grande et vigoureuse, elle pétille en même temps de gentilesses et agace son monde, que c'est un charme. Elle a le regard grand et ouvert, de beaux yeux bleus qui roulent hardiment dans sa tête, des traits aussi développés qu'ils peuvent l'être à un âge aussi tendre, enfin un teint superbe et des indices de cheveux blonds.

---

292. Koch an Edelsheim.

Petersburg, 27. März/7. April 1784.

[Versuch eine Anleihe für den Herzog von Zweibrücken in Petersburg zu vermitteln. Aussichtslosigkeit; Rücksicht auf den Wiener Hof; der Markgraf soll sich nicht damit compromittiren.]

Pénétré de toute l'importance de la commission dont Vous m'avez fait l'honneur de me charger par Votre lettre du 24 février, relativement à un

---

[1] Prinzessin Louise (geb. 1779), 1793 mit dem Großfürsten, sp. Kaiser Alexander von Rußland vermählt.

[2] Prinzessin Friederike (geb. 1781), 1797 vermählt mit König Gustav IV. Adolf von Schweden.

[3] Prinzessin Marie (geb. 1782), 1802 vermählt mit dem Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig.

emprunt pour Msgr. le Duc de Deuxponts[1], je me suis d'abord fait un devoir de consulter sur cet objet un homme en place de ce pays-ci, qui m'honore de sa confiance intime, qui connaît mieux qu'aucun autre la carte du pays. . . Voilà, Monsieur, quel a été son raisonnement sur le projet en question.

Il m'a dit que, dans quelque point de vue qu'il l'envisageait, il lui paraissait également impracticable; qu'indépendamment que l'Impératrice s'était beaucoup refroidie d'intérêt pour le Duc depuis quelque temps, il était intimement persuadé que, si même S. M. lui voulait autant de bien que du temps passé, Elle déclinerait toujours vis-à-vis de lui une négociation d'emprunt, tandis que la somme, dont il s'agissait, était trop forte pour être donnée en guise de cadeau, ce qui même ne conviendrait pas du tout à la propre dignité de ce prince . . .

J'ai si bien senti la justesse de ces réflexions, qu'en y ajoutant encore quelques autres de mon côté . . . j'ai cru devoir suspendre toute démarche dans cette affaire, à moins que Vous ne jugiez à propos, Monsieur, de m'instruire à cet effet de rechef.

Je ne saurais me dispenser de Vous répéter, Monsieur, qu'on ne s'écartera point chez nous du principe de vouloir ménager en toute chose S. M. l'Empereur, à moins que par une combinaison de circonstances toute particulière l'on ne soit obligé d'en agir autrement. Et puis me permettrez-Vous, Mr. le Baron, de Vous observer avec toute cette franchise, à laquelle Votre façon de penser généreuse m'invite et me provoque, que, vu les difficultés à vaincre dans cette affaire, il faudrait que Msgr. le Margrave mît, pour ainsi dire, en jeu tout ce qu'il pourrait avoir de crédit et d'influence auprès de l'Impératrice, sans aucune apparence préalable d'un succès certain; et qu'en échouant même dans Son intercession S. A. S. n'en devrait pas moins se tenir persuadée, qu'on la Lui porterait toujours en compte à une autre occasion.

Car n'y a-t-il pas la plus grande probabilité du monde en égard à l'union étroite, qui subsiste aujourd'hui entre cette cour et celle de Vienne, que l'on ne voudra pas avoir l'air ici de protéger d'une façon aussi marquée un prince qui a pris, pour ainsi dire, à tâche, depuis la fameuse contestation sur la succession de Bavière, de fronder constamment la maison d'Autriche?

---

293. Koch an Edelsheim.

Petersburg, 29. März / 9. April 1785.

[Ernennung des Pr. Friedrich zum Inhaber des holländischen Regiments Nassau-Weilburg. Bedenken wegen Oesterreich überflüssig.]

La nomination de S. A. le Prince Frédéric au régiment de Nassau-Weilburg[2] m'a fait bien du plaisir; rien n'était plus à sa place, ce semble,

---

[1] Vergl. oben S. 23.

[2] S. oben No. 260 ff. Es scheint, daß in einem fehlenden Brief Edelsheim den Residenten angewiesen hatte, eventuell rechtfertigende Erläuterungen über das erwähnte Avancement des Prinzen Friedrich zu geben.

que le secours généreux prêté dans cette occurrence au Prince par Msgr. le Margrave, son père; et je Vous avoue ingénument, Monsieur, que la maison d'Autriche, en voulant trouver à redire à des pareils procédés, ne choquerait pas moins à mes yeux sa propre dignité que les premiers principes d'une saine politique. Car peut-elle raisonnablement exiger, que les états du St Empire lui témoignent à chaque occasion un dévouement si exclusif, qu'ils renoncent même en sa faveur à leur convenance . . .? Il ne serait guères possible de former une pareille prétention; cependant il m'a toujours paru, soit dit entre nous, qu'à Vienne on a adopté presque pour maxime d'état les paroles de l'Evangile: qui n'est pas avec moi, est contre moi . . .

---

294. Koch an Edelsheim.

Petersburg, 24. Mai / 4. Juni 1785.

[Russische Circularnote über das bairische Tauschproject. Hoffnung auf beruhigende Wirkung. Misvergnügen in Petersburg über die holländischen Werbungen in Baden. Kochs Gegenvorstellungen.]

Koch theilt abschriftlich das Circularschreiben mit, welches die russische Regierung an ihre Gesandten im Reiche erlassen hat, um die deutschen Höfe wegen des bairischen Tauschprojects zu beruhigen[1].

J'ai senti, à quel point cette pièce pourrait intéresser la curiosité de Msgr. le Margrave, aussi bien que celle de son ministère; et dès lors je n'ai pas balancé de Vous en faire part, Monsieur, incontinent, dans la ferme persuasion, que Vous voudrez bien ne Vous en avouer vis-à-vis de personne, ni en faire mention dans Votre correspondance, avant que Mr le Comte de Romanzow n'ait porté le contenu de cette circulaire à la connaissance de S. A. S.

Je réponds par cette communication de fait à un passage très intéressant de Votre dernière[2] qui annonçait, comme par une espèce de présage, la nécessité de rassurer le Corps Germanique par des pareilles insinuations. Celles-ci, suivies encore de la pacification prochaine avec la Hollande, rétabliront, j'espère, le calme dans les esprits en Allemagne et feront tomber toutes ces hypothèses de projets la plupart chimériques, qu'on avait prêtées aux deux cours Impériales.

Je suis d'autant plus enchanté de voir le différent avec les Hollandais à la veille d'être terminé aussi, que je ne saurais me dispenser, Monsieur, de Vous confier sous le sceau du secret, que ma cour, ainsi que j'en suis informé de source, n'a pas été contente de la prédilection que la Vôtre a montrée en cette occasion pour la cause de ces républicains. On lui a fait

---

[1] Das russische Circularschreiben vom 23. Mai (3. Juni) 1785, gedruckt bei Schmidt Unionsbestrebungen S. 240 ff.; man bemerkt, daß Koch schon am Tage nach seiner Ausfertigung in Besitz desselben ist.

[2] Dat. 17. März; fehlt.

un rapport, comme Vous sentez bien, un peu chargé sur les enrôlements, qui se sont faits en faveur des Hollandais dans les états de Bade, et on a eu grand soin d'en supprimer le véritable motif et la manière dont ces recrues ont été levées. C'était donc fort à propos, que par un effet de Votre prévoyance Vous m'aviez donné là-dessus des renseignements justes; je les ai fait valoir de mon mieux, et je crois être parvenu à détruire en grande partie les impressions défavorables, qui allaient s'établir ici contre Votre S^me cour.

---

295. Edelsheim an Koch.

(Karlsruhe), exp. 30. Juli 1785.

[Reise nach Karlsbad. Graf Romanzow und die russische Circularnote; Berechtigung der bisherigen Aufregung in Deutschland über das Tauschproject. Die beruhigende Note des Wiener Hofes; Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit.]

Edelsheim theilt mit, er werde am folgenden Tage nach Karlsbad abreisen, um dort bis Ende August die Kur zu gebrauchen.

J'espère, que cette absence nécessaire ne m'empêchera pas de voir Mr. le Comte de Romanzow, lorsque sa tournée le mènera ici . . .

Nous sommes prévenus, que S. E. viendra nous communiquer le contenu d'une lettre de Mr. le Vicechancelier qui a déjà été communiqué aux ministres à la Diète. Il est aisé à prévoir, que chaque personne sera bien reçue aux cours princières en Empire, qui viendra assurer les états de la continuation de la bienveillance de S. M. l'Impératrice et de l'attention, que cette auguste souveraine porte à conserver la constitution du St Empire, tout comme les droits de chaque membre. Le nouveau titre, sur lequel Mr. le Comte fondera sa commission, est assurément très bien vu et il est heureux, qu'une expression aussi amicale, aussi sincère et aussi simple calme les esprits généralement agités par la contradiction indéfinissable de toutes les nouvelles et explications, qu'on avait pris la peine de donner sur un objet aussi alarmant que devait être l'échange de la Bavière. Mais j'ai pu cependant assurer avec vérité à Mr. le Comte de Romanzow, comme il aura peut-être marqué dans ses rapports du mois de mai, que dans toute cette crise on avait cru voir tout au plus une condescendance de la part de Votre cour, sans lui supposer un moment la volonté de renoncer au système, dont elle a donné des preuves si éclatantes à la paix de Teschen.

Sans doute qu'il y a dans la paix de Baden un article, qui paraît lier la France à l'égard d'un échange de la Bavière[1]; mais il me paraît, qu'il ne s'agit maintenant que de l'intérêt de l'Allemagne en général et de

---

[1] Gemeint ist hier wol Art. 18 des Badener Friedens (1714): «Si Domus Bavarica a sua integra restitutione aliquam Statuum suorum cum aliis permutationem rebus suis convenire autumaret, et tum Sac. Reg. Maj. Christianissima nihil obstaculi injiciet».

chaque état en particulier dans l'exécution d'un projet, qui aurait rudement ébranlé notre constitution et les rapports limitrophes des cercles.

Vous n'ignorez point assurément, Monsieur, que S. M. l'Empereur a fait faire nouvellement par ses ministres une déclaration qui contient une assurance positive, que l'Empereur n'a jamais pensé à échanger la Bavière[1]. Vous êtes trop au fait de notre constitution, pour que j'aie besoin de m'étendre avec Vous sur les notes, qu'il y avait à faire aux propositions, qui sont jointes à cette déclaration. Mais ce qui Vous surprendra, c'est qu'on nous mande de Ratisbonne, que les ministres Impériaux, en faisant part aux envoyés à la Diète de la lettre de Mr. le Prince de Kaunitz, ont assuré verbalement, que l'Empereur avait fait faire des propositions touchant l'échange à Msgr. le Duc de Deux-ponts.

Concept.

296. Koch an Edelsheim.

Petersburg, 26. Sept./7. Oct. 1785.

[Romanzows Berichte über Badens preußenfreundliche Haltung und Abneigung gegen Oesterreich. Ungünstiger Eindruck in Petersburg. Rechtfertigungsversuche Kochs.]

. . . Je saisis avec empressement une occasion aussi sûre[2] pour Vous entretenir, Mr. le Baron, confidentiellement sur un objet, qui intéresse le service de Votre S^me^ cour, persuadé que Vous ne ferez que l'usage le plus discret des ouvertures que je vais avoir l'honneur de Vous faire à ce sujet.

Dans plusieurs relations arrivées successivement ici du Comte de Romanzow à Francfort, ce ministre appuie beaucoup sur les principes anti-autrichiens de Votre cour et sur ce qu'elle prenait dans toutes les occasions à tâche, de témoigner son peu d'attachement pour la cour de Vienne et par contre sa prédilection determinée pour celle de Berlin. Les preuves, dont ces assertions ont été accompagnées jusqu'à présent, m'ont à la vérité paru très peu concluantes; mais ce que, ce nonobstant, mon devoir envers une cour, avec laquelle j'ai contracté des engagements directs et mon dévouement respectueux surtout pour Msgr. le Margrave ne me permettent point de Vous cacher, est, que ces insinuations réitérées n'ont pas laissé que de faire quelque impression ici.

J'ai tâché de mon côté, autant qu'il était en moi, de les contrebalancer en démontrant entr'autres les torts, que la cour de Vienne a eus dans ces derniers temps vis-à-vis de la Vôtre . . . Cependant je Vous serais sensiblement obligé, Monsieur, si Vous vouliez, sans faire semblant d'avoir reçu là-dessus la moindre information de ma part, me mettre par quelques

[1] S. Schmidt, Unionsbestrebungen S. 211. 223 f., und oben S. 96.

[2] Der Ueberbringer der Depesche ist ein Genfer Theolog Dumont, der nach Karlsruhe reist.

unes de Vos lettres en état de combattre d'une façon plus victorieuse le préjugé, qui semble vouloir s'établir et s'accréditer ici, comme si Msgr. le Margrave avait décidément tourné le dos à l'Empereur, c'est à dire au souverain, qui est aujourd'hui le premier ami et allié de S. M. l'Impératrice.

297. Koch an Edelsheim.

Petersburg, 26. Nov./7. Dec. 1785.

[Eingelaufener Bericht Romanzows über seinen Besuch am Karlsruher Hofe, über seine schlechte Aufnahme daselbst und über den wahrscheinlichen Beitritt des Markgrafen zur Union. Große Verstimmung gegen Baden in Petersburg. Empfiehlt eine neutrale Stellung einzunehmen.]

J'ai fait en son temps l'usage convenable de toutes Vos réflexions[1], Monsieur, sur le fameux projet concernant l'échange de la Bavière et de ce que Vous y aviez ajouté sur l'accueil, qui serait fait à Mr. le Comte de Romanzow par Votre S^me^ cour, lorsqu'il viendrait lui faire part du contenu de la lettre circulaire de l'Impératrice; mais j'ai peur, que les bons effets, que ces insinuations me paraissaient avoir produits, n'aient été en grande partie déracinés par une dépêche toute récente, que le dit ministre vient d'adresser à Mr. le Vicechancelier Comte d'Ostermann. C'est dans la plus étroite confiance que je vais Vous retracer, Monsieur, en peu de mots la manière, dont Mr de Romanzow a rendu compte dans sa lettre du succès, avec lequel il s'est acquitté de la commission de S. M. J. auprès de Msgr. le Margrave.

Il dit: que dès son arrivée à Carlsrouhe il s'était aperçu visiblement de l'embarras, que son apparition y avait causé, que le maréchal de la cour étant venu le trouver d'abord lui avait demandé sans façon, combien de temps il songeait à rester, en ajoutant que le Margrave, venant seulement de décliner la visite d'un ministre de France[2] à cause d'une petite excursion, que S. A. S. se proposait de faire, ne pouvait maintenant renvoyer la partie sans se donner une espèce de démenti à Elle-même; que lui, Comte de Romanzow, avait répondu, qu'il n'était point venu pour gêner le Margrave et qu'il ne s'arrêterait à sa cour que le temps nécessaire pour remplir une tâche, au sujet de laquelle il s'expliquerait directement vis-à-vis de ce prince en personne; qu'admis à l'audience de S. A., il avait été fort surpris de lui remarquer du trouble dans tout son maintien et une conversation qui ne consistait presque qu'en phrases coupées et laconiques, dont le sens revenait toujours à ce que le Margrave ne pouvait pas se déclarer si vite et qu'il lui fallait du temps pour réfléchir; que peu après le

[1] S. oben No. 295.
[2] Des Baron de Mackau.

Comte était parvenu à débrouiller mieux le dessous des cartes, en voyant paraître sur la scène, en qualité de ministre d'Hannovre, un Baron de Knebel[1], qui s'était tenu plusieurs jours de suite à l'écart, comme pour esquiver sa rencontre; qu'il n'avait pu se faire illusion sur la contrainte que sa présence mettait surtout dans la conduite de ce dernier; et qu'ayant enfin observé plus de réserve encore au Margrave dans un second entretien, qu'il s'était ménagé avec S. A. S. sur les affaires du temps, il ne lui avait resté d'autre parti à prendre que de quitter la cour de Bade dans la ferme persuasion, que le Margrave accéderait immanquablement à la confédération. Voilà, Monsieur, le raccourci d'une dépêche, dont les détails ont occupé plusieurs feuilles in folio et qui, par son ton décisif, n'a pu qu'accréditer ici l'opinion, que Msgr. le Margrave épousera à coup sûr les intérêts de l'Union[2].

Il ne m'appartient pas à moi, d'avancer aucun sentiment sur rien, ni encore moins de m'expliquer sur la conduite, que le vrai patriotisme doit dicter à un des premiers princes de l'Empire dans les présentes conjonctures, où l'Allemagne se trouve. Mais il m'est impossible de me refuser à des souhaits, qui me sont suggérés par mon dévouement respectueux, que Msgr. le Margrave puisse dans sa sagesse trouver un moyen propre à justifier ses principes aux yeux de ses coétats, sans déplaire pour cela aux deux cours Impériales, dont l'amitié est à même d'influer aussi essentiellement sur les intérêts de S. A. S. et ceux de Sa maison.

Je ne doute pas un instant, qu'une parfaite neutralité ne remplisse à tous égards l'attente de celles-là, tandisque, si Votre cour l'embrassait, la critique la plus sévère du parti opposé ne pourrait point — ce semble — y trouver à redire. Ce serait en même temps la meilleure façon de déconcerter les apophtegmes d'un jeune ministre, qui prononce souvent en petit dictateur et dont l'expérience ne me paraît pas encore assez mûre, pour présager les évènements avec tant d'assurance[3].

Quel que soit toutefois la résolution définitive de Votre cour sur cette affaire importante, je Vous prierai toujours, Monsieur le Baron, de m'en parler de manière, — supposé que Vous jugiez à propos de Vous entretenir avec moi sur cet objet — que l'on ne puisse point se douter, que Vous ayez été prévenu de la moindre des choses par mon canal.

---

[1] S. o. Num. 86 ff.

[2] Es ist wol selbstverständlich, daß Koch diesen genauen Auszug aus der Depesche Romanzows nicht anders als auf Veranlassung des russischen Ministeriums mittheilen konnte — trotz der Wendung am Schlusse des Briefes.

[3] Natürlich ist Graf Romanzow gemeint.

298. Edelsheim an Koch.

(Karlsruhe), exp. 21. Febr. 1786.

[Richtigstellung des Berichts über Romanzows Besuch in Karlsruhe. Wenig discretes Verhalten desselben. Seine Audienz bei dem Markgrafen und die ihm ertheilte Antwort; der Markgraf verstimmt über sein Auftreten.]

. . . Je vais Vous entretenir, Monsieur, sur la dernière visite que Mr le Comte de Romanzow a faite à notre cour, pendant que j'étais au Carlsbad, pour rétablir un peu ma santé[1]. Ce ministre est arrivé ici dans un moment, où Msgr. le Margrave était établi à la campagne et comptait faire une tournée dans le Haut Margraviat. Cette circonstance a diminué le plaisir de le voir, d'autant plus qu'on venait de refuser Mr de Mackau par la même raison, quoiqu'il désirait de présenter ses lettres de créance. On était au reste peu flatté, que le Comte de R. avait attendu jusque là, pour venir faire une déclaration qu'il m'avait annoncée très longtemps auparavant et qu'on avait lue 6 semaines passées dans toutes les gazettes. D'après la publicité de la chose que Mr le Comte de R. avait à déclarer ici, il n'est pas douteux, qu'il ne risquait point de manquer aux devoirs de sa mission, en différant encore son arrivée jusqu'après avoir demandé, dans quel temps elle ne pourrait point contrarier les projets de Msgr. le Margrave . . . Au moins n'a-t-il pas pu cacher à plusieurs personnes et dans sa conduite l'impression désagréable, qu'il en avait sentie. Mais au lieu de s'en expliquer la véritable raison et de raccourcir son séjour, il a continué de rester ici. L'arrivée inopinée de Msgr. le Prince régnant de Dessau fournit quelques jours après un autre empêchement au voyage de Msgr. le Margrave. La cour se rendit à Scheibenhard pour le recevoir[2]. Le Comte de R. y fut invité journellement. En demandant son audience de congé, il désira de parler seul avec Msgr. et il avertit, qu'il désirait de faire à S. A. S. une ouverture plus spécielle touchant la déclaration de S. M. l'Impératrice. En effet cette entrevue ayant eu lieu, Mr. le Comte de R. fit lire à S. A. S. une lettre de Mr le Comte d'Ostermann, dans laquelle il s'agissait de la dite déclaration. L'entretien ayant fini, Mr le Comte de R. dit à S. A. S.: «Il y a des gens qui rôdent ici, dont l'objet est certainement l'Union qu'on vient de conclure à Berlin. J'espère que V. A. S. ne se laissera pas induire à y accéder, parceque cela ferait de la peine à S. M. Impériale et lui prouverait une méfiance de Votre part.» Msgr. le Margrave n'avait alors une notice du contenu de ce pacte, mais par la date de sa conclusion, qui lui était connue, il était sûr, que Mr. le Comte de R. ne pouvait point

---

[1] Romanzows Ankunft in Karlsruhe erfolgte laut Hoftagebuch am 3. Sept.; sein erster Empfang bei dem Markgrafen Karl Friedrich fand am 7. Sept. statt.

[2] Jagdschloß Scheibenhard am Hardtwald, eine Stunde von Karlsruhe gelegen; vgl. oben Num. 83.

avoir reçu des ordres de sa cour à ce sujet. D'ailleurs on venait d'assurer très positivement S. A. S. qu'on n'avait traité à Berlin que des moyens les plus analogues à nos lois, pour rétablir l'union entre les états du St Empire et pour maintenir la Constitution Germanique.

La réponse de S. A. S. fut en conséquence très précise: «Je ne connais point, Monsieur, le contenu du pacte, qu'on vient de conclure à Berlin. Je ne puis point ainsi Vous dire, si j'en adopterais les principes. Je n'ai point encore été invité d'y accéder. Mais dans tous les cas ma conduite prouvera, combien j'ai à coeur de maintenir les lois de l'Empire. Je sais que c'est l'objet favori de S. M. l'Impératrice, et que je me rendrai digne de sa haute bienveillance, en concourant à ce but.»

Mr. le Comte de R., peut-être surpris de cette réponse, ajouta, que tout ce qu'il venait de dire n'était que l'effet de son attachement personnel pour Msgr. le Margrave, et qu'il n'avait point d'ordres de sa cour pour ce qu'il venait d'avancer.

Sur quoi Msgr. le Margrave finit l'audience en répétant: «Remarquez bien, Mr. le Comte, que je n'ai pris à cet égard aucun engagement, ni vis-à-vis de Vous, ni vis-à-vis de personne.»

Je ne Vous cacherai point, Monsieur, que Msgr. le Margrave a été fort sensible de voir, que M^r le Comte de R. prenait sur lui de faire des questions si épineuses et d'annoncer la perte des hautes bontés de S. M. Imp., en avouant qu'il n'était point instruit de sa cour pour une pareille demande. Le Prince a cependant soigneusement caché son déplaisir personnel à M^r le Comte de R. Celui-ci n'a pas été aussi discret pour voiler le peu de satisfaction qu'il dit avoir recueilli dans son audience . . .

Vous sentez bien, Monsieur, que je ne Vous informe point de tous ces détails pour en faire le moindre usage, mais que c'est uniquement pour Vous instruire dans le plus grand détail des choses intéréssantes qui se passent ici et qui pourraient avoir influence, ou de près ou de loin, sur la commission dont Vous êtes chargé.

Concept.

---

299. Koch an Edelsheim.

Petersburg, 14./25. Nov. 1786.

[Die Ausgrabungen in Badenweiler; Bitte um Pläne derselben für die Kaiserin.]

. . . Mon frère à Strasbourg m'a donné les premières nouvelles des anciens bains romains qu'on vient de découvrir à Badenweiler[1]; il m'a marqué également, que ce morceau était digne de fixer toute l'attention des antiquaires. Je suis persuadé, Monsieur, que les plans que Vous avez promis de m'en envoyer pour l'Impératrice seront accueillis au mieux par S. Maj^té.

---

[1] S. oben No. 52. 55. 173.

300. Edelsheim an Koch.

(Karlsruhe), exp. 1. Mai 1787.

[Begegnung mit Romanzow. Günstiges Urtheil über ihn. Lob Dalbergs, des neuen Coadjutors von Mainz.]

Edelsheim beantwortet mehrere Schreiben Kochs, die seit Sept. v. J. eingelaufen sind.

Er war, wie er mittheilt, in Frankfurt, wo er den russischen Gesandten Baron von Krock zu treffen hoffte, aber verfehlte.

J'ai eu à cette occasion le plaisir de revoir le Comte de Romanzow. Il faudrait être bien peu sensible et injuste, si on lui refusait beaucoup d'esprit et d'agrément dans la société. Je ne puis jamais m'empêcher de rechercher sa société avec soin. Le bruit a couru, qu'il nous serait échangé avec le Comte de Nesselrode; mais il m'a prié fortement de contredire cette nouvelle de gazettes . . .

Si Vous ne connaissez point personnellement le nouveau Coadjuteur de Mayence, je suis persuadé, que les écrits du Baron de Dalberg ne Vous sont point inconnus. Son élection est assurément une des belles aurores pour notre patrie; il faudra voir, comment il saura mettre en jeu ses grands talents et la fermeté de son caractère, lorsqu'il sera placé sur le théâtre; car tel raisonne parfaitement bien dans les coulisses et manque son rôle en agissant. L'amitié particulière et intime que j'ai vouée au Baron de Dalberg depuis 20 années me donne les plus grandes espérances pour l'Allemagne et pour la raison.

Concept.

---

301. Edelsheim an Koch.

Karlsruhe, 23. Juli 1788.

[Stellung Frankreichs. Traditioneller Einfluß des Klerus auf die Staatsgeschäfte und seine Ursachen. Generalstände. Einbuße des politischen Ansehens. Justizreformen im Reiche.]

. . . La France est un autre énigme de nos jours, dont la Providence seule connaît le mot. Il Vous paraîtra peut-être aussi surprenant qu'à moi, que ce grand et superbe royaume n'a jamais étalé plus de fermeté que dans le moment de sa plus grande détresse, et que depuis le Cardinal d'Amboise[1] c'est toujours des ecclésiastiques qui ont conduit et soutenu une pareille marche chez elle. La raison de ces faits git probablement dans l'impression que donne à la nation le caractère de prélat et que toute notre philosophie n'a point pu détruire, parcequ'elle ne s'est jamais attachée à régénérer la grosse masse du commun peuple, dont on ne saurait trans-

[1] Cardinal George d'Amboise, Minister König Ludwigs XII. von Frankreich. Die Anspielung bezieht sich natürlich auf den damaligen französischen Premierminister, den Erzbischof von Toulouse, Lomenie de Brienne, welcher indeß gerade einen Monat später (25. Aug. 1788) entlassen und im Finanzministerium durch Necker ersetzt wurde.

former les idées et les préjugés que par les écoles et par l'éducation politique, suivie avec patience, prudence et constance durant plusieurs siècles . . .

Les états généraux vont s'assembler. Il y aura sûrement beaucoup de tapage. Pourvu que la cour continue de rester ferme, tout s'arrangera à la fin. Le Phoenix va renaître de ses cendres, mais l'importance politique de la France restera bien longtemps annulée . . .

Nous sommes tranquilles en Allemagne et nous nous attachons au moins à réformer notre justice. Il est honteux, que cette opération occasionne des désunions même parmi les plus zélés patriotes . . .

Concept.

302. Edelsheim an Koch.

Karlsruhe, 30. Aug. 1788.

[Der Reichstag. Die protestantischen Fürsten und die Nuntiaturfrage.]

. . . Je ne Vous entretiens point, Monsieur, des affaires de notre Diète, toute glorieuse d'avoir prise enfin une décision, vu que Mr Votre frère Vous aura amplement parlé de tout ce qui s'y passe. L'affaire des nonces va y présenter une scène d'un genre bien nouveau[1]. Les princes protestants seront obligés de donner leur voix sur la modification des droits qu'a le chef de l'église pour remettre sa puissance à des subdélégués, tandisque notre réligion nous défend de reconnaître les droits et la puissance, dont ces commissions doivent ressortir . . .

Concept.

303. Edelsheim an Koch.

Schloß Ettlingen, 7. Nov. 1789.

[Krankheit Edelsheims. Gedanke an Rücktritt. Chaos in Frankreich. Necker. Unruhen in Baden und deren Unterdrückung.]

Der bekannte Leibarzt des Kurfürsten von Mainz, Hoffmann[2], habe durch eine glückliche Kur ihn von schwerer Krankheit geheilt; aber er habe ihn zugleich ermahnt, sich ins Privatleben zurückzuziehen, sonst werde er kein hohes Alter erreichen. Er denke in der That daran, dem Rathe zu folgen, sobald sich ein passender Nachfolger finde.

Er erörtert im Folgenden die Zustände in Frankreich: seit der Nacht vom 4. August halte er das Königthum für verloren. Die Minister seien ihrer Aufgabe nicht gewachsen, Necker vor allem sei kein Staatsmann; er führe eine gewandte Feder und sei vielleicht der erfahrenste Bankier in Europa; das seien werthvolle Talente, aber sie reichten nicht aus, einen Staat zu retten und die Ruhe in Frankreich wieder herzustellen.

Auch in Süddeutschland habe es an vielen Stellen aufrührerische Bewegungen gegeben.

. . . L'exemple de la France a donné envie aux sujets même sous le doux régime de Msgr. le Margrave de renoncer par ci par là à l'obéissance.

[1] Vergl. oben S. 215 ff.

[2] Vergl. oben S. 194.

Cependant une conduite juste et rigoureuse a rétabli jusqu'ici l'ordre sans autre peine que celle d'envoyer à la maison de force les chefs des coupables. Je viens de faire une tournée dans les états du Margrave jusqu'à la porte de Bâle, et j'y ai trouvé tout en paix à ma grande satisfaction[1].

304. Koch an Edelsheim.

Strelna bei Petersburg, 28. Juni / 9. Juli 1790.

[Ein Vermählungsproject für Prinz Friedrich. Förderung durch Koch.]

Koch zeigt den Empfang eines Schreibens vom 1. Juni d. J. an.

. . . L'union projetée entre Msgr. le Prince Frédéric de Bade et Mad^me^ la Princesse Pauline d'Anhalt-Bernbourg[2] me semble bien faite pour assurer le bonheur de tous les deux, tandisque je m'estimerais fort heureux, si par les rapports où je me trouve je pouvais contribuer quelque chose à la réussite d'un si beau projet . . .

Die Kaiserin interessire sich lebhaft für die Prinzessin; sie bedauere, daß der Kronprinz von Dänemark wider ihren Willen eine andere Wahl getroffen habe, hoffe aber, sie in Bälde anderweitig versorgt zu sehen. Koch theilt in ihrem Auftrage dies dem Vater der Prinzessin mit.

J'avais à peine fait partir mes lettres à ce sujet que je reçus la Votre, Monsieur, d'un contenu si intimément lié avec la même affaire. J'en conçus l'augure le plus favorable pour le succès de la négociation, que je serai peut-être à portée de pouvoir entamer sur cet objet dans quelque temps d'ici[3] . . .

---

[1] Das Nähere hierüber siehe in dem folgenden Abschnitt.

[2] Tochter des Fürsten Friedrich Albrecht von Anhalt-Bernburg. Später (1796) vermählt mit Friedrich Wilhelm Leopold, Fürsten zu Lippe-Detmold.

[3] Man hört in der Folge nichts mehr über dieses Heirathsproject, das, aus welchen Gründen ist unbekannt, wieder aufgegeben wurde. Prinz Friedrich vermählte sich im folgenden Jahre (9. Dec. 1791) mit der Prinzessin Christiane Louise von Nassau-Usingen; vergl. auch die Biographie des Prinzen in Gehres Kleine Chronik von Durlach (Mannheim 1827) II. 212 ff. und v. Dalberg aus dem Leben einer deutschen Fürstin (Karlsruhe 1847) S. 72 f.

III.

Baden und die Anfänge der französischen Revolution.

1789—1792.

Einleitung.

Wir treten mit diesem Abschnitt in den Kreis politischer Verhandlungen ein, zu denen die Revolution in Frankreich den Anstoß gab. Die welthistorischen Ereignisse, welche von jener großen Umwälzung ausgehend in den beiden Jahrzehnten nach 1789 die Gestalt des europäischen und besonders des deutschen Staatslebens von Grund aus verwandelt haben, sind auch für Baden entscheidend geworden: die Gründung des modernen badischen Staates liegt in dieser Epoche beschlossen. Im Beginn derselben hatte das Staatsgebiet einen Umfang von etwa 70 Quadratmeilen, aus zersplitterten, weitgetrennten Landschaften zusammengesetzt, im Jahr 1806 war es auf ungefähr 250 Quadratmeilen angewachsen, ein zusammenhängendes Territorium, das aus den verschiedenartigsten alten und neuen Bestandtheilen gefügt in weiter Streckung vom Bodensee bis zum Main sich ausdehnte[1]. Ein scheinbar höchst willkürliches Zufallsgebilde, welches aber dennoch überraschend schnell die in ihm vereinigten Bruchstücke zu fester innerlicher Einheitlichkeit hat zusammenwachsen lassen, zu dem Staate, der „nach seiner geographischen Breitenlage zu Süddeutschland gehörig, durch die Tieflage und Wasserverbindung seiner wichtigsten Theile Norddeutschland wesentlich nahe steht“ (Roscher), und dem dadurch, neben anderen, vorzüglich die Aufgabe von Natur nahe gelegt wurde, ein vermittelndes Bindeglied zwischen dem Norden und dem Süden zu werden.

Mitten in den Stürmen des Revolutionszeitalters und der Napoleonischen Kriege hat sich der Bildungsproceß dieses neuen Staates vollzogen. Gegenüber den ungeheueren Wechselfällen der Epoche und den mächtigen Dimensionen der darin wirksamen Kräfte handelt es sich hier um Kleines und Enges. Es handelt sich in dieser Zeit des Zusammenbruchs des alten Reichs und der neuen

[1] Der Flächeninhalt des gegenwärtigen Großherzogthums wird auf 273,89 oder, die zugehörigen Wasserflächen des Bodensee's und des Untersee's einbegriffen, auf 277,18 Quadratmeilen berechnet. Das Großherzogthum Baden in geographischer, naturwissenschaftlicher rc. Hinsicht dargestellt (Karlsruhe 1885) S. 5.

deutschen Staatenbildungen überall nicht um Ruhmvolles und Erhebendes in allgemein nationaler Hinsicht. Die Entstehung des neuen badischen Staates ist, wenn man die großen entscheidenden Thatsachen in's Auge faßt, unstreitig in erster Reihe ein Product Napoleonischer Willkühr und Gewalt gewesen, ein Werk jener deutschen Politik der französischen Machthaber, die zum Verderben Deutschlands gemeint in ihren unbeabsichtigten Wirkungen vielfältig das Gute und Richtige geschaffen hat.

Dennoch würde man den wirklichen Verlauf der Begebenheiten nur von einer Seite her richtig verstehen, wenn man denselben allein unter jenem Gesichtspunkt betrachten wollte. Neben dem Einfluß übermächtiger allgemeiner Ereignisse, durch welche ganz neue Möglichkeiten geschaffen wurden, ist dem eigenen Wollen und Können doch immer noch ein weiter Raum geblieben. Die Dinge hätten auch anders verlaufen können, wenn nicht an der Spitze des kleinen badischen Staates eine fürstliche Persönlichkeit wie Karl Friedrich, wenn nicht ihm zur Seite Männer von so hervorragender Befähigung wie die beiden Edelsheim, wie Reitzenstein, wie die Gayling und Brauer, die Seubert und Meier u. a. gestanden hätten. Neben der Gunst äußerer Verhältnisse hat es der thätigsten Mitwirkung von Talent und Charakter, des zähesten Wollens, der geschicktesten Benutzung aller Umstände bedurft, um an das erstrebte Ziel zu gelangen. Glücklich, wer in diesem verworrenen Treiben, wo der Boden einer gesunden nationalen Existenz unter den Füßen hinwegschwand und harte begehrliche Selbstsucht das nothwendige Gesetz des Daseins werden mußte, dennoch den innersten Kern treuer patriotischer Grundgesinnung unversehrt erhielt. Von keinem der deutschen Rheinbundfürsten darf dies mit besserem Rechte gesagt werden, als von Karl Friedrich von Baden, und die Geschichte der badischen Politik dem revolutionären und dem Napoleonischen Frankreich gegenüber, deren Documente in dieser Publication vorgelegt werden, wird dieses Verhältniß im einzelnen erkennen lassen.

In dem vorliegenden Abschnitt stellen wir die Acten zusammen, welche die Vorgänge der drei ersten Jahre nach dem Ausbruch der französischen Revolution erläutern.

Wir haben in dem Früheren die politischen Beziehungen kennen gelernt, in denen die Regierung Karl Friedrichs bis dahin zu der französischen gestanden hatte. Sofort mit dem Beginn der Bewegung in Frankreich stellten sich neue Fragen in den Vordergrund, welche jenen Beziehungen einen ganz veränderten Charakter verliehen. Die geographische Lage Badens brachte es mit sich, daß es an allen den jetzt auftauchenden Streitfragen zwischen der neuformirten französischen Staatsgewalt auf der einen und den westdeutschen Grenzlanden

und bald dem officiellen Reich auf der anderen Seite in erster Linie interessirt war.

Wenn gleich von Anfang an die Gefahr revolutionärer Propaganda vom Elsaß her die rechtsrheinischen Gebiete bedrohte, so hat dies zu ernstlichen und andauernden Schwierigkeiten in den badischen Landen zunächst nicht geführt[1]. Im Einverständniß mit der vorderösterreichischen Regierung in Freiburg traf der Markgraf energische Maßregeln, um durch einen militärischen Cordon jedes Eindringen gefährlicher Elemente aus dem Elsaß zu hindern, und wenn namentlich in den zum Theil noch immer nicht ganz mit der neuen Regierung versöhnten Baden-Badenschen Landen sich hie und da aufrührerische Bewegungen zeigten, so wußte Karl Friedrich diesen, gelegentlich selbst mit persönlichem Eingreifen, so wirksam zu begegnen, daß diese Gefahren im eigenen Lande bald überwunden waren[2].

Hier handelte es sich wesentlich um polizeiliche Maßnahmen; die eigentlich politische Hauptfrage, die bald in den Vordergrund trat, war bekanntlich die über die Rechte und Besitzthümer deutscher weltlicher und geistlicher Reichsstände im Elsaß und in Lothringen, deren Rechtsstand durch die neue französische Gesetzgebung, am meisten durch die entscheidungsvollen Beschlüsse der Nationalversammlung vom 4. ff. August 1789 in Frage gestellt wurde. Zu den hierdurch geschädigten Reichsständen gehörte auch der Markgraf von Baden, und über seine Stellung zu der jetzt erhobenen Streitfrage mögen hier einige erläuternde Vorbemerkungen stehen[3].

Das Haus Baden war nicht mit sehr großen Gebieten betheiligt; es besaß innerhalb der Grenzen des jetzigen französischen Staates nur zwei Herrschaften von mäßigem Umfang.

Die eine war das im Elsaß, Rastatt gegenüber auf dem linken Rheinufer, gelegene Amt Beinheim, aus den drei Dörfern Beinheim, Leutenheim und

[1] Ueber die revolutionären Vorgänge im Elsaß, besonders in Straßburg, finden sich zahlreiche Berichte im Karlsruher Archiv; die Geheimraths- und Hofrathsprotokolle geben ausführliche Auskunft über die ergriffenen Schutzmaßregeln; besonders wurde die Besatzung von Kehl verstärkt, zugleich aber alle Aemter angewiesen, strenge Wacht gegen das Eindringen von fremdem „Gesindel" zu halten.

[2] Vergl. u. die Mittheilungen des preußischen Gesandten v. Madeweiß vom 5. Sept. 1789.

[3] Die grundlegenden Materialien zur Kenntniß dieser Verhältnisse sind in reicher Ausführlichkeit in Bd. 24 ff. von Reuß, Teutscher Staatskanzley (Ulm 1790 ff.) enthalten; eine kurze Zusammenfassung der „badischen Beschwerden" s. Bd. 29, S. 82 ff., und dazu die unten dat. 6. April 1790 angeführten beiden von Baden an die französische Regierung gerichteten Memoires. Auf diesen Quellen, sowie auf anderweitigen bezüglichen Acten des Karlsruher Archivs beruht die nachfolgende Darstellung.

Neuhäusel bestehend; es kamen hinzu einige zerstreute kleine Besitzungen und namentlich die von Baden behauptete Lehnshoheit über die zur Abtei Schwarzach gehörigen Güter im Elsaß. Das Amt Beinheim wurde von dem Hause Baden als ein von der Regierung des Elsaß durchaus eximirtes Besitzthum betrachtet, welches vermöge seiner Zugehörigkeit zu Baden als zum schwäbischen Kreis gehörig galt[1]. In den Zeiten der „Reunionen" Ludwigs XIV. hatte es das allgemeine Schicksal getheilt; durch den Ryswicker Frieden war der badische Besitzstand wiederhergestellt worden. Das Amt wurde durch einen eigenen Vogt verwaltet (über die aus demselben fließenden Einnahmen s. im folgenden Band die Acten der Friedensverhandlungen mit Frankreich); trotz mancher gelegentlicher Eingriffe der französischen Behörden im Elsaß war doch der eximirte, reichszugehörige Stand des kleinen Distrikts bis zur Revolution wesentlich unangefochten geblieben. Während im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts die meisten der im Elsaß begüterten deutschen Reichsfürsten, wie der Bischof von Straßburg (schon 1682), der Bischof von Speier (1756), der Kurfürst von Trier (1778), der Herzog von Würtenberg (1748), der Pfalzgraf von Zweibrücken (1768), die Grafen von Hanau-Lichtenberg (1701) unter dem Drucke der französischen Administration im Elsaß Verträge mit der Krone Frankreich abgeschlossen hatten, in denen sie formell die Souverainität derselben über ihre elsässischen Besitzungen anerkannten (allerdings ohne Genehmigung des Reichs) und dagegen die Anerkennung Frankreichs für ihre übrigen landesherrlichen Rechte erhielten: so hatte die badische Regierung niemals eine ähnliche Vereinbarung «de soumission volontaire» mit der französischen geschlossen, und man hielt sich auch dadurch für um so gesicherter gegen alle Ansprüche französischer Staatshoheit über das Gebiet von Beinheim[2].

Die andere badische Besitzung, welche zu Differenzen mit Frankreich Veranlassung gab, war die in dem französischen Antheil von Luxemburg belegene Herrschaft Rodemachern (nebst Hespringen u. a.). Sie war seit dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts im Besitz des Hauses. Markgraf Christoph von

---

[1] Als zu diesem gehörig wird es z. B. in der Mitte des 18. Jahrh. in dem großen geographischen Werk von Büsching aufgeführt.

[2] Jene Vereinbarungen der deutschen Fürsten mit Frankreich waren getroffen worden, theils in der Form wirklicher Verträge, theils durch den Erlaß sogenannter «Lettres patentes» von Seiten der französischen Krone, in denen das oben bezeichnete Verhältniß von dieser proclamirt wurde; s. darüber Reuß Staatskanzley 24. 292 ff. Auf badischer Seite legte man großes Gewicht darauf, daß eine solche königliche «lettre patente» in Betreff Beinheims niemals erlassen worden war und daß man in Bezug auf dieses daher noch völlig auf dem Rechtsboden des Friedens von Ryswick sich befinde; vergl. u. das Schreiben Edelsheims an Joachim vom 26. Sept. 1789.

Baden hatte sie als Entgelt für geleistete Dienste im J. 1492 von K. Maximilian I. erhalten; zwei Jahre darauf hatte der Kaiser sie von dem Herzogthum Luxemburg abgetrennt und zu einem freien unmittelbaren Reichslehen erklärt[1]. Jedoch scheint es zu einer dauernden Anerkennung des reichsfreien Charakters der kleinen Herrschaft nicht recht gekommen zu sein: nachdem im Pyrenäischen Frieden (1659) der Theil von Luxemburg, in welchem sie belegen war, an die Krone Frankreich abgetreten worden war[2], nahm diese bald darauf, bei Gelegenheit des Devolutionskriegs, auch Rodemachern in Besitz, welches als eine Dependenz des jetzt französischen Diedenhofen erklärt wurde. Trotz aller badischen Proteste wurde fortan die Souverainität über die Herrschaft von Seiten Frankreichs behauptet und ausgeübt; selbst der Ryswicker Friede brachte keine Aenderung; der badische Inhaber des kleinen Gebietes wurde als französischer Lehnsmann betrachtet. Noch verwickelter wurden die Dinge, als im Jahr 1769 zwischen Frankreich und der Regierung der österreichischen Niederlande ein Grenzvergleich abgeschlossen wurde, um die bis dahin unsichere Abgrenzung zwischen dem französischen und dem niederländischen Antheil von Luxemburg definitiv zu reguliren: hier wurde die Oberlehnsherrlichkeit der französischen Krone über Rodemachern officiell ausgesprochen, das dazu gehörige Hesperingen dagegen als österreichisches Lehen erklärt; so daß der Markgraf von Baden nun für seine luxemburgischen Besitzungen einer zwiefachen Lehenspflicht unterstellt wurde. Zu einer völlig klaren Regelung der Verhältnisse kam es indeß niemals, ebenso wie an so vielen anderen Stellen des französisch-deutschen Grenzgebietes. Eine französische Belehnung des Markgrafen hat nie Statt gefunden; ein badischer Amtmann mit seinen Unterbeamten verwaltete die Herrschaft, deren Einkünfte dem Markgrafen zuflossen; von badischer Seite wurde der Anspruch auf die Reichsfreiheit des Ländchens niemals formell ganz aufgegeben, und andrerseits übte die französische Provincialverwaltung in Metz, mit einer gewissen Schonung für seine Sonderstellung, doch thatsächlich oberlandesherrliche Rechte in demselben aus, indem sie namentlich die Einwohner der Herrschaft unter die Jurisdiction ihrer oberen Gerichtshöfe zog.

In so wenig geklärten staatsrechtlichen Verhältnissen befanden sich die beiden auswärtigen Besitzungen des Markgrafen Karl Friedrich, als die Bewegung in Frankreich ihren Anfang nahm.

Sofort ergaben sich neue Schwierigkeiten. In Folge des Beschlusses der französischen Notabelnversammlung vom 22. Juni 1787, welcher die Berufung

---

[1] S. die Urkunden in Schöpflin Hist. Zaring. Bad. VI. 456 ff. 469 ff.

[2] Pyrenäischer Friede Art. 38; ein besonderer Vorbehalt in Betreff von Rodemachern ist darin nicht ausgesprochen.

der Provincialstände in ganz Frankreich verfügte, traten am 18. August dieses Jahres die elsässischen Stände in Straßburg zusammen. Auch der badische Amtmann de Montlong in Beinheim erhielt durch eine königliche Ordonnanz vom 10. August die Aufforderung, die Wahl von Abgeordneten zu dieser Versammlung vornehmen zu lassen. Die Regierung in Karlsruhe hielt sich nach ihrer Auffassung der Verhältnisse weder für berechtigt, noch für verpflichtet, die Versammlung der elsässischen Provincialstände zu beschicken und wies den Amtmann an, die Ladung zu ignoriren. Trotzdem wurde bald darauf, den Beschlüssen der Provincialstände entsprechend, die Einsetzung einer neuen frei gewählten und mit sehr selbständigen Rechten begabten Municipalität und eines Syndicus in Beinheim gefordert; man ließ dies, wenn auch nicht ohne Rechtsverwahrung, geschehen (Mai 1788), zumal da pecuniäre Ansprüche vorläufig nicht erhoben und das Amt Beinheim in den Acten der Provincialversammlung ausdrücklich unter den «baillages exempts d'imposition» aufgeführt wurde. Schon jetzt freilich verlautete, daß diese Exemtionen in Zukunft kaum mehr aufrecht zu erhalten sein und bei den in Aussicht genommenen größeren Staatslasten, ebenso wie der bisher befreite Adel und der Clerus, auch die in Frankreich begüterten deutschen Fürsten würden in Mitleidenschaft gezogen werden müssen.

Aehnliche Vorgänge auch in Rodemachern; die Verhältnisse lagen hier etwas anders; der Markgraf gab seine Genehmigung dazu, daß der dortige Amtmann Krieg sich selbst in die Versammlung der Provincialstände wählen ließ.

Bald darauf erfolgte die Berufung der allgemeinen Reichsstände zur Versammlung in Versailles. Auch hierbei wurde das Amt Beinheim officiell zur Betheiligung an der Wahl und zur Beschickung der Wahlversammlung in Hagenau aufgefordert. Natürlich war man in Karlsruhe durchaus nicht gesonnen, durch Betheiligung an den elsässischen Wahlen zu den états généraux das Amt Beinheim officiell als einen Theil des französischen Staatsgebiets anzuerkennen. Die badische Regierung und der Bischof August von Speier einigten sich zu einer gemeinsamen Maßregel; sie sandten Deputirte nach Hagenau, welche bei der Eröffnung der dortigen Wahlversammlung einen formellen Protest gegen die ihnen zugekommene Einladung übergaben und dann sofort die Versammlung verließen[1]. In Rodemachern trat man, wie es scheint,

[1] Bericht von Madeweiß dat. Karlsruhe 2. April 1789. Später, bei dem großen Conföderationsfest der elsässischen und lothringischen Nationalgarden in Straßburg, am 13. Juni 1790 (s. Strobel-Engelhardt Gesch. des Elsasses V. 418) begaben sich im Auftrag des Markgrafen zwei badische Officiere, v. Rosenberg und v. St. Ange, dorthin, um Bericht über die Feier zu erstatten.

nicht mit der gleichen Entschiedenheit auf; diese Position galt offenbar als die schwerer zu behauptende[1].

Wir haben hiermit nach der einen Seite hin die thatsächlichen Verhältnisse kurz gekennzeichnet, aus welchen die Verwickelungen der ersten Revolutionszeit entsprangen und deren Kenntniß für die Benutzung der nachfolgenden Acten unerläßlich ist. Es kann an dieser Stelle nicht ausgeführt werden, wie nun die Beschlüsse der französischen Nationalversammlung alsbald eine Fülle schwieriger Controversen in's Leben riefen. Die Aufhebung der Feudalrechte, die Abschaffung der geistlichen Zehnten, die Einziehung der Kirchengüter, die Civilverfassung des Clerus, die Ausschließung aller fremden geistlichen Gerichtsbarkeit, die neue Departementaleintheilung waren Maßregeln, die, so wohlbegründet sie zum größten Theil an sich sein mochten, doch gegenüber den in Frankreich begüterten weltlichen und geistlichen deutschen Fürsten die augenscheinlichsten Verletzungen wolerworbener Rechte zur Folge hatten. Alsbald nach den entscheidungsvollen Beschlüssen des 4. August 1789 und der folgenden Tage erhoben die Geschädigten ihre Beschwerden und Proteste, begannen sich unter einander über gemeinsame Schritte zu verständigen. Die französische Regierung und selbst die Nationalversammlung stellte die Berechtigung der erhobenen Klagen principiell nicht in Abrede; indem sie die Unabänderlichkeit und Nothwendigkeit ihrer constitutionellen Reformen behauptete, erkannte sie doch die Verpflichtung zur Leistung von Entschädigungen an, und es beginnen so die lange fortgeführten Verhandlungen zuerst mit den einzelnen Beeinträchtigten, dann mit dem Reich — Verhandlungen, die ihrer Natur nach erfolglos bleiben mußten und deren Verlauf die Unvereinbarkeit der alten und der neuen Staatsgedanken diesseits und jenseits des Rheins zuerst zum Bewußtsein brachte[2].

[1] Der Amtmann Krieg von Rodemachern berichtet (dat. 1. Mai 1789), daß der Adel des Wahldistrictes Thionville (zu welchem die badische Herrschaft gerechnet wurde) in dem von ihm aufgestellten »Cahier des doléances, souhaits etc. de la noblesse de Thionville« den Verzicht ausgesprochen habe »à tous privilèges et distinctions pécuniaires dans l'assiette et répartition des impôts«, ohne dabei die Ausnahmestellung von Rodemachern zu erwähnen. In einer darauf bezüglichen Meinungsäußerung spricht der Geh. Rath Krieg, der als Referent über die Angelegenheit der luxemburgischen Besitzungen fungirt, sich dahin aus, daß die Herrschaft Rodemachern unter spanischer und unter französischer Regierung allerdings thatsächlich, aber nicht vermöge eines ausdrücklichen Privilegs steuerfrei gewesen sei; der im Jahr 1750 auferlegte Vingtième sei schon 1756 wieder aufgehoben worden; wenn aber jetzt der Adel und die Prinzen vom Geblüt selbst ihre Steuerfreiheit dem Staatswohl opfern müßten, so werde die Exemtion für Baden wol kaum zu behaupten sein (dat. 2. Juni 1789).

[2] Ein besonders charakteristisches Actenstück zum Verständniß dieses Gegensatzes ist der Commissionsbericht an die Nationalversammlung, den der Deputirte Merlin de Douai am 28. Oct. 1790 über die Frage der »droits seigneuriaux« im Elsaß erstattete; s. Reuß Staatskanzley 35. 139 ff; vergl. Sorel l'Europe et la révol. franç. II. 95 f.

Das Haus Baden gehörte nicht zu den am schwersten geschädigten; die Verluste anderer waren viel bedeutender[1]. Aber von Anfang an hat die Regierung Karl Friedrichs an jenen Verhandlungen lebhaften Antheil genommen, um gemeinsam mit den übrigen das Ihrige energisch zu vertheidigen. Die nachfolgenden Acten zeigen, wie man namentlich mit dem Bischof August von Speier gleich im Beginn der Controverse in Verbindung trat, dessen heißblütige jeden Compromiß verwerfende Behandlung der Angelegenheit freilich oft Mißbilligung fand; nicht minder mit Hessen-Darmstadt, mit Zweibrücken u. a., auch mit Würtenberg, dessen Herzog in seinen Verhandlungen mit Frankreich freilich schon jetzt gern seine eigenen Wege ging. Von besonderem Interesse ist der Versuch, den die französische Regierung machte, durch einen in das Reich gesandten Unterhändler, den Chevalier de Ternant, mit den einzelnen deutschen Fürsten sich in Verbindung zu setzen und eine Verständigung herbeizuführen (Mai 1790)[2]; Ternant war zweimal in Karlsruhe, und seine Unterredungen mit Edelsheim, über welche dieser genaue Aufzeichnungen gemacht hat, gewähren vollen Einblick in die Tendenzen dieser vertraulichen Mission, welche allerdings ohne jeden praktischen Erfolg blieb.

Es ist bekannt, wie neben dieser Entschädigungsfrage, deren sich schließlich auch der Reichstag officiell annahm, allmählich die Angelegenheit der französischen Emigranten und ihrer militärischen Rüstungen auf deutschem Boden die Hauptveranlassung zu wachsender feindseliger Spannung wurde. Was das Verhältniß der badischen Regierung zu den Emigranten betrifft, so lassen die Acten deutlich erkennen, daß dieselbe mit der äußersten Vorsicht jeden Schritt vermied, der als Provocation gegen Frankreich gedeutet werden konnte, und daß sie in keiner Weise den militärischen Anläufen und Demonstrationen der französischen Flüchtlinge Vorschub leistete. Trotzdem waren Mißhelligkeiten nicht zu vermeiden. In Ettenheim schlug seit Ende 1790 der Fürstbischof von Straßburg, Cardinal Louis de Rohan, seinen Sitz auf und machte das zu seinem Stift gehörige Städtchen zu einem Hauptsitz contrerevolutionärer Agitationen[3]; der Vicomte de Mirabeau organisirte hier seine vielgenannte „Legion", und die Anwesenheit dieses in der That wenig gefährlichen Corps in der nächsten Nach-

---

[1] Das Gebiet des Fürstbischofs von Speier im Elsaß z. B. wird auf 44 Ortschaften mit 28000 Einwohnern angegeben, die Einkünfte auf 266000 Livres. Heitz la contre-révolution en Alsace (Straßburg 1865) S. 9.

[2] Ueber die Ternant'sche Mission s. Reuß Staatskanzley 24. 359 ff.; eingehender die unten folgenden Acten; vergl. auch Sorel a. a. O. II, 83, der einen interessanten Passus aus der Instruction Ternants mittheilt.

[3] S. die Biographie des Cardinals (des durch die Halsbandgeschichte bekannten) bei Rathgeber Elsässische Geschichtsbilder (Basel 1886) S. 93 ff.

barschaft des badischen Gebietes, ebenso wie die des Condé'schen Corps in Worms, und später in der Gegend von Rottweil, gab zu vielfältigen Beschwerden und Drohungen von französischer Seite Veranlassung. Es ist nicht zu verkennen, daß die badische Regierung, die in dieser Angelegenheit ganz Hand in Hand mit der vorderösterreichischen in Freiburg ging, ernstlich bemüht gewesen ist, alle Anstöße zu beseitigen; es war wesentlich ihren Bemühungen mit zu danken, daß die Mirabeau'sche Legion endlich im Februar 1792 aus ihrer compromittirenden Stellung in Ettenheim entfernt wurde[1].

Natürlich schloß ein solches streng neutrales Verhalten nicht aus, daß zahlreichen französischen Emigranten, welche an jenen militärischen Experimenten unbetheiligt waren, Aufnahme und hilfreiches Entgegenkommen in badischen Landen gewährt wurde. Wie in den meisten Städten auf und nieder im Rheinthal lebten auch in Karlsruhe zahlreiche Flüchtlinge, die zum Theil sich recht unbequem machten, vermöge ihrer socialen Stellung aber doch auch am Hofe empfangen wurden[2]. Der Markgraf Karl Friedrich betonte in seinen Verhandlungen mit Frankreich aufs entschiedenste, daß er die Ansammlung bewaffneter Corps in seinen Landen nicht dulde, aber anderseits auch gegen sein Recht, Gastfreundschaft zu üben, keinen fremden Einspruch zuzulassen gesonnen sei. Die oberen Gesellschaftskreise werden, besonders in der ersten Zeit, den flüchtigen Standesgenossen mit sympathischer Theilnahme begegnet sein, und in Straßburg erzählt man sich, daß die Karlsruher Damen an einer Fahne für die Mirabeau'sche Legion arbeiteten[?][3]. So wie man nun in Frankreich sich mehr und mehr der Vorstellung hingab, daß die Anwesenheit der Emigranten in den deutschen Grenzlanden, wenn nicht eine Gefahr, so doch eine Beleidigung sei,

---

[1] Vergl. w. u. die Acten über die hierüber abgehaltene Conferenz in Hornberg (Febr. 1792) und Ruckgaber, Gesch. der Frei- und Reichsstadt Rottweil (R. 1838) II. 2. 319.

[2] «Deux fois par semaine le margrave recevait les émigrés à sa table», wird in einem Straßburger Zeitungsbericht vom 30. April 1791 angegeben. R. Reuß Charles de Butré (Paris 1887) S. 129. S. über die Ueberfüllung des badischen Landes mit Emigranten auch Vertraute Briefe über Frankreich (Berlin 1792) I. 51; der Verfasser findet Mitte Januar 1792 dort „alles so gepfropft voll Franzosen, daß wir in mehreren Posthäusern und Gasthöfen kaum einen Stuhl und Tisch für uns erhalten können. Auch die Privathäuser liegen hier und in Carlsruhe und überall voll. Carlsruhe beherbergt die Vornehmsten, ja ganze Familien vom hohen Französischen Hofadel". Man gebe, fügt der (nicht gerade sehr tiefblickende) Briefsteller hinzu, die Schuld der Begünstigung der Emigranten dem Minister von Edelsheim, der in Pariser und Straßburger Zeitungen «le Choiseul de Carlsruhe» genannt werde (S. 53). Vergl. auch w. u. den Bericht Maisonneuve's aus Karlsruhe vom 3. Mai 1792.

[3] Straßburgische Zeitung vom 18. März 1791: «toutes les dames travaillaient à broder un étendard pour la légion de Mirabeau-Tonneau» (R. Reuß a. a. O.).

so nahmen auch die Beschwerden in Karlsruhe kein Ende. Der taktlose französische Gesandte de Mackau trug dazu bei, die Verstimmung auf beiden Seiten zu verschärfen. Es kam vor, daß eines Tages der in Straßburg commandirende Marschall Luckner persönlich, von mehreren Adjutanten begleitet, auf der Kehler Rheinbrücke erschien, den in Kehl commandirenden badischen Rittmeister herbeirufen ließ und ihm mit barscher Gewaltdrohung bedeutete, daß er das Land mit Feuer und Schwert heimsuchen werde (mettre le pays à feu et à sang), wenn man nicht alsbald die Emigranten aus Kehl entferne[1]; der deutsche Bürgersohn aus dem bairischen Walde, der ehemalige gefürchtete Husarenführer gegen die Franzosen im siebenjährigen Kriege scheute sich, als französischer Marschall, nicht, drohend an die Verwüstung der Rheinlande durch die Heere Ludwigs XIV. zu erinnern.

Indem so hier in den rheinischen Grenzlanden die Spannung wuchs, nahmen die großen allgemeinen politischen Angelegenheiten ihren dem Bruch zwischen dem revolutionären Frankreich und den beiden deutschen Großmächten entgegentreibenden Fortgang. Die Annahme der von der Nationalversammlung geschaffenen Verfassung von 1791 durch Ludwig XVI. brachte nur eine kurze Ruhepause. Die Girondisten der Legislative drängen zum Krieg, und auf der andern Seite vollzieht sich nun die Annäherung zwischen Preußen und Oesterreich; im Februar 1792 wird die entscheidende Alliance zwischen ihnen abgeschlossen; ein paar Wochen später stirbt Kaiser Leopold II. (1. März), in Paris bemächtigt sich die girondistische Partei des Ministeriums, am 20. April erfolgt die Kriegserklärung gegen den „König von Ungarn und Böhmen"; der Kampf in den Niederlanden beginnt, der preußische Feldzug in die Champagne schließt sich an — das große Drama der Revolutionskriege nimmt seinen Anfang.

Es ist neben allen diesen großen Hauptentscheidungen doch von nicht geringem Interesse, die Rückwirkungen im einzelnen zu beobachten, welche dieselben auf die politische Action des kleinen Staates übten, dessen Schicksale die vorliegende Publication zu erläutern hat, und der es in bemerkenswerther Weise verstand, immer eine Stellung in Mitten der großen die Zeit bewegenden Interessenkreise zu nehmen.

Wir legen hier zunächst die Materialien vor, welche die Zeit bis zum Herbst 1792 betreffen. Sie gewähren den Anblick einer überaus rührigen und vielseitigen politischen Thätigkeit. Der Versuch, zum Schutz der westlichen Reichslande, nach dem Muster früherer Vorgänge, eine Association der vorderen

---

[1] S. über diese charakteristische Scene w. u. den Bericht Rochebrune's an Edelsheim, dat. Kehl 31. Jan. 1792.

Reichskreise, oder wenigstens einiger von ihnen, zu Stande zu bringen, wurde eine Zeitlang eifrig betrieben und auch die badische Regierung nahm an den Verhandlungen lebhaften Antheil, die allerdings zu einem praktischen Ergebniß nicht führten. Für alle diese in die eigentliche Reichspolitik einschlagenden Verhältnisse ist besonders die Correspondenz zwischen Edelsheim und dem (preußischen und badischen) Comitialgesandten Grafen Görtz, für welche das Berliner Archiv wichtige Ergänzungen bot, von hohem Interesse; auch die aus derselben Quelle stammenden Berichte des in Stuttgart und Karlsruhe accreditirten preußischen Gesandten v. Madeweiß, sowie die des badischen Residenten v. Mühl in Wien bieten vielfältige werthvolle Belehrung. Für eine leider nur kurze Frist tritt hinzu die Correspondenz zwischen Edelsheim und dem bekannten Geschichtsschreiber und Staatsmann Johannes v. Müller, der damals in kurmainzischen Diensten stand. Viele wichtige Mittheilungen enthält für die Zeit vom Mai 1792 an das handschriftliche Tagebuch des Geh. Raths Emanuel Meier im Karlsruher Archiv. Daneben stehen die noch immer fortgesetzten Unterhandlungen mit der französischen Regierung, welche sich, je näher die Aussicht auf den Krieg mit Oesterreich rückte, um so eifriger angelegen sein ließ, die übrigen Reichsstände von der Theilnahme an demselben zurückzuhalten. Als Nachfolger des nach Florenz versetzten Mackau trat im März 1792 ein neuer Gesandter, Maisonneuve, auf den Gesandtschaftsposten für Stuttgart und Karlsruhe, der mit größerer diplomatischer Geschicklichkeit als sein Vorgänger die Aufgabe der Neutralität des schwäbischen Kreises in die Hand nahm, ohne freilich damit zum Ziele zu gelangen[1]. Die Acten der Verhandlungen zwischen ihm und Edelsheim (aus dem Karlsruher und dem Pariser Archiv) gehören zu den anziehendsten aus dieser Zeit und geben eine lebendige Anschauung der Ansichten und Absichten auf der einen und andern Seite. Es gelang Maisonneuve nicht, die badische Regierung von dem Anschluß an die beiden deutschen Großmächte zurückzuhalten; im September 1792, an demselben Tage, wo in Paris der Convent die Abschaffung des Königthums beschloß, wurde in Karlsruhe eine militärische Convention unterzeichnet, durch welche Baden, ein halbes Jahr vor der Erklärung des Reichskriegs, einen Theil seiner Truppen Preußen und Oesterreich zur Verfügung und unter das Commando des Herzogs von Braunschweig stellte.

---

[1] Maisonneuve war, wie es scheint, Malteserritter und kurz zuvor als „maltesischer Gesandter" in Berlin gewesen, wo er nicht sehr respectirt wurde. Vivenot, Quellen z. Gesch. der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs (Wien 1873) I. 322. Bald nach der Pariser Katastrophe vom 10. August 1792 legte er seinen Posten nieder; sein Nachfolger wurde sein bisheriger Legationssecretär Louis Antoine Bourrienne.

III. Baden und die Anfänge der französischen Revolution.

1789—1792.

305. von Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen[1].

Karlsruhe, 2. April 1789.

[Baden und Speier protestiren gegen die Ladung zu der Wahlversammlung für die französischen Reichsstände.]

Der Markgraf von Baden und der Bischof von Speier haben zu der von dem Baron von Andlau, welcher die Stelle des adligen Obervogts der vereinigten Bezirke von Hagenau und Weißenburg im Elsaß vertritt, auf den 26. März nach Hagenau ausgeschriebenen Versammlung der Geistlichkeit, des Adels und des Bürgerstandes[2] eigene Deputirte geschickt, die bei Eröffnung dieser Versammlung gegen die ihnen dazu geschehene Einladung eine schriftliche Protestation übergeben und hierauf die Versammlung selbst verlassen haben. . . . Die übrigen Reichsfürsten, die im Elsaß Güter besitzen, haben sich blos damit begnügt, auf dieser Versammlung nicht zu erscheinen, den Kardinal von Rohan als Bischof von Straßburg ausgenommen. . . .

Bei der Versammlung in Hagenau sei es übrigens ziemlich stürmisch hergegangen, da auch der protestantische Adel einige Deputirte zur allgemeinen Reichsversammlung nach Versailles habe schicken wollen, wogegen die katholische Adelspartei heftig opponirt habe.

Berl. St. A.

---

[1] Freih. von Madeweiß, preußischer Gesandter am Stuttgarter und Karlsruher Hof; s. o. S. 211.

[2] Das Elsaß war zum Behuf der Wahlen zu den états généraux in sechs Wahldistricte getheilt, von denen je zwei, Hagenau und Weißenburg, Colmar und Schlettstadt, Hüningen und Belfort, eine gemeinschaftliche Wahlversammlung bildeten; das Amt Beinheim wurde zu der ersten dieser drei vereinigten Wahlversammlungen berufen, deren Wahlort Hagenau war.

306. Präsident von Gayling an Karl Friedrich[1].

Karlsruhe, 29. Juli 1789.

[Unruhen im Elsaß. Vorkehrungen in Baden.]

... Im Elsaß fängt es besonders an unruhig zu werden, und Straßburg hat beständig noch zu kämpfen, um Ruhe und Ordnung herzustellen, so sobald nicht erzielet werden wird. Unverantwortlich ist es, daß man es soweit hat kommen lassen. ...

Was E. Hf. D. Lande anbelangt, so hoffe ich, daß solche durch die getroffene Anstalt vor allem Ueberlauf und Unfug, so viel möglich, werden gesichert sein; zum wenigsten an Eifer und Achtsamkeit solle es deshalb nicht fehlen, und Höchstdieselben können sich ganz beruhigend halten. ...

307. Protokoll des Geheimen Rathes.

Karlsruhe, 30. Juli 1789.

[Vorsichtsmaßregeln wegen der Unruhen im Elsaß und Sundgau.]

Auf die eingelaufenen Berichte über die wachsenden Unruhen im Elsaß und Sundgau wird beschlossen, ein Kommando von 100 Mann nach der Herrschaft Rötteln, ein gleiches von 30 Mann nach Badenweiler und weitere Abtheilungen von 60 und 30 Mann nach Hochberg, Mahlberg und Kehl zu beordern.[2]

308. Präsident von Gayling an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 5. Aug. 1789.

[Lage im Oberland. Vereinbarung mit der Freiburger Regierung. Befürchtung von Unruhen im Breisgau.]

In Straßburg ist es ruhiger geworden, im Sundgau dagegen dauern die Unruhen fort; das Militär vermag dieselben nicht zu bewältigen.

... Nach einem Bericht des Oberamts Rötteln so schleichet sich dann und wann Gesindel herüber, welches aber sogleich nach denen Landesgesetzen behandelt wird; Badenweiler, Hochberg und Mahlberg haben in ihren Berichten nichts merkwürdiges

[1] Geheimer Rath und Kammerpräsident Christian Heinrich Freih. von Gayling zu Altheim (geb. 1743 gest. 1812); s. über ihn v. Drais II. Beil. S. 89 f. v. Weech badische Biographien II. 558. Rathgeber der große Markgraf und seine elsässischen Minister (Straßburg 1887) S. 27 ff. Die Familie von Gayling gehörte zur elsässischen Ritterschaft; der ältere Bruder des hier genannten, Ludwig v. Gayling, besaß die Familiengüter im Elsaß; über seine Schicksale während der Revolution s. Rathgeber Elsässische Geschichtsbilder aus d. franz. Revolutionszeit (Basel 1886) S. 224 ff. Ein dritter Bruder Jakob v. G. war Geheimer Rath in Zweibrücken'schen Diensten. — Der obige und die folgenden Briefe Gaylings sind an Karl Friedrich gerichtet, während dieser auf einer Badereise von Karlsruhe abwesend war.

[2] Die Kommandos in Rötteln und Hochberg wurden bald darauf verstärkt, da dort allerlei Gesindel über den Rhein kam.

angeführt. Die Unterthanen verdanken sehr, daß zu ihrer Beschützung einige Commandos in die Oberlande geleget worden. Die österreichische Regierung hat gemeine Sache mit der diesseitigen gemacht und ein (sic) Regierungsrath an alle Ober- und Ämter geschickt, um die gemeinsamen Maßregeln mit ihnen zu concertiren. . . .

Wegen der Aushebung der Rekruten ist eine starke Gährung in denen vorderösterreichischen Landen; ist einmal das Regiment fort[1], so ist zu befürchten, daß solche ausbricht, . . . in diesem Fall würden wir auf eine unangenehme Art vielleicht in das Spiel kommen. . . .

Oberst von Freystädt hat von den Beurlaubten, die er einberufen, wieder einen Theil entlassen, mit Rücksicht auf die Feldarbeiten.

309. Präsident von Gayling an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 9. Aug. 1789.

[Excesse in Straßburg. Verstärkung des Kehler Postens. Ruhe in Weinheim.]

Aus dem Oberlande lauten die Nachrichten günstig. Das Amt Kehl dagegen berichtet über erneute Unruhen in Straßburg, über die gewaltsame Befreiung der Gefangenen aus allen Gefängnissen durch die Garnison, sowie über Versuche des Gesindels, die Rheinbrücke zu überschreiten, und hat um Verstärkung des Kommandos ersucht. Nach kurzer Berathung wurde beschlossen, einen Theil der Rastädter und Karlsruher Truppen nach Kehl zu beordern.

Aus Weinheim wird gemeldet, es seien zwar auch dort unruhige Köpfe vorhanden, doch sei dies ohne Bedeutung, und alles werde in Ruhe und Ordnung bleiben.

310. Präsident von Gayling an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 16. Aug. 1789.

[Truppenverlegung ins Oberland. Dankbezeugung für die Sicherheitsmaßregeln. Speier tritt in Verkehr wegen der Beschlüsse vom 4. Aug.]

Da ein Posten von 100 Mann mit 2 Geschützen zur Deckung der Kehler Brücke genügend erscheint, so sind 50 Mann von dort in das Wiesenthal und 30 Mann nach Emmendingen detachirt worden.

Bisher ist die Sicherheit der hiesigen Lande zum Vergnügen sämmtlicher Unterthanen wohl erhalten worden, auch alle Antworten, die von den benachbarten Regierungen, als Speier, Stuttgart, Pfalz, Freiburg ꝛc., eingeloffen (sic), verdanken diese Vorsicht . . . auf das lebhafteste[2]. In Straßburg selbsten ver-

[1] Das Regiment Bender, das im Breisgau stationirt war und nach den Niederlanden abgehen sollte.

[2] So berichtet auch in dieser Zeit der österreichische Gesandte in München, Lehrbach an F. Kaunitz (dat. München 18. August 1789): „der von dem Herrn Markgrafen von Baden bei Kehl und dortiger Gränz gezogene Cordon hat den besten Erfolg, und dessen dahin gesandte, sehr wohl disciplinirte Truppen haben alles Eindringen von Gesindel und Deserteurs standhaft abgehalten“. Brunner der Humor in der Diplomatie I. 336. 339.

danket das Gouvernement solche, und M. de Rochambeau[1] hat sich deshalb gegen den Assessor Eichrodt[2] sehr verbindlich geäußert. . . .

Die Rechte der im Elsaß possessionirten fürstl. Häuser nebst denen der Ritterschaft sind ganz zu Grund gerichtet. . . . Der Fürstbischof von Speier hat bereits deshalb die nöthige Communication anhero gepflogen, und ich werde diesen Gegenstand so präpariren, daß solcher Höchstdenenselben in der ersten Geheimerathssitzung kann vorgetragen werden.

311. Bischof August von Speier an Karl Friedrich.

Bruchsal, 20. Aug. 1789.

[Aufforderung zu gemeinsamem Vorgehen zum Schutz der deutschen Besitzrechte im Elsaß.]

Verschiedene aus Paris und dem Elsaß mir zugekommene Nachrichten lassen mich gar nicht mehr bezweifeln, daß es dermalen der langvorhergesehene Zeitpunkt sein müsse, die den im Elsaß Besitz habenden Ständen des deutschen Reichs vermöge des westfälischen Friedens zuständigen Rechte und Gerechtigkeiten mit vereinten Kräften gegen die drohende Gefahr zu schützen. Ich eile daher E. Ld. mittelst des anliegenden Promemoria diejenigen Maßregeln bekannt zu machen, welche ich . . . . einzuschlagen für nöthig erachtet habe, und zweifle keinen Augenblick, E. Ld. . . . werden nun keinen weitern Anstand mehr nehmen, dero in Paris anwesenden Herrn Gesandten zur gemeinsamen Mitwirkung nachdrucksamst anzuweisen . . . . und mir zugleich in Freundschaft nicht verhalten, welche Wege zu Erzielung des gemeinschaftlichen Endzweckes annoch besonders diensam scheinen. . . .

312. Karl Friedrich an den Bischof August von Speier.

Karlsruhe, 25. Aug. 1789.

[Zur Mitwirkung bereit; Theilnahme der anderen interessirten Reichsstände.]

Der Markgraf dankt für die Mittheilung des Promemoria vom 20. d. M. und versichert, daß er „möglichst dahin mitwirken werde, damit die Unsern Rechten und Freiheiten drohende Gefahr abgewendet und der reichsfriedensschlußmäßige Genuß derselben ungestört bleiben möge“. Der Geh. Legationsrath Dupont sei daher angewiesen worden, sich an den speierschen Geschäftsträger anzuschließen. Damit indeß eine zuverlässigere Vereinbarung getroffen werden könne, ersuche er um Mittheilung der Entschließungen der übrigen mitinteressirten Reichsstände, soweit dieselben dem Bischofe bekannt gegeben würden[3].

---

[1] Marschall von Rochambeau, bekannt als Führer der französischen Hilfsarmee in dem nordamerikanischen Befreiungskrieg, seit 1789 Militärgouverneur des Elsaß, als Nachfolger des Marschalls de Stainville.

[2] Karl Friedrich Eichrodt (geb. 1754 gest. 1817), badischer Cameralassessor später namhafter Militär s. Huhn Universallexicon vom Großherzogthum Baden S. 326, v. Weech bad. Biographien I. 217.

[3] Nach dem Entwurf in den Protokollen des Geheimen Raths.

313. von Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Stuttgart, 5. Sept. 1789.

[Revolutionäre Umtriebe in Baden. Entschlossene Haltung des Markgrafen.]

... In dem Baden-Badischen, wo Religionshaß und Unzufriedenheit mit der neuen Regierung noch immer nicht ganz ausgerottet sind, war es eigentlich, wo in einigen Dörfern die Bauern, durch das Beispiel der Ortenauischen und bischöflich Straßburgischen verführt, Unruhe erregten; der Markgraf hat aber durch seine guten Anstalten Ruhe und Ordnung wieder herzustellen gewußt. Nach Bühl, wo die Unruhen wirklich schon ausgebrochen waren, begab sich der Markgraf selbst mit einem Kommando von einigen Hundert Soldaten, machte daselbst Ordnung und ließ die Unruhigsten ergreifen und ins Zuchthaus abführen. Wie er in Bühl war, kamen Deputirte der Ortenauer Bauern zu ihm, die die Verwegenheit soweit trieben, daß sie von ihm verlangten, er solle die Beschwerden ihrer Kameraden, der badischen Bauern, sogleich abstellen, oder sie würden kommen und ihn mit Gewalt dazu zwingen. Der Markgraf antwortete ihnen, sie sollten nur kommen, er würde sie empfangen, wie sie es verdienten, und befahl ihnen, sich sogleich wegzubegeben. Sie haben sich aber eines besseren bedacht und sind nicht erschienen.

Indessen gehen diesem guten Fürsten, der seine Unterthanen als ein Vater behandelt, diese Unruhen sehr nahe, und er hat, um sie in der Geburt zu ersticken, sein Militär an die Grenze und im ganzen Lande verlegt, so daß fast nichts mehr in Karlsruhe geblieben; auch ist er willens, es noch mit 500 Mann zu vermehren.

Berl. St. A.

---

314. Edelsheim an den bischöfl. Speierschen Regierungsrath Joachim.

Ettlingen, 26. Sept. 1789.

[Keine Nachricht von Dupont. Die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 4. August. Keine Unterhandlungen mit dieser Versammlung; Beschwerde bei dem französischen Hof und event. bei dem deutschen Reichstag, in Wien und in Berlin. Abweichendes Verhalten von Zweibrücken und Hessen-Darmstadt; Mangel an gegenseitigem Vertrauen; Stellung Badens in Bezug auf seine elsässischen Besitzungen.]

Mr Dupont ayant été instruit, comme Vous Vous souviendrez, Monsieur, depuis longtemps d'aller de concert avec les envoyés des princes et souverains du St Empire possessionnés en Alsace, et de se joindre surtout aux démarches, auxquelles le ministre de S. A. Msgr. le Prince de Spire serait autorisé, cette instruction lui a été renouvelée; mais j'attends malheureusement en vain et depuis 4 mois la moindre nouvelle de sa part ...

Comme Vous désirez, Monsieur, savoir mon opinion sur la marche de cette affaire, je Vous avoue, que je suis parfaitement de l'opinion de Mr Pfeffel, énoncée dans le rapport de Votre ministre à Paris[1], daté du

[1] Des Speierischen Geschäftsträgers Hermant in Versailles.

9 août, savoir: que les états généraux n'ont rien statué de définitif à l'égard des possessions appartenantes à nos souverains en Alsace, et qu'il est absolument impossible de supposer, qu'ils aient voulu les comprendre dans la décision générale prise dans la fameuse nuit du 4 août.

Mais je suis bien aussi persuadé de l'opinion de S. A. le Prince, Votre maître, qu'il serait absolument contraire aux droits des princes et à leurs titres et à leur dignité, de s'adresser aux états généraux; . . . que la marche digne et compétente qu'ils ont à prendre à cet égard est de porter leurs réclamations à la cour de France, et en cas que S. M. T.-C. voudrait méconnaître ses engagements, de porter alors plainte à la Diète de notre Empire, en intéressant particulièrement tant S. M. l'Empereur que le Roi de Prusse et autres états qui pourraient avoir une influence à la cour de Versailles. . . .

Edelsheim räth indeß mit weiteren Schritten bis zum Schlusse des Jahres zu warten, in der Hoffnung, daß bis dahin die Anarchie in Frankreich ihr Ende finden werde.

Der Herzog von Zweibrücken sowohl als der Landgraf von Darmstadt haben sich wider Erwarten mit ihren Vorstellungen an die Nationalversammlung gewendet. Der König selbst habe auf Befragen erklärt, die Beschlüsse vom 4. August könnten sich nicht auf die im Elsaß begüterten deutschen Fürsten erstrecken (contre les princes de l'Alsace). Man müsse also den weiteren Verlauf der Verhandlungen in Paris abwarten.

. . . C'est un grand mal assurément de voir aussi peu de confiance entre les parties intéressées; car à l'exception de Votre cour, Monsieur, aucune autre a fait la moindre démarche vis-à-vis de nous; . . . autant que je sais, il n'y a que la S^me^ maison de Bade qui n'ait point pris de lettres patentes; c'est par conséquent la seule qui se trouve être encore parfaitement in statu quo depuis la paix de Ryswick[1].

Concept.

315. von Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Stuttgart, 3. Oct. 1789.

[Die badischen Lande wieder beruhigt.]

. . . In der Ortenau und den badischen Landen ist es anitzt ziemlich ruhig, so daß der Markgraf von Baden den größten Theil seiner in verschiedene Aemter vertheilten Truppen bereits wieder zurückkommen lassen; nur die Rheinfahrten sind besetzt geblieben, um das aus Frankreich kommende liederliche und räuberische Gesindel abzuhalten. . . .

Berl. St. A.

[1] Vergl. oben S. 328.

316. Protokoll des Geheimen Rathes.

Karlsruhe, 8. Oct. 1789.

[Gemeinsames Vorgehen mit Würtemberg, Zweibrücken und Basel. Der Darmstädtische Geschäftsträger Kern in Paris.]

Geh. Rath von Edelsheim legt zwei Schreiben des Speierischen Rathes Joachim vom 4. und 7. d. M. vor[1]. Es wird darauf hin der Beschluß gefaßt, nunmehr mit der würtembergischen, pfalz-zweibrückischen und Baselschen Regierung betreffs der Beeinträchtigung der Rechte deutscher Reichsstände im Elsaß in Correspondenz zu treten und den Landgrafen von Darmstadt um Erlaubniß zu bitten, sich seines Geschäftsträgers in Paris bedienen zu dürfen. Zugleich wird Edelsheim beauftragt, ein dem französischen Ministerium zu überreichendes Memoire zu entwerfen.

---

317. Graf Görtz an den Minister von Hertzberg.[2]

Regensburg, 19. Oct. 1789.

[Bedrängniß der deutschen Reichsfürsten durch die Revolution in Frankreich; Hilferuf Edelsheims; Bitte um Instruction.]

... À quel point les embarras de la plupart des princes de l'Empire, faute d'avoir pris de mesures d'avance, [sont] augmentés, relativement aux suites funestes que la révolution et le bouleversement de la France font craindre, V. E. le verra par l'extrait de lettre ci-jointe que je viens de recevoir du Baron d'Edelsheim de Carlsrouhe[3], et sur laquelle je ne sais d'autre parti pour moi que de la mettre sous Ses yeux et de La supplier de me dicter la réponse que je pourrais faire et me faire connaitre ou les intentions du Roi ou seulement les Siens propres. Sûrement, le Margrave de Bade est un des princes qui est le plus digne de toute protection et de ressentir les effets de l'amitié du Roi; mais je sens très bien, que la situation géographique rend la chose fort difficile, si non impossible.

Berl. St. A.

---

318. Bericht des Residenten von Mühl.[4]

Wien, 28. Oct. 1789.

[Zufriedenheit mit der energischen Haltung Badens in Wien. Abwartendes Verhalten am kaiserlichen Hofe; Verweis auf die Selbsthilfe der Reichskreise und auf weitere Verhandlungen; Baden Frankreich gegenüber nicht gebunden.]

Mühl dankt für Nachrichten über die Lage der Dinge in Baden.

Das Betragen auf Hf. Seite macht gewiß den Einsichten, der Klugheit und der Standhaftigkeit des höchsten Landesherrn sowohl als des hohen Ministerii

---

[1] Diese beiden Schreiben sind nicht vorhanden.

[2] Ueber Graf Görtz, den preußischen und badischen Reichstagsgesandten, vergl. oben S. 173.

[3] In einem früheren Bericht von Görtz an den König Friedrich Wilhelm II. (dat. Regensburg 26. Aug. 1789) hatte derselbe ausdrücklich das energische Auftreten des Markgrafen als rühmliche Ausnahme hervorgehoben. Der oben berührte Brief von Edelsheim an Görtz ist nicht vorhanden.

[4] Der hannöverische Ministerresident v. Mühl in Wien wurde, nachdem der bis-

preiswürdigste Ehre und ist auch dafür hieselbst durchgängig angesehen worden. Bei denen in Zeiten genommenen weisen Maßregeln der Vereitelung des schwärmerischen Schwindelgeistes, welche unruhige Köpfe auch für's künftige voraussehen müssen, und den traurigen Erfahrungen, welche nunmehr andere Länder von der unseligen Ausgelassenheit und Zügellosigkeit darbieten, sollte man wohl hoffen, daß das Volk so leicht nicht neuen Aufstand wagen werde.

E. Hoch- und Wohlgeboren haben auch gesehen, wie man hier dem Herrn Fürstbischofe von Speier im gerichtlichen Wege zu Hilfe geeilet hat. Ich weiß auch, daß Reichshofrath und Reichsministerium alles, was insbesondere möchte von Reichsständen, die in solcherlei Fälle möchten gerathen können, begehrt werden und nur immer von diesen Orten abhangen kann, jederzeit aufs schleunigste leisten werden. Das sehe ich aber auch wohl durch, daß man nicht leicht ex officio mit irgend einem Schritte hervortreten werde, wobei man sich allerhand Bedenklichkeiten zu machen scheinet. Man glaubet aber auch, daß nach den Reichsconstitutionen und der Executionsordnung jedes Kreises eignes oder im Falle von Saumseligkeit oder Unhinlänglichkeit der nächstgelegenen Kreise Ausschreibämter genugsam Gewalt oder vielmehr Verbindlichkeit haben, um ohne Auftrag sogleich den Ruhe- und Friedensstand herzustellen oder zu befestigen. Ich, an meinen geringen Theile, stelle dahero auch anheim, ob nicht, wenn das schwäbische Kreisausschreibeamt nicht wirksam werden wollte, eines der nächstgelegenen angegangen werden könnte, ja ob auch nicht nützlich wäre, daß eben bei so weitaussehenden Zeitläuften mehrere Kreise oder mehrere Stände des nämlichen Kreises oder anderer nächstgelegener in nähere Verbindungen unter einander einträten.

Was das Erzhaus betrifft, so läßt sich aus dem, daß man in die Niederlande ... keine mehrere Mannschaften schicket oder zu schicken vermag, bereits schließen, daß man in Absicht auf die Vorlande kein mehrers zu erwarten habe. Ich glaube aber überdies zuverlässig abzunehmen, daß man für jetzt solche sich wirklich blos überlassen, in allen, was nur begehrt werden mag, lieber nachgeben oder durch die Finger sehen und das weitere sich lediglich auf Zeit und Umstände vorbehalten werde.

Euer Hoch- und Wohlgeb. erleuchtete Meinung in Absicht auf die Zwiste mit Frankreich kann ich nicht anders als für die anpassendste halten. Der Nationalversammlung sind solche wohl nicht mehr auf einige Art zur Entscheidung oder Ausmittelung zu überlassen, geschweige von der ein gewühriger Ausschlag zu erwarten. Und der König — — — Mir däucht, es werde überhaupt viel darauf beruhen, was bei der neuen Organisirung und Regeneration in Ansehung aller und jeder vorhandener Verträge und Bündnisse werde festgesetzt werden

---

herige badische Resident Stockmayer (oben S. 16) im Oct. 1788 gestorben war, zu dessen Nachfolger „interimistisch" ernannt, nachdem er schon früher denselben öfter vertreten hatte. Er hat diese Function bis Mai 1803 ausgeübt, wo der neu ernannte Gesandte Freih. O. v. Gemmingen die Geschäfte in Wien übernahm, und starb am 28. Dec. d. J.

wollen. . . . Einen großen Vorzug hat das Durchl. Haus dadurch für sich, daß, wie E. Hoch- und Wohlgeboren zu melden geruhen, dasselbe mit Kurpfalz Frankreich für den Landesherrn nie insbesondere anerkannt hat.

319. Protokoll des Geheimen Rathes.

Karlsruhe, 30. Nov. 1789.

[Gemeinsame Maßregeln des badischen und würtembergischen Hofes in Paris.]

Auf die Schreiben des badischen Ministeriums an das würtembergische vom 8. Nov. d. J. erwiedert das letztere, daß es mit den Entschließungen der badischen Regierung, betreffs des Vorgehens der Nationalversammlung, einverstanden und bereit sei, mit den übrigen dabei interessirten Höfen gemeinsame Schritte zu verabreden.

Der Geh. Rath beschließt hierauf zu antworten, man habe ein für die französische Regierung bestimmtes Memoire dem Hessen-Darmstädtischen Regierungsrathe Kern zustellen und durch diesen dem französischen Minister Grafen Montmorin überreichen lassen[1], und dasselbe gleichzeitig mitzutheilen. Eine ausführlichere Note werde zur Zeit ausgearbeitet, die man gleichfalls dem würtembergischen Ministerium vorlegen werde, in der Erwartung, daß man auch das dortige Memoire, sowie die in Stuttgart bekannt gewordenen Erklärungen nahe stehender mitbetheiligter Höfe zur Einsicht erhalten werde.

320. Protokoll des Geheimen Rathes.

Karlsruhe, 4. Jan. 1790.

[Die Beschwerden gegen Frankreich und der Reichstag.]

Auf eine Anfrage des Reichstagsgesandten, dat. 31. Dec. 1789, wie sich Baden, falls der Bischof von Speier und der Kurfürst von Köln ihre Beschwerde über die Beschlüsse der Nationalversammlung vor den Reichstag brächten, verhalten werde, erwiedert man, man habe vorläufig durch ein Memoire in Paris die Rechte des Markgrafen geltend gemacht; sollte dasselbe keinen Erfolg erzielen, so werde man allerdings behufs weiterer Maßregeln sich mit den Mitständen vereinigen.

321. Karl Friedrich an den Intendanten des Elsasses, Mr. de Chaumont.

Karlsruhe, 9. Jan. 1790 (exp. 15. Jan.).

[Erneuter Protest gegen das Vorgehen der französischen Behörden im Amt Beinheim.]

Vous Vous souviendrez, Monsieur, de la protestation que j'ai cru être obligé de faire présenter par mon baillif à Beinheim le 28 mars de l'année passée à l'assemblée convoquée à Hagenau pour l'élection des députés aux états généraux. . . . J'ai cru avoir mis par là mes droits suffisamment à couvert. Comme j'ai appris cependant, que Vous veniez d'ordonner, Monsieur, à mon baillif de Beinheim la publication de différents décrets[2], qui donnent

[1] Von Duponts Vermittelung glaubte man absehen zu müssen, da derselbe Mitglied der Nationalversammlung war.

[2] Es handelt sich um die Decrete über die Neuwahl der Municipalitäten.

de rechef la même atteinte aux prérogatives dont ma maison jouit à de si justes titres, je n'ai pas manqué de lui ordonner, qu'il ait à répéter la réserve de nos droits et de ceux qui compètent à mes sujets dans le décret qu'il rendra pour effectuer Vos ordres. Je vais faire en même temps les démarches convenables auprès de S. M. T.-C. pour obtenir le redressement des griefs et pour réclamer les droits, contre lesquels les décrets ci-dessus mentionnés portent atteinte.

Concept Edelsheims.

322. von Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Karlsruhe, 16. Jan. 1790.

[Der geh. Reichsreferendar Albini und die Schwarzacher Sache.]

Seit dieser ganzen Woche ist hier der geheime Reichsreferendarius von Albini von Mainz, wiewohl vergeblich, erwartet worden. Er hatte an den hiesigen Minister von Edelsheim geschrieben, daß er in diese Woche kommen und die Schwarzacher Sache[1] gütlich beizulegen suchen wollte, ist aber bis jetzt noch nicht eingetroffen. Bekanntlich verlangt Baden über das Kloster Schwarzach die Landeshoheit, die ihm aber dasselbe nicht zugestehn, sondern nur Schutz und Schirmsgerechtigkeit einräumen will. Schwerlich dürfte die gütliche Beilegung dieses Zwistes die einige Ursache sein, warum der von Albini nach Karlsruhe kommen will[2]. . . .

Berl. St. A.

323. Das würtembergische Ministerium an das badische Geheimeraths-Collegium.

Stuttgart, 18. Jan. 1790.

[Vorschlag gemeinsamen Vorgehens in der Beschwerdesache gegen Frankreich.]

Es wird mitgetheilt, der würtembergische Gesandte in Paris, Geh. Rath von Rieger, sei beauftragt, sich sowohl mit dem badischen als den Geschäftsträgern der übrigen betheiligten Höfe vertraulich zu berathen und eventuell sich zu bemühen, daß eine gemeinsame Erklärung der betr. Reichsstände dem französischen Ministerium übergeben werde.

Zugleich wünsche man aber zu erfahren, ob die badische Regierung es für zweckmäßig halte, die Gesandten der garantirenden Mächte in Regensburg zu sondiren, „ob und wiefern man sich von solchen auf ein an selbige desfalls zu erlassendes gemeinschaftliches Schreiben zu einer friedensschlußmäßigen Unterstützung Hoffnung zu machen habe“.[3]

[1] Vergl. oben S. 148.

[2] Die Sendung Albini's nach Karlsruhe und an andere süddeutsche Höfe bezog sich auf die damaligen revolutionären Verwickelungen in den österreichischen Niederlanden und in dem Hochstift Lüttich und auf die von den anstoßenden Reichskreisen dazu zu nehmende Stellung; vergl. Häusser Deutsche Geschichte I. 280 ff.

[3] Das Schreiben wird dem Geh. Rath Schlosser zur Begutachtung übergeben.

324. Gutachten des Geh. Raths Schlosser.

Karlsruhe, 8. Febr. 1790.

[Für Baden gemeinsame Schritte mit den andern Reichsfürsten vorerst nicht räthlich; weitere Entscheidungen der Nationalversammlung abzuwarten.]

Die Rechte aller Fürsten sind mehr enveloppirt als die badischen. Ich glaube deswegen nicht, daß es rathsam sei, eine gemeinschaftliche Vorstellung zu machen, sondern daß man dieses decliniren und hingegen nur um vertrauliche Correspondenz bitten soll. Am Reichstag Lärm zu machen, rathe ich ebenso wenig. . . .

Schlosser räth daher dem würtembergischen Ministerium auf das Rescript vom 18. Jan. zu antworten, da die Besitzungen der Reichsfürsten im Elsaß ihrer ursprünglichen Verfassung nach schon verschieden seien und durch die «lettres patentes» ein noch größerer Unterschied entstanden, so würde jede gemeinsame Erklärung „entweder sehr weitläufig und unzusammenstimmend ausfallen oder ganz in allgemeinen terminis concipirt werden müssen".

Die Nationalversammlung habe sich mit den Reclamationen der deutschen Reichsstände noch nicht beschäftigt, man möge also vorerst noch zuwarten und nur gegen die Provincialversammlung und ihre Beschlüsse protestiren. Aus dem gleichen Grunde halte er eine „Adresse ans Reich für voreilig".

Falle die Entscheidung in Paris ungünstig aus, so könnten die betr. Reichsstände insgesammt der französischen Regierung erklären, „daß sie die Garantie des Reichs und aller Mediationen aufforderten".

325. von Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Karlsruhe, 10. Febr. 1790.

[Die Schwarzacher Streitfrage durch Albini erledigt.]

. . . Heute ist der Reichsreferendarius von Albini, nachdem er die Schwarzacher Sache gütlich beigelegt, von hier wieder nach Mainz abgegangen. In dem deßhalb getroffenen Vergleiche erkennt das Gotteshaus Schwarzach anitzt die Landeshoheit des Herrn Markgrafen an, das der Hauptpunkt war, worauf es vornehmlich ankam. . . .

Noch habe ich nicht erfahren können, ob derselbe auch andere Aufträge an den hiesigen Hof gehabt; nur soviel hat man mich versichern wollen, daß er sich selbst zum Vermittler in der Schwarzacher Sache angetragen habe, weil er in solcher, als er noch Reichskammergerichtsassessor war, Referent war und sie daher ganz genau kennt. . . .

Berl. St. A.

326. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 6. März 1790.

[Die Schwarzacher Händel.]

Nach einer langen über die Schwarzacher Sache mit dem Herrn Geh. Rath Seubert heute gehabten Unterredung ist er meiner Meinung, daß zu Beendigung der Unterhandlung mit dem Straßburger Vikariat am besten wäre, wenn er nach

Straßburg ginge. Er ist dazu auf künftigen Montag bereit, da ich ihm gesagt habe, daß nach meinem gestrigen Vortrag E. Hf. D. hierzu geneigt geworden wären.

327. Dupont an Edelsheim[1].

o. D. [1790.]

[Die Sache der deutschen Fürsten im Elsaß und die Nationalversammlung; der Darmstädtische Agent Kern. Die Rheinschiffahrtssache. Dupont zur Vorsicht genöthigt in seinem Verkehr mit dem badischen Hofe.]

Mon cher Baron! J'ai reçu la lettre dont V. Exc. m'a honoré. En le même jour j'ai été prévenir Mr le Comte de Montmorin que le Sr Kern[2] et un autre, dont j'ai dit que le nom échappait malheureusement à ma mémoire, mais qui lui serait présenté par Mr Kern ou par moi, auraient l'honneur de suivre jusqu'à la fin de l'assemblée nationale les affaires qui concernaient les droits des terres, que Msgr. le Margrave possède en Alsace; sur lesquelles d'ailleurs j'ai déjà remis deux fois à ce ministre des notes pour lui dire, que S. Alt. Serme faisait à cet égard cause commune avec Msgr. le Duc de Deux Ponts, le Prince-Evêque de Spire et les autres princes de l'Empire qui sont dans le même cas. Il est impossible de faire à cet égard aucune décision particulière, et j'ai déjà eu l'honneur de Vous mander, que l'assemblée nationale avait ajourné la question. Elle y sera incessament traitée en réglant les fonctions des deux départements de la haute et basse Alsace, et le Roi ni le ministère ne peuvent influer sur la décision que, comme le moindre d'entre nous, par l'exposition des faits et des considérations.

---

[1] Dies ist der letzte vorhandene Brief Dupont's, welchen er in seiner Eigenschaft als badischer Geschäftsträger nach Karlsruhe richtet; vgl. oben S. 29. 233; er wird (da die Departementseintheilung darin erwähnt wird) etwa in den März 1790 gehören. Dupont war jetzt, als Deputirter von Nemours, Mitglied der Nationalversammlung. Ich bemerke, daß mir, erst als der Druck bis hierher vorgeschritten, die neue sehr instructive Monographie über ihn zugegangen ist: G. Schelle Du Pont de Nemours et l'école physiocratique (Paris 1888); leider hat sich der Verfasser die in dem Karlsruher Archiv vorhandenen Materialien für seine Arbeit entgehen lassen, welche nun theils in dem vorliegenden Bande mitgetheilt werden, theils an anderer Stelle demnächst zur Veröffentlichung kommen werden; die S. 161 f. ohne Beleg gegebene Nachricht, daß Karl Friedrich im Jahre 1773 bei Dupont's Anwesenheit in Karlsruhe die Absicht gehabt habe, ihn zum Leiter des badischen Finanzwesens zu machen, daß aber dieser Plan an dem Widerspruch des Hofes gegen den Fremden gescheitert sei, klingt nicht sehr wahrscheinlich; jedenfalls ist sonst nichts darüber bekannt.

[2] Der Hessen-Darmstädtische Hofrath Kern, der sich im Auftrag seiner Regierung vorübergehend in Paris befand; der oben erwähnte andere ist vermuthlich der hessische Resident, Parlamentsadvocat Bonnard, der jetzt auch mit der Vertretung der badischen Interessen in Paris beauftragt war (vgl. oben S. 29).

Je crois inutile que Vous chargiez Mr Kern et l'agent anonyme, dont Vous m'avez parlé et que je Vous prierai de me faire connaître, de traiter ce qui concerne la navigation du Rhin; attendu que, comme je suis au courant de cette affaire et ai fait la transaction provisoire, je la reprendrai . . . lorsque Vous jugerez qu'il en sera temps.

Mais ce que je crois nécessaire est, que Vous donniez ordre à Mr Kern et à son adjoint de conférer avec moi sur leur mission . . . Je n'ai pu Vous rendre de comptes détaillés . . . parceque des gens très ignorants et très inquisiteurs, me voyant dans une correspondance intime avec une cour d'Allemagne et n'ayant aucune idée des intérêts de l'Empire ni du système de Votre cour protestante et nullement Impériale, auraient présenté mes lettres comme la preuve évidente d'une conspiration avec l'Empereur contre notre liberté. Les passions se calment aujourd'hui et les esprits s'éclairent, de sorte que j'espère que la solution de ce long et pénible problème sera heureuse; alors il sera temps d'en parler à coeur ouvert.

328. Karl Friedrich an den französischen Minister Grafen Montmorin.

Karlsruhe, 29. März 1790.

[Ausgebliebene Zahlung einer Rente.]

Vermöge eines 1663 zwischen K. Ludwig XIV. und dem Markgrafen von Baden-Durlach abgeschlossenen Vertrags über die Abtretung des Schlosses und der Festung Landskron[1], hatte die Krone Frankreich dem Hause Baden-Durlach dafür eine jährliche Rente von 3000 Livres zu zahlen. Diese ist auch bisher immer entrichtet worden bis 1786 incl. Jetzt verlangen die Banquiers Sellot & Comp. vor der Zahlungsleistung ein «Certificat de vie». Dies muß auf einem Irrthum beruhen. Es handelt sich hier nicht um eine «rente viagère», bei welcher erst das Vorhandensein des betr. Inhabers festzustellen ist, sondern um eine «rente perpétuelle, constituée par un traité solennel». Der Markgraf bittet um Richtigstellung des begangenen Irrthums.

Graf Montmorin erkennt die Berechtigung der Forderung an und ertheilt Anweisung, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die seit 1786 der Auszahlung der 3000 Livres im Weg gestanden haben (dat. Paris 13. April 1790[2]).

Paris. Arch.

329. Karl Friedrich an Graf Montmorin.

Karlsruhe, 6. April 1790.

[Protest gegen das Verfahren der Provincialversammlungen von Hagenau und von Metz; Ueberreichung eines Memoires und Bitte um vorläufige Einstellung dieses Verfahrens in Beinheim und Rodemachern.]

L'assemblée provinciale de l'Alsace et celle de Metz ont obligé mes baillifs de Beinheim et de Rodemacher malgré leurs fortes représentations de publier les décrets nationaux sanctionnés par Sa Maj^té^ Très-Chrétienne.

---

[1] Herrschaft und Festung Landskron im Sundgau; s. Schöpflin VII. 212.

[2] Die Forderung eines «Certificat de vie» bei jeder Quittung war von der Rechenkammer in Metz gestellt worden; diese wurde bedeutet davon abzustehen.

J'ai eu lieu de me flatter que, tandisque l'assemblée nationale paraissait au moins indécise sur le parti qui lui conviendrait de prendre à l'égard des réclamations des Princes États du St. Empire, et qu'elle semblait incliner à remettre l'arrangement de ce différend entre les mains de Sa Maj[té] Tr.-Chr., on voudrait surseoir toute innovation. Une procédure contraire ferait assurément naitre le désordre le plus complet et le trouble dans les baillages dont il s'agit, dont les citoyens pauvres seuls tâcheraient de profiter, voyant l'indécision dans laquelle se doivent trouver en ce moment-ci les habitants honnêtes et attachés à leurs princes et seigneurs.

J'ai eu l'honneur de Vous prévenir, Monsieur, que j'adhérais en général aux réclamations faites par les Princes mes coétats pour se garantir contre les infractions des traités de paix. Je vais avoir celui de Vous faire remettre, Monsieur, un mémoire détaillé, par lequel je me flatte avoir mis mes droits dans la plus grande évidence[1], et cette persuasion doit me donner d'avance la confiance complète de l'appui que V. Exc. voudra bien me prêter pour obtenir la manutention dans ce qui m'appartient par les titres les plus authentiques.

Mais, Monsieur le Comte, ce succès exigera probablement des discussions, et pour éviter tout le mal qui arriverait dans cet intervalle, et

[1] Beiliegend ein gedrucktes «Mémoire pour M. le Margrave de Bade» (17. S. 4°) o. J., am Schluß: «De l'Imprimerie de la Veuve Delaguette, rue de la Vieille-Draperie». Es enthält eine Darlegung der Verhältnisse des Amtes Beinheim, welches nur «trois villages de peu d'importance» umfaßt und der Rechte des Hauses Baden auf dasselbe (oben S. 327 ff.); ferner der demselben Hause zustehenden Landeshoheit über die Güter und Rechte der Abtei Schwarzach «en deçà du Rhin» und über einige «islots» und Wälder, die zu den badischen Dörfern Weisweil, Ottenheim und Ichenheim, Efringen, Kirchen u. a. gehören, aber durch den «cours accidentel du Rhin» von ihren betreffenden banlieues getrennt sind. Es wird Verwahrung eingelegt gegen die zuerst von den elsässischen Provincialständen und weiter von der Assemblée Nationale besonders durch die Beschlüsse vom 4. August 1789 ausgegangenen Acte, durch welche die Landeshoheit des Markgrafen von Baden in Frage gestellt und geschädigt wird. Die Assemblée Nationale wird nach Einsichtnahme von den aufgeführten Gründen nicht umhin können, die Rechte des Markgrafen von Baden formell zu bestätigen, die durch feierliche Verträge festgestellt sind — «qu'on ne peut violer sans le dépouiller d'une propriété, qui est sous la sauve-garde du droit des gens et sans annuler des traités de paix, auxquels la France doit la possession de l'Alsace» (S. 17.) (Paris. Arch.). Ein zweites «Mémoire pour M. le Margrave de Bade», ebenda gedruckt (24 S. 4°), führt ebenso die Unrechtmäßigkeit der Beschlüsse der Metzer Provincialversammlung und ihrer Eingriffe in die badischen Rechte in Rodemachern und seinen Dependenzen aus, welche nicht französisches Land seien (Karlsr. Arch.). Aus den Protokollen des Geh. Rathscollegs ergiebt sich, daß der Verfasser der beiden Memoires der Geh. Rath Schlosser ist; man läßt sie durch den jetzigen Geschäftsträger Bonnard in Paris zum Druck befördern und beauftragt den dort anwesenden Darmstädtischen Regierungsrath Kern, denselben zu überwachen. Der Hauptinhalt der beiden Memoires ist zusammengefaßt in dem badischen Promemoria von 1791, welches bei Reuß Staatskanzley 29. 82 ff. gedruckt ist.

auquel il n'y aurait peut-être plus de remède, il sera inévitable d'arrêter préalablement la publication ci-dessus mentionnée des décrets de l'Assemblée Nationale.

Je me flatte, que V. Exc. ne refusera pas de me donner dans une occasion si importante ce nouveau témoignage des sentiments de Son amitié etc.

Pariſ. Arch.

330. Karl Friedrich an den Biſchof Auguſt von Speier.

Karlsruhe, 10. Mai 1790.

[Die Speieriſche Proteſtſchrift; Baden will den Verhandlungsweg noch nicht aufgeben.]

Für die Mittheilung der Proteſtation, welche Ew. Liebden gegen die franzöſiſchen Neuerungen im Elſaß öffentlich bekannt zu machen für nöthig gefunden haben[1], bezeuge ich meine lebhafte Verbindlichkeit und verſichere zum voraus, daß ich weit entfernt bin, meine hergebrachten Territorialrechte im Elſaß und in dem Luxemburgiſchen gegen Geld oder andere Güter unter franzöſiſcher Hoheit herzugeben. Jedennoch würde man vielleicht in allen koncertirten Oppoſitionswegen fortfahren können, ohne daß es nöthig wäre, wenn die Nationalverſammlung ſich in Traktaten einlaſſen wollte, ſolche gänzlich von der Hand zu weiſen. Wenigſtens ſcheint es räthlich zu ſein, hierüber ſich jetzt nicht gleich zu entſcheiden, ſondern vielmehr erſt die Vorſchläge zu erwarten, welche von daher in der Sache geſchehen mögen[2].

---

[1] Druckſchrift dat. Bruchſal 30. März 1790; vergl. Reuß Staatskanzley 25. 232 ff., wo auch die übrigen Beſchwerdeſchriften des Fürſtbiſchofs aus dem Jahr 1790 (S. 131 ff.). Die Begutachtung der erwähnten Proteſtſchrift wird dem Geh. Rath Schloſſer übertragen, welcher ſich dahin ausſpricht, daß keineswegs jede Verhandlung mit der franzöſiſchen Nationalverſammlung von vornherein abzulehnen ſei; er iſt dafür, eventuell die badiſchen Beſitzungen und Rechte auf dem linken Rheinufer ganz aufzugeben, „womöglich gegen Straßburgiſche deutſche Lande, wo nicht 1. gegen bares Geld, 2. die Schweizer Spedition, 3. gegenſeitige Handelsfreiheit, ſoweit Baden dieſe nach der Reichsverfaſſung geſtatten kann, 4. Beſtimmung der Grenzen nach dem jetzigen Lauf des Rheinthalwegs". Es empfehle ſich jedoch die Verhandlungen nicht eher einzuleiten, als bis Frankreich ſeine Anerbietungen mitgetheilt und auch die übrigen intereſſirten Fürſten gemeinſam mit Baden vorgingen.

[2] Inzwiſchen war in der fraglichen Angelegenheit ein Decret der Nationalverſammlung vom 28. April 1790 ergangen, des Inhalts: «que le Roi sera supplié de prendre des mesures, pour qu'il soit remis à l'assemblée un état détaillé et appuyé de pièces justificatives 1º des indemnités que les propriétaires de certains fiefs d'Alsace pourraient prétendre leur être dues par suite de l'abolition du régime féodal, 2º des différents droits pour raison desquels ils réclameraient ces indemnités, 3º des conditions de réversibilité ou autres, sous lesquelles ils possèdent leurs fiefs.

331. Bischof August von Speier an Karl Friedrich.

Bruchsal, 20. Mai 1790.

[Mission Ternants; französische Entschädigungsvorschläge an das Reich zu verweisen; schlägt Verabredung über gemeinsame Behandlung der Ternant'schen Anträge vor.]

Unter Beziehung auf jenes, welches unterm 26. v. M. in Betreff der reichsständischen Rechte und Besitzungen im Elsaß und Lothringen E. Ld. zu eröffnen ich die Ehre hatte, soll nunmehr in freundschaftlichem Vertrauen ferner nicht verhalten, daß nach neueren Nachrichten ein gewisser M. Ternant von dem französischen Hof den Auftrag haben soll, mit den bei der gegenwärtigen Revolution in Frankreich interessirten kur- und fürstlichen Höfen in Unterhandlung zu gehen und denenselben diejenigen Entschädigungsvorschläge zu eröffnen, womit sie zur gütlichen Abtretung ihrer Rechte vermöget werden wollen.

Ich gedenke nicht E. Ld. mit weitwendiger Wiederholung derjenigen Gründe zu behelligen, welche mich glauben machen, daß nach der bestehenden Reichsverfassung die Entschädigungsvorschläge von einzelnen Ständen nicht angenommen, sondern an die Reichsversammlung angebracht werden müssen, wo die desfallsigen Beschwerden bereits ordnungsmäßig angebracht und eingeleitet sind. . . .

Denenselben überlasse ich demnach zu beurtheilen, ob es nicht am räthlichsten sein würde, sich über die gegen den franz. Bevollmächtigten zu führende Sprache vorläufig vertraulich zu vereinigen, damit nicht die Nachgiebigkeit des einen Standes den übrigen zum Nachtheil, sondern von allen nach denselben Grundsätzen gehandelt würde und sämmtliche Interessirten gleichsam für einen Mann stünden. . . .

---

332. Bericht des Amtmanns de Montlong.

Beinheim, 20. Mai 1790.

[Anarchie im Amte Beinheim.]

De Montlong berichtet über die ungesetzliche Wahl der Municipalitäten, bei welcher der Beinheimer Pfarrer eine bedenkliche Rolle gespielt, über die Vorgänge bei Berufung des Rügegerichtes, dessen Abhaltung die Municipalität für sich beanspruchte, und über die Umtriebe des neuen Maires. Den Höhepunkt erreichen die Ausschreitungen, als in Folge des Anstiftens des Maires beträchtliche Volkshaufen unter Schreien und Toben vor die herrschaftlichen Speicher ziehen und Verabfolgung von Getreide begehren, und als ihrem Begehren nicht ohne weiteres entsprochen wird, das Amthaus mit Steinen bewerfen. Seitdem die neuen Municipalitäten ihr Amt angetreten, gebe es keine Justizpflege und Polizei mehr; jeder begehe ungestraft Excesse, man spiele, trinke und schwelge die Nächte durch und raufe nach Behagen.

---

333. Edelsheim an Karl Friedrich.

Ettlingen, 21. Mai 1790.

[Schreiben des Prinzen Karl von Hessen über geheime Angelegenheiten.]

Unter den anliegenden 5 Schreiben ist endlich die Antwort des Prinzen Karls von Hessen, dessen Inhalt wohl noch geheim wird gehalten werden müssen,

obgleich Prinz Friedrich zu erfahren nöthig hat, daß das Projekt nicht mehr Platz greifet[1]. — Den Plittersdorffischen Bericht bitte ich unterthänig mir wieder zusenden zu lassen, um ihn nach Mainz zu spediren. . . .

---

334. Der Hessen-Darmstädtische Regierungspräsident von Rathsamhausen an Präsident v. Gayling.

Buchsweiler i./E., 23. Mai 1790.

[Hessen-Darmstadt lehnt jede Entschädigungsverhandlung mit der französischen Nationalversammlung ab.]

Rathsamhausen theilt in einem Privatschreiben mit, der Herzog von Mömpelgard habe ihn durch seinen Agenten zu Colmar ersucht, ihm zu berichten, wie der Landgraf von Hessen-Darmstadt über event. Entschädigungsvorschläge seitens der französischen Regierung denke. Der Landgraf habe erklärt, «qu'Elle (sc. S. A.) n'entrerait jamais en aucune composition d'indemnité, et qu'Elle insisterait invariablement sur l'entier maintien de Ses droits».

Comme je ne doute pas, mon cher président, que V. S. maître verra comme nous, qu'une indemnité offerte par des gens sans qualité de l'offrir et sans qualité de disposer des fonds d'où ils veulent prendre cette indemnité, indépendamment de ce que ces fonds ne pourront jamais y suffir, est illusoire, je m'empêche (?) de Vous informer de ce que Msgr. le Landgrave est dans ces principes, d'autant qu'il n'y a qu'un commun accord de tous les intéressés, par lequel on puisse encore espérer de réussir . . .

---

335. Minister Graf Montmorin an Edelsheim[2].

Paris, 23. Mai 1790.

[Creditiv für Ternant. Zweck seiner Sendung.]

Cette lettre, Monsieur, Vous sera remise par Mr. le Chevalier de Ternant, colonel commandant du régiment de Royal Liégeois. Le Roi l'a chargé de se rendre auprès de Msgr. le Margrave de Bade, dans la vue d'engager S. A. S. à admettre par rapport aux droits féodaux dont Elle jouit en Alsace le principe d'indemnité indiqué dans le décret de l'assemblée nationale dont Mr. de Ternant Vous remettra une copie. S. M. est persuadée d'avance, Monsieur, que S. A. S. ne fera aucune difficulté de se prêter à l'arrangement proposé et à charger telle personne qu'Elle jugera à propos d'honorer de Sa confiance de me communiquer les éclaircissements demandés, appuyés de pièces justificatives.

J'ai l'honneur etc.

---

[1] Worauf sich diese Correspondenz bezog, ist nicht ersichtlich.

[2] Da die Mission Ternants nur als eine vertrauliche gilt, wird er nur bei den Ministern der betr. Höfe beglaubigt.

336. Karl Friedrich an Bischof August von Speier.

Karlsruhe, 27. Mai 1790.

[Zusicherung einmüthigen Vorgehens in der Entschädigungsfrage.]

Der Markgraf versichert, er werde, wie bisher, wegen seiner linksrheinischen Besitzungen nur „de concert“ mit den übrigen betheiligten Reichsständen handeln und alle Particularverhandlungen ablehnen.

Concept.

337. Der Minister Graf Hertzberg an den preußischen Gesandten v. Stein in Mainz.

Berlin, 29. Mai 1790.

[Uebele Haltung des Mainzer Hofes; sein Einfluß auf Baden; die Expedition gegen Lüttich.]

Der Mainzer Hof entferne sich in seinen Grundsätzen und Anschauungen immer mehr von dem preußischen.

J'apprends qu'on ôte tous les moyens de conciliation pour l'affaire du vicariat à la Diète et pour la conserver active, qu'on a même fait révoquer le suffrage du Margrave de Bade[1] et qu'on presse tous les Princes d'Empire . . . d'envoyer des troupes contre les misérables Liégeois. . . .

Berl. St. A. Concept.

338. Die Minister Finkenstein und Hertzberg an Madeweiß.

Berlin, 1. Juni 1790.

[Baden und der Feldzug nach Lüttich; übeler Einfluß von Mainz.]

J'ai reçu Votre dépêche du 19 de mai[2] et je Vous sais gré d'avoir travaillé avec tant de zèle pour empêcher, que le Margrave de Bade n'envoye pas des troupes à Liège; mais il pourra s'en dispenser, puisque la révolution de Liège sera apparemment déjà finie par les troupes des trois Électeurs, et je serais surpris, si l'Électeur de Mayence avait fait un voyage si gratuite pour obtenir ce secours; mais je sais qu'en outre il a aussi travaillé et a obtenu du Margrave, que ce prince a révoqué le suffrage qu'il avait déjà donné à la Diète en faveur des Vicaires de l'Empire.

Berl. St. A. Chiffr. Concept.

339. Aufzeichnung Edelsheims über die Verhandlung mit Ternant.

o. O., 4. Juni 1790.

[Die Vorschläge Ternants zur Entschädigung der deutschen Fürsten. Gründe und Gegengründe für die Nothwendigkeit der Einverleibung der bez. Lande in Frankreich; die französische Uniformität und die „natürlichen Grenzen“; Kriegsdrohung.]

Le Chevalier Ternant propose que, comme l'assemblée nationale avait prié le Roi de traiter sur l'indemnité à donner aux princes d'Empire posses-

[1] Vergl. oben S. 213 und das folgende Schreiben von Finkenstein und Hertzberg an Madeweiß.

[2] Fehlt. Ueber die oben angedeuteten Verhandlungen des Kurfürsten von Mainz mit dem badischen Hofe über dessen Betheiligung an dem Feldzug nach Lüttich fehlen weitere Nachrichten; zur Sache vgl. Häusser deutsche Geschichte I. 283.

sionnés en France, le Roi désirait de savoir, quelle cour princière en Allemagne voudrait adopter le principe de l'indemnité; que ceux-ci pourraient nommer une personne à Paris qui, munie des éclaircissements nécessaires, pourrait traiter avec le ministère de S. M. sur l'objet de l'indemnisation; que toutes les cours d'Allemagne, surtout celle de Bade, pourraient être assurées, combien S. M. recherchait leur amitié et avait à coeur de les maintenir dans leurs droits; que S. M. considérait que les droits dont il s'agissait se divisaient naturellement en droits honorifiques et en droits utiles; que la France n'était point en état de remplacer les premiers à tous les princes, mais qu'elle avait bien des moyens pour indemniser pleinement les seconds; que les premiers ne pouvaient point être d'une grande importance aux princes d'Allemagne . . . que, quant à l'indemnité des seconds, la nation voulait qu'elle fût telle qu'elle pût prouver, combien la France était obligée aux princes de leurs cessions; que le principe de soumettre toutes les parties de la France à un régime uniforme était de trop grande importance à la France, pour que l'assemblée nationale pût s'en départir; que, si même elle le voudrait, il serait impossible de maintenir les princes dans l'exercice de leurs droits; qu'il avait été question de leur abandonner les moyens, par lesquels ils croiraient pouvoir contenir leurs sujets dans l'ancien régime, mais que, considérant qu'après la confédération nationale il partirait p. e. peut-être 20000 hommes de Paris seul pour libérer leurs concitoyens et qu'il suivrait en conséquence une guerre intérieure inévitablement, on avait subitement abandonné ce projet; qu'enfin il paraissait naturel de proposer une indemnité, lorsqu'une révolution totale de l'ordre des choses empêchait totalement la conservation d'une propriété, lorsque cette propriété n'augmentait en rien le bien-être du possesseur, qui par conséquent ne pouvait guères y être attaché, lorsque cette indemnité augmentait son revenu et, évitant bien des malheurs, elle lui conservait l'amitié d'une nation aussi puissante, et lorsque surtout cette indemnité était le seul moyen pour lui éviter des pertes réelles.

À l'instance que le meilleur moyen était sans doute de laisser les choses sur l'ancien pied, vu que les sujets qui devaient être affranchis ne demandaient point ce bienfait, mais au contraire celui d'être allégué du fardeau que le régime de la France avait mis sur leurs épaules et qui en les assommant ne pouvait cependant être que d'une très petite importance pour le royaume; qu'il n'y aurait eu qu'à traiter les états des princes allemands que comme les colonies françaises, en leur accordant leur régime particulier, et que, pour éviter toute confusion, on n'aurait eu qu'à les rassembler par des très petits échanges pour en faire un contigu séparé des autres départements: M[r] de Ternant a toujours resté sur l'impossibilité d'exécuter son projet, vu que la France, renonçant à tout projet d'agran-

dissement, elle devait s'envelopper dans des limites naturelles, dont le Rhin en était une essentielle.

Pressé par le raisonnement, que ce n'était pas les princes qui demandaient un échangement et bien moins encore une indemnité, qu'ainsi, en la leur proposant, il n'y avait rien de si naturel que de s'expliquer avant tout sur les moyens propres à l'effectuer et à leur donner la velléité de la désirer, il a dit que la France avait pour cet effet trois moyens: 1) qu'étant décidé, que ni eux, ni leurs sujets devaient posséder quelque chose au delà de leur limite, ils donneraient volontiers en compensation ce que possédaient p. e. la ville et l'évêque de Strasbourg sur la rive droite du Rhin[1];

2) qu'on donnerait des terres ecclésiastiques et domaniales;

3) de l'argent comptant, dont on ne manquait plus; que les moyens de la première classe ne suffiraient point, mais qu'ils appartiendraient à ceux des princes qui, s'arrangeant les premiers, auraient le choix entre les moyens.

Au reste il a reconnu à différentes reprises, que les princes de l'Allemagne étant unis, il était naturel de s'attendre qu'ils ne pourraient s'expliquer qu'après s'être entendu.

En mettant avant, que l'indemnité était le seul moyen applicable, il a toujours joint: à moins qu'on ne veuille nous faire la guerre, ce qui serait assurément ce qui pourrait arriver de plus heureux pour nous, vu l'effervescence générale, dans laquelle se trouvent toutes les têtes.

Concept.

340. Aufzeichnung Edelsheims über die Verhandlung mit Ternant.

o. O., 5. Juni 1790.

[Fortsetzung der vorigen Aufzeichnung. Baden wird mit den anderen interessirten deutschen Höfen sich in Vernehmen setzen über die Anträge Ternants.]

Répondu à Mr le Chevalier de Ternant:

Que les raisons alléguées dans la conversation d'hier pour appuyer le système de laisser les princes allemands dans la jouissance de tous les droits qu'ils possédaient sur leurs terres en Alsace paraissaient encore toujours celles qui devaient donner le moyen le plus naturel et le plus juste pour décider la question dont il s'agissait présentement et en même

[1] Dieser Vorschlag, die deutschen Fürsten zu entschädigen durch die auf dem rechten Rheinufer belegenen, zum deutschen Reich gehörigen Theile des Erzstifts Straßburg, kehrt von da an öfter wieder; es waren 108 Ortschaften und Klöster mit ansehnlichen Einkünften. Der Fürstbischof Cardinal Rohan erließ, dat. Ettenheim 6. März 1791, ein Manifest an Kaiser und Reichsstände, worin er feierlich gegen dieses Project der Nationalversammlung — «aussi impossible dans son exécution que révoltant» — Protest einlegte. S. Heitz la contrerévolution en Alsace (Straßburg 1865) S. 41. 140.

temps celui qui remplirait entièrement à l'attente (sic) des princes intéressés, à celle de tout le Corps Germanique et des garants de la paix de Westphalie.

Il a dit que ce moyen était effectivement le plus simple, mais en même temps le plus absolument impossible. . . . Que malgré les privilèges des princes on ne saurait empêcher qu'il y eût partout des milices nationaux, que ceux-ci resteraient toujours dans une espèce de confédération avec leurs voisins et que, l'ordre une fois établi, tous les mécontents dans les terres des princes, qui ne pourraient pas manquer de s'y trouver, désireraient à chaque instant d'être traités comme les autres sujets de la France, d'où naîtrait une joute continuelle et exposerait à tout instant de voir rallumer les fléaux qui désolaient maintenant le royaume. . . .

Répondu que tant qu'il resterait attaché au projet d'une indemnité, on ne saurait que lui rappeler le parti concerté entre tous les princes de ne point entrer dans cette idée que d'un commun accord. . . .

Que, si cependant la France voulait traiter d'échange avec la cour de B. sur la totalité de toutes ses possessions contre des objets situés sur la rive gauche [droite?] du Rhin, au moins sur la majeure partie d'icelles, évaluant le reste en argent comptant, je pensais que la cour de B. ne serait point éloignée d'entrer dans ses vues; qu'il y avait plusieurs raisons pour croire, que la cour de B. pourrait avoir des droits pour faire la demande de primauté à cet égard, d'abord parcequ'elle était la seule qui, n'ayant point accepté des lettres patentes, elle se reposait entièrement sur la foi des traités de paix[1]; puis parceque, à reprendre les choses depuis la paix de Westphalie et de Ryswik, son alliance avec la France lui avait valu alors des égards particuliers de cette couronne; qu'enfin encore dans ce moment-ci elle était la première cour d'Allemagne, qui se prêterait par là à un arrangement définitif.

Que cette proposition renfermait l'idée de tout céder ce qui appartenait au S^me^ Margrave dans les limites de la France: savoir les seigneuries de Beinheim et de Rodemachern, les biens du couvent de Schwarzach . . ., les terres données en fiefs par la maison de Bade en Alsace, la forteresse de Landseron et les petites parcelles des bans de plusieurs villages de la rive gauche [droite?] situées sur la rive droite [gauche?].

Mr de Ternant a répondu, qu'il n'était nullement autorisé d'entrer dans ce dernier détail; qu'en en parlant hier il n'avait simplement dit que les dispositions, dans lesquelles il savait l'assemblée nationale; qu'il ne pouvait douter qu'elle les effectuerait et qu'il ne voyait aucun empêchement à entrer en négociation sur ces échanges, mais que c'était un objet qu'il fallait proposer au ministère en contradiction.

---

[1] Vergl. oben S. 328.

Qu'en cas qu'on ne saurait s'expliquer définitivement avant d'avoir consulté les sentiments des coétats, . . . il demandait seulement, que cette communication se fît promptement et que la maison de B. ne dissuadât point ses coétats d'entrer en conférence avec le ministère sur les moyens d'indemnité . . . Car — a-t-il ajouté — il n'y a bien sûrement que trois façons d'agir en ceci: ou de souffrir tout ce qui se fera et d'attendre l'évènement, ou de traiter de l'indemnité, ou de faire la guerre. Je dois ajouter à ce dernier moyen la réflexion, que, tout comme ce serait peut-être pour la France le moyen le plus sûr pour consolider la révolution, vu l'effervescence générale, . . . ce serait en même temps le moyen le plus dangereux pour les princes; car dans une guerre il est indubitable ou que nos troupes nationales viendront chez eux ou que leurs troupes viendront chez nous. Dans le premier cas les Français prêchant la révolution pourraient peut-être exciter facilement une révolution chez leurs voisins, dans le second les Allemands imbiberont nos principes et porteront immanquablement l'esprit de la révolution chez eux.

On lui a répondu, qu'on s'empresserait de communiquer avec les autres cours; mais qu'on ne saurait prévoir le temps, dans lequel retourneraient leurs réponses, et que dans les lettres qui partiraient d'ici il n'y aurait rien qui pourrait gêner leurs conseils sur le parti à prendre.

Concept.

---

341. Edelsheim an Graf Montmorin.

Karlsruhe, 6. Juni 1790.

[Die Mission Ternants; der badische Hof wird darüber in Correspondenz mit den anderen betheiligten deutschen Höfen treten.]

J'espère que M. le Chevalier de Ternant Vous aura rendu compte de l'empressement avec lequel je vais au devant de tout ce qui m'est adressé de Votre part.

Plusieurs de nos S^{mes} princes du St Empire étant convenu entr'eux de ne point entrer en compositions touchant leurs possessions sur la rive gauche du Rhin avant de se communiquer les propositions, qui pourraient leur être faites à cet égard, l'objet des ouvertures de M. le Chevalier de Ternant nous oblige préalablement d'entamer dès demain la correspondance prescrite par cet engagement.

J'espère que V. Exc. approuvera cette mesure d'autant plus qu'elle ne pourra être que favorable à la mission de M. le Chevalier de Ternant et qu'elle me mettra à même de m'expliquer plus ouvertement avec lui lors de son retour chez nous.

Paris. Arch.

---

342. Protokoll des Geheimen Rathes.

7. Juni 1790.

[Die Anarchie im Amte Beinheim; was dabei zu thun.]

Auf Anrathen Schlossers[1] wird dem Amtmann de Montlong (auf Anm. 332) erwiedert,

wie man diesorts zwar dermalen kein Mittel sehe, wie dem dortigen Unfug zu steuern sein möchte, jedoch aber nicht zweifle, daß die von hier aus bei des Königs Majestät gethanen Vorstellungen die Rechte S^mi bald wieder herstellen werden, weshalben das Amt für jetzo der Gewalt zu weichen und nur auf schickliche Art zu sorgen hat, daß so gut als möglich die Ordnung erhalten werde, und die noch gut gesinnten Bürger erkennen, wie viel glücklicher .... in ihren vorigen Verhältnissen sie sich befunden haben[2]....

---

343. Das badische Geheimrathscollegium an die Ministerien zu Stuttgart, Darmstadt und Zweibrücken, sowie an den Bischof von Speier.

Karlsruhe, 7. Juni 1790.

[Mittheilung der französischen Vorschläge. Erwägungen über die Räthlichkeit des Eingehens auf Verhandlungen.]

Mittheilung über die Sendung des Chev. de Ternant und den wesentlichen Inhalt seiner Unterredungen mit Edelsheim. Man habe erwiedert, es werde sich schwerlich ein deutscher Hof dazu entschließen, eine Entschädigung in Gütern anzunehmen, welche der neuen französischen Gesetzgebung unterworfen blieben, es werde daher nicht leicht fallen, eine entsprechende Entschädigung ausfindig zu machen. Vermuthlich werde Frankreich vorschlagen, „entweder die jetzigen Besitzungen unter französischer Hoheit mit einer ansehnlichen Vermehrung dererselben beizubehalten oder aber den Verkauf der sog. Feodalrechte mit Beibehaltung derer Ländereien unter denen Bestimmungen der neuen Constitution, wo nicht die gänzliche Veräußerung derer Besitzungen selbst, somit die völlige Aufhebung alles nexus mit Frankreich sich gefallen zu lassen"...

Da man jedoch nicht wissen kann, ob nicht gleichwohlen bei der Unterhandlung sich weitere Auskunftsmittel zeigen werden, die dem Interesse der deutschen Reichsstände noch angemessen sein könnten, ohnehin auch durch die Angehung derer Unterhandlungen noch nichts vergeben wird, im Gegentheil aber nicht rathsam zu sein scheinet, einen Vorschlag zur gütlichen Auskunft vor der Hand zurückzustoßen und sich dadurch einen Vorwurf der französischen Nation zuzuziehen,

---

[1] Schlosser führt in einem Gutachten vom 3. Juni 1790 u. a. aus, es sei nöthig, daß die Unterthanen den Druck der Anarchie fühlten, um sich von ihrem Rausche zu erholen. Am besten sei es, passiv zu bleiben. Klage man bei der Nationalversammlung so rufe diese die Districtscommissare zu Richtern auf zwischen dem Markgrafen und seinen Unterthanen, und umgekehrt.

[2] Die Unruhen greifen in der Folge weiter um sich. Berichte aus Beinheim vom 21. und 22. August melden, die Bevölkerung widersetze sich auf Anstiften des Maires der Erhebung des Brücken- und Ohmgeldes, sowie anderer Abgaben; die Errichtung der Nationalgarden habe zu tumultuarischen Auftritten geführt.

den die so nahe angrenzenden Reichslande zur andern Zeit hart empfinden dürften, so halten wir dafür, daß die angetragene Negociation unter denen jetzigen Umständen nicht von der Hand zu weisen seie. . . .

Das Geh. Rathscollegium ersucht die betr. Ministerien um Mittheilung ihrer Ansichten. Man zweifle, ob bei der Lage der Dinge die linksrheinischen Unterthanen, selbst wenn die reichsständischen Besitzungen von der neuen Gesetzgebung eximirt würden, im Gehorsam erhalten werden könnten; da alle Streitigkeiten mit ihnen vor französischen Gerichten entschieden würden, sei vorauszusehen, daß die Gutsherrschaft immer benachtheiligt werde, das Ansehen der Fürsten werde schwinden, ihre Rechte zweifelhaft werden. Was jetzt noch event. durch Vergleich zu retten sei, werde im andern Falle nach und nach verloren gehen, ohne ein Anrecht auf Entschädigung. Auf den Beistand des Reiches oder Unterstützung durch die Garantie der letzten Friedensschlüsse dürfe man nicht rechnen; im Falle eines Krieges, dessen Ausgang höchst unsicher sei, würden „die Kriegslasten . . . für die so nahe angrenzenden Lande derer gravirten Fürsten in jedem Fall unvermeidlich und auch beim glücklichsten Erfolg schwerer sein . . . als der Verlust, der dadurch abgewendet werden" solle.

Um so mehr sei man daher überzeugt, daß man auf die vorgeschlagene Unterhandlung eingehen und dem französischen Ministerium „die Bereitwilligkeit, wie man solche baldmöglichst durch hinlänglich instruirte Abgeordnete in Paris angehen lassen werde", zu erkennen geben müsse.

Concept von der Hand des Geh. Raths Meier.

344. Bischof August von Speier an Karl Friedrich.

Kißlau, 10. Juni 1790.

[Abmahnung von Verhandlungen mit Frankreich.]

Der Bischof dankt für die Eröffnungen des Markgrafen über die Mission Ternants und theilt ihm ein Memoire mit, welches er über die vorliegende Frage entworfen. Von des Markgrafen patriotischer Denkweise erwarte er, daß er „nicht sowohl auf den vielleicht nicht sonderlich beträchtlichen Ertrag" seiner französischen Besitzungen, „als auf das dabei fürwaltende Interesse der übrigen Stände" und des gesammten Reichs Rücksicht nehmen werde.

Beiliegend das angezeigte Speierische Memoire: „Aufrichtige Betrachtungen über die abseiten der Krone Frankreich . . . gemacht werden wollenden Entschädigungsvorschläge" ꝛc.

1. Die reichsständischen Rechte im Elsaß sind nicht bloße droits féodaux, sondern unmittelbare Reichslehen. Einzelne Stände haben daher kein Recht, diese zu vergeben. Ueber die quaestio an? sich zu äußern, ehe man Kaiser und Reich gehört, wäre pflichtwidrig.

2. Ternant verspreche alle „dermalen mögliche" Schadloshaltung. Dies sei ein dehnbarer Begriff. Mittel zur Entschädigung seien überhaupt nicht vorhanden. Die Assignaten seien nicht hinlänglich gedeckt, mit einer Ablösung der Hoheitsrechte durch Geld überdies nicht gedient. Eine Entschädigung in Grund und Boden sei nicht ausführbar und räthlich, die Verhältnisse könnten sich ändern und die alten Besitzer der abzutretenden Güter dieselben wieder reclamiren.

3. Die Forderung, durch reichsständische Abgeordnete in Paris die Rechte der Fürsten darlegen zu lassen, sei unannehmbar. Man würde dadurch die Nationalversammlung

stillschweigend als Richter anerkennen; der Antrag sei erniedrigend und verletze die Würde des Reichs.

Es bleibe daher nur übrig, die französischen Vorschläge abzulehnen, sich auf die Gemeinsamkeit der Interessen zu berufen und ohne Rücksprache mit sämmtlichen Betheiligten und ohne Zustimmung des Reichs sich auf nichts einzulassen. Frankreich dürfe nicht einseitig die Friedensschlüsse aufheben. Die Eximirung der linksrheinischen reichsständischen Besitzungen von der neuen Constitution müsse man festhalten, sie sei durchführbar. Ternant kenne die Stimmung im Elsaß nicht genügend, wenn er behaupte, man sei dort einer solchen Ausnahmestellung abgeneigt. Auch denke man von der französischen Nation nicht so niedrig, daß man glaube, sie werde etwaige Unruhen und ungerechte Beschwerden reichsständischer Unterthanen begünstigen.

---

345. Das Zweibrückensche Ministerium an das badische.

Zweibrücken, 17. Juni 1790.

[Auskunft über Beschaffenheit der Entschädigungen abzuwarten.]

Man hält in Zweibrücken die Lage nicht für so verzweifelt, daß nicht durch Beharrlichkeit und einmüthiges Vorgehen der Reichsstände der Sache eine günstige Wendung gegeben werden könnte. Wenngleich die Umstände „eher zu= als abrathen", einen Vergleich anzunehmen, so komme es doch in erster Linie darauf an, worin die Entschädigung bestehen solle. Darnach lasse sich erst beurtheilen, ob Frankreich den Willen und die Macht besitze, die Reichsstände angemessen zu entschädigen. Ternant habe darüber keine genügende Auskunft zu geben vermocht. Bis solche ertheilt werde, habe man daher die Antwort auf die französischen Vorschläge vertagt.

---

346. Gutachten Schlossers.

Karlsruhe, 19. Juni 1790.

[Ein Vergleich mit Frankreich durchaus zu empfehlen. Werthlosigkeit der linksrheinischen Besitzungen; Unmöglichkeit sie zu behaupten. Die reichsrechtliche Frage. Baden soll für sich allein verhandeln.]

Schlosser, der zu einem Gutachten über das Schreiben des Speirer Bischofs nebst Beilage aufgefordert worden, legt bei diesem Anlaß seine Ansicht über die Lage der Dinge überhaupt dar[1].

Seines Erachtens „ist es zumal unter den jetzigen Umständen dem Interesse des badischen Hauses gemäß, sich sowohl wegen der Luxemburgischen Herrschaften, als wegen des Elsasses mit Frankreich zu vergleichen, wenn nur einige Belege mit Liegenschaften und einige Konvenienzen durch einen solchen Vergleich erhalten werden können".

Baden hätte auch ohne den Ausbruch der Revolution allen Anlaß gehabt, jene Besitzungen zu veräußern, da dieselben „nicht sehr wichtig sind, nicht sehr viel eintragen und weil alle Rechte, welche Baden dort ausübt, den französischen Gerichten subordinirt sind, . . . alle Beamten zugleich in französischen Pflichten stehen, folglich die ohnehin nicht sehr beträchtlichen Utilien von fremder Gewalt und Justiz abhangen, die honorifica aber nicht honorifique, sondern vielmehr unter der fürstlichen Dignität herabgewürdigt sind". Die französische Revolution habe die Utilien „so gut als ganz abgethan", die «honorifica» aber könnten unter den jetzigen Verhältnissen „unmöglich mehr einige Ehre geben".

[1] Das Gutachten, dessen wesentlicher Inhalt oben mitgetheilt wird, enthält 36 Seiten fol. Vergl. dazu auch oben S. 350.

Die Wirkung der Revolution werde nicht rasch vorübergehen, eine Despotie werde sie nach Analogie der englischen Geschichte voraussichtlich ablösen; aber folge selbst eine gemäßigte Monarchie, so sei ohne völlige Regeneration des Menschengeschlechtes nicht daran zu denken, „daß Baden seine friedensschlußmäßige Independenz und Immedietät" wieder erhalte.

Weder die Hausgesetze, noch der Widerwille gegen Alienationen dürften einen vortheilhaften Vergleich verbieten: erstere hätten nicht die gegenwärtigen Verhältnisse berücksichtigen können, letzterer sei übel angebracht, wo man nicht im Stande sei, was alienirt werden solle, zu behaupten.

So lägen die Dinge, wenn man das Interesse Badens für sich betrachte und den Zusammenhang mit dem Reiche außer Acht lasse.

Schlosser geht sodann im Folgenden ausführlich auf das Schreiben des Bischofs von Speier und dessen Beilage ein und widerlegt dessen Beweisführung Satz für Satz. Frankreich erkenne wohl die reichsständischen Rechte an sich an, aber es reclamire sie als französische Lehen und leugne, daß sie vom Reiche abhingen: ein Richter, diese Frage zu entscheiden, existire nicht.

Die weitere Frage, ob ein Reichsstand für sich berechtigt sei, Reichsland an Frankreich zu cediren, sei nach dem Staatsrecht allerdings zu verneinen, aber es sei keinem Fürsten verwehrt, vorbehaltlich der Zustimmung des Reiches zu verhandeln; ferner herrsche am Reichstag fast allgemein die Ansicht, die elsässischen Rechte und Besitzungen seien seit dem Ryswicker Frieden vom Reiche überhaupt losgelöst. Frankreich verfüge zudem jedenfalls über die Mittel, Baden mit souveränen deutschen Besitzungen (Straßburg) zu entschädigen. Solle Baden deßhalb nicht daraus Vortheil ziehen, weil die Lage der andern Fürsten ihnen nicht erlaube, ihren Schaden abzuwenden?

Verhandlungen in Paris halte er für zulässig; befriedigen sie nicht, so könne man sie jederzeit abbrechen. Die Stimmung im Elsasse sei nicht der Art, wie der Bischof sie darstelle. Es sei unmöglich, die reichsständischen Rechte der französischen Constitution anzupassen, denn sie widersprechen den Grundanschauungen und Grundeinrichtungen der Revolution.

Es scheine daher in jeder Hinsicht gerathen, daß Baden auf einen Vergleich eingehe. Man dürfe sich zu dem Ende durch die mitinteressirten Fürsten in keiner Weise die Hände binden lassen, müsse durchaus verhüten, „daß die Fürsten nicht in corpore sich vergleichen, sondern es so einrichten, daß jeder für sich negociere", und dürfe nicht eifrig für den Vergleich plaidiren, um nicht Widerspruch bei den übrigen Fürsten zu erregen. Man möge sich ferner unverzüglich nach einer geeigneten Persönlichkeit umsehen, welche die Verhandlungen in Paris führen könnte, und das Nöthige vorbereiten.

Ein „Meistercoup" wäre es, meint Schlosser, „wenn der Chevalier de Ternant disponirt werden könnte, die Sache ist so einzuleiten, daß Straßburg, die Stadt und der Bischof, immediat mit Smo einen Tausch negociirten; denn alsdann würde man alle Vorwürfe und alle Schwierigkeiten declinirt haben". . . .[1]

---

[1] In einem Gutachten vom 23. Juli d. J. gelangt Geh. Rath Meier vollkommen zu gleichen Resultaten. Eine Entschädigung für die im allgemeinen werthlosen linksrheinischen Besitzungen, event. gar durch Besitzungen auf deutschem Boden, könne für Baden nur erwünscht sein und biete unerwartete Vortheile. Die Rücksicht auf die übrigen mitbetheiligten Reichsstände sei nicht lediglich maßgebend, sich für dieselben ohne ihren Nutzen aufzuopfern, verfehlt. Er rathe daher, den Vergleich anzunehmen, und „die Adhäsion an die . . . Mitstände nicht weiter zu treiben, als worzu der reichsständische nexus und das gegebene Wort im strengen Sinn verbinden mag".

347. Protokoll des Geheimen Raths.

Karlsruhe, 21. Juni 1790.

[Würtemberg schlägt ein Kartell vor.]

Es wird berichtet, „wie der anwesende herzogl. würtembergische Kammerherr von Bienen aus Auftrag von des Herrn Herzogs Hf. D. die Eröffnung gethan habe, daß es Hochdenenselben angenehm sein würde, wann zwischen beeden hochfürstl. Häusern ein Kartell wieder errichtet werden möchte, dergleichen in vormaligen Zeiten bestanden habe"[1].

Der Geh. Rath von Edelsheim erhält in Folge dessen den Auftrag, dem Kammerherrn von Bienen zu erwidern, der Markgraf sei dem Vorschlage nicht abgeneigt und halte es für das beste, „wann es des Herrn Herzogs Hf. D. gefällig wäre, das Projekt einer solchen Convention entwerfen und hierher mittheilen zu lassen".

348. Bischof August von Speier an Edelsheim.

Bruchsal, 26. Juni 1790.

[Die Anträge Ternants abschläglich beschieden. Französische Gedanken an Entschädigung durch rechtsrheinische Straßburger Besitzungen.]

Der französische Abgeordnete, Chev. de Ternant hat mir gestern seinen Auftrag in eben jenen Ausdrücken eröffnet, wie es an des Herrn Markgrafen Ld. bereits vor mehreren Wochen geschehen ist. . . . Was ich schriftlich an den Grafen von Montmorin geantwortet, folgt im Vertrauen abschriftlich hierbei[2]. . . .

Chev. de Ternant gehet heute von hier wieder ab und gedenket über Darmstadt und Koblenz nach Bonn zu reisen, von wo er nach Mainz kommen soll, um da einige Täge zu verbleiben und dann hier durch nach Frankreich zurückzureisen.

Ich habe Gelegenheit gehabt, zu bemerken, daß die Herren Franzosen einige Lust hätten, sogar über die diesseits gelegenen fürstlich Straßburgischen Besitzungen zu disponiren. Ich zweifle aber, ob sich ein Hof finden wird, der sich auf Kosten eines Mitstandes entschädigen möchte. Was man in Regensburg von diesen Projecten urtheilt, zeiget die mir zugekommene Note[3]. . . .

349. Edelsheim an den Bischof August von Speier.

Ettlingen, 29. Juni 1790.

[Stand der Verhandlung mit den interessirten Reichsfürsten. Verschiedene Gründe für Offenhalten der Negociation mit Frankreich. Die Frage der Straßburger rechtsrheinischen Besitzungen.]

Die Nachricht von der Unterredung mit dem Chevalier de Ternant, welche E. Hf. Gn. mir zu überschreiben gnädigst beliebet haben, habe ich gehörigen Orts

[1] Ein gleiches Ansuchen wird von der pfalz-zweibrückenschen Regierung betr. des Amtes Rodalben vorgebracht.

[2] Dat. 25. Juni 1790: Der Bischof bedauert in höflicher Form, dem Wunsche des Königs nicht entsprechen zu können; seine Besitzungen im Elsaß seien Reichslehen; ohne Zustimmung von Kaiser und Reich könne er nicht darüber verfügen.

[3] Bei einem Austausch mit den rechtsrheinischen Straßburgischen Besitzungen, — wird in dieser Note ausgeführt, — erhalte das Reich einen Theil seiner Reichslande gegen

vorgetragen. Bisher haben wir eine gleiche Mittheilung nur von Zweibrücken erhalten. Von Stuttgart aus ist noch keine Antwort eingelaufen. Ich habe H. Kammerherrn von Betzen bei Gelegenheit seiner Absendung an den hiesigen Hof gebeten, solche zu erinnern. Von Darmstadt aber erwarte ich nun die Antwort mit nächstem; alsdann werden des Herrn Markgrafen Hf. D. nicht ermangeln, E. Hf. Gn. einsichtsvolles Schreiben zu beantworten und die vertraute Mittheilung der eingelaufenen Antworten ihrem Inhalt nach zu bewirken.

Vorläufig höre ich, daß alle dahin übereinstimmen werden, man müsse vordersamst die Meinung seiner Mitstände vernehmen und halte dafür, es müsse eine Erklärung über das Quomodo ergehen, ehe man sich über die Quaestio an einlasse. Nun haben E. Hf. Gn. in dero Antwort an den Herrn Grafen von Montmorin am Ende gewiß einen sehr annehmlichen Weg gezeiget, wodurch dieses Quomodo bewerkstelliget werden könnte, und dieser ist so unmöglich nicht, indem Frankreich nach seiner geographischen Lage verschiedenes an Land und Leuten abschneiden könnte, ohne seiner Macht etwas zu benehmen. Wer aber wollte nicht froh sein, hierdurch aus aller Verbindung mit Frankreich zu kommen, zumal da die wichtigeren Gegenstände Europens die Mächte, welche an dem Schicksale Deutschlands theilnehmen, so hinreißen, daß man von ihnen sichtbarlich keine Hülfe zu erwarten hat, auch in vielen Jahren nichts anderes als Vorsprache und schriftliche Vorstellungen werden zu erhalten sein, welche bei einer Nation, die, wie die neue französische, sich aus aller Verbindung mit andern Staaten zu setzen zur Maxime hat, wenig Eindruck zu wirken vermag.

Zwar bleibt immer noch der Fall möglich, daß die große Gährung, die in Frankreich noch gegenwärtig durch die Abschaffung des Adels vermehret worden, eine Gegenrevolution bewirke. Auf der andern Seite ist aber auch ein glücklicher Ausgang der Nationalversammlungsunternehmungen nicht unmöglich, nach welchem solche weit weniger geschmeidig als jetzt sein dürfte.

Hiernach hielte ich, ohne unterthänige Maaßgabe, dafür, es wäre besser, die Negociation offen zu erhalten und in dieser Fassung den Erfolg zu erwarten. Zum Abbrechen scheint mir es noch immer Zeit zu sein. Die Ausführung der in dem Regensburger Blatt enthaltenen Nachricht ist freilich vielen Schwierigkeiten unterworfen. Denn dazu gehörte die freie Einwilligung des bischöfl. Straßburgischen Domkapitels, welche sie, ohne andere wichtige Vortheile zu erlangen, nicht ertheilen würden, und hierzu scheinen sich die Hochwürdigen Herren wenig Hoffnung zu machen, da sie entschieden sein sollen, sich nach Offenburg zu transferiren. Das Reich aber hat kein so wichtiges Interesse bei dem Besitz des Oberamts Oberkirch,[1] wie der Regensburger Correspondent glaubt, insolange es richtig ist,

andere; eine wirkliche Entschädigung finde mithin nicht statt; Kaiser und Reich würden daher nie einwilligen.

[1] Das Oberamt Oberkirch im Renchthal gehörte dem Hochstift Straßburg; es kam später 1802 an Baden.

daß die bischöfl. Straßburgische Stimme am Reichstag auf der Diöcese und nicht auf dem genannten sehr ohnwichtigen Landestheil ruhet.

Ich ersterbe in tiefer Ehrfurcht ꝛc.

---

350. Karl Friedrich an den Bischof August von Speier.

Karlsruhe, 5. Juli 1790.

[Das neue Decret der Nationalversammlung; was darauf weiter zu thun.]

E. Ld. wird bekannt sein, daß unter dem 21ten vorigen Monats die französische Nationalversammlung ein Dekret abgefaßt habe, des wörtlichen Inhalts:

«que les bénéficiers, corps et communautés étrangers ainsi que les propriétaires des dîmes laiques et inféodés continueront de jouir comme par le passé des biens qu'ils possèdent en France».

Da dieses der erste Schritt zu sein scheint, welchen die französische Nationalversammlung zu thun beschlossen, um sich denen im Elsaß begüterten deutschen Reichsfürsten zu nähern, so wird solcher auch in dieser Rücksicht äußerst interessant. Wir ersuchen daher E. Ld. freundnachbarlich und ergebenst, wenn denselben etwa bereits etwas näheres deßfalls bekannt geworden sein sollte, Uns solches gefällig mitzutheilen und Uns zugleich Dero hocherleuchtete Gedanken über die Maaßregeln zu eröffnen, welche anzuwenden sein möchten, um sich hiernach dieses Jahr gegen die leicht zu vermuthenden Vorschritte der Zehendschuldigen zu schützen. Wir verbleiben E. Ld. dienstwilliger treuer Freund und Nachbar ꝛc.

---

351. Karl Friedrich an den Bischof August von Speier.

Karlsruhe, 8. Juli 1790.

[Uebersendung von zwei an das französische Ministerium gerichteten Memoires.]

Von den Memoires, welche ich gegen die Schlüsse der Nationalversammlung in Ansehung meiner Besitzungen sowohl im Elsaß, als im Luxemburgischen an dem königlich französischen Hofe einreichen zu lassen für nöthig gefunden, habe ich die Ehre E. Ld. im Anschluß zwei Exemplarien zu übersenden[1]; wobei ich jedoch ungern bemerke, daß der Schlußparagraph in dem Memoire wegen der Herrschaft Beinheim, wie solcher nach der Anlage gefaßt war, ohne Anfrage auf eine meiner Absicht nicht ganz gemäße Art verändert worden, welches der fürstlich Darmstädtische Geschäftsträger Regierungsrath Kern, dem ich die Aufsicht auf den Druck übertragen habe, mit den dermaligen Umständen entschuldigt.

Ich verharre ꝛc.

---

[1] Die beiden oben S. 349 erwähnten gedruckten Memoires.

352. Edelsheim an den französischen Minister Grafen Montmorin[1].

[Empfiehlt ihm die badischen Ansprüche.] o. D.

C'est donc avec une confiance entière dans les lumières supérieures de l'assemblée nationale et dans les sentiments de respect pour son équité, que le Margrave de Bade a tout lieu d'espérer que cette illustre assemblée, après avoir pesé les détails des réclamations qu'il est si fondé de faire, en reconnaîtra toute la justice et qu'en révoquant et supprimant tout ce qui a été décrété et arrêté de contraire à ces droits-là au préjudice de la maison de Bade S. M. T.-Ch. soutiendra le Margrave dans la jouissance plenière des dispositions de la paix de Munster et de Ryswick par un acte de justice, qui répandra un nouveau lustre sur les annales de son auguste règne.

353. Der Speierische Geschäftsträger Hermant an den Fürstbischof August von Speier.

Paris, 13. Juli 1790.

[Rayneval über die Speierische Antwort auf die Vorschläge Ternants.]

Bei einem Empfange des diplomatischen Corps bei dem Grafen Montmorin habe er Herrn Gérard de Rayneval[2] über die Aufnahme befragt, welche die bischöfliche Antwort auf die Anträge Ternants in Paris gefunden.

Il m'a dit, qu'elle avait été trouvée très honnête, mais très déclinatoire, . . . qu'il y avait erreur dans plusieurs des principes de V. A., que ce n'était ni l'Empereur, ni l'Empire qui l'avaient investi de ses fiefs en Alsace, qu'une même terre n'avait pas deux souverains, qu'au reste on épuiserait tous les procédés, c'est à dire toutes les propositions d'un arrangement. . . .

Le dédommagement en argent ou en rente me paraît le seul que l'on offrirait, si on écoutait au moins la proposition de transiger. Le plus ou le moins serait la matière à discuter, mais pour des possessions foncières et encore moins de faire rentrer sous la domination de l'Empire toutes les parties de l'Alsace qui s'en sont volontairement détâchées pour reconnaitre la souveraineté de la France, je ne vois pas qu'il s'en agisse. . . .

354. Das würtembergische Ministerium an das badische.

o. D. [prs. 15. Juli 1790.]

[Vorfrage nach der Beschaffenheit der Entschädigung. Vorsicht. Gemeinsames Vorgehen.]

Man ist, wie in Karlsruhe, der Ansicht, daß das französische Anerbieten „nicht geradehin von der Hand zu weisen, sondern wenigstens zu vernehmen sei, was für Entschädigungsvorschläge jenseits gemacht werden“. Es sei indeß räthlich, die Verhandlungen

[1] Abschriftliche Beilage zu dem Schreiben Karl Friedrichs an den Bischof von Speier, dat. 8. Juli 1790 (Num. 351); wahrscheinlich gleichzeitig mit dem obigen Schreiben Num. 341 ergangen.

[2] Ueber Gérard de Rayneval s. oben S. 129.

möglichst zu beschleunigen, da es den Anschein habe, als sei es der französischen Regierung weniger um einen wirklichen Vergleich, als um vorläufige Beruhigung der Reichsstände zu thun, und werde dieselbe, wenn die Lage sich günstiger gestalte, nach Belieben Gesetze dictiren wollen. Eben darum müsse man alle Vorsicht anwenden und auf einem gemeinsamen Vorgehen der betheiligten Reichsstände unabänderlich bestehen.

355. Herzog Karl Eugen von Würtemberg an Bischof August von Speier.

Hohenheim, 16. Juli 1790.

[Directe Verhandlung mit der Nationalversammlung empfohlen.]

Verhandlung über die Ternant'schen Anträge am Reichstag würde viel zu langwierig sein. Das Beste sei, mit der Nationalversammlung in Unterhandlung zu treten[1]. Die reichsständischen Rechte auf dem linken Rheinufer seien unter den obwaltenden Umständen doch unablässig gefährdet. Vorerst möge man sich über eine gemeinsame Erklärung an die französische Regierung einigen.

---

356. Bischof August von Speier an Herzog Karl Eugen von Würtemberg.

Bruchsal, 20. Juli 1790.

[Die bisherigen französischen Vorschläge unannehmbar; temporisiren.]

Nach den Aeußerungen Ternants sei nur an Entschädigung durch Geld und durch Nationalgüter zu denken. Letztere seien unannehmbar; man würde dadurch ganz von Frankreich abhängig werden, und überdies könnten die rechtmäßigen Eigenthümer der Nationalgüter auf dieselben einst wieder Anspruch erheben. Bares Geld aber sei nicht zu erwarten; man würde sich mit Assignaten begnügen müssen. Der Bischof habe daher mit anderen Ständen eine gemeinsame Antwort beschlossen, in welcher man die französischen Vorschläge nicht geradezu verwerfe, aber dilatorisch auf die zu verlangende Zustimmung von Kaiser und Reich verweise. Damit gewinne man wenigstens Zeit.

---

357. Aufzeichnung Edelsheims über die Verhandlung mit Ternant[2].

[Karlsruhe] 19. Juli 1790.

[Beschwerden Ternants. Antwort verschiedener Höfe. Congreßort im Elsaß abgelehnt. Entschiedene Haltung Ternants. Gedanken an Gebietsabtretungen in Lothringen und der Franche Comté.]

Chevalier de Ternant beschwert sich bei seiner Rückreise durch Karlsruhe über einen Artikel, den die Kehler Zeitung über seine Mission gebracht, sowie darüber, daß man ihm überall vorgeworfen, er habe eine Entschädigung in Reichslanden angeboten, während er doch davon nur in Karlsruhe gesprochen habe. Edelsheim entgegnet, jene Zeitung werde in Straßburg gedruckt und gehe Baden nichts an; die betr. Nachricht wegen der Entschädigung habe man indeß auch von Regensburg erhalten.

Ternant theilt sodann die Antworten mit, die man ihm in Darmstadt, Trier und

[1] Vergl. w. u. die Anmerkung zu dem Schreiben vom 18. Sept. 1790.

[2] Entsprechend den obigen Num. 339 und 340. Ternant war eben jetzt nach seiner Rundreise zu verschiedenen westdeutschen Höfen auf dem Rückwege nach Frankreich und verweilte bis zum 21. Juli in Karlsruhe.

Köln ertheilt; erstere stimme im wesentlichen mit der Zweibrückener überein; Trier lehne nicht direct ab, verweise aber auf den Kaiser; Köln verhalte sich durchaus negativ.

... Désire avoir copie de ma lettre au Comte Montmorin. Dit, qu'après avoir appris toutes les idées de conquête dont on se berçait pour faire la conquête de l'Alsace, et sur l'état turbulent de cette province, il était impossible d'y placer le siège de la négociation; que tout autre placement que celui de Paris serait défavorable à la chose et aux princes; que cependant, si on aimait mieux, on pourrait fort bien accepter Rastadt ou telle autre ville à la bienséance des coparprenants.

Dit qu'il s'apercevait très bien du parti pris de ne lui donner que des réponses élusoires en s'appuyant sur le consentement des coétats ..., mais que cela ne changerait point ni le décret de la nation, ni la marche du gouvernement. Que celui-ci ne donnerait de même aucune réponse directe ni à l'Empereur, ni aux puissances garantes. ... Qu'en cas que la protection des dites puissances pouvait amener une guerre, qu'on serait très décidé de la faire, prévoyant cependant qu'il faudrait aux dites puissances des intérêts meilleurs, pour les porter à cette détermination.

Le Chevalier de Ternant a parlé d'un ton bien plus décidé que la première fois. Je ne lui ai point parlé du projet de céder une partie de la Lorraine et Franche-Comté.

358. Aufzeichnung Edelsheims über die Verhandlung mit Ternant[1].

o. D. [Juli 1790.]

[Baden zu selbständigen Verhandlungen berechtigt. Das Interesse des Reichs dabei. Besondere Lage Badens.]

Edelsheim constatirt, daß die Höfe, mit denen man über die Ternant'schen Vorschläge correspondirt habe, Speier ausgenommen, sämmtlich bereit seien, Verhandlungen anzuknüpfen, „wenn die Hausagnaten und die interessirten Mitstände hierinnen einwilligten". Da nun der agnatische Consens in Baden nicht im Wege stehe, und die wichtigsten Interessenten, wenn auch bedingt, zu Verhandlungen geneigt seien, glaube er, daß man badischerseits sich „ohne weiteren Anstand dazu bereit erklären könnte".

... Niemals kann supponiret werden, daß zu dem quomodo des Vergleichs die Beistimmung der Reichsmitstände gehöre. Denn hierbei existiret kein allgemeines Interesse. Jeder hat für sich die Wahl, welches Vergleichsmittel er andern vorziehen wolle. ... Doch hat die ganze Reichsverfassung hierbei ein Interesse, welches salvirt werden muß und das darin bestehet, daß durch Particularvergleiche eines jeden Standes demselben nichts an seinen Vorrechten vergeben und von dem complexu Imperii nichts, wenigstens ohne Ersatz, veräußert werde. ...

[1] Vermuthlich der motivirte Entwurf für die folgende (Num. 359) Formulirung der an Ternant zu richtenden Note über die Vorbedingungen für den Eintritt in die Entschädigungsverhandlung. Einige Zusätze von der Hand Schlossers. Dieses wie das folgende Stück ist in die Tage vom 19.—21. Juli 1790 zu setzen.

Berücksichtige man ferner, daß Baden im vorliegenden Fall seine Besitzungen im Elsaß auf vortheilhafte Weise veräußern könne, daß man bei der Lage des Landes „sich ein gefälliges Betragen von Frankreich durch Gegengefälligkeiten“ erwerben müsse, daß man bei weiterer Weigerung zu befürchten habe, „von anderen Mitständen prävenirt zu werden“, daß nach der jetzigen politischen Lage auf den Beistand der Großmächte wenig zu rechnen sei, so könne man dem Chev. de Ternant erklären, man werde auf dem Wege vertraulicher Correspondenz die Mitstände „zum Antritt der Negociation zu persuadiren trachten“ rc.[1]

359. Entwurf für die Beantwortung der Ternant'schen Anträge.

Juli 1790.

[Formulirung der Bedingungen für den Eintritt in nähere Vergleichsverhandlungen.]

1. On renouera incessamment la correspondance avec les coétats et tâchera de les persuader à ôter [entrer dans?] la négociation proposée.

2. Dès qu'on pourra entrainer quelques-uns d'eux, on se prêtera avec empressement à remplir les vues du ministère.

3. Mais on doit conditionner, que la négociation se fasse en Allemagne.

4. Que la compensation destinée à la maison de Bade consiste en partie en terres situées sur la rive droite du Rhin.

5. Que la négociation roule sur un échange complet de toutes les possessions que la maison de Bade a en France tel (sic) qu'elles sont énoncées dans le mémoire[2].

6. Que l'arrangement ne soit arrêté que sauf l'approbation de l'Empire.

7. Que tel arrangement que Msgr. le Margrave prenne avec la France à l'égard de ses possessions ne l'empêche point de soutenir la cause de ses coétats tant au Cercle qu'à la Diète, sa liaison avec ses coétats étant inaltérable et sa voix devant rester libre.

360. Bischof August von Sprier an Karl Friedrich.

Bruchsal, 22. Juli 1790.

[Dank für die übersandten badischen Memoires und Bemerkungen dazu; Festhalten an dem Programm gemeinsamer Ablehnung.]

Euer rc. verdanke ich auf das freundschaftlichste die Mittheilung jener Memoires, welche dieselben gegen die Schlüsse der Nationalversammlung in Ansehung dero Besitzungen sowohl im Elsaß als im Luxemburgischen an dem königlich französischen Hofe einreichen zu lassen für nöthig gefunden haben.[3] Mir ist bei derenselben Durchlesung nicht entgangen, daß der Verfasser einige noch nicht entschiedene und zum Theil noch bei den Reichsgerichten anhängige Gerechtsame als

[1] Die folgenden Ausführungen entsprechen inhaltlich ganz dem folgenden, ebenfalls von der Hand Edelsheims stammenden Entwurf der Antwort an Ternant (Num. 359).

[2] Es sind wohl die beiden oben S. 349 angeführten Memoires zu verstehen.

[3] Vergl. oben S. 349.

ausgemacht unterstellt, wobei mein Hochstift selbst noch sehr wesentlich betheiliget und ich mir eine weitere Aufklärung einstweilen vorbehalten will. Uebrigens sind die Memoires in einem Tone abgefaßt, welcher dem Ansehen und der Würde Euer ꝛc. vollkommen entspricht, und die für Dero Durchl. Haus sprechenden Gründe sind so unverkennlich hingelegt, daß ich, des an und für sich verfänglichen, bei nunmehriger Lage der Sachen aber nicht viel bedeutenden Schlußparagraphen ungeachtet, über deren günstigen Erfolg um so weniger einigen Zweifel habe, als bereits sämmtliche mitinteressirten hohen Stände dem inzwischen mit Entschädigungsanträgen herumgereisten französischen Abgeordneten Chevalier de Ternant das in Rücksicht auf die reichsständischen Besitzungen gefaßte System hinlänglich zu erkennen und dabei nicht verborgen haben (sic), wie fest man allerorten sich überzeugt hält, es werde der französische Hof die reichsständischen Gerechtsame nach der in den Friedensschlüssen liegenden Verbindlichkeit gegen fernere Eingriffe und Schmälerungen zu schützen wissen. Ich zweifle nicht, jene Betrachtungen, welche ich über die Ternantischen Anträge entworfen und denenselben am 10. v. M. in hergebrachtem Vertrauen mitgetheilt habe, werden Euer ꝛc. seiner Zeit zu Handen gekommen sein, und ich erwarte mit wahrer Sehnsucht zu vernehmen, inwiefern dieselben mit mir einzustimmen gefällig gewesen, indem ich ganz verlässig weiß, daß nur durch einhellige Standhaftigkeit der gemeinschaftliche Endzweck erreichet werden kann. . . .

Concept.

361. Bischof August von Speier an Edelsheim.

Bruchsal, 22. Juli 1790.

[Ternant in Bruchsal. Festhalten an dem Programm der Ablehnung; Werthlosigkeit der französischen Anerbietungen.]

Chevalier de Ternant war auf seiner Rückreise am 18. bei mir und ist am 19. Nachmittags von hier nach Karlsruhe abgegangen, allwo er den H. ꝛc. vermuthlich gesprochen und . . . von den an den verschiedenen Höfen erhaltenen Rückerklärungen benachrichtiget haben wird. Soviel ich weiß, ist man allerorten den bekannten Grundsätzen getreu geblieben, und ich sehe nicht, was die hohen Interessirten veranlassen sollte, sich jetzt schon davon abwenden zu lassen, da es vors erste noch gar nicht entschieden ist, daß bei zu Stande gebrachtem Frieden die Garants der Friedensschlüsse bei der französischen Resolution gleichgiltig verbleiben und unthätig zusehen werden. . . .

Zum andern glaube ich entdeckt zu haben, daß die Nationalversammlung die Reichsfürsten blos mit Nationalgütern oder mit Geld zu entschädigen gedenkt; daß das erstere höchst unsicher, das andere aber bei gegenwärtiger der Sachen Lage in Frankreich gar nicht ausführbar ist, brauche ich nicht erst weitwendiger zu beweisen. Dem H. ꝛc. sind meine deßfallsigen Gründe bekannt, und ich bin zum voraus überzeugt, des H. Markgrafen Ld. werden, eben wie ich, wenig geneigt

sein, ein bloßer Gutsbesitzer im Elsaß zu werden, noch weniger aber Land und Leute, Regalien und Hoheitsrechte gegen Papier, welches man jetzt in Frankreich Geld nennt, hinzugeben. . . .

Concept.

362. Edelsheim an Ternant.

o. O. 24. Juli 1790.

[Schreiben an Montmorin, durch Ternant näher zu erläutern.]

J'ai l'honneur de Vous envoyer ma lettre à Mr le Comte de Montmorin, et Msgr. le Margrave s'en rapporte, Monsieur, avec raison aux explications ultérieures que Vous voudrez bien y joindre conformément à l'entretien que nous avons eu ensemble mercredi passé[1]. . . .

Concept.

363. Edelsheim an Graf Montmorin.

Karlsruhe, 24. Juli 1790.

[Antwort auf die Mission Ternants. Verweis auf die noch ausstehende Zustimmung der Mitstände. Vorläufige Bereiterklärung Badens zum Eintritt in Verhandlungen; dieselben sollen in einer deutschen Stadt vorgenommen werden.]

Le Chevalier de Ternant aura instruit V. E., que les cours respectives d'Allemagne, auxquelles Vous l'aviez adressé, Mr. le Comte, ne se sont ouvertes à lui que conditionnellement sur la négociation que Vous leur aviez proposée. Msgr. le Margrave de Bade se voit par là empêché avec regret de ne point pouvoir l'accepter incessamment. Mais S. A. S. croyant trouver dans les réponses qui Lui sont parvenues d'une partie de Ses coétats quelques espérances pour écarter les doutes qui semblent s'opposer aux discussions des droits dont il s'agit, Elle ne manquera pas de s'expliquer de nouveau avec eux à cet égard.

Toujours constante à Ses principes S. A. S. m'a permis de déclarer à Mr. le Chevalier de Ternant que, dès qu'Elle obtiendra des réponses favorables, Elle fera parvenir à V. E. Son adhésion à Votre proposition. Msgr. le Margrave suppose cependant d'avance, que dans le cours des négociations, qui doivent avoir lieu [alors][2], S. A. S. restera dans les liaisons étroites subsistantes entre les membres du St Empire et qu'Elle sera toutefois à même de seconder les intérêts de Ses coétats partout où il compète d'après les principes de la constitution Germanique. Tout comme tel arrangement dont on pourra convenir, ne pourra être terminé qu'avec l'approbation de l'Empire.

En rendant ces ordres à Mr. le Chevalier de Ternant, je suis entré

---

[1] 21. Juli 1790. Das Schreiben an Montmorin s. Num. 363.

[2] alors fehlt in dem Original.

d'avance avec lui, Mr. le Comte, dans le détail des possessions de la maison de Bade, dont la totalité devait être compensée, et je ne lui ai point caché, que je ne croyais pas cette compensation possible, si la France ne voulait point y mêler des objets analogues à ceux, dont elle demande la cession.

Je lui ai observé de même, que j'avais lieu de penser, qu'une ville située en Allemagne serait la place la plus propre pour l'ouverture de la négociation.

Mr. le Chev. de Ternant rendra assurément un compte bien exact à V. E. des détails de nos conversations. La dextérité et la franchise, avec laquelle il s'est acquitté de sa commission, me donne la plus grande confiance dans la précision de son rapport.

Original im Paris. Arch.; zwei Copien im Karlsr. Arch.

---

364. Der Speierische Reichstagsgesandte von Haimb an den Bischof von Speier.

Regensburg, 28. Juli 1790.

[Die Einreichung des Speierischen Promemoria beim Reichstag augenblicklich ganz wirkungslos.]

Haimb erklärt sich bereit, das Speierische Promemoria in der Elsässer Angelegenheit nebst Beilagen dem Reichstage zu überreichen, verspricht sich aber nicht den mindesten Erfolg davon. Kurmainz halte die Uebergabe desselben für unthunlich; die Minorität erkenne weder die Activität des Reichstags, noch dessen Beschlüsse an; Kurböhmen und Oesterreich seien während des Zwischenreiches[1] nicht legitimirt; Kurpfalz und Kursachsen wollen als Reichsvicare von einem selbständigen Reichstag ohne ihr Zuthun nichts wissen.

---

365. Edelsheim an den Bischof August von Speier.

Ettlingen, 30. Juli 1790.

[Gründe, welche für den Versuch eines gütlichen Vergleichs mit Frankreich sprechen.]

Des Herrn Markgrafen Hf. D. werden E. Hf. Gn. in einigen Tagen zu beantworten ohnermangeln und dabei eine ausführliche Nachricht von denen Unterredungen zu geben die Ehre haben, welche dahier mit dem Chevalier de Ternant gepflogen worden sind. Hochdieselben werden daraus zu entnehmen gnädigst belieben, daß man denen in Hochdero Schreiben und mitgetheilten Bemerkungen vorhin enthaltenen Grundsätzen vollkommen einstimmig gehandelt habe. So lang blos die Rede von der Schmälerung derer Rechte war, welche die deutschen Reichsstände innerhalb denen Grenzen Frankreichs besitzen, so bin ich immer der Meinung gewesen und bin es auch noch, daß man eher Alles wagen solle, als einen solchen manifesten Raub geduldig zu leiden, ja daß man sich mit ganz genau verbundenen Kräften dem Angriff widersetzen und nie in keine Auswege particulariter willigen solle, welche einen freien Reichsstand noch mehr der

---

[1] Kaiser Joseph II. war am 20. Febr. 1790 gestorben.

französischen Macht unterjochen sollten. Nun ist aber nur von einem Ersatz und Abkauf, auch resp. Austausch die Rede. Folglich würden, wenn das französische Project ausführbar sein sollte, die Stände des Reichs dadurch in die längst gewünschte Lage der völligen Unabhängigkeit kommen. Denn die Friedensschlüsse mögen gleich sagen, was sie wollen, so ist doch in facto richtig, daß alle betreffenden Reichsstände in Ansehung ihrer elsässischen, lothringischen und burgundischen Besitzungen, es sei nun aus Recht oder durch Uebermacht, in einer unstreitig ohndisputirlichen Abhängigkeit von Frankreich gestanden sind. Diese kann allein durch einen Abkauf oder Austausch aufhören, welches denn wohl das glücklichste Loos für freie, besonders mindermächtige deutsche Reichsstände sein kann. Zwar sind die Mittel nicht abzusehen, durch welche Frankreich dieses Project ausführen möchte; aber doch sind sie nicht unmöglich.

Bei dieser Bewandtniß sollte ich nicht denken, daß es vortheilhaft wäre, diese Tractaten besonders in einer Zeit ganz von der Hand zu weisen, in welcher alle europäischen Mächte mit ihrem Privatinteresse zu sehr beschäftiget sind, um das generelle Interesse nach seinem ganzen Werth zu beherzigen. Eben aber in der Zeit, in welcher ihre Armeen ganz mobil sind, wird ihr Zuspruch bei einer Negociation desto mehr Nachdruck haben, und hierzu werden sie sich wohl leicht verstehen. Die deutschen Reichsfürsten präjudiciren sich aber keineswegs bei dem Angang der Unterhandlung, indem allen und jedem noch freistehet, nach dem vorkommenden Interesse davon ab und blos an den Reichstag zu gehen.

366. Bischof August von Speier an den Hessen-Darmstädtischen Minister von Gatzert.

Bruchsal, 31. Juli 1790.

[Mißbilligung der Haltung Badens in der Entschädigungsfrage.]

... In Karlsruhe, wo man sehr oft ja und nein zugleich sagt, ist man zwar von den gemeinsam beliebten Grundsätzen nicht abgegangen; man glaubt aber dennoch die französischen Entschädigungsanträge nicht ganz von der Hand weisen, sondern vorerst vernehmen zu sollen, worin solche bestünden, indem man sich nicht präjudiciren würde die Unterhandlungen anzugehen, sondern allzeit freien Willen behält, solche wieder abzubrechen und lediglich an den Reichstag zu gehen. Daß ein solches Benehmen mit meinen Grundsätzen und mit der altdeutschen Freimüthigkeit, womit ich solche befolge, nicht übereinstimme, wird der H. &c. nicht bezweifeln können. ...

367. Der Speierische Geschäftsträger Hermant an den Bischof August von Speier.

Paris, 31. Juli 1790.

[Mißstimmung in Paris gegen die feindselige Haltung des Bischofs.]

Je dois avoir l'honneur d'informer V. A., que M[r] le Comte de Montmorin a dit aux commissaires de l'assemblée nationale, nommés pour

l'examen des réclamations des princes possessionnés en Alsace, qu'Elle et Mr le cardinal de Rohan étaient ceux qui intriguaient le plus à la Diète contre la révolution qui s'opérait en France. . . .

Un membre a proposé d'appeler à la barre Mr le cardinal de Rohan. Il a aussi sans doute été question de V. A., puisque Mr Rewbell, député de la Haute Alsace, a dit que, pour Mr l'évêque de Spire, il s'en chargeait. C'est de Mr l'abbé d'Eymar[1] que je tiens cette téméraire sortie. . . .

368. Das Zweibrücken'sche Ministerium an das badische.

Zweibrücken, 5. Aug. 1790.

[Man weicht den französischen Vorschlägen aus.]

Man dankt für Uebersendung der badischen Memoires. Die fortdauernd zweifelhafte politische Lage der Dinge in Frankreich und die dadurch bedingte Hoffnung auf eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse im Elsaß habe die Regierung bewogen, den französischen Anträgen so lange als möglich auszuweichen, wie das in Abschrift beiliegende Antwortschreiben des Herzogs an Montmorin [dat. 30. Juli 1790] zeige.

369. Ternant an Edelsheim.

Paris, 6. Aug. 1790.

[Vortrag bei Montmorin. Nähere Antwort verschoben. Beruhigende Versicherung.]

Er habe Edelsheims Schreiben vom 24. Juli mit Beilage in Straßburg empfangen.

. . . Celle (sc. lettre) que Vous m'avez adressée en même temps pour Mr de Montmorin[2] lui a été remise à mon arrivée à Paris le 2 de ce mois. J'y ai ajouté les détails dont nous étions convenus, ainsi que les réflexions propres à donner une juste idée des dispositions de Votre cour relativement à l'affaire des indemnités. J'aurais bien désiré pouvoir Vous mander quelque chose de particulier à ce sujet, mais Vous sentez qu'avant de s'expliquer il a fallu prendre en considération le résumé général de mes démarches auprès des différentes cours, et ce n'est qu'à mon retour de la campagne, où des affaires de famille m'appellent indispensablement dans ce moment, que je pourrai de nouveau suivre cet objet.

D'après ce que Vous connaissez de mes principes et d'après la confiance que Vous m'avez inspirée, Vous devez être bien persuadé, Monsieur, que j'aurai toujours fort à coeur, de concourir avec Vous au succès de l'affaire de l'indemnité et de faire en cela quelque chose qui soit agréable à S. A. S. Msgr. le Margrave.

---

[1] Ueber den Abbé d'Eymar vergl. unten Num. 411.

[2] Vergl. oben Num. 362 und 363.

370. Der französische Gesandte de Mackau an Karl Friedrich.

Stuttgart, 6. Aug. 1790.

[Mackau theilt das Decret der Nationalversammlung vom 21. Juni mit.]

Le ministre de France a ordre de donner communication à la cour de Carlsrouhe du décret ci-joint de l'assemblée nationale[1], sanctionné par le Roi, et de faire sentir la justice attachée à une réciprocité parfaite. S. Maj. devançant toujours la marche de l'équité a déjà fait expédier des lettres patentes dans tous les tribunaux et municipalités des provinces frontières pour l'exécution des articles du décret qui concernent les biens et dimes que les maisons étrangères possèdent sous la domination française.

---

371. Bemerkungen Schlossers zu dem Schreiben des Bischofs von Speier[2].

Karlsruhe, 8. Aug. 1790.

[Die Ansicht des Bischofs von Speier verwerflich; kein Krieg mit Frankreich um dieser Differenzen willen, oder gar um Elsaß und Lothringen. Baden soll dies offen aussprechen.]

Der Bischof von Speier widerstrebe noch immer einem Vergleich mit Frankreich; er denke sich „das ganze Reich und die Garants schon unter Waffen, seine Elsässer Besitzungen wieder zu vindiciren". Es sei unrichtig, „diesen Fürsten oder die andern interessirten Reichsmitstände länger in dem Wahn zu lassen, daß man auch in Baden so geblendet sei, die gewaltsamen Mittel zu billigen, welche dieselben gern anwenden möchten". Selbst die größeren Rechte und Besitzungen, welche Speier, Zweibrücken, Würtemberg und Darmstadt auf dem linken Rheinufer einbüßen, seien nicht wichtig genug, um das Reich darüber in einen Krieg zu verwickeln. Die glücklichste Folge eines solchen werde sein,

daß Oesterreich Elsaß und Lothringen recuperirte, und ohne diese wird dieses Haus nimmer zum Krieg beistimmen. Preußen wird einen solchen Zuwachs Oesterreichs nie zugeben. Die Niederlande können ihn nicht wünschen, und ist auch Frankreich unglücklich genug, solche Opfer bringen zu müssen, so ist vorauszusehen, daß in weniger als einem halben Jahrhundert diese Nation alles wieder zurückziehen wird, was sie nun sehr unwahrscheinlicher Weise etwa verlieren könnte: also was würde das Reich durch einen solchen Krieg gewinnen? . . . Mich dünkt, die Verblendung müßte entsetzlich sein, wenn je über dieses Object ein Reichskrieg entstehen könnte. Also glaube ich, daß S^{mus} als patriotischer Reichsstand und als Markgraf von Baden alles mögliche anwenden müssen, allen violenten Maßregeln in dieser Sache entgegenzuarbeiten. . . .

Schlosser ist der Ansicht, daß der Markgraf dies auch sofort offen zu erkennen geben und den übrigen Fürsten gegenüber Farbe bekennen solle. Er möge daher dem Bischof antworten, er werde nie darein einwilligen, daß „wegen der französischen Beeinträchtigungen" das Reich und mit demselben „die Garants der Friedensschlüsse" aufgerufen würden.

---

[1] Decret vom 21. Juni 1790, betr. den Genuß der geistlichen Einkünfte der deutschen Fürsten. Der officielle Dank für die Mittheilung erfolgt erst in einem Schreiben von Edelsheim an Mackau, dat. Karlsruhe 20. Aug. 1790.

[2] Das Schreiben des Bischofs dat. 22. Juli 1790, oben Num. 361.

372. Karl Friedrich an den Bischof August von Speier.

Karlsruhe, 9. Aug. 1790.

[Mittheilung der gefaßten Entschlüsse und Bitte um Meinungsäußerung.]

E. Ld. wollen aus denen Anlagen ersehen, was ich aus Anlaß der zweiten hiesigen Erscheinung des französischen Abgeordneten Chevalier de Ternant und in Verfolg der bisherigen Korrespondenz mit E. Ld. sowohl, als mit verschiedenen anderen durch die Schlüsse der französischen Nationalversammlung gekränkten Reichsständen in Ansehung ihrer elsässer Besitzungen an den Herrn Grafen von Montmorin und an die Ministeria letztgedachter Höfe sub hodierno habe gelangen lassen[1]. . . .

Aus solchen werden E. Ld. meine Gesinnungen in dieser sämmtlichen dabei interessirten Reichsfürsten gleich wichtigen Angelegenheit zu entnehmen belieben, welche, wie ich hoffe und wünsche, Dero Beifall nicht verfehlen werden. Im hergebrachten Vertrauen erwarte ich darüber E. Ld. erleuchtete Meinung und verharre ꝛc.

373. Der badische Geheime Rath an die Ministerien von Würtemberg, Zweibrücken und Darmstadt.

Karlsruhe, 9. Aug. 1790.

[Die letzten Verhandlungen mit Ternant. Eine Antwort nach Paris jetzt erforderlich. Die Majorität der interessirten Reichsstände jetzt für Vergleichsverhandlungen unter gewissen Bedingungen. Die Frage des Congreßortes.]

Es hat sich der französische Abgeordnete Herr Chevalier de Ternant auf seiner Rückreise von denen durch die Schlüsse der französischen Nationalversammlung benachtheiligten deutschen Höfen wiederum dahier eingefunden, und Wir fahren fort Unsern ꝛc. in Bezug auf die letztere Zuschrift vom 7. Juni a. c., worauf Wir Dero schätzbare Antwort richtig erhalten haben, von dessen weiteren allhier geschehenen Aeußerungen vertrauliche Eröffnung zu thun.

Derselbe will auf seiner Reise die Bemerkung gemacht haben, daß die meisten Höfe, an welche sein Auftrag gerichtet war, wo nicht der vorgeschlagenen Vergleichshandlung, jedoch einer positiven Erklärung hierüber auszuweichen scheinen und hierzu von ihren Verhältnissen und Verbindungen gegen das deutsche Reich, gegen ihre Agnaten und gegen ihre hierunter betroffene Mitstände gleichsam nur den Vorwand nehmen.

Wir haben Uns, und Wir glauben nicht ohne Erfolg, bemühet ihm die Ueberzeugung zu geben, daß das Benehmen der Fürsten in Rücksicht auf die deutsche Reichsverfassung nicht anders beschaffen sein könne; daß ein Vergleich selbst nie zu Stande kommen werde, wenn es entweder nicht möglich oder nicht die gegen-

[1] Dieses Schreiben Edelsheims an Montmorin ist nicht vorhanden; das an die verschiedenen Ministerien s. Num. 371.

seitige Meinung seie, unter denen zur Vergütung auszusetzenden Gegenständen nicht solche anzubieten, welche denen allenfalls abzutretenden objectis gleichartig sind, folglich einen genugthuenden Ersatz deren aufzuopfernden landeshoheitlichen Rechte leisten, und daß eben in der Ungewißheit, welchen Vergütungsantrag man zu erwarten habe, eine weitere sehr erhebliche Ursache liege, mit der angesonnenen Erklärung an sich zu halten.

Dieser letztere Vorhalt insbesondere ist nicht ohne Eindruck geblieben und, obschon der Chevalier de Ternant sich hierüber nicht näher herausgelassen, sondern wiederholt den Mangel der Instruction vorgeschützt hat, so vermeinen Wir doch aus seiner Unterredung vermerkt zu haben, daß nicht nur bei dem gegenwärtigen Enthusiasmus der Nation, worin sie zu Befriedigung der Reichsstände sehr ernstlich geneigt seie, sich verhoffen lasse, sie werde alle möglichen Mittel zur wirklichen Erzielung eines schicklichen Vergleichs erschöpfen, sondern daß man auch bei dem angenommenen Grundsatz der Nationalversammlung, wornach sie auf keine Vergrößerung, sondern nur auf sichere Grenzen bedacht sein will, selbst die Hoffnung fassen könne, daß sie es vielleicht nicht ohnmöglich finden dürfte, zur Ausgleichung solche französische Besitzungen vorzuschlagen, die außer denen zu ihrer Sicherheit nöthigen Grenzen liegen.

Unter diesen Umständen, und da auch außerdem dem Chevalier de Ternant sowohl hier bei seiner ersten Erscheinung, als auch, wie Wir theils von ihm selbst, theils aus denen erhaltenen Rückantworten entnommen haben, von denen übrigen Höfen zu erkennen gegeben worden, daß man sich auf seinen Vortrag eher nicht gegen das französische Ministerium erklären könne, als bis sich sämmtliche hierbei interessirte Reichsstände hierüber würden berathen und einverstanden haben, scheint es also nun, da die deßfallsige Correspondenz wirklich gepflogen worden, auch der Abgesandte bereits zurückgekehrt ist, die Nothwendigkeit zu erfordern, daß ersagtem Ministerio die darauf ausgesetzte, dem Resultat derselben gemäße Erklärung abgegeben werde.

Nach denen zum Theil anhero communicirten, zum Theil von dem Chevalier de Ternant dahier vorgewiesenen Antwortschreiben an den Herrn Grafen von Montmorin sind die meisten hohen Stände nicht abgeneigt, die Vergleichsunterhandlungen unter folgenden Bedingungen anzunehmen: wann nicht nur die geschmälerten Utilien billig ersetzt, sondern auch und hauptsächlich, wenn gegen die mit Herrlichkeiten und anderen iuribus honorificis versehene fürstliche Besitzungen andere gegeben werden, die gleicher Rechte fähig sind, wobei weiters vorausgesetzt wird, daß der zutreffende Vergleich weder denen Pflichten der Stände gegen das Reich und unter sich, noch ihren Lehens- und agnatischen Verbindlichkeiten zuwider sein dürfte.

Indem nun diese Aeußerungen bereits einige Willfährigkeit zum Vergleich zu erkennen geben und dann zu erwägen kommt, daß, wenn schon die an die Reichs- und Kreisversammlungen genommenen Recurse von der gehofften Wirksamkeit

sein sollten, dennoch weder das deutsche Reich, noch die Garants der Friedensschlüsse ein mehreres als bloße Intercessionen werden eintreten lassen, so lange von der Krone Frankreich Vergleichsunterhandlungen angeboten, mithin gütliche Ausgleichungen annoch zu hoffen sind: so vermeinen Wir, es seie nunmehr gegen den französischen Hof sich dahin zu erklären, wie man zwar die Rechte und Gerechtigkeiten der beeinträchtigten Stände nach der Sanction der vorliegenden Friedensschlüsse zu erhalten und zu reclamiren fest entschlossen, dennoch aber auch zu dem angetragenen Vergleich mit ausdrücklichem Vorbehalt der constitutionsmäßigen Einwilligung und Bestätigung Kaiserl. Maj. und des Reichs die Hände zu bieten nicht abgeneigt seie, wenn hierzu solche Mittel ausfindig gemacht werden könnten, wodurch die denen Reichsständen zugefügte Eingriffe und Beschädigungen entweder abgewendet oder hinlänglich vergütet würden.

Wir meinen ferner, daß von dieser Unseres Erachtens nicht lange zu verschiebenden Erklärung sowohl denen Garants der Friedensschlüsse, als andern mächtigen Reichsständen mit dem Ersuchen Nachricht zu geben seie, bei der Vergleichungsunterhandlung denen gekränkten Fürsten ihre kräftige Unterstützung zuzuwenden, welche in dem ersten Augenblick des wiederhergestellten Friedens um so mehr von gutem Erfolg sein dürfte, da die Beruhigung und Befriedigung derer beeinträchtigten Reichsstände in so ferne zur dringenden Angelegenheit gemacht werden könnte, als sie zur bezielenden Ausgleichung aller Streitigkeiten und zur Befestigung der Ruhe im deutschen Reich unumgänglich erforderlich seie.

In der Voraussetzung, daß eine solche Erklärung gegen das französische Ministerium ebenso unverfänglich, als der bisherigen hierüber gepflogenen Correspondenz ganz gemäß seie, haben des Herrn Markgrafen, Unseres gnädigsten Herren, Hf. Dchl. keinen Anstand genommen, dem Herrn Grafen von Montmorin die abschriftlich beigehende, vorläufige Antwort ertheilen, auch darinnen von dem zum künftigen Congreß zu wählenden Ort um deßwillen einige Erwähnung thun lassen, indem der Chevalier de Ternant gegen die Zusammenkunft im Elsaß die daselbst noch herrschende Unruhen vorgeschützt, gegen den Vorschlag aber, hierzu die Reichsstadt Speier oder eine andere bequem gelegene deutsche Stadt zu wählen, keine Abneigung gezeigt hat, wiewohl Wir seine Bemerkung nicht unerheblich finden, daß die Negociation in Paris nicht nur von kürzerer Zeit sein dürfte, sondern auch daselbsten einem geschickten Negociateur vielleicht manches Mittel zur Erreichung eines gewünschten Erfolges, dessen er anderswo entbehren muß, zur Hand stehen könnte.

Wir sind von Unsers gnädigsten Herrn Hf. Dchl. angewiesen, Unseren Hoch- und Vielgeehrten Herren vorstehende Meinung in dieser gemeinschaftlichen Angelegenheit vorzutragen und dieselben um Ihre erleuchtete Gedanken hierüber ergebenst zu ersuchen, in welcher Erwartung wir 2c.

Copie in mehreren Exemplaren.

374. Bischof August von Speier an Karl Friedrich.

Bruchsal, 18. Aug. 1790.

[Widerräth Verhandlungen mit Frankreich, bevor dasselbe genaue Angaben über die zu machenden Entschädigungen geliefert hat; Zweifel an der Möglichkeit derselben. Schritte bei den Reichsbehörden.]

E. Ld. bin ich für die vertrauliche Mittheilung (Num. 372) äußerst verbunden und zwar im Grunde vollkommen damit einverstanden, daß die betreffenden Reichsstände die angebotenen Unterhandlungen mit dem französischen Hof alsdann angehen könnten, wann nicht nur die geschmälerten Utilien auf eine billige und dem bisherigen Besitzstand vollkommen gleichmäßige Art ersetzt, sondern auch und hauptsächlich, wann gegen die mit Herrlichkeiten, Regalien und andern iuribus honorificis versehene Besitzungen andere auf deutschem Boden, wohin man aber jene dem Herrn Fürstbischof von Straßburg als einem deutschen Reichsfürsten gehörigen Lande mit Billigkeit nicht rechnen könne, gegeben würden, die gleicher Rechte fähig sind und deren ruhiger Genuß gegen alle künftigen Widersprüche hinreichend gesichert wäre.

Ich glaube aber, und E. Ld. werden bei wiederholter Betrachtung der fürwaltenden Umstände nicht mißkennen, daß von Seiten der betreffenden Reichsstände zu solchen Unterhandlungen nicht eher die Hände geboten werden dürfen, als bis von dem französischen Hof eine bestimmte Erklärung über die Art der Entschädigung erfolgt und von Kais. Maj. und dem Reich erkannt sein wird, daß dieselbe annehmlich und mit den Reichslehenpflichten vereinbarlich wäre. Erwägen wir demnach, daß selbst der französische Abgeordnete den betr. Ständen über die Art der zu bestimmenden Entschädigung nicht die mindeste Nachricht zu geben vermögend war, betrachten wir ferner, daß bei gegenwärtiger der Sachen Lage es kaum denkbar ist, daß Frankreich im Stand wäre, solche Besitzungen ausfindig zu machen, welche die Reichsstände nach obigen Bestimmungen an Entschädigungsstatt annehmen könnten, bedenken wir endlichen, daß nach mehreren von Seiten des französischen Hofes gemachten Aeußerungen das eigentliche Absehen dahin gerichtet ist, die Reichsstände zu nöthigen, die Entschädigung in Geld anzunehmen, so folgt daraus ganz deutlich, daß wir vielmehr den gegründeten Anlaß haben, mit vereintem Muth auf Beibehaltung unserer friedensschlußmäßig garantirten Besitzungen, Regalien, Rechte und Freiheiten zu bestehen und dem französischen Hof lediglich zu überlassen, seine Anträge so einzurichten, daß sie von den betr. Reichsständen nach obigen Bestimmungen angenommen werden können . . .

Dies ist die Meinung, welche ich über diese so gemeinsam wichtige Sache hege und E. Ld. in freundnachbarlich vertrauter Rückantwort zu eröffnen die Ehre habe. Ich hoffe dadurch Dero Beifall um so weniger verfehlet zu haben, als solche mit Dero Erlaß an das französische Ministerium im Grunde vollkommen übereinstimmet und von dem Inhalt des mir communicirten Schreibens an die betreffenden

Ministeria nur darin abweichet, daß die französische Erklärung über die Art der Entschädigung der Aeußerung reichsständischer Bereitwilligkeit nothwendig vorhergehen und so beschaffen sein müsse, daß sie nach obiger Betrachtung und nach den von E. Ld. selbst unterstellten Vorbedingnissen angenommen werden könne, daß aber vor der Hand auf. . . . Erhaltung der sämmtlichen befragten Besitzungen und Rechte mit einhelliger Festigkeit bestanden und zu dem Ende die bereits eingeschlagenen reichsconstitutionsmäßigen Wege unausgesetzt verfolgt werden müssen. Was ich zu dem Ende an das Kurfürstencollegium nach Frankfurt erlassen habe, werden E. Ld. aus dem Inhalt meines letzten vom 12. bereits ersehen haben, — ich hoffe und wünsche, E. Ld. möchten ein Aehnliches zu thun für diensam erachten, wo sich dann bald zeigen muß, in wie fern man von der Dazwischenkunft des zu wählenden Kaisers und der wieder eintretenden Reichstagsthätigkeit einige wirksamere Unterstützung sich zu versprechen hätte.

In Erwartung Euer ꝛc. gefälligen Rückantwort harre ich ꝛc.

375. Edelsheim an Mackau.

Karlsruhe, 20. Aug. 1790.

[Dank des Markgrafen für Mittheilung des Decrets der Nationalversammlung.]

Le soussigné ministre d'état de Monseigneur le Margrave de Bade a mis sous les yeux de S. A. S. l'extrait du déeret de l'assemblée nationale que l'envoyé de France, Mr. le Baron de Mackau, lui a communiqué[1] par ordre du ministère de S. M. Tr.-Ch. Monseigneur le Margrave reconnait par cette complaisance une nouvelle preuve des attentions gracieuses, dont S. M. Tr.-Chr. a bien voulu l'honorer jusqu'ici, et c'est par là que cette communication lui est précieuse comme le mettant à même de renouveler les assurances du profond dévouement et respect, avec lequel il restera toujours attaché à S. M. etc.

376. Bischof August von Speier an Edelsheim.

Bruchsal, 20. Aug. 1790.

[Mahnung zur Zurückhaltung und zur Vorsicht.]

Antwort auf das Schreiben vom 30. Juli.

. . . In dem Hauptsystemate zwar scheinen wir ein Ziel zu haben; nur muß ich bemerken, daß ich, als ein alter Podagraner, gerne langsam gehe, als ein alter krummer Jäger aber das Wildprett, um nicht zu fehlen, gerne abwarte.

Im Vertrauen, mein lieber alter Freund, warum sollen wir uns eher auf die quaestionem an?, als man sich auf ein nicht einzubildendes quomodo? äußern? In kurzer Zeit werden wir erst sehen, ob sich größere . . . rühren wollen oder nicht. . . . Lassen wir uns also in nichts ein; ich wünschte mich nur eine kurze

[1] Oben Num. 370.

Zeit über jenes mündlich äußern zu können, worüber meine alte schwache Feder verstummen muß.

Was ich inzwischen an das Kurcollegium wegen dem Elsace (sic) habe ergehen lassen, ... kommt hiebei[1]. . .

P. S. Nach diesem geschlossenen Briefe erhalte einen Fingerzeig, man möchte sich wohl in Acht nehmen, sich wegen titres seiner Besitzungen eher einzulassen, als die quaestio quomodo? berichtiget seie, . . . es werde in Paris was besonders verborgenes und zu mißdeutendes beabsichtiget, welches mir glaublich scheinet: procedamus ergo cautissime!

Eigenhändig.

377. Bischof August von Speier an den Herzog Karl Eugen von Würtemberg.

Bruchsal, 20. Aug. 1790.

[Mittheilung seiner Rathschläge zur Vorsicht in der Entschädigungsfrage.]

Er zeigt den Empfang zweier Schreiben vom 21. Juli und 11. August an, in welchen der Herzog es für räthlich hält, die Unterhandlungen über einen gütlichen Vergleich mit Frankreich nicht ganz von der Hand zu weisen. Die Beweggründe — meint der Fürstbischof — seien wohl dieselben, welche das markgräfl. badische Ministerium in seinem Schreiben vom 9. Aug.[2] an den Herzog dargelegt habe und welche auch ihm — dem Fürstbischofe — mitgetheilt worden seien. Er glaube daher die beiden herzogl. Schreiben nicht besser beantworten zu können, als indem er das Antwortschreiben an den Markgrafen vom 18. Aug. in Abschrift mittheile[3].

378. Karl Friedrich an den Bischof August von Speier.

Karlsruhe, 23. Aug. 1790.

[Einwände gegen die Rathschläge des Bischofs.]

Der Markgraf dankt für die Zuschrift des Bischofs vom 18. Aug. Er gebe zu, daß der Vergleich nicht zu „präcipitiren“ sei, aber man übereile dadurch, daß man sich bereit zeige, in Vergleichsverhandlungen einzutreten, nichts. Wolle man die quaestio an? erst nach der quaestio quomodo? beantworten, so werde die Nationalversammlung dies als eine Ablehnung des Vergleichs überhaupt betrachten. Dann bleibe nur übrig, Frankreich mit Gewalt zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Seitens der europäischen Mächte sei aber keine Hilfe zu erwarten, man könne höchstens auf ihre Fürsprache rechnen. Er habe es daher für räthlich erachtet, die Entschädigungsverhandlungen nicht von der Hand zu weisen.

---

[1] Gedrucktes Memoire an das Kurfürstencolleg dat. Bruchsal 12. Aug. 1790, worin der Bischof die Kurfürsten ersucht, den zu wählenden neuen Kaiser durch die Wahlcapitulation zu verpflichten, daß er die betreff. Beschwerden alsbald dem Reichstag zu schleuniger Berathung vorlegen und die Reichsstände gegen alle fremden Eingriffe schützen solle. Vergl. Reuß Staatskanzley 34. 284.

[2] Oben Num. 373.

[3] Ein gleiches Schreiben des Bischofs ergeht auch an Hessen-Darmstadt.

379. Karl Friedrich an den Bischof August von Speier.

Karlsruhe, 23. Aug. 1790.

[Mittheilung der Antwort an den französischen Gesandten Makau.]

In ergebenster Erwiederung E. Ld. vertraulicher Communication vom 17. d. habe ich die Ehre eine Abschrift der Antwort hier anzuschließen, welche ich dem französischen Gesandten von Makau zu Stuttgart wegen des anhero beförderten Decrets der französischen National Versammlung vom 21. Juny, den Genuß der in Frankreich gelegenen teutschen Kirchengüter betr., habe ertheilen lassen, der ich mit vollkommener Hochachtung verharre Euer Liebden ꝛc.

Eigenhändig.

380. Karl Friedrich an die unterelsässische Ritterschaft.

Karlsruhe, 23. Aug. 1790.

[Zusage seines Schutzes; Aufstellung eines Etats über alle badischen Vasallen im Elsaß.]

Wir werden auf Euer Uns seiner Zeit wohl zugekommenes Ersuchen[1] um Unsere Unterstützung gegen die Schlüsse der französischen Nationalversammlung sowohl überhaupt in allem, was die damalige französische Angelegenheiten betrifft, als auch insbesondere, wenn Vergleichshandlungen mit Frankreich angetreten werden sollten, nichts außer Acht lassen, was die gesetzmäßige Verbindung sämmtlicher Reichsfürsten mit dem Reich und das wahre Beste des Reichs erfordert und ebenso nicht unterlassen, Uns der Erhaltung des unterelsässischen Rittercorporis und der mit dem Reich verbundenen Glieder derselben nach Möglichkeit bestens anzunehmen und Unseren lehnherrlichen Rechten sowohl, als den von denselbigen abhängigen Vasallen, insoweit es die Umstände verstatten, um so mehr zu prospiciren, als Uns Eure Uns dieserhalb zu erkennen gegebene lehenpflichtige Gesinnungen zu besonderem Wohlgefallen gereichen.

Ebendeßwegen zweifeln Wir aber auch nicht, Euer Directorium werde in deren Gemäßheit denjenigen Mitgliedern, welche Unsere Vasallen sind, einstweilen intimiren, daß jedes derselben Unserm Lehnhof ohne Verzug einen getreuen und vollständigen Etat über die von Uns zu Lehen tragende Stücke an Gütern, Rechten und Gefällen im Elsaß oder anderwärts unter französischer Botmäßigkeit, welche sie bisher besessen und geübt haben oder nach den Lehenbriefen hätten besitzen und üben sollen oder mögen, mit Bemerkung des Umfangs und Werths eines jeden Stücks, wie auch des Unterschieds, welche davon nach den Schlüssen der Nationalversammlung theils ferner beibehalten werden, theils mit oder ohne Entschädigung künftig wegfallen sollen, übergebe, damit Wir hiernach sowohl zu Unserm lehnherrlichen, als vasallitischem Besten die weiteren am französischen Hofe oder sonst deßhalb zu machenden Schritte und Einleitungen desto sicherer bemessen können.[2] In dessen Erwartung verbleiben Wir ꝛc.

---

[1] dat. 19. Juli 1790.

[2] Erlasse mit dieser Weisung ergingen unter dem gleichen Datum an sämmtliche badischen Vasallen im Elsaß.

381. Der Speier'sche Reichstagsgesandte von Haimb an den Bischof von Speier.

Regensburg, 24. Aug. 1790.

[Die elsässische Sache und der Reichstag.]

Berichtet über den Stand der elsässischen Angelegenheiten beim Reichstag. In der Sitzung vom 23. August seien überhaupt nur drei Gesandte anwesend gewesen; von den städtischen komme seit Wochen keiner mehr; wolle man etwas mittheilen, so müsse man von Haus zu Haus die Runde machen. Der Directorialis v. Strauß habe versprochen, die elsässische Sache vorzubringen, sobald die Krönung vorüber sei. Borié und Leykam[1] sichern ihre Unterstützung zu, ebenso die meisten protestantischen Gesandten; nur Seckendorff halte zurück und vertheidige die Nationalversammlung, die von ihren Beschlüssen nicht abgehen könne ohne Gefahr, vom Pöbel massacrirt zu werden. Seckendorff macht gelegentlich auch den Vorschlag, Frankreich solle seinen Antheil an Flandern und Hennegau an Oesterreich abtreten und dieses dafür die Reichsstände für ihre elsässischen Verluste in Schwaben entschädigen; aber dem stehe entgegen, daß Oesterreich keine weiteren Erwerbungen in den Niederlanden wünsche. Es sei zu hoffen, daß schließlich England und Holland sich einmischen und Bezahlung der französischen Staatsschuld in Land und Leuten fordern; vielleicht würden auch innere Unruhen Frankreich bald nachgiebiger stimmen.

---

382. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 6. Sept. 1790.

[Schreiben an den Bischof von Speier. Begegnung mit König Leopold in Aschaffenburg.]

... Zugleich lege ich die Antwort an Fürstbischof von Speier an[2], wie solche dermalen ajustirt ist, und wie ich glaube, daß solche, ohne nirgends anzustoßen, durchgehen könnte. An die Frau von Coudenhoven habe ich wegen der Visite oder Rencontre in Aschaffenburg[3] als eine mir eingekommene Idee geschrieben. ...

---

383. Das Ministerium zu Darmstadt an das badische.

Darmstadt, 14. Sept. 1790.

[Frage nach der Beschaffenheit der Entschädigung. Deutscher Congreßort.]

Antwort auf das Schreiben vom 9. Aug. Darmstadt werde sich nicht eher auf eine Conferenz einlassen, als bis von dem französischen Hofe die Art und Mittel der Entschädigung deutlich und ohne Rückhalt angegeben und sämmtliche bei einer solchen Conferenz in allen Verhältnissen interessirten Theile vorher zu Rathe gezogen worden. Sollte die Vorfrage, ob man sich überhaupt auf Verhandlungen einzulassen habe, bejaht werden, so sei man der Ansicht, daß bei der Wahl des Congreßortes einer im deutschen Reiche gelegenen Stadt der Vorzug vor einer französischen gebühre.

---

[1] v. Borié, der österreichische, v. Leykam, der bairische, v. Seckendorff, der würtembergische Gesandte am Reichstag.

[2] Fehlt.

[3] d. h. über den Plan eines Besuchs des Markgrafen bei dem künftigen neuen Kaiser Leopold II.

384. Das würtembergische Ministerium an das badische.

Stuttgart, 18. Sept. 1790.

[Vorläufiges Abwarten in der Verhandlung mit Frankreich; Anfrage bei den Garantiemächten.]

Antwort auf das Schreiben vom 9. August. Man erklärt sich „in der Hauptsache" mit den von badischer Seite aufgestellten Grundsätzen einverstanden. Der Herzog wolle aber erst noch näheren Aufschluß über die Natur und den Werth der angebotenen Entschädigung abwarten und habe seinen Comitialgesandten, Geh. Rath von Seckendorff[1], beauftragt, „bei den zu Frankfurt anwesenden Gesandten der garantirenden und anderer reichsständischen Höfe ... unter der Hand, ohne ein weiteres Aufsehen zu erregen, sich vorher zu erkundigen, ob und zu welcher Zeit man sich an ihre höchsten Höfe zu wenden und wiefern man sich zu einer Unterstützung ... Hoffnung zu machen habe" ... Das Resultat werde man seiner Zeit dem badischen Ministerium mittheilen[2].

---

385. Edelsheim an Karl Friedrich.

Frankfurt, 4. Oct. 1790.

[Audienz bei Kaiser Leopold in Aschaffenburg; Plan einer Begegnung mit dem Markgrafen. Cordialer Empfang beim Kaiser.]

Vorgestern empfing ich anliegende Antwort von Graf Rosenberg[3], auf welches ich gestern nach Aschaffenburg gereiset bin. Mein Hauptzweck war E. Hf. D. Entrevue mit dem Kaiser zu arrangiren[4]. Das habe ich gethan, und bin in der That mit kaiserl. Gnaden überschüttet zurückgekommen. Aus allem, was ich in Aschaffenburg gesehn habe, bin ich nun überzeuget, daß der erste Gedanke, nach welchem E. Hf. D. dahin gehen wollten, der beste gewesen wäre. Denn solch eine Höflichkeit und Affabilität ist mir an keinem kaiserl. Hofe vorgekommen. Es kam Prinz Friedrich von Mömpelgard mit seinem Herrn Sohn Prinz Friedrich gestern dahin. Ohne Aufenthalt in der Antichambre wurden beide introducirt, blieben, bis die Speisen aufgetragen wurden, mit dem König und der Königin im Zimmer,

---

[1] Freih. von Seckendorff, seit Nov. 1789 würtembergischer Reichstagsgesandter.

[2] Eine bemerkenswerthe Illustration zu diesen officiellen Verhandlungen des würtembergischen Ministeriums bietet ein Bericht des preußischen Gesandten v. Madeweiß in Stuttgart aus dieser Zeit; er theilt mit, daß trotz des ablehnenden Gutachtens, welches der Geh. Rath in Bezug auf die Verhandlungen mit Ternant abgegeben, der Herzog, der nie gerade Wege gehen könne, hinter dem Rücken seiner Agnaten und seiner Räthe doch dem dänischen Gesandten v. Wächter insgeheim den Auftrag nach Paris mitgegeben habe, mit der Nationalversammlung wegen seiner Verluste in Mömpelgard u. a. und über eine entsprechende Geldentschädigung zu verhandeln; die Nationalversammlung aber habe es abgelehnt, mit ihm ohne Mitwissen seines Bruders Friedrich ein Abkommen zu treffen. (Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. dat. Stuttgart 25. Sept. 1790. Berl. St. A.)

[3] Oberstkämmerer des Königs Leopold, Fürst Rosenberg.

[4] Kaiser Leopold II. war am 30. Sept. in Frankfurt gewählt worden und jetzt auf der Reise zur Krönung nach Frankfurt.

kamen mit ihnen heraus, wobei die jungen Erzherzoge absolute durch keine Thür vorausgehen wollten. Prinz Friedrich Vater führte die Königin zur Tafel und saß neben ihr. Nach der Tafel nahm der König den Prinz Vater wieder bei Seite, wohl eine Viertelstunde; wie die Verabschiedung gegangen, habe ich nicht gesehen, weil ich mich aus dem Staub gemacht, um voraus wegzukommen.

Gleich darauf reist der König nebst Familie nach Frankfurt; heute findet der Einzug Statt; auf den 11. d. ist die Krönung angesetzt, für den 16. die Abreise, zunächst nach Würzburg, wo die Herrschaften den 17. d. verweilen werden.

Graf Rosenberg siehet alle Beschwerlichkeiten ein, welche die Anherkunft E. Hf. D. nach Frankfurt würde haben können. Alsdann aber bleibt kein Ort als Würzburg über, wo er anrathet den 17. hinzukommen. Ehe E. Hf. D. mir Ihren Entschluß darüber zuschreiben, will ich keine weitere Schritte thun, alsdann aber durch Mainz die Sache in Würzburg arrangiren lassen. . . .

Noch kommt die Relation meiner Reception in Aschaffenburg. Als ich an Hof kam, traf ich Graf Rosenberg nicht mehr in seinem Zimmer an. Der Mainzer Hofmarschall von Frankenstein, den ich im Vorzimmer nicht antraf, ließ mir aber sagen, er habe Ordre mich gleich zu melden. Endlich kam Graf Rosenberg, nahm mich beim Arm, führte mich zum König und sagte mir: „Sagen Sie ihm nur viel Schönes vom Markgraf.“ Das that ich in einer ganz stattlichen Anrede, worauf er mir sehr natürlich sagte: „Ich hoffe, er soll von mir zufrieden sein. Sie kennen mich und wissen, wie ich es in Florenz gemacht habe; schlechter will ich gewiß jetzt auch nicht machen. Die Erfahrung hat mich in meinen Grundsätzen fest gemacht. Sagen Sie dem Markgrafen, daß ich von seiner Attention flattirt bin und ihn gewiß hochschätze. Nun, mein lieber Edelsheim, wie ist die Zeit gangen? ich hab mich recht gefreut, Sie wieder zu sehen, mei (sic) Weib auch. Aber man sagt, Sie bringen sich mit dem Tintenfaß um. Das ist ja ä Thorheit. Wenn man spürt, daß man was nutz ist, muß man außer in sehr wenig Gelegenheiten immer drauf denken, wie man's macht, daß man sich beim Arbeiten erhält. Und warum sind Sie denn nicht zu mir nach Wien kommen? rc. rc.“

Im Auf- und Abgehen hörte mich die Königin und rufte: „Edelsheim, intrade [sic], voi siete della casa, intrade subito!“ Wie ich mit Ihrer Maj. sprach, sagte der König: „jetzt will ich Ihnen meine Buben rufen“, und brachte die zwei Erzherzoge: „Das ist der Karl, den kennen Sie wie ein Kind, und das ist der Leopold, der ist nach Sie angekommen; Kinder, das ist rc. rc.“ Ich blieb, bis Rosenberg kam und sagte: „Der Herzog kommt“; darauf spazierte alles in das Audienzgemach und ich meiner Wege. Sie blieben eine gute Viertelstunde bei einander und kamen, wie das Service angesetzt wurde, heraus; der König ließ mir sagen, ich sollte mich neben ihn setzen. Das behagte nun Prinz Friedrich von Würtemberg Sohn nicht zum Besten; Erzherzog Karl nahm ihn und setzte sich mit ihm gerade dem König gegenüber, der aber die ganze Tafel durch nicht ein

Wort mit ihm sprach. Ich habe über dieses Mahl einen steifen Hals bekommen; denn unaufhörlich sprach der Kaiser mit mir und Frau von Cudenhoven, die zu einer solchen Expedition ein uniques weibliches Geschöpf ist.

Ueber diese Unterredung, wo Merkwürdiges und Schilderndes vorkam, im nächsten unterth. Brief ein mehreres. Nach der Tafel sagte mir der Kaiser: Edelsheim, in Frankfurt muß ich Sie alle Tag sehen.

Gestern hat mir Meier geschrieben, daß das erste Schreiben Ser^mi an Kaiser, das ich nach der Krönung überreichen soll, bereits unterschrieben sei.

---

386. Edelsheim an Karl Friedrich.

Frankfurt, 5. Oct. 1790.

[Einzug des Kaisers in Frankfurt. Der Landgraf von Hessen und die erhoffte Kurwürde.]

Bericht über den Einzug des Kaisers; „er war 1¾ Stunden lang und währte von 11 bis 6 Uhr Abends; er war aber doch ansehnlich kürzer als der bei der Wahl Josephs, weil damals ein Churfürst, der kais. Commissarius und der römische König mehr im Zug waren"; „es werden wol 900 sechsspännige Wagen im Zug gewesen sein".

Der Landgraf von Hessen-Cassel war mit einer ansehnlichen Suite von Officiers und seinem Ober-Cammerherrn zu denen Zelten gefahren und hat sich bei dem Empfang zu denen Churfürsten gestellt. Wie der Kaiser ihn gewahr wurde, kam er auf ihn zu, dankte ihm für das zur Bedeckung der Krönung hergeführte Corps, versprach ihm, sobald als es ihm möglich wäre, in sein Lager zu kommen und dankte ihm auch für sein Anerbieten, Truppen nach Brabant zu senden. Bei dem Weggehn sagte er ihm: „kann ich jetzt im Stand sein, E. Ld. etwas Angenehmes zu bezeugen, so wird es gewiß mit Vergnügen geschehen". Nun glaubt der Landgraf von der Churwürde sicher sein zu können. In der That merke ich wol, daß seine Aussichten sich täglich verbessern, und die 100 000 Fl., welche ihm die Hilfsleistung kostet, und an deren Ersatz kein Mensch denkt, werden in dieser Absicht wol angewendet sein.

---

387. Edelsheim an Karl Friedrich.

Frankfurt, 8. Oct. 1790.

[Die bevorstehende Begegnung in Würzburg; Ceremonialien.]

Alles ist arrangirt. Der Kaiser wird E. Hf. D. mit Vergnügen in Würzburg sehen, wie er mir soeben durch den Graf Rosenberg hat sagen lassen. Ich habe alle Einrichtung gemacht. . . . Ich gehe den 14. von hier ab und rechne auf E. Hf. D. Ankunft den 16. Abends; denn eher als den 17. wird der Kaiser Hf. D. schwerlich sprechen können. Der Herr Erbprinz und Prinz Friedrich werden wohl auch mitkommen. Ich rathe an, die Juwelen und pro stylo den Oberkammerherrn mitzunehmen, auch die Militär- und rothe Hof-Uniform, wenn sonst, wie ich vermuthe, keine paßliche Herbstkleider in paratis sein sollten. Der Kaiser und sämmtliche Erzherzoge, selbst Franz nicht, tragen hier keine Militäruniformen.

---

388. Edelsheim an Karl Friedrich.

Frankfurt, 11. Oct. 1790.

[Die Krönungsfeier. Promotionen und Festlichkeiten.]

Am Krönungstag[1] und gestern war keine Zeit zum Schreiben ausfindig zu machen möglich. Ersterer war der Handlung wegen freilich sehr feierlich, aber im Grunde ist solche immer eine sehr pünktliche Wiederholung alles dessen, was bei jeder Krönung geschiehet. Der Churfürst von Mainz hatte die Messe und Musik so viel als immer möglich abkürzen lassen. Doch dauerte die Ceremonie bis zur sinkenden Nacht. Dann mußte man suchen etwas zum Essen zu erhalten und dann nach den illuminirten Häusern der Botschafter laufen.

Die Promotionen, die des Abends bekannt gemacht wurden, sind, so viel ich mich erinnere, zu Fürsten 5: Reuß Lobenstein (der kleine Graf Reuß, der ein wackerer Franzos ist), Salm, Schönburg, Rosenfeld [?], Palffy. Geheimräthe: die Wahlbotschafter der geistlichen Churfürsten, das ist der erste und zweite, Seckendorff der von Baireuth, Gemmingen der von Anspach, und dann noch ein ganzer Haufen, die E. Hf. D. nicht bekannt sind. Weiter eine Liste von mehr als 60 Kammerherrn, welches dem Fürst Rosenberg über 30000 Fl. einträgt, ja vielleicht 40000 Fl.

Folgen weitere Beschreibungen der Festlichkeiten; das übrige wird Edelsheim in Würzburg berichten.

---

389. von Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

[Stuttgart] 27. Oct. 1790.

[Zusammenkunft des Markgrafen mit Kaiser Leopold II. Eine neue französische Mission an die westdeutschen Höfe.]

Am 20. Oct. sei der Markgraf wieder von Würzburg zurückgekehrt, höchst befriedigt von der Begegnung mit dem Kaiser, der ihn sehr liebenswürdig aufgenommen, während er den Herzog von Würtemberg in Dinkelsbühl nicht einmal zur Tafel geladen habe.

Da Ternants Mission gescheitert, denke man in Paris daran, den Abbé Giraud nach Deutschland zu senden, um nochmals zu versuchen, ob man nicht einige Reichsstände, von den übrigen getrennt, zur Annahme einer Geldentschädigung bestimmen könne.

Berl. St. A.

---

390. Protokoll des Geheimen Rathes.

Nov. 1790.

[Amt Beinheim; Deputation aus demselben.]

Durch ein Decret der Nationalversammlung sind die Einwohner des Amtes Beinheim aufgefordert worden, sich in die Register der Nationalgarden eintragen zu lassen. Der Markgraf versagt dazu seine Genehmigung. Anwesende Deputirte des Amtes erklären,

[1] Die Krönung Leopolds II. fand am 9. Oct. statt.

sie seien mit der badischen Regierung durchweg zufrieden gewesen, wünschten keine Aenderung und hätten der Nationalversammlung nur mit Vorbehalt der markgräflichen Rechte geschworen; falls einige ihrer Handlungen anders angesehen würden, bäten sie um Verzeihung. Es wird ihnen erwidert, sie müßten ausdrücklich um Verzeihung einkommen und um Wiederherstellung des status quo vor der Revolution bitten; werde eine solche Bittschrift alsbald eingereicht, so sei der Markgraf geneigt, die neugewählte Municipalität anzuerkennen[1].

391. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 3. Dec. 1790.

[Eine Deputation aus Beinheim.]

Es sind Deputirte des Amts Beinheim hier, die auf einmal unter den hiesigen Gehorsam sich wieder begeben und eine gleiche Declaration von allen Unterthanen unterschrieben zu überbringen sich anbieten. Sie wünschen E. Hf. D. selbst zu sprechen. Ich habe ihnen geantwortet, den hierzu dienen sollenden Amtsbericht würde ich übersenden, zweifelte aber, daß sie Audienz erhalten würden, bis sie die schriftlich bestätigte Rückkehr aller Unterthanen überbrächten. Wollen E. Hf. D. sie sprechen, so könnte ihnen vermuthlich in der Audienz nichts anders geantwortet werden, als Hochdieselbe würde ihnen gern ihre bisherige Fehltritte verzeihen und ihnen so viel möglich beistehen, wenn sie ihre Reue schriftlich denenselben vorlegen lassen würden.

392. Der französische Gesandte de Mackau an das badische Ministerium.

Stuttgart, 17. Dec. 1790.

[Die Mission Ternants erfolglos geblieben. Neues Decret der Nationalversammlung. Aufforderung zur Schickung eines Bevollmächtigten nach Paris.]

Die Nationalversammlung hat eine Entschädigung der linksrheinisch begüterten Reichsstände für ihre Verluste für billig erachtet.

---

[1] Ueber diese Deputation aus Beinheim, welche um Hilfe bat wegen an sie gestellter pecuniärer Zumuthungen der französischen Behörden, liegt ein Gutachten Schlossers vor (3. Dec. 1790), welcher mit den Abgeordneten verhandelt und ihnen vorhält: sie hätten sich bisher um die Rechte des Markgrafen wenig gekümmert; es gehe aber nicht an, daß sie nur badisch sein wollten, wenn es an's Zahlen ginge; hielten sie sich im übrigen zur Nationalversammlung, so müßten sie es sich auch gefallen lassen, wenn dieselbe sie mit Abgaben belegte; der Markgraf könne sich ihrer nicht eher annehmen, als bis sie versprächen, ihn als alleinigen Landesherrn anzuerkennen und allen Beziehungen zu Frankreich, soweit sie den Friedensschlüssen zuwiderliefen, zu entsagen. Die Abgeordneten versprechen auch, eine solche Erklärung der Beinheimer Unterthanen zu erwirken und der badischen Regierung zuzuschicken. Es wird ihnen, falls eine solche Bittschrift bald eintreffe, weiterhin in Aussicht gestellt, daß der Markgraf dann die neugewählte Municipalität bestätigen wolle (Protokoll des Geh. Rathes 4. Dec. 1790). — Weiterhin ergiebt sich aber aus den Acten, daß diese Bittschrift in der That nicht eingelaufen ist. Dagegen richten im Juni 1791 der Maire und die Gemeinde Beinheim, als ihnen die Einführung der Grundsteuer droht, ein Gesuch an den Markgrafen, sie bei ihren Freiheiten zu schützen; es wird ihnen indeß erwidert, der Markgraf kenne keinen Maire und keine Municipalität von Beinheim (Protokoll des Geh. Rathes 6. Juni 1791).

. . . C'est en conséquence de cette disposition préparatoire que le Roi avait jugé à propos d'envoyer le chevalier de Ternant à la cour de Bade. L'objet de sa mission était de faire adopter par Mr le Margrave de Bade le principe de l'indemnité et de l'engager à fournir les éclaircissements nécessaires pour constater les droits de S. A. S. qui pouvaient en être susceptibles.

Cette ouverture aussi simple que convenable aux circonstances n'a été ni adoptée, ni rejetée; et d'après la réponse faite par S. A. S., le Roi a dû penser, qu'elle n'avait de la répugnance à s'expliquer clairement que parceque l'indemnité n'était pas encore décrétée d'une manière précise et parcequ'il n'avait également rien été statué ni sur la quotité ni sur le mode de cette même indemnité.

La première de ces difficultés ne subsiste plus. Le Roi vient de sanctionner le décret, dont la copie est ci-jointe[1].

Quant à la seconde, il est évident qu'elle ne pourra être levée que dans le cours de la négociation qu'il s'agit d'établir et pour laquelle le Roi invite S. A. S. à envoyer un fondé de pouvoir à Paris. S. M. doute d'autant moins de l'empressement de ce prince à se prêter à cette mesure, que c'est la seule propre à faire cesser les réclamations de S. A. S. et à concilier avec équité . . . les intérêts de Mr le Margrave de Bade avec les principes de l'assemblée nationale . . . .

Au surplus le soussigné a ordre de faire observer au ministre de S. A. S. qu'il sera nécessaire,

1) que la personne qui sera chargée de la négociation . . . soit munie des pièces nécessaires pour constater les possessions de Msgr. le Margrave de Bade, leur nature, les droits honorifiques et utiles qui y sont attachés, ainsi que leur produit annuel;

2) que la même personne soit autorisée à discuter et à déterminer non seulement la quotité, mais aussi le mode de l'indemnité qui doit être accordée[2].

---

393. Gutachten des Geh. Raths Schlosser.

[Karlsruhe] 24. Dec. 1790.

[Warnung vor der Politik des Bischofs von Speier.]

Besprechung mehrerer neuerer Zuschriften des Bischofs von Speier. Sein Rath sei, daß man die Correspondenz mit dem Bischof so lau und zurückhaltend als möglich

---

[1] Decret der Nationalversammlung vom 28. Oct. 1790, bestätigt 5. Nov. «que le Roi sera prié de faire négocier avec les dits princes une détermination amiable des indemnités qui leur seront accordées pour raison de droits seigneuriaux et féodaux supprimés par les dits décrets, et même l'acquisition des dits biens, en comprenant dans leur évaluation les droits seigneuriaux et féodaux qui existaient à l'époque de la réunion de la ci-devant province d'Alsace au royaume de France. Vergl. Reuß Staatskanzley 34. 292.

[2] Eine gleichlautende Note Mackau's ergeht auch an das würtembergische Ministerium.

führe. Derselbe suche die andern Fürsten zu ungeeigneten Schritten zu verleiten; seine Raisonnements seien oberflächlich und berücksichtigten weder die Lage Europa's, noch die Erfahrungen, die Deutschland seit Karl V. gemacht habe. Man solle auch den Schein vermeiden, als ob Baden die Grundsätze des Bischofs adoptire, und ihm von den diesseitigen Maßregeln nicht mehr mittheilen als unumgänglich nothwendig. Das Beste sei, in der elsässischen Sache vorerst nichts zu thun, bis dieselbe beim Reichstag zur Sprache gebracht werde; es gelte vor allem zu verhüten, daß kein Krieg daraus entstehe.

394. Edelsheim an Mackau.

Karlsruhe, 3. Jan. 1791[1].

[Die deutschen Rechte im Elsaß durch die Revolution nicht modificirt. Bedingungen für eine event. Verhandlung über dieselben.]

Le soussigné a l'honneur de rappeler à M. le Baron de Mackau, Ministre Plénipotentiaire de Sa Maj. T. C., en réponse à la note du 17. Dec. dernier, la différence essentielle entre les droits connus en France sous le nom de droits féodaux et ceux que les souverains de l'Allemagne possèdent sur la rive gauche du Rhin.

Quelques puissent être les droits que la France a acquis en Alsace, il est notoire cependant que l'immédiateté des possessions appartenantes aux états de l'Allemagne dans cette province leur a été très expressément abandonnée. Leurs droits se trouvent ainsi reservés, non par les constitutions du royaume de France, mais par les mêmes traités de paix, par lesquels la France a acquis ses droits en Alsace et en Lorraine.

Les possessions des princes allemands ne peuvent donc jamais être regardées comme faisant partie de la masse des biens de la nation française.

Partant de ce principe incontestable et fondés sur les traités les plus solennels, les souverains allemands ne devaient pas s'attendre à être compris dans le nouvel ordre des choses qu'on a trouvé bon d'établir pour les sujets de la France, mais être persuadés au contraire qu'on ne voudrait jamais entreprendre aucune suppression ni modification de leurs droits, à moins que ces changements ne fussent faits de gré à gré.

C'est dans ce sens que Msgr. le Margrave de Bade a envisagé les propositions de Mr. le Chevalier de Ternant, et les égards respectueux qu'a S. A. S. pour tout ce qui lui est adressé de la part de S. Maj. T. C. l'ont engagé dès lors à déclarer, qu'Elle se prêterait volontiers à des vues conciliatoires sur l'objet susmentionné sous les conditions suivantes:

que la France voulût s'expliquer d'avance sur les moyens qui pourraient satisfaire les états du St. Empire interessés à cet accommodement; que ceux-ci agréassent de concert avec la maison de Bade la voie d'un

---

[1] Dieses Schreiben ist o. D. und ohne den Namen Edelsheims schon gedruckt in Reuß Staatskanzley 35, 197 ff.

accommodement, et que tout ce qui serait arrangé par la négociation proposée serait confirmé à la Diète de l'Empire Germanique.

Msgr. le Margrave ne saurait se départir de ces principes vu qu'ils tiennent à ses liaisons constitutionnelles avec ses coétats et aux lois fondamentales de l'Empire, d'autant plus que la dernière Diète Électorale a demandé au chef de l'Empire d'intervenir dans cette affaire et de la porter à la Diète, et que S. Maj. Imp. doit en conséquence déjà avoir fait faire des représentations à S. M. T. C.

Cette démarche paraît rendre inutile toute explication ultérieure. Cependant Msgr. le Margrave de Bade ne manquera pas de communiquer incessament à ses coétats le contenu du mémoire de Mr. le Baron de Mackau et de hâter leurs réponses, toujours empressé de donner de nouvelles preuves de son envie à cimenter les rapports d'amitié et de bon voisinage, qui subsistent entre l'Allemagne et la France pour le plus grand bonheur des deux nations.

Paris. Arch. Concept im Karlsr. Arch.

395. Karl Friedrich an den Reichstagsgesandten Grafen von Görtz[1].

Karlsruhe, 13. Jan. 1791.

[Befragung der unintereſſirten Höfe in Betreff der französischen Entschädigung.]

Bei der augenblicklichen Lage der Dinge hält der Markgraf vorläufig wenigstens die Einleitung von Vergleichsverhandlungen für geboten. Da man aber eine Entschädigung „in baarem Geld oder Assignaten oder der französischen Hoheit unterworfenen Gütern" nicht annehmen könne und eine Entschädigung „in immediaten souveränen Liegenschaften, die an den Reichsnexum allein gebunden blieben", kaum zu hoffen sei, so wünsche man zu vernehmen, „ob und welche Indemnisations- oder welche andere conciliatorische Mittel von den unintereſſirten Höfen etwa an die Hand gegeben werden dürften".

396. Landvogt von Blittersdorff an [Edelsheim.][2]

Mahlberg, 24. Jan. 1791.

[Gegenrevolutionspläne und der bischöfliche Hof von Straßburg. Die Haltung des badischen Hofes von diesem getadelt.]

Blittersdorff berichtet über eine Unterredung, die er Tags zuvor mit Hr. von Türkheim[3] gehabt.

[1] Concept in den Protokollen des Geh. Rathes.

[2] Joseph Wilhelm von Blittersdorff (Vater des bekannten badischen Staatsmannes, † 1861), seit 1788 Landvogt von Mahlberg: „er zeichnete sich auch bei Dämpfung der kurzen Unruhen von 1789 aus; der Markgraf ließ ihm dafür besonders danken" (v. Drais II. Beil. S. 79.). Das obige Schreiben scheint an Edelsheim gerichtet zu sein.

[3] Es ist wol zu verstehen Johann (V.) von Türkheim (geb. 1749 gest. 1824), bis 1789 eines der einflußreichsten Mitglieder des Straßburger Magistrats, dann Mitglied der Nationalversammlung in Versailles; er hatte aber bald sein Mandat niedergelegt und lebte seit 1790 meist auf seinem im Badischen gelegenen Gut Altdorf in der Mortenau; sein jüngerer Bruder war der als Gemahl von Goethe's „Lilli" bekannte,

Er sagte mir: der bischöfliche Hof seie mit dem unsrigen nicht zufrieden, indem die Vorgänge in Grenzach im Röttelischen die Gegenrevolution, wegen welcher sich mehrere französische Große in der Nähe in der Schweiz aufgehalten, vereitelt habe. Vorzüglich schreibe der bischöfliche Hof E. Exc. die mehreste Ursach diesenthalb zu; denn Hochdieselbe seie ein erklärter Freund von der Volkspartie; insbesondere werde dafür gehalten, der Hofrath Reinhard[1] habe seine Aufträge strenger vollzogen, als ihme befohlen worden.

Blittersdorff erwidert, der Markgraf dürfe sich in die französischen Händel nicht weiter einmischen, als die „höchste Noth" erfordere; es sei seltsam zu begehren, daß er sich „auch nur durch Connivenz" in Unannehmlichkeiten verwickeln lasse, „die weitaussehend hätten werden können."

Um zu beweisen, wie tief der Plan angelegt war, führt er an, daß vor 14 Tagen eine ganze Reihe von Pässen von dem Oberamt Ettenheim[2] ausgefertigt und in's Elsaß verschickt worden seien, dahin lautend, daß der Inhaber, dessen Name unausgefüllt geblieben, auf seiner Reise nach der Schweiz nicht behindert werden möge.

---

397. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 10. Febr. 1791.

[Die badischen Denkschriften wegen der Elsässer Angelegenheit vor dem Reichstag. Das kaiserliche Commissionsdecret.]

Görtz dankt dafür, daß man ihm die ebenso „gründlich, als anständig und milde, aber den Gegenstand erschöpfende zwei Memoires „wegen Beinheim und Rodemachern[3] mitgetheilt, räth indeß mit deren Uebergabe in Regensburg zuzuwarten, bis das kaiserl. Commissionsdecret wegen der Elsässer Angelegenheiten erscheinen werde[4].

---

spätere badische Finanzminister (1809) Bernhard Friedrich von Türkheim; über beide Brüder vergl. Rathgeber Elsässische Geschichtsbilder aus der franz. Revolutionszeit (Basel 1886) S. 185 ff. und desselben Der große Markgraf und seine elsässischen Minister (Straßburg 1887) S. 33 ff.

[1] Maximilian Wilhelm Reinhard, seit 1782 Landschreiber der Herrschaft Rötteln in Lörrach, 1792 als Geh. Rath nach Karlsruhe berufen, später in verschiedenen hohen Staatsämtern, † 1812. (v. Drais a. a. O. S. 104. Huhn S. 912.)

[2] Oberamt Ettenheim, zum Hochstift Straßburg gehörig, wohin der Fürstbischof Cardinal Rohan jetzt seine Residenz verlegt hatte.

[3] Vergl. oben S. 349.

[4] Dieses kaiserliche Commissionsdecret, mit welchem die officielle Verhandlung der elsässischen Angelegenheit am Reichstag eröffnet wird, dat. Regensburg 26. April 1791 s. bei Reuß Staatskanzley 35. 199 ff. Die Verhandlungen über dasselbe im Reichsfürstenrath fanden in der Zeit vom 4. Juli bis 6. August statt; das badische Votum (ebendas. 36. 12), vom Graf Görtz abgelegt, schließt sich ganz dem herzogl. Magdeburgischen (d. i. preußischen) an (ebendas. 35. 226 ff.), welches alle gegen den Inhalt des westfälischen Friedens streitenden Beschlüsse der Nationalversammlung für „nichtig und unkräftig" erklärt, aber doch die Fortsetzung gütlicher Verhandlungen mit der französischen Regierung beantragt; das badische Votum fügt nur als wünschenswerth hinzu, „daß vor dem Schluß des Protokolls die seitdem sich ereignete unvorhergesehene Krisis [d. h. die Folgen der Flucht und Gefangennahme des Königs Ludwigs XVI.] hätte mögen abgewartet werden, um nach deren noch jetzt ungewissem Erfolg mit mehrerer Gewißheit urtheilen zu können, wie . . . weitere Vorstellungen am zweckmäßigsten würden können bewirket werden".

398. Der würtembergische Reichstagsgesandte v. Seckendorff an Edelsheim[1].

[Regensburg] 21. Febr. 1791.

[Lage in Frankreich. Gemeinsame Behandlung der Entschädigungsfrage. Unpolitisches Gebahren des Bischofs von Speier.]

Les affaires de la France se trouvent encore toujours dans une situation bien inquiétante. L'on paraît vouloir presser la Diète à délibérer sur un parti à prendre — et je ne vois pas, lequel? car il ne suffit pas encore de menacer, il faudrait savoir frapper et réaliser en même temps. Je suppose que Votre S^me cour ne sera également pas disposée de terminer son accord avec la France sur d'autres principes qu'en réunissant l'intérêt particulier de Votre cour à celui de l'Empire entier. C'est aussi la manière, comment mon S^me maître se propose d'en agir. Elle n'exclut pas cependant la possibilité d'écouter les propositions d'indemnité de la part de la France, ce qui peut toujours se faire *salvis iuribus cuiuscunque*. Il aurait été à désirer que S. A. de Spire eût agi avec la même modération; car de déclamer toujours le *spoliatus ante omnia restituatur*, lorsque l'on a à faire à une grande nation gouvernée aujourd'hui par 1200 têtes exaltées, ne peut absolument qu'aigrir, sans convaincre, au lieu qu'en combattant les moyens d'indemnité que l'on offrirait de l'autre part par des raisons palpables ferait assurément un plus grand effet et serait plus digne de la bonne politique.

---

399. Edelsheim an Seckendorff[2].

o. D. [Ende Febr. — Anfang März 1791.]

[Parteien im Elsaß. Cardinal Rohan. Aufregung in den Nachbarstaaten und in Baden. Uneinigkeit der Reichsstände. Zweideutige Haltung Würtembergs. Wirkung der Seckendorff'schen Memoires. Kaiser und Reichstag.]

Notre position nous oblige de nous occuper fortement dans ce moment-ci des affaires de France. Tout est dans la plus grande agitation autour de nous. La province d'Alsace est partagée en trois parties, les royalistes, les démocrates et les impériaux. Le Cardinal de Rohan protège ouvertement la folle idée de rassembler quelques mille hommes de fuyards, de déserteurs et de vagabonds pour former une révolution en France[3], qui ne s'y opèrera jamais, si elle ne part point de ce même faubourg St Antoine qui lui a donné naissance, met tout son petit pays en fermentation et liaisons avec les démocrates ultra-Rhins. Les sujets d'Autriche sont infectés de cet exemple.

---

[1] Auszug in Abschrift. Das Original fehlt.

[2] Auszug in Abschrift. Das Original fehlt.

[3] Vergl. Strobel-Engelhardt Gesch. d. Elsasses V. 468 ff.

Les sujets de l'évêque de Bâle, qu'on a abandonnés depuis longtemps à la France, sont en rébellion ouverte. Nos sujets, qui voient la désobéissance à leur droite et à leur gauche et devant eux, et qui sont soufflés par le canton de Bâle qui, étant entièrement marchand, doit nécessairement fomenter les principes démocrates, sont agités fortement, et je suis persuadé, qu'il n'y a que l'impression personnelle de leur souverain qui les retient à l'ordre. Je vois bien le système de la cour autrichienne en tout cela; mais on y temporise, et quand le moment de se déclarer viendra, je ne prévois qu'une guerre, qui est encore le plus grand mal qui puisse nous arriver sur le Rhin. . . . Il n'y a que plaies et bosses à gagner pour nous dans cette malheureuse rencontre.

Comme la désunion est l'épine de toutes les affaires dans l'Empire, elle règne aussi parmi les états coparprenants à la grande discussion de la France. La cour de Wurtemberg surtout flotte singulièrement entre l'attachement aux principes tant de fois approuvés par elle et les moyens de conciliation que lui proposa la France. Ses démarches sont maintenant conçues à fil blanc et doivent nécessairement produire la plus grande méfiance. Les réponses très tardives que nous en recevons sont si fortement marquées de l'empreinte de la duplicité, que nous devons en rester surpris.

V. E. aura sans doute approuvé l'usage que j'ai fait des mémoires[1] qu'Elle a bien voulu me communiquer à Francfort. J'ai tâché d'en travestir le stile, pour que personne ne reconnaisse ni le Baron de W.[2] ni V. E., et cela m'a parfaitement réussi; car quoique les dits mémoires soient présentement parvenus à toutes les cours de l'Allemagne, on n'en a cependant découvert les auteurs d'aucune. Ils serviront, comme de droit, à toutes les délibérations futures, et le pour et le contre des seules deux opinions qu'il y a dans cette affaire y est si parfaitement détaillé, qu'il n'y avait pas de plus grand service à rendre à la patrie que de les mettre entre les mains de leurs chefs.

Rien de si surprenant que l'Empereur, après avoir lâché sa lettre au Roi de France[3], supporte maintenant le silence de cette couronne, sans même donner avis légal à l'Empire sur ce qu'il a fait. Peut-être que S. M. attend le moment, où elle aura rassemblé un corps de troupes sur les frontières, après avoir tiré la Reine des griffes des démagogues; mais cette entreprise a encore bien mal réussi.

---

[1] Es ist nicht ersichtlich, auf welche Memoires sich dies bezieht.

[2] Vermuthlich der dänische Gesandte Baron v. Wächter, vergl. oben S. 383.

[3] Schreiben des Kaisers Leopold II. an K. Ludwig XVI. dat. Wien 14. Dec. 1790, worin er sich über die Schädigung deutscher Reichsstände durch die Beschlüsse der Nationalversammlung beschwert (Reuß Staatskanzley 35. 183 ff.).

Il est plaisant, qu'au lieu de cette annonce que tout le monde attendait, l'Empereur ait donné son premier décret pour procurer une aumône au Comte de Pappenheim[1].

400. Das würtembergische Ministerium an das badische.

Stuttgart, 28. Febr. 1791.

[Entschließung auf Berichte aus Paris vertagt.]

Man dankt für wiederholte Mittheilungen und bedauert, daß man wegen der „von Zeit zu Zeit sich ergebenen so verschiedenen Nachrichten und Ereignisse" nicht in der Lage gewesen sei, vertraulichen Aufschluß über die Entschließung des Herzogs zu geben. Dieselbe hänge hauptsächlich von den Berichten ab, die man von dem vor kurzem nach Paris abgereisten herzogl. Gesandten erwarte; sobald eine solche getroffen sei, werde man sie dem badischen Ministerium mittheilen.

401. Promemoria des Geh. Raths Schlosser.

Karlsruhe, 27. März 1791.

[Gegen die Truppenansammlung der Emigranten.]

... Ich höre ..., daß ein Corps von 600 Mann in Ettenheim zusammengeflossen sein soll[2]. Wegen dieses würde es nicht undienlich sein, sich mit der Freiburger Regierung in Korrespondenz einzulassen, um zu hören, ob sie nicht den Kardinal von solchen Unternehmungen zu dehortiren veranlaßt werden möge[3]. Die Sache scheinet mir so bedenklich zu werden, daß ich glaube, es wäre S^{mo} anzurathen, dem Prinz Condé und dem Mirabeau ernstlich anzuliegen, daß sie ihre Leute alle aus den ober- und unterländischen Oberämtern wegschaffen ...

402. Der Resident Mühl an den Geh. Rath.

Wien, 16. April 1791.

[Bevorstehende Ankunft des neuen vorderösterreichischen Regierungspräsidenten.]

... Der neue vorderösterreichische Regierungspräsident, Freih. v. Summerau[4], ist vorgestern von hier abgereist. Ich habe ihm gute Nachbarschaft und Willfähigkeit sehr empfohlen, und er hat auch deswegen die besten Versicherungen gegeben.

---

[1] Kaiser Leopold II. verwandte sich dafür, daß dem Reichserbmarschall Grafen von Pappenheim für die Erfüllung seiner Functionen bei der Kaiserwahl und bei der Krönung von den Kurfürsten die herkömmliche Gratification von 3000 fl. und von dem Reiche eine Beihilfe von einem Römermonat gewährt werde; beides wurde bewilligt; s. die Acten über die Angelegenheit bei Reuß Staatskanzley 36. 133 ff.; das kaiserliche Commissionsdecret an den Reichstag, worauf Edelsheim anspielt, ist vom 21. Febr. 1791 (ebendas. S. 158 ff.)

[2] Am 14. März trafen dort die ersten Werbetruppen ein.

[3] Am folgenden Tag wird in der That ein Schreiben an die Freiburger Regierung gerichtet und der Wunsch nach einem gemeinsamen Vorgehen in dieser Angelegenheit ausgesprochen. Dieselbe erwidert am 7. April, man werde Durchzüge von Truppen, die keinem Reichsstande oder keiner europäischen Macht angehörten, nicht dulden.

[4] Nachfolger des Freih. Joh. Adam v. Posch.

403. Präsident v. Gayling an v. Geusau[1].

Müllheim, 9. Juli 1791.

[Im Oberland herrscht Ruhe.]

Es ist alles in den oberen Gegenden ruhig und zufrieden, alle Anstalten sind so getroffen, daß das liederliche Gesindel gehörig abgehalten werden kann, und von denen guten Elsasser Leuten ist nichts zu befürchten. Unsere Leute gedenken auch nicht daran, dem Exempel zu folgen; sie bezeugen es mir bei aller Gelegenheit und daß sie sehr unserm gnädigsten Herrn attachirt sind. . . .

---

404. Edelsheim an Karl Friedrich.

Ettlingen, 23. Juli 1791.

[Ein Votum des Geh. R. Schlosser, Reichstagssachen betreffend.]

. . . In solcher[2] ist ein weitläufiges Votum des Geh. R. Schlossers über die Reichstagssachen vorgekommen, in welchem zwar die Ausdrücke abgeschliffener und milder als die sind, die in seinem gewöhnlichen Dictionnaire stehen, doch aber Grundsätze, Meinungen und Erklärungen enthält, die ich, wenigstens ohne E. Hf. D. davon zu präveniren, nicht von der Art finde, daß sie Hochderoselben können im Conseß vorgelesen werden. Ich habe daher ein Votum darüber gefertigt und lege beide Hochderoselben vor.[3]

---

405. Der badische Geh. Rath an den Residenten Mühl in Wien.

Karlsruhe, 25. Juli 1791.

[Besorgniß vor kriegerischen Absichten des Wiener Hofes; Auftrag zu genauer Berichterstattung.]

|: Es ist zu besorgen, daß die Deliberation des Reichstags weiter führen und Deutschland [in] einen Krieg mit Frankreich verwickelt werden dürfte. Es ist uns wegen des Reichstagsvoti und der req[4]. . . . Sicherheit dieser Lande sehr daran gelegen, so zuverlässig als thunlich zu wissen, ob das Kaiserl. Kabinet eine solche kriegerische Absicht habe und sonderlich ob[5]. . . . Instruktion dahin abziele. Es ist auf S^{mi} höchsten Befehl, daß wir unsren &c. dringend ersuchen, alles anzuwenden, so zuverlässig als thunlich Auskunft zu schaffen, wozu alle nöthigen Ausgaben zu machen sind; auch werden S^{mus} diesen wichtigen Dienst besonders belohnen. Auf das Benehmen des polnischen Gesandten in Wien, auch auf das, was preußischerseits daselbst vorgenommen werden wird, nicht weniger auf das Benehmen des Hofkriegsraths und Truppenbewegungen, auch auf den Sistower

---

[1] Der Adressat ist wohl der badische Oberstjägermeister Freih. Karl v. Geusau († 1803). Ueber Gayling s. oben S. 337.

[2] d. h. in der Sitzung des Geh. Rath-Kollegs.

[3] Das bezügliche Gutachten und Votum Schlossers liegt nicht vor, ebenso wie das Gegenvotum Edelsheims.

[4] Schluß des Wortes unleserlich.

[5] Lücke in der Dechiffrirung.

Congreß oder andere Verhandlungen über den türkischen Frieden, überhaupt auf alles, was auf jene Entschließung Einfluß haben dürfte, ist ein vorzügliches Augenmerk zu richten, dieser Auftrag aber zu secretiren. :|

Chiffrirte Beilage zu einem Schreiben des Geh. Raths an Mühl dat. 25. Juli 1791.

---

406. Graf Ludwig von der Provence an Karl Friedrich[1].

Schönbornsluft, 28. Juli 1791.

[Bitte um militärischen Schutz für den Cardinal Rohan.]

Der Graf von der Provence befürchtet einen feindlichen Ueberfall für den Cardinal Rohan, durch den auch die benachbarten Lande gefährdet würden.

... Pour remplir ces différentes vues, je Vous demande de garnir de quelques troupes d'infanterie et de cavalerie Vos possessions les plus voisines des baillages de l'évêché de Strasbourg et de donner ordre à ceux qui les commanderont de se porter sur la demande de Mr le Cardinal de Rohan, où les circonstances l'exigeront, au cas seulement d'invasion de la part des habitants de la rive opposée du Rhin. J'ai tout lieu d'espérer, que S. M. Imp. accèdera à la prière que je lui fais et donnera à la régence de Fribourg les mêmes ordres que je Vous demande aujourd'hui. Je témoigne mon désir à ce sujet avec d'autant plus de confiance, que toutes ces dispositions sont conformes aux loix de l'Empire et à la constitution germanique ...

Eigenhändig.

---

407. Präsident v. Gayling an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 9. Aug. 1791.

[Ein Angriff von Elsaß her nicht zu befürchten.]

Im Elsaß herrsche Ruhe; man rüste zur Vertheidigung; von einem Angriffe sei keine Rede, man sei viel zu schwach dazu, die Zahl der Truppen betrage nicht über 18000 Mann, und diese seien ohne alle Disciplin und Schulung.

---

408. Der Resident Mühl an den Geh. Rath.

Wien, 13. Aug. 1791.

[Keine kriegerischen Absichten am Wiener Hof. Die Gefangennahme Ludwigs XVI. und der Aufruf von Padua; Haltung von Preußen; von England; kein Krieg mit Frankreich in Sicht. Bitte um Geheimhattung.]

Antwort auf die Zuschrift des Geh. Rathes vom 25. Juli (Num. 405).

Ich habe niemals abnehmen können, daß man hier in Absicht auf Frankreich kriegerische Absichten habe. ... Die innere und äußere Stellung der Sachen, vereint mit der persönlichen Gesinnung sowohl des Souveräns, als anderer Hauptpersonen,

---

[1] Der Bruder König Ludwigs XVI. (Louis Stanislaus Xavier), nachmals König Ludwig XVIII. In Betreff des Bescheides auf das Verlangen desselben s. u. Num. 411. Schönbornsluft ist das in der Geschichte der französischen Emigranten vielgenannte Lustschloß des Kurfürsten von Trier bei Coblenz.

dienten mir zu weiterer Gewährleistung. Im geheimsten Vertrauen bekenne ich, daß der einzige Fürst Colloredo mir hitziger zu denken schien; allein der Gegenstand gehört vor die Staats- und nicht vor die Reichskanzlei, und beide sind mehr als jemals mit einander gespannt. Seit der Gefangennehmung des Königs hat man sich wohl ein wenig geändert. Jene und was damit verbunden ist, hat den Kaiser sehr afficirt, und S. M. hatten noch dazu kurz vorher den Comte Artois und Calonne in Italien gesprochen. . . .

Von Padua aus habe der Kaiser am 6. Juli an die Höfe von London, Madrid, Berlin, Neapel und Turin, sowie nach Petersburg Mahnschreiben erlassen und dabei auch „seiner reichsoberhauptlichen Eigenschaft und der Mitwirkung des Reichs" gedacht. Er habe eine nachdrückliche gemeinschaftliche Erklärung an die Nationalversammlung beantragt. Die Sache des Königs sollte für eine gemeinsame erklärt und nur die Verfassung als rechtmäßig anerkannt werden, welche die Genehmigung des Königs erhalte. Der König von Preußen habe sich damit einverstanden erklärt und nur gewünscht, daß man, ehe die gemeinschaftliche Erklärung erfolge, genau festsetze, „wie man sie allenfalls . . . thätig durchsetzen könne", „um sich nicht zu prostituiren, auch in aller Betrachtung nur übel ärger zu machen".

Zugleich habe er darauf gedrungen, „daß alles besonders mit England überlegt und beschlossen werden müsse". Von dort habe man nun zwar laut Antwort vom 23. Juli „alle Theilnehmung an dem Schicksale des Königs von Frankreich bezenget, alle und jede andere Unterhandlungen sind aber auf die vor allem nöthige Endschaft des Friedensgeschäftes und die Fest- und Sicherstellung des allgemeinen Ruhestandes ausgesetzt". Ein Krieg mit Frankreich sei weit entfernt. „Der wahre Zustand der Finanzen, der Population und der inneren Angelegenheiten" lasse von dem Wiener Hofe nie eine kriegerische Thätigkeit erwarten.

Smus geruhen gnädigst versichert zu sein, daß ich auf diesen und andere darauf Einfluß habende Gegenstände, auch in Hinsicht auf Hochderoselben und Ihrer Lande Interesse, das sorgfältigste Augenmerk richten werde. Unterthänigst muß ich aber bitten, über den Inhalt meiner diesfälligen Berichte strengstes Geheimnis zu empfehlen. . . .

Concept zur Chiffrirung bestimmt.

409. Präsident v. Gayling an Karl Friedrich[1].

Karlsruhe, 16. Aug. 1791.

[Besprechung mit dem Fürstbischof von Speier. Kriegspläne des Königs von Schweden. Ohnmacht von Kurpfalz. Vorschläge des Fürstbischofs. Haltung des Herzogs von Würtemberg.]

Vorgestern war ich in Bruchsal und habe daselbst erfahren, daß die von S. Hf. Gn. . . . erhaltende Nachrichten alle dahin einstimmen, wie der König von Schweden die hauptsächlichste Triebfeder sein solle und die übrigen Puissancen auf-

[1] Der Markgraf befand sich in dieser Zeit auf einer Reise im badischen Oberland; der preußische Gesandte von Madeweiß berichtet, daß er dort überall wie ein Vater von seinen Kindern empfangen werde; die Leute seien kaum abzuhalten, ihm die Pferde auszuspannen und den Wagen selbst zu ziehen (dat. 31. Aug. 1791. Berl. St. A.).

muntere, des Königs von Frankreich Parthie mit allem Nachdruck zu nehmen. Der König von Schweden soll positive zugesagt haben, mit 16000 Mann seiner Truppen und 24000 Russen in kurzer Zeit in Ostende zu debarquiren[1]. . . .

Oesterreich und Preußen haben sich damit einverstanden erklärt; bei der bevorstehenden Zusammenkunft beider Monarchen werde gemeinsam weiteres definitiv vereinbart werden. Um den Truppenaufmarsch möglichst unbemerkt zu bewerkstelligen, würden die Requisitionen erst einlaufen, wenn die Truppen von Ort und Stelle nicht mehr weit entfernt seien. Schweden werde vermuthlich wegen der Truppen mit Kassel eine Uebereinkunft treffen, Verhandlungen mit Pfalzbaiern seien gescheitert.

Pfalz seie übrigens in gar keiner Verfassung, es fehle an Leuten und Geld, so daß die Mobilmachung schwer halten würde. . . . Im Ganzen ginge des H. Bischofs Meinung dahin, jetzo erst abzuwarten, welche Maßregeln der Kaiser ergreifen würde, die Mobilmachung unter der Hand möglichst zu beschleunigen, keinen Cordon noch zur Zeit zu ziehen, sondern solche so zu verlegen, daß die Truppen nach Befinden schleunige Hilfe einander leisten könnten, und endlich, daß die Kreise ohne förmliche Association sich näher miteinander verbünden, um Ruhe und Ordnung im deutschen Reich zu erhalten.

Es sind meines Erachtens dieses die nämlichen Grundsätze, nach welchen fürzugehen E. Hf. D. höchste Willensmeinung ist. Da der Herr Bischof nicht gut bei der Nationalversammlung angeschrieben ist, so befürchtet er hauptsächlich, daß seine Lande in der Gegend von Landau sehr nothleiden dürften. . . .

Die Absicht der Reise des H. Herzogs von Würtemberg ist mir auf die nämliche Art eröffnet worden, wie solche bereits E. Hf. D. bekannt ist. Man versichert mich zugleich, wie es noch keine 14 Tage seien, daß von Seiten Würtembergs der Nationalversammlung Vergleichsvorschläge geschehen wären: welcher Contrast in denen Handlungen des Herrn Herzogs Durchl.! . . .

---

410. Der Resident Mühl an den Geh. Rath.

Wien, 16. Aug. 1791.

[Politische Nachrichten aus Wien. Polen; Preußen; die Sendung Bischofswerders nach Wien.]

Fortsetzung des Berichtes vom 13. Aug. (Num. 408).

. . . Was nun erstlich das Benehmen des polnischen Gesandten betrifft, so scheinet er seit der letzten Revolution wie überhaupt, also insbesondere wegen Thorn und Danzig beruhiget zu sein. . . .

Zweitens Preußen betr., so ist, nachdem allendlich die vielen Fluctuationen

---

[1] Ueber die contrerevolutionären Bestrebungen des Königs Gustav III. von Schweden, besonders auch an den kleineren deutschen Höfen, finden sich die eingehendsten Nachrichten in der Schrift von Nils Akeson Gustaff IIIs förhallende till franska Revolutionen (Lund 1887); ich kenne dieselbe bisher nur aus der Anzeige in der Revue d'histoire diplomatique I. 623. Vergl. auch Reumont Kleine histor. Schriften (Gotha 1882) S. 329 ff. und die anderweitige Literatur ebendas. S. 393 ff.

überwunden sind und der Friede ratificirt, auch der russische soviel als geschlossen ist, alle nahe Veranlassung zu Misverständnissen gehoben. Vielmehr hat es das Ansehen, daß beide Höfe sich freundschaftlich zusammenstimmen wollen.

Die Mission des Obersten Bischofswerder, der in Wien äußerst gefeiert worden, habe allerdings die türkischen Friedensverhandlungen betroffen, allein zweifellos sei noch ein anderer Tractat verhandelt worden, der im tiefsten Geheimniß geblieben.

... Ich kann mich um so weniger über diesen Tractat und dessen Gegenstände wohl herauslassen, glaube aber Ursache zu haben, um dann zu[1] ... daß er allerhand Particularpunkte betreffe, worüber sich die Höfe haben zu Erzielung guten Vertrauens ... verständigen wollen, worunter u. a. auch der Vertrag mit dem Markgrafen von Anspach gehören mag. England hat an diesem Tractate nicht Antheil gehabt. Eine Allianz ist es aber auch nicht; dergleichen denke ich nicht, daß Preußen mit Oesterreich ohne englische Concurrenz jemals schließen werde. ...

Concept zur Chiffrirung bestimmt.

411. Aufzeichnung Edelsheims über seine Verhandlung mit Abbé d'Eymar.

Karlsruhe, 4. Sept. 1791.

[Abbé d'Eymar in Karlsruhe; militärischer Schutz für Cardinal Rohan verlangt; ausweichende Antwort.]

Am 2. Sept. erscheint der Straßburgische Suffragan Abbé d'Eymar in Karlsruhe bei Edelsheim, um das Schreiben des Grafen von der Provence vom 28. Juli[2] zu überreichen. In einem Conseil zu Schönbornsluft habe man beschlossen, das gleiche Ansuchen an den Kaiser und den Landgrafen von Darmstadt zu richten. Ersterer habe bereits durch den Präsidenten v. Summerau die erbetene Hilfe zugesichert, ebenso der Landgraf.

Edelsheim erwidert, man wisse in Karlsruhe nichts von einer Erklärung Summeraus und könne, ehe man in Freiburg angefragt habe[3], wegen der bestehenden gemeinsamen Verbindung mit Oesterreich keine Antwort ertheilen. Er bemerkt indes, der Aufenthalt des Mirabeau'schen Corps, gegen welches die Angriffe sich richteten, rechtfertige schwerlich eine reichsständische „Beihilfe". Abbé d'Eymar versichert, auch der Cardinal sei mit dem Corps unzufrieden, und habe es nur auf dringende Bitten des Prinzen von Condé aufgenommen; er wünsche einen Ausweg zu finden. Der Vorschlag Edelsheims, dasselbe nach den bischöfl. Besitzungen im Schwarzwald zu verlegen, werde, glaubt er, angenommen, falls Oesterreich, Baden und Darmstadt nur unter dieser Bedingung dem Cardinal ihren Beistand versprächen.

---

[1] Ursprünglich stand im Concepte „glauben"; das an dessen Stelle gesetzte Wort ist unleserlich.

[2] Oben Num. 406. Der Abbé d'Eymar war 1789 als Vertreter des Clerus in dem Wahldistrict Hagenau-Weißenburg in die Nationalversammlung gewählt worden, hatte aber schon im November 1790 sein Mandat niedergelegt und war einer der thätigsten Agenten des Fürstbischofs Cardinal Rohan; s. Strobel-Engelhardt Gesch. des Elsasses V. 280. 468.

[3] Dies geschieht, dat. Karlsruhe 6. Sept. 1791. Edelsheim erblickt eine Verletzung der Reichsverfassung darin, daß das betr. Corps auf deutschem Boden öffentlich von einem fremden Fürsten zu dem Zwecke angeworben und unterhalten würde, um einen Angriff gegen einen mit dem deutschen Reiche zur Zeit noch im Frieden lebenden Nachbarstaat zu unternehmen.

412. Der vorderösterreichische Regierungspräsident v. Summerau an Edelsheim.

Freiburg, 8. Sept. 1791.

[Oesterreich versagt dem Cardinal Rohan seine militärische Beihilfe; verweist auf Kreis-association.]

Summerau verwahrt sich gegen die Behauptung des Abbé d'Eymar, als habe der Kaiser dem Cardinal den erbetenen militärischen Schutz zugesichert. Im Gegentheile, man habe eine Verlegung österreichischer Truppen in das Oberamt Ettenheim aus verschiedenen Gründen nicht für räthlich gehalten, und dem Cardinal angerathen, alles zu beseitigen, was irgendwie Frankreich zu einem feindlichen Einfalle veranlassen könnte.

... Auf diesen Fall aber möge er sich unter anderen an die angrenzenden kreisausschreibenden Fürsten verwenden, allenfalls zur Erneuerung der noch immer bestehenden Association der vorderen Kreise den Antrag machen und dadurch in dem legalen Wege sich die Mittel zur schleunigen Hilfe verschaffen. ...

413. Edelsheim an den kurmainzischen Geh. Staatsrath Joh. v. Müller[1].

Mannheim, 15. Sept. 1791.

[Die Pillnitzer Erklärung; ihr Mißbrauch durch die französischen Prinzen. Gefahr daraus für die Rheinlande; mangelhafte Vertheidigungsmaßregeln. Verhandlungen darüber mit Darmstadt und Kurpfalz.]

Vous aurez vu hier à Aschaffenbourg l'abbé d'Eymar. Il Vous aura dit sans doute qu'il a fait lecture à Msgr. le Margrave de la déclaration de Pillnitz et qu'il en a délivré copie[2] ... Mais ce qui Vous aura bien étonné sans doute, c'est la nouvelle, qu'elle devait paraitre incessamment et que pour cet effet elle était sous presse. En effet, qui aurait pu supposer ce résultat du conseil des princes? Il est assurément tout aussi pernicieux pour eux que pour nous et sans but qu'on n'aurait pu remplir, en suspendant cette démarche ...

Gefährlich für die Prinzen, weil sie dadurch den klaren Beweis geliefert, daß sie wider den französischen Staat conspirirten, und man sie des Thrones verlustig erklären werde; gefährlich für die Grenzlande, weil die Nationalversammlung alsbald Truppen an die Grenzen senden und letztere zu feindlichen Einfällen verleitet würden.

Le seul but que les princes peuvent avoir, en publiant la déclaration, est d'encourager leurs adhérents. Mais je crains bien, que l'effet sera contraire à leur attente ...

Comme cependant à tout évènement il faut se mettre en garde contre

---

[1] Johannes v. Müller, der bekannte Geschichtschreiber und Staatsmann, seit 1786 erst Bibliothekar, dann Staatsrath bei dem Kurfürsten von Mainz; seine Bekanntschaft mit Edelsheim stammt vermuthlich aus der Zeit der Fürstenbunds-Verhandlungen, an denen Müller lebhaft betheiligt war.

[2] Die bekannte zwischen Kaiser Leopold II. und König Friedrich Wilhelm II. von Preußen vereinbarte Pillnitzer Erklärung vom 27. Aug. 1791; s. den Text bei Vivenot Quellen ꝛc. I. 234, und über Entstehung und Bedeutung des Actenstückes v. Sybel Gesch. der Revolutionszeit I. 284 f., v. Ranke Ursprung und Beginn der Revolutionskriege S. 104 ff.

les insultes et pertes qu'on pourrait endurer jusqu'à l'arrivée des troupes autrichiennes et prussiennes et que l'embarras pourrait devenir très pressant et imposant, Msgr. le Margrave a cru qu'il était nécessaire de s'aboucher avec Msgr. le Landgrave de Hesse Darmstadt, espérant qu'outre les 3000 hommes qu'il s'est engagé de fournir par le traité avec la cour électorale de Mayence il voudrait bien avancer un bataillon dans la partie du Comté de Hanau-Lichtenberg; mais S. A. S. paraît être persuadée de l'impossibilité de cette démarche. Il restera donc seul au peu de troupes autrichiennes et aux nôtres de garder 50 lieues des bords du Haut-Rhin. Et entre nous et les forces combinées de Mayence et de Darmstadt il reste un vide, qui peut devenir dangereux, si la cour palatine ne pense pas sérieusement à en soigner la garde . . . Il faudrait dans vue renforcer considérablement les troupes palatines qui s'y trouvent. J'ai eu ce matin une conférence avec Mr d'O[berndorf], dans laquelle il a paru convaincu du besoin de l'exécution de ce projet pour la sûreté du Palatinat. . . .

Concept.

414. Geh. Staatsrath Joh. v. Müller an Edelsheim.

Aschaffenburg, 16. Sept. 1791.

[Die Pillnitzer Erklärung. Kein Krieg zu fürchten; Stimmung in Preußen.]

. . . Je pense comme V. E., que la déclaration ne dit pas assez pour intimider leurs ennemis, mais bien assez pour les aigrir contre eux. Cependant je ne saurais croire qu'ils assailliront l'Empire; ce n'est pas leur intérêt de harceler les puissances. . . .

Au reste, je Vous prie de ne pas ajouter trop de foi aux brillantes espérances dont le bon abbé d'Eymar faisait parade; nous avons eu des nouvelles de bon lieu qui ont confirmé ce que j'ai toujours cru, c. à. d. que les puissances ne se pressent pas, que cette année-ci, suivant toutes les apparences, il n'y aura rien et, suivant mon opinion, pas grande chose jamais. En Prusse les ministres, les généraux, tout le pays sont contre la coalition; il est vrai que S. M. est pour et même fortement, c'est qu'Elle est Roi et que les autres ne le sont pas. . . .

415. König Ludwig XVI. an Karl Friedrich[1].

Paris, 19. Sept. 1791.

[Annahme der Constitution.]

Mon cousin. Je me fais un devoir de Vous informer, que je viens d'accepter la constitution qui m'a été présentée au nom de la nation et d'après laquelle la France sera dorénavant gouvernée. Je ne doute pas

[1] Mit eigenhändiger Unterschrift des Königs und des Grafen Montmorin.

que Vous ne preniez part à un événement aussi important pour mon royaume et pour moi. C'est avec un véritable plaisir que je saisis cette occasion pour Vous renouveler les assurances de la bienveillance que je Vous porte.

Sur ce je prie etc.[1] . . .

416. Karl Friedrich an das schwäbische Kreisausschreibeamt[2].

Karlsruhe, 19. Sept. 1791.

[Wachsende Gefahr für die rheinischen Lande; Bitte um Kreishilfe.]

Die Pillnitzer Zusammenkunft und Vereinbarung, fürchtet man, werde eine beträchtliche Verstärkung der französischen Truppen im Elsaß, sowie anderseits eine Vermehrung des Mirabeau'schen Corps zur nächsten Folge haben. Dadurch gerathe der Kreis, speziell die am Rhein gelegenen Lande, trotz Beobachtung strengster Neutralität in augenscheinliche Gefahr, einem feindlichen Ueberfalle preisgegeben zu werden.

Oesterreich verfüge im Breisgau nur über wenig Militär; Baden habe daher sogar die Ortenau zu beschützen übernommen. Der Markgraf sei aber, selbst wenn er im Nothfalle eine bewaffnete Landmiliz von einigen tausend Mann aufstelle, nicht im Stande, die ganze Rheinlinie gehörig zu decken; er sehe sich daher genöthigt, die Hilfe des gesammten Kreises anzurufen. Er ersuche, den Contingenten des badischen Kreisviertels die Ordre zu ertheilen, sich mit dem badischen Militär zu vereinigen; zu dem Schutze der Rheinbrücke bei Kehl bitte er ein Bataillon der übrigen Kreistruppen mit der nöthigen Artillerie nach Kehl zu beordern[3].

417. Kurfürst Friedrich Karl von Mainz an Karl Friedrich.

Mainz, 19. Sept. 1791.

[Der Plan, die russische Garantie für die geschädigten Reichsstände anzurufen.]

Der Kurfürst beklagt, daß trotz wiederholter Mahnung das Ratificationsdecret des letzten Reichsgutachtens noch nicht erfolgt sei und daß überhaupt die mächtigeren deutschen

[1] Edelsheim setzt sich wegen Beantwortung dieses Schreibens mit mehreren benachbarten Höfen ins Benehmen. Die Antwort selbst erfolgt erst am 3. Nov. d. J.: der Markgraf dankt für die Mittheilung, enthält sich jeder Bemerkung über die Annahme der Constitution und versichert den König seiner unwandelbaren Verehrung. Ueber die Verlegenheit, welche die Beantwortung des obigen Schreibens den kleineren deutschen Höfen machte, vergl. auch Vivenot Quellen z. Gesch. der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs (Wien 1873) I. 262.

[2] Die kreisausschreibenden Stände des schwäbischen Kreises waren der Bischof von Constanz und der Herzog von Würtemberg.

[3] Die drohenden Erklärungen, welche der König am 14. Dez. in der Nationalversammlung abgab und welche sich hauptsächlich gegen den Kurfürsten von Trier richteten, sowie Drohungen des Generals Luckner, daß er mit der Vertreibung der Emigranten aus den straßburgischen Landen den Anfang machen werde, erfüllten die badische Regierung mit erneuter Besorgniß und veranlaßten dieselbe, sich am 30. Dec. unter Schilderung der bedrohlichen Lage abermals an das Kreisausschreibeamt zu wenden.

Höfe sich wenig um das Schicksal der geschädigten Stände kümmerten[1]. Man müsse die Hilfe annehmen, woher sie komme. Der Antrag von Kurpfalz, Kurtrier und Speier, Rußland als Garant des westfälischen Friedens zum Schutze des Reichs aufzurufen, sei von Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover abgelehnt worden; die letztgenannten Höfe hätten ihre Bedenken auch in Mainz vorgetragen. Indeß sehe der Kurfürst nicht ein, inwiefern diese Garantie den minder mächtigen Fürsten, welche keine Eroberungsgelüste trügen und nur die Erhaltung der Reichsverfassung wünschten, gefährlich werden könnte. Er habe daher seinen Reichstagsgesandten angewiesen, zu erklären, daß er weder einem andern Reichsstande es verdenke, wenn derselbe russische Hilfe anrufe, noch selbst darauf verzichte.

Der Kurfürst wünscht des Markgrafen Ansicht darüber zu hören[2].

418. Karl Friedrich an den Kurfürsten Friedrich Karl von Mainz.

Karlsruhe, 21. Sept. 1791.

[Stellung Badens zu der russischen Garantiefrage; Rußland auch als Garant des Erbvertrags mit B.-Baden anzurufen.]

Antwort auf das vertrauliche Schreiben des Kurfürsten vom 19. d. M. Der badische Reichstagsgesandte habe bereits die Weisung erhalten, für „die Aufforderung der Garants des westfälischen und aller nachfolgenden Friedensschlüsse" zu stimmen und werde, sobald nach Erscheinen des kaiserlichen Ratificationsdecretes die Sache am Reichstage zur Sprache gebracht werde, „den auf die Imploration der befragten russischen Garantie allenfalls geschehenden Antrag" unterstützen.

... Zugleich glaube Ich der besonderen Verehrung für Ew. rc. es schuldig zu sein, denenselben vertraulich zu eröffnen, daß Ich geneigt bin, sobald die sich weiter ereignenden Umstände solches nöthig und räthlich machen sollten, auch die Garants Meines mit der erloschenen Baden-badischen Linie geschlossenen Erbvertrags, unter welchen sich dann der Kaiserin von Rußland Maj. auch befindet, um Unterstützung Meiner gekränkten Rechte gegen die französische Nationalversammlung zu requiriren"....

Concept von der Hand des Geh. Rath Meier.

419. Der Resident Mühl an den Geh. Rath.

Wien, 1. Oct. 1791.

[Friedliche Wirkung der Annahme der französischen Constitution durch den König; die Partei der Contrerevolution tritt zurück.]

Nach der geschehenen Constitutionsannahme des Königs von Frankreich ließ sich nichts anderes erwarten, als daß alle Unternehmungen der Mächte vollends

[1] Vergl. hierzu auch das Schreiben des Kurfürsten von Mainz an F. Kaunitz dat. 2. Oct. 1791 bei Vivenot Quellen z. Gesch. der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs I. 260 ff.

[2] Der Vorschlag, Rußland als Garant des westfälischen Friedens zum Schutz der von Frankreich bedrohten reichsständischen Interessen aufzurufen, war schon früh in diesen Verhandlungen aufgetaucht, und die Frage, ob Rußland vermöge des Teschener Friedens von 1779 wirklich ein solches Garantierecht besitze, war Gegenstand vielfältiger publicistischer

hinwegfallen würden, und ich kann mit Zuverlässigkeit versichern, daß sich auch der Kaiser schon in diesem Sinne sehr bestimmt herausgelassen hat[1]. . . .

Vor Annahme der Constitution habe zwar Graf Fersen[2] im Auftrage des Königs von Schweden und der russische Gesandte sich sehr für eine Contrerevolution interessirt; ebenso offen habe aber auch der König von Sardinien erklärt, „wie er bei einiger Theilnehmung sich eines Aufstandes von seinen eigenen Unterthanen befahren müsse".

Concept.

420. Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Stuttgart, 12. Oct. 1791.

[Badische Verhandlungen in Stuttgart über Kreisrüstungen zum Schutz der Rheingrenze. Ablehnende Haltung des Herzogs. Schlechte Lage der würtembergischen Truppen; guter Stand der badischen.]

Der Markgraf von Baden habe aus Furcht vor einem etwaigen Einfalle der Franzosen, um alles Aufsehen zu vermeiden, gelegentlich der Feier des Namenstages der Gräfin Hohenheim seinen zweiten Kreisgesandten, den Baron von Wöllwarth, nach Stuttgart geschickt, um zu sondiren, ob der Herzog nicht geneigt sei, den Antrag zu unterstützen, welchen Baden demnächst bei dem Kreise zu stellen gedenke und welcher dahin gehe, den Kreis in guten Vertheidigungszustand zu setzen und die Kreiscontingente vollzählig zu machen. Er selbst könne unmöglich allein die Rheingrenze seiner Lande decken und müsse daher auch beantragen, daß man ihm ein Bataillon nach Kehl schicke zur Besetzung der Rheinbrücke.

Der Herzog habe hierauf erwidert, die Gefahr liege ferne, eine jede Rüstung werde die Franzosen nur um so mehr reizen, den Rhein zu überschreiten; in Wien selbst habe man dem schwäbischen Kreise gerathen, sich möglichst ruhig zu verhalten. Als Wöllwarth weiterhin anfragte, ob der Herzog dem Markgrafen nicht für den Nothfall aus den Vorrathsmagazinen des Kreises 2000 Flinten und das nöthige Pulver und Blei überlassen könne, habe der Herzog erklärt, daß er dies ohne Bewilligung des Kreises nicht thun dürfe.

Das Verhalten des Herzogs, meint Madeweiß, sei auch hier ein höchst zweideutiges; seine Truppen befänden sich im denkbar schlechtesten Zustande, die Ausrüstung sei erbärmlich, dabei fehle es ihm an allen Mitteln, sie mobil zu machen. Ganz anders stehe es mit den badischen Truppen. Der Markgraf habe 2000 Mann Infanterie, 60 Mann Garde zu Pferd und 100 Husaren, die mit allem nöthigen versehen; außerdem denke er

Erörterungen; s. das nähere darüber bei Reuß Staatskanzley 36. 193—256. Die Stellung Karl Friedrichs zu der Frage s. Num. 418. Uebrigens berief sich auch König Gustav III. von Schweden bei seinen contrerevolutionären Bestrebungen (oben S. 398) auf das entsprechende Garantierecht der schwedischen Krone; so schreibt er in einem Briefe an den Grafen Artois vom 20. April 1791: «garant du traité de Westphalie, Prince de l'Empire moi-même, et intéressé par tant de titres au maintien des libertés et des droits de l'Empire Germanique, je n'abandonnerai certainement pas les Princes de l'Empire, lorsque je verrai une réunion et un ensemble, qui a presque toujours manqué au corps germanique». (Feuillet de Conches Louis XVI., Marie Antoinette 2c. III. 362.)

[1] Auch später, bei Mittheilung des kaiserl. Antwortschreibens auf die Anzeige des Königs versichert Mühl: „Ich weiß, daß man sich hier lieb sein läßt, aus der Sache zu kommen".

[2] Graf Axel Fersen, der vertraute Diplomat K. Gustav's III. von Schweden vergl. Klinckowström le Comte de Fersen et la cour de France (Paris 1878).

daran, 2000 Mann Landmiliz zu errichten, wozu er 1200 Mann gedienter Leute nehmen könne. Da es aber hierfür an den erforderlichen Gewehren fehlte, so habe er dieselben aus dem Zeughause des Kreises zu entleihen beabsichtigt. Ob Baden es bei der ablehnenden Antwort des Herzogs bewenden lassen oder aber dem Kreise ein Promemoria vorlegen werde, stehe noch zu erwarten. Vermuthlich werde der Markgraf den letzteren Weg vorziehen, da Konstanz in dieser Sache ganz wie Baden denke und Würtemberg wohl überstimmt werde.

Berl. St. A.

421. Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Stuttgart, 22. Oct. 1791.

[Romanzow in Karlsruhe. Vermuthlicher politischer Zweck seiner Mission.]

Der russische Gesandte Graf Romanzow habe sich 10 Tage in Karlsruhe aufgehalten, um die Töchter des Erbprinzen kennen zu lernen[1]. Er habe aber wohl überdies noch andere Aufträge gehabt. Die russische Kaiserin, welche die Pillnitzer Erklärung nicht gleichgiltig ansehe, halte den Moment für geeignet, in Deutschland eben die Rolle zu spielen, die einst Frankreich gespielt, und werde nichts unversucht lassen, sich eine Partei zu schaffen, und die deutschen Fürsten um so eher in ihre Interessen ziehen, als sie von Frankreich nichts mehr zu hoffen hätten. In diesem Sinne habe Romanzow wohl auch in Karlsruhe zu wirken gesucht, vermuthlich aber nicht reüssirt, da der Markgraf viel zu vernünftig denke und wohl erkenne, daß das Pillnitzer Bündniß nur die Sicherung der Ruhe bezwecke, nicht aber, wie man angebe, Vergrößerungspläne verfolge[2].

Berl. St. A.

422. Der Resident Mühl an den Geh. Rath.

Wien, 30. Nov. 1791.

[Französische Anerbietung von Geldentschädigung; in Wien zurückgewiesen.]

... Ich habe die Gelegenheit genommen, den Herrn Reichsvicekanzler selbst zu befragen, welche eigentliche Bewandtniß es mit dem neulich gemeldeten Antrage des französischen Botschafters habe. Es bestehet solcher darin, daß der Botschafter die Entschädigungen in Geld, worauf er schon vorhin das Erbieten gerichtet hatte, auf's neue angeboten hat. Es hat ihm aber der Reichsvicekanzler zurückbezeuget, daß dieses zu einem Auskunftsmittel nicht dienen könne, welches ich hiemit vertraulich nachzutragen nicht habe ermangeln wollen.

Concept.

423. Protokoll des Geh. Rathes.

Karlsruhe, 14. Dec. 1791.

[Der Durchzug von Emigrantentruppen abgelehnt.]

Cardinal Rohan ersucht in einem Schreiben dat. Ettenheim 12. Dec. 1791 den Markgrafen, einer größeren Anzahl französischer Truppen Aufenthalt und Durchzug durch die markgräflichen Lande bis nach Ettenheim zu gestatten. Wie der Ueberbringer des Schreibens, Abbé Gérard, mittheilt, handelt es sich um die königstreuen Regimenter

[1] Vergl. oben S. 310 f.

[2] Leider liegt über die von Romanzow in Karlsruhe gepflogenen Verhandlungen anderweitige Nachricht nicht vor.

Royal Navarra, Royal Champagne und Normandie, welche aus Besançon desertirt seien und am 14. d. M. in Arlsheim eintreffen wollten[1]. Der österreichische Regierungspräsident von Summerau habe den erbetenen Durchmarsch, solange kein kaiserl. Spezialbefehl vorliege, verweigert. Präsident von Gayling erwidert dem Abbé vorläufig, das Ansuchen des Cardinals müsse auch badischerseits mit Rücksicht auf die Lage des Landes und die Reichsverfassung abgelehnt werden; weitere Antwort werde nach der Rückkehr des Markgrafen erfolgen[2].

424. Gutachten des Geh. Raths Karl von Wöllwarth.

Karlsruhe, 20. Dec. 1791.

[Die neuesten Kundgebungen gegen Frankreich; räth schlimmsten Falls für Baden eine Geldentschädigung nicht abzulehnen.]

Geh. Rath von Wöllwarth hält sich für verpflichtet, dem Markgrafen, auch unaufgefordert, seine Ansicht über das kaiserl. Ratificationsdecret[3] und das lateinische Schreiben an Ludwig XVI.[4] darzulegen. An letzterem rügt er nur einige Ausdrücke, speziell daß dasselbe zwischen dem Könige und der französischen Nation unterscheide. Daß Frankreich eine abschlägige Antwort ertheilen werde, sei vorauszusehen.

Es frage sich dann, ob man „den Weg der accommodements" einschlagen oder „mit Gewalt der Waffen" durchsetzen wolle, was man durch gütliche Uebereinkunft nicht erhalten könne.

So sehr er, wenn lediglich seine persönliche Ueberzeugung und die Gerechtigkeit der Sache in Betracht komme, geneigt wäre, eher alles auf's Spiel zu setzen als nachzugeben, so verlange doch die Pflicht gegen Fürst und Land, wenn er die Lage der Dinge und die möglichen Folgen erwäge, daß er davon abrathe. Er bekenne gern, „daß die Verhältnisse der markgräflich badischen Lande, ihre nahe Liegenheit an Frankreich, der mindere Verlust, den die neue Constitution jenen hervorgebracht", ihn bestimmten anzurathen, „mit einem accomodement an Geld, wenn es je in der Folge mit Würde und Anstand gegen die übrigen Reichsmitstände sein kann, vorlieb zu nehmen, ja solches in diesseitigem Benehmen zu begünstigen, als ihm Hindernisse in den Weg zu legen" . . .

Jedenfalls — meint Wöllwarth — dürften sich die Verhandlungen noch lange hinziehen, es müsse erst die französische Antwort abgewartet, dann dem Reiche vorgelegt, darüber berathen und ein Beschluß gefaßt werden: das alles erfordere Zeit.

425. Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Karlsruhe, 24. Dec. 1791.

[Das badische Territorium durch General Luckner bedroht. Der Markgraf bittet dringend um preußische Verwendung.]

General Luckner[5] in Straßburg rüste ernstlich, um über den Rhein gehen zu können und das Mirabeau'sche Corps zu vernichten. Da er Ettenheim und die übrigen Orte,

[1] Von Summerau, mit dem die badische Regierung sich aus diesem Anlasse in's Benehmen setzt, bezweifelt die Richtigkeit der Meldung, da bis jetzt jede Bestätigung fehle.

[2] Am 24. d. M. schreibt der Markgraf dem Cardinal, er müsse den Durchzug fremder Truppen ohne vorherige Verständigung mit den Kreismitständen ablehnen.

[3] Dat. Regensburg 10. Dec. 1791; gedruckt bei Reuß Staatskanzley 36. 72 ff.; es enthält die kaiserliche Ratification des vom Reichstag am 6. August 1791 abgegebenen Gutachtens über die schwebende Schädigungsfrage.

[4] Dat Wien 3. Dec. 1791; ebendas. S. 81 ff.

[5] Vergl. Strobel-Engelhardt Gesch. des Elsasses. V. 526. VI. 10 ff.

wo diese Truppen ständen, nur mittels eines Durchmarsches durch badisches Gebiet zu erreichen im Stande sei, so gedenke er sich hiezu die Erlaubniß des Markgrafen einzuholen, falls dieselbe aber verweigert werde, mit Gewalt sich seinen Weg zu bahnen. Für die Lieferungen während des Durchmarsches werde er Empfangsscheine ausstellen, die der Markgraf dann durch den Cardinal von Rohan einlösen lassen könne, da die Nationalversammlung ihm selbst keine Mittel zur Zahlung zur Verfügung gestellt habe.

Bei diesen Umständen ist der Herr Markgraf in großer Sorge und Verlegenheit, weil auch bei der besten Manneszucht, die doch kaum bei den jetzigen französischen Truppen vorauszusetzen ist, seine Unterthanen, dadurch daß sie alles ohne Zahlung liefern müssen, sehr mitgenommen werden würden, und er der Gewalt zu widerstehen, zu schwach und außer Stande ist. Er hat daher vorgestern über die kritische Lage, in der er sich befindet, lange mit mir gesprochen und mich endlich ersucht, E. K. Maj. diese seine große Verlegenheit anzuzeigen, wobei er zugleich nicht undeutlich den Wunsch geäußert, daß es doch E. K. Maj. in Gemeinschaft mit des Kaisers Maj. gefällig sein möchte, in Paris eine nachdrückliche Erklärung thun zu lassen, wodurch die Franzosen gewiß von ihrem Vorhaben, über den Rhein zu gehen, abgehalten werden, und E. K. Maj. Sich das ganze Reich, besonders aber die Fürsten in Oberdeutschland, zu ewiger Dankbarkeit und Verehrung verpflichten würden.

Da auch gestern bei dem Herrn Markgrafen wieder Nachrichten eingelaufen sind, die zuverlässig versichern, daß die Zurüstungen der Franzosen im Elsasse von Tag zu Tage ernstlicher werden, so ist gestern sein Minister, der Baron von Edelsheim, bei mir gewesen und hat mir das, was mir der Herr Markgraf vorgestern selbst gesagt hatte, nochmals in dessen Namen sehr angelegentlich wiederholt und zur allerunterthänigsten Berichtserstattung bestens empfohlen[1]. . . .

Berl. St. A.

---

426. Gutachten des Geh. Raths Schlosser.

Karlsruhe, 28. Dec. 1791.

[Die neuesten Kundgebungen gegen Frankreich. Die Emigrantenfrage. Verbot revolutionärer Schriften; schädliche Wirkung auf die junge Generation.]

Das kaiserliche Ratificationsdecret des Reichsgutachtens vom 6. Aug. d. J., welches am 12. Dec. zur Dictatur befördert worden, wird dem Geh. Rathe Schlosser zur Begutachtung vorgelegt.

Schlosser meint, das Reich könne mit demselben wohl zufrieden sein, ob freilich die Antwort befriedigen werde, sei sehr zu bezweifeln; „glücklich, wenn sie Anlaß zu einem friedlichen Zusammentritt geben sollte!“

Auch das Ausschreiben an die Kreisdirectorien[2] entspreche dem Reichsgutachten. „Sehr wäre zu wünschen gewesen, daß dabei auch etwas über die Duldung und Kriegsrüstung der emigrirten Franzosen gesagt worden wäre.“ Wahrscheinlich wolle der Kaiser es mit den französ. Prinzen nicht verderben, zumal die Kreise selbst diesen „reichsgesetz-

[1] Vergl. hierzu w. u. Num. 430 das entsprechende Promemoria der badischen Regierung an den Kaiser.

[2] Reuß Staatskanzley 36. 86 ff.

widrigen Unternehmungen" ruhig zusähen. Das Verbot der gefährlichen Schriften[1] werde von dem Kreisdirectorium noch eigens eingeschärft werden; in Baden werde es keiner Verfügung darüber bedürfen. ...

In der That werden auch dergleichen Schriften wenig Schaden für die jetzige Männergeneration haben. Wenn aber diese einmal absterben und die Jünglingsgeneration, die die jetzige Epoche mit ansieht, jene ersetzt und nicht manches besser wird, als es hier und da ist, so fürchte ich, daß es mit den Revolutionen in Deutschland gehen wird, wie es uns mit der französischen Literatur... Lebensart, Finanzeinrichtung u. dgl. gegangen ist, deren üble Folgen wir immer in eben dem Verhältniß später empfunden haben, als wir diese Dinge alle später von dieser Nation lernten. Es wird also der künftigen Revolution in Deutschland nichts besser vorbeugen, als wenn wir auf das eheste wieder verlernen, was wir von dort aus gelehrt worden sind, und auch von der Seite ist also der Zulauf der französischen Emigranten in Deutschland sehr gefährlich.

427. „Réponse verbale" Edelsheims an den französischen Gesandten de Mackau.

[Karlsruhe] 29. Dec. 1791.

[Baden und die Emigrantenangelegenheit.]

Msgr. le Margrave a été très satisfait de trouver établies dans cette dépêche des idées conformes à celles qu'il a toujours suivies, en accordant le droit d'hospitalité aux étrangers réfugiés dans Ses états[2].

S. A. S. a constamment pensé que, pour éviter de heurter contre les vues et préceptes de notre constitution germanique, il était de la prudence de ne point tolérer des rassemblements de troupes étrangères dans les états d'Empire. Le fait prouve et prouvera, combien on a exactement suivi les ordres du S^me Margrave à cet égard, soigneusement surveillés et accompagnés même de punitions en cas de transgression.

En conséquence Msgr. le Margrave ne doit rien voir ni dans la déclaration du Roi, ni dans la dépêche de Mr de Lessart qui concerne particulièrement ou qui dût inquiéter ses états. Quant à ce qu'elles contiennent à l'égard de Msgr. l'Electeur de Trèves, S. A. S. s'abstient, comme de raison, de préjuger dans une affaire qui n'est que de la compétence de l'Empereur et de la Diète du St Empire. ...

---

[1] Das kaiserliche Ausschreiben an die Kreisdirectorien enthält u. a. die spezielle Aufforderung zu strenger Verbietung „aller zur Empörung und Aufruhr anfachenden Schriften und Grundsätze", nebst Confiscation derselben und Bestrafung der Verfasser und Verbreiter. Reuß Staatskanzley 36. 87.

[2] Der französische Gesandte de Mackau hatte in Karlsruhe die Erklärung Ludwigs XVI. vom 14. Dec. in der Emigrantenangelegenheit, nebst einem Schreiben des Ministers de Lessart mitgetheilt, worin mit Entschiedenheit die Auflösung des Emigrantenheeres gefordert wurde; vgl. Häusser deutsche Geschichte &c. I. 304. v. Sybel Revolutionszeit I. 305.

428. König Friedrich Wilhelm II. an den Gesandten v. Madeweiß.

Berlin, 2. Jan. 1792.

[Beruhigende Erklärung in Betreff der Gefahr am Rhein.]

Man habe mit Bedauern die Besorgniß vernommen, welche die jüngste Erklärung des französischen Königs bei dem Markgrafen von Baden verursacht habe. Der König säume daher keinen Augenblick, dem Markgrafen mitzutheilen, was zu seiner Beruhigung dienen könne.

Man wisse zuverlässig, daß die Franzosen mit der Ausführung ihrer Drohungen nicht eilen würden; zugleich stehe man im Begriffe, mit des Kaisers Majestät derartige Maßregeln zu verabreden und gemeinsam eine derartige Erklärung in Paris abzugeben, daß der Markgraf außer Sorge sein könne.

Berl. St. A. Concept unterz. von Finkenstein, Schulenburg und Alvensleben.

---

429. Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Karlsruhe, 4. Jan. 1792.

[Der französische Gesandte v. Mackau in Karlsruhe wegen der Emigrantenangelegenheit. Würdige Haltung des Markgrafen im Vergleich zu der des Herzogs von Würtemberg.]

Ende December 1791 kam der französische Gesandte von Mackau unerwartet in Karlsruhe an, um im Namen seines Königs wegen des von verschiedenen Reichsfürsten den ausgewanderten Franzosen gestatteten Aufenthalts eine Erklärung abzugeben.

Der König habe mit seinem Schreiben an den Kaiser und den Kurfürsten von Trier nicht etwa den Reichsständen das Recht bestreiten wollen, Gastfreundschaft gegen die Emigranten auszuüben, sondern nur gegen die Truppenansammlung derselben, welche gewisse Reichsfürsten duldeten, protestirt.

Der Markgraf ließ hierauf durch Edelsheim antworten, daß, wie er zu seiner großen Zufriedenheit sehe, die Begriffe, welche der König von dem Gastrechte habe, vollkommen mit den seinigen übereinstimmten. Truppenansammlungen habe er nie geduldet, er könne daher in der Erklärung des Königs nichts finden, was geeignet wäre, ihn zu beunruhigen.

Diese Antwort ist eines Fürsten würdig, der sich bei dieser wegen der Lage seiner Länder so kitzlichen Sache mit ebensoviel Menschenliebe als Patriotismus betragen hat. Wie sehr ist auch in dieser Angelegenheit die Handlungsart des Markgrafen von der des Herzogs von Würtemberg verschieden, und wie sehr wird nicht der Herzog, der sogar bei dem General Luckner und dem Maire von Straßburg um Schonung und Gnade gebeten, durch den Markgrafen verdunkelt!

Berl. St. A.

---

430. Promemoria der badischen Regierung an den Kaiser[1].

o. D.

[Beunruhigende Lage der Lande am Rhein; Gefahr französischer Execution gegen die Emigrantentruppen. Aufforderung zur Ergreifung von Sicherheitsmaßregeln.]

Die Erklärung des Königs von Frankreich Majestät an die Nationalversammlung vom 14. Dezember beunruhige um so mehr, als eine unmittelbare Folge davon in Kriegszurüstungen bestehe, welche der Versicherung nach auf

---

[1] Von dem badischen Residenten v. Mühl in Wien überreicht.

spezielle königliche Ordre mit größtem Eifer in dem nahen Elsaße betrieben würden, und womit sich die allgemeine Sage verbände, daß den sämmtlichen Reichslanden längst dem Rheine ohne Unterscheid ein feindlicher Einfall von jener Seite ehestens bevorstehe. Ja, es solle zu Straßburg öffentlich verlauten, als ob mit Vertreibung der Truppen in den bischöflich Straßburgischen Landen diesseits des Rheins der Anfang gemachet, der Marche auf dieser Seite, folglich auch durch die markgräfl. Badenschen Lande fortgesetzet und so weit Quartier und Unterhalt auf Requisition nicht freiwillig erfolgte, sich beides mit Gewalt verschafft werden sollte.

Nun befänden sich zwar die Badenschen Lande in dem Falle nicht, der zur Ursache der feindlichen Bedrohung unterstellet wird; und es würde weder in solchen den französischen Prinzen einige Werbung oder Truppenversammlung verstattet, noch sei ihnen solche je gestattet worden.

Allein nach der Rede des Königs sollte die an Chur-Trier gethane Erklärung auch an andere Reichsstände geschehen, deren Territoria aber nicht erreicht werden könnten, ohne zugleich andere nicht theilhabende Reichslande zu überziehen; hiedurch würden also auch die Badenschen Lande bedrohet, als die dem allerersten Schritte der Truppen aus Frankreich ausgesetzet wären. . . .

Nun ließe sich nur ein Mittel erkennen, um so großem Unheil zuvorzukommen, welches in der eiligen Verlegung einer mäßigen Anzahl Truppen in die Gegenden, welche Gefahr liefen, bestände. . . .

Dermalen wären aber die Breisganischen Lande mit Truppen schwach beleget; und ob zwar des Herrn Markgrafen Durchl. als Kreisviertels-Director von der mißlichen Lage Ihres Kreisviertels das Kreisausschreibamt zu benachrichtigen unermangelten, so wären doch die mehrsten Kreisstände unvermögend, und es schiene also um so weniger auf eine gesammte baldige Kreishilfe zu zweckmäßiger Defension gerechnet werden zu können; die benachbarten Kreisstände aber, Chur-Mainz, Chur-Pfalz und Hessen-Darmstadt hätten ihre Truppen zur Deckung ihrer eigenen Grenze von nöthen; und so bliebe die obere Rheingegend von der Schweizer Gränze bis gegen Philippsburg äußerst exponirt.

Das wirksamste Mittel, die drohende Gefahr abzuwenden, würde demnach eigentlich in den Defensions-Anstalten bestehen, welche S. Kais. Maj. zur Sicherheit sowol Ihrer eigenen Vorlande als anderer Kreislande, die gemeinsam mit betroffen würden, beschließen möchten. S. Hochf. Dchl. würden es also mit tiefster Dankesverehrung erkennen, wenn S. Kais. Maj. sich hierüber eröffnen zu lassen allergn. geruhen wollten, wobei S. Durchl. fortdauernd und höchst bereitwillig wären, Ihres Orts zu denen diesfalls beliebigen Defensions-Maasregeln, soviel in Ihro Kräften stehe, aufs thätigste zu concurriren.

Wien. St. A. Abschrift.

431. „Note verbale an den markgr. Badischen Minister von Mühl."

[Wien] 7. Januar 1792.

[Lob für die Haltung Badens. Ein französischer Einfall nicht sehr wahrscheinlich; Repressionsmaßregeln gegen die Emigranten. Für jetzt weitere militärische Demonstrationen nicht räthlich; Lage der Vertheidigungsmittel. Vertrauen zu dem Markgrafen.]

Die Berichte des v. ö. Herrn Regierungs-Präsidenten enthalten über die französischen Kriegsrüstungen eben jene bedenkliche Umstände, welche S. Markgr. Dchl. durch den . . . Herrn Gesandten hier eröffnen ließen. Herr v. Sumerau leistet bei dieser Gelegenheit der f. badischen Regierung die wolverdiente Gerechtigkeit, daß dieselbe nach den patriotischen Gesinnungen des H. Markgrafen im vertraulichen Einverständniß mit der Regierung zu Freiburg sehr wesentlich beitrage, durch kluges und standhaftes Benehmen die Ruhe an den Grenzen zu erhalten.

Dieser vorsichtigen Benehmensart haben die vorliegenden Reichskreise ganz allein zu verdanken, daß bis zur Stunde das Reichsterritorium noch respectiret und nicht feindliche Einfälle wirklich gewagt wurden, die man dermal noch bloß besorget.

Das Besorgniß eines ersten feindlichen Ueberfalls scheint indessen nur in dem Falle wahrscheinlich, wenn man auf der deutschen Seite solchen durch Insulte oder thätliche Feindseligkeiten provociren oder feindliche Anstalten gegen Frankreich begünstigen sollte. Außer diesem Falle wäre es nur möglich, aber nicht wahrscheinlich, daß Frankreich durch Verletzung des Reichsterritoriums sich in einen Krieg verwickeln werde, dessen Ausschlag wegen der unvermeidlichen Theilnahme der ansehnlichsten Potenzen nicht anders als höchst unglücklich für dieses Reich sein und die Verlegenheit des französischen Gouvernements ins unendliche vermehren müßte.

Die österreichischen und badischen Lande sind allerdings nicht in dem Falle, welchen die französischen Drohungen voraussetzen, und man darf daher zuversichtlich annehmen, daß außer der unvermeidlichen Ungelegenheit eines armirten Durchzuges die beiderseitigen Unterthanen keinen Schaden dürften zu leiden haben. Allein auch der Fall, daß französische Truppen in die Reichsprovinzen, wo den französischen Prinzen Werbungen und Truppensammlungen verstattet worden, einfallen sollten, wird nun weniger wahrscheinlich, weil der Herr Kurfürst von Mainz bereits mit dem Beispiel vorgegangen ist und den Herrn Prinzen Condé mit seinem Gefolge das Wormsische zu verlassen bewogen hat. Dem Herrn Kurfürsten von Trier, der bei J. Maj. auf den Fall eines Ueberfalls um Hilfe ansuchte, geruheten Allerhöchstdieselben Ihre nachdrückliche und schleunige Unterstützung nur unter der unabänderlichen Bedingniß zuzusichern, daß er in seinen Landen in Ansehung der französischen Auswanderer die nämlichen Grundsätze beobachten lasse, die dem k. Gouvernement in den Niederlanden zur Richtschnur dienen. Das Ministerium des H. Fürsten von Rohan wird auf Befehl Sr. Maj. von der v. ö. Regierung unabläßlich zu Aenderung seines bisherigen Benehmens

ermahnt, und um eines besseren Erfolges gewiß zu sein, wird der Fürst im Namen Sr. Maj. als Reichsoberhaupts auch von dem Reichsministerium unmittelbar auf die Folgen des bisherigen Benehmens in seinen Landen aufmerksam gemacht werden.

Diese Umstände dürften allerdings die Gefahr sehr vermindern und in Verbindung mit den vortrefflichen Sicherheitsanstalten, welche in der Markgrafschaft Baden einverständlich mit der v. ö. Regierung wirklich schon bestehen, diesen Landen bis zur nähern Entwickelung des großen Knotens einen hinlänglichen Grad der Sicherheit verschaffen, so daß man gegen Frankreich sich mit gutem Anstand und ohne Verlegenheit noch stellen kann.

[Größere Defensions-Anstalten dürften in diesem Augenblicke auf der andern Seite die Aufsichtigkeit nur vermehren und die jenseitigen Unternehmungen, die zur Stunde vielleicht leere Drohung sind, eher befördern als abhalten; wohingegen durch eine ruhige Contenance die Franzosen noch gar leicht in den Schranken der Mäßigung dürften gehalten werden, welche sie ohne offenbare und unjustificirliche Verletzung des Völkerrechts so leicht nicht überschreiten können.[1]]

In und um Freiburg stehen gegen 2000 Mann k. k. Truppen, die unterstützt durch die f. badischen und österreichischen Gemeinden bei einem ersten Anfall der gegen alle Wahrscheinlichkeit über den Rhein setzenden französischen Truppen immer so viel Widerstand leisten würden, als zu Verminderung des Unglücks nöthig wäre. Zum Ueberfluß werden Herr von Sumerau und der Kommandirende in V. Oesterreich Herr General-Major von Welsch neuerlich von ihrer Gehörde (sic) angewiesen, in allem, was die Sicherheit der beidseitigen Länder betrifft, vollkommen einverständlich und vertraulich zu Werke zu gehen und bei einem solchen gegen alle Vermuthung entstehenden Ereigniß nach der Localität und nach den hier unmöglich vorzusehenden Umständen mit Klugheit die schicklichsten Maßnehmungen zu bestimmen.

Auf die patriotische Gesinnung Sr. Markgräfl. Dchl. setzen S. Maj. ein unbeschränktes Vertrauen und halten sich ganz versichert, daß, gleichwie der Herr Markgraf dermal schon durch Sorgfalt für die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit sich rühmlichst auszeichnen, also auch unter allen möglichen Veränderungen der Umständen anderen Reichsständen mit einem nachahmungswürdigen Beispiel vorgehen und gemeinsame Maßregeln zum Besten des deutschen Vaterlandes vorzüglich unterstützen werden.

Wien. St. A. Concept.

432. Regierungspräsident v. Summerau an Karl Friedrich.

Freiburg, 4. Jan. 1792.

[Zusammenkunft österreichischer und badischer Bevollmächtigter. Maßregeln wegen der Emigranten.]

Regierungspräsident von Summerau theilt mit, daß auf seine Anfrage wegen des Durchzuges französischer Regimenter von Wien aus Ordre eingetroffen sei. Eine persön-

[1] Der eingeklammerte Abschnitt im Concept durchstrichen.

liche Besprechung mit einem badischen Bevollmächtigten behufs Verabredung gemeinsamer Maßregeln sei daher sehr zu wünschen. Regierungsrath Ferd. Fechtig, „der bisher das Departement in französischen Angelegenheiten bearbeitet" habe, werde sich zu diesem Zwecke am 6. d. M. nach Offenburg begeben.

Da der Kaiser verfügt habe, keinerlei bewaffneten Durchzug zu den Emigrantenlegionen zu dulden, andrerseits aber Prinz Condé, wie man höre, von Worms her im Anmarsche gegen Ettenheim sei, so halte er es für räthlich, daß der Markgraf, dem Beispiele Oesterreichs folgend, eine ähnliche Verordnung schleunigst erlasse, um diese Gefahr abzuwenden.

433. Aufzeichnung Edelsheims betr. die Emigrantenfrage.

Karlsruhe, 5. Jan. 1792.

[Nothwendigkeit der Verständigung mit Oesterreich in der Emigrantensache; Conferenz mit Fechtig.]

Des Herrn Markgrafen Hf. D. haben heute Abend durch eine Estafette die Inlage erhalten.[1] Da, wenn man denen franz. Korps den Eintritt in das Land verstattete, wenn Oesterreich ihnen solchen verneint, daraus entstehen würde, daß wir den ganzen Troß im Land behielten, so entscheidet diese Rücksicht allein wenn [man] auch zugleich nicht auf die Wichtigkeit der Beibehaltung gleicher Mesuren mit Oesterreich in dem gegenwärtigen Zeitpunkt sehen wollte, daß man die Markgrafschaft obgenannten Truppen zuschließen muß, solange ihnen die Ortenau verschlossen wird. Indessen muß sich erst bei der durch H. von Sumerau vorgeschlagenen Unterredung zeigen, wohin eigentlich die Meinung der österreichischen Instruktion gehet. . . .

Was die Konferenz betrifft, so habe ich, der Wichtigkeit des Gegenstandes wegen, solche selbst übernommen u. werde morgen von Rastadt aus H. von Fecht [sic] ersuchen, übermorgen frühe sich in Ottersweier einzufinden. . . .

434. Edelsheim „Précis der mit dem k. k. Regierungsrath Fechtig in Ottersweier gehabten Unterredung vom 7. Januar 1792".

(7. Jan. 1792.)

[Conferenz in Ottersweier. Verabredung für die verschiedenen Eventualitäten.]

Da der Kaiser die Unterstützung des Cardinals von Straßburg von dem Abzuge des Mirabeau'schen Corps abhängig gemacht, so vermuthet man, daß dasselbe entweder nach und nach fortgeschafft oder auf einmal entlassen werde.[2] Im ersten Falle werden sich die verschiedenen Truppencorps wohl rheinabwärts begeben, und man müßte ihnen in kleinen Abtheilungen, unbewaffnet, den Durchzug gestatten und jeder Landesherrschaft selbst überlassen, die nöthigen Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Im zweiten Falle sei jedoch ein „Zusammentritt der Regierungen in der Nachbarschaft erforderlich . . . ., um die Mittel des Transports mit einander zu verabreden." —

[1] Num. 432.

[2] Vergl. die Verhandlungen zwischen F. Kaunitz und dem Fürsten v. Nassau-Usingen bei Vivenot Quellen z. G. d. deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs. I. 318 ff. 323 ff.

Sollte eine Schaar Straßburger Bürger, mit elsässischem Landvolk vermischt, ohne Militärcommando einen Einfall in die rechtsrheinischen bischöflich Straßburgischen Lande wagen, so würde die zwischen Oesterreich und Baden getroffene Uebereinkunft in Kraft treten. Ob man jedoch auch das Landvolk zur Abwehr beiziehen solle, bedürfe erst näherer Vereinbarung, zumal voraussichtlich die Invasion sich nur gegen das bischöfl. Straßburgische Gebiet richten und man sich bald wieder zurückziehen werde. Da der Einfall vorzüglich die badischen Lande berühren werde, so wünscht Baden, daß der früheren Convention entsprechend eine noch näher zu bestimmende Anzahl österreichischer Infanterie und Cavallerie das badische Militär unterstütze. —

Marschirt General Luckner mit einem Corps auf den Reichsboden und requirirt den Durchzug, so wird ihm österreich- und badischerseits schriftlich die Ohnmöglichkeit entgegengestellt, den verlangten Einmarsch fremder Truppen. . . . zuzugeben ehe daß der Kreis oder das Reich darum von dem König in Frankreich requiriret worden sei. Gleichmäßig wird man sich benehmen, wenn der König in Frankreich den Durchzug der Truppen durch seine Ministers im Reich verlangen sollte, dabei Oesterreich declariren wird, daß es vermöge einer speziellen Convention das badische Territorium so wie sein eigenes ansehen würde. Baden wird gleichfalls in seiner Declaration sich auf diese Convention beziehen.

---

435. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 7. Jan. 1792.

[Correspondenz zwischen Summerau und Cardinal Rohan wegen der Emigranten.]

Ich komme zwischen 7 und 8 Uhr glücklich, aber mit einem schmerzhaften Kopfwehe, von Ottersweier zurück. . . . Aus der Anlage werden E. Hf. D. ersehen, was H. v. Summerau an den H. Cardinal geschrieben hat. . . . Ich habe die Hofresolution in originali gesehen, worauf sich dieses Schreiben gründet, welches den Satz sehr bündig und nervos ausdrücket. Alle Reichsstände, welche kriegerische Anstalten und Truppenversammlung in ihren Landen gegen Frankreich dulden, sind deshalb Kaiser und Reich verantwortlich und haben sich daher bei einem Angriff von Frankreich keiner Hilfe und Beistand zu getrösten. Die aber, welche blos die Hospitalität exerciret, wie z. E. Baden, das expresse benannt wird, können sich der kräftigsten Unterstützung getrösten. . . .

Der Cardinal hat erwidert, „er wolle dem Reich getreu adhaeriren und der kaiserl. Intention gemäß handeln, er hoffe auch, die Sache so zu stellen, daß das Mirabeau'sche Corps in 14 Tagen abgedankt werde“.

---

436. Karl Friedrich an den v. ö. Regierungspräsidenten v. Summerau.

9. Jan. 1792.

[Gemeinsames Vorgehen gegen die Emigrantencorps; militärische Vorkehrungen für alle Fälle.]

Der Bericht des k. k. Regierungsraths Fechtig werde beweisen, wie sehr auch er eine Conferenz zur Berathung gemeinsamer Maßregeln betr. der jüngsten Erklärung Frank-

reichs wünsche. Einstweilen danke er für die Versicherung, daß der Kaiser den badischen Landen gleichen Beistand angedeihen lassen werde, wie den vorderösterreichischen.

Der Kaiser dürfe überzeugt sein, daß er nie eine Werbung und Ansammlung fremder Truppen gegen Frankreich in seinen Landen dulden werde. Er vermeide vorsichtig allen Grund zu Feindseligkeiten und habe daher auch sofort die nöthigen Anstalten getroffen, um den Durchzug der Condéschen Truppen zu verhindern. Vor allem könne der Aufenthalt des Mirabeau'schen Corps eine feindliche Invasion provociren.

Er sei daher Summerau zu Dank verbunden, wenn dieser den Cardinal Rohan bewegen werde, das betr. Emigrantencorps aus seinen Landen zu entfernen. Als Kreisviertelsdirektor werde er alsbald mit seinen Kreismitständen für diesen Fall die erforderlichen Maßregeln verabreden.

Allerdings bleibe auch dann bei der in Frankreich herrschenden Stimmung die Gefahr eines Rheinüberganges nicht ausgeschlossen; jedoch handle es sich dabei nur um die Strecke von Kappel bis Straßburg, ein Aufgebot des Landvolkes werde daher kaum nöthig sein.

Immerhin aber müsse man alle weiteren Vorkehrungen zur Sicherung der österreichischen und badischen Lande im voraus genau vereinbaren. Er werde daher den Geh. Rath von Gayling und den Major von Beck nach Freiburg senden, um die erwünschten Verabredungen zu treffen[1].

437. Edelsheim an den Reichstagsgesandten Graf Görtz[2].

Karlsruhe, 11. Jan. 1792.

[Ueberblick über die Lage der Dinge. Verhandlung mit Oesterreich. Schlechte Haltung Würtembergs. Conferenz mit Mackau. Das Vorgehen Oesterreichs gegen die Emigranten. Möglichkeiten einer Invasion von Frankreich her; wie ihr begegnet werden soll. Auffassung der kaiserlichen Regierung über das Kriegsrecht der Reichsstände.]

Je pense qu'il est nécessaire, tout comme il Vous sera de même agréable d'être mis au fait de tout ce qui regarde notre situation vis-à-vis de la France dans ce moment critique.

Dès que nous eûmes la nouvelle de la déclaration, faite par le Roi de France, touchant l'Électeur de Trèves nommément et tous les autres princes et états de l'Empire qui toléraient des attroupements militaires dirigés contre la France sur leur territoire, Msgr. le Margrave a ordonné qu'on instruisit son chargé d'affaires à Vienne, Mr de Mühl, pour qu'il eût à demander à la cour Impériale, quelles seraient les mesures qu'elle adopterait, pour garantir ses états situés le long du Haut-Rhin et entremêlés avec le Margraviat des suites désastreuses qu'une pareille incursion devait entrainer[3]. Il faut savoir pour l'intelligence de cette demande, que

[1] Am 21. und 22. Februar d. J. finden in Freiburg zwischen österreichischen, Baselschen und badischen (v. Gayling und v. Freystädt) Abgeordneten Verhandlungen wegen Dislocation, Aufnahme und Verpflegung der österreichischen Truppen statt; vgl. Num. 453.

[2] Dieses ausführliche Schreiben Edelsheims wird von Graf Görtz abschriftlich der preußischen Regierung mitgetheilt; vergl. u. Num. 442.

[3] Vergl. oben Num. 430.

les forces militaires de la maison d'Autriche, répandues dans ses états appellés antérieurs, ne vont qu'à 4000 hommes, entre lesquels il y a à peu près 1000 hommes de cavalerie; qu'il existe depuis l'été de l'année passée un arrangement entre le ministère de Msgr. le Margrave et la Régence de Fribourg, ratifié par S. M. l'Empereur, d'après lequel on est convenu des secours mutuels à se rendre en cas que l'un ou l'autre de ces états fussent attaqués, ou insultés. Vous savez au reste, Monsieur, depuis longtemps, combien peu d'ardeur Msgr. le Duc de Wurtemberg a démontré depuis le commencement des troubles en France pour préparer les forces du cercle, lorsque nous avons proposé à différentes reprises des moyens à employer pour couvrir le cercle de Souabe et qu'il a au contraire toujours su faire avorter nos mesures. . . . Les ménagements qu'on a recommandés à prendre à Mr de Mühl sont une suite des égards qu'on a cru devoir observer vis-à-vis d'un coétat voisin directeur du cercle. Nous attendons par la première poste la réponse que le chancelier d'état fera à notre demande[1].

Dans ces entrefaits Mr. de Mackau, ministre de France accrédité à notre cour, est arrivé pour me donner lecture d'une dépêche qu'il venait de recevoir. Il m'a répété à plusieures reprises que tout le sens de la dépêche consistait dans la proposition: «nous n'avons à la vérité point à voir chez Vous ce que Vous y faites; mais, si Vous y faites publiquement des préparatifs de guerre et que Vous y fomentez les moyens qui doivent entraîner notre perte, nous sommes autorisés et obligés même de venir chez Vous pour anéantir le danger qui nous menace.»

Dans les conversations que nous eûmes, Mr. de Mackau a pris le ton le plus dévoué aux intérêts de Msgr. le Margrave, pour lui persuader, qu'il était de la prudence, de renvoyer hors de ses états les Français qui y ont trouvé asyle jusqu'ici; à quoi on a toujours opposé la ferme résolution de Msgr. le Margrave de ne point se départir de ses principes, son espérance que la France ne se départirait point de ceux qu'elle a adoptés à l'égard de l'hospitalité dans sa constitution, et la confiance certaine du soutien auquel Msgr. le Margrave devait s'attendre, en suivant cette marche, et de la part de tout le Corps Germanique et de la part surtout des cours de Vienne et de Berlin, tant d'après un arrangement fait avec S. M. Impériale pour prévenir les attaques hostiles sur le Margraviat, que d'après les engagements synallagmatiques, consacrés dans l'acte de l'Union. . . .

Durch ein officielles Schreiben der Freiburger Regierung, — berichtet Edelsheim weiter, — habe man erfahren, daß der Kaiser den Vormarsch des Prinzen Condé von Worms nach Ettenheim mißbillige und den Durchzug durch die Ortenau verweigere; ebenso daß er dem Cardinal Rohan die Ansammlung von Truppen gegen Frankreich nicht gestatte. Am Wiener Hofe glaube man, wenn man diese gegen Frankreich gerichteten Be-

[1] Vergl. oben Num. 431.

wegungen unterdrückt habe, werde das Reich von jener Seite nichts mehr zu fürchten haben. Auch Edelsheim meint, daß man in Paris nicht im Ernste an einen Angriff denke; aber bei der dort herrschenden Gährung müsse man doch auf alles gefaßt sein.

. . . Nous avons cru nécessaire de fixer dès à présent avec la maison d'Autriche la conduite que nous tiendrions également, le cas échéant, en partant du principe reconnu, que l'Empereur regarde dans cette occasion les états de Msgr. le Margrave comme les siens propres. Il faut supposer la possibilité de deux cas. Dans le premier des hordes composées des citoyens de la ville de Strasbourg et de la contrée viendraient faire une incursion en l'Empire, dirigée à la vérité contre les terres du Cardinal, mais qui devraient passer et repasser nécessairement dans les états d'Autriche et de Bade. Les hordes ne peuvent point excéder 2 à 3 milles hommes. Le militaire du Margraviat et celui d'Autriche, cantonné dans les environs, serait suffisant pour contenir cette colonne et y serait employé.

Dans le second cas le maréchal Luckner passerait le Rhin probablement par le pont de Kehl et, quoique son corps d'après toutes les apparences ne saurait être nombreux, il est cependant à même de le fortifier journellement et de se soutenir, en prenant une position, ou de forcer le passage de Kehl, en cas qu'on voulût le lui disputer.

N'ayant tout au plus que 5000 hommes à lui opposer, il est convenu qu'on cèderait à la force en protestant contre son entrée, en déclarant qu'on restera neutre jusqu'à ce que l'Empire décide, et en plaçant nos forces militaires dans les villages qui se trouvent sur la frontière, pour y maintenir l'ordre et pour renvoyer les marodeurs, en se secourant mutuellement. . . .

J'ai encore une observation à faire à V. E. Il appert, que la cour Impériale tâche de faire valoir dans cette occasion les principes qu'elle suppose depuis 1673, savoir qu'aucun état d'Empire ne saurait faire une guerre offensive sans le concours de l'Empereur et de ses coétats et que cette restriction se trouve fondée dans la paix de Westphalie. En conséquence elle s'oppose à ce que des états de l'Empire aient des troupes étrangères sur leurs territoires[1]. . . . Je pense . . . qu'il importe à tous les états de veiller dans leurs réponses, voix à la Diète et délibérations, pour qu'il ne s'y glisse rien, dont la cour Impériale pourrait faire usage pour prouver dans la suite qu'on a adhéré à ces principes. Comme cependant il serait fort imprudent de diverger la question de fait, dont il s'agit présentement, par une dispute de droit, ce qui pourrait peut-être parfaitement convenir au système politique de la cour de Vienne, j'ai pensé qu'il valait

[1] Der Fall liege — führt Edelsheim aus — bei dem Cardinal Rohan vor, der genöthigt sei, seine Besitzungen gegen Frankreich zu vertheidigen. Man könne ihn aber unmöglich dafür verantwortlich machen, daß er zu diesem Zwecke fremde Truppen auf sein Gebiet gerufen.

mieux trouver une tournure dans la réponse que Msgr. le Margrave a du donner à la Régence de Fribourg qui, en réservant le droit des princes en entier, éloigne cependant toute question et explication à cet égard.

J'ai l'honneur d'être etc.

Berl. St. A. Copie.

438. Karl Friedrich an das Kreisausschreibeamt des schwäbischen Kreises[1].

Karlsruhe, 12. Jan. 1792.

[Aufforderung den Kreis in Thätigkeit zu bringen.]

Der Markgraf habe bisher vergebens eine Antwort auf ein früheres Schreiben erwartet. Inzwischen sei die „energische Erklärung"[2] des Kaisers erfolgt, der Kaiser treffe in den vorderösterreichischen Landen verstärkte Sicherheitsmaßregeln und erwarte ein gleiches von den Kreisen. Auch habe er den Cardinal Rohan aufgefordert, die auf seinem Gebiete verweilenden Truppen in Bälde zu entlassen.

Baden habe sich daher veranlaßt gesehen, mit den übrigen Ständen seines Kreisviertels wegen eines etwa zu besorgenden Angriffes sowohl, als wegen der Auflösung des Mirabeau'schen Corps in Berathung zu treten. Speziell der letztere Gegenstand dürfte auch die Aufmerksamkeit des gesammten Kreises erregen.

Concept von Geh. Rath Meier.

439. Bischof August von Speier an Karl Friedrich.

Bruchsal, 14. Jan. 1792.

[Für gemeinsame Behandlung der Emigrantensache.]

Es ist allerdings zu vermuthen, daß der Herr Prinz von Condé vielleicht bald in dem Falle sich sehen werde, mit seinem Gefolg die hochfürstlich Straßburgischen Lande wieder zu verlassen und einen andern Aufenthaltsort zu wählen, wo dann die Frage entstehen würde, wie man wegen des Rückzugs sich benehmen müsse, um sowohl für sich alle Gefahr, als von Seiten der angrenzenden Benachbarten alle Vorwürfe nach Möglichkeit zu vermeiden. . . .

Der Fürstbischof sendet daher den Geh. Rath von Riz an den Markgrafen, um ihn über den Inhalt seiner Verhandlungen mit Kurpfalz und Kurmainz zu informiren und zu einer Erörterung der erforderlichen gemeinsamen Maßregeln zu veranlassen[3].

[1] Die kreisausschreibenden Fürsten des schwäbischen Kreises waren der Bischof von Constanz und der Herzog von Würtemberg.

[2] Das kaiserliche Schreiben an die Kreisdirectorien vom 3. Dec. 1791 bei Reuß Staatskanzley 36. 86 ff.

[3] Der Markgraf versichert in seiner Antwort, man werde den Durchzug einzelner unbewaffneter Emigranten nach wie vor gestatten, den Durchmarsch bewaffneter Truppen aber verhindern.

440. Präsident v. Gayling an Karl Friedrich.

Mahlberg, 19. Jan. 1792.

[Maßregeln des schwäbischen Kreises für den Abzug der Emigranten.]

Gayling hält sich auf der Reise nach Freiburg, wo er mit Summerau zu conferiren hat, in Mahlberg und Ettenheim auf.

... Vergangenen Freitag war der Generaladjutant vom schwäbischen Kreis, Graf Sponeck, in Ettenheim und hat namens des schwäbischen Kreisausschreibeamts dem H. Cardinal von Rohan die Eröffnung gethan, wie man die attroupements nach dem erhaltenen Kaiserlichen Befehl fernerhin in hiesigen Gegenden nicht mehr dulden könne, und man also schleunig den Bedacht nehmen möge, daß alles auseinander ginge. Dieses solle man auch zugesichert haben. . . .

441. Gutachten Schlossers.

Karlsruhe, 20. Jan. 1792.

[Verhandlung mit Frankreich für die einzelnen Reichsstände zulässig; Straßburger Tauschproject.]

Schlosser, zum Gutachten über die letzten Reichstagsberichte vom 9. und 12. Jan. d. J. betr. das kaiserl. Kommissionsdecret aufgefordert, gelangt bei seinen Erwägungen zu dem Schlusse, daß es keinem Reichsstande verwehrt sein könne, „sich vor der Hand in Tractaten einzulassen und sie salvo iure et ratificatione Imperii abzuschließen", und daß das Reich kein Recht habe, diese Ratification zu verweigern, „bis dasselbe auf eine reichsconstitutionsmäßige Art die Stände bei ihrer plenaria immedietate erga Imperium schützen will und kann". Ein rechtzeitiger Vergleich könne nur nützen; man werde in Frankreich, wie er fürchte, nur zu bald merken, daß man die geschädigten Reichsstände ihrem Schicksale überlasse.

. . . Ich kann es also weder jetzt dem Herzog von Würtemberg verdenken, wenn er sich zu vergleichen sucht, noch kann ich jetzt anders rathen, als ich ganz zu Anfang dieser Händel gerathen habe, daß man nämlich je eher, je lieber das Tauschproject mit Straßburg ernstlich angreife[1].

442. König Friedrich Wilhelm II. an Graf Görtz.

Berlin, 26. Jan. 1792.

[Billigung der Haltung Badens. Die Bedenken wegen Oesterreich nicht begründet; keine unmittelbare Gefahr von Frankreich.]

. . . Le parti mitoyen que le Margrave de Bade d'après la susdite lettre de son ministre[2] a pris dans la situation embarrassante, où la crainte d'une invasion des troupes françaises le mettait, est sans doute des plus sages, et l'on ne peut disconvenir, que le principe, d'après lequel les états

[1] Ueber dieses Project, die geschädigten deutschen Fürsten durch die rechtsrheinischen Theile der Straßburger Diöcese zu entschädigen, s. oben S. 355.

[2] Das nach Berlin mitgetheilte Schreiben Edelsheims, oben Num. 437.

de l'Empire ne pourraient entrer en guerre ou armer chez eux des troupes étrangères sans le consentement du Corps Germanique et de son chef, ne soit contraire aux prérogatives de ces princes. Mais ce n'est aussi pas dans ce sens . . . qu'on doit envisager les exhortations de la cour Impériale aux états voisins de la France pour dissiper les armements des émigrés et écarter tout sujet de plaintes fondées de la part de la France. L'Empereur dans cette occasion n'a point parlé comme chef de l'Empire, mais comme puissance prépondérante en Allemagne, et le but de ses déclarations . . . est simplement de faire connaitre, que ceux des états de l'Empire, qui ne se conformeraient pas à ses conseils, n'auraient en cas d'attaque aucun appui à attendre de sa part.

Au reste, ayant déjà fait donner connaissance au Margrave de Bade par mon ministre à Stoutgart des démarches énergiques faites en France en mon nom et de concert avec l'Empereur, pour prévenir une invasion hostile du territoire germanique, et dont Vous êtes en état de confirmer la teneur au Baron d'Edelsheim, je me flatte que les premières alarmes de ce prince en auront été calmées[1].

Berl. St. A. Concept unterz. von Finkenstein, Schulenburg, Alvensleben.

---

443. Das Geh. Rathscolleg an Resident Mühl in Wien.

Karlsruhe, 26. Jan. (exp. 31. Jan.) 1792.

[Truppenverstärkung in Schwaben erwünscht. Verproviantirung der Magazine im Elsaß.]

Es wäre zu wünschen, daß der in der Beilage des 6. Berichtes bemerkte Marsch der 6000 Mann in hiesige Gegenden[2] bald zu Stande käme, damit denen unzufriedenen Parteien mit Nachdruck begegnet werden kann, deren Einbruch auf den Reichsboden auch alsdann noch zu befürchten ist, wenn es mit Frankreich zu keinem Krieg kommen sollte. Dies ist daher an den bewußten Orten mit dem Anfügen hinzulegen, daß inzwischen in hiesiger Gegend zu einem Magazin für Cavallerie, die in dem Elsaß verstärkt werden solle, viel Fourage aufgekauft wird. . . .

Man hat bisher noch kein Ausfuhrverbot erlassen, um Frankreich nicht zu reizen, muß aber doch Sorge tragen, daß nicht event. für deutsche Truppen ein Mangel entstehe.

Concept zur Chiffrirung bestimmt.

---

[1] Vergl. oben Num. 428.

[2] Mühl hatte berichtet, daß 6000 Mann Befehl erhalten hätten, nach Schwaben zu marschiren, und weitere 30000 Mann sich zum Aufbruch bereit halten sollten; er glaubt indes nicht, daß dies ernst gemeint sei, Kaunitz widerstrebe entschieden jeder Einmischung (dat. Wien 18. Jan.).

444. Minister v. Ürküll an den badischen Kreisgesandten G. Ludw. von Edelsheim.

Stuttgart, 29. Jan. 1792.

[Einladung zu einer Conferenz in Hornberg.]

Der würtembergische Minister theilt mit, der Herzog habe auf seiner letzten Reise nach München, Meersburg und Freiburg sich nach den Sicherheitsmaßregeln umgesehen, die man zum Schutze des schwäbischen Kreises getroffen habe, und sei mit der österreichischen Regierung zu Freiburg und dem Cardinal Rohan deshalb in Verhandlung getreten.

In Folge eines Antrages von Seiten des letzteren habe der Herzog sich heute veranlaßt gesehen, dem Bischof von Konstanz „einen eigenen Zusammentritt unter denen hiebei am meisten interessirten Theilen auf den 6. Februar nach Hornberg" vorzuschlagen, wozu auch der Markgraf eingeladen werde.

Da die Zeit dränge, so gebe man dies, noch ehe das offizielle Einladungsschreiben[1] eintreffe, vorläufig Edelsheim bekannt.

445. Protokoll des Geheimen Raths.

Karlsruhe, 30. Jan. 1792.

[Rohan verspricht Entlassung der Emigrantenkorps.]

Geh. Rath von Gayling erstattet Bericht über seine Mission nach Freiburg. Cardinal Rohan hat die baldige Entlassung des Corps Mirabeau zugesichert[2]. Falls ein Einschreiten gegen dasselbe noch nothwendig werden sollte, frägt es sich, ob der Markgraf als Kreisviertelsdirector eine Conferenz ausschreiben und dort die weitern Maßregeln veranlassen oder ob er die Initiative den Direktoren des schwäbischen und oberrheinischen Kreises überlassen soll. Eine Entscheidung unterbleibt vorerst.

446. Geh. Legationsrath de Rochebrune an Edelsheim.

Kehl, 31. Jan. 1792.

[Drohungen des Marschalls Luckner.]

Aujourd'hui vers 3 heures après dîner est arrivé au bout du pont du Rhin le maréchal Luckner suivi de 4 aides de camp. Il en détâcha un pour venir prier le capitaine des hussards[3] commandant ici de venir lui parler. Arrivé auprès du maréchal qui l'attendait . . . ce dernier lui marqua très vivement son étonnement de ce que l'on souffrait ici les émigrés; il lui dit qu'il était autorisé par l'assemblée naionale et par le Roi de venir

[1] Dasselbe (dat. 28. Jan. 1792, prs. 2. Febr.) liegt bei den Akten; die Vollmacht für den Geh. Rath Emanuel Meier datirt vom 2. Febr. Der Geh. Rath erklärt sich einstimmig für Beschickung der Conferenz, mit Ausnahme Wöllwarths, der verschiedene Bedenken dagegen anführt, namentlich daß der schwäb. Kreis sich mit der Sache nicht zu befassen habe, da der Cardinal dem oberrheinischen Kreise angehöre.

[2] Der Markgraf ersucht daher den Cardinal, ihm mitzutheilen, wann und in welcher Weise die Entlassung der Truppen erfolgen werde, um die nöthigen Vorkehrungen bei Zeiten verabreden zu können (exp. 31. Jan.).

[3] Rittmeister Medikus.

à la tête de 60000 hommes demander raison et se venger des princes et états qui donnaient asile à des révoltés, dont les projets contre la France n'étaient pas inconnus. Il lui dit, qu'il respectait beaucoup Mr le Margrave, mais que, si l'on n'expulsait pas au plutôt les aristocrates, il serait forcé de venir mettre le pays à feu et à sang; il lui représentait les reproches que l'on aurait alors à se faire, d'avoir causé le malheur et la perte d'une grande quantité de familles[1]. . . .

447. Instruction für Geh. Rath Meier zur Kreisconferenz in Hornberg.

Karlsruhe, 2. Febr. 1792.

[Maßregeln zur Auflösung des Mirabeau'schen und des Condé'schen Corps.]

Meier wird angewiesen, auf der Conferenz hervorzuheben, wie sehr man bisher sich badischerseits bemüht habe, jede Provocation der französischen Nachbarn zu vermeiden und welche Maßregeln zum Schutze der Kreislande man mit der vorderösterreich. Regierung verabredet. In der Voraussetzung, daß der Cardinal in die Entlassung des Mirabeau'schen Corps einwillige, solle Meier darauf dringen, daß der Termin derselben genau bestimmt und nicht zu weit hinausgeschoben werde und daß die abziehenden Mannschaften hinlänglich mit Reisegeld versehen würden. Wer nach Frankreich zurückkehren wolle, solle auf dem nächsten Weg, „und nicht gerade über Kehl", zurückgeführt werden, die übrigen Truppen, die sich nicht etwa anwerben ließen, sollten in drei Abtheilungen, theils nach Oberschwaben, theils nach der Schweiz, theils nach dem Mittelrhein transportirt werden. Die weitere Fortschaffung derselben bleibe den einzelnen Landesregierungen überlassen.

Sollte auch von der Entfernung des Condé'schen Corps gesprochen werden, so erhält Meier den Auftrag, dieselbe „der öffentlichen Ruhe und Sicherheit wegen" als dringend wünschenswerth zu bezeichnen. Verlange indes der Cardinal, daß man „diesen Leuten ohnmontirt und unbewaffnet mit Einstellung aller militärischen Uebungen daselbst ein ferneres Asyl" verstatte, so habe Meier „unter beständiger Beobachtung alles Menagements gegen die Person des Prinzen von Condé" der Ansicht des österreichischen Abgeordneten beizutreten.

Falls wider Vermuthen der Cardinal die Entlassung des Mirabeau'schen Corps überhaupt ablehne oder zu verzögern trachte und man eine gewaltsame Vertreibung desselben beantrage, habe Meier protokollweise zu erklären, daß die Macht des Kreises dazu nicht ausreiche und man überdies ohne vorherige Requisition beim schwäbischen Kreise und Berathung durch den engern Kreisconvent zu solchem Vorgehen nicht berechtigt sei, und den Antrag nur ad referendum nehmen.

Sollte der Cardinal indes selbst die Hilfe des Kreises nachsuchen, so wäre darauf zu dringen, daß er die vorderösterr. Regierung um die nöthige militärische Unterstützung „mit oder ohne den gleichen Beistand des Kreises" bäte.

Concept von Geh. Rath Meier.

---

[1] Am 2. Febr. wiederholt sich die gleiche Scene. Luckner läßt den Amtmann Strobel von Kehl und den Rittmeister Meditus zur Brücke rufen, erneut seine Beschwerden, erinnert an die Verwüstung der Rheinlande während der Kriege Ludwigs XIV., warnt vor der Beherbergung von Emigranten und ersucht Strobel, dem Markgrafen über alles Bericht zu erstatten. (Rochebrune an Edelsheim, dat. Kehl 3. Febr.)

448. Der französische Gesandte de Mackau an Edelsheim[1].

Stuttgart, 8. Febr. 1792.

[Beschwerden wegen der Emigranten in Kehl und der Magazine in Rastadt. Aufforderung zur Abstellung der Beschwerden; polternde Kriegsdrohung. Ablehnende Haltung Badens.]

J'avais reçu des ordres de ma cour de me plaindre de la protection que Mr le Margrave de Bade accorde aux émigrés, surtout du passage presqu'en corps qui a eu lieu sur le territoire de S. A. S.; mais m'étant empressé de rendre compte des restrictions qui y ont été apportées dans la suite, on m'a donné la marque de confiance de laisser à ma disposition les mesures à prendre à cet égard. . . .

Quelle doit être ma douleur, en apprenant que des magasins pour les émigrés existent à Rastadt, que, fermés en apparence, ils sont cependant pourvus clandestinement. Comment a-t-il fallu que des démarches militaires fissent sentir l'inconvénient de permettre un émigré à Kehl? . . .

Cependant, Monsieur, malgré l'ordre donné, le 4. les émigrés retournent à Kehl. Je demande formellement qu'aucuns Français ne couchent dans cette ville et que les ordres donnés soient tels que la vigilance de Vos préposés puisse nous garantir qu'on n'y laissera pas même arriver ceux qui sont les plus portés à provoquer les rixes sur cette rive des deux empires . . . Je demande tout aussi formellement, Monsieur, que les magasins de Rastadt soient détruits sans délai. . . .

Nous répétons volontiers, Monsieur, et je Vous prie de le dire à S. A. S., que nous désirons la paix, que nous en sentons le besoin, mais si l'on ne veut pas répondre à nos vœux, nous ferons la guerre avec le sentiment de notre force, nous la ferons pour obtenir la paix.[2]

J'ai l'honneur etc.

---

[1] Das letzte vorhandene eigentlich geschäftliche Schreiben dieses täppischen Diplomaten; am 1. März 1792 zeigt er dem Karlsruher Hofe offiziell seine Abberufung an; er war zum Gesandten in Florenz ernannt; an seine Stelle trat Maisonneuve als Gesandter in Stuttgart und Karlsruhe. Daß Mackau auch noch von Italien aus in thörichter allarmirender Weise auf die deutsch-französischen Verhältnisse einzuwirken suchte, zeigt die Notiz bei Vivenot Quellen z. Gesch. der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs II. 481.

[2] Das Schreiben bleibt, wie sich aus dem Protokoll des Geh. Raths vom 8. März d. J. ergibt, unbeantwortet, weil mit dem Abzuge der Emigrantenlegionen der Grund zur Klage von selbst wegfällt und weil es „nicht anders als mit Anregung der verschiedenen Ohnschicklichkeiten beantwortet werden könnte, welches bei dem bekannten sehr unziemenden Ton des Herrn von Mackau . . . in denen jetzigen Zeitläuften wohl zu evitiren sein möchte". Mackau wendet sich in Folge dessen beschwerend an das schwäbische Kreisausschreibeamt. Minister von Uexküll in Stuttgart theilt dies Edelsheim mit. Da Mackau mittlerweile von seinem Posten abberufen wird, unterbleibt auch darauf die Antwort. Dem würtembergischen Minister wird indes mitgetheilt, die Errichtung neuer Magazine und die Aufhebung bestehender sei schon im December v. J. verfügt worden; über die Aufrechterhaltung der Ruhe in Kehl brauche der Markgraf einer fremden Macht keine Rechenschaft zu geben.

449. Bericht des Geh. Rath Meier über die Hornberger Conferenz.

Karlsruhe, 14. Febr. 1792.

[Die Conferenz zu Hornberg. Anmaßendes Verhalten des Abbé d'Eymar. Das Mirabeau'sche Corps soll in Hohenlohische Dienste treten. Beruhigende Erklärungen des Cardinals Rohan. Conferenzbeschluß über die Abführung der Truppen. Badens Haltung wird gerühmt.]

Meier gibt, da die Abfassung des Conferenzprotokolles noch nicht beendet, vorläufig einen kurzen Bericht über die Verhandlungen zu Hornberg. Es waren bei dem Convente vertreten: Konstanz durch v. Hebenstreit, Würtemberg durch v. Seckendorff, Oesterreich durch Fechtig und Baumann, Fürstenberg durch Schwaab und Straßburg durch Abbé d'Eymar. Andere Kreisstände waren überhaupt nicht eingeladen. Man hatte erwartet, daß nur von der Entlassung und Entwaffnung des Mirabeau'schen Corps die Rede sein werde; um so mehr wurde man durch die Ausführungen des Abbé d'Eymar enttäuscht, der in einem vorgelegten Promemoria die Absicht darlegte, daß diese Truppen als Corps demnächst an einen nicht-schwäbischen Reichsstand[1] überlassen werden sollten. Man fürchtete, daß dies nur leere Ausflüchte seien. Die österreichischen Abgeordneten entgegneten, daß dadurch weder das Versprechen des Cardinals erfüllt werde, noch dem Wunsche des Kaisers, der gänzliche Auflösung des Truppencorps fordere, Genüge geschehe. Meier forderte in seinem Votum sofortigen Aufschluß, an wen, wohin und wann die Truppen überlassen werden sollten, um genau beurtheilen zu können, ob auf diese Weise der Zweck der Conferenz erfüllt werde. Da dieselben unbewaffnet transportirt werden sollten, wäre es wünschenswerth, daß sofort mit der Entwaffnung begonnen würde. Für den Fall, daß der Plan der Truppenüberlassung sich nicht verwirklichen sollte, möge der Cardinal erkären, welche andere Vorkehrungen er dann zu treffen gedenke.

Abbé d'Eymar verweigerte jedoch jeden weiteren Aufschluß und verließ Hornberg am folgenden Tage (7. Febr.) mit der Erklärung, sein Auftrag sei erschöpft, ohne sich durch einen ihm nachgesandten Sekretär zur Rückkehr bewegen zu lassen.

Man beschloß daraufhin, den Cardinal selbst zu ersuchen, die Conferenz neu zu beschicken oder die dem Abbé d'Eymar vorgelegten Fragen bestimmt zu beantworten.

Der Cardinal entschuldigte das Benehmen seines Abgesandten, da derselbe „Gesundheitshalber" die Conferenz habe verlassen müssen, und beauftragte zugleich den Hofrath Stuber, an dessen Stelle sich nach Hornberg zu begeben. Stuber gab nunmehr die etwas bestimmtere Erklärung ab, das Gebiet des Reichsstandes, der die Truppen in Dienst nehme, sei weder im schwäbischen Kreise noch am Rhein gelegen, der Abzug des Corps werde in kurzer Frist erfolgen, da der Prinz von Condé die erforderlichen Requisitionsschreiben „täglich" erwarte; für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung werde Sorge getragen, die Waffen werde man erst einen Tag nach dem Abmarsch der Truppen nachführen lassen. (9. Febr.)

In Folge dieser Eröffnungen kam am 11. Febr. ein Conferenzbeschluß zu Stande[2], nach dessen Unterzeichnung die Abgeordneten die Heimreise antraten. Derselbe constatirte im wesentlichen die Befriedigung über die Erklärungen des Cardinals. Man wünschte jedoch, daß der Abzug der Truppen spätestens binnen 10—12 Tagen erfolge und daß im Auftrag des schwäbischen Kreises ein Offizier die Erfüllung der von Seiten des Cardinals gemachten Zusicherungen überwache. Den Wunsch der Conferenz-Deputirten, daß die

[1] An den Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst (der ebenfalls ein Emigrantencorps commandirte) kraft eines mit demselben am 3. Febr. d. J. geschlossenen Vertrages.

[2] Den Inhalt desselben s. bei H. Ruckgaber Geschichte der Frei- und Reichsstadt Rottweil II. 2. 319.

französischen Offiziere und Adligen, welche gegen Ende des J. 1791 von Worms aus nach dem bischöfl. Straßburgischen Gebiete übergesiedelt seien[1], gleichfalls in Bälde veranlaßt würden, die Gegend zu verlassen, versprach Hofrath Stuber nach Kräften bei dem Cardinale zu unterstützen, doch sollte der Prinz von Condé und seine Suite ungestört auch fernerhin daselbst verweilen dürfen. Für den Fall, daß der Cardinal nicht im Stande wäre, der getroffenen Abrede Folge zu leisten, wurden eventuelle weitere Maßregeln vereinbart. Sollten sich die Mirabeau'schen Truppen der Auflösung widersetzen, so habe der Oberst und Kreis-Generalquartiermeister von Mylius den Beistand des schwäbischen Kreises und der vorderösterreich. Regierung zu requiriren. Damit endete die Conferenz (13. Febr.).

Meier berichtet, man habe allgemein die Fürsorge der badischen Regierung für die Sicherheitsmaßregeln zum Schutze der eigenen und Kreislande anerkannt; der fürstenbergische Abgeordnete habe ausdrücklich hervorgehoben, daß im Falle der Noth „aller Schutz nur von Baden und von seiner Verbindung mit Vorderösterreich zu erwarten gewesen" wäre.

Die allgemeinen Vertheidigungsanstalten im schwäbischen Kreise wurden auf der Conferenz nicht verhandelt; so oft Meier die Sprache darauf zu bringen gesucht, wurde die Angelegenheit auf die allgemeine oder wenigstens die engere Kreisversammlung verwiesen.[2]

---

450. Edelsheim an den kurmainzischen Geh. Staatsrath Joh. von Müller.

o. D. [exp. le . . fevr. 1792].

[Der Congreß von Hornberg und die Entfernung des Mirabeau'schen Corps. Vorgeschichte und Verlauf.]

Mittheilung über den Verlauf des Congresses zu Hornberg.

D'après ce que le Cardinal avait fait et dit, il n'a point été possible de se dispenser à paraître au congrès de Hornberg, ce qui à tous égards aurait pu donner lieu à une scission très fâcheuse dans la crise du moment. J'ai cru pouvoir Vous donner bientôt des détails sur cette fameuse conférence et nous n'en avons eu qu'aujourd'hui. . . .

Il faudra reprendre, mon très cher M., les choses à la déclaration que fit Mr le Baron de Summerau au Cardinal. Je la croyais et très forte et inconstitutionnelle. J'écrivis en conséquence une lettre privée au ministre du Margrave à Vienne, en le priant de faire remarquer, que la maison d'Autriche exciterait immanquablement des plaintes de la part des cercles, si elle voulait donner suite à ce que le Baron de Summerau avait annoncé; que le Cardinal n'étant point membre de la division ou quart du cercle de Souabe dont le Margrave avait la direction, mais pas même du cercle de Souabe, nous nous garderions bien d'être actif vis-à-vis de lui; . . . que je pensais qu'il n'y aurait à cet égard pas de mode plus sûr et plus court

[1] Dies war das Corps des Prinzen von Condé (nach Ruckgaber S. 318 9000 M. stark), welches allerdings bis auf weiteres in der Gegend von Rottweil, Villingen ꝛc. blieb.

[2] Die bad. Regierung theilt das Resultat der Hornberger Conferenz alsbald nach verschiedenen Seiten, an Kurmainz und an die Kreisviertelsstände mit, und macht zugleich die Uebernahme des Corps durch den Fürsten v. Hohenlohe-Waldburg-Schillingsfürst, der bereits um freien Durchzug ersucht habe, bekannt (dat. 16. Febr.).

que, si la cour Impériale excitait le cercle du Haut-Rhin, qui probablement prendrait son recours sur les troupes placées dans le Brisgau, pour faire exécuter les lettres déhortatoires qu'il ne manquerait point de décréter contre le Cardinal.

Ces insinuations ont probablement donné lieu aux instructions qu'a reçues le Baron de Summerau par courrier les derniers jours que le Baron de Gayling s'est trouvé à Fribourg. Car changeant alors tout-à-coup de langage, il a finalement déclaré que, quoique S. M. I. continuait de désirer pour le repos de l'Empire en général et surtout pour les états riverains du Rhin que le corps Mirabeau fût désarmé, dissous et obligé de quitter les quartiers qu'il tenait présentement, il abandonnait cependant à ceux à qui il appartenait d'après les règles de la constitution de prescrire au Cardinal à cet égard ce qui pourrait l'obliger de remplir ce but, offrant toutefois les troupes autrichiennes pour effectuer les décrets lâchés contre lui. . . .

Dans l'entrefait le Cardinal avait mandé au Duc de Wurtemberg et au Margrave, tout comme il fit enfin au Baron de Summerau, qu'étant décidé de désarmer le corps Mirabeau et de faire quitter son pays aux sujets qui avaient composé ce corps, il demandait un congrès, sur lequel on pourrait aviser aux moyens nécessaires pour le mettre à même d'effectuer cette résolution et pour déterminer la marche que prendraient les soldats dissous.

Nous venions de répondre au Cardinal qu'il devait nous annoncer le jour fixé pour la dissolution du dit corps et que nous ne manquerions point alors de rassembler les états de notre quart conjointement avec les voisins membres d'autres cercles et de l'Empire . . . mais dans l'entrefait le directoire du cercle de Souabe convoqua une conférence à Hornberg de la façon du monde la plus précipitée . . .

Le Cardinal ne nous répondit point, mais envoya l'abbé d'Eymar de suite à Hornberg. On y envoya d'ici le conseiller privé Meier, qui a depuis seize ans la direction des affaires du quart du cercle. Son instruction porte . . . l'ordre de s'opposer à toute voie de fait qu'on voudrait employer contre le Cardinal, en cas qu'il ne voulût point remplir sa promesse, en déclarant que, dès lors qu'on ne pourrait agir de gré à gré avec lui, le cercle de Souabe et bien moins encore le comité de Hornberg avait une autorisation pour lui forcer la main; qu'en cas de son refus il fallait au moins assembler les directeurs des bancs du cercle de Souabe pour s'adresser au cercle du Haut-Rhin et attendre, que le dit cercle voulût commettre au cercle de Souabe l'exécution des déhortatoires qu'ils ne manqueraient point de lâcher, après que l'évêque de Strasbourg avait déclaré lui-même qu'il n'avait point appelé ces troupes pour la sûreté de sa personne. . . .

Quelle fut ma surprise en apprenant par le rapport qui vient d'arriver,

que l'abbé d'Eymar a quitté brusquement le congrès sans s'être prêté à rien et se rapportant uniquement à la déclaration que son maître avait donné à la Diète, déclaration qui a été suivie par d'autres particulières que je Vous ai citées plus haut, Monsieur, et qui doivent rendre la première comme non-valable. Elle laisserait effectivement les choses bien exactement dans le triste état, dans lequel elles sont actuellement. Ce qu'il y a peut-être d'aussi surprenant, c'est que les députés autrichiens au congrès insistent plus que jamais sur la dissolution du corps Mirabeau et sur la dislocation. . . .

L'abbé d'Eymar a déclaré en partant qu'un état de l'Empire, jouissant du droit des armes et distant de la frontière de la Souabe, avait accordé ses états pour refuge au corps Mirabeau et le recevrait en 10 jours de la déclaration jusqu'à tel terme; cependant on n'osait point articuler le nom du protecteur. Voilà où nous en sommes. . . .

Die Gefahr eines französischen Angriffes und Rheinüberganges glaubt Edelsheim nicht befürchten zu müssen, es fehle Frankreich an regulären Truppen und vor allem an Geld.

---

451. Edelsheim an Karl Friedrich.

Ettlingen, 18. Febr. 1792.

[Schwierigkeiten bei dem Durchzug der französischen Emigranten.]

Ich gehe von der Nachricht aus, die Graf Matzony bei seiner Durchreise S^mo gegeben hat. Nach solcher sind die in Durlach angekommenen Franzosen von dem Corps des chevaliers de la couronne. Da ich nun noch heute in einem Schreiben des Ministers Grafen von Oberndorf an Prince de Condé ersehen, daß man dem Durchzug der französischen Edelleute als bloßen Reisenden keine Hindernisse machen wolle, nur aber verlange, daß sich keiner derselben länger als zwei Tage in Mannheim aufhalte, dabei weiß, wie wir alle, daß der Fürst von Bruchsal-Speier den Durchzug durch seine Lande nur versagt, wenn ihn Pfalz nicht gestattet, so habe ich sicher vermuthen müssen, daß der vorliegende Anstand nicht entstehen würde. Das erste, was man sicher und legal wissen muß, ist, daß der Eintritt in das bischöfl. Speirische diesen Emigranten untersagt worden sei; ist dieses so, muß man auch nach Bruchsal schreiben oder Jemand senden, um den Fürsten zu überzeugen, daß Pfalz dieser Gattung Emigranten den Durchzug nicht verwehre, wobei man anführen könnte, daß, da Oestreich ihnen den Durchzug erlaubt habe, und der Herr v. Mylius[1] nichts von ihrem Aufbruch gemeldet, sie sich im Land befunden hätten, ohne daß man ihre Ankunft erfahren. Zugleich könnte man von dem Vorfall nach Appenweier Nachricht geben, um sie allenfalls durch das Würtembergische instradieren zu können. Dieses letztere wird um so weniger Anstand finden, da Herr v. Mylius in seinem Schreiben an mich gemeldet hatte, daß man nebst dem Mirabeauischen Corps auch das Regiment

[1] Commandierender der würtembergischen Kreistruppen.

Fitz James durch das Herzogthum Würtemberg marschiren lassen würde, um so viel eher nun das Corps der Edelleute. Daß es diese allein sein können, welche jetzt in Durlach liegen, schließe ich daraus, weil ged. Regiment von Mühlburg nach Rheinhausen marschirt, und man wohl voraussagen kann, daß es kein Theil des Mirabeauischen Corps ist. Unterdessen bis Antworten von Bruchsal und Appenweier einlaufen, ist wohl kein ander Mittel, als die Edelleute ruhig in Durlach zu belassen. Sollten aber von beiden Orten negative Antworten kommen, so wird man sie wieder dahin bringen müssen, woher sie gekommen sind. Doch ist mir dieser Fall ganz unglaublich. In Ettlingen sind über Nacht 6 Edelleute und 3 Bediente in der Krone und in der Blume 2[1].

452. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 23. Febr. 1792.

[Anerkennung seiner Haltung von Seiten des Königs von Preußen; Versicherung seines und des kaiserlichen Schutzes.]

Es haben S. K. M. von Preußen . . . mir nicht allein den gnädigsten Auftrag ertheilet, E. Hf. D. mittelst Bezeugung des vollkommensten Beifalls über die weisen Maßnehmungen und das so deutsch patriotische, als vorsichtige Betragen, welches Höchstdieselbe in denen jetzigen kritischen Umständen und Lage Dero fürstl. Landen beobachten, diejenigen Versicherungen vom wärmsten Antheil und erforderlichen Schutz auf das bündigste zu wiederholen, welche S. K. M. durch Dero Gesandten von Madeweiß schon haben ertheilen lassen, sondern auch . . . Höchstderselben die weitere Versicherung zu thun, daß S. K. M. in dem mit des Kaisers Maj. zu treffenden . . . Concert mit S. K. K. Maj. den vorzüglichsten Bedacht auf die Erhaltung und kräftige Vertheidigung der Reichsrechte und derjenigen der im Elsaß und Lothringen begüterten . . . Fürsten nehmen werden und daß dabei des Königs Maj. sich in keinem Schritt von denen des Kaisers Maj. trennen werden, deshalb aber nur wünschen, daß die dabei betroffenen Stände bis dahin . . . sich noch in etwas gedulden möchten. . . .

---

[1] Ueber den Abzug des Mirabeau'schen Corps und seinen Durchzug durch badisches Gebiet liegen noch mehrfache Akten vor. Mit der militärischen Regelung und Ueberwachung wird von badischer Seite der Major v. Beck beauftragt, der darüber mit Mirabeau verhandelt. Die Transportirung der Truppen geschieht in drei Abtheilungen; Mirabeau verlangt, und es wird ihm darin schließlich nachgegeben, daß bei jeder Abtheilung wenigstens 90—100 Mann bewaffnet bleiben dürfen; die militärische Escortirung von badischer Seite wird darauf beschränkt, daß jeweils in die Nachtquartiere 100 M. badischer Truppen gelegt werden zur Ueberwachung der Emigrantentruppen. Am 20. Febr. beginnt der Transport, am 6. März ist der Durchmarsch durch badisches Gebiet beendet; „die Grenadiers und die Cavallerie, schreibt v. Beck, sind schöne Leute", doch sei Strenge nöthig; denn die Leute benahmen sich, als ob sie die Herren im Lande wären; an anderer Stelle später aber lobt er das Bemühen der Officiere, Mannszucht zu halten.

453. Präsident von Gayling an Karl Friedrich.

Freiburg, 23. Febr. 1792.

[Conferenz mit Summerau. Möglichste militärische Schonung Badens zugesagt.]

Gestern habe ich eine über zwei Stunden lange Conferenz mit dem Herrn Präsidenten von Summerau gehabt, in welcher er mir nicht allein die dermalige politische Lage umständlich eröffnet hat, sondern auch deutlich die Gesinnungen des Kaisers Majestät zu erkennen gegeben.[1]

Näheres darüber könne er nur mündlich mittheilen.

Herr Präsident wird in Wien dienliche Einleitung treffen, damit die badische Kreismannschaft nicht außer dem Viertel employirt wird. Man gedenket nicht eher Truppen in E. Hf. D. Lande zu legen, bis solches die Defensionsanstalten vor nöthig machen. Heute wird solches in der mit dem Generalcommando, denen breisgauischen Ständen und fürstl. Baselischen Deputirten zu haltenden Conferenz debattirt werden. . . .

454. Geh. Staatsrath Joh. v. Müller an Edelsheim.

Mainz, 3. März 1792.

[M. beglückwünscht Edelsheim zu der Entfernung des Mirabeau'schen Corps.]

. . . Vous avez fait des merveilles. Non seulement Vous avez fait disparaître d'un coup de baguette toute une armée contrerévolutionnaire, mais Vous avez à la fois obligé les Français du dedans par cette politesse et aussi le Cardinal même, en le délivrant des hôtes qui le mangeaient et qui l'incommodaient lui-même. . . .

455. Staatsrath Edelsheim an Prinz Ludwig von Baden.

Karlsruhe, 8. März 1792.

[Theilnahme des Prinzen an der bevorstehenden Campagne; der Erbprinz. Klage über Schlosser.]

Edelsheim beglückwünscht den Prinzen zur bevorstehenden Eröffnung des Feldzuges[2]; der Erbprinz wolle als General der Kreistruppen oder als Volontär ebenfalls daran theilnehmen, der Markgraf werde sich zu den Haustruppen begeben.

. . . Wir sitzen übrigens bis gegen Ende Juli etwas flick. Da hilft uns die Ohnmacht und die ganz komische Thorheit unserer Gegner vermuthlich mehr

[1] Präsident v. Gayling und Oberst v. Freystädt waren nach Freiburg geschickt, um mit der vorderösterreichischen Regierung Verabredungen zu treffen über zweckmäßige Einquartierung und Verpflegung der neuerdings zum Schutz der schwäbischen Kreislande eingetroffenen österreichischen Truppen; man erklärt sich badischer Seits bereit, auch auf badischem Gebiet vorkommenden Falls österreichische Truppen aufzunehmen und zu verpflegen. Von Wien her wird schon bei dieser Gelegenheit u. a. der Wunsch ausgesprochen, daß zwischen dem schwäbischen und dem oberrheinischen Kreise eine Association geschlossen werden möge.

[2] Ueber die militärische Stellung des Prinzen Ludwig vergl. oben S. 170.

als alle unser Wissen. . . . Unsere Herren Hochweisen, unter denen Schlosser à la tête ist, machen indessen mehr Obsorge nöthig als die Franzosen. Der Mann will coûte qui coûte herrschen. Da ihm nun das im Geheimenrath nicht gerathen und er aus solchem ausgemustert worden, so schreit er wem der es hören will aus, ich verwickelte den Markgraf in Krieg mit Frankreich, um zu Wien und Berlin zu gefallen, und würde ohnausbleiblich das ganze Land in Feuer und Flammen verheeren machen, daher er mich ohne Scheu einen Landesverräther nennt. Dabei bleibt doch der Plattfuß hier, und zum Fortschicken ist kein Mittel.

456. Der französische Gesandte Maisonneuve an Edelsheim.

Stuttgart, 15. März 1792.

[Uebersendung einer Druckschrift über das Verhältniß zwischen Frankreich und Oesterreich. Hoffnung auf Verständigung mit Baden.]

J'ai l'honneur de Vous envoyer un imprimé renfermant plusieurs pièces qui peuvent donner une idée précise de la position actuelle de la France à l'égard de la cour de Vienne[1]. . . .

L'espérance que Vous me donnez de la bienveillance de S. A. S. Msgr. le Margrave me flatte infiniment. J'apporterai les soins les plus constants à la mériter. Tout ce que j'ai appris dans tous les temps des principes d'équité, de sagesse et d'humanité, par lesquels S. A. S. gouverne Ses états, doit rendre le souverain l'objet d'une vénération universelle et profonde. . . .

Mon impatience est extrême de venir présenter moi-même mes lettres de créance à S. A. S. Je ne puis, pour le moment, quitter encore Stoutgard, mais je hâterai mon arrivé à Carlsrouhe le plus qu'il me sera possible.

Puisse-je, Monsieur, obtenir la confiance et l'amitié d'un ministre aussi éclairé que Vous etc.

457. Edelsheim an Graf Görtz.

Karlsruhe, 15. exp. 16. März 1792.

[Vereinbarung mit der österreichischen Regierung zum Schutz der Rheinlinie; nöthige Mitwirkung des schwäbischen Kreises; Besorgniß wegen übler Haltung von Würtemberg; Preußen und Oesterreich müssen einen Druck ausüben. Plan einer Association des schwäbischen, oberrheinischen und fränkischen Kreises.]

Ma santé m'a empêché de donner à V. Exc. un détail particulier et confidentiel sur les arrangements, dans lesquels Msgr. le Margrave est entré

---

[1] Die Beilage fehlt. Ueber Maisonneuve vgl. oben S. 335. Zur Situation: am 25. Januar 1792 Ultimatum der französischen Nationalversammlung an K. Leopold II. auf bestimmte Friedenserklärung bis zum 1. März; am 7. Febr. Alliance zwischen Preußen und Oesterreich; am 17. Febr. Erklärung K. Leopolds an die französische Regierung mit scharfer Wendung gegen die jacobinische Partei, am 1. März von dem Minister

nouvellement avec le gouvernement du Brisgau autrichien, pour procurer aux états du Margraviat quelques sûretés contre des invasions françaises. . . .

Le système de feu S. M. I. était de former un cordon qui aurait commencé depuis Bâle. Notre arrangement à cet égard se terminait aux frontières de la Souabe, . . . les troupes autrichiennes et les nôtres devaient être reparties sur cette première ligne de manière à pouvoir se rassembler en corps en peu de temps et empêcher toute incartade qui pourrait nous arriver de la rive gauche. A l'égard de l'espace entre Kehl et Stollhofen on était convenu de proposer au cercle de Souabe de mettre un bataillon en garnison à Kehl et de remplir avec un autre bataillon et deux escadrons l'intervalle. . . .

La mesure des secours que donnerait le cercle de Souabe doit être décidée à la convocation prochaine du cercle. Il faudra voir, si nous pourrons l'effectuer contre la volonté de Msgr. le Duc de Wurtemberg qui, comme V. E. le sait bien, ne manquera pas de faire son possible pour traverser toutes les propositions qu'on fera à cet égard, de crainte de se voir mis par là aux prises avec la France et d'être obligé de faire agir ses troupes. . . .

Mais il n'y a guères d'espérance, qu'en manquant par l'interrègne de l'appui Impérial, on pourra venir à bout de diriger les voix des états du cercle à adopter ce plan, à moins que la cour autrichienne, se combinant avec celle de Berlin, ne voulussent faire donner par leurs ministres respectifs au cercle tout le poids nécessaire à ces propositions.

Si V. E. entre à cet égard dans mes vues, je dois Lui laisser le choix des moyens qu'Elle voudra bien prendre pour moyenner les instructions nécessaires à Mr de Madeweiss, ministre de S. M. Prussienne.

La cour Imple désirait en même temps que les cercles de Souabe et du Haut-Rhin voulussent former une association[1]. L'utilité qui pourrait résulter de cette démarche aux deux cercles et l'avantage qu'en tirerait la cour Imple est trop claire, pour que je puisse soupçonner, que le successeur de feu S. M. I. voulût être d'un avis différent; mais il est certain, que la proposition, qu'en pourrait faire Msgr. le Margrave à la Diète du cercle,

---

Delessart in der Legislative vorgelegt; am 1. März Tod des Kaisers Leopold II.; am 10. März Eintreffen der Todesnachricht in Paris, Sturz des Ministeriums Delessart, Einsetzung eines girondistischen Ministeriums, mit Dumouriez für das Auswärtige; am 20. April Beschluß der Kriegserklärung gegen den „König von Ungarn und Böhmen" in der französischen Legislative.

[1] Ueber den Plan einer zu bildenden engeren oder weiteren Kreisassociation unter den „vorderen Reichskreisen", der von hier an in den nächsten Monaten viel besprochen wird, vergl. besonders die bei Vivenot, Quellen z. Gesch. d. deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs I. 436 ff. mitgetheilten Acten.

rencontrera bien peu de faveur, si, dans les circonstances présentes, il ne serait soutenu par les envoyés des cours susmentionnées.

Il y aurait peut-être à combiner une seconde association, qui serait celle du cercle de Franconie. Outre que cette triple association s'ait (sic) faite en plusieurs rencontres . . ., elle donnerait à S. M. Prussienne la grande facilité de pouvoir faire avancer des troupes jusque sur les bords du Rhin pour couvrir, comme associé du cercle de Souabe, ses limites[1], sans qu'il fût question d'une guerre et sans qu'on puisse lui faire le reproche de vues hostiles contre la France. . . .

Concept.

458. Edelsheim an Maisonneuve.

Karlsruhe, 24. März 1792.

[Klage über Indiscretionen Mackaus.]

Maisonneuve hat in verbindlicher Weise Edelsheim ersucht, auf Grund von Beschwerden des Straßburger Magistrats über den Wirth zum goldenen Apfel in Kehl, der gegen Frankreich hetze, diesem eine Zurechtweisung zu ertheilen. Edelsheim ist dem Ansuchen bereitwillig nachgekommen, verwahrt sich dabei aber gegen jede Veröffentlichung seiner Correspondenzen durch die Zeitungen.

. . . Je Vous avoue, que je ne saurais me faire à cette forme en diplomatie et que, quand je vois surtout des extraits peu exacts de mes lettres dans les gazettes de Strasbourg ou que j'y lise la lettre qu'on m'adresse, avant qu'elle me soit parvenue, comme il m'est arrivé dans les derniers temps de la mission de Mr Votre prédécesseur, je me persuade que c'est fait pour arrêter notre correspondance. . . .

Concept.

459. Aus der Instruction für die badische Gesandtschaft beim schwäbischen Kreise.

Karlsruhe, 2. April 1792.

[Nothwendige Sicherung der Rheinlinie; Kreisassociation im weitern Umfang nicht räthlich; dagegen Verständigung mit dem fränkischen Kreise.]

Die Kreisgesandtschaft wird dem Kaiserl. Rescripte vom 3. Dec. 1791 entsprechend angewiesen, darauf anzutragen, daß mit den benachbarten Kreisen vertrauliche Correspondenz gepflogen und eine gemeinsame Besetzung der Rheinlinie vereinbart, sowie denselben die reichsverbandsmäßige Hilfe für den Nothfall angeboten werde.

„Eine Kreisassociation hingegen oder eine Erneuerung der älteren mit denen vormals verbündeten fünf vorderen Kreisen haben Unsere Gesandten nicht zur Sprache zu bringen, da Wir solche in mancherlei Rücksichten vor der Hand bedenklich finden“[2].

---

[1] Nämlich die zum fränkischen Kreis gehörigen und jetzt mit Preußen vereinigten Fürstenthümer Ansbach und Baireuth.

[2] In einem Gutachten des Geh. Rath Meier vom 31. März 1792 werden diese Bedenken näher entwickelt. Die Geschichte lehre, daß die Associationen im Reich alle „im Grunde wenig gefruchtet, von denen praepotenten Mächten zu ihrem Particularvortheil geleitet worden“ und den andern „mehr Schaden als Nutzen zugezogen“. Dies sei besonders

Diese Bedenklichkeiten walten jedoch nicht vor, wenn eine nähere Vereinigung mit dem fränkischen Kreis zur gemeinsamen Defension in Vorschlag kommen, oder dieser selbst eine solche anbieten sollte. Es ist daher in beiden Fällen ... derselbe nicht von der Hand zu weisen, sondern ad referendum zu nehmen. ...

---

460. König Friedrich Wilhelm II. an Graf Görtz in Regensburg.

Berlin, 2. April 1792.

[Billigung des Associationsplans; Beförderungsschreiben nach Wien; in Regensburg dafür zu wirken.]

Bezugnahme auf die übersandte Copie des Edelsheim'schen Schreibens vom 15. März, das Associationsproject betr. (Num. 457).

Cette mesure me parait fort convenable dans les circonstances actuelles, et je suis très porté à l'appuyer. Pour m'assurer de la coopération de S. M. Apostolique, je viens d'adresser au Baron de Jacobi[1] le rescrit ci-joint en copie, en lui ordonnant de Vous faire part en droiture des résolutions qu'on aura pris (sic) à Vienne. Quand Vous recevrez cette information, Vous Vous employerez de Votre mieux immédiatement auprès du cercle de Souabe et médiatement par les ministres de Constance et de Wurtemberg pour faire goûter la proposition d'une telle association. ...

Copie.

---

461. Der preußische Gesandte v. Jacobi an König Friedrich Wilhelm II.

Wien, 11. April 1792.

[Der Wiener Hof sehr für den Associationsplan; wird entsprechende Instructionen erlassen.]

Jacobi berichtet, er habe am 9., dem königl. Rescripte vom 2. d. M. entsprechend, dem österr. Ministerium die nöthigen Eröffnungen gemacht.

Le Baron de Spielmann, après avoir pris ma proposition ad referendum, m'a informé cet après-midi:

---

der Fall, seit Oesterreich sich an den Associationen betheiligt habe. Ein Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich, an dem das Reich als Ganzes nicht Theil nehme, würde doch die associirten Kreise mitverwickeln. Die Associationen, die sich ursprünglich lediglich auf Handhabung der Executionsordnung und Wahrung der allgemeinen Sicherheit beschränkt, seien nach und nach erweitert und als „förmliche Allianzen" behandelt worden. Von dem ober- und kurrheinischen Kreise, die sich in gleich bedrohlicher Lage wie der schwäbische befänden, sei keine Hilfe zu erwarten, Oesterreich leiste ohnehin schon so viel, als es kraft einer Association zu leisten hätte. Von dem fränkischen Kreise allein könne man sich Vortheil versprechen; derselbe habe ja auch von jeher mit dem schwäbischen in engerer Verbindung gestanden. Auf eine eigentliche Association sich einzulassen, halte er daher nicht für räthlich, wohl aber befürworte er ein näheres Einvernehmen mit dem fränkischen Kreise.

[1] Freih. v. Jacobi-Kloest, preußischer Gesandter in Wien, der in diesem Schreiben die Weisung erhält, ähnlich wie Graf Görtz, das Associationsproject zu unterstützen.

Que cette association était tout-à-fait conforme aux souhaits de S. M. Apostolique, que Ses ministres dans l'Empire seraient instruits dès aujourd'hui de se concerter là-dessus avec les ministres de V. M. et de concourir à tout ce qui pouvait faire prendre consistance à cette association[1], à l'égard de laquelle la régence de Fribourg était déjà depuis plusieurs mois en pourparlers avec le ministère de Bade.

Sur ma demande, quels seraient les détails des instructions dont on munirait pour cet effet les ministres de cette cour en Empire, le Baron de Spielmann m'a répondu, qu'on ne pouvait que se rapporter à cet égard à l'intelligence et à la connaissance locale des ministres, que l'ordinaire à fournir dans une pareille occasion était un triple contingent en hommes et en argent. . . .

Copie.

462. Circularschreiben des F. Kaunitz an die königlichen Gesandtschaften in Mainz, Trier, Bonn und München.

Wien, 11. April 1792.

[Der badische Antrag auf eine Association zu befördern; möglichst auf die fünf vorderen Reichskreise auszudehnen; Preußen und Oesterreich einig darüber; voraussichtliches Widerstreben des Herzogs von Würtemberg.]

Das markgräfl. badensche Ministerium wünscht eine Association der schwäbischen und oberrheinischen Kreise, um sich gegen einen französischen Ueberfall sicher zu stellen. Damit dieser Plan zu Stande komme, hält dasselbe die Mitwirkung Sr. Apostolischen und Sr. Königl. Preußischen Majestät für unumgänglich nöthig und glaubt, daß diese Association auch auf den fränkischen Kreis könne erstreckt werden. . . .

Mit dem Antrag der von dem badenschen Hof gewünschten Association ist man diesseits nicht nur ganz einverstanden, sondern man ist vielmehr der Meinung, daß derselben ganz jene Ausdehnung und Wirksamkeit zu geben sein wolle, wie solche in jenen Zeiten, wo die Sicherheit des Reichs von Seiten Frankreichs in Gefahr war, immer mit vorzüglichem Nutzen bestanden hat.

So wie die Sachen dermalen in Frankreich stehen und wie man hievon ganz verläßige Nachrichten hat, muß man beinahe jede Stunde erwarten, daß von einer oder der andern Seite ein Ausfall auf das Reichsterritorium gemacht werde.

Man siehet daher für durchaus und dringend nöthig an, daß sich die hohen Reichsstände der vorliegenden fünf Reichskreise baldmöglichst und ohne Zeitverlust erklären und auf die baldige Realisirung dieses unumgänglich nöthig gewordenen Vertheidigungsmittels sich ernstlich vorbereiten.

[1] S. das unter demselben Datum nach Regensburg an den dortigen österreichischen Gesandten Borié gerichtete Schreiben von Kaunitz bei Vivenot Quellen I. 436. Das demselben beigefügte Circularschreiben an die Gesandtschaften im Reich (Mainz, Trier, Bonn und München) vom 11. April fehlt bei Vivenot; es folgt unter Num. 462.

Se. Königl. Preußische Majestät, von den nämlichen Gesinnungen für das Reichsbeste belebt, haben sich vorläufig schon bereit erklärt, Ihrerseits alles zu dieser Association beizutragen, und diesorts wird man nicht nur ohne Verzug die associationsmäßigen Truppen stellen, sondern auch zur Herstellung und guter Organisirung des Associationscorps sich gerne alle jene Modalitäten gefallen lassen, die den Umständen, dem Vermögen der Reichsstände und besonders der nöthigen Thätigkeit mehr angemessen erachtet werden wollen.

Man vermuthet, der Herr Herzog von Würtemberg sei zu einer Association nicht geneigt, weil er besorge mit Frankreich ins Gedränge zu kommen. Allein Wir können von einem patriotischen Reichsfürsten und besonders von dem ausschreibenden Fürsten des schwäbischen Kreises, um dessen Sicherheit es sich vorzüglich handelt, keine andere, als dem gemeinen Wunsch entsprechende Gesinnungen erwarten, und die Gefahr für seine Lande würde eben so groß, als es dem Ruhm dieses Herrn nachtheilig wäre, wenn er bei der allgemeinen Gefahr isolirt oder unthätig bliebe.

Ich wünsche von Euer ꝛc. über diesen Punkt bald die Gesinnungen und bestimmten Erklärungen der Höfe zu vernehmen und werde dann allsogleich die Ministers auf dem Reichstag mit Weisungen versehen, weil Regensburg der schicklichste Ort scheint, wo man dermalen das Associationsgeschäft zu Stande bringen könnte[1].

463. Geh. Staatsrath Joh. v. Müller an Edelsheim.

Mainz, 14. April 1792.

[Die Kreisbewaffnung und ihr Werth. Unsicherheit der Zukunft.]

. . . Le Landgrave de Cassel paraît aussi désirer le rassemblement du cercle. Il se fera sans doute sur le champ. Ces armements de cercle peuvent toujours arrêter un choc, à moins que la révolte n'accompagne l'invasion; mais l'essentiel ne peut être que l'ouvrage des grandes puissances militaires, dont les forces ont de l'unité.

Il est certainement imprévoyable ce que cette année nous fera voir encore, et il est bien difficile de se garantir contre des événements très possibles. En attendant il faut faire ce que l'on peut et ce qu'on doit. Msgr. le Margrave l'a fait de tout temps et particulièrement dans cette occasion. . . .

[1] Zwei Tage später erläßt Kaunitz an die betr. Gesandtschaften ein zweites Circularschreiben (Wien 13. April), in welchem er eine historische Uebersicht über die Entwickelung des Associationswesens giebt. S. Vivenot Quellen I. 451—456.

464. Graf Görtz an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Regensburg, 16. April 1792.

[Unterstützung des badischen Antrags auf Kreisassociation.]

J'ai eu l'honneur de recevoir avec un profond respect les ordres de V. Maj. qu'Elle m'a fait adresser par son ministre en date du 2 Avril, auxquels étaient joints ceux qu'Elle a fait donner à Son ministre à la cour de Vienne, le Baron de Jacobi-Kloest, sur le même objet, celui d'accorder Son intervention et Son appui à une association entre le cercle de Souabe et du Haut-Rhin d'après l'idée que le Margrave de Bade par son ministre, le Baron d'Edelsheim, m'avait fait charger de solliciter près de V. Maj.

L'approbation et l'appui que Vous avez, Sire, accordé à cette mesure ne peut que fournir à tous Vos coétats une nouvelle et bien forte preuve des sentiments patriotiques de V. Maj. . . .

Görtz erwartet weitere Instructionen in dieser Angelegenheit. Oesterreich unterstützt das Project gleichfalls nachdrücklichst.

Berl. St. A.

---

465. Graf Görtz an Edelsheim.

Regensburg, 16. April 1792.

[Uebersendet das Kaunitz'sche Rundschreiben; erster Anfang für weiteres.]

Je n'ai qu'un moment de temps encore, ma très chère Excellence, mais je l'employe pour m'empresser de Vous faire tenir ci-joint copie de ce qui nous est venu hier de Vienne, tant par le Prince de Kaunitz aux ministres de cette cour ici que par le Baron Jacobi à moi. Sans en pouvoir encore faire un pair[1] de manches entièrement juste par la diversité que Vous remarquerez de ce que le chancelier d'état a écrit à ces ministres et de ce que Jacobi a rapporté à Berlin avoir reçu par la voie de Spielmann, — nous voyons un commencement à cette affaire, et quoique je ne sois pas encore déterminé, si j'attendrai des ordres ultérieurs avant de commencer ma négociation partielle avec les Smes et Celsissimes à Stoutgard et Meersburg[2], nous ne chaumerons pas à mettre toute l'activité à cette affaire . . .

---

466. Graf Görtz an Edelsheim.

Regensburg, 18. April 1792.

[Schreiben an die Kreisdirectoren. Die Höfe von Wien und Berlin fördern eifrig die Associationsidee.]

Je m'empresse de communiquer à V. E. ci-joint la lettre que j'adresse aujourd'hui, d'après les ordres de ma cour qui Lui sont connus, aux directeurs

[1] Sic, st. une paire; ich bemerke hierbei ein- für allemal, daß das Französisch des Grafen Görtz überhaupt nicht sehr mustergiltig ist und oft Anstoß giebt — was nicht in jedem einzelnen Fall hervorgehoben wird.

[2] Meersburg am Bodensee, die Residenz des Bischofs von Constanz.

du cercle de Souabe[1]. Je désire qu'elle rencontre Son approbation, celle de Msgr. le Margrave et que surtout cette démarche patriotique du Roi, à laquelle autant son patriotisme que son amitié pour S. A. S. a eu part, produira le meilleur effet. Je ne connais en douter, vu tout le zèle que met la cour de Vienne à cette affaire, le Prince de Kaunitz venant d'adresser encore en date du 13 des ordres ultérieurs à ses ministres ici[2], si pressants, si détaillés, épuisant si entièrement toute la matière, nommant les cercles à associer, savoir entre la Souabe et le Haut-Rhin, la Franconie, l'Autriche et l'Électoral, que le Comte de Lehrbach ne pourra manquer de m'appuyer et de réussir. . . .

---

467. Edelsheim an Graf Görtz.

Karlsruhe, 20. April 1792.

[Das Associationsproject nicht aus der Initiative Badens stammend; das Mißverständniß muß berichtigt werden.]

Edelsheim weist auf ein Mißverständniß hin, welches sich aus der Correspondenz des Berliner und Wiener Cabinets ergeben habe.

Il en est arrivé que la cour autrichienne s'est prévalue de cette circonstance pour nommer la cour de Bade comme celle qui aurait mis l'association des cercles sur le tapis, au lieu que c'est, comme Mr de Spielmann l'a déclaré à Mr le Baron de Jacobi, la cour de Vienne elle-même qui nous a fait les premières ouvertures à cet égard. Il se pourrait que V. E., séduite par cet exemple, présentât l'objet sous le même aspect aux Princes Directeurs du cercle de Souabe et de Franconie. J'ai en conséquence cru, qu'il était indispensable de Lui faire remarquer, que ce moyen me paraissait parfaitement inutile, tandis qu'on a à leur annoncer le désir et la coparticipation des cours de Berlin et de Vienne; mais qu'il serait assurément nuisible à la réussite de la négociation, parceque Vous diminuerez par là l'impression de la proposition, et qu'enfin je me trouverais par là en quelque sorte compromis vis-à-vis des cours et personnes, auxquelles j'ai tenu cette idée secrète jusqu'ici[3]. . . .

---

[1] Dieselben werden darin ersucht, „durch höchstdero Einfluß . . . die beschleunigste Behandlung und Vollführung dieses so höchst wichtigen als nützlichen Geschäfts (d. h. der Association) zu veranlassen".

[2] Vivenot Quellen ꝛc. I. 451 ff.

[3] In ähnlichem Sinn äußert sich Edelsheim in einem Schreiben an seinen Bruder, den damaligen Gesandten beim schwäbischen Kreise in Ulm: «je pense être dans le cas de devoir m'en expliquer ouvertement avec le conseiller d'état Müller à Mayence, pour obvier à un reproche qui me ferait assurément de la peine et nuirait dans la suite à la confiance que je me suis acquise à sa cour». Vergl. u. Num. 471.

Je suis bien de l'avis de V. Exc. que l'office du Prince Kaunitz aux ministres autrichiens en Empire n'est certainement point aussi précise et claire, que l'a été la réponse verbale du Baron de Spielmann.

Concept.

468. W. v. Edelsheim an G. L. v. Edelsheim.

Karlsruhe, 20. April 1792.

[Das Mißverständniß über die badische Initiative. Bewaffnete Neutralität das Ziel.]

Edelsheim benachrichtigt seinen Bruder, den Kreisgesandten in Ulm, von der durch das Schreiben an Görtz vom 15. März d. J. veranlaßten Correspondenz zwischen dem Berliner und Wiener Hofe und von der darin verbreiteten irrthümlichen Auffassung der Stellung der badischen Regierung.

Durch das Schreiben an Görtz vom 20. d. M. hoffe er die nachtheiligen Folgen dieses Mißverständnisses noch rechtzeitig zu verhüten.

Il faut au reste attendre toutes les démarches qui se feront maintenant sur cet objet et, quoique notre conduite ne pourra plus être dirigée entièrement d'après les termes de Votre instruction, nous resterons cependant invariablement attachés aux principes d'une neutralité armée. . . .

469. Der österreichische Gesandte Graf Lehrbach an Karl Friedrich.

München, 21. April 1792.

[Empfehlung des Kreisassociationsprojectes.]

Graf Lehrbach legt angesichts der Vorgänge in Paris und der von Frankreich drohenden Gefahr ausführlich die Nothwendigkeit einer Association der vorderen Kreise dar.

Indem ich nun aus besonderem Auftrage Sr. Maj. E. Hf. Dchl. diese Eröffnungen ehrerbietigst vorlege, muß ich auch dieses in Allerhöchstihrem Namen noch beifügen, daß, soviel die Herstellung und Belebung der Associationsvölker betrifft, Sie gerne alle jene Einrichtungen sich werden gefallen lassen, welche den Umständen, dem Vermögen der Reichsstände und der erforderlichen Thätigkeit angemessen erachtet werden könnten. Der König siehet in diesem heilsamen Antrage überhaupt nichts anderes als ein Zuvorkommen, als eine erste laute Aeußerung des lange vorhandenen stillen Wunsches aller reichspatriotischen Mitstände, und er betrachtet es als eine Pflicht, sie zu einer Vereinigung aufzurufen, welche so geschickt ist, den Störern deutscher Rechte und Ruhe einen besseren Begriff von dem durch weiland Kais. Maj. aus väterlicher Fürsorge schon empfohlenen Reichswehrstande zu geben. . . .

Der Gegenstand selbst ist Höchstdero Theilnahme und weiteren Unterstützung mehr als irgend einer würdig, und ich . . . werde nicht säumen, den gegenwärtigen ersten Antrag in eine solche Gestalt zu bringen, daß er eine förmliche Grundlage der Kreisesberathschlagung werden kann, wo alsdann — und S. Maj. setzen hierauf Ihr vorzüglichstes Vertrauen — der fruchtbare Einfluß auf Höchstdero Kreismitstände sich bewähren wird, welcher einem so vermögenden Fürsten Schwabens mit gutem Rechte erworben ist. Ich harre in tiefster Ehrfurcht rc.

470. Edelsheim an Graf Görtz.

Karlsruhe, 23. April 1792.

[Baden wird die Association auf dem allgemeinen Kreisconvent vorschlagen. Scharfe Kritik der übelwollenden Saumseligkeit des engeren Ausschusses und der Würtembergischen Directorialleitung.]

. . . Je suis parfaitement de l'avis des ministres autrichiens, en ce que je trouve la lettre adressée à Msgr. le Duc de W. et le Prince de Constance parfaite. C'est aussi le sentiment de Msgr. le Margrave et de son conseil, dans lequel j'ai produit cette lettre aujourd'hui. Je pense à la vérité que, cette base jetée, il sera superflu de faire parler de l'association par la mission de Bade au cercle. Comme cependant l'un ou l'autre des ministres autrichiens pourraient répéter le contenu de leurs instructions et que notre silence donnerait alors du louche sur notre conduite . . ., Msgr. le Margrave a ordonné à ses envoyés au cercle de proposer l'association, dont il est question, à la première occasion, dès que l'assemblée générale du cercle aura commencé ses délibérations.

La députation appelée „Engerer Ausschuß" va finir bientôt. Quand on lit les procès verbaux de ses séances, on a de la peine à supprimer l'impression que doit faire à chaque patriote une jactance aussi parfaite du bien public. Cinq séances ne leur ont pas suffi pour analyser le dernier rescrit Impérial touchant les affaires de France. On dirait entendre un pédagogue qui fait la leçon à ses disciples. On a employé une séance entière pour détailler la phrase, dans laquelle l'Empereur recommande l'administration de la justice! Il est trop clair que le but du Directoire est de ne rien faire absolument pour garantir le cercle contre le danger imminent, dans lequel il se trouve. Il part du principe, que l'Empereur n'a pour objet que les révoltes et désordres qui pourraient naître dans l'intérieur du cercle, et qu'il n'est, ni qu'il peut être question des attaques extérieures. Ils soutiennent, que le Directoire seul peut disposer dans ce moment-ci de l'emploi des forces militaires du cercle, vu qu'en 1789 le cercle leur a donné le pouvoir de diriger le militaire mis sur pied de guerre . . . pour l'exécution contre le pays de Liège. . . . Ils soutiennent en conséquence, que la maison de Bade ne saurait employer son contingent pour la défense de ses états, si le Feld-maréchal trouve bon de les employer ailleurs. Ils osent réprimander le Margrave d'avoir pourvu à la sûreté du cercle par un arrangement avec l'Autriche, tandis que ce soin appartenait au Directoire. . . .

On peut d'après ces données douter avec raison de l'effet qu'aura la proposition de V. E.; mais il faut espérer que l'assemblée générale . . . donnera du fil à retordre au Directoire. . . .

471. Edelsheim an den kurmainz. Staatsrath Joh. v. Müller[1].

o. D. [exp. 23. April 1792.]

[Die Idee einer Association der vorderen Kreise; ihre Genesis und das Verhalten Badens dazu. Haltung des schwäbischen Kreistages.]

Dans ce moment-ci je suis très empressé de Vous donner une connaissance confidentielle sur un objet majeur, qui va Vous être présenté incessamment par le ministre autrichien. Il s'agit de former une association entre les cercles, à laquelle le Roi de Prusse accèdera. Comme Mr le Prince de Kaunitz a mis la cour de Bade en tête de ces instructions comme l'auteur et fauteur de cette idée, je me vois obligé de Vous dire, d'où cette (sic) plan a été assignée à ma cour.

En écrivant au mois de mars à Mr le Comte de Gœrtz à Ratisbonne sur les objets du temps, je lui ai demandé, s'il croyait que le Roi de Prusse soutiendrait et appuyerait l'idée de former dans ce moment-ci une association entre les cercles de Souabe et du Haut-Rhin que la cour de Vienne nous faisait proposer depuis 4 semaines par la régence de Fribourg, en y joignant l'idée d'une autre association entre le cercle de Souabe et de Franconie. Mr le Comte de Gœrtz a trouvé bon d'envoyer copie de ma lettre au département des affaires étrangères à Berlin. Le Roi de Prusse n'a point hésité d'envoyer la même pièce à son ministre de Jacobi à Vienne avec ordre d'entrer incessamment en négociation à cet égard avec la cour de Vienne. Celle-ci n'a pas pris 24 heures pour se décider à l'affirmative et a envoyé incessamment les instructions très vives et décisives à ses ministres à Mayence, Coblence, Cologne et Munic, tout comme à ceux de Ratisbonne pour demander le renouvellement de la ci-devant grande association des cercles ou plutôt pour apprendre le sentiment des dites cours à cet égard. La cour de Berlin a de même ordonné à Mr le Comte de Gœrtz d'exiger la même mesure des princes directeurs du cercle de Souabe.

Vous voilà donc, mon cher ami, au fait de ce qui a donné naissance à cette grande idée, de même que de la part que nous y avons. Je ne doute pas, que le Comte de Schlick Vous ait déjà donné sa bordée. Vous aurez la bonté de m'informer, comment S. A. El. l'a reçu. Si les états germaniques veulent entreprendre quelques mesures décisives contre la France dans le courant de l'interrègne, je pense que l'association est d'abord la plus courte et la plus sûre pour parvenir à ce but.

L'assemblée du cercle de Souabe continue de faire semblant, comme si elle s'occupait des mesures de défense à prendre dans ce moment-ci, mais la véritable intentión du Directoire est de ne rien faire. Il prétend, que le rescrit Impérial prescrit uniquement des soins pour la conservation

[1] Vergl. oben S. 473 [3].

de la tranquillité publique et de l'ordre dans l'intérieur du cercle; . . . et avec de telles bourdes, qui sont reçues avec acclamation de la majorité des états, ils ont peur d'une invasion qui [l. qu'ils] comptent éviter, en restant les bras croisés, ou qu'ils se croient hors de la portée du canon. . . .

Concept.

472. Graf Görtz an Edelsheim.

Regensburg, 23. April 1792.

[Erklärung und Entschuldigung des durch ihn veranlaßten Mißverständnisses über die Stellung Badens zu dem Associationsproject.]

J'ai reçu hier à midi l'estafette que V. E. m'a expédiée le 20 au soir, et je me flatte qu'en attendant Vous aurez vu par ma lettre du 18 . . . que pour cette fois, mon ami, j'ai rencontré Vos intentions. . . .

Je n'avais fait d'autre demande au ministère du Roi que celle de vouloir donner les ordres que Vous paraissiez désirer à Mr de Madeweiss — et pour qu'on n'eût pas de doute sur ce que Vous demandiez, j'avais cru le plus simple de leur communiquer Votre lettre par un extrait détaillé, et si on aurait donné ces ordres à Mr de Madeweiss, j'étais très sûr qu'il se concerterait, avant de les exécuter, avec Vous.

J'étais très éloigné de croire, qu'on pourrait communiquer cette lettre au ministère de Vienne, où je devais supposer que Msgr. le Margrave aurait commis le soin de cette affaire . . . à Mr de Mühl. L'urgence des circonstances a probablement engagé le ministère du Roi, pour accélérer une affaire qui lui paraissait bonne et dans laquelle elle (sic) ne voulait pas se donner plus de mérite, qu'il ne lui appartenait, de communiquer Votre lettre au Prince de Kaunitz. J'ai très bien senti, que l'introduction de l'ordre circulaire de ce chancelier d'état aux ministres autrichiens[1], qui fait mention de la cour de Bade, ne Vous conviendrait pas et n'était pas à sa place; mais je ne pouvais le changer; mais j'ose espérer maintenant, que la tournure que j'ai donnée à ma lettre aura Votre approbation. Elle m'a été assez difficile à minuter pour la faire pressante avec dignité et trouver un point d'appui pour faire paraître naturel l'intervention du Roi dans des cercles qui lui sont étrangers. . . .

473. Promemoria der kurmainzischen an die badische Regierung.

Mainz, 24. April 1792.

[Zurückhaltend in der Associationssache; Hoffnung auf Oesterreich und Preußen.]

Der Kurfürst ist geneigt, die patriotischen Bestrebungen des Wiener und des Berliner Hofes (in Bezug auf den Associationsplan) zu unterstützen; er wünscht aber, daß eine Conferenz wegen der Kreisassociation nicht eher ausgeschrieben werde, als bis sich die wichtigeren Stände der fünf Kreise, die im J. 1748 den Beitritt zur Association ablehnten,

[1] Vergl. oben Num. 462.

zum Abschluß bereit zeigen; sonst würde sich das alte Spiel wiederholen, daß zwar die quaestio an? bejaht werde, die Armirung selbst aber unterbleibe. Kurpfalz und die oberrheinischen Kreisstände würden jetzt vermuthlich aus Furcht vor Frankreich sich zurückhalten.

Wirklich helfen könne nur eines: Oesterreich und Preußen müßten sich entschließen, vorerst die vorderen Reichskreise zu decken; dann würden die Kreisstände auch selbst ihre Kräfte aufbieten und die Kreisassociation möglich werden.

474. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 26. April 1792.

[Antwort auf das Schreiben des Grafen Lehrbach.]

Ein Schreiben des Grafen von Lehrbach vom 21. d. M., im Auftrage des Königs von Ungarn-Böhmen [Num. 469], ist eingelaufen. Es betrifft eine „Association der vorliegenden Kreise".

Die Kreisgesandtschaft erhält die Weisung, dem Grafen von Lehrbach vorläufig zu antworten: sie habe „vorhin schon die Weisung erhalten[1], auf Association der vorderen Kreise, jedoch zur bloßen Vertheidigung, den Antrag zu machen, und zweifle dahero nicht, mit solcher weitern Instruction versehen zu werden, die dergleichen Absicht Königl. Maj. vollkommen entspreche".

475. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 26. April 1792.

[Neue Instruction für den Kreistag in Ulm.]

Die badische Kreisgesandtschaft erhält neuerdings auf ihre Anfrage die Weisung, im Hinblick auf den Eifer, mit welchem die Höfe von Wien und Berlin eine Association der vorderen Kreise betreiben, „diese Association, jedoch in dem Maße, daß solche nur als Vertheidigungsanstalt zu betrachten und nur so lange, als kein Reichskrieg entstehen werde, von Wirkung sein solle[2], ... möglichst zu befördern und sobald am Kreistage davon die Sprache sein sollte, die Annahme der Vorschläge zu beantragen".

476. Geh. Staatsrath Joh. v. Müller an Edelsheim.

Mainz, 26. April 1792.

[Die Kreisassociation zu weitläufig; schlechte Stimmung der Stände. Französische Kriegserklärung gegen Oesterreich.]

Je ne saurais mieux répondre à la lettre de V. Exc. du 23. que par l'envoi du mémoire ci-joint[3], dont l'original a été remis à Mr le Comte de

[1] U. a. durch die Instruction vom 23. April, in welcher dringend darauf hingewiesen wird, daß die bisherigen Vertheidigungsanstalten keineswegs genügen. Man könne zwar das Kreiscontingent nicht abgeben, da man dasselbe zur Deckung des eigenen Landes brauche, werde aber die badischen Haustruppen zur Verfügung stellen, falls man dieselben zum Schutze der Kreisstände benöthige.

[2] Diese Klausel wird speziell auf den Rath des Geh. Rath Meier beigefügt, der von einer Association, in Folge der von Frankreich an Oesterreich ergangenen Kriegserklärung, Gefahren für Baden befürchtet, zumal dasselbe ohnedies mit Oesterreich eine Convention abgeschlossen.

[3] Fehlt.

Schlick. L'Électeur Palatin se refuse à toute délibération sur des mesures de défense. Avec qui donc peut on s'associer? Le Duc de Wurtemberg, selon toute apparence, pense comme lui. Les Landgraves seuls avec les petits contingents que l'on pourrait ramasser pourraient, s'ils voulaient, se placer sur la Spirebach. Pour Vous, Vous avez l'Autriche antérieure. Plus bas, Wesel peut soutenir Liège et peut-être, avec les Munstériens, Trèves. Mais les longissimes formalités des associations ne me paraissent pas propres à l'urgence du cas. Il faut presser la marche des Autrichiens et en attendant se renforcer, chacun par des voisins qui ont le même intérêt et occuper les postes les plus avantageux.

Le Roi des Français a donc déclaré vouloir faire la guerre à l'Autriche. Probablement on nous demandera, de quel parti nous voulons être. Naturellement un seul état de l'Empire ne peut rien répondre. Il est infiniment à souhaiter, que les communications nécessaires nous laissent le temps de recevoir les Autrichiens. . . .

Zum Schlusse spricht Müller die Befürchtung vor revolutionären Bewegungen in Deutschland, speziell in den Rheingegenden aus.

477. Gutachten des Geh. Rath K. v. Wöllwarth.

Karlsruhe, 27. April 1792.

[Die Zeit der Rücksichtnahme auf Frankreich vorüber; die französische Kriegserklärung; Reichskrieg unvermeidlich; entschiedener Anschluß an Oesterreich.]

Wöllwarth bespricht das Schreiben des Grafen Lehrbach, betr. die Errichtung einer Association, welches am 26. Gegenstand einer Berathung des Geh. Rathscollegiums geworden. [Num. 474.]

Die badischen Lande würden jedenfalls zur Deckung des Rheins immer eine Armee aufzunehmen haben; sie seien weder im Stande, eine bewaffnete Neutralität zu beobachten, noch sich selbst zu schützen, mithin gezwungen, Partei zu ergreifen.

Er könne daher dem Vorschlag seiner Collegen nicht beipflichten. Die Zeiten seien vorbei, wo man zum Grundsatze gemacht habe, Frankreich nicht zu reizen. Frankreich könne nach all dem, was in den letzten Jahren geschehen, keine weitere Schonung beanspruchen. Jeder Reichsfürst müsse seine Pflicht als Regent erfüllen und an die Vertheidigung und Sicherung seiner Lande denken.

Freilich habe sich, seitdem Lehrbach jenes Schreiben abgeschickt habe, die Lage verändert, am 20. sei die Kriegserklärung erfolgt, und als Grund in derselben u. a. mit angeführt worden, daß Oesterreich sich der geschädigten deutschen Reichsfürsten annehme. Es seien also nicht allein Oesterreich, sondern auch die betreffenden Reichsfürsten dabei mit interessirt. Ein Aufruf der letzteren werde voraussichtlich folgen, ein Reichskrieg sei dann unvermeidlich. Kein Reichsfürst werde sich mit Anstand und Würde der Mitwirkung entziehen können.

Sein Rath gehe daher dahin, daß man dem Grafen Lehrbach unverzüglich zustimmend antworte mit dem Bemerken, die schwäbische Kreisgesandtschaft sei dem Wunsche Lehrbachs entsprechend instruirt worden.

Letztere solle angewiesen werden, auf schleunige Ziehung eines Cordons von Kreistruppen und Stellung des triplums der Contingente zu dringen.

Man möge die Idee aufgeben, daß bei der veränderten kritischen Lage die Sicherheitsmaßregeln des J. 1789 genügten.

Der Markgraf erfülle in diesem Falle seine reichsstandmäßige Pflicht, verpflichte sich das Haus Oesterreich und vermeide gegenüber den Höfen von Berlin und Wien jeden Vorwurf.

478. Gutachten des Geh. Rath Schlosser.

Karlsruhe, 30. April 1792.

[Für Neutralitätserklärung Badens.]

Es verlaute, daß der französische Gesandte in der Absicht nach Karlsruhe gekommen sei, um die Forderung der Neutralität an den Markgrafen zu stellen. Schlosser hält sich daher für verpflichtet, seine Ansicht darüber auszusprechen. Er erkenne wohl, daß Preußen und Oesterreich eine voreilige Neutralitätserklärung übel aufnehmen und das Land sich, falls der Reichskrieg beschlossen werde, in mißlicher Lage befinden würde.

Allein man müsse das nächste und unvermeidlichste von zwei Uebeln abzuwenden suchen, und dies sei ein französischer Angriff auf die rechtsrheinischen Lande. Pfalz und Würtemberg, heiße es, hätten die Neutralität bereits angeboten, die kleinen Stände des schwäbischen und oberrheinischen Kreises, ebenso wie die Anhänger von Hannover würden stets gegen einen Reichskrieg stimmen. Oesterreich und Preußen beabsichtigten vielleicht nur eine bewaffnete Negociation. Man werde daher wohl eine Neutralitätserklärung Badens dem Markgrafen nicht sonderlich verargen, zumal ihm ja doch keine bedeutende Streitmacht zur Verfügung stehe.

Er sei daher der Ansicht, daß man Frankreich völlige Neutralität zusichere, allerdings mit dem Vorbehalt, daß den österreichischen Truppen und ihren Verbündeten freier Durchmarsch gewährt werden müsse, und dagegen fordere, daß Frankreich auch die vorderösterreichischen Lande nicht angreife, soweit sie im Bereiche des schwäbischen Kreises lägen, Baden dagegen „am Kreis seine bona officia interponiren wolle, daß des Königs Maj. von dort aus keine Hostilitäten unternehme“.

479. Karl Friedrich an den v. ö. Regierungspräsidenten v. Summerau.

Karlsruhe, 30. April 1792.

[Aufrechterhaltung der Convention.]

Der Markgraf versichert, daß er trotz der in Folge der Kriegserklärung veränderten Verhältnisse an der mit der vorderösterreichischen Regierung abgeschlossenen Convention festhalten werde.

480. Graf Görtz an Edelsheim.

Regensburg, 30. April 1792.

[Aussicht auf den bevorstehenden Krieg und die infernalischen Jacobiner. Kriegsrüstungen.]

Görtz drückt seine Genugthuung über die Antwort Edelsheims vom 23. und sein Bedauern über die Lage, in der der Markgraf sich Angesichts des künftigen Kriegs vielleicht befinde, aus.

Ce sont les premiers moments qui me font trembler et gémir sur les maux, que ces excréments de la nature humaine, ces infernaux Jacobins intendent de porter dans notre bonne et chère Allemagne. Pour la suite,

je suis sûr que la Providence bénira les intentions et mesures vigoureuses, patriotiques et généreuses du Roi et de son allié, le Roi d'Hongrie, qu'ils employeront pour venger l'injure fait à ce souverain par la résolution du 20. d'avril et à tout l'Empire. . . .

Zugleich theilt Görtz mit, der König habe den neuesten Nachrichten zufolge 50 000 M. Ordre ertheilt, sich marschbereit zu halten.

481. Gutachten des Geh. Rath Brauer.

Karlsruhe, 1. Mai 1792.

[Die Frage der Neutralitätserklärung oder des Anschlusses an Oesterreich vorläufig offen zu halten.]

Brauer bemüht sich, in Entgegnung auf die beiden Denkschriften von Wöllwarth und Schlosser nachträglich die Gründe darzulegen, welche ihn veranlaßt, den am 31. April von der Majorität acceptirten Vorschlag „einer unverfänglichen Suspensivbehandlung der Erklärung für eine oder die andere Maßnahme" vorzubringen.

Unleugbar sei die Neutralität wünschenswerth für das Land; aber ebenso unbestreitbar sei, daß die Behauptung derselben überwiegend von dem Willen der österreichischen und französischen Regierung abhänge. Gesetzt, letztere wäre damit einverstanden, so scheine Oesterreich nach den neuesten Aeußerungen des Fürsten Colloredo ganz und gar abgeneigt. Oesterreich könne auch Gründe genug anführen, um den schwäbischen Reichsständen die Neutralität zu verweigern. Im Auftrag des Reiches sei es eingetreten für die Rechte der geschädigten deutschen Fürsten und habe die Truppen an den Grenzen vermehrt: beide Punkte werden aber als Motive der französischen Kriegserklärung angeführt. Man könne daher nun im Kriegsfalle dem Wiener Cabinette die Hilfe nicht versagen, dürfe also die Neutralität nicht fordern, noch Frankreich zusichern[1].

Für Baden komme noch ein weiteres Moment in Betracht, die Convention mit Oesterreich. Könne auch Oesterreich bei der veränderten Lage der Dinge daraus ein Recht auf Beistand nicht ableiten, so dürfe doch Baden mit Rücksicht auf die damals bereitwilligst in Aussicht gestellte Hilfe ohne nähere Verabredung mit Oesterreich eine Neutralitätserklärung nicht abgeben, ohne daß es den Vorwurf des Undankes auf sich lade. Ebensowenig aber habe man nöthig, jetzt bereits eine „entscheidende Adhärenzerklärung" zu Gunsten Oesterreichs zu beschließen. Das sei ein Schritt, der doppelt gefährlich sei, weil Oesterreichs Macht am Rheine noch nicht stark genug sei, um einen förmlichen Angriff abweisen zu können. So lange es nicht ausdrücklich einen Antrag gestellt, und so lange man badischerseits nicht alle Bedenken Oesterreich gegenüber geltend gemacht und vorgestellt, daß auch ein lediglich defensives Verhalten „nach denen gestern in dem resolvirten Schreiben an den H. von Summerau skizzirten Bestimmungen" für Oesterreich von Vortheil sei, — habe Baden keine dringende Veranlassung, sich an den Wiener Hof direct anzuschließen.

Oesterreich könne es nicht verargen, wenn man die definitive Entschließung auf das Resultat weiterer Verhandlungen und Erörterungen aussetze.

Man müsse den Gang der Ereignisse abwarten. Ziehe sich der Krieg ganz und gar nach den Niederlanden, so sei man jeder Erklärung enthoben. Wende er sich an den Rhein, so lasse sich aus der Stellung und den Verhältnissen der Heere, sowie der Haltung der übrigen Reichsstände und andern Umständen zuverlässig entnehmen, welches das geringere Uebel sei und welchen Weg man zu betreten habe.

---

[1] Die gleiche Deduction findet sich auch in dem Circularschreiben an die österreichischen Gesandten im Reich, dat. Wien 5. Mai, bei Vivenot Quellen &c. II. 27.

482. Der zweibrücken'sche Minister v. Esebeck an Edelsheim.

Zweibrücken, 1. Mai 1792.

[Mission des Chev. de Naillac. Wiederaufnahme der Entschädigungsverhandlungen. Antwort des Herzogs.]

Esebeck theilt mit, vor einigen Tagen sei ein französischer Oberst, Chev. de Naillac, bei Hofe durch den französischen Geschäftsträger vorgestellt worden; derselbe habe ein Schreiben des Grafen Montmorin [Dumouriez?] vorgezeigt und mitgetheilt:

daß er den Auftrag habe wegen Befriedigung des hiesigen Hofes in Rücksicht dessen Besitzungen im Elsaß die Unterhandlungen anzufangen, mit dem Beifügen, daß, im Fall S. Herzogl. Dchl. sich hierzu bereitwillig erklären würden, man Höchstdemselben nicht nur alle immer thunlichen Bedingnisse zugestehen, sondern auch den übrigen betheiligten Reichsständen die nämlichen Vorschläge thun wolle. . . .

Da nach zuverläßigen Nachrichten bei Saargemünd ein französisches Lager von 10000 Mann sich zusammenziehe, habe man nicht gewagt, „die Anträge des Chev. de Naillac ... platterdings zu verwerfen“, sondern erwidert, der Herzog erwarte vor allem bestimmtere Vorschläge und werde sich dann darüber erklären.

. . . Der französische Abgeordnete hat nun an seinen Hof um Vollmacht und förmliche Credentialien geschrieben; jedoch gab er mir vorläufig zu verstehen, der König wünsche hier gemeinschaftliche Conferenzen über diesen Gegenstand zu eröffnen und sämmtliche interessirten Theile hiezu einzuladen . . .

Im Auftrage des Herzogs und dem zwischen beiden Höfen bestehenden engen Vertrauen gemäß gibt Esebeck Nachricht von diesem Zwischenfalle, versichert indeß ausdrücklich, der Herzog werde nie auf Vorschläge eingehen, welche den „in dem letzten Reichsgutachten aufgestellten Grundsätzen“ widersprächen[1].

---

483. Edelsheim an den kurmainz. Staatsrath Joh. v. Müller.

o. D. (exp. 1. Mai 1792.)

[Die Mission Maisonneuves. Die Stimmungen auf dem Lande und in den Städten. Schreiben Lehrbachs in Sachen der Association. Baden betrachtet die Neutralität als Basis derselben.]

. . . Mr de Maisonneuve est ici depuis dimanche au soir. On nous a averti qu'il ferait au Margrave la proposition de s'engager à tenir une neutralité parfaite et même de l'offrir pour le Brisgau autrichien, en cas que l'Autriche voulût accepter cette mesure pour les bords du Haut-Rhin. Mais dans une conversation de près de 3 heures que j'ai eu hier avec ce ministre, j'ai su éluder l'occasion de le faire parler sur cet objet. J'ai cependant pénétré qu'il a une proposition fort importante à me décocher, et pour se frayer ma confiance il m'a lâché l'approbation la plus complète

[1] Das Nähere über diese Sendung Naillac's nach Zweibrücken s. bei Sorel in Revue des deux mondes 1884 (15. Juli) S. 326 f.; vergl. Chuquet la première invasion prussienne (Paris 1886) S. 19. Edelsheim dankt für die Mittheilung und bemerkt, daß auch Maisonneuve über Wiederaufnahme der Ternant'schen Verhandlungen in Karlsruhe Eröffnungen gemacht habe (dat. 8. Mai 1792); vgl. Num. 486.

sur notre façon d'agir à l'égard des émigrés. Je Vous ferai part du résultat de nos conversations ultérieures. . . .

Eine Erhebung des Landvolkes, meint Edelsheim, sei übrigens nicht zu befürchten. Der Bauer hasse den Franzosen. Freilich habe er Grund zu manchen Beschwerden; Militär, Jagd und Frohnden (corvées) lasten schwer auf ihm. Man müsse da Abhilfe schaffen und strenge Gerechtigkeit üben.

Anders sei es in den Städten, deren Bewohner weit eher von den revolutionären Ideen inficirt würden; da müsse man wachsam sein und nöthigenfalls unerbittliche Strenge zeigen.

Mr le Comte de Lehrbach nous a écrit la lettre ci-jointe[1] que je Vous remets confidentiellement, Monsieur, pour pouvoir la comparer avec celle de Mr le Comte de Schlick. . . . Vous sentez bien, que nous ne pouvons pas prendre dans notre réponse la même tournure qui se trouve si admirablement bien traitée dans la note de S. A. El. Nous n'avons point encore répondu; mais au demeurant notre légation au cercle est instruite de proposer la chose sans la nommer, pour pressentir les esprits. Toutes les associations ayant pris pour base la neutralité parfaite, je pense qu'il faudra de même partir de là, en y ajoutant jusqu'en ce qu'il plaise à l'Empire de prendre un autre parti.

C'est précisément le même cas, dans lequel nous nous trouvons avec la maison d'Autriche à l'égard de notre convention pour la défense réciproque des deux états en cas d'attaque non-militaire. Cet arrangement subsistera toujours à hoc, sans que nous pensons nous mêler de la guerre, à l'égard de laquelle nous restons parfaitement neutres. . . .

Concept.

484. Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Stuttgart, 2. Mai 1792.

[Baden und die Vorgänge auf dem schwäbischen Kreistag in Ulm.]

Bei dem engern Convente des schwäbischen Kreises in Ulm habe sich die würtembergische Gesandtschaft nach Kräften bemüht, die Verdienste des Herzogs um die Erhaltung der Ruhe und Sicherheit des Kreises hervorzuheben, Baden aber habe nicht geglaubt, daß die bisherigen Maßregeln die Ruhe auch ferner erhalten würden, sondern gemäß dem kaiserlichen Rescripte vom 3. Dec. 1791 an den Kreis darauf angetragen, noch zweckdienlichere Anstalten zu treffen. Würtembergischerseits habe man darauf hingewiesen, daß eine Gefahr gar nicht vorhanden sei; wenn eine solche eintrete, werde das Kreisausschreibeamt für die Deckung des Kreises sorgen.

Da Baden bei dem engern Convente durch kein Votum unterstützt worden, habe es seine Antwort auf diese würtembergische Erklärung bis zum allgemeinen Convente ausgesetzt, wo es mehr Zustimmung zu finden hoffe.

Berl. St. A.

---

[1] Wohl das Schreiben Lehrbachs an Karl Friedrich dat. 2. April 1792, oben Num. 469.

485. Graf Görtz an Edelsheim.

Regensburg, 2. Mai 1792.

[Ein officielles Schreiben an den Markgrafen. Widerwilligkeit des schwäbischen Kreisdirectoriums.]

Görtz übersendet nach dem Vorgange Lehrbachs [Num. 469] ein entsprechendes Schreiben (als preußischer Gesandter) an den Markgrafen und theilt mit, er habe eine neue Mahnung an den Herzog von Würtemberg und den Fürstbischof von Konstanz gerichtet.

Outre que j'étais déterminé à cette démarche pour faire part au cercle des ordres ultérieurs qui m'étaient parvenus . . ., ma détermination a été encore motivée par les avis que les envoyés du . . .[1] au cercle m'ont donné, que le Directoire ne porterait pas ma première lettre[2] en proposition, par la chicane que je n'étais pas un organe accrédité — et c'est ce qui a p . . .[3] le passage final. J'espère que Msgr. le Margrave agréera avec bonté ma démarche que je fais envers lui et qu'il l'accueillira avec son patriotisme reconnu. Je l'ai fait de concert avec les ministres autrichiens; ils viennent d'en informer le Comte de Lehrbach et ils se pèsent (?) avec moi que, si cette itérative déhortatoire ne produira aussi pas d'effet auprès du Duc guidé par Mr de Maisonneuve, qu'alors au moins Msgr. le Margrave voudra peut-être faire parvenir ses . . .[4] à ses envoyés au cercle, pour y faire porter par eux ma lettre à S. A. S. à la connaissance et à la délibération du cercle . . .

486. Aufzeichnung Edelsheims über eine Conferenz mit Maisonneuve.

Karlsruhe, 3. Mai 1792.

[Unterredung mit Maisonneuve. Badens Verhalten in der Emigrantenfrage gebilligt. Neutralität bei Reichskrieg unzuläßig. Versuchte Wiederanknüpfung der Entschädigungsverhandlungen.]

Der „heute von hier abgereiste französische Minister von Maisonneuve" hat wiederholt die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Baden betont und versichert, „daß der Krieg gegen Oesterreich gewiß das gute nachbarliche Benehmen Frankreichs mit der Markgrafschaft nicht stören würde", auch sich unaufgefordert erboten, wenn im Kriegsfalle französische Heere in das Land kämen und Excesse vorfielen, werde „er sich auf hiesiges Verlangen sogleich anhier begeben . . ., um solche zu beseitigen (réprimer)".

Das Verfahren der badischen Regierung gegen die Emigranten habe er gebilligt und zugestanden, „daß die Hospitalität, so wie Smus solche gegen die Ausgewanderten ausübt, nirgends anstößig sein könnte".

Die Frage, „ob es einem einzelnen deutschen Reichsstand, in dem Fall, daß der Reichstag . . . an dem Krieg activen Antheil nähme, möglich sein wird, sich davon zu detachiren", beantwortet Edelsheim „rund mit Nein" und weist darauf hin, daß Frankreich im siebenjährigen Kriege diesen Grundsatz selbst vertreten und die Reichsstände, die gerne neutral geblieben wären, veranlaßt habe, ihre Contingente zur Reichsarmee zu stellen.

---

[1] Das Blatt ist am Rande z. Th. abgerissen; hier vermuthlich zu ergänzen: Duc [sc. von Würtemberg].

[2] Vergl. oben Num. 466.

[3] Ebenfalls das Blatt abgerissen.

[4] Ebenfalls abgerissen; zu ergänzen: ordres oder instructions.

Maisonneuve habe weiter sich erkundigt, „ob es nicht möglich wäre, die Ternant'sche Negociation mit denen im Elsaß possessionirten Reichsfürsten[1] wieder dermaßen anzufangen, daß man mit jedem einzeln tractirte?“ Niemand bezweifle, daß diesen Reichsständen eine Entschädigung gebühre, und Frankreich werde sogar, „nach dem angenommenen Grundsatz, keinerlei Conquêten machen zu wollen, nach hergestelltem Frieden eine gerechte Entschädigung wegen dieser Gegenstände nie versagen“. Auf Edelsheims Erwiderung, es sei unmöglich, die zwischen den Interessenten getroffene Verabredung wieder aufzuheben oder „eine Sache ... von dem Reichstag abziehen, in welcher das gesammte Reich nunmehr durch die Reichsconclusa und durch die Wahlcapitulation mit Partie geworden wäre“, habe der Gesandte bemerkt, es blieben dennoch Mittel übrig, „diesen Streit zur Zufriedenheit beider Theile zu befriedigen“; weitere Erklärungen, die er in Aussicht gestellt, sind nicht erfolgt.

487. Maisonneuve an den französischen Minister des Auswärtigen[2].

Karlsruhe, 3. Mai 1792.

[Antrittsbesuch in Karlsruhe. Stadt und Hof voll Emigranten. Der Markgraf ganz kaiserlich gesinnt; kurzer Aufenthalt.]

C'est de la cour de Bade, Monsieur, que j'ai l'honneur de Vous écrire. J'y suis venu pour remettre la lettre de créance du Roi et pour me légitimer près du Margrave dans un moment, où des relations indispensables, des affaires de frontière peuvent rendre ma communication plus intime avec le ministre de ce prince.

Toutes les notions que j'en avais se sont confirmées par mes observations et mon expédience. J'ai trouvé Carlsrouhe rempli d'émigrés. On ne m'a pas épargné leur présence à la cour, non pas même le jour de ma première audience et à la table du Margrave, qui n'a point paru le lendemain de mon arrivée — sous le prétexte d'une incommodité qu'il n'avait pas; car il a exercé lui-même ses troupes ce jour-là.

Toutes les petites cours, tous leurs ministres sont entièrement dévoués au Cabinet de Vienne ou à celui de Berlin.

Le Margrave de Bade, auquel on accorde des lumières, a très certainement pris un parti décidé en faveur de la cour de Vienne. C'est ce qui lui a rendu agréable la présence de tant d'émigrés, qui ont été si bien venus à Carlsrouhe et dans tout le Margraviat. C'est ce qui le rend intraitable sur l'article des indemnités. Mr d'Edelsheim, son ministre, m'a dit, en propres termes, que son maître s'était engagé avec les autres princes allemands possessionnés en France à ne point traiter sans leur aveu ni leur concert. Ces princes sont assurément les électeurs ecclesiastiques et l'evêque de Spire, le plus acharné, le plus emporté de tous.

---

[1] Vergl. oben S. 446.

[2] Seit 15. März 1792 hatte Dumouriez, als Nachfolger Delessarts, das auswärtige Ministerium übernommen.

Tel est l'aveuglement du Margrave, telle est sa mauvaise volonté, tranquille en apparence, qu'il est prêt à livrer son pays aux Autrichiens à leur première réquisition et par conséquent à le rendre le théâtre de la guerre, plutôt que de prendre le seul bon parti pour lui, une neutralité parfaite.

Il sent si bien le danger, auquel il expose ses états et lui même, qu'il tremble dans son château; il se prépare à fuir à la première allarme, il fait tout emballer, ses archives, sa vaiselle, ses livres, mais secrètement, pour ne pas effrayer les habitans de la campagne déjà très inquiets.

Le 28 d'avril deux escadrons des chevaux-legers de l'Empereur ont passé à Carlsrouhe pour aller prendre poste à Swartzach; l'officier commandant de cet escadron a été reçu à la cour du Margrave comme un protecteur et un Sauveur.

Je n'ai voulu faire aucune proposition directe, d'abord parceque je n'en ai pas l'ordre de Sa Maj^{té}, ensuite pour rester toujours en mesure de négocier avec cette cour, lorsqu'il faudra la faire expliquer sans détour. Je me suis contenté d'observer ses dispositions, et bien assuré que ma présence embarrassait beaucoup le Margrave, qu'un ministre de France à Carlsrouhe était même exposé à des scènes qu'il est toujours prudent d'éviter, je pars aujourd'hui pour retourner à Stuttgard.

Paris. Arch.

---

488. Bericht der schwäbischen Kreisgesandtschaft[1].

Ulm, 4. Mai 1792.

[Beginn der Verhandlung über die Associationsvorschläge. Haltung Würtembergs; Baden, Constanz u. a. in Opposition gegen das würtembergische Directorium.]

Der allgemeine Kreisconvent ist am 27. April in Ulm eröffnet worden. Unter Mitwirkung des österreichischen Regierungsraths Fechtig bemüht sich die badische Gesandtschaft, die Debatte über den ersten Berathungspunkt, sowie das darüber verfaßte Gutachten bis zur Ankunft des Grafen Lehrbach zu verschieben[2]. Auch die konstanzischen Gesandten dringen darauf, daß bei der veränderten Lage der Dinge erst Anzeige von den Anträgen der Höfe von Wien und Berlin erstattet und demgemäß nach erfolgter Berathung das Gutachten abgeändert werde. Würtemberg widersetzt sich diesem Ansinnen indeß hartnäckig; der Herzog ertheilt am 3. Mai zu Göppingen seinem Gesandten die gemessene Weisung, schleunigst eine Beschlußfassung über das Gutachten, wie es vorliege, herbeizuführen. Baden setzt jedoch vereint mit anderen Stimmen durch, daß in der Plenarsitzung vom 4. Mai vorläufig Anzeige von den österreichisch-preußischen Associationsanträgen ge-

---

[1] Die badischen Kreisgesandten sind der Geh. Rath v. Wöllwarth und G. L. v. Edelsheim (d. jüngere).

[2] Lehrbach trifft am 6. d. M. ein, zeigt sich mit der Haltung Badens höchst zufrieden und überbringt zugleich „die officielle Versicherung, daß der König und künftige Kaiser Franz das hochfürstl. Haus Baden bei jeder Gelegenheit werkthätig beschirmen und unterstützen werde“.

macht wird. Fast einstimmig treten die Stände dem konstanzischen Votum bei, welches die Berücksichtigung derselben in dem Gutachten für unumgänglich erachtet. Konstanz ist fest entschlossen, wenn Würtemberg auch ferner das Vorrecht sich allein anmaße, sämmtliche Anträge zu proponiren, kraft seiner Directorialstellung selbständig vorzugehen.

---

489. Maisonneuve an den schwäbischen Kreistag in Ulm.

Stuttgart, 8. Mai 1792.

[Neutralität des schwäbischen Kreises gefordert.]

Versichert im Namen des Königs die Fortdauer der Gesinnung «d'amitié et de bon voisinage».

Bei dem jetzt ausbrechenden Krieg von Frankreich mit dem König von Ungarn und Böhmen sei es wünschenswerth, daß die Stände des schwäbischen Kreises Maßregeln ergreifen, um die bestehende «bonne harmonie» zwischen Frankreich und dem Reich zu erhalten.

Das erste sei die Neutralität des schwäbischen Kreises.

Ferner, der Platz Kehl, Straßburg gegenüber, darf nicht von österreichischen Truppen besetzt werden, sondern der schwäbische Kreis muß ihn mit seinen Truppen besetzen und neutral halten.

Frankreich wird die Neutralität des schwäbischen Kreises streng respectiren, wofern den österreichischen Truppen kein Durchzug durch denselben gestattet wird.

Die deutschen Reichsfürsten haben keine Ursache, sich mit Frankreich zu überwerfen, da der König den auf französischem Gebiet geschädigten alle gerechte Entschädigung zugesagt hat und hierdurch von neuem zusagt.

Paris. Arch. Copie.

---

490. Maisonneuve an Edelsheim.

Stuttgart, 8. Mai 1792.

[Neutralität des schwäbischen Kreises. Erbietung zur Verhandlung über die Entschädigungsfrage.]

Uebersendet ein im wesentlichen mit dem an die Kreisversammlung gerichteten identisches Memoire und empfiehlt die darin enthaltenen Wünsche zur Unterstützung. Der König, wiederholt er auf ausdrücklichen Befehl, sei stets bereit, die deutschen Reichsstände für ihre Verluste auf dem linken Rheinufer zu entschädigen. Er erhalte soeben Nachricht von dem Abschlusse eines Vergleiches mit den Bevollmächtigten der Fürsten Salm-Salm und Löwenstein-Wertheim.

Il n'existe donc réellement aucun motif fondé de plainte de la part de l'Empire, non plus que d'une réunion, d'un concert de ses coétats, pour rassembler des moyens de défense ou d'attaque contre la France.

Et le Roi m'ordonne spécialement de donner à Msgr. le Margrave l'assurance de faire droit aux prétentions de S. A. S., lorsqu'elles auront été réglées par des commissaires respectifs.

---

491. Edelsheim an den Bischof August von Speier.

[Karlsruhe] 8. Mai 1792.

[Feindlicher Ueberfall nicht zu befürchten. Flüchtung des Archivs verursacht Panik in Karlsruhe.]

Edelsheim beruhigt den Bischof, der aus den Zeitungen erfahren, daß in Karlsruhe „bereits alles geflüchtet" werde.

Die Zahl der französischen Truppen, die noch im Elsaß stünden, reiche nicht aus, um den Garnisonsdienst in den Festungen Straßburg, Landau und Fort Louis zu versehen. Die Ersatzbataillons der Nationalgarden, die an Stelle der abziehenden Linientruppen nachgerückt, seien zu schwach und zu schlecht organisirt, um einen Angriff auf das rechte Rheinufer wagen zu können. Den Oberrhein deckten österreichische und badische, den Mittelrhein hessen-kassel'sche, darmstädtische und kurmainzische Truppen völlig hinreichend. Trotzdem habe die Klugheit erfordert, „die große Menge der wichtigen hiesigen Archivalschriften nach Pforzheim bringen zu lassen".

. . . Hierinnen allein hat das Flüchten bestanden, von welchem die Zeitungen Erwähnung gethan haben. Bei den hiesigen Particuliers hat diese Mesure einen starken Eindruck und vielen Lärmen verursacht. . . . Es ist daraus entstanden, daß mancher biedere Bürger seine silbernen Kaffeekannen und Prunkzeug von hier weggeschickt hat, welches man zu verhindern gar nicht bemüht gewesen ist . . .

Concept.

492. Pfeffel, Directeur de l'école militaire, an den französischen Minister des Auswärtigen[1].

Colmar, 8. Mai 1792.

[Mittheilung eines Briefes aus Karlsruhe, betr. die Neutralität Badens in dem österreichisch-französischen Krieg.]

La constitution donne à tout Français le droit précieux de concourir au bien de sa patrie. C'est à ce titre que j'ose Vous communiquer l'extrait d'une lettre que je viens de recevoir d'un ami qui est un des principaux membres du ministère du Margrave de Baade. Ses lumières et sa réputation lui ont acquis la juste confiance de plusieurs autres cours d'Allemagne, et sa probité me répond de la pureté de ses intentions.

J'ai pensé, Monsieur, qu'il était de mon devoir etc.

Extrait de la lettre.

Nous ne demanderons pas mieux que d'entretenir une pleine neutralité entre Vous et le cercle de Souabe. L'époque actuelle de l'interrègne serait on ne peut plus favorable à cette négociation. Si Vous ou Vos amis pouvez y contribuer, pressez Vous et négligez rien. La déclaration de l'Autriche envers la France est de nature à ne pouvoir lier l'Empire. Le Palatinat,

[1] Der Schreiber des Briefes ist der bekannte elsässische Dichter Gottlieb Konrad Pfeffel (geb. 1736, gest. 1809), seit 1773 Leiter der oben genannten, von ihm gegründeten Erziehungsanstalt, Bruder des oben (S. 39) erwähnten Publicisten Christian Friedrich Pfeffel; s. über ihn Martin in d. Allg. Deutschen Biographie XXV. 614 ff.

le Wurtemberg, le Hannovre et ses adhérents et vraisemblablement tous les petits princes et états du Corps Germanique se déclareront contre une guerre de l'Empire et se borneront à demander une conference pour un arrangement amiable des prétentions des princes possessionnés. J'ose assurer de pouvoir faire des propositions acceptables pour les deux parties.

Parif. Arch.

493. Der französische Minister des Auswärtigen an Pfeffel.

[Geht auf die geheime Verhandlung ein.]

Paris, 22. Mai 1792.

J'ai reçu, Monsieur, la lettre etc. L'idée que Vous suggérez peut devenir fort utile, et je la saisis comme une occasion précieuse, persuadé que je ne puis mieux reconnaitre Votre zèle pour Votre patrie qu'en y concourant de tout mon pouvoir. Pour me mettre en mesure à cet égard j'aurais besoin de connaitre Votre ami, et s'il n'y a pas d'indiscrétion à me confier son nom et son adresse, Vous ajouterez un nouveau prix à Votre service en me donnant le moyen d'en assurer l'effet.

Recevez, Monsieur, tous les remerciments que je dois à Votre zèle et à Votre civisme.

Pfeffel schreibt zurück (dat. Colmar 27. Mai 1792), daß er vorläufig noch nicht autorisirt sei, den Namen seines Freundes zu nennen, daß er aber an ihn geschrieben und um weitere Ausführung seiner Gedanken gebeten habe (Parif. Arch.)[1].

Parif. Arch. Concept.

494. Edelsheim an den Geh. Staatsrath Joh. v. Müller.

[exp. 9. Mai 1792.]

[Die Sendung Naillacs nach Zweibrücken. Unterredung mit Maisonneuve; entschiedenes Auftreten ihm gegenüber. Verhandlungen im schwäbischen Kreis; Niederlage Badens im Engeren Ausschuß und Sieg im Plenum in der Associationsfrage. Die Kreisassociation als bewaffnete Neutralität; über Krieg entscheidet nur das Reich. Besser ist Einzelverhandlung mit den großen Höfen.]

. . . J'étais informé par M^r le Baron d'Esebeck des propositions que Mr de Naillac y avait faites, tout comme de la réponse qu'il avait reçue

[1] Wer der Verfasser des oben mitgetheilten Briefes aus Karlsruhe war, geht aus den Acten des Pariser Archivs, wo sich diese Correspondenz vorfindet, nicht hervor. Es liegt nahe, an den Geh. Rath Schlosser zu denken, der mit den Brüdern Pfeffel, und namentlich mit dem Dichter Gottlieb Konrad in nahen persönlichen Beziehungen stand (oben S. 40). Daß in der That kein anderer als er es war, der diesen etwas bedenklichen Versuch, Politik auf eigene Hand zu treiben, unternahm, ergiebt sich fast mit Evidenz aus der Vergleichung des Wortlautes des obigen Schreibens aus Karlsruhe mit dem Inhalt des Schlosser'schen Gutachtens vom 30. April (oben Num. 478); das Schreiben und das Gutachten sind vermuthlich an demselben Tage geschrieben. In Karlsruhe scheint man, so viel aus den Acten zu ersehen ist, von dem eigenmächtigen Vorgehen Schlossers, welches ohne praktische Folgen blieb, aber für ihn charakteristisch ist, keine Kunde erhalten zu haben. Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit s. w. u. dat. 3. und 13. Juni 1792.

et de l'assurance que Msgr. le Duc resterait attaché aux principes établis à la Diète[1]. Dans les circonstances où cette cour se trouve, il n'y avait à la vérité pas moyen d'adopter une autre conduite; si la cour de France se détermine à une invitation formelle pour un congrès aux Deuxponts, on sera encore à temps de leur faire remarquer, que la proximité de leurs troupes rend ce rendez-vous peu propre à y négocier. Il faudra marcher ainsi de défaite en défaite pour gagner du temps et pour amuser le tapis . . .

Edelsheim kommt weiterhin auf die Mission Maisonneuves zu sprechen.

. . . Il m'a fait deux questions. Par l'une il désirait savoir, si en cas que l'Empire déclarait la guerre, un des états de l'Empire pourrait embrasser la neutralité. J'ai répondu que non; que la France même avait fortement contribué à faire adopter cette négative dans la guerre de sept ans et que même les proches cousins du Roi de Prusse avaient été alors obligés de coparticiper à la guerre contre lui.

Par l'autre il voulait être instruit, si on ne pourrait réassumer la négociation du chevalier de Ternant à l'égard des griefs que les princes possessionnés en Alsace et Lorraine formaient comme lésés par les décrets de la nation contre les stipulations de la paix, de façon que chacun traiterait à part de son indemnisation avec la France.

Je lui ai encore répondu, que cela ne se pourrait plus par deux raisons, 1° que depuis les princes étaient liés sur leur honneur de ne point se séparer d'intérêt, 2° que l'affaire ayant été portée à la connaissance de la Diète de l'Empire on y avait fait une loi formelle, par laquelle le mode de traiter avec la France était décidé, de façon que tout fait particulier heurtant contre cette décision serait nul pour toutes les générations futures, à moins que l'Empire ne l'approuve. Je pense qu'après cette réponse ils ne m'accuseront point ni de duplicité, ni de pusillanimité.

Je crois Vous avoir mandé, Monsieur, que nous avons eu parfaitement le dessous à la convocation du cercle dite: „Engerer Ausschuß"; Wurtemberg y avait entrainé complètement toutes les voix. Voyant cet état des choses nous avons réservé notre réplique pour la Diète générale, et là, tant à la députation ordinaire qu'à la séance complète appelée «Plenum», nous avons pris notre revanche en plein.

Toutes les voix princières, ecclésiastiques et celles des comtes nous ont approuvé. Il n'y a que les villes qui ont encore resté indécis, prétextant le manque d'instruction. Constance a si bien abandonné le parti Wurtembergeois qu'il a formellement proposé l'association que les voix ci-devant nommées ont incessamment approuvé, en déclarant qu'il fallait augmenter

[1] Vergl. oben Num. 482.

les troupes aux trois simples et même obliger les états exemptés de fournir leur contingent. . . .

Si le Comte de Lehrbach peut gagner les villes, opération qui n'est pas celle d'un sorcier, Vous verrez dans peu une décision de la part du cercle de Souabe qui pourra servir de base à la négociation de l'association, laquelle cependant, comme toutes les associations des cercles de ce siècle, n'est au fond qu'une neutralité armée. Ce ne sont point les cercles qui peuvent décider d'une guerre. Cet objet est uniquement du ressort de l'Empire; mais l'association prépare les mesures, et après qu'elle a eu lieu, on pourra entrer en campagne incessamment, après que l'Empire aura adopté par son conclusum un parti hostile actif. Vous me permettez, mon cher ami, de douter, qu'il vaudrait mieux de prendre un arrangement partiel avec les cours que de négocier l'association auprès des cercles. Il faut nécessairement un point de réunion, quand on veut combiner tant de petites forces à un seul but. . . .

Concept.

495. Comitialbericht des Grafen Görtz.

Regensburg, 11. Mai 1792.

[Günstige Aussichten des Associationsprojectes beim Ulmer Kreistage.]

Görtz theilt eine Copie der patriotischen Antwort des Bischofs von Constanz (dat. Meersburg 4. Mai) mit, worin derselbe verspricht, die Frage der Association auf dem Ulmer Kreisconvent erörtern zu lassen. In Folge dessen und des rühmlichen Vorangehens des Markgrafen von Baden stehe zu hoffen, daß die Verhandlungen in Ulm wider alles Erwarten doch zu dem gewünschten Ende führen würden. Der Markgraf dürfe daher im voraus versichert sein, daß die Höfe von Wien und Berlin „es mit gerührtem Dank erkennen und solchen in denen jetzigen Umständen zu bethätigen nicht entstehen" würden.

Würtemberg habe noch nicht geantwortet. Kurpfalz zeige sich, wie das Promemoria des Grafen Lerchenfeld vom 6. Mai beweise, geneigt, wünsche aber vorläufig noch keine Berathung des Gegenstandes.

496. Bericht der schwäbischen Kreisgesandtschaft.

Ulm, 11. Mai 1792.

[Der französische Gesandte in Ulm. Die Neutralitätsfrage und Graf Lehrbach. Constanz. Günstige Aussichten.]

Maisonneuves Ankunft in Ulm steht unmittelbar bevor[1]. Die würtembergische Gesandtschaft macht dem Grafen Lehrbach noch vor seiner Abreise nach München am 10. Abends Mittheilung von dem Inhalte der französischen Note[2]. Von einer Neutralität,

[1] Die Ankunft des französischen Gesandten in Ulm erfolgt am 12. d. M. Wie Madeweiß in Erfahrung gebracht, soll der Herzog von Würtemberg vielen Antheil an der Reise Maisonneuves nach Ulm haben, und wäre dieselbe ohne dessen Rath vielleicht unterblieben. (Madeweiß an G. L. v. Edelsheim dat. 16. Mai 1792.)

[2] Die Note vom 8. Mai 1792 oben Num. 489.

erwidert Lehrbach, könne nicht die Rede sein, man verlange ja von dem Kreise nur, daß er sich in Vertheidigungszustand setze. „Soviel die Gestattung des Durchmarsches österreichischer Truppen durch die schwäbischen Kreis- und Reichslande betreffe, würden Würtemberg ꝛc. Herrn de Maisonneuve wohl zu belehren wissen, daß dieses reichsverfassungsmäßig wäre.“ Die Besetzung der zur Sicherheit der Kreislande dienenden Garnisonen durch Kreistruppen werde man sich österreichischerseits gern gefallen lassen. Er erwarte indeß, daß man zuvor die Anträge der Höfe von Wien und Berlin zur Berathung bringe.

„Inzwischen hat der Graf Lehrbach die vertrautesten Gesandtschaften über dieses heute gleich nach seiner Abreise präveniren und ihnen dabei sein vollkommenstes Vertrauen auf die Standhaftigkeit ihrer patriotischen Grundsätze ... zusichern lassen.

Konstanz wird mit uns die gleiche Sprache führen, sich durch keinerlei Einstreuungen irre machen lassen, und die übrigen Stände zur gemeinsamen Beistimmung aufzumuntern“ (sic).

Allem Anschein nach dörften die wenigsten Kreisstände einiges Bedenken tragen, sowohl zu einer Association mit andern Reichskreisen als auch allenfalls zu Completirung der Kreismannschaft auf 3 simpla unter der allgemeinen Voraussetzung zu stimmen, daß von gar keiner offensiven Absicht hier die Rede sein könne und werde, sondern daß alles blos auf eigene Sicherheit und Vertheidigung des Kreises abziele, die Entscheidung aber wegen einer nähern Theilnahme am bereits ausgebrochenen Krieg ebensowohl, als die Bestimmung einer vollkommenen Neutralität lediglich von dem Entschluß des gesammten Reichs abhange[1].

497. Geh. Staatsrath Joh v. Müller an Edelsheim.

Mainz, 14. Mai 1792.

[Der Wiener Hof drängt auf Unterstützung der Kreise; Uneigennützigkeit Badens in früheren Fällen; Lob der badischen Politik. Indolenz des pfalzgräflichen Hofes. Der von Frankreich vorgeschlagene Congreß in Zweibrücken.]

... La cour de Vienne désire également avec énergie que les cercles prennent au plutôt des mesures pour la part que chaque état supportera pendant la guerre, tant en fournitures d'hommes que d'argent ou autres choses. On s'y plaint extrêmement de la lenteur de toutes les mesures et du profit illicite qu'on avait tâché de tirer des derniers corps qui sont entrés en Bavière et en Souabe. On excepte seulement Msgr. le Margrave qui avait eu l'équité de ne faire prendre que 8 xr. par jour, tandis qu'ailleurs on en avait exigé 15 xr. jusqu'à 18.

Tout cela prouve, combien est admirable la conduite que Vous avez tenu à ta Diète du cercle de Souabe pour presser l'association. Probablement tous les autres ne sauront mieux faire que Vous imiter.

Je désirerais beaucoup que cela se fit sans retard aux cercles du

[1] Der Geh. Rath erklärt sich mit der Haltung der Kreisgesandtschaft einverstanden, empfiehlt ihr übrigens, keine Gelegenheit zu versäumen, „um auf die Besetzung von Kehl mit Kreistruppen zu dringen“, da Frankreich darauf großen Werth zu legen scheine.

Haut-Rhin et électoral. Malheureusement celui-là est extrêmement gêné par l'indolence des Palatins qui sert de prétexte aux petits états. . . .

Votre maxime par rapport au congrès à former aux Deuxponts est excellent. Pendant que l'on négocie pour lui donner la liberté nécessaire ou pour le choix d'un autre lieu, il se passera du temps.

498. Bericht der schwäbischen Kreisgesandtschaft.

Ulm, 16. Mai 1792.

[Der Kreistag beschließt in die beantragte Associationsverhandlung einzutreten; desgl. militärische Sicherheitsmaßregeln.]

In der Ausschußsitzung vom 16. Mai hält Würtemberg Vortrag über den ersten Berathungspunkt und erstattet Anzeige von den Anträgen der Höfe von Wien und Berlin. Auf Antrag der herzoglichen Gesandtschaft wird beschlossen, dem Wunsche der beiden Mächte entsprechend mit dem kur- und oberrheinischen, sowie späterhin mit dem fränkischen und bairischen Kreise wegen der projectirten Association zu verhandeln und durch das Kreisausschreibeamt die weiteren Schritte einleiten zu lassen. Auch einigt man sich dahin, binnen zwei Monaten statt der bisherigen 1½ Simpla 3 Simpla aufzustellen und Kehl, Offenburg und Gengenbach mit 600 Mann Kreismiliz zu besetzen. Würtembergischerseits mahnt man indeß zugleich zu größter Vorsicht unter Hinweis auf das vor kurzem eingelaufene Memoire Maisonneuves, in welchem Frankreich die Erwartung ausspreche, daß der schwäbische Kreis an dem Kriege nicht theilnehmen werde[1].

499. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 16. Mai 1792.

[Die Correspondenz mit Maisonneuve betr.]

Ich habe endlich in einem lucido intervallo die anliegende zwei Aufsätze zu Stand gebracht[2]. Darf ich wohl E. Hf. D. bitten die Mühe zu nehmen, sie zu prüfen, ehe ich solche meinen H. Collegen vorzeige, damit ich wisse, ob sie Ihrer Absicht gemäß sind. . . . Heute ist es acht Tage, daß ich das Schreiben des von Maisonneuve erhalten habe. . . .

---

[1] In der Plenarsitzung vom 19. d. M. werden diese Beschlüsse bestätigt. Auf Weisung seiner Regierung spricht Graf Lehrbach (dat. München 20. Juni) der badischen Kreisgesandtschaft „für die durch Patriotismus bei denen jüngsten Kreisverhandlungen erfolgte rühmliche Auszeichnung" den verbindlichsten Dank aus. Wöllwarth beantwortet dasselbe mit einem gleichfalls in starken Schmeicheleien sich ergehenden Schreiben, in dem es u. a. heißt: „E. Exc. erlauben Uns Ihnen ohne Schmeichelei zu versichern, daß, solange Deutschland Männer wie Lehrbach an seinem Staatsruder sieht, man an der Wohlfahrt des Vaterlandes nicht verzweifeln darf."

[2] Die beiden an Maisonneuve gerichteten Schriftstücke dat. 18. Mai, Num. 504 und 505.

500. Karl Friedrich an Edelsheim.

Karlsruhe, 17. Mai 1792.

[Bemerkungen zu zwei vorgelegten Entwürfen.]

Erstlich glaube ich, daß die Erzehlung dessen, was man hier zur vertheidigung der Reichs-Gränßen gethan hat, sich besser in den Brief an den Mr. de Maisonneuve als in das Memoir schicke. Und da könnte es bei der vorgestrichenen Stelle noch heisen:

conformement aux intentions de feu S. M. Impériale. —

Lasse ich dahingestellet ob zweite vorgestrichene Stelle von Nuzen sein kann.

Jn Memoire ist bemerke ich Stelle

1. würde vielleicht bienveuillance anstadt amitié heißen können.
2. anstadt la France et l'Empire — l'Empire et la France.
3. ob man dieses mit grund sagen könne?

Stelle 4. en campagne — en mouvement.

5. La force publique ne paressant pas assez affermie pour reprimer.
6. Könnte vielleicht in fernere Ueberlegung gezogen werden.
7. dextérité vieleicht ein anderes Wort!

Eigenhändig.

501. Promemoria des badischen Residenten v. Mühl an das österreichische Ministerium.

Wien, 17. Mai 1792.

[Bitte um eine Sauvegarde für Rodemachern.]

Jn dem Herzogthum Luxemburg, und zwar in dem unter französischer Hoheit liegenden Theile, besitzen des Herrn Markgrafen zu Baden Hochfürstl. Dchl. die Herrschaft Rodemachern mit mehreren Zugehörungen.

Darunter befindet sich das Städtchen Rodemachern mit einem französische Besatzung inhabendem Schlosse, das bei dem von Frankreich des Königs in Ungarn und Böhmen Maj. angekündigten Kriege einem Angriffe um so mehr ausgesetzt sein dürfte, als es nahe an der Grenze des Erzherzogl. Oesterreichischen Antheils an gedachtem Herzogthume liegt.

Das Markgräfl. Hochfürstl. Haus ist bei solchem Angriffe in so weit interessiret, daß die bei dessen Beamten, Hofrath Krieg, sich befindenden herrschaftlichen Vorräthe und Effecten, sowie die dortigen herrschaftlichen Gebäude die Folgen einer Belagerung und Eroberung mit empfinden dürften.

Der Markgraf hat daher den in den Niederlanden kommandirenden GFM. Freih. von Bender um eine Sauvegarde zum Schutz seines dortigen Eigenthums ersucht und läßt Königl. Ministerium um eine entsprechende hofkriegsräthliche Ordre an den Feldmarschall bitten [1].

Wien. St. A.

[1] Ein Bescheid auf das Gesuch liegt nicht vor.

502. Comitialbericht des Grafen Görtz.

Regensburg, 18. Mai 1792.

[Die Associationsangelegenheit in gutem Gang; Verdienst Badens. Görtz wird mehrere süddeutsche Höfe bereisen, um die Sache zu fördern.]

Görtz spricht seinen Dank aus für das Antwortschreiben des Markgrafen vom 7. d. M., die Association der vorderen Reichskreise betr. Er habe dasselbe seinem (d. h. dem preußischen) und dem Wiener Hofe mitgetheilt. „HöchstIhnen und dem von Ihnen geleiteten schwäbischen Kreis wird wahrscheinlich das gesammte Vaterland den nun entstehenden Patriotismus und dadurch einen Vertheidigungsstand und Associationsverband derer mehreren Kreise schuldig werden."

Die neuerdings eingelaufenen, günstigeren Erklärungen der Kurfürsten von Trier, Köln und Pfalz gewährten einige Hoffnung.

Auf Befehl des Königs werde er mit den Kreisdirectorien und verschiedenen Fürsten in directe Correspondenz und Unterhandlung treten, um die Angelegenheit mit möglichster Eile zu betreiben. Er werde zunächst nach Ulm gehen und sich mit den Kreisgesandten besprechen; am 28. werde er nach Karlsruhe kommen, um dort Bericht zu erstatten und weitere Instructionen zu empfangen, und von da seine Reise über Bruchsal, Mannheim und Mainz nach Frankfurt fortsetzen[1].

503. Karl Friedrich an den Bischof August von Speier.

Karlsruhe, 18. Mai 1792.

[Der österreichisch-preußische Associationsantrag; Maisonneuve in Ulm; seine Forderungen und Versprechungen.]

Der Markgraf erwidert auf ein Schreiben des Bischofs vom 18. d. M., er glaube nicht, daß die beiden Höfe von Wien und Berlin beabsichtigten von jedem einzelnen Reichsstande eine entscheidende Erklärung zu fordern, sondern nur von jedem Kreise in corpore. Ihr Antrag auf Errichtung einer Association, welchen die Minister beider Cabinete bei dem schwäbischen und oberrheinischen Kreise gestellt, werde zur Zeit in Ulm berathen; voraussichtlich werde der schwäbische Kreis mit den andern vorliegenden in Correspondenz treten.

Maisonneuve sei in Ulm erschienen mit Neutralitätsanträgen. Derselbe habe sich mit einem Memoire auch an ihn gewendet. Er fordere darin absolute Neutralität, Verwendung für eine solche beim schwäbischen Kreise und Verlegung einer Kreisgarnison nach Kehl, um eine Besetzung durch österreichische Truppen zu verhüten. Dagegen mache er sich verbindlich, daß die französischen Truppen den schwäbischen Kreis nicht betreten würden; auch sei der König bereit, mit allen geschädigten Reichsständen wegen ihrer linksrheinischen Verluste sich gütlich zu vergleichen.

Concept von Edelsheim.

[1] Graf Görtz kommt am 29. Mai nach Karlsruhe; er sichert nochmals den nachdrücklichsten Schutz der preußischen Regierung zu und theilt vertraulich mit, daß der fränkische Kreis nicht nur einer Association sehr abgeneigt sei, sondern sich auch Preußen und Oesterreich gegenüber sehr mißtrauisch verhalte. „Ueber eben dieses ziemlich allgemeine Mißtrauen hat Graf Lehrbach . . . unter Belobung des hiesigen Betragens und unter der vertraulichen Eröffnung sehr geklagt, daß Frankreich alle Mittel hervorsuche, den Kurfürsten von Pfalzbaiern gegen jene beiden Höfe besorglich zu machen; daß Würtemberg eine zweideutige Rolle spiele, die wahrscheinlich von einem Engagement Sermi Ducis gegen Frankreich herrühre; daß sogar von dieser Seite die Idee einer Gegenunion sub auspiciis von Hannover, wo nicht erdacht, doch goutirt worden sei." (Tagebuch des Geh. Rath Meier.)

504. Edelsheim an Maisonneuve[1].

Karlsruhe, 18. Mai 1792.

[Neutralitätsversicherung; die Convention mit der Freiburger Regierung bleibt bestehen; Hinweis auf die ungeordneten Zustände in Frankreich. Partielle Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Entschädigungsfrage unmöglich.]

Baden wünsche die Aufrechterhaltung der freundnachbarlichen Beziehungen zu Frankreich. Durch den Vertrag, welchen man mit der Freiburger Regierung im Jahre 1791 abgeschlossen, erleiden dieselben keine Störung.

Toute offense contre la France y a été sagement prévue et exceptée conformément aux intentions de feu S. M. Imp^le^. Il ne s'agit dans ce traité que des bandes irrégulières qui, en passant le Rhin, auraient pu nous causer les plus grands malheurs.

Malheureusement la soumission aux loix et aux ordonnances du gouvernement est encore si peu rétablie dans les provinces françaises qui nous avoisinent . . . que l'objet de cet arrangement n'est rien moins qu'anéanti. Il n'a rien de commun avec la guerre régulière que S. M. T. C. a déclarée à S. M. Apostolique, dans laquelle Msgr. le Margrave tiendra assurément la conduite la plus impartiale, en tant que les constitutions de l'Empire lui permettent . . .

Vous me parlez, Monsieur, des négociations touchant les prétensions que forment les princes d'Allemagne à l'égard de leurs possessions sur la rive gauche du Rhin. Je ne puis que Vous répéter à cet égard les difficultés que je Vous ai fait remarquer dans nos conversations. Les princes lésés ont adopté des rapports entr'eux et avec l'Empire, qui rendront tout accomodement partiel, sinon presqu'impossible, au moins hérissé de difficultés majeures. . . .

Concept.

505. Memoire der badischen Regierung an Maisonneuve.

Karlsruhe, 18. Mai 1792.

[Neutralität und Reichspflicht. Vorsichtsmaßregeln nöthig bei dem jetzigen Zustand in Frankreich. Besetzung von Kehl.]

Dank für die (in dem Schreiben vom 8. Mai, Num. 489) ausgesprochenen Zusicherungen von Freundschaft und guter Nachbarschaft. Was die geforderte Neutralität des schwäbischen Kreises betrifft, so zeigen die friedlichen Maßregeln des Markgrafen, daß es nicht in seiner Absicht liegt, an dem jetzigen Kriege theilzunehmen, wofern er nicht durch die Beschlüsse des Reichstags und durch seine Pflicht als Reichsstand dazu genöthigt wird.

Trotzdem aber ist der Markgraf verpflichtet, für die Sicherheit seines Landes und des Kreisviertels, dessen Director er ist, sowie für den gesammten schwäbischen Kreis gewisse Vorsichtsmaßregeln zu treffen, so wie der schwäbische Kreis dies bei Gelegenheit von Kriegen zwischen Oesterreich und Frankreich immer gethan hat.

[1] Vergl. zu diesem und dem folgenden Stück oben Num. 499. 500.

Quant au quart du cercle de Souabe dit de Baden[1] et le Margraviat en particulier, il est notoire, qu'il s'est vu exposé depuis 1789 à toutes les émeutes populaires, qui dès lors ont eu lieu sur les bords du Rhin, que le Ser^me Margrave a contenu en mettant ses trouppes en mouvement: opération dont il a été remercié par la ville de Strasbourg et les préposés de la province d'Alsace.

La force publique n'étant point assez affermie en France pour y réprimer le désordre, S. A. S. s'est obligée depuis de concerter des mesures plus imposantes, pour maintenir l'ordre dans l'intérieur de la dite part du cercle de Souabe et la garantir des invasions et insultes qu'elle risquait chaque jour d'éprouver par des bandes irrégulières. Ces mesures nécessaires subsistent encore, pour le seul but qu'on vient d'énoncer.

Was die Besetzung von Kehl betrifft, so hat der Markgraf schon vor der Kriegserklärung, schon im September v. J., den schwäbischen Kreis formell aufgefordert, sich der militärischen Besetzung dieses Platzes anzunehmen; es wird jetzt darüber verhandelt.

Paris. Arch.

506. Maisonneuve an G. L. v. Edelsheim.

Ulm, 19. Mai 1792.

[Verwahrung gegen feindselige Beschlüsse des Kreistags.]

Maisonneuve versichert, der König verbürge sich feierlichst dafür, daß das Gebiet des schwäbischen Kreises von den französischen Heeren respectirt werden solle. Nehme man die beim schwäbischen Kreise gestellten Anträge an und schließe eine Association ab, hebe den Handelsverkehr mit Frankreich auf und gestatte den österreichischen Truppen ständigen Durchzug, so müsse Frankreich dies als eine Verletzung des bestehenden Friedens betrachten. Vergebens berufe man sich auf die Reichsverfassung, Frankreich führe lediglich mit dem König von Ungarn Krieg[2].

507. G. L. v. Edelsheim an Maisonneuve.

Ulm, 19. Mai 1792.

[Ausweichende Antwort.]

Der badische Kreistagsgesandte erwidert, er freue sich, ihm mittheilen zu können, «qu'aucun des trois points essentiels que Vous m'avez fait l'honneur de m'indiquer n'a fait l'objet des délibérations de cette séance». Man beschränke sich darauf, «à prendre les précautions et mesures les plus conformes à nos constitutions fondamentales et les plus propres en même temps au maintien de la sûreté intérieure et extérieure de notre cercle, sauf les décisions ultérieures de la Diète de l'Empire, dont aucun cercle, prince, ni état du Corps Germanique ne saurait jamais se séparer ou s'écarter».

---

[1] Ueber die Viertheilung des schwäbischen Kreises und über das badische „Kreisviertelsdirectorium" vergl. v. Drais I. 341.

[2] Eine gleichlautende Note richtet Maisonneuve an die Konstanzische Kreisgesandtschaft.

508. Maisonneuve an G. L. v. Edelsheim.

Ulm, 20. Mai 1792.

[Klage über das für Oesterreich parteiische Verhalten des badischen Hofes; Rüstung und Kreisunion sind unnöthig und sogar verfassungswidrig. Heftige Empfindlichkeit.]

Maisonneuve bemerkt, Edelsheims Schreiben beantworte das seinige vom 19. Mai nicht.

C'est ainsi, je le vois, que Votre cour élude de répondre à mon mémoire et que quelques personnes s'occupent de faire écarter les propositions équitables du Roi, pour admettre entièrement les demandes arbitraires et absolues de la cour de Vienne . . .

On ne peut dissimuler, que les troupes autrichiennes traverseront le cercle en tout sens, s'y approvisionneront, s'y établiront, en disposeront en un mot, comme d'une province appartenante à leur monarchie.

Et c'est assurément contraire à la constitution germanique, dont on me présente toujours l'égide, qu'on détourne avec soin, dès qu'un Autrichien se montre.

L'armement et l'union des cercles sont tout au moins bien inutiles, puisqu'il n'existe aucun ennemi de l'Empire ni intérieur, ni extérieur. Et si, comme Vous le dites, Mr le Baron, aucun cercle . . . ne saurait jamais se séparer ou s'écarter des décisions de la Diète de l'Empire, je crois qu'il était prudent, d'attendre les décisions ultérieures pour s'armer; mais la cour de Vienne l'a voulu, les états qui lui sont dévoués l'ont servie. . . .

Il n'est pas difficile de prouver, que c'est anticiper sur les résolutions de la Diète de l'Empire, que ce sont des mesures et des intérêts individuels qui ont amené cet ordre de choses, et cette marche n'est assurément pas constitutionnelle.

Je n'anticiperai pas, Mr le Baron, sur les évènements futurs et possibles, je me contenterai de Vous dire, que je dois rendre compte à Sa Majesté de tous les faits, que j'ai très bien démêlé les ressorts qui les ont amenés, et que la mémoire en sera fidèlement conservée.

Je suis vraiment inquiet de la santé de Mr Votre frère; il faut qu'elle soit altérée[1], pour qu'il n'ait pas pu même dicter une réponse à mon mémoire, réponse qui me sera presqu'inutile à l'avenir et qui ne peut plus être mise qu'à côté du palliatif qu'on va dicter ici aux résolutions partiales en faveur de l'ennemi de la France et au dévouement qu'on lui a temoigné. . . .

---

[1] W. v. Edelsheim war in dieser Zeit mehrere Tage in Folge eines Gichtanfalles bettlägerig.

509. Edelsheim an den Geh. Staatsrath Joh. v. Müller.

[exp. 20. Mai 1792.]

[Die Verhandlungen mit Maisonneuve. Die Beschlüsse des Ulmer Kreistags; Sieg Badens über die würtembergische Politik.]

. . . Nous avons eu dans l'intervalle la lettre et le mémoire du ministre de France ci-jointes[1]. Dès que j'ai pu me servir de mes poumons, j'ai dicté la réponse, dont je ne puis Vous refuser, Monsieur, la communication confidentielle[2]. . . .

Mr de Maisonneuve a donné un pareil mémoire à la Diète du cercle de Souabe . . .

La plupart des membres du conseil du Margrave ont expliqué ce mémoire assez mal fait, de façon à y trouver la demande, qu'on refusât le passage des troupes autrichiennes par le cercle de Souabe. La Diète du dit cercle a adopté la même explication. Je me suis vu seul d'un avis différent. Il me paraît qu'il demande en chef la neutralité absolue du cercle. . . .

En attendant le cercle a résolu le 17 en députation, en outre de ce que je Vous ai mandé, qu'on mettrait les troupes sur le pied des 3 simples, qu'on enverrait incessamment 600 hommes pour en former les garnisons d'Offenburg, de Gengenbach et de Kehl et qu'on entamerait incessamment une correspondance avec les cercles du Haut-Rhin et électoral sur le projet proposé de l'association.

Voilà une belle victoire que nous avons remporté sur le Duc de Wurtemberg. Il n'y a que les villes qui ont chancelé . . . Tous les états nous ont adhéré, tandis que [add. dans] l'assemblée dite „Engerer Ausschuß" nous n'avions aucune voix qui nous secondait. C'est le Duc de Wurtemberg qui a suscité le ministre de France de faire la démarche, dont je Vous ai rendu compte, espérant que l'embarras de cette incartade nous déconcerterait et dérangerait nos flûtes. . . .

Concept.

---

510. Bericht der schwäbischen Kreisgesandtschaft.

Ulm, 22. Mai 1792.

[Unterredung mit Maisonneuve. Antwort des Kreistages auf das französische Memoire; vorgenommene Correcturen. Verdächtigung Preußens durch Maisonneuve.]

G. L. v. Edelsheim hält es nicht für räthlich, Maisonneuves Schreiben vom 20. d. M. schriftlich zu beantworten. Er benutzt ein Diner, das am gleichen Tage stattfindet, zu einer Unterredung und bemüht sich, den französischen Gesandten von seinen „Vorurtheilen" abzubringen; derselbe gibt schließlich — wie Edelsheim versichert — auch zu, daß die Ver-

[1] Num. 489. 490.

[2] Num. 504. 505.

mehrung der Kreismannschaft auf 3 Simpla nicht als Feindseligkeit gegen Frankreich betrachtet werden könne. Wegen der übrigen Bedenken, speciell betreffs des Verhältnisses zu Oesterreich, verweist er ihn auf die officielle Antwort, die unzweifelhaft in Bälde von Karlsruhe eintreffen werde. —

Am 21. findet eine Ausschußsitzung statt, um das französische Memoire zu berathen. Das Directorium schlägt vor, darauf zu antworten, die Maßregeln des schwäbischen Kreises, ebenso wie die projectirte Association, bezweckten lediglich dessen eigene Sicherheit; übrigens werde man aus „Devotion“ gegen den König Kehl durch Kreismilitär besetzen lassen. Dagegen sei es unstatthaft, den anderen Reichsständen den Durchmarsch durch das Gebiet des Kreises zu verweigern. Man hoffe daher, der schwäbische Kreis werde sich auch ferner „königlicher Gnade und Wohlwollens“ erfreuen dürfen. Auf Antrag von Konstanz wird einiges in dieser Antwort abgeändert, so wird namentlich der Ausdruck „Devotion“ ersetzt durch die Phrase «pour répondre aux voeux de S. M.» Ebenso wird auf Wunsch des Konstanzischen Abgeordneten von Hebenstreit der Beisatz «et par une conséquence nécessaire le cercle ne peut pas se permettre pour ce moment d'entrer dans aucun engagement de neutralité» aufgenommen.

Das in der Weise abgeänderte Promemoria wird in der Sitzung des folgenden Tages genehmigt[1].

Maisonneuve hat inzwischen eine lebhafte Besprechung mit der würtembergischen Gesandtschaft; Graf Westerhold, der Gesandte des Fürsten Taxis, ein Ohrenzeuge, berichtet darüber Edelsheim, Maisonneuve habe u. a. bemerkt, Preußen „werde in Ansehung der deutschen Fürsten den Wolf aus der Fabel mit den Schafen machen“. Schließlich habe er jedoch, da man ihm die vereinigte Macht Oesterreichs und Preußens vorgehalten, gestanden: «Je voudrais que nous Vous donnions (sic) une province, pour que Vous nous laissiez tranquilles».

Das Gegenpromemoria, das von Karlsruhe eingetroffen, scheine ihn im allgemeinen sehr befriedigt zu haben, nur wegen der in der Markgrafschaft „sich aufhaltenden österreichischen Postirungen“, habe er die Besorgniß geäußert, „daß man solche wohl schwerlich in Paris so ansetzen würde, wie es die diesseitigen Erläuterungen angäben“.

---

511. Maisonneuve an Edelsheim.

Ulm, 22. Mai 1792.

[Kritik der Convention von 1791 mit Oesterreich; falsche Vorstellungen von Gefahr und Bedrohung. Verändertes Verhältniß seit der Kriegserklärung; die Convention muß modificirt oder aufgehoben werden. Wie die Entschädigungsfrage zu behandeln sei; Ausfälle gegen die „gekrönten Priester“.]

Maisonneuve zeigt den Empfang der Schreiben Edelsheims vom 3. u. 18. d. M. nebst beigefügter Note an und erörtert zunächst die Convention von 1791 mit der vorderösterreichischen Regierung.

Un traité existe entre le souverain et la S^{me} maison d'Autriche.

Je n'entreprendrai pas de détruire les illusions, sur lesquelles il a été fondé; elles tombent d'elles-mêmes. . . . On répète sans cesse depuis 2 ou

---

[1] Maisonneuve weigert sich, dasselbe anzunehmen und schickt es dem Minister v. Üxküll zurück, den er „wegen angeblicher Duplicität“ in Stuttgart zu verklagen droht. Erst eindringlichen Vorstellungen der würtembergischen Gesandten gelingt es, ihn kurz vor seiner Abreise zur Ueberreichung eines zweiten Memoires (dat. 24. Mai) zu bewegen.

3 ans qu'il est instant de mettre à couvert les états voisins de la France contre les incursions de ce que Vous appelez «*bandes irrégulières*»[1]. Ces bandes n'ont jamais existé, mais a-t-on vu un seul exemple d'attaques, de désordres, d'insultes aux frontières des pays étrangers? . . .

Ce danger existe bien moins aujourdhui que jamais; la France est en guerre, mais c'est une guerre franche et régulière. Sans doute les généraux qui commandent les armées françaises auront tous les égards possibles pour le territoire des états voisins de la France dont l'amitié ou l'impartialité sera bien constatée. . . .

Le traité conclu entre Msgr. le Margrave et la régence du Brisgau pouvait être une chose indifférente à la France, tant que la paix subsistait, . . . Msgr. le Margrave ne peut être supposé avoir eu des vues hostiles contre la France en faisant ce traité.

Tout est changé, la guerre existe, et tous les rapports sont aussi différents.

Le traité fait pour la paix ne peut subsister, sans exposer les états de S. A. S. à tous les malheurs de la guerre. Les troupes du Roi de Hongrie, non contentes de les traverser en tout sens, comme on dit qu'on ne peut le leur refuser, sous prétexte de les défendre, vont s'y établir à poste fixe, y faire des approvisionnements, s'y rassembler en force, se mettre à portée d'insulter continuellement les frontières de la France. . . .

Il peut se présenter une occasion, où il importe infiniment à la sûreté des possessions françaises de déloger un corps autrichien posté sur les terres de Msgr. le Margrave; alors ce qu'une défense naturelle et légitime prescrit, sera représenté par les ennemis de la France comme une violation du territoire de l'Empire que la France veut s'interdire scrupuleusement; et cependant ce ne sera qu'une suite inévitable du traité de S. A. S. avec la régence du Brisgau.

Il me paraît donc, M^r^ le Baron, qu'il est de la plus pressante nécessité d'expliquer, de modifier, d'abroger même ce traité, de manière à ce qu'il ne puisse jamais servir de cause ou de prétexte à une rupture entre la France et l'Empire.

D'ailleurs il y a ici une grande question à résoudre. . . . Le cercle . . . a décidé qu'il ne veut enfreindre en rien les devoirs réciproques d'amitié et de bon voisinage qui subsistent entre la France et la Souabe. Cet engagement est pris au nom de tous les princes et états qui composent le cercle.

Si cependant un de ces princes ou coétats s'écarte de la décision générale, prend des engagements particuliers avec une des puissances belli-

[1] Vergl. oben S. 460.

gérantes, ne court-il pas alors une fortune individuelle dont le corps entier n'est plus responsable, comme il n'est plus le garant des évènements qui en peuvent résulter?

Je porterai cette question à la Diète du cercle pour en avoir la solution[1]; car c'est un cas à prévoir et pour lequel on ne peut prendre des mesures trop précises. . . .

A l'égard des princes possessionnés la plus grande faute qu'on ait pu faire a été de généraliser une affaire particulière qui devait se traiter de souverain à souverain.

C'est une des manoeuvres les plus perfides que les prêtres couronnés aient pu inventer; ils ont voulu par là ameuter tout l'Empire contre la France, et c'était assurément le prétexte de la guerre que le pacifique Léopold méditait dans l'avenir. . . .

C'était peut-être aux princes, qui n'ont pas la terrible qualité de prêtres, à donner l'exemple d'une sagesse, d'une modération qui aurait épargné bien du sang et bien des maux à l'humanité. Ces princes ont toujours pu et peuvent encore traiter de leurs arrérages, de leurs indemnités *sauf la ratification de l'Empire*, puisque des princes souverains veulent absolument subir le joug de la cour d'Autriche, car il est clair que c'est le *conclusum* de l'Empereur Léopold qui a été aveuglement adopté.

Mais on m'assure que, lorsqu'un prince de l'Empire veut traiter de ses droits en souverain, il est sans exemple que l'Empire ait refusé sa ratification.

La France a toujours offert et offre encore de traiter loyalement et franchement avec les princes possessionnés, et j'ai des ordres positifs du Roi de renouveler cette proposition à Msgr. le Margrave.

Enfin les Electeurs ecclésiastiques qui n'ont point de postérité, à qui l'avenir est indifférent, qui n'agissent que pour des jouissances momentanées toujours prêtes à échapper, conduits par un égoisme barbare, sont parvenus à armer les deux plus redoutables puissances de l'Allemagne contre les libertés germaniques, bien plus sûrement que contre la liberté française. C'est ce qui aurait dû éveiller l'attention de tous les autres princes de l'Empire, les réunir pour opposer une digue à ce torrent, en prévenant une coalition dont les suites sont incalculables. . . .

Agréez . . . etc. . . .

---

[1] Dies war bereits durch eine Note vom 21. Mai geschehen. Darauf erfolgte die kurze Antwort der Directorialgesandten «que n'ayant point trouvé de fait détaillé et ne sachant par conséquent de quoi il peut être question, ils sont fâchés de n'être pas à même de donner les éclaircissements qu'il a plu à Mr. le ministre de leur demander» (dat. Ulm 23. Mai 1792).

512. Memoire Maisonneuves an den schwäbischen Kreistag.

Ulm, 24. Mai 1792.

[Scharfe Kritik des schwäbischen Kreistags-Promemoria; Verlangen nochmaliger Berathung.]

Maisonneuve drückt sein Bedauern aus über das Promemoria der schwäbischen Kreisversammlung v. 23. d. M.

«En voici le résultat net et précis: nous voulons nous armer sur le pied de guerre, nous faisons des alliances avec les cercles voisins, mais nous ne voulons pas de neutralité.»

«Cet ordre de chose et cette dernière assertion présentent une déclaration de guerre en forme.»

Maisonneuve glaubt das größte Maß von Nachgiebigkeit zu erfüllen, wenn er den Kreisconvent beschwöre («en . . . conjurant»), das Memoire nochmals zu prüfen. Man habe alle Forderungen des Königs abgelehnt. «Refus en un mot, sans prononcer le mot, de neutralité, si l'on voulait l'éviter, d'en adopter les principes et la conduite.»

«On a dit au contraire avec une affectation marquée, que le cercle ne peut se permettre pour le moment d'entrer dans un engagement de neutralité. Et quel sera donc ce moment, puisque l'Empire est en paix? Sera-ce, lorsqu'il sera en état de guerre?»

Man möge daher das Promemoria dem Kreistag nochmals vorlegen «et obtenir des explications plus conformes à la conservation de la paix, plus convenables à la dignité d'un Roi qui parle au nom d'une grande nation».

Copie.

513. Memoire des schwäbischen Kreises an Maisonneuve.

Ulm, 26. Mai 1792.

[Die Anforderung Maisonneuves abgelehnt.]

Die Gesandten des schwäbischen Kreises verwahren sich gegen die Auffassung, die Maisonneuve ihrem Promemoria unterstellt. Der Beschluß einer Association und die Vermehrung der Kreistruppen diene lediglich dazu, die Sicherheit des Kreises nach innen und außen zu wahren und bedeute keinen feindseligen Schritt. Ehe das Reich gesprochen, könne der Kreis sich betr. der Neutralität nicht entscheiden und verpflichten, — eine derartige Haltung könne man indes doch nicht als eine Kriegserklärung betrachten. Man ersuche daher Maisonneuve, das Promemoria vom 23. dem Könige vorzulegen.

514. Précis unserer Unterredung mit Herrn Grafen von Lehrbach den 26. Mai 1792[1].

Ulm, 27. Mai 1792.

[Französische Gegenwirkungen gegen die österreichisch-preußische Alliance; Wiederauftauchen des bairischen Tauschprojectes, von Wien her abgeleugnet. Französische Diplomatie in München. Würtemberg. Lob Badens.]

Lehrbach theilt den badischen Kreisgesandten gelegentlich eines Besuches in vertraulicher Weise mit, Frankreich gebe sich alle Mühe, die preußisch-österreichische Allianz zu verdächtigen, als ob sie eine Eroberungspolitik verfolge und die deutschen Fürsten unterdrücken wolle. Um allen diesen Insinuationen vorzubeugen, habe das Wiener Cabinet den

[1] Von den beiden Gesandten beim schwäbischen Kreis, v. Wöllwarth und G. L. v. Edelsheim.

Höfen zu St. James, Petersburg und Haag die bündigsten Erklärungen abgegeben. Dem Kurfürsten von Baiern, dem französischerseits vorgestellt wurde, man plane ein bairisches Tauschproject, habe man zu seiner Beruhigung den Allianzvertrag selbst nebst dem Separatartikel übersichickt[1]. „Ueberdieß lasse" der Wiener Hof „den Kurfürsten versichern, daß er von Baiern nichts haben wolle, daß der Kurfürst sein Baiern behalten und es sieden und braten könne. Die Kriegskosten müßten ihm die Franzosen bezahlen ... Um aber ganz Europa zu zeigen, daß er uneigennützig zu Werk gehe, so habe er sich in die Arme des Königs von Preußen geworfen und ihm gesagt, hier habt Ihr meine Armee, hier habt Ihr Geld, nun entwerft Ihr selbst den Operationsplan und commandirt die Armee ... Graf Lehrbach versicherte ..., Preußen griffe die Sache noch besser an als sie und verstände es auch besser".

Der Kurfürst von Baiern sei übrigens in Folge des anmaßenden Gebahrens des Marquis d'Assigny höchst aufgebracht über Frankreich; der Minister von Vieregg habe dem Gesandten unumwunden erklärt, er verbitte sich eine derartige Sprache, „er wolle ihm nur jetzo geradezu sagen, daß er die Antwort vom Kurfürsten haben solle, wenn es Sr. Kf. Durchl. gefallen werde, sie ihm zu geben; man habe lange genug diese stolze Sprache angehört und ertragen, es sei aber dies das letztemal, und man fürchte sich nicht mehr vor den Franzosen".

Der Herzog von Würtemberg, der sich vielleicht schon zu weit mit Frankreich eingelassen, habe den Kurfürsten dazu zu bestimmen gewußt, daß er gegen Lehrbach den Wunsch geäußert, „den Herzog aus der Verlegenheit zu ziehen"; auch habe er durch seinen Reichstagsgesandten von Seckendorff, der den demokratischen Ideen huldige, beabsichtigt, den Kurfürsten zu einer Neutralitätserklärung zu bewegen. Graf Görtz und die österreichischen Minister hätten dies jedoch verhindert. Lehrbach habe dem Kurfürsten geradezu erwidert, „der Wiener Hof verlange und suche die Freundschaft des Herzogs von Würtemberg nicht, er könne thun, was er wolle. Der Wiener Hof werde sich derjenigen Reichsfürsten annehmen, die es mit ihm hielten, die übrigen werde er ihrem eigenen Schicksal überlassen ... Uebrigens sei man zu Wien und in Berlin von dem den 19. Mai in pleno abgelegten voto Badensi sehr zufrieden und belobe ungemein die von E. Hf. D. hierbei geäußerte reichsverfassungsmäßige Grundsätze und patriotische Gesinnungen."

---

515. Maisonneuve an den französischen Minister des Auswärtigen.

Stuttgart, 28. Mai 1792.

[Die Eröffnungen Pfeffels in Colmar. Stellung der beiden Edelsheim. Die badisch-österreichische Militärconvention. Der Kreistag in Ulm und der badische Einfluß auf demselben. Remonstration gegen den Kreisschluß.]

Er hat von der Regierung Mittheilung erhalten von den Eröffnungen des M. Pfeffel in Colmar[2]. Es ist damit vorläufig nichts anzufangen, bevor Pfeffel den Namen des betreffenden badischen Ministers angiebt.

---

[1] Daß das bairisch-niederländische Tauschproject in der That in eben dieser Zeit von dem Wiener Cabinet wieder in Betracht gezogen wurde, zeigt das Schreiben von Spielmann an Reuß dat. 29. Mai 1792 bei Vivenot Quellen II. 65; die jetzige Stellung des preußischen Hofes dazu s. ebendas. II. 89; vergl. v. Sybel Gesch. d. Revolutionszeit I. 445.

[2] S. oben Num. 492.

Aussitôt que je saurai, à qui il faut m'adresser, je me rendrai, s'il le faut, à Carlsrouhe, pour mettre en oeuvre le moyen. Jusqu'ici j'ai tout lieu de croire, que les deux Barons d'Edelsheim, l'un Ministre d'Etat, l'autre Envoyé actuel du Margrave à la diète du cercle, ont un empire absolu sur l'esprit de ce prince, le gouvernent à leur gré et sont entièrement dévoués à la cour de Vienne.

Vous avez déjà pu voir, Monsieur, par le Mémoire du premier, que j'ai eu l'honneur de Vous transmettre, les engagements qu'il a pris avec la régence du Brisgau pour la défense des états du Margrave contre les dangers imaginaires qu'il a cru voir dans le rassemblement de troupes françaises qu'il appelle *bandes irregulières*[1].

Je lui ai écrit pour lui représenter toutes les conséquences d'un traité formel entre le Margrave et l'ennemi de la France, traité qui expose les terres du Margraviat à devenir le théâtre de la guerre. Car, à la faveur de cette convention, les troupes du Roi de Hongrie vont traverser les possessions du Margrave en tout sens, y établir des magasins, y rester à poste fixe et se mettre par là en état d'insulter à leur gré les possessions françaises. Déjà des escadrons entiers des chevaux-legers de l'Empereur sont à Stollhofen et dans d'autres villages dépendant du Margrave.

Il n'y a pas un moment à perdre, je crois, pour faire expliquer le Margrave à ce sujet. M. d'Edelsheim n'a pas répondu à ma dernière lettre très pressante. Je lui dis que, s'il importe à la sûreté des possessions françaises de déloger un corps autrichien posté sur le territoire du Margrave, il faudra bien prendre le parti et qu'alors ce qu'une défense légitime prescrit sera représenté par les ennemis de la France comme une violation du territoire de l'Empire, tandis que ce ne serait qu'une suite inévitable du traité du Margrave avec la cour de Vienne.

Si Vous jugez à propos, Monsieur, de prendre les ordres du Roi à ce sujet, je demanderai au Margrave de renoncer à ce traité ou de le modifier, de l'expliquer de manière à ce qu'il ne puisse servir de cause ou de prétexte à établir la mésintelligence entre la France et l'Empire. —

Le Baron d'Edelsheim, Envoyé à Ulm, a été autrefois ministre de Prusse à Vienne et a conservé un très grand attachement pour ces deux cours.

C'est lui qui a intrigué pour me faire rendre la réponse la moins favorable possible par la diète du cercle. Cette réponse avait déjà été redigée par la députation qui prépare tout le travail, lorsqu'il y a fait insérer les mots: *le cercle de Souabe ne peut pour le moment prendre aucun engagement de neutralité*[2].

---

[1] S. oben Num. 504.

[2] Nach dem badischen Bericht, oben S. 464, war die Einfügung dieses Passus vielmehr von dem Constanzer Gesandten v. Hebenstreit beantragt worden.

J'ai pris ce texte pour refuser la réponse qui m'avait été adressée . . . et j'ai quitté Ulm sur le champ, pour solliciter près du Duc de Wurtemberg des ordres à ses ministres de se conduire avec plus de circonspection.

Ces ordres ont été expediés hier par un courrier, et déjà je sais d'Ulm, que la diète s'occupe ou de changer la réponse ou du moins de la justifier et de l'interpréter favorablement.

Der Kreistag in Ulm wird in den nächsten Tagen auseinander gehen; dann gehen alle Geschäfte durch das Kreisdirectorium, welches aus Constanz und Würtemberg besteht. Es wäre angezeigt, ein Höflichkeitsschreiben des Königs an den Fürst-Bischof von Constanz abgehen zu lassen.

Paris. Arch.

516. Präsident v. Gayling an Karl Friedrich.

Nonnenweyer, 2. Juni 1792.

[Mißzufriedenheit im Elsaß; man wünscht die Ankunft der Deutschen. Militärische Auflösung.]

Elsässer Bauern, die Gayling in Achern angetroffen, versichern, „daß man der dortigen Verfassung immer mehr müde werde und nichts mehreres wünsche, als daß die Deutschen doch hinüber kommen möchten, um Ruhe und Ordnung herzustellen".[1]

517. Gottlieb Konrad Pfeffel an den französischen Minister des Auswärtigen.

Colmar, 3. Juni 1792.

[Ein neuer Brief des geheimen Correspondenten aus Karlsruhe; vorläufig das Incognito bewahrt.]

Je viens de recevoir de mon ami une réponse[2], dont j'ai l'honneur de Vous envoyer ci-joint la copie.

Il a le plus grand intérêt de rester derrière le rideau, même pour le bien de la chose.

Il a toujours conseillé un arrangement amiable, mais il a été traversé dans le temps par ceux, qui conjointement avec lui devaient entrer en négociation avec M. de Ternant, auquel mon ami et ses sentiments sont restés inconnus. Cependant il m'a permis de Vous le désigner, Monsieur, au moment que l'agent de France à la cour de Carlsrouhe verra quelque probabilité de réussir dans ses ouvertures.

Beiliegend in Abschrift das nachfolgende Schreiben.

Paris. Arch.

[1] Ein paar Tage später berichtet er, niemand denke im Elsaß an einen Rheinübergang, die Linientruppen verließen haufenweise ihre Fahnen, um nicht mit den Nationalgarden zu dienen, sie warteten nur auf die Ankunft der deutschen Truppen, um sich mit ihnen zu vereinigen (dat. 5. Juni 1792).

[2] Vergl. oben Num. 492. 493.

518. U. U. (Schlosser?) an G. K. Pfeffel in Colmar.

o. D.

[Unerwartete Beschlüsse des Ulmer Kreistags. Falsche Behandlung der deutschen Fürsten von französischer Seite; die Entschädigungsfrage. Neue Vorschläge für dieselbe.]

Tout a changé depuis ma dernière lettre. J'étais très sûr, que tout le cercle de Souabe embrasserait volontiers la neutralité; mais l'influence des cabinets de Vienne et de Berlin et surtout les mesures mal calculées que les cours avaient prises avant votre déclaration de guerre, jointes aux resolutions encore moins réfléchies de la Diète de Ratisbonne, tout cela nous met dans la dépendance de l'Autriche. Je me flatte cependant que tout n'est pas perdu, et que l'Empire au moins pourra être garanti des malheurs qui nous menacent de deux côtés.

Malgré les sophismes des Peysonneles[1] et consortes il faut convenir, que les princes d'Empire possessionnés en France n'ont pas été traités par l'Assemblée Constituante comme elle l'aurait fait, si des publicistes instruits et impartiaux avaient éclairé sa marche. Le peu de ménagement dont on a usé à leur égard, et surtout les clameurs incendiaires de vos malheureux émigrés n'ont pu manquer de diminuer les bonnes dispositions de ces princes, dont par des procédés différents on eût pu se faire des amis contre l'Autriche.

Il n'est cependant pas impossible de réparer le mal au moins en partie. Je sens bien que les sujets, qui depuis la révolution ont joui de l'exemption de nombre de petits impôts seigneuriaux et qui ont été mis en possession de toutes sortes de droits autrefois attachés à la supériorité territoriale, ne pourront pas être remis sur l'ancien pied. Mais il me semble qu'il y a un moyen de concilier ces différens intérêts.

Les prétensions des princes concernent ou des droits ecclésiastiques ou des droits séculiers, et ceux-ci sont ou honorifiques, ou utiles. Quant aux droits ecclésiastiques ou diocésains, je ne vois pas de moyen de les restituer, sans porter atteinte à vos lois nouvelles, à moins qu'on ne les range hors de la constitution. En effet, si les princes possessionnés ne doivent plus conserver le droit de patronage, ils doivent en revanche être déchargés de l'entretien des ministres du culte. Or la plupart des communautés protestantes, dont il est ici principalement question, doivent naturellement préférer de choisir leur ministre parmi deux ou trois sujets proposés par leur ci-devant seigneur plutôt que de se charger du traitement de leurs pasteurs, surtout après l'obligation, à laquelle elles ont été soumises, de contribuer à l'entretien du culte catholique.

Quant aux droits et possessions des princes ecclésiastiques, je ne crois

[1] de Peyssonnel, Verfasser der Schrift: Situation politique de la France etc. (Neuchatel 1789), von welcher auch eine deutsche Uebersetzung (Frankfurt a. M. 1790) in zwei Bänden erschien.

pas, que le Corps Germanique voudra se sacrifier pour une couple de prêtres, qui n'ont jamais rien fait, ni ne feront jamais rien pour le bien de l'Empire.

Pour les droits séculiers des princes, rien ne sera si facile que d'arranger d'une façon convenable ceux qui ne sont que d'intérêt, sans rétablir pour cela les charges ci-devant usitées. La nation a proposé un dédommagement pécuniaire une fois payé. Ceci ressemble à une vente, à laquelle personne ne peut être obligé malgré lui, et qui au surplus exposerait nos princes à des différens avec leurs agnats ou collatéraux. Ils refuseraient également des dédommagements en terres situées sous la souveraineté de la France. Mais j'ai lieu de croire que, si la nation convertissait les indemnités pécuniaires une fois payées en rentes perpetuelles arrêtées par des commissaires nommés par les deux parties contractantes, garanties par la nation, assisses sur des hypothèques foncières et payées par le trésor public en espèces courantes en Allemagne, toutes les difficultés s'aplaniraient sans beaucoup de peine. La nation pourrait se récupérer sur les communautés par un impôt de remplacement, surtout si, comme je le suppose, la redevance annuelle payée aux princes comprenait aussi leurs rentes foncières et amphitiotiques (leg.: emphytéotiques) déclarées rachetables, au moyen de quoi ceux-ci n'auraient plus rien à démêler avec leurs ci-devant sujets. J'ose me persuader, que cet arrangement, outre l'avantage de la convenance, aurait celui d'être moins onéreux que tout autre à la nation française.

Restent les droits honorifiques. Ces droits sont à la vérité de peu de conséquence, et si la constitution se fût bornée à leur abolition, il ne vaudrait pas la peine d'en parler. Mais la digue étant entièrement rompue, j'ai vu plusieurs princes pousser leurs réclamations à cet égard bien au delà des bornes tracées par les lettres patentes et des droits, dont il jouissaient avant la révolution. Dans ces circonstances il est difficile de trouver un point de réunion, toute proposition tendant à rétablir le droit de committimus et la jurisdiction seigneuriale étant contraire à la constitution. Mais il est probable, que ces difficultés tomberaient en grande partie d'elles mêmes, quand on serait une fois d'accord sur l'article des droits utiles, et pour cette raison il faudrait entamer la négociation par ceux-ci, comme étant d'un intérêt plus majeur. Mais il faudrait surtout, que l'accommodement projeté ne fût pas envisagé comme une exception à la règle générale accordée par faveur, mais comme une convention de nation à nation, et si vous pouviez vous prêter, sinon à la garantie du moins à l'intervention d'une puissance neutre, comme par exemple du Roi d'Angleterre en sa qualité d'Electeur d'Hannover, le succès serait d'autant moins douteux que cette cour est la seule qui puisse contrebalancer l'influence du cabinet d'Autriche sur celui de Prusse.

Les voies ainsi préparées, il serait temps alors d'envoyer un agent

intelligent et fidèle à l'assemblée Electorale à Francfort et un autre à la Diète de Ratisbonne, où j'espère que vos malheureux émigrés ne trouveront pas l'appui qu'ils ont su se ménager à Vienne et à Berlin.

Si l'on pouvait augmenter la jalousie de cette dernière cour contre celle de Russie, il est très probable qu'elle se prêterait d'elle même aux ouvertures d'un accommodement.

Parif. Arch. Copie.

519. Edelsheim an Maisonneuve.

Karlsruhe, 4. Juni 1792.

[Bemerkungen zu M.'s letztem Schreiben. Die Gefahr bewaffneter Banden aus dem Elsaß für Baden; Verbreitung revolutionärer Schriften; Nothwendigkeit der Convention mit Oesterreich; ihre Unschädlichkeit für Frankreich. Die Entschädigungsfrage jetzt in anderem Stand als früher. Zurechtweisung.]

Votre lettre du 22 du mois passé[1] m'a donné, Monsieur, une nouvelle preuve de la justice que Vous rendez à la façon de penser de Msgr. le Margrave; elle ne s'est encore jamais démentie. Je sais de même apprécier, Monsieur, la marque de confiance précieuse, dont Vous m'honorez en me communiquant Vos observations sur le contenu de mon Mémoire, avant d'avoir reçu des ordres ultérieurs. Cette ouverture amicale me met à même de Vous dire mon opinion privée sans réserve; car il y a des objets que je m'abstiendrai toujours de toucher dans notre correspondance officielle.

Il vous paraît inutile, Monsieur, qu'on ait pris des précautions contre des invasions qu'auraient pû tenter les habitans de la rive gauche du Rhin, parce qu'aucune incursion pareille n'a eu lieu jusqu'ici; mais les maisons de quarantaine seraient-elles inutiles, parce que depuis leur existence la contagion ne s'est point propagée?

Vous croyez, Monsieur, qu'il n'a point existé de bandes irrégulières, qui eussent pu nous alarmer? C'est par ce nom que je désigne ces hordes qui ont commis des dégâts et des désordres dans toute la France depuis 1789, qui ont brûlé et saccagé à notre vue en Alsace; qui n'ont obéi à aucun ordre; que les administrateurs des provinces n'ont pu retenir par aucun frein. Je vous ai cité, Monsieur, l'assurance positive donnée par des personnes autorisées, que nous étions à la veille de pareilles infractions incendiaires. Les habitans de l'Alsace les avaient annoncé à différentes reprises. Les gazettes avaient fixé le jour, que ces bandes irrégulières devaient passer le Rhin, sans que le gouvernement les eût jamais contredites. Vous ignorez, peut être, Monsieur, que 6000 hommes armés et rassemblés à Strasbourg étaient prêts à passer le Rhin, si un incident fort heureux ne les en eût détournés.

---

[1] Oben Num. 511.

Ajoutez à cela, Monsieur, pour Vous mettre au niveau de nos allarmes, la mesure constante de charger en Alsace tous ceux qui passaient en Allemagne, d'écrits qui prêchaient la révolte, et que nous avons souvent été avertis, qu'il y avait chez nous des émissaires, pour soulever les habitans de nos contrées.

Ces objets de crainte n'ont point diminué par la déclaration de guerre. Les corps militaires doivent maintenant se réunir et laisseront un champ libre aux infracteurs de la paix publique.

La force armée sera donc le seul moyen de contenir des hommes qui, ayant renoncé depuis un temps au travail régulier, manqueront infailliblement de trouver chez eux leur subsistance. C'est, ainsi que je Vous l'ai annoncé, Monsieur, le seul but du traité entre Msgr. le Margrave et la régence de Fribourg.

Il me paraît, Monsieur, que Vous en êtes persuadé, et Vous convenez, que sous ce rapport le traité susdit devait être indifférent à la France, parcequ'il ne contenait point de vues hostiles contre elle.

Mais Vous craignez qu'il ne devienne offensif, contre le gré de S. A. S., par les positions militaires que l'armée autrichienne pourrait prendre dans les états du Margraviat, d'où la France serait obligée de les déloger pour garantir la sûreté de ses possessions. Vous concluez, qu'il est nécessaire maintenant d'expliquer, de modifier et d'abroger même ce traité, pour qu'il ne puisse jamais servir de cause à une rupture entre la France et l'Empire.

Ceci se réduit d'abord à la question générale, de quel droit on peut aller attaquer durant la guerre son ennemi sur un terrain neutre. L'histoire nous apprend, que c'est le plus souvent ou la convenance ou la force majeure qui ont décidé leur position et leur plan d'attaque. Mais si la France, pour attaquer son ennemi, s'est décidée de ne point venir sur un territoire, dont le souverain n'est point impliqué dans la guerre, notre traité avec la régence de Fribourg ne devrait point la faire changer de principe. Au cas contraire, il resterait[1] sans doute à décider à l'Empire Germanique, si l'entreprise de la France lui paraitrait une infraction de la paix et de sa souveraineté.

Je ne vois dans le Margraviat qu'une position qui pourrait alarmer la France, celle de Kehl. Vous savez, Monsieur, que Msgr. le Margrave n'en dispose plus, conformément à Votre réquisition près du cercle, et la carte Vous prouvera, que l'armée autrichienne peut en être campée bien près, en restant sur son propre territoire.

Msgr. le Margrave reste donc impartial tant qu'il ne vise qu'à défendre ses sujets et ses états; le traité conclu avec la régence de Fribourg n'a point d'autre but. Il n'en résultera donc point d'inconvéniens, ni pour le

[1] «restera» in der Karlsr. Abschrift.

Margraviat ni pour la France, et bien moins encore pour le St Empire. Le traité se trouve être tout expliqué et modifié et Vous sentez au reste, Monsieur, qu'il ne dépend point de Msgr. le Margrave de résilier un engagement qu'il a contracté. Il ne pouvait point contrarier la France dans le moment qu'il fut pris. Elle ne saurait donc l'expliquer maintenant comme le motif de mesures offensives contre les états de Msgr. le Margrave d'après les règles de justice que S. Maj. Tr.-Chr. s'est prescrites. Msgr. le Margrave doit au contraire s'attendre à la conservation de Ses bontés infiniment précieuses. S. A. S. y attache assurément le plus grand prix, ainsi qu'à la continuation[1] de bon voisinage avec la France qu'il espère de pouvoir entretenir sans interruption.

Je ne dois point préjuger, Monsieur, la question que Vous Vous proposez de soumettre à la décision du cercle de Souabe. Il sera temps d'en parler, lorsqu'on nous fournira l'occasion d'énoncer nos principes relativement à cet objet, et je suis sûr d'avance, que les coétats y adhèreront. La solution tient à des bases assez connues de la constitution Germanique.

Quant aux réclamations des princes possessionés sur la rive gauche du Rhin, je ne puis que Vous répéter, Monsieur, ce que j'ai eu l'honneur de Vous dire précédemment à cet égard. Vous trouverez dans les réponses que j'ai rendues à Mr de Ternant, comment la maison de Bade envisageait cette affaire en 1790. Depuis, les princes ont pris des engagements entr'eux; la Diète de l'Empire a pris des conclusions; l'Empereur les a ratifiées par son décret. Voilà des faits, qui doivent nécessairement diriger la marche de cette affaire.

Permettez-moi, Monsieur, de joindre ici les remarques suivantes:

Ce sont les états de l'Empire qui forment le «*Conclusum*». L'Empereur n'a que le droit de le ratifier ou de le rejeter. Feu S. M. Imp. a adopté celui que la Diète lui proposa à l'égard des princes lézés par les décrets de l'Assemblée Nationale française. Les idées que Vous Vous formez, Monsieur, et des vues politiques de la maison d'Autriche et de ses rapports avec les états de l'Empire sont assurément aussi inexactes que l'est le portrait des princes écclésiastiques que je trouve dans Votre lettre. L'avenir Vous prouvera sans doute bien mieux que je ne saurais le faire, combien le zèle, qui Vous anime, Vous fait voir ces objets différemment que Vous ne les appercevriez dans un temps plus calme.

Copie Parif. Arch. u. Karlsr. Arch.

---

[1] «conservation» in der Karlsr. Abschrift.

520. Resident v. Mühl an Karl Friedrich.

Wien, 4. Juni 1792.

[Der Wiener Hof zufrieden mit der Haltung der badischen Regierung. Truppenvermehrung im Breisgau.]

Staatsrath von Spielmann ist nach Ofen abgereist, ohne daß Mühl Gelegenheit gefunden, sich „über die Kreishandlungen und die ferner zu halten thunliche Sprache zu eröffnen".

Dieses hindert jedoch nicht, daß ich bei alledem so gut als aus der Quelle versichern kann, daß so, wie man im vollkommensten Grad mit dem hochfürstlichen Betragen zufrieden ist, man auch einsiehet, daß vorerst nicht anders als bei der bisherigen Sprache geblieben werden mögen (sic!), bis eine stärkere Heereskraft zur Stelle sein wird, um ausgiebigere Beschützung zu leisten. Um in diesem Betreff alle Beruhigung zu geben, habe ich auch sogleich noch denselben Tag in meinen ordentlichen Bericht die soeben zuverlässig erfahrene Nachricht eingeschaltet, daß im Breisgau allein die österreichische Macht in 50000 Mann bestehen wird. . . .

521. Präsident v. Gayling an Karl Friedrich.

Freiburg, 7. u. 8. Juni 1792.

[Berathung in Freiburg. Die patriotische Haltung des Markgrafen gerühmt. Truppenverlegung nach dem Breisgau. Cartellantrag. Baden gegen eine Handelssperre in Schwaben.]

Heute gleich nach seiner Ankunft habe er den Präsidenten v. Summerau und den F. M. L. Grafen Wallis gesprochen; beide können das patriotische Verhalten des Markgrafen, dem man alles, „was bei dem schwäbischen Kreis bisher geschehen sei, zu verdanken habe", nicht genug rühmen . . .

Man bespricht die Truppenverlegung in den Breisgau. Vor dem 24. d. M. werde die erste Colonne nicht eintreffen, doch hoffe man Ende des Monats über eine Armee von 30000 Mann zu verfügen; über deren Vertheilung vermag Wallis noch keine Auskunft zu geben.

Der Antrag eines Cartells[1] war ohngemein angenehm, ich habe bereits dem H. Grafen von Wallis die Contenta gesagt; er war sehr damit zufrieden, ich solle morgen noch mit Herrn von Summerau dieserhalben eine Unterredung haben, diesem davon eine Note geben, welcher solche an die militare Behörde gelangen lassen wird, . . . unterdessen hat es sehr gefreut, daß man die diesseitigen Ober- und Aemter bereits darnach angewiesen habe. . . .

Meine heute den 8. gehabte Unterredung hat hauptsächlich das Cartell und die Sperre zum Gegenstand gehabt. Ersteres ist ohngemein verbindlich aufgenommen worden. . . . In Betreff der Sperre[2] hat man convenieren müssen,

[1] D. h. einer Convention über Einquartierung und Verpflegung der österreichischen Truppen.

[2] Der Kreistag in Ulm hatte Ende Mai das Verbot der Ausfuhr von Getreide, Fourage und Schlachtvieh nach dem Elsaß erlassen; badischer Seits hält man von Anfang an dem entgegen, daß die Maßregel zwecklos sei, so lange sie nicht auch von dem ober-

daß, in solange als von Seiten des oberrheinischen Kreises nicht ebenfalls gesperrt werde und auch die untere Gegend mit Truppen nicht hinlänglich gedeckt sei, man badischerseits mit Effect keine Sperre anlegen könne. . . .

Gayling legt dar, wie wenig Werth eine Sperre in Baden habe und wie wenig, wenn der Handelsverkehr frei bleibe, den Truppen entzogen werde. Man entgegnet, das Publicum denke anders, und da es nach Sperre verlange, wünsche man, daß badischerseits nur etwas geschehe. Gayling erwartet weitere Befehle darüber.

522. Maisonneuve an Edelsheim.

Stuttgart, 13. Juni 1792.

[Verletzende Ausdrücke in Edelsheims Schreiben. Die angebliche Neutralität Badens keine Neutralität. Rechtfertigung seiner Behauptungen über die österreichische Politik und über die geistlichen Fürsten. Bedeutungslosigkeit der revolutionären Flugschriften. Die Zurückweisung der Entschädigungsverhandlungen. Vergleich mit der Theilung Polens; Gerechtigkeit der französischen Sache. Aufforderung zu stricter Neutralität.]

Il n'est point facile de répondre à Votre dernière lettre officielle; cependant je vais l'entreprendre et toujours dans un esprit de conciliation et de paix[1].

Vous semblez, Monsieur le Baron, me reprocher d'avoir répondu à Votre dernière lettre sans attendre des ordres ultérieurs.

C'est à moi à connaître l'étendue de mes instructions, et d'ailleurs, Vous m'aviez fait l'honneur de me demander mon avis sur Votre mémoire par la lettre qui l'accompagnait.

On pourrait se plaindre avec justice du tableau, que Vous faites de la France. Il est pourtant certain, que Vous n'avez éprouvé aucune des infractions, que Vous affectez tant de redouter; et s'il arrive quelque désordre dans l'intérieur du royaume, c'est à la loi elle-même à établir son empire.

Qu'importe aux étrangers, lorsqu'ils n'en souffrent pas, tout ce qui se passe en France, et de quel droit veulent-ils régir par leurs opinions les Français, qui ne se mêlent en rien des autres gouvernements?

L'image, que Vous m'avez présentée de *maisons de quarantaine et de contagion* peut être fort pittoresque, mais n'est pas fort obligeante pour la France, et le Roi doit s'en trouver très peu satisfait. Oui, le Roi, Monsieur le Baron, que Vous voudriez séparer de sa nation, quoique S. Maj. en

rheinischen Kreise durchgeführt werde; die Folge werde zunächst nur die sein, daß Handel und Transit sich zum Nachtheil des schwäbischen Kreises dorthin ziehen und darunter auch das österreichische Militär leiden würde. (Tagebuch des Geh. Rath Meier.)

[1] Dieser erste Passus fehlt in der Pariser Abschrift. Edelsheim hatte das Schreiben (Num. 519) vom 4. Juni, worauf dieses die Antwort ist, ausdrücklich als ein nicht officielles bezeichnet, oben S. 473 und w. u. Num. 525.

soit très inséparable. C'est comme si Vous vouliez traiter avec le cabinet de St James, en oubliant le Parlement d'Angleterre.

Il est un point essentiel, sur lequel nous différons, et je doute que Vous puissiez rallier beaucoup de voix à Votre avis.

Vous dites, que la France ne doit point attaquer son ennemi sur un territoire neutre: mais ce territoire cesse d'être neutre pour la France, dès qu'il recèle son ennemi. C'est un principe incontestable en droit public, et puisque Vous avez employé la comparaison *de la peste*, je vais Vous en présenter une à mon tour, mais plus douce et moins pénible.

Si Vous aviez un ennemi déclaré, un ennemi qui en voulût à Vos jours, à Votre propriété, à Votre existence morale, politique et physique, et si j'avais l'honneur, Monsieur le Baron, d'être Votre voisin, d'avoir une maison qui confinât à la vôtre; lorsque cet ennemi voudrait s'introduire chez Vous, si je lui prêtais ma maison pour approcher furtivement de la Vôtre et l'envahir plus à son aise, n'est-il pas vrai, que Vous ne me regarderiez pas comme un homme neutre, comme indifférent au mal qu'on veut Vous faire? et qu'au contraire Vous me rangeriez bien vite dans la classe de Vos ennemis les plus décidés?

A l'application, je Vous prie.

Sur tout le reste, Vous arrêtez la discussion, tout se réduit de Votre part à me dire: «*Vous avez tort et j'ai raison, car mon parti est pris*».

Cependant, je pourrais rappeller ici des faits de tous les temps qui justifient mon opinion sur la politique de la maison d'Autriche, sur celle des prêtres couronnés. Je pourrais surtout citer ce qui se passe aujourd'hui même, Vous prier de relire le mémoire du comte de Lehrbach au cercle de Souabe, qu'on peut appeller un recueil d'invectives et d'injures contre la France. Je pourrais Vous présenter deux lettres officielles d'un autre ministre, qui n'avait pas le droit de les écrire, et qui l'a si bien senti lui-même, qu'il a rejeté cette irrégularité sur *le poids des affaires*. En un mot, je devrais Vous faire remarquer, que la cour de Vienne donne des ordres absolus aux cercles et aux états de l'Empire. Informez Vous de ce qui se passe à Ratisbonne, et Vous saurez, qu'une très-grande partie des membres de la Diète est justement révoltée du ton impérieux, que la maison d'Autriche y a pris dans cette occasion.

Ne croyez pas, Monsieur le Baron, que je sois aussi ignorant, que Vous me faites, de la constitution Germanique. Je ne me vante pas; mais je pourrais en parler avec connaissance de cause, et je sais très bien distinguer la marche légale des affaires d'avec l'interprétation forcée qu'on donne quelquefois à la constitution.

Il en est de même de la politique des cours ecclésiastiques, sur laquelle Vous voulez me faire une petite leçon. Ce n'est pas d'aujourd'hui

que je suis employé diplomatiquement en Allemagne. J'ai su, j'ai suivi de près leurs intrigues, et j'ai été à portée de recueillir là dessus des détails, qui ne peuvent être parvenus à Votre connaissance.

A l'égard des écrits séditieux et des émissaires que Vous prétendez qu'on Vous envoye, ce n'est pas à quelques feuilles particulières que la liberté de la presse permet en Angleterre comme en France, qu'il faut ajouter foi, mais bien aux écrits qui paraissent sous la sanction du gouvernement, aux déclarations du Roi, aux résolutions émanées de son conseil, aux mémoires des ministres de S. Maj.

J'ai l'honneur, Monsieur le Baron, de joindre ici la copie des deux dernières notes, que le ministre de France à Londres y a présentées par ordre du Roi[1] et Vous y verrez ces écrits séditieux, ces émissaires, ce prétendu prosélytisme désavoués et sévèrement condamnés par S. Maj. et Ses ministres.

J'ajoute encore ici une déclaration du maire de Strasbourg[1] qui Vous prouvera, que le corps municipal de cette ville, loin de distribuer des écrits séditieux, s'occupe de prévenir les moindres plaintes de la part de ses voisins et apporte la plus grande réserve [la plus grande décence][2] dans sa conduite et ses principes.

Ainsi, Monsieur le Baron, Vous refusez absolument d'entrer en négociation sur les indemnités de Monseigneur le Margrave. Vous traitez en vérité la France avec une rigueur extrême.

Je serais curieux d'avoir Votre opinion sûr un évènement, dont nous avons été témoins, et qui est assez récent, pour y penser encore quelquefois. Je veux parler du partage de la Pologne par des cours, dont Vous prenez si généreusement la défense, dont Vous Vous montrez un si ferme partisan.

Quelle différence cependant! Là nulle sorte de droit que l'abus de la force, aucun genre de dédommagement, pas le moindre égard aux propriétés.

Au contraire ici des droits réels de souveraineté de la part de la France sur l'Alsace[3] et la Lorraine, et surtout le plus grand respect pour les propriétés des princes possessionnés, l'offre, en un mot, mille fois renouvelée de traiter de leurs droits et de les racheter tous.

Je sais bien, que Vous allez me dire encore, que je n'entends pas la constitution Germanique; mais j'entends les droits sacrés de la raison et de l'équité; et s'il existait un tribunal, auquel nous puissions porter cette grande cause de l'humanité, n'en doutez pas, on prononcerait usurpation

[1] Liegen nicht bei.
[2] Zusatz im Original, fehlt in der Pariser Abschrift.
[3] «sur les provinces d'Alsace» im Original.

et violence de la part de la cour de Vienne, justice et loyauté de la part de la France.

Puissions nous, Monsieur le Baron, nous trouver à l'avenir plus d'accord sur les points essentiels à la conservation de la paix. C'est le plus sincère de mes vœux; mais il me semble, que ce n'est pas le Vôtre, ni par conséquent celui de Votre cour[1].

Je transmets avec soin au Roi les expressions d'attachement, que Monseigneur le Margrave renouvelle à S. Maj. par Votre organe.

Mais je Vous assure que c'est d'après les ordres les plus précis du Roi et dans le sens le plus littéral de mes instructions, que je dois déclarer à S. Alt. Sér., que la marque la plus flatteuse de ses vrais sentiments pour le Roi se trouvera dans les mesures les plus conformes à la *neutralité*, (mot précieux et touchant que Vous évitez avec soin de prononcer) et principalement dans l'attention de ne pas laisser établir dans les Margraviats l'ennemi déclaré de la France.

Original im Karlsr. Arch. Abschrift Paris. Arch.

---

523. Maisonneuve an den französischen Minister des Auswärtigen.

Stuttgart, 13. Juni 1792.

[Allmächtige Stellung Edelsheims in Karlsruhe. Die Convention mit Oesterreich. Der Correspondent Pfeffels in Karlsruhe.]

Pour Vous mettre en état, Monsieur, d'apprécier l'indication de Mr. Pfeffel de Colmar sur le ministre du Margrave de Bade, j'ai l'honneur de Vous envoyer la copie d'une lettre que je viens de recevoir du Baron d'Edelsheim[2].

Il est certain que cet homme gouverne despotiquement son prince, jusque là que le Margrave reçut, il y a peu de temps, une lettre portant cette inscription: *à S. A. S. Msgr. le Margrave de Bade, au service de S. E. Mr. le Baron d'Edelsheim Ministre d'Etat.*

J'aurais dû peut-être m'interdire une plaisanterie dans un rapport officiel; mais ce trait est si caractéristique, qu'il fallait en faire usage.

Le Baron d'Edelsheim parle, avec la plus grande confiance, de son traité avec la régence du Brisgau, qui est en effet un engagement de livrer au Roi de Hongrie les margraviats pour en disposer pendant la guerre.

Ce ministre s'est permis une peinture peu fidèle de la France que j'ai dû relever dans ma réponse dont je joins ici la copie[3]. Je me suis efforcé d'y conserver le ton de la modération, pour ne pas irrévocablement aliéner cette petite cour.

---

[1] Unrichtig: «cœur» in der Pariser Abschrift.

[2] Oben Num. 519.

[3] Oben Num. 522.

Il me paraît instant de faire expliquer nettement et cathegoriquement le Margrave de Bade sur ce traité avec le Roi de Hongrie, et je Vous prie, Monsieur, de prendre et de me transmettre les ordres de S. Maj. à ce sujet[1].

Ne voulant négliger aucun moyen, même peu probable, d'être utile, j'attends avec impatience le nom du membre du conseil du Margrave de Bade favorable à la déclaration de la neutralité et que Vous avez invité Mr. Pfeffel de Vous désigner[2].

Paris. Arch.

524. Note Maisonneuves an die badische Regierung[3].

Stuttgart, 29. Juni 1792.

[Fünf Fragen an die badische Regierung über die Ausführung der Neutralität. Warnung und Lockung.]

Im Auftrage seiner Regierung habe er, wie an andere Höfe, so auch an den von Karlsruhe die folgenden Fragen zu richten.

1⁰ Si la volonté de S. A. S. est d'interdire efficacement dans l'étendue de Ses états tous les enrôlements et remontes pour le service des puissances belligérantes?

2⁰ Si, dans le cas où l'une des deux puissances actuellement en guerre, se prétendait nécessitée pour sa sûreté personnelle d'occuper des postes, défilés, châteaux, villages, bourgs et villes de la domination de S. A. S., d'y garder des ponts, des gués ou de redoutes etc., S. A. S. est dans l'intention de s'y opposer de toute Sa volonté, et si dans le cas d'un refus formel d'évacuer les dits postes, défilés, châteaux etc. occupés sans droits et sans égards, S. A. S. se proposait de protester immédiatement et publiquement contre la résistance qu'Elle aurait rencontrée?

[1] In einer Depesche vom 10. Juni erhält Maisonneuve die Nachricht vom Ministerium, daß der Gesandte in Zweibrücken Mr. de Naillac beauftragt sei, den Legationssecretär M. Desportes als Chargé d'affaires nach Karlsruhe zu schicken, sobald er es für nöthig hält. — Maisonneuve demonstrirt sehr lebhaft dagegen: er sei in K. bereits accreditirt, verkehre officiell mit dem dortigen Minister; die Absendung eines andern würde ein Zeichen des Mißtrauens sein; wolle man doch aber einen Geschäftsträger in K. selbst haben, so müsse derselbe von ihm, Maisonneuve, aber nicht von Naillac dort eingeführt und beaufsichtigt werden (dat. Stuttgart 18. Juni 1792. Paris. Arch.).

[2] Ob Pfeffel (vergl. oben Num. 517) seinen Karlsruher Correspondenten namhaft gemacht hat, ist nicht ersichtlich; es findet sich von hier an nichts mehr darüber in den Pariser Acten.

[3] Maisonneuve übersendet diese Note Edelsheim nebst einem Schreiben, in dem er versichert «que rien n'égale mon désir de mériter et d'obtenir les bontés et l'amitié du ministre le plus sage, le plus éclairé et — ce qui ne gâte rien aux affaires — le plus aimable encore». Zugleich theilt er die äußerst befriedigende Antwort mit, welche der bairische Minister Graf Vieregg auf die gleichen Fragen ertheilt habe (dat. Nymphenburg 21. Juni 1792).

3⁰ Si la navigation continuera d'être libre pour les puissances contendantes sur les fleuves et les rivières de Sa domination, comme dans les temps où les dites puissances contendantes vivaient en bonne intelligence?

4⁰ Si S. A. S. se propose dès-à-présent et pour la suite de laisser ou d'interdire également aux Français et aux Autrichiens la liberté d'acheter de Ses sujets et de Ses états toute sorte de bestiaux, chevaux et autres animaux, toute espèce de comestibles, denrées et marchandises. . . ?

5⁰ Si, dans le cas où les achats seraient permis aux puissances belligérantes et que par l'influence ou par l'abus de la force on arrivait à gêner ou à vexer les sujets de S. A. S. pour attirer à soi le plus de ventes sous le prétexte de plus de besoin, S. A. S. serait dans l'intention arrêtée de réprimer une violence aussi injuste, et si, dans le cas où l'on prétendrait résister à Son autorité légitime, Elle se prêterait à réclamer contre l'injure qui lui serait faite, de manière que la puissance intéressée à la faire cesser pût en avoir une connaissance prompte et entière. . . ?

Maisonneuve bespricht schließlich noch die Verbalerklärung, welche die Höfe von Wien und Berlin an die vorderen Kreise gerichtet. Dieselbe verrathe die klare Absicht, sich alle Hilfsquellen der gen. Kreise anzueignen und letztere »à l'instar de provinces conquises» zu behandeln. Die Folge werde der völlige Ruin der Kreislande sein. Und dies geschehe »sous le prétexte illusoire d'une protection«. Sei doch Frankreich »l'amie la plus loyale et la plus indélébile, qu'elle en donne chaque jour les témoignages les plus clairs et les plus positifs«.

---

525. Edelsheim an Maisonneuve.

Karlsruhe, 1. Juli 1792.

[Zweck der Convention mit Oesterreich. Der freie Durchmarsch ist verfassungsgemäß geboten. Die Verbreitung aufrührerischer Schriften.]

Beantwortung des Schreibens vom 13. Juni (Num. 522). Edelsheim verwahrt sich gegen die Unterstellung, als trage sein Schreiben vom 4. Juni einen officiellen Charakter.

Il est vrai, Monsieur, comme Vous le dites, qu'une grande partie des choses qui se passent en France peuvent être indifférentes aux autres nations, parcequ'elles n'en souffrent point. Mais s'il est d'une grande possibilité, s'il est même probable que ce qui se passe en France aura les suites les plus funestes pour ses voisins, . . . ce qu'il y a de plus pacifique à faire dans une pareille circonstance, c'est de prendre ses précautions pour pouvoir repousser la force par la force. . . . C'est dans cette situation qu'il faut se placer, Monsieur, pour voir le véritable but de notre arrangement avec la régence de Fribourg et son indispensable nécessité. Il a pris son origine en 1789, lorsque les possessions autrichiennes étaient dépourvues de tout secours militaire, nécessaire pour réprimer dans ces contrées l'esprit de révolte que l'exemple de l'Alsace y avait fait éclore. . . .

Le libre passage des troupes autrichiennes tient à d'autres titres fort connus et généralement adoptés. Vous le savez, Monsieur, parceque Vous connaissez notre constitution. . . .

Tout ce qui se fait aujourd'hui et même tout ce qui se dit a été fait et dit à différentes reprises et nommément durant la guerre terminée en 1748, et Vous savez cependant, Monsieur, qu'alors la France entra en Empire en sa qualité d'allié de la Bavière. C'est le pacte fédératif existant entre les états de notre Empire et dont Vous n'avez pas fait mention, Monsieur, dans la comparaison que Vous m'avez alléguée, qui doit tout régler. . . .

Quant à ce que je Vous ai marqué, Monsieur, à l'égard des écrits séditieux, je l'ai dit uniquement dans le sens, dans lequel en a parlé la proclamation du Roi d'Angleterre. Le gouvernement français désapprouve la distribution de ces libelles incendiaires; mais comme celle-ci se fait cependant, il ne reste que la persuasion de l'impossibilité, dans laquelle on est d'empêcher leur cours. . . .

Concept.

526. Memoire von Edelsheim an Maisonneuve.

Karlsruhe, 2. Juli 1792.

[Die angebotene neue Verhandlung über die Entschädigungsfrage. Baden kann darauf für sich allein nicht eingehen. Oesterreichische Truppen auf badischem Gebiet.]

Le soussigné Ministre d'Etat de S. A. S. Msgr. le Margrave de Bade a l'honneur de répondre à Mr. de Maisonneuve . . . sur la proposition, qu'il a bien voulu réiterer, d'ouvrir une négociation spéciale à l'égard des droits possédés jusqu'ici par la Ser^me Maison de Bade tant sur la rive gauche du Rhin que dans la Seigneurie de Rodemacher, et qui sont garantis par le traité de paix de Westphalie et les subsequents, que S. A. S. regrette de ne pas pouvoir se départir des principes suivants: Msgr. le Margrave de Baden ne saurait sous aucun rapport contrevenir à l'ordre des choses prescrit par un décret de la Diète de l'Empire Germanique, ni rompre de son chef un engagement pris depuis quelques années entre tous les princes lésés du Corps Germanique.

S. A. S. doit par conséquent regretter de ne point pouvoir se prêter à cet egard aux vues de S. M. Tr.-Chr., comme Elle le désirerait; Msgr. le Margrave désire assurément, que le différend, dont il s'agit, puisse être terminé généralement à l'amiable.

Quant à l'établissement de quelques troupes autrichiennes sur des terres du Margraviat, le soussigné a l'honneur de rappeler toutes les explications qu'il a données à cet égard dans son précédent mémoire du 18. Mai, par lesquelles il appert, que ces positions sont prises en vertu

d'une convention antérieure avec la régence du Brisgau autrichienne, que cet arrangement était nécessité par la situation des choses, mais que son but n'a jamais été offensif.

Le soussigné, en remettant par ordre exprès de S. A. S. Msgr. le Margrave de Bade ces réponses à Mr. le Ministre plénipotentiaire de la France, a l'honneur etc.[1]

Parif. Arch.

527. Maisonneuve an Edelsheim.

Stuttgart, 4. Juli 1792.

[Fordert Antwort auf die vorgelegten fünf Fragen.]

La lettre que Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire le 1er de ce mois, me persuade de plus en plus, que Vous avez pris un parti qui n'admet plus aucune discussion.

Je me borne donc, Mr. le Baron, à Vous prier de rapporter le plutôt possible mon dernier mémoire au conseil d'état de S. A. S. Msgr. le Margrave et de me faire part des résolutions souveraines qui y seront prises relativement aux cinq demandes que j'ai énoncées.

Cette réponse décidera mieux l'état de la question que toutes les dissertations possibles sur la constitution germanique.[2] . . .

528. Note Maisonneuves an die badische Regierung.

Stuttgart, 7. Juli 1792.

[Die Besetzung Kehls durch die Oesterreicher. Vorwürfe über die Säumigkeit Badens und seine übele Gesinnung. Forderung schleuniger Redressirung.]

Maisonneuve fordert Aufschluß über die Motive, «qui ont pu déterminer Msgr. le Margrave à s'opposer à l'exécution des décrets de la diète du cercle de Souabe»[3].

[1] Diese Note übersendet Maisonneuve dem französischen Minister (dat. Stuttgart 4. Juli 1792) mit der Erläuterung, der Markgraf sei eben ganz in der Hand der beiden Edelsheim — «et tous deux sont vendus aux cours de Vienne et de Berlin; on n'en obtiendra donc rien que par la force ou par la crainte». (Parif. Arch.)

[2] Schon am 7. Juli drängt M. von neuem auf Antwort. «J'aime à me flatter, — schreibt er an Edelsheim — que Vous ne laisserez pas ce mémoire, comme les précédents, je ne dirai pas des jours, mais des semaines, des mois entiers sans réponse . . .»

[3] Am 5. Juli war Kehl, das nach den Beschlüssen des Ulmer Kreistags durch schwäbische Kreistruppen besetzt werden sollte, von dem österreichischen General Brentano mit einem Bataillon Infanterie belegt worden. Dies führt zu weitläufigen Verhandlungen theils mit dem französischen Gesandten, theils unter den führenden Ständen des schwäbischen Kreises, theils mit den österreichischen Behörden. Auch von badischer Seite beschwerte man sich in Freiburg darüber, daß die Besetzung von Kehl, der Convention zuwider, ohne vorhergegangene Mittheilung erfolgt sei; Präsident von Summerau entschuldigt es mit der Eile, womit die Dislocation vollzogen worden sei. Am 11. Juli hat der Markgraf eine Unterredung mit dem österreichischen Feldzeugmeister Fürsten Hohenlohe in

Il est notoire, que les troupes qui devaient former la garnison de Kehl ne sont point encore à leur destination.

En vain le feldmaréchal du cercle a indiqué un rassemblement des dites troupes à Aslach[1]; le contingent du Wurtemberg y est arrivé à jour nommé, et Msgr. le Margrave a refusé son contingent sous le prétexte que ces troupes lui étaient nécessaires ailleurs.

On ne peut voir dans ce refus . . . qu'un dessein formé d'éluder le décret de la diète du cercle, de laisser le poste de Kehl dégarni et de le livrer enfin aux troupes autrichiennes, ainsi qu'il vient arriver.

C'est à ces dispositions de Msgr. le Margrave seul qu'il faut attribuer cette violation de la constitution germanique et de la souveraineté des coétats de l'Empire, et il faut l'avouer, cette conduite coïncide parfaitement avec la convention faite avec la régence du Brisgau autrichien . . . qui permet l'établissement des troupes autrichiennes sur des terres du Margraviat.

Le soussigné a ordre exprès de Sa Majesté de déclarer à S. A. S., qu'Elle attend de Son attachement et de Son amitié, qu'Elle prendra les mesures les plus promptes pour faire retirer les troupes autrichiennes de Kehl, et que S. A. concourra de tout Son pouvoir à y établir les troupes du cercle. . . .

Sollte Oesterreich Gewalt brauchen, so erwarte der König, daß der Markgraf öffentlich Protest einlegen werde.

529. Maisonneuve an den französischen Minister des Auswärtigen.

Stuttgart, 9. Juli 1792.

[Die Besetzung Kehls durch die Oesterreicher; Säumigkeit des Würtembergers; der Hauptschuldige Baden und Edelsheim. Kategorisches Memoire nach Karlsruhe gerichtet.]

Uebersendet ein Memoire vom 7. Juli, welches er an den Herzog von Würtemberg als Director des schwäbischen Kreises gerichtet hat wegen der Besetzung von Kehl durch die Oesterreicher.

On ne peut se dissimuler, que Mr. le Duc de Wurtemberg aurait pu prévenir cet évènement, s'il eût mis un peu plus de vigilance et d'activité à faire occuper Kehl par les troupes du cercle selon les décrets de la diète de Souabe. Mais le plus coupable sans doute est le Margrave de Baden et surtout son ministre le Baron d'Edelsheim. Il est hors de doute, que

Schwetzingen, wobei dieser sich geneigt zeigt, seine Truppen aus Kehl zurückzuziehen, wenn die Stadt genügend mit Kreistruppen besetzt werde. Erst im Sept. 1792 aber räumten die Oesterreicher den Posten wieder (bis auf 100 Mann, die zurückblieben), der nun von 3 Compagnien badischer und 5 Compagnien würtembergischer Kreistruppen besetzt wurde; im Spätjahr 1792 wurde dann ein neues Kreisinfanterieregiment, 1690 M. stark, nach Kehl gelegt. (Acten die Besetzung von Kehl betr.; Tagebuch des Geh. Rath Meier. Vergl. Vivenot Quellen II. 237.)

[1] Haslach im Kinzigthal.

c'est lui qui a livré Kehl aux Autrichiens, ainsi que tous les états de son maître.

Je lui ai adressé un mémoire dès le 7, pour le sommer . . . et pour lui demander une réponse prompte et cathégorique sur les intentions de sa cour. Car il vaut beaucoup mieux savoir, à quoi s'en tenir, que d'avoir à la frontière même du royaume un ennemi, faible à la vérité, mais remuant, tracassier, intriguant et dont on peut craindre mille perfidies.

Parif. Arch.

---

530. Memoire der badischen Regierung an Maisonneuve[1].

Karlsruhe, 9. Juli 1792.

[Beantwortung der fünf vorgelegten Fragen. Bemerkung über den gegenseitigen Handelsverkehr. Erinnerung an die Verluste der deutschen Fürsten in Elsaß und Lothringen.]

S. A. S. Monseigneur le Margrave de Bade a vu par le mémoire de Mr. de Maisonneuve, Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté Très-Chrétienne, que la cour de France désire avoir des éclaircissements sur quelques points, qui tiennent à la conduite politique que le Sérénissime Margrave tient présentement.

S. A. S., ayant toujours marqué la plus grande déférence pour tout ce qui lui a été demandé de la part de Sa Majesté Tr.-Chr. et ne voulant laisser aucun doute sur Ses intentions, a ordonné au soussigné de répondre aux cinq demandes proposées ce qui suit.[2]

1⁰ S. A. S. ne tolère point d'enrôlement dans Ses états, excepté ceux faits pour le militaire qu'Elle entretient. Elle a cependant assigné depuis bien des années quelques petites parties détachées du Margraviat aux enrôleurs . . . seulement de quelques régiments Autrichiens, Prusses, Sardes et Hollandais par concessions spéciales. Quant aux remontes, Msgr. le Margrave a établi, que tout commerce serait entièrement libre dans Ses états et ne saurait exclure le trafic des chevaux de cette règle générale.

2⁰ S. A. S. désire pour la tranquillité et le bonheur de Ses sujets, que le théâtre de la guerre soit éloigné de Ses états. Elle n'a par conséquent rien fait et ne compte rien faire qui puisse l'y attirer. Si cependant les évènements futurs en disposaient différemment, S. A. S. ne manquerait pas de suivre dans Sa sagesse, ainsi qu'Elle vient de le faire, les mesures convenables, conformes tant à la Constitution Germanique qu'aux engagements défensifs, qu'Elle s'est vu obligée de prendre, pour veiller efficacement

---

[1] Edelsheim begleitet das von ihm unterzeichnete Memoire mit einem kurzen Schreiben, in dem er mittheilt, er hoffe die Note vom 7. Juli noch vor seiner Abreise nach Frankfurt, wohin er am 12. abreisen werde, beantworten zu können.

[2] Vergl. oben Num. 524.

à la sûreté de Ses états, et pour remplir les devoirs que lui imposent Sa qualité de souverain membre du Saint-Empire.

3⁰ Msgr. le Margrave ne compte rien changer, tant que l'Empire ne se trouve point impliqué dans une guerre, à la liberté qu'il accorde au commerce pour l'usage des fleuves et rivières qui traversent ses états, sous la réserve du payement des droits y constitués.

4⁰ De même S. A. S. ne compte point établir de barre à l'exportation de tous les objets de commerce énoncés dans le mémoire, et s'il arrivait, qu'il fût mis des entraves au transport des dits articles en pays étranger, Msgr. le Margrave proteste d'avance, qu'il verrait par là contrarier ses principes.

5⁰ S. A. S. maintiendra, tant qu'Elle pourra, que tout marché soit conclu dans Ses états de gré à gré. S'il arrivait cependant le contraire, Elle employerait tous les moyens qui Lui compètent, pour redresser cet objet de simple police.

Le soussigné, après avoir transmis à Mr. le Ministre Plénipotentiaire de France ces réponses avec la loyauté et la franchise qui caractérisent les démarches de la Sérénissime cour de Baden, doit cependant lui faire remarquer sa surprise de voir, qu'on persiste à insister sur la liberté du commerce de la rive droite du Rhin vers la rive gauche de ce fleuve, tandis qu'on charge de défenses et d'entraves tout commerce réciproque.

Cette réflexion affecterait bien d'avantage le Sérénissime Margrave de Baden, s'il n'entrevoyait en même temps, combien on doit être convaincu, que les principes de S. A. S. et l'attachement, qu'Elle a toujours marqué à S. Maj. Tr.-Chr., empêcheront, qu'on ne veuille user à cet égard des représailles, auxquelles on serait suffisamment autorisé.

Quant au reste du contenu du mémoire de Monsieur le Ministre Plénipotentiaire, le soussigné se dispense d'entrer dans les éclaircissements nécessaires pour discuter des faits qui y sont allégués et les suites y indiquées.

Mais Msgr. le Margrave a vu avec reconnaissance l'assurance de l'intérêt, que S. Maj. Tr.-Chr. continue de prendre au bien-être du Corps Germanique et de chaque membre en particulier.

Il lui reste à désirer, que ces sentiments précieux pour les princes et états de l'Allemagne puissent effectuer, qu'ils soient rétablis bientôt dans tous les droits, qui leur compètent sur la rive gauche du Rhin et en Lorraine et indemnisés des pertes qu'ils ont faites depuis quelques années.

Copie Paris. Arch.; Concept u. Copie Karlsr. Arch.

531. Maisonneuve an den französischen Minister des Auswärtigen.

Stuttgart, 11. Juli 1792.

[Die Karlsruher Beantwortung der fünf Fragen. Vergleich mit der des Münchener Hofes. Edelsheims Reise nach Frankfurt; Verbindung mit dem Kaiser. Vergleich zwischen Würtemberg und Baden; Charakteristik Edelsheims.]

Uebersendet das Karlsruher Memoire vom 9. Juli, die Beantwortung der fünf vorgelegten Fragen (demandes).

Ces demandes sont les mêmes que M. d'Assigny a presentées à la cour de Munich. Vous pourrez voir, Monsieur, en comparant les réponses, combien l'Electeur Palatin est impartial et de bonne foi, et combien le Margrave est perfide et dissimulé. Sa réponse est absolument insignifiante et dilatoire; mais ce qui est très positif, c'est son alliance avec la cour de Vienne, l'abandon de son pays aux troupes autrichiennes, auxquelles il a encore livré le poste de Kehl. Ce sont ces faits, sur lesquels son ministre, le Baron d'Edelsheim, refuse absolument de répondre.

Ce ministre me mande, qu'il part pour Francfort, où il va passer 10 ou 12 jours, sous prétexte de complimenter l'Empereur de la part du Margrave, mais en effet pour consolider l'alliance avec cette cour et combiner les mouvements et les positions des troupes autrichiennes sur les terres du Margraviat.[1]

Die gleichen Ausführungen wiederholt Maisonneuve in einem Schreiben an das Ministerium, dat. 12. Juli 1792, wo er die Antworten des würtembergischen und des badischen Hofes neben einander hält:

Vous verrez, Monsieur, en rapprochant les deux mémoires, quelle différence il y a entre les principes, la bonne foi, la prudence de Msgr. le Duc de Wurtemberg et la conduite de la cour de Bade. Ce n'est point la faute du Margrave, dont le personnel est très respectable et qui sans doute est ami de la paix. Il n'en est pas ainsi de son ministre, dont l'audace, la perfidie, les mauvais conseils, la connivence avec les ennemis de la France sont affichés et connus.

Paris. Arch.

532. Memoire der badischen Regierung an Maisonneuve.

Karlsruhe, 13. Juli 1792.

[Verlauf der Kehler Besetzungsfrage beim schwäbischen Kreis.]

Il est connu qu'avant la déclaration de guerre de la France et même à l'assemblée préparatoire du cercle de Souabe (dite Engre Crais-Convent)

[1] Am 5. Juli war in Frankfurt Franz II. zum Kaiser gewählt worden, am 14. Juli fand die Krönung statt; in den Tagen vom 19. bis 21. Juli die entscheidungsvolle Zusammenkunft in Mainz zwischen dem Kaiser und dem König von Preußen, unter Theilnahme zahlreicher anderer deutscher Fürsten (v. Sybel I. 446 ff.); auch der Markgraf Karl Friedrich, von Edelsheim begleitet, war in Mainz anwesend.

Msgr. le Margrave de Bade déclara, qu'il prendrait sur lui de garantir tout le quart du cercle, dont il se trouve être le directeur, à l'exception de Kehl et de l'intervalle entre cette ville et celle de Stolhoven, contre des malheurs que la situation des frontières paraissait annoncer.

S. A. S. demanda en conséquence au cercle de l'assister avec deux bataillons d'infanterie et un escadron de cavalerie pour en former la garnison de la première de ces villes.

Cet offre fut répété à la diète générale du cercle, lorsqu'après la déclaration de la guerre susdite, les états destinèrent 600 hommes à repartir à[1] Offenbourg, Gengenbach et Kehl, de façon que la garnison de Kehl serait forte de 150 hommes.

La Sérénissime maison de Baden se tint suffisamment assurée alors, qu'on avait pris à la demande qu'elle avait articulée sur la composition de ces troupes, l'égard auquel elle devait s'attendre; mais elle se vit trompée dans son attente, lorsque l'ordre du Feld-Maréchal à l'officier commandant le contingent de la maison de Bade arriva pour faire marcher 24 hommes, et plus tard encore celui pour faire marcher 20 hommes, qui devaient se trouver le 20. et respectivement le 30. juin au rassemblement de Hasslach. On ne manqua point de faire des représentations fondées et convenables à cet égard au directoire du cercle, en offrant de laisser à Kehl le piquet de houssards qui s'y trouvait, au lieu de concourir au détachement susdit. Ces remontrances partirent d'ici le 20. du mois passé par estafette; la réponse n'est arrivée que le 7. juillet, et comme le directoire persiste dans sa réquisition, le Sérénissime Margrave vient de répondre, que les 44 hommes seraient mis en marche incessamment.

Quoique les affaires internes du cercle ne puissent jamais faire partie de celles, sur lesquelles on ait à s'expliquer avec les puissances étrangères, le Sérénissime Margrave a néanmoins ordonné au soussigné de transmettre cette notice à M. de Maisonneuve, Ministre Plénipotentiaire de la cour de France, pour rectifier par là les avis mal fondés, qu'on pourrait lui avoir donnés relativement à cet objet.

Il en appert, que Msgr. le Margrave de Bade n'a point à se reprocher d'avoir ralenti la marche des troupes du cercle, qui devaient former la garnison de Kehl; car sur 556 hommes, qu'on dit être maintenant rassemblés à Hasslach, on aurait pu aisément prendre les 150 hommes, qui devaient former la garnison de Kehl, et tout l'inconvénient, qui aurait pu résulter des remontrances de la cour de Bade, aurait consisté à placer à Gengenbach, petit endroit au pied de la forêt noire, un poste de 100 hommes au lieu de 150 hommes, qui y étaient destinés.

---

[1] «entre» im Concept.

Quant à la demande faite pour savoir les démarches, que le Sérénissime Margrave a fait faire vis-à-vis de Sa Maj. Imp., touchant la garnison actuelle de Kehl, le soussigné a l'honneur de se rapporter à cet égard au contenu de son mémoire du 9. de ce mois. Msgr. le Margrave ne peut point se permettre d'entrer présentement à cet égard dans des détails plus particuliers.

Le soussigné a l'honneur d'assurer Monsieur de Maisonneuve de sa parfaite considération.

Copie Paris. Arch.; Concept u. Copie. Karlsr. Arch.

533. Präsident v. Gayling an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 18. Juli 1792.

[Das österreichisch-badische Cartell genehmigt.]

... Herr Graf von Wallis meldet mir, daß das angetragene Cartell genehmiget sei[1], schicket mir zugleich die an das Militare ergangene Ordre; solche ist der diesseitigen ganz conform. ...

534. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 23. Juli 1792.

[Oesterreichische Truppendurchmärsche stehen bevor. Emigranten kommen über den Rhein; Escortirung derselben.]

... Wegen des Fürsten von Hohenlohe Requisition zum freien Durchmarsch von 6 Bat. Infanterie und 1 Chevauxlegers Regiment beziehe ich mich auf H. Kammerpräsidenten unterthänigen Bericht. Das Schreiben ist etwas besonders stilisirt, welches man der Kanzlei zu gut halten muß. Auch ist nach solchem möglich, daß nur 4 Bataillone Inf. und das Reg. Cavallerie von der Armee des Grafen v. Wallis kommen; denn nur für diese Anzahl sind die Stationes angegeben: Ober-Bühl, Kuppenheim, Durlach, Philippsburg.

Die Franzosen haben auf einer Rheininsel, die jenseits liegt, Greffern gegenüber, Posto gefaßt. Das Flüchten von französischer Seite in hiesige Lande gehet außerordentlich stark. Abseiten der Ortenau hat man das Oberamt Yberg requirirt, alle Emigranten durch das Land escortiren zu lassen, welches der öffentlichen Sicherheit wegen von Oesterreich geschiehet. Man hat diesem und dem Oberamt Rastadt anbefohlen, diese Convoyirung durch Bauern 8 Tage lang zu prästiren, um daraus die Last zu beurtheilen und die Nothwendigkeit zu bemessen. ... Das schwäbische Kreisdirectorium hat aber noch nicht geantwortet. Ich werde ein Monitorium erlassen, um wegen Kehl sich bei einer Anfrage ohne Aufenthalt erklären zu können.

[1] Durch den Hofkriegsrath.

535. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 23. Juli 1792.

[Oesterreichisch-preußische Militärconventionen mit deutschen Fürsten.]

... Es ist sicher, daß zu dem bewußten Corps, welches Festungen und Magazine decken soll,

a) Mainz 2000 M. b) Hessen Kassel 6000 M. c) Sachsen 4000 M., weil es mehr wegen der polnischen Kronsachen nicht thun kann, d) Darmstadt 3000 M. e) Hannover 6000 M. zu geben versprochen hat[1]. Doch gründet sich das hannöverische Offertum nur auf die von Preußen davon gegebene Nachricht.

Ich darf die Rücksendung des preußischen Manifest an Graf Romanzow unterthänigst erinnern. ...

536. Maisonneuve an den französischen Minister des Auswärtigen.

Stuttgart, 24. Juli 1792.

[Charakteristik des Herzogs von Würtemberg. Alle deutschen Fürsten jetzt für Oesterreich und Preußen.]

Sein Vorgänger Mackau habe den Herzog von Würtemberg immer als einen guten Freund Frankreichs und als den einflußreichsten Fürsten im schwäbischen Kreise dargestellt. Er sei in der That weder das eine noch das andere. Im Kreise hat er durch eigene Schuld alles Ansehen verloren, und seine doppelzüngige Rolle Frankreich gegenüber sei nur bestimmt von dem Wunsche, bei den Entschädigungsverhandlungen besser als andere behandelt zu werden.

Il faut être vrai. Les princes allemands n'attendent rien, dans ce moment-ci, de la France. Toutes leurs vues, toutes leurs espérances sont tournées vers l'Empereur et le Roi de Prusse; et pour venir à l'application, les deux princes nommés ci-dessus sont bien dans ce cas. Le Margrave de Bade est ouvertement vendu à la maison d'Autriche, et le Duc de Wurtemberg commence à se prononcer dans le même sens.

Paris. Arch.

---

[1] Bei dem Mainzer Fürstencongreß (oben S. 488) war zwischen den beiden deutschen Großmächten u. a. auch verabredet worden, daß man mit einer Anzahl deutscher Fürsten Militärconventionen abzuschließen suchen solle über Ueberlassung eines Theils ihrer Truppen, welche unter den Oberbefehl des Herzogs von Braunschweig gestellt, aber nicht activ verwendet, sondern nur „zur Unterhaltung der Communication" verwendet werden sollten, daher auch zunächst nicht mit Feldrequisiten ausgerüstet zu sein brauchten. Die Entschädigung für die gemachten Aufwendungen sollte in dem künftigen Frieden den Franzosen aufgelegt werden. (Mainzer Conferenzprotokoll vom 20. Juli 1792 Art. 12 bei Vivenot Quellen II. 146 und Nachtragsprotokoll vom 21. Juli, S. 147.) Auch Baden gehörte zu den hierbei in Aussicht genommenen „vorderen Kreisständen", und der Markgraf hatte schon in Mainz im Allgemeinen seine Bereitwilligkeit zugesagt. Die weiteren Verhandlungen darüber, mit deren Führung der vorderösterreichische Regierungspräsident v. Summerau und der preußische Gesandte v. Madeweiß beauftragt wurden, s. im Folgenden.

537. Präsident v. Summerau an Herzog K. W. Ferd. v. Braunschweig.

Freiburg, 26. Juli 1792.

[Eine Truppenconvention mit Baden betr.]

Der k. k. Vicehof- und Staatskanzler Graf Cobenzl habe ihm am 23. d. M. von Mainz aus mitgetheilt, was am 20. und 21. zwischen den preußischen und österreichischen Bevollmächtigten behufs Negociirung eines Truppenzuschusses seitens einiger Reichsfürsten beschlossen worden. Zugleich sei er angewiesen worden, zu diesem Ende mit dem Markgrafen von Baden, und zwar unter der Leitung des Herzogs, in Unterhandlung zu treten. Er habe daher bereits in diesem Sinne an den Markgrafen geschrieben, um keine Zeit zu verlieren; sobald die Antwort eintreffe, werde er sie dem Herzog zustellen.

Berl. St. A.

538. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 26. Juli 1792.

[Truppenbewegungen auf badischem und benachbartem Gebiet.]

. . . Durch einen Courier ist nun die Nachricht eingelaufen, daß außer denen 2 Gemmingischen und 2 Bat. Klobert noch 2 Bat. von Jellachich und Giulay in das Philippsburger Lager kommen. Das Regiment Kaiser-Dragoner rückt herunter und wird bis Schröck seine Patrouillen schicken, sowie Kaiser-Chevauxlegers von Philippsburg bis Schröck seine Patrouillen senden wird. Die in Ettenheim gelegene Compagnie ist abmarschirt und dagegen nur 40 Mann von Giulay eingerückt. . . .

539. Maisonneuve an Edelsheim.

Stuttgart, 28. Juli 1792.

[Mahnung an die baldige Räumung von Kehl. Resignirte Aeußerungen über die von Baden beschlossene Parteinahme.]

Maisonneuve erinnert daran, daß Kehl bald von den Oesterreichern geräumt werde. Er hoffe, der Markgraf werde sich in diesem Sinne beim Wiener Hofe verwenden.

Les termes, où S. A. S. en est avec S. M. Imp., doivent tout faire présumer du succès de Ses désirs à cet égard. . . .

Les réponses que j'ai reçues précédemment de Vous ne m'ont rien appris, parceque Vous avez voulu qu'elles ne m'exprimassent rien.

Je me trompe cependant, on peut en tirer des indications non-équivoques. Il n'est pas temps de s'expliquer à ce sujet, mais j'ai assez étudié le temps présent pour savoir reconnaitre les véritables intentions qu'on cherche à déguiser.

Il est facile de démêler ce qu'une force supérieure, ce que des circonstances impérieuses peuvent déterminer d'avec la connivence et le désir absolu de nuire.

Quelle que soit la politique dont on use envers moi, de quelque rigueur que je sois l'objet, je ne sortirai pas du rôle d'un ministre ami de la paix et de l'ordre, empressé de rendre l'hommage le plus respectueux à un

souverain tel que Msgr. le Margrave, à honorer ses principes vertueux et à rechercher tous les moyens que la probité indique pour diminuer le nombre des ennemis de ma patrie.

Le salut de mon pays, la gloire et la prospérité du Roi, tels sont les vœux de mon cœur, tels sont les sentiments dont je serai animé jusqu'à mon dernier soupir.

Agréez etc. . . .

540. Promemoria Edelsheims[1].

Karlsruhe, 25. Juli 1792.

[Ausgang der Associationsverhandlungen. Der kurmainzische Antrag auf Römermonate. Die vorgeschlagenen Militärconventionen. Baden und die Besetzung von Kehl, Philippsburg, Freiburg. Haltung der österreichischen und preußischen Minister.]

Edelsheim legt den Verlauf der Associationsverhandlungen seit den Beschlüssen des Ulmer Kreistags dar.

Kurmainz habe anfänglich Bedenken getragen, sich darauf einzulassen, aus Furcht vor Frankreich. Es habe aus diesem Grunde einen andern Vorschlag gemacht und den Höfen von Wien und Berlin eröffnet, die Reichsstände würden wohl noch vor Erklärung des Reichskrieges dem künftigen Kaiser einige Römermonate bewilligen, der Kurfürst sei daher, wenn beide Cabinete es wünschten, bereit, beim Reichstage darauf anzutragen[2].

In Wien sei man darauf eingegangen und habe den Grafen Schlick instruirt, den kurmainzischen Vorschlag zu begünstigen, jedoch habe man dabei keineswegs daran gedacht, die Associationsidee fallen zu lassen. Schlick habe indeß die Weisung falsch verstanden und in einer Note an den Kurfürsten erklärt, der Wiener Hof werde jenes Project aufgeben, falls der kurmainzische Antrag in Bälde zur Sprache komme.

Der preußische Gesandte Baron von Stein, der ihn wesentlich zu diesem Schritte bestimmt, sei der Note beigetreten.

Kurmainz, dem diese Erklärung erwünscht kam, habe erwidert, es werde sogleich nach der Kaiserkrönung den Antrag stellen.

So lagen die Dinge, als Graf Görtz auf seiner Rundreise im Reiche in Mainz erschien. Er hielt den beiden Gesandten alsbald den Fehler vor, den sie begangen; aber er konnte Geschehenes nicht ändern. Vergeblich suchte er den Kurfürsten auf andere Gedanken zu bringen; während seines ganzen Aufenthalts ließ man sich mit ihm auf eine Erörterung des Associationsprojectes nicht ein.

Der Wiener Hof gab dem Grafen Schlick sein Mißfallen über jene Note ausdrücklich zu erkennen.

Von einer Association war jedoch seitdem in ministeriellen Kreisen nicht mehr die Rede; wäre nicht von Seiten des schwäbischen Kreises endlich eine Einladung an den oberrheinischen Kreis erfolgt [dat. Ulm, 27. Juni 1792], so wäre das Project vermuthlich ganz in Vergessenheit gerathen.

Erst auf diese Aufforderung hin habe Kurmainz, im Einverständnisse mit Kurpfalz, wohl mit Rücksicht auf die Stellung der verbündeten Heere, vielleicht auch um einen offensiven Reichskrieg zu vermeiden, sich entschieden, bei dem kur- und oberrheinischen Kreise die Association nach dem Vorgange des schwäbischen und fränkischen Kreises zu beantragen.

[1] Wohl zur Vorlegung im Geh. Rath oder für den Markgrafen bestimmt.

[2] Vergl. Vivenot Quellen II. 77 ff. 87.

Trotzdem, glaubt Edelsheim, werde eine solche schwerlich zu Stande gebracht werden. Weder in Wien, noch in Berlin scheine man die nöthige Geduld zu haben, „um eine Proposition an die Reichsstände, die immer Zeit erfordert, zur Reife kommen zu lassen, sondern man gebieret lieber fast in jeder Woche ein neues Project, wodurch das ältere immer mit mehreren Anständen verwickelt und nichts zu einem förmlichen Schluß gebracht wird". Ueberdies werde der Antrag auf Erklärung des Reichskriegs, der alsbald durch ein kaiserl. Commissionsdecret vor den Reichstag gebracht werden solle, „von selbst die ganze Associationsmaterie aufheben und dieses Defensionsmittel . . . in offensive Maßregeln verwandeln".

Die Absicht beider Höfe sei hierbei weniger auf die Bildung einer neuen Hilfsarmee, als auf die Verwilligung von Römermonaten gerichtet. Ausgehend von dem Satze, daß man die Reichstruppen nur zur Besetzung der Reichsgrenze, zur Bewachung der Magazine und zur Deckung der eroberten französischen Festungen verwenden könne, daß sie mithin keine Artillerie, keine Feldausrüstung 2c. bedürften, und das ganze Corps nicht mehr als 20 bis 24000 Mann zu zählen brauche, seien in Mainz verschiedene Subsidienvertragsprojecte erörtert worden.

Schließlich habe man sich dahin geeinigt, die Berathung über den Reichskrieg in Regensburg ihren regelrechten Verlauf nehmen zu lassen, einstweilen jedoch einige Reichsstände zu ersuchen, zu obigem Zwecke ihre Haustruppen zur Verfügung zu stellen, mit dem Ersatze der Kosten aber bis zum Frieden zu warten.

Anknüpfend an diese Beschlüsse habe der Staatsvicekanzler Graf Cobenzl officiell bei ihm angefragt, ob der Markgraf geneigt sei, wenn die Armee Hohenlohes über den Rhein gehe, die Posten, welche nothwendig besetzt bleiben müssen, wie Kehl und Philippsburg, mit eigenen Truppen zu decken.

Aehnliche Vorschläge seien an Mainz, Trier, Köln, Zweibrücken, Darmstadt und Speier ergangen. Man hoffe auf diese Weise etwa 20000 Mann unter dem Befehle des Herzogs von Braunschweig zu versammeln, die jedoch blos zu Garnisonen verwendet werden sollten. „Durch diese Destination würde der bisherige Unterhalt der Truppen nicht vermehret und weiter keine Kosten als die der Märsche veranlasset. Man hoffe daher, daß die betr. Stände aus Patriotismus, ohne Subsidien zu verlangen, sich zur Bewilligung der Proposition bestimmen würden." Oesterreich und Preußen verpflichten sich dagegen feierlich, nicht eher Frieden zu schließen, bis den betreffenden Reichsfürsten alle Kriegskosten, sowie aller in Folge der Revolution erlittene Schaden vergütet und ihre Rechte auf dem linken Rheinufer wieder hergestellt würden. Zum Schlusse habe sich Cobenzl erkundigt, ob der Markgraf nicht etwa bereit sei, in Abwesenheit der österreichischen Truppen Freiburg zu besetzen, und gebeten, ihm womöglich noch am Abende Antwort mitzutheilen.

Der Markgraf habe darauf erwidern lassen, er habe bereits das Directorium des schwäbischen Kreises dringend ersucht, die zur Garnison von Offenburg, Gengenbach und Kehl bestimmten 600 Mann insgesammt nach Kehl zu verlegen, auch sei er geneigt, diese Besatzung durch das volle badische Kreiscontingent verstärken zu lassen.

Eine bestimmte Erklärung wegen Philippsburg könne er nicht eher abgeben, bis er mit den übrigen Mitständen, welche bei der Besetzung dieser Festung betheiligt seien, Rücksprache genommen habe; er verspreche jedoch vorläufig im Vertrauen, den Vorschlag möglichst zu unterstützen.

Am folgenden Tage — fährt Edelsheim fort — habe der preußische Minister von Schulenburg sowohl, als Graf Cobenzl ihm eröffnet, man werde den betr. Antrag zur förmlichen Verhandlung bringen. Man habe sich mit der Erklärung des Markgrafen zufrieden gezeigt und zugleich mitgetheilt, es hätten bereits verschiedene Stände ihre Zustimmung zugesichert.

. . . „Sonst aber muß ich bemerken — schließt Edelsheim — daß außer diesem

Fall ich die kaiserl. und die königl. preußischen Ministers wenig geneigt gefunden habe, in ein Detail über die hiesige Lage mit Frankreich einzugehen, sondern daß sie mir gar deutlich haben merken lassen, wie gleichgiltig ihnen seie, auf welche Art man sich mit Frankreich benehme. Ebenso sind sie auch weit entfernt zu glauben, daß man dahier einiger Gefahr ausgesetzt sein werde, wenn mehr nicht als 6000 Mann an dem Oberrhein verbleiben und der Rest sich in die Gegend von Landau ziehen werde." . . . Im übrigen müsse er constatiren, daß sowohl die österreichischen, wie die preußischen Minister und Generale „mit ausgesuchten Lobeserhebungen das bisherige politische Betragen des Hauses Baden belobet haben".

Concept mit Correcturen von Edelsheims Hand, 16 Seiten gr. 8°.

541. Edelsheim an den Präsidenten v. Summerau.

Karlsruhe, 1. Aug. 1792.

[Baden ist bereit, tausend Mann zu stellen.]

Der k. k. Staatsvicekanzler Graf Cobenzl habe ihm bereits die erste Eröffnung in Bezug auf die Ueberlassung von Truppen gemacht, unter der Bedingung, daß die badischen Truppen während des Krieges auf Kosten des Markgrafen unterhalten und dem Oberbefehle des Herzogs von Braunschweig unterstellt würden, welcher dieselben lediglich zur Bewachung der im Rücken der Armeen liegenden Festungen verwenden würde. Die Truppen brauchten daher weder mit Feldrequisiten, noch mit Munition ausgerüstet zu sein. Dagegen verpflichteten sich der Kaiser sowohl als der König, nicht eher mit Frankreich Frieden zu schließen, bis die contrahirenden Reichsstände in ihre jenseits des Rheins verlorenen Rechte und Renten wieder eingesetzt, für allen erlittenen Verlust entschädigt und der durch den Feldzug verursachte Aufwand ersetzt wären.

Unter diesen Umständen trage der Markgraf kein Bedenken, tausend Mann Infanterie dem Herzoge zur Verfügung zu stellen; mehr könne er bei seinen Verpflichtungen gegen den schwäbischen und oberrheinischen Kreis nicht thun.

Er gebe sich aber zugleich der Hoffnung hin, daß, falls andern Reichsständen etwa günstigere Bedingungen, als die von dem Grafen Cobenzl angebotenen, verwilligt würden, ein gleiches auch für die badischen Truppen gelten sollte.

Berl. St. A.

542. Maisonneuve an sämmtliche Stände des schwäbischen Kreises.

Stuttgart, 7. Aug. 1792.

[Beschwerde über die Nichtbesetzung von Kehl durch Kreistruppen.]

Maisonneuve legt dar, seine officielle Correspondenz mit dem Karlsruher Hofe beweise, daß wiederholte Vorstellungen, welche Baden seit dem 20. Juni wegen der Besetzung von Kehl in Stuttgart gemacht, unbeantwortet geblieben seien. Das Directorium habe den Beschluß des Kreistages nicht vollzogen, angeblich weil am 5. Juli erst 400 — statt 600 — Mann in Haslach versammelt gewesen seien. Baden habe seine Vermittlung zur Räumung von Kehl und provisorischen Besetzung der Feste durch 600 Mann angeboten, der Herzog habe aber abgelehnt, unter dem Vorwande, dies sei nicht Sache des Markgrafen

Maisonneuves Beschwerden in Stuttgart seien erfolglos gewesen, ebenso in Konstanz; v. Hebenstreit habe kühl entgegnet, die Operationen der französischen Heere hätten eben Oesterreich Anlaß zu dieser Besetzung gegeben. — Das Directorium handele im Einverständnisse mit Oesterreich.

Maisonneuve hält den Kreisständen eindringlich die Folgen einer Occupation von Kehl vor: Abbruch des Handels und Verkehrs, Beseitigung der Rheinbrücke, Unsicherheit der Posten ꝛc.

Er wende sich daher direct an sämmtliche Kreisstände. Man bedrohe Straßburg, das französische Rheinufer. Wenn daher Frankreich die Oesterreicher in Kehl angreife, so treffe die Schuld nicht Frankreich, das nur aus Nothwehr handle. Man dürfe also einen Angriff auf Kehl nicht als eine Verletzung der Neutralität des schwäbischen Kreises betrachten.[1]

543. von Madeweiß an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen.

Karlsruhe, 11. Aug. 1792.

[Der Markgraf zur Stellung von tausend Mann Truppen bereit.]

. . . Im Gefolge E. Kön. Maj. allergnädigster unmittelbarer Befehle habe ich nicht ermangelt, mich unverzüglich nach Karlsruhe zu begeben, um nach der von Allerhöchstderselben mit des Kaisers Majestät zu Mainz getroffenen Verabredung des Herrn Markgrafen von Baden Durchl., in Gemeinschaft mit dem vorderösterreichischen Regierungspräsidenten von Summerau, den Antrag zu thun, den Theil von Ihren Truppen, den Sie entbehren können, der unter den Befehlen des regierenden Herzogs von Braunschweig Durchl. stehenden Armee anschließen zu lassen. Des H. Markgrafen Durchl. haben Sich nach Ihrer bekannten patriotischen Denkungsart hierzu sogleich willfährig erklärt und zu diesem Endzweck 1000 Mann Ihrer Haustruppen verwilligt. . . .

Berl. St. A.

544. Prinz Ludwig von Baden an Karl Friedrich.

Lager bei Monfort, 14. Aug. 1792.

[Preußische und russische Heirathsprojecte.]

. . . Als ich heute nach des Königs Zelt zur Parol kam, befahl er mir hereinzukommen und erzählte mir, daß er heute Nachricht aus Petersburg erhalten habe, daß die Gräfin Schuwalow nebst dem Senator Strekalow in der Absicht nach Karlsruhe abgereist seien, eine von den badischen Prinzessinnen für den Sohn des Großfürsten auszusuchen[2] und die Eltern zu bewegen, mit den Töchtern

[1] Die obige Note wird von Maisonneuve auch an die badische Regierung gesandt (dat. 10. Aug. 1792); dies ist das letzte von ihm vorhandene Schreiben. Nach den Pariser Ereignissen vom 10. August 1792 kommt er in Conflict mit der neuen Regierung und bittet bald darauf um seinen Abschied. Am 19. Sept. zeigt er dem Markgrafen an, daß er sein Amt niedergelegt habe (Protokoll des Geh. Raths). Von Paris her erhält er erst am 4. Nov. 1792 den Bescheid, daß er, da er den neuen Eid nicht geleistet habe, sich schon seit dem 10. Aug. als «déstitué» anzusehen habe. Zu seinem Nachfolger wird sein bisheriger Legationssecretär Louis Antoine Bourienne ernannt (Paris. Arch.).

[2] Die Verhandlungen über die Vermählung einer von den Töchtern des Erbprinzen (vgl. oben S. 310 f. 404) mit dem Großfürsten Alexander von Rußland waren schon seit dem Frühjahr 1792 im Gange, wo der russische Gesandte Graf Romanzow die ersten offi=

eine Reise nach Petersburg zu unternehmen auf die nämliche Art, wie die Landgräfin von Darmstadt. Da ich nun wüßte, daß er die Karolin für den Kronprinz bestimmt hätte, so setze ihn diese Nachricht in die größte Verlegenheit, indem er es sich zum unverbrüchlichen Gesetz gemacht hätte, seinen Sohn über diesen Punkt zu nichts zu zwingen, daher er es Ihnen, liebster Vater, gänzlich überlasse, dabei zu thun, wie Sie es für Ihre Familienverbindung am zuträglichsten hielten, weil es ihm in diesem Augenblick unmöglich wäre, seinen Sohn nach Karlsruhe zu schicken. . . .

Hiebei that er mir noch die Frage: „was glauben Sie, was Ihr Herr Vater thun wird?" Hierauf antwortete ich, daß außer den sehnlichen Wünschen, die Sie von jeher gehegt hätten, so glücklich zu sein, mit dem preußischen Haus verwandt zu werden, Sie sich überdem nie dazu verstehen würden, daß eine Ihrer Enkelinnen die Religion changiren würde, und ich nicht glaubte, daß außerdem man es gestatten würde, daß sie den Sohn des Großfürsten heiraten könnte. Dieses schien dem König einleuchtend zu sein. Er sagte ferner, daß ihm die Kaiserin zu verstehen gegeben hätte, daß ihre Wahl wegen der Verwandtschaft mit dem preußischen Haus auf das badische gefallen wäre. Ob ich bei dieser Unterredung recht geantwortet habe, weiß ich nicht. . . .

Behalten Sie in gnädigem Andenken Ihren treu ergebenen Sohn 2c.

545. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 15. Aug. 1792.

[Der Herzog von Angoulême. Sicherheitsmaßregeln gegen einen Rheinübergang der Franzosen bei Au.]

Wegen der Begleitung des Duc d'Angoulême von Ettlingen nach Durlach, die ich für ziemlich ohnnöthig ansehe, die aber doch nicht wohl wird abgeschlagen werden können, habe ich . . . den Herrn Oberst von Freystädt immediate davon avisirt. . . .

Wenn das Necken noch etliche Tage fortwähret, so kann freilich das Uebergehen endlich erfolgen. Es wird daher allerdings erforderlich, den Punkt bei Au in nähere Erwägung zu nehmen und schleunig untersuchen und zugleich bestimmen und die Mittel ausführen zu lassen, wodurch alle Anlandplätze außer dem Fahrplatz ohnbrauchbar gemacht werden können. Wegen der Defension des letzteren werden alsdann die Maßregeln viel leichter.

ciellen Eröffnungen darüber in Karlsruhe gemacht hatte. Im September reisten die Prinzessinnen Louise und Friederike nach Petersburg; Ende Jan. 1793 hielt Graf Romanzow im Auftrag der Kaiserin Katharina officiell in Karlsruhe um die Hand der Prinzessin Louise für den Großfürsten an; nach ertheilter Zusage erfolgte die Proclamation der Verlobung und am 28. Sept./9. Oct. 1793 die Vermählung.

546. Protokoll des Geheimen Rathes.

Karlsruhe, 16. Aug. 1792.

[Förderung des Associationsprojects beim oberrheinischen Kreise.]

Auf den Bericht des Gesandten beim oberrheinischen Kreise, Freiherrn Schmidt von Rossau (dat. Frankfurt 14. Aug.), die Kreisassociation betr., wird derselbe angewiesen, „möglichst dafür besorgt zu sein, daß diese Associationssache bäldest bei dem löbl. oberrheinischen Kreis in Vortrag gebracht und die befragte Kreisverbindung von demselben nach dem Vorgang des schwäbischen Kreises ebenfalls zur näheren Einleitung gebracht werde".

547. Das preußische Ministerium an das badische Geh. Rathscolleg.

Berlin, 10. Sept. 1792.

[Das kaiserliche Hofdecret vom 1. Sept. Aufforderung dasselbe im Reichstag zu befürworten.]

Das preußische Ministerium theilt „in hergebrachtem Vertrauen" seine Ansicht über das kaiserl. Hofdecret vom 1. Sept. mit[1]. Eine Annullirung der von Frankreich zuerst verletzten früheren Friedensschlüsse von dem westfälischen Frieden ab erscheine allerdings geboten, ebenso die Aufstellung des Triplums und der Reichsoperationskasse, sowie die Bewilligung von 100 Römermonaten. Das Commando über die vereinigten Armeen wünsche man dem Herzog von Braunschweig übergeben zu sehen. Eine Neutralitätserklärung eines deutschen Reichsstandes könne nicht geduldet werden; dagegen billige man die Fortdauer und Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen zu Frankreich, „auch während des Krieges".

Man ersuche den badischen Geh. Rath, falls er, wie man hoffe, diese Ansichten theile, den Gesandten zu Regensburg „auf das schleunigste anzuweisen, mit der diesseitigen (scil. Gesandtschaft) in dieser das Ansehen und die Sicherheit des Reichs so wesentlich betreffenden Angelegenheit gemeinschaftlich zu Werke zu gehen und zur Beförderung derselben alles mögliche beizutragen"[2].

(gez.) Finkenstein, Alvensleben.

548. Protokoll des Geh. Rathes.

Karlsruhe, 18. Sept. 1792.

[Den Kaiser um ein Mahnschreiben an die Kreise zu bitten.]

Auf den Bericht des Grafen Görtz vom 10. Sept. 1792, welcher das Hofdecret vom 1. Sept. mittheilt, wird beschlossen, dem Reichsvicekanzler Fürsten von Colloredo die bedenkliche Lage der mittleren Markgrafschaft vorzustellen, mit dem Ersuchen, dahin zu

[1] Das kaiserliche Hofdecret vom 1. Sept. 1792, durch welches zuerst der Reichstag officiell aufgefordert wurde, im Hinblick auf die französischen Gewaltthätigkeiten gegen das Reich und gegen die einzelnen speciell geschädigten Reichsstände Maßregeln zur Abwehr zu treffen.

[2] Ueber die durch die kriegerischen Ereignisse der nächsten Zeit wesentlich beeinflußte Haltung der badischen Regierung dieser Aufforderung gegenüber s. im folgenden Bande die Verhandlungen über das kaiserliche Hofdecret und über die Kriegserklärung des Reichs.

wirken, daß die Kreise durch nachdrückliche Ermahnungen aufgefordert würden, sich schleunigst in Vertheidigungszustand zu setzen, das Triplum ihrer Contingente zu stellen und an die Grenze zu schicken[1].

549. Truppen-Convention zwischen Baden einerseits und Oesterreich und Preußen andrerseits[2].

18/21. Sept. 1792.

[Ueberlassung von tausend Mann badischer Truppen. Bestimmung und Verwendung derselben. Entschädigung auf Kosten Frankreichs dafür und für die Verluste in Elsaß und Lothringen.]

Die Endesunterzeichneten, der kaiserl. königl. Geh. Rath und vorderösterreichische Landespräsident, Freiherr von Summerau, und der königlich preußische bevollmächtigte Minister, Herr von Madeweiß, sodann der hochfürstl. markgräflich badensche Staatsminister, Freih. von Edelsheim, haben in Gemäßheit des von ihren Allerhöchsten und Höchsten Höfen enthaltenen Auftrages in Betreff dererjenigen Truppen, welche das hochfürstliche Haus Baden auf Verlangen derer vereinigten Mächte zu Allerhöchstihrem Dienst während dem gegenwärtigen Krieg mit Frankreich zu überlassen gedenket, nachstehende Uebereinkunft abgeschlossen.

I.

Des Herrn Markgrafen zu Baden Hochf. Durchl. übergeben zum Dienst derer vereinigten kriegführenden Mächte, Sr. kaiserl. königl. und königl. preußischen Majestäten, auf so lange als der gegenwärtige Krieg mit Frankreich andauern wird, ein Corps Ihrer Truppen von eintausend Mann Infanterie, welches sich nach angebogener Standestabelle[3] bereits in vollkommen marschfertigem Stande befindet.

---

[1] Ein Schreiben dieses Inhalts wird an Görtz übersandt; die Gesandten v. Leykam, Seilern und Borié, mit denen er sich darüber bespricht, versprechen, sich der Sache anzunehmen.

[2] Die Verhandlungen, die zu dieser bisher nicht bekannten Convention führten, wurden im Anschluß an die Vorbesprechungen auf dem Mainzer Fürstencongreß (oben S. 488 ff.) von Edelsheim mit dem preußischen Gesandten v. Madeweiß und dem österreichischen Regierungspräsidenten v. Summerau geführt. Einen ersten Entwurf reicht Edelsheim am 7. Sept. ein; Summerau macht verschiedene Einwendungen und stellt einen Gegenentwurf auf im Anschluß an einen gleichartigen mit dem Kurfürsten von Trier geschlossenen Vertrag. Edelsheim stellt (15. Sept.) einen neuen Entwurf auf, worin er namentlich die Belassung der badischen Truppen im Lande, so lange eine feindliche Invasion zu befürchten sei, betont und die Zusicherung einer Entschädigung, vom Tage der Mobilmachung an gerechnet, verlangt. Auf diese Forderungen geht dann Summerau ein, und sein neuer Entwurf vom 18. Sept. wird hierauf von badischer Seite acceptirt und unterzeichnet (Acten des Berliner St. A. und Tagebuch des Geh. Rath Meier). Uebrigens wurden von Oesterreich und Preußen ähnliche Vereinbarungen gleichzeitig auch mit Mainz, Trier, Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt getroffen.

[3] Dieselbe weist 1055 Mann auf: zwei Bataillone des badischen Leibinfanterieregiments und zwei Compagnien vom Füsilierbataillon Erbprinz.

II.

Dasselbe stehet unter denen unmittelbaren Befehlen und der Direction des regierenden Herrn Herzogs von Braunschweig Hochf. Durchl., so daß es von Höchstdero alleiniger Disposition abhängt.

Jedoch werden Höchstdieselbe die so sehr exponirte Lage derer badenschen Lande längst dem Rhein von Basel bis gen Philippsburg in billige Betrachtung ziehen und von denen überlassenden Truppen außerhalb der Markgrafschaft Baden eher nicht Gebrauch machen, als bis dieselbe einen französischen Ueberfall nicht mehr zu besorgen hat oder dagegen hinlänglich gesichert ist.

III.

Die eigentliche Bestimmung dieser Truppen bestehet darin, daß sie die Communication hinter dem Rücken derer agirenden Armeen, ferner die Lazarethe, Magazine, Festungen und dergleichen decken, und sie genießen in Garnisonen ebendiejenigen Vortheile und Emolumente, welche die in solchen Plätzen garnisonirenden Truppen gewöhnlich zu genießen haben.

Würden aber des Herrn Herzogen von Braunschweig Hochf. Durchl. von diesem Truppencorps auch im Feld Gebrauch zu machen gedenken, so werden des Herrn Markgrafen zu Baden Hochf. Durchl. auf zeitiges Ersuchen dasselbe zu solchem Ende mit der nöthigen Feldartillerie sammt Munition und Artilleriepferden, desgleichen mit Zelten, Fuhrwesen und sonstigen Feldgeräthschaften versehen lassen und von sothanem Gebrauch nur den Fall ausnehmen, der im vorhergehenden Artikel ausgedrückt ist und die nothwendige Beschützung derer eigenen Lande zum Gegenstande hat.

IV.

Des Herrn Markgrafen Hochf. Durchl. werden diese Truppen auf Ihre Kosten unterhalten. Die beiden kriegführenden Mächte setzen dahero voraus, daß sie mit allen an sie directe gerichteten Entschädigungsanträgen verschonet bleiben, — dahingegen

V.

versprechen und verbinden sich beede allerhöchste Höfe aufs feierlichste, sich nachdrucksamst verwenden zu wollen, daß dem hochf. Hause Baden auf Unkosten der Krone Frankreich nicht nur der völlige Ersatz der Unterhaltungskosten dieser Truppen, mit Einschluß solcher, die ihre Mobilmachung erfordert hat, sondern auch die Restitution derer durch die Schlüsse der französischen Nationalversammlung im Elsaß und Lothringen verlorenen Rechte und Renten und eine vollständige Entschädigung für die seither entzogenen Gefälle sowohl, als für alle andern durch die französische Revolution veranlaßten Kosten und Schäden verschaffet werde.

VI.

Um die erste Gattung dieser Entschädigungen zuverlässig zu bestimmen, werden des Herrn Markgrafen Hochf. Durchl. jeden Monat, von dem Tage der

Unterzeichnung gegenwärtiger Convention an gerechnet, über den Unterhalt derer zu überlassenden und (gleich denen zu 3 simplis aufgestellten schwäbischen und oberrheinischen Kreiscontingenten) bereits seit einiger Zeit marschfertig ausgerüsteten Truppen des Herrn Herzogs von Braunschweig Hochf. Durchl. einen detaillirten Kostenausweis übersenden, auch längstens am Ende der Expedition denen beiden vereinigten Allerhöchsten Mächten ein vollständiges Verzeichniß dieser Kosten und aller übrigen Entschädigungsforderungen zur Einsicht vorlegen, [add. und] sofort nach ihrer Einsicht und Genehmigung von ihrer kräftigsten Verwendung den billigen Ersatz erwarten.

Zu Urkunde dessen haben Eingangs gedachte Bevollmächtigte die gegenwärtige Convention gedoppelt ausgefertiget, eigenhändig unterschrieben, mit ihren Pettschaften versiegelt und gegen einander ausgewechselt.

So geschehen Freiburg den 18. und Karlsruhe den 21. September 1792.

Freih. v. Summerau.	v. Madeweiß.	Frh. v. Edelsheim.
L. S.	L. S.	L. S.

Berl. St. A. Unterschriften eigenhändig; drei Siegel an rothweißer Seidenschnur. Das Karlsruher Exemplar der Convention fehlt.

Anhang.

550. Aus dem Tagebuch des Geh. Rath Emanuel Meier[1].

Aug.—Oct. 1792.

. 71. Tags zuvor, den 12. Aug. [1792], war Prinz Condé hier. Er ersuchte Smum, ihm 2 Haubizen und 4 Kanonen mit Zubehörden nach dem Wunsch des Fürsten Esterhazy, gegen den Ersatz in statu quo, finito bello oder wenn er anderes Geschütz erhalte, abzugeben.

Smo war das Gesuch sehr unangenehm. Sie refusirten es aber nicht geradezu, sondern ließen unter gewissen Bedingungen die Abgabe verhoffen.

Als am folgenden Tag die Sache in Deliberation kam, fielen schriftliche Vota dagegen. Es wurde aber — oder es war schon vorher beschlossen, den Obrist H. v. Geusau an den Fürsten Esterhazy nach Freiburg abzusenden und die Abgabe, jedoch nur unter folgenden Bedingungen, zu verwilligen,

wenn der Fürst selbst zum k. k. Dienst darum ansuche,

die Rückgabe in statu quo von Seiten Oesterreich zusichere,

auch versichern könne, daß man sie zur Besetzung von Kehl, falls der Kreis dergleichen Geschütz nicht haben sollte, nicht vonnöthen habe, und

daß die untere Rheingegend durch östreichische Truppen gedeckt bleibe, indem man sonsten Geschütz und Truppen zur eigenen Defension selbst höchst nöthig gebrauche. Mündlich soll H. von Geusau instruiret worden sein, beim Fürsten Esterhazy die Sache mehr zu erschweren als zu erleichtern.

Und die Antwort des Fürsten erfolgte zur hiesigen Beruhigung dahin, er werde den Prinzen von Condé selbst mit Geschütz versehen, sobald es nothwendig seie.

Indeß rückte Prinz Condé mit seinem und dem Mirabeauischen Corps, welche, ohngefähr 6000 Mann stark, an den Fürsten Esterhazy gewiesen sind und aus denen Oester. Magazinen mit Brod und Fourage versehen werden, in die hiesige Lande ein, blieben größtentheils in denen O. Aemtern Rastatt und Yburg stehen, verübten allen Unfug, waren denen Unterthanen zur äußersten Plage, reizten in den Rheinorten die jenseitigen Franzosen

[1] Dieses eigenhändige „Diarium" Meier's, aus zwei Foliobänden bestehend, die früher in der Karlsruher Bibliothek, jetzt im Generallandesarchiv aufbewahrt werden, umfaßt die Jahre 1793—1802. Der erste Band giebt eine Einleitung — „meine Privatgedanken" — über das Verhältniß Badens zu Frankreich, nebst einem Ueberblick über die Ereignisse vom Sommer 1791 bis Ende April 1792; mit dem 6. Mai 1792 beginnt das eigentliche, meist von Tag zu Tag geführte Diarium; der Band reicht bis zum November 1797; für die Zeit von da bis zum Mai 1799 fehlen die Aufzeichnungen. Der zweite Band umfaßt die Zeit vom 3. Mai 1799 bis zum 2. Sept. 1802.

zum Feuern, wodurch Söllingen einen Bürgerssohn verloren und einige Häuser Schaden gelitten. Mirabeau ging sogar Nachts mit erpreßten Hügelsheimer Schiffen über den S. 72. Rhein und machte in Neuhäusel einige Gefangene. Dadurch entstund aufs neue die Gefahr eines französischen Ueberganges über den Rhein, und man war genöthigt, hiesige Truppen in die unteren Rheinorte zu legen.

Alle Bemühungen, dieser Corps los zu werden, waren und blieben bis in den September vergebens.

Auf die am 10. Aug. vorgefallenen gräulichen Scenen in Paris und die damit S. 73. verbundene Suspension des Königs gab der franz. Gesandte von Maisonneuve anhero zu erkennen, daß er als ein Anhänger des Königs und der nun gebrochenen Constitution die Function eines Gesandten vor der Hand nicht mehr führen könne. Wenigstens wurde seine Notification hier also ausgelegt und ihm darnach geantwortet.

Kurz zuvor hat derselbe in einer ad Status Circuli gerichteten Note sich über das Kreisausschreibeamt und über Würtemberg insbesondere sehr beschweret, daß es die Besetzung von Kehl mit Kreistruppen nicht befördere, vielmehr verzögere, und die desfalsigen badischen patriotischen Verwendungen und Offerten hintansetze.

In eben diesem Betreff erklärte sich das Kreisausschreibeamt unterm 24. Aug. in Antwort auf das hiesige Schreiben vom . . ejusdem: es würden nun 5 Kreiscompagnien, und darunter 3 Würtembergische, nebst 13 Canonen, die der Herzog vorlehnen wolle, nach Kehl beordert, und wenn Smus anerbotener Maaßen 2 Compagnien darzu stoßen lassen wollten, so würde die Besatzung 1050 Mann ausmachen.

Auch schickten Smus Dux den Obrist von Mylius zum Fürsten Esterhazy nach Freiburg, um nun die Räumung der Stadt Kehl von Oestr. Truppen zu betreiben. Allein der Fürst erwiderte, ihm seie gegenwärtig der Posten zu wichtig, um ihn von Oestr. Truppen zu evacuiren. Er würde dahero ein Oestr. Bataillon darin belassen, auch müßte ein Oestr. General (Gen. Major Fürst von Fürstenberg) das Commando behalten. Ja der Fürst schrieb sogleich anhero, Smus möchten Ihre eigenen Truppen dahin verlegen, um die Würtembergischen von dort abzuhalten. S. 74.

Ihm wurde geantwortet, daß und warum solches nicht angehe, das kreisausschreibamtliche Schreiben aber dem Fürsten von Hohenlohe, wohinauch der Obr. von Mylius auf Ordre des Herzogen abgegangen ist, zugesendet, und dessen Ermessen lediglich anheimgestellt, ob und wie er nun Kehl von Oestreichern zu räumen verordnen werde.

In den ersten Tagen des Monats September, wo man an dem war, mit Oestreich gemeinschaftlich einen Landes-Commissar zur schnellen Untersuchung und Abstellung derer häufigen Beschwerden gegen das Condéische Corps aufzustellen, änderten sich die Umstände. Dieses Corps erhielt Ordre, ins Breisgau, in die Gegend von Neuburg zu ziehen, und Fürst Esterhazy, der einen Uebergang über den Rhein vorzuhaben scheint, ersuchte nun Smum, die Besetzung von Kehl mit Kreistruppen (um den größten Theil der dasigen Oestr. Besatzung anderswo gebrauchen zu können) möglichst zu beschleunigen.

Antwort: man muß vordersamst die Antwort des Fürsten von Hohenlohe abwarten.

Um eben diese Zeit requirirte er um 3 Bombenmörser. In deren hiesiger Ermangelung ersuchten Smus den Herrn Churfürsten von Mainz darum, der sie auch zusagte. S. 75.

In Ansehung der Truppen Ueberlassung an Oesterreich und Preußen erhielte man von Herrn Präsidenten von Summerau und dem preußischen Gesandten H. von Madeweiß Copiam der desfalsigen Convention mit Chur Trier, wonach der Herr Herzog von Braunschweig auch die hiesige zu errichten committirte.

Trier stellt nach dieser Uebereinkunft 1200 Mann, anfänglich nur zur Bedeckung derer Magazine, Lazarethe, im Rücken der vorrückenden Armeen, auf Verlangen aber auch zum campiren, wo sie mit Artillerie, Zetten und Fuhrwesen versehen sein müßten. Trier unterhält sie auf seine Kosten, ohne zur Entschädigung an Oesterreich und Preußen directe eine Aufforderung zu machen.

Beide Mächte versprechen aber feierlichst, sich zum Ersatz auf Unkosten der Krone Frankreich —

item zur vollständigen Trierischen Restitution und Entschädigung dessen, was die franz. Revolution geschadet und entzogen hat, zu verwenden.

Mainz stellt, soviel man weiß, unter denen nämlichen Bedingungen 2000 Mann S. 76. und gleich ins Feld. Ja letzteres, daß sie nicht nur zu Garnisonen, sondern auch im Feld gebraucht werden, ist nach der Benachrichtigung des Staatsraths Müller eine Mainzische Bedingung gewesen.

Der Entwurf der hiesigen Convention lautet:

Man giebt 1000 Mann Infanterie unter die Befehle des Herzogs v. Braunschweig, zur Bedeckung der Posten hinter der Armee. Doch soll davon außerhalb der Markgrafschaft eher nicht Gebrauch gemacht werden, als bis die Gegend von Kehl bis Philippsburg gegen franz. Ueberfälle gesichert ist. Man unterhält sie auf hiesige Kosten und fordert den Ersatz directe nicht von Oesterreich und Preußen. Diese garantiren aber, den Ersatz, vom Tag der abgeschlossenen Convention an gerechnet, eben so als die Restitution aller Rechte, Nutzungen, Kosten und Schäden von Frankreich zu verschaffen, die man durch die franz. Revolution verloren, aufgewendet und erlitten hat.

Nur entstund die Frage: ob man diese Truppen auch zum Dienst im Feld hergeben und zu dem Ende mit Artillerie, Munition, Fuhrwesen, Zelten und anderen Feldrequisiten versehen solle.

Des ungleich größeren Kostenaufwands ohngeachtet haben Smus Sich hierzu entschloßen, weil auch die anderen concurrirenden Fürsten ein gleiches verwilliget und zum Theil sich ausbedungen haben.

Ad marg. So wie die Hauptsache, also ist auch diese Extension gegen meinen Anrath.

Dem Entwurf wurde also noch beigefügt:

auf den Fall, daß Dux Brunswicensis diese Truppen auch im Felde gebrauchen wollte, S. 77. werde man sie auf zeitiges Verlangen mit den nöthigen Feldrequisiten versehen lassen.

Nur wurde beliebt, in separato, wo möglich, auszudrücken, daß in solchem Fall die Fourage ohnentgeltlich und das Brod gegen Zahlung des Preißes von Oesterreich oder Preußen abgeliefert werde.

Den 10. September, wo vom Fürsten von Hohenlohe wegen der Kehler Besatzung noch keine Antwort eingeloffen war, notificirte der Fürst Esterhazy in litteris vom 9., daß er zum anderweiten Dienst, (der jetzo die bisherigen Umstände überwiegt) die Oester. Besatzung bis auf 100 Mann, sammt der Artillerie, heute den 10. curr. von Kehl wegziehen werde, mit der Bitte, für die Besetzung des Ortes zu sorgen.

Smus schickten noch den nämlichen Tag 300 Mann von Ihrem Kreißcontingent mit 6 Canonen dahin und ersuchten das Kr. A. Amt, die weitere Kreismannschaft dahin zu beordern.

Den folgenden Tag kam ein Schreiben vom Herrn Herzogen von Würtemberg hier ein, worin Sie melden, der Fürst von Hohenlohe habe nun in die Oester. Evacuation von Kehl gewilliget, und Sie würden jetzo, mit Einschluß derer von hier versprochenen 300 Mann, den 15. hujus 1200 Mann Kr. Truppen sammt Artillerie allda einrücken lassen.

Den 13. September kam die Nachricht, daß der größte Theil des in der Gegend

von Landau gestandenen Oestr. Graf Erbachischen Corps denen großen Armeen in Lothringen schleunig nachzuziehen beordert seie. Und da sich zu gleicher Zeit die Oestr. Truppen aus der Ortenau, dem Mahlbergischen, hinweg und in das Ober=Breisgau gezogen haben, so ist nun abermalen das Land, wenigstens in der mittleren und unteren Markgrafschaft, denen franz. Vestungen und Lagern gegenüber, Kehl allein ausgenommen, ungedeckt und ungeschützt, zu einem abermaligen Beweis: daß die kriegenden Mächte die Beschützung der Reichslande nur insofern übernehmen, als sie in den Plan ihrer Operationen paßt. S. 78.

Inmittelst erschiene am Reichstag das lange erwartete Kaiserliche Hofdecret, welches die Erklärung eines Reichskriegs gegen Frankreich zum Hauptgegenstand hat. S. 79

Die Betrachtung, daß Frankreich die Kriegserklärung nicht abwarten, sondern die Reichslande am Rhein mit seinen starken Corps im Elsaß feindlich behandlen werde, ehe die Gränzen gedeckt seien, welches um so leichter wäre, da das Erbachische Corps aus der Gegend von Landau hinweggezogen und das Esterhazysche ganz oben bei Rheinfelden stehe, mithin die ganze Rheingegend, Kehl ausgenommen, unbesetzt seie — diese Betrachtung veranlaßte ein Schreiben an den Reichsvicekanzler Colloredo, um durch die Kaiserliche Minister zu erwirken, daß die Kreistruppen einstweilen an die Gränze rücken, ferner den Auftrag an den Comitial=Gesandten, sich ebendahin zu verwenden, und das Ersuchen an das Schwäbische Kr. A. Amt, die zur Postirung bereite Hälfte der Kreismannschaft an die Gränze zu verlegen und die kreisverfassungsmäßige Einleitung zu treffen, daß auch die andere Hälfte zu gleichem Ende in Thätigkeit gesetzt werde. S. 80.

Nun wurde zwar die Esterhazysche Expediton, welcher mit seinem ganzen Corps sich nach Rheinfelden gezogen, um von dort aus ins Ober=Elsaß einzudringen, das Condéische Corps aber in der Gegend von Steinenstadt stehen ließ, wahrscheinlich um es dorten über den Rhein zu setzen, zu welchem Ende seit einigen Wochen mit ebensoviel Beschwerlichkeit als Kosten alle Schiffer und Schiffe am diesseitigen Rhein=Ufer von hier bis Basel zusammengetrieben und in Steinenstadt versammelt wurden — diese Expedition wurde zwar contremandirt, und das Corps, exclusive des Condéischen, rückte zu Ende Septembers wieder in seine vorige Standquartiere bis in die Gegend von Kehl.

Allein die untere Gegend blieb unbesetzt, und den letzten September überfiel ein franz. Corps von 15—18000 Mann die Reichsstadt Speyer, überwältigte die Besatzung von 1. Bataillon Giulay und 2000 Mann Mainzer, und occupirte die dasige beträchtliche Oestr. Magazine.

Den 1. October kam eine Nachricht über die andere, daß die Franzosen bei Rheinhausen oder Philippsburg den Rhein zu passiren Miene machten, und Nachmittags — noch während der Geh. Raths=Session — die weitere, daß sie wirklich passiret seien. S. 81.

Smus resolvirten auf der Stelle, Sich mit der fürstlichen Familie nach Rastatt zu verfügen, das hiesige Militaire dorthin an sich zu ziehen (um sich den Oestr. Truppen nähern zu können), die zurückgebliebenen Effecten, Kassen und Acten aber vollends nach Pforzheim zu schaffen.

Auch in der Stadt flüchtete, was konnte und wollte.

Gegen Abend wurde die Nachricht des Rheinübergangs widerrufen, die fürstliche Familie, wovon nur die jüngeren Herrschaften vorausgegangen waren, nebst dem Militair blieben zurück, den Transport des Archivs ließ man aber gleichwohlen vorangehen.

Von diesem Speyrer Vorfall wurde der Fürst Esterhazy successive durch 2 Couriers von hier mit dem Ersuchen benachrichtigt, Truppen in die untere Gegend zu senden, und er versprach es.

Während diesem Tumult kamen durch Staffetten mehrere Berichte von dem O. Amt

Rötteln um schleunige Hülfe für mehrere O. Amts Orte, welche die allzu starke und über alle Beschreibung beschwerliche Einquartierung des Condéischen Corps nicht länger ertragen könnten, sondern zur Verzweiflung gebracht würden.

S. 82. Die Mittel zur Hülfe oder Erleichterung wären Entfernung, Campiren oder weiteres Auseinanderlegen. Keines steht in hiesigen Handen, und Vorstellungen sind vergebens.

In der außerordentlichen Verlegenheit hierüber tröstete man sich meistens mit der Hoffnung, das Hinunterziehen des Esterhazyschen Corps werde auch in dem Stand des Condéischen eine Aenderung machen, und man erhielt auch während dieser Deliberation, was zu thun seie, hierüber die Versicherung.

Den 2. October erneuerten sich hier die Besorgnisse durch die gewisse Nachricht, daß die Franzosen sich bey Speyer bis auf 40 000 Mann verstärkt hätten, 150 Canonen sammt einer Ponton=Brücke bei sich hätten, und entweder gegen Worms und Mainz zu ziehen oder den Rhein zu passiren, Willens seien. Es ist böse Zeit.

Den 3. und 4. continuirten die Besorgnisse eines Ueberfalls. Man vernahm, daß nun auch Germersheim besetzt und das dasige Pfälzische Commando freundschaftlich entlassen worden seie, daß der franz. General Custine dem Bischoffen, dem Dom=Kapitel und der Stadt Speyer starke Contributionen angesetzt, der letzteren aber sie wiederum entlassen — daß er um den Durchzug nach Mannheim, wahrscheinlich um die Magazine zu Heidelberg und Heilbronn zu occupiren, angesucht, die Erlaubniß aber noch nicht erhalten, der Frau Churfürstin übrigens durch eine Zuschrift alle Sorge vor Unruhe benommen habe,

S. 83. item, daß in Worms, Mainz, Frankfurt sich alles zur Flucht anschicke.

Hier ging das Gerücht, der Herzog von Würtemberg habe verboten, nichts, was sich aus dem hiesigen Land flüchte, in seinem Lande aufzunehmen (hat sich nicht erwahret).

Man veranstaltete nun den Transport des Archivs von Pforzheim nach Ulm, schrieb an das Kreis A. Amt und wiederholter an den Fürsten Esterhazy um Hülfe. Jenes sicherte 600 Mann Infanterie und 120 Mann Cavallerie zu.

Den 5., 6. u. 7. October vermehrte sich die Sorge; die Franzosen occupirten Worms und erhoben starke Contributionen.

Fürst Esterhazy schickte den General von Kospoth mit ohngefähr 6000 Mann in die Gegend von Stollhofen, Rastatt und weiter hinunter.

Den 7. October entstund die Vermuthung, die Franzosen würden bey Au am Rhein übersetzen.

Smus verfügte sich dahero mit dem gesammten Militari nicht nach Rastatt, sondern nach Ettlingen, nebst dem Herrn Erbprinzen; die übrige fürstliche Familie ging nach Pforzheim, und das Flüchten wurde allgemein.

Hier war man nun in der stündlichen Vermuthung eines feindlichen Einfalls.

Das erste, was man zu thun hatte, war die Sorge für die Bewachung und innere Sicherheit der Stadt.

Die Bürgerschaft war sehr bereitwillig zur Versehung derer Wachen. Zur Erleichterung wollte man Landleute zuziehen. Die Bürger bestunden aber darauf, sie allein

S. 84. zu versehen.

Man setzte ein Wachtgeld aus von 20—24 Kr. Die vermöglichen Bürger nahmen es nicht an.

Die nächtlichen Patrouillen versahen fürstliche Diener und andere Honoratioren. Es herrschte Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Zufriedenheit, die Sorge für dem Feind ausgenommen.

Den 8. October benachrichtigte man den Comitial=Gesandten von der hiesigen gefährlichen Lage, und weil der Termin zur Abstimmung über das Kaiserliche Hof=Decret heranrückt, so erhielt er den Auftrag, zu erforschen, wie sich die in gleicher Lage befind=

lichen R. Stände, Pfalz, Darmstadt, Würtemberg, votando benehmen würden, auch seinen Rath zu ertheilen, ob man, wenn diese temporisiren, nicht ein gleiches thun solle, um nicht ein desto größeres Odium von Frankreich sich zuzuziehen.

Den 9. October vernahm man den Rückzug der Franzosen von Worms nach Speyer. Oesterreicher rücken mit etwas Cavallerie bis in die hiesige Gegend, und Smus glaubten sich so sicher, daß Sie mit dem Militari wiederum anhero retournirten.

Das Condéische Corps wurde großen Theils in die Herrschaft Mahlberg verlegt, worüber dorten eben so großes Lamento als vorhero im Röttelischen entstund.

Das vom Fürsten Esterhazy herunterwärts detachirte Corps unter dem Commando des Fürsten v. Fürstenberg und des Generalen von Kospoth steht von der Ortenau bis Rastatt und ein Theil der Cavallerie längs dem Rhein bis gen Philippsburg. Auch hier liegt eine kleine Abtheilung. S. 85.

Der Fürst von Fürstenberg verlangte, man möchte Philippsburg mit hiesigen Truppen besetzen. Man refusirte solches, weil man sich zu sehr vertheilen, die Truppen zu weit von einander entfernen, und durch sothane Besatzung in einem andern, dem oberrheinischen Kreise sich Ungelegenheiten zuziehen würde.

Das Schwäbische Kr. A. Amt ersuchte man, die obgedachte 600 Mann und 120 Reiter zur Hälfte ins Mahlbergische, zur Hälfte in die Gegend von Rastatt zu verlegen.

Man verweigerte, nach den bisherigen Principiis und bei dem eigenen höchst nöthigen Gebrauch, vom hiesigen Contingent etwas darzu abzugeben.

Der Straßburger Commandant verlangt von der Kehler Kreisbesatzung, die neu errichteten Batterien zu demoliren, und in dem noch andauernden statu neutralitatis alles in den Zustand zu stellen und zu belassen, wie es gewesen, als die Oestreicher Kehl verlassen haben.

Dieses wurde zugestanden und effectuirt.

Den 9. October sollen die Franzosen Speyer wieder verlassen und sich gegen Landau gezogen haben. Man vermuthet die Ankunft des Hohenlohischen oder des Erbachischen Corps in der Gegend von Speyer von der combinirten Armee, die übrigens in keinen guten Umständen, sondern, durch Mangel an Lebensmitteln, durch Krankheiten und Desertion hart mitgenommen, auf dem Rückzug aus Champagne begriffen ist. S. 86.

Die fürstlichen Kinder, das Archiv, und die besten herrschaftlichen Effecten sind theils schon in Ulm, theils auf dem Weg dahin.

Man ersucht den Herrn Churfürsten von Cölln, sein deutsches Haus daselbst der fürstlichen Familie einzuräumen.

Die kurze Entfernung Smi mit dem Militari nach Ettlingen erzeugte das falsche Gerücht, sie seie aus innerer hiesiger Unsicherheit geschehen, indem die hiesige Bürgerschaft sich empöret und die franz. Cocarde (womit freilich viele aus nicht verwerflicher Vorsicht auf den Nothfall zur Sicherung ihrer Person und Eigenthums versehen waren) aufgesteckt habe.

Die Stadt Baden schickte sogar eine Deputation an Smum nach Ettlingen und invitirte Höchstdieselben nach Baden, mit dem Anerbieten, für Ihre Sicherheit mit Gut und Blut einzustehen.

Man verdankte der Stadt Baden ihren Eifer und ihre Treue und versicherte die Stadt Carlsruhe, daß ein solches ersonnenes Gerücht ihre Treue und Anhänglichkeit an ihren Landesfürsten nie in Zweifel bringen könne. Der Reichsvicekanzler Fürst Colloredo antwortet, daß und wie die Kaiserliche Ministres angewiesen worden, die Kreise zur Beschleunigung ihres Wehrstandes zu excitiren. S. 87.

Unangenehm war, daß Baden als causam dans in diesen Ordres voranstund.

Vom 9.—12. October blieb man hier wegen eines Ueberfalls immer noch zwischen

Furcht und Hoffnung; doch schien die letztere zu prävaliren. Auch werden ehestens gegen 2000 Oestreicher mehr erwartet, die zu den Hauptarmeen instradiret waren, nun aber vor der Hand am Rhein bleiben sollen; unter anderen ein Bataillon vom Serirschen(?) Freicorps unter Michailowitz.

Indeßen hat das Flüchten nicht nur unserer Herrschaft, sondern dem ganzen Unterland, und so den weiteren Rheinländern bis über Frankfurt hinaus rechts und links schon soviel Kosten und Schaden verursacht, daß man es für eine starke Brandschatzung ansehen kann.

Zwischen den Besatzungen zu Kehl und Straßburg soll immer noch Neutralität herrschen. Letztere fängt aber Neckereien an, um, wie es scheint, Anlaß zu bekommen, feindlich gegen Kehl zu agiren.

S. 88. Den 13. October. Herr von Mühl zu Wien berichtet, daß dem Herzog von Braunschweig „das General Commando" uneingeschränkt übertragen seie, und man sich sehr hüte, ihm in seine Dispositionen einzureden; so finde man ebenso bedenklich, ihn zur Truppenabgabe von der combinirten Armee für die Rheinarmee zu vermögen, als die Kreise zur Vorrückung ihrer Truppen an den Rhein zu excitiren, indem alsdann, wenn der Herzog von Braunschweig ersteres für sich schon thue, letzteres vor declarirtem Reichskrieg mancherlei Verwickelungen verursachen dürfte.

So muß oft die Beschützung dieser oder jener Landesstrecke einem größeren oder einem anderen Plane, dieser oder jener Rücksicht gänzlich nachstehen.

Uebrigens herrscht nun — zwar noch keine Sicherheit, da die starke französische Armee unter Custine immer in der Gegend von Landau, mithin in unserer Nachbarschaft stehet, aber doch scheinbare Ruhe.

Um meinen Gemüthszustand in der turbulenten Epoque seit dem 1. October in Angedenken zu erhalten, bemerke ich anhero: daß mich bei einer ohnehinigen damaligen körperlichen Indisposition der äußerste Kummer quälte; nicht aus Sorge für mich und meine Familie und für meine geringe Habe; auch nicht aus Sorge, als ob meiner Wenig-
S. 89. keit bei dem bisherigen hiesigen politischen Benehmen eine Verantwortung zur Last falle; — sondern aus Theilnahme an dem Kummer Smi und an der Sorge für die fürstliche Familie; und aus der Vorstellung derer mannichfaltigen Kriegsbedrückungen, die meinem Vaterland bevorstehen; hauptsächlich aber quälte mich unaufhörlich der Gedanke, welchen Eindruck die vor kurzem abgeschlossene Convention zur Ueberlassung eines Corps von 1000 Mann hiesiger Truppen an die vereinigten Mächte sowohl bei Frankreich als selbst im Land, wenn ihm dadurch größeres Unheil zugehe, hervorbringen würde, da zumalen alle Nachrichten sich darin vereinigen, daß Frankreich dermalen nur die Reichsstände, welche die Emigrirten sovirt, auf einen Reichskrieg gearbeitet und schon jetzo Truppen abgegeben hätten, feindlich behandle, eben deswegen auch die nicht in diesem Fall befindliche Pfalz durchaus schone.

Mir war die Möglichkeit immer gegenwärtig, daß diese Convention, zu der ich nie würde gerathen haben, gegen die ich meine geringe Meinung äußerte, als ich erfahren, daß sie zugesagt seie, und die mich immer mit Kummer und Sorge erfüllt — etwa schon ruchtbar geworden, oder daß die desfalsige Correspondenz zwischen dem Herrn v. Summerau oder von Madeweiß und dem Herzog von Braunschweig jenseits, wo die Posten arretiret wurden, aufgefangen seie.

Gott gebe, daß keine meiner desfalsigen Besorgnissen in Erfüllung gehe.



Personenverzeichniß

bearbeitet von Karl Obser.

C.

D.

N.

O.



Berichtigungen.

S. 361 Z. 11 v. u.: die Sache erst st. die Sache ist.

S. 363 Z. 3 v. o.: von Bienen st. von Betzen.

Zu S. 185 Note 2 ist jetzt auch zu verweisen auf Herders Sämmtliche Werke, herausgeg. von Bernhard Suphan, Bd. XVI (Berlin 1887) S. 600 ff. und auf Suphan Friedrichs des Großen Schrift über die deutsche Litteratur (Berlin 1888) S. 93 ff.

C. F. Winter'sche Buchdruckerei.





